This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

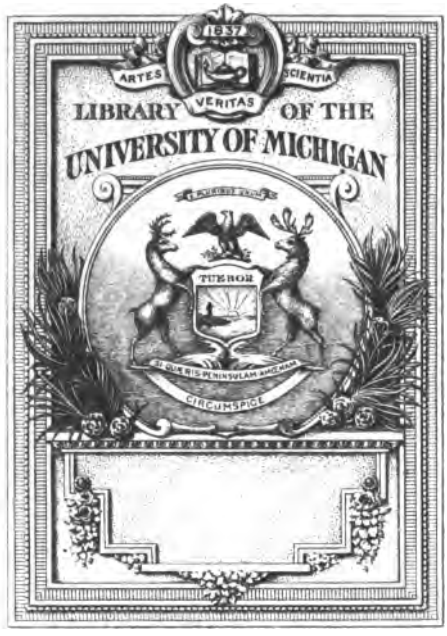
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

D
2
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1903

2

Deutſcher

Geſchichtskalender

für 1903

Sachlich geordnete Zuſammenſtellung

der

politiſch wichtigſten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Profeſſor Dr. Karl Wippermann

Zweiter Band

F. Bu. 17174

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek

Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow

1904

K. 5.

7.

Inhalt.

Das Deutsche Reich und Preußen.

Seite

Erster Abschnitt: Der Kaiser.

Telegramm an Kardinal Oreglio wegen Todes Papst Leos XIII. . . 1
Telegramm bez. der Anlaufhäfen der deutschen Amerikaschiffe . . . 1
Antwort an die Huldigung der deutschen Katholikenversammlung . . 1
Rede in Kassel an die Vertreter der Provinz Hessen-Nassau 2
Trinkspruch in Kassel auf das 11. Armeekorps 3
An den Statthalter der Reichslande wegen der Typhusseuche in Metz . 4
Trinkspruch im königl. Schlosse zu Dresden 4
Trinkspruch im königl. Schlosse zu Merseburg 5
Trinkspruch im königl. Schlosse zu Leipzig 6
Trinkspruch in der Hofburg zu Wien 7
Antwort auf eine Huldigung der Arbeiterschaft in Danzig 7
Rede bei der Enthüllung von Denkmälern in Küstrin 9
Erkrankung des Kaisers 10
Bei der Jubelfeier früher hannoverscher Regimenter 11

Zweiter Abschnitt: Ministerielle Erlasse.

I. Wahlreglement für den Landtag 12
II. Erlaß wegen Behandlung religiöser Gegenstände in Schulen . . 12

Dritter Abschnitt: Reden von Ministern.

I. Rede des Ministers Möller in Osnabrück 13
II. Rede des Ministers Möller in Linden 14
III. Rede des Reichskanzlers Grafen Bülow in Dresden 15
IV. Rede des Ministers Freiherrn von Hammerstein 15
V. Rede des Ministers Möller in Münster 16
VI. Rede des Ministers Grafen v. Posadowsky 17
VII. Reden des Ministers Freiherrn von Hammerstein in Hannover . 18
VIII. Taufrede des Reichskanzlers bei einem Stapellaufe 20
IX. Rede des Reichskanzlers zu Ehren des Bankpräsidenten Koch . . 22
X. Rede des Ministers Studt in Posen 23
XI. Rede des Ministers Möller in Stettin 26

Vierter Abschnitt: Patriotische Kundgebungen.

Weihe eines Bismarckturms auf dem Hardtgebirge 27
Bismarckdenkmäler in Dresden und Lübeck 27
Weihe eines Bismarckdenkmals in Posen 27
Enthüllung von Standbildern des Kaisers und der Kaiserin Friedrich in Berlin 30

Seite

Enthüllung des Einheitsdenkmals vor der Paulskirche in Frankfurt a. M. 32
Feier des Deutschen Patriotenbundes in Leipzig 32
Enthüllung eines Kaiser Friedrich-Denkmals in Potsdam 33
Weihe eines Denkmals in Münster für Freiherrn v. Ketteler 33

Fünfter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend . . . 33
II. National-sozialer Verein 35
III. Freisinnige Vereinigung 36
IV. Deutscher Katholikentag 37
V. Evangelischer Bund 48
VI. Evangelischer Verein der Gustav-Adolf-Stiftung 54
VII. Polnische Bewegung 56
VIII. Deutsch hannoversche Partei 59
IX. Sozialdemokratische Partei 60
X. Christlich-soziale Partei 83
XI. Deutsch-soziale Partei 85
XII. Deutsche Reformpartei 86

Sechster Abschnitt: Soziale Angelegenheiten.

Erster deutscher Arbeiterkongreß 87
Ansprache des Reichskanzlers an eine Abordnung dieses Kongresses . . 92

Siebenter Abschnitt: Evangelische Kirche.

I. Allgemeiner deutsch-evangelischer Pfarrervereinstag 94
II. Generalsynode der ältern preußischen Provinzen 96
III. Kundgebung des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses . . 104

Achter Abschnitt: Katholische Kirche.

I. Kardinal-Erzbischof Fischer von Köln 106
II. Rede des Bischofs Korum von Trier 107
III. Gottesdienst der deutschen Katholiken in Posen 108

Neunter Abschnitt: Konferenz der deutschen Finanzminister 109

Zehnter Abschnitt: Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause.

I. Wahlbewegung:
1. Erklärungen von Jung-Nationalliberalen 111
2. Nationalliberaler Parteitag in Hannover 111
3. Wahlaufruf der nationalliberalen Partei 113
4. Wahlaufruf der Freisinnigen Volkspartei 115
5. Wahlaufruf der Zentrumspartei 116
6. Wahlaufruf der Freikonservativen Partei 116
7. Vereinigung der Polen in Oberschlesien 117
8. Freisinnige Vereinigung 118
9. Sozialdemokratischer Wahlaufruf 120
II. Ergebnis der Wahlen 121

Elfter Abschnitt: 1. Tagung des 11. Reichstags.

Eröffnung 121
Konstituierung 124

Seite

Fraktionen 125
Reichshaushaltsetat für 1904 und Reichsfinanzreform.
Vorlagen 125
Erste Beratung 127
Handelsbeziehungen zum britischen Reiche 137

Zwölfter Abschnitt: Schutzgebiete.

Kamerun 137
Deutsch-Ostafrika 137
Südwestafrika 138
Togo 139

Dreizehnter Abschnitt: Totenliste 139

Vierzehnter Abschnitt: Veränderungen in den höhern Beamtenstellen 140

Die übrigen deutschen Bundesstaaten.

Bayern.

I. Parteibewegung im Frühjahre.
v. Berlichingen „mit dem eisernen Mundwerk" 142
Schädler auf dem Vertretertage der Zentrumspartei 143
Heim und die „gekrönten Agitatoren" 145
Nationalliberaler Parteitag in Nürnberg 145
Graf Dumoulin-Eckart über Tilly 145
Katholische Verwahrungen hiergegen 146
Der Jungliberale Verein gegen Ultramontanismus 146
Bismarcksfeier in Fürth 147
Prälat Huhn für ein Tilly-Denkmal in Altötting 148
Kundgebung des deutschen Flottenvereins in München . . . 148

II. Ministerium v. Podewils.
Entlassung des Grafen v. Crailsheim 148
Die liberale Presse über diese Aenderung 149
v. Podewils beim Reichskanzler 150

III. Parteibewegung im Herbste.
Bayrisch-patriotischer Bauernverein in Tuntenhausen 150
Rede des Grafen v. Crailsheim in Ansbach 151

IV. Landtag.
Budget 152
Landtags-Wahlreform 152
Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen 152
Verkürzung der Arbeitszeit 153
Die politische Lage Bayerns 154
Verkehrsministerium 157
Mißhandlung von Soldaten 158
Graf Crailsheim über seine Amtsführung 158

Sachsen.

I. Die königliche Familie 159
II. Parteibewegung 162

Seite
III. Die Frage des Landtagswahlrechts 162
IV. Landtag 165

Württemberg.
I. Parteibewegung 166
II. Landtag.
1. Volksschulnovelle 167
2. Frage der Verfassungsänderung 168
3. Finanzielle Angelegenheiten 168
4. Ueber das Verhalten des Bischofs von Rottenburg 170
5. Eisenbahnangelegenheiten 171
6. Ueber die Briefmarken-Einheit 172
III. Königliche Familie 172

Baden.
I. Parteibewegung 174
II. Die Universität Heidelberg 175
III. Landtag 176
IV. Totenliste 177

Hessen-Darmstadt.
I. Landtag 178
II. Großherzogliche Familie 180

Mecklenburg-Schwerin 180
Mecklenburg-Strelitz 182
Braunschweig 182
Koburg-Gotha 182
Oldenburg 183
Sachsen-Weimar 183
Sachsen-Altenburg 183
Sachsen-Meiningen 184
Anhalt 184
Schwarzburg-Rudolstadt 184
Lippe 185
Schaumburg-Lippe 185
Freie Städte 185
Elsaß-Lothringen.
I. Landesausschuß 185
II. Parteibewegung 189
III. Katholisch-theologische Fakultät 189

Oesterreich-Ungarn.

A. Oesterreich.
I. Das Ministerium v. Körber 190
II. Parteibewegung 190
III. Deutsch-evangelischer Bund 191
IV. Gegen die „Los von Rom"-Bewegung 191

Seite

V. Landtage.
Böhmischer Landtag 192
Galizischer Landtag 192
Niederösterreichischer Landtag 193
VI. Reichsrat vom 23. bis 28. September.
1. Rekrutierungsgesetz 193
2. Notstandsgesetz 195
VII. Irredentistische Unruhen 195
VIII. Reichsrat vom 17. November bis 12. Dezember.
Politische Auseinandersetzungen in beiden Häusern 196
Ueber die irredentistischen Unruhen 200

B. Ungarn.
I. Reichstag vom 6. Juli bis 12. August 201
II. Kundgebungen des Königs 204
III. Reichstag vom 24. bis 30. September 206
IV. Ministerium Graf Tisza 207
V. Reichstag vom 4. November bis 28. Dezember 208
VI. Unruhen in Szegedin 213

C. Gemeinsame Angelegenheiten.
I. Der Reichsfinanzminister 214
II. Beziehungen zum Auslande.
1. Verhältnis zur römischen Kurie 214
2. Der König von England in Wien 215
3. Der Zar in Wien 216
4. Der König der Belgier in Wien 217
5. Verhältnis zu Serbien 218
III. Die Delegationen.
Ansprache des Monarchen 218
Graf Goluchowski über das Ausland 219

Rußland.

I. Amtliche Erlasse 222
II. Wechsel im Ministerium 222
III. Unruhen 222
IV. Finnland 223
V. Statthalterschaft in Ostasien 224
VI. Beziehungen zum Auslande.
1. Kischinew-Angelegenheit 225
2. Beziehungen zu europäischen Staaten 226
3. Stellungnahme zu Angelegenheiten Ostasiens 226

Frankreich.

I. Parlament (ordentliche Tagung) 227
II. Rede des Ministerpräsidenten Combes in Marseille 228
III. Marineverwaltung 230

Seite

IV. Parlament (außerordentliche Tagung).
1. Ueber die Regierungspolitik 231
2. Schulfragen 232
3. Etatsberatung 233
V. Algerien 236
VI. Beziehungen zum Auslande.
1. Verhältnis zu Großbritannien.
Präsident Loubet in London 236
Schiedsgerichts-Vertrag 237
Englische Parlamentarier in Paris 238
2. Der König von Italien in Paris 239
3. Verhältnis zu Rußland.
Schreiben des Zaren an Loubet 240
Ansprachen des Botschafters Nelidow und Loubets 240

Großbritannien und Irland.

I. König Eduard in Irland 241
II. Parlament.
1. Budget 241
2. Marinebauten 244
3. Vertrag mit der Cunard-Linie 245
4. Irische Landbill 245
III Aenderungen im Ministerium Balfour 246
IV. Handelspolitik.
Chamberlains Agitation für Schutzzoll 247
V. Beziehungen zum Auslande.
1. Der König von Italien in London 252
2. Streit mit Portugal um Barotseland 252
3. Handelsvertrag mit China 253
VI. Kolonien.
1. Dominion of Canada 253
2. Somaliland 255
3. Mittelafrika (Nigeria) 256
4. Südafrika 256
5. Ostindien (Nationalkongreß) 256
6. Australien.
Parlamentsfähigkeit der Frauen 257
Heeresorganisationsplan 257
Marinevertrag mit England 257

Italien.

I. Beziehungen zum Auslande 258
II. Ministerium Giolitti 258
III. Katholischer Kongreß in Bologna 259
IV. Patriotische Kundgebungen 259

Seite

V. Parlament.
Programm des Miniſteriums 259
Ehrung des Andenkens an Mommſen 260
Ueber die Abſage des Zaren 260
Ueber die irredentiſtiſche Bewegung 261
Treue zum Dreibunde 261
VI. Papſt.
Tod des Papſtes Leo XIII. 262
Konklave 262
Wahl Pius' X. 263
Deſſen erſtes Rundſchreiben 263
Staatsſekretär Merry del Val 264
Anſprache des Papſtes im Konſiſtorium 265
Erlaß anläßlich des Kongreſſes in Bologna 265
Weihnachtsanſprache 266
Ueber das Vetorecht weltlicher Mächte im Konklave 266

Spanien.

I. Unruhen 267
II. Cortes I 268
III. Miniſterium Villaverde 269
IV. Cortes II 269
V. Miniſterium Maura 269

Portugal.

Cortes 270
Unruhen in Coimbra 271
Der König von England in Liſſabon 271

Belgien.

I. Der König 272
II. Die Kammern 273
III. Gemeindewahlen 275

Niederlande.

I. Generalſtaaten.
Geſetz gegen Ausſtände 276
Etat 278
II. Arbeiterbewegung 278
III. Kolonien.
Unterwerfung der Aufſtändiſchen auf Sumatra 279

Luxemburg.

Etat 280
Die deutſche Sprache in der Volksvertretung 280

Seite

Dänemark.

I. Verhältnis zu Deutschland 281
II. Reichstag 282
III. Königliche Familie 282
IV. Island 282

Schweden.

Reichstag 283
Regentschaft 283
Konsulatswesen 283
Verhältnis zur mecklenburgischen Stadt Wismar 284

Norwegen 284

Schweiz.

Geistliche Orden 285
Zolltarif 285
Kantonsjubiläen 285
Artilleriebewaffnung 285
Katholikentag 285
Volksabstimmungen 285
Simplonbahn 286

Osmanisches Reich.

I. Mazedonien 286
II. Bulgarien 292
III. Kreta 295

Rumänien . . . . .

Serbien.

Reden des Königs 298
Staatsstreich des Königs 299
Ermordung des Königs Alexander 300
Ansprachen der provisorischen Regierung 300
Das Heer für den Prinzen Peter Karageorgewitsch 301
Erklärung der provisorischen Regierung in der Skupschtina 302
Wahl des Prinzen Peter zum Könige 302
Ansprache des Königs Peter an das Volk 303
Sein Briefwechsel mit dem Kaiser von Oesterreich 303
Sein festlicher Einzug in Belgrad 304
Zweite Ansprache des Königs an das Volk 305
Zwist im Offizierkorps 305
Ministerium Gruitsch 307
Thronrede 308

Seite

Griechenland 309
Marokko 310

Kongostaat.

Notenwechsel mit der englischen Regierung 310

Maskat 311
Persien 311

China.

Fragen der Kriegsentschädigung 311
Ketteler-Denkmal 312

Japan.

Das Parlament 312
Kabelstreit 312
Verhandlungen mit Rußland über Korea und die Mandschurei . . . 312
Handelsvertrag mit China 313

Nordamerikanische Union.

I. Reden des Präsidenten Roosevelt 314
II. Kongreß.
Kohlenzoll 316
Botschaft des Präsidenten 316
Gesetz zum Schutze des Präsidenten 316
Panama-Kanal-Vertrag 317
Jahresbotschaft des Präsidenten 317
III. Philippinen-Inseln 318
IV. Beziehungen zum Auslande.
1. Streit wegen Alaskas 318
2. Verhältnis zum Deutschen Reiche.
Deutsch-amerikanische Festlichkeiten 319
Der deutsche Tag in Philadelphia 320
Das Harward-Germanische Museum 320
3. Stellung zur Republik San Domingo 321
4. Vertrag mit der Republik Kuba 321
5. Stellung zur Republik Panama.
Anerkennung ihrer Selbständigkeit 321
Vertrag über Erbauung des Panama-Kanals 322

Mittelamerika 322
San Domingo 323
Columbia 323
Venezuela 324
Das übrige Südamerika 326

Seite

Politische und sozialpolitische Kongresse.

I. Internationaler Kongreß gegen den Alkoholismus 327
II. Internationale Währungskommission 332
III. Zionisten-Kongreß 333
IV. Die Venezuela-Frage vor dem internationalen Schiedsgerichtshofe 336
V. Interparlamentarische Friedenskonferenz 339
VI. Versammlung des Vereins für Sozialpolitik 341
VII. Alldeutscher Verbandstag 344
VIII. Arbeiterwohlfahrts-Konferenz 348
IX. Kongreß für innere Mission 349
X. Internationaler Statistischer Kongreß 351
XI. Naturforscherversammlung 356
XII. Internationale Sanitätskonvention 365

Personen-Verzeichnis 366

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Der Kaiser.

20. Juli. Aus Molde in Norwegen trifft beim Camerlengo Kardinal Oreglia di Santo Stefano in Rom folgendes Telegramm des Kaisers ein: „Schmerzlich bewegt durch die soeben erhaltne Trauernachricht, sende Ich dem hohen Kardinalkollegium den Ausdruck Meiner aufrichtigen Teilnahme an dem schweren Verlust, den die römisch-katholische Kirche durch den Heimgang des Papstes Leo XIII. erlitten hat. Ich werde dem erhabnen Greise, der Mir ein persönlicher Freund war, und dessen so außerordentliche Gaben des Herzens und des Geistes Ich noch bei Meiner letzten Anwesenheit in Rom erst vor wenigen Wochen erneut bewundern mußte, ein treues Andenken bewahren."

27. Juli. Aus Anlaß der Einreihung der Stadt Dover unter die Anlaufhäfen der deutschen Amerikaschiffe sendet der Kaiser an Sir William Crundall, stellvertretenden Präsidenten des Hafens von Dover, folgendes Telegramm: „Ich höre von Herrn Ballin, daß der erste Versuch eines der großen Hamburg-Amerikanischen Dampfer am neuen Pier zum Landen ein vollständiger Erfolg war. Empfangen Sie Meine besten Glückwünsche für diesen Erfolg, der Mir große Freude macht, um so mehr, als Ich weiß, daß die Wahl von Dover zum Landungsplatz für die Hamburg-Amerika-Linie vor allem Ihrem Vorschlag zu verdanken ist. Ich schicke Ihnen Meine besten Wünsche für die Zukunft des neuen großen Hafens von Dover und hoffe, ein häufiger Besuch deutscher Dampfer wird mehr und mehr zur Entwicklung unsrer Handelsverhältnisse beitragen."

27. August. Auf ein Huldigungstelegramm der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln läßt der Kaiser aus Wilhelmshöhe telegraphisch antworten: „S. M. der Kaiser und König haben den Huldigungsgruß der diesjährigen Jubelversammlung der Katholiken Deutschlands mit Freuden entgegengenommen und lassen das Präsidium ersuchen, der Generalversammlung

für den Ausdruck treuer Ergebenheit allerhöchstihren wärmsten Dank auszusprechen. Auf allerhöchsten Befehl. Lucanus."

Bei einem Festmahle, das der Kaiser im frühern kurfürstlichen Schlosse zu Kassel den Vertretern der Provinz Hessen-Nassau gibt, hält er, an den Oberpräsidenten, Grafen v. Zedlitz-Trützschler, sich wendend, folgende Rede:

„Indem Ich Mein Glas auf das Wohl der Provinz erhebe, spreche Ich Meine Freude aus, so viele der Kurhessen und Nassauer um Mich versammelt zu sehen, und heiße die Herren alle herzlich bei Mir willkommen. Es ist Mir stets eine Freude, wenn Ich Mich in dem eine Weile für Mich zur zweiten Heimat gewordnen Kassel aufhalten und Mich daran erfreuen kann, daß die alten Beziehungen der Kasselaner zu Mir in herzlicher und inniger Begrüßung wieder zum Ausdruck kommen, wie auch am heutigen Tage durch den besonders schönen Schmuck der Stadt. Ich bitte Ew. Exzellenz, den Kasselanern in Meinem Namen auszusprechen, wie gerührt Ihre Majestät die Kaiserin und Ich durch die spontane freudige Begrüßung der Bevölkerung und durch die Ausschmückung der Straßen sind, und Unsern warmen und herzlichen Dank zu sagen. Ich freue mich, auf dem Boden zu sein, auf dem Ich gelernt habe, von kundiger Hand geleitet, daß die Arbeit nicht nur um sich selber willen da ist, sondern daß man in der Arbeit seine ganze Freude finden soll. Die ernsthaften, unabläßigen Vorbereitungen, die Ich in Meinen Studien auf dem Gymnasium und unter der Leitung des Geheimrats Hinzpeter hier vornehmen konnte, haben Mich befähigt, die Arbeitslast auf die Schultern zu nehmen, die von Tag zu Tage in wachsender Bürde zunimmt. Und wenn schon damals Meine Lehrer, überzeugt von der hohen Aufgabe, die ihnen übergeben war, alles daran setzten, jede Stunde und jede Minute auszunutzen, um Mich für den kommenden Beruf vorzubereiten, so glaube Ich doch, daß niemand von ihnen sich darüber hat klar sein können, welche ungeheure Arbeitslast und welche niederdrückende Verantwortlichkeit demjenigen aufgebürdet ist, der für 58 Millionen Deutsche verantwortlich ist. Jedenfalls bereue Ich keinen Augenblick die Mir damals schwer vorgekommenen Zeiten, und Ich kann wohl sagen, daß die Arbeit und das Leben in der Arbeit Mir zur zweiten Natur geworden sind. Und das danke Ich dem Kasselaner Boden.

Schmerzlich bewegt es Mich, daß Ich am heutigen Tage, ehe Ich das Wohl der Provinz ausbringe, zugleich das Scheideglas für Eure Exzellenz trinken muß. Wenn etwas Meinen tiefen Schmerz noch erhöht, so ist es das, daß Ich mit Rührung sehe, wie aus allen Teilen der Provinz uneingeschränkt die Trauer sich kundgibt über Ew. Exzellenz Scheiden, wenn auch die Provinz vollinhaltlich begreift, daß wo die

Not am höchsten ist, der Fürst zu dem Mann greifen muß, der ihm der Rechte an Ort und Stelle zu sein scheint, da empfindet sie es doch tief, daß ihr Oberhaupt genommen wird. Das beweist, daß Ew. Exzellenz die Aufgaben hier noch in weit höherm Maße zu erfüllen imstande waren, wie Ich bei der Berufung gehofft hatte. Es ist Ihnen gelungen, in der Provinz Vertrauen zu gewinnen und diese verschiedenartige Bevölkerung an Ihre Persönlichkeit zu fesseln und sie mit Vertrauen und Zuversicht zu erfüllen, daß sie freudig an ihre schwere Arbeit ging. Verschieden sind die Gaben von Natur und Vorsehung in diesem Lande ausgebreitet. Sehen wir einen Teil desselben in hartem Ringen um den Ertrag des Bodens erstarken, so können wir auf der andern Seite die Industrie, zumal im südlichen Teile, sich entwickeln sehen. Auch Kunstdenkmäler und historische Erinnerungen, schöne Kirchen, wie Erinnerungen an noch ältere Zeiten, so die Burg auf dem Taunus, wo der eherne Schritt der römischen Legionen einst auf Geheiß der Cäsaren römische Kultur den unbändigen Germanen einprägte, alles das vereinigt sich in dieser Provinz. Das erfordert von dem Oberpräsidenten ein solches Maß verschiedner Kenntnisse, daß es eingehender und tiefer greifender Selbstarbeit bedarf, um allen diesen Gebieten einigermaßen gewachsen zu sein. Wo Ich hingehört habe, in jedem Stand und in jeder Beschäftigung ertönt Ew. Exzellenz Lob. Und deshalb beglückwünsche Ich die Provinz zu diesem Ausgang, und Ich darf wohl im Namen der Provinz Ihnen den Dank aussprechen für die aufopfernde Arbeit, der Sie sich zu ihrem Wohle unterzogen haben. Die Provinz möge daraus ersehen, wie es Mir am Herzen liegt, und wie Ich bestrebt bin, soweit es in Meiner Macht steht, die Männer einzusetzen, von denen Ich glaube, daß sie den Aufgaben gewachsen sind. Sie möge auch in Zukunft das Vertrauen zu Mir haben, daß Ich bestrebt bin, die Nachfolger so zu wählen, wie es zu ihrem Wohle nötig ist. Alle Meine Wünsche fasse Ich zusammen, indem Ich rufe: Die Provinz blühe, grüne und gedeihe! Hurra, hurra, hurra!"

Bei einem Festmahle für das XI. Armeekorps in Kassel bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Mein Glas gilt dem Wohle des XI. Armeekorps, zusammengesetzt aus thüringischen und kurhessischen Regimentern. Es liegt Mir am Herzen, dem Armeekorps Meinen Glückwunsch auszusprechen, daß es seine Wurzeln wieder weit hinausgetragen hat in die Anfänge der alten Geschichte der landgräflichen und der kurhessischen Regimenter. Mein Wunsch für das Armeekorps geht dahin, daß es sich stets im Frieden wie im Kriege der hervorragenden Geschichte dieser Regimenter erinnern möge, und daß es sich auch der neuen Ehrung würdig zeigen möge, daß Ich ihm gestattet habe, seine Traditionen zurückführen zu

können auf die glorreichen und tapfern Streiter der frühern kurhessischen Truppen. Mein Glas gilt dem Wohl, dem Gedeihen und Blühen des XI. Korps. Hurra, hurra, hurra!"

3. September. Der Kaiser richtet an den Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, folgendes Telegramm:

„Wiederum, wie in den letzten Jahren, ist in Metz, vorläufig in der Zivilbevölkerung, eine Typhusepidemie ausgebrochen, die die Garnison ernstlich gefährden kann. Sie hat ihren Ursprung in der schlecht verwahrten Bouillon-Quelle und ihrer in unerhörtem Zustand befindlichen Leitung. Diese Sachlage ist lediglich schuld der Stadtverwaltung Metz, die absolut nicht zu energischem Handeln bezüglich ihrer Wasserversorgung sich entschließen kann. Laut Meldung der Kommission, die im Vorjahre die sanitären Verhältnisse in Metz und Umgegend untersuchte — darunter Exzellenz von Leuthold und Koch —, sind die Zustände geradezu himmelschreiend und empörend; trotz allen Drängens und Protestierens des Generalkommandos des XVI. Armeekorps, das andauernd auf die schwere Gefahr für das Militär hingewiesen und das Wasser als unbrauchbar bezeichnete, hat die Stadt nichts Ernstes getan! Das ist nun nicht länger angängig! Im Kriegsfalle würden diese Zustände eine Katastrophe unvermeidlich zur Folge haben. Ich ersuche Ew. Durchlaucht umgehend, mit den allerschärfsten Mitteln den Zuständen ein Ende zu machen und die Stadt zu ihrer Pflicht zu zwingen."

Bei dem Festmahle, das nach der Parade des IV. und XII. (ersten sächsischen) Armeekorps auf dem Truppenübungsplatz bei Zeithain (auf dem Schlachtfelde von Roßbach) im kön. Schlosse zu Dresden stattfindet, hält der König Georg von Sachsen folgende Rede:

„Gestatten Sie Mir, zunächst Meinen tiefgefühltesten Dank für Dero hohen Besuch auszusprechen, einen Besuch, der Mich und Mein Haus abermals hoch geehrt und erfreut hat. Vor allem drängt es Mich aber, im Namen Meiner Truppen, die heute die Ehre gehabt haben, vor Eurer Majestät zu erscheinen, den ehrerbietigsten und tiefgefühltesten Dank auszusprechen, Dank dafür, vor Eurer Majestät erscheinen zu dürfen; denn es ist dem Soldaten eine hohe Ehre, eine hohe, leider selten ihm zuteil werdende Freude, seinem obersten Feldherrn ins Auge zu sehen. Dank auch für das nachsichtige Lob, das Eure Majestät den Leistungen unsers Armeekorps gespendet hat. Dank für die erhabnen Worte, die Eure Majestät an die Kommandeure des Armeekorps gerichtet hat. Ich darf die Versicherung im Namen des Armeekorps geben, daß diese Worte nicht vergessen sein werden, und daß das Armeekorps sie als Ansporn ansehen wird, alles zu tun, bei jeder Gelegenheit im Kriege wie im Frieden, um die Zu-

friedenheit und den Beifall Eurer Majestät als des obersten Kriegsherrn zu erwerben. Meine Herren, Ich erhebe das Glas: Seine Majestät der Kaiser hurra, hurra, hurra!"

Der Kaiser erwidert:

„Gestatten Mir Eure Majestät, Meinen aus tiefstem Herzen kommenden Dank auszusprechen für die erhabnen Worte, die Eure Majestät soeben ausgesprochen haben. Tief ergriffen von der Wärme des Empfangs in Eurer Majestät Residenzstadt, die ich ja, Gott sei Dank, schon so oft habe betreten dürfen, drängt es Mich, vor allem Meiner Freude Ausdruck zu geben über das herrliche Korps, das am heutigen Tage so Schönes geleistet hat. Eurer Majestät erhabne Person und die wenigen alten um Eure Majestät versammelten Generale aus alter Zeit bilden für uns jüngere Offiziere eine Generation, die uns gelehrt hat, was Soldat sein heißt, und wie man Soldat wird. Es wird Mein Bestreben sein, in enger Fühlung mit den bewährten Führern aus großer Zeit, von ihnen lernend und an ihrem Lobe Mich erbauend, die Truppen so auszubilden, wie es zum Besten des Vaterlandes und Meiner Armee dienen kann. Ich spreche Eurer Majestät Meinen herzlichsten und innigsten Glückwunsch zum heutigen Tage aus und bin fest überzeugt, daß Eurer Majestät gütiges, landesväterliches Herz sich heute auch gefreut hat, nicht nur über die Landeskinder im Waffenrock, sondern auch über die stolze Schar Landeskinder im schwarzen Rock, die. mit Orden auf der Brust geschmückt, heute Eurer Majestät strahlenden Auges liebend und beglückt angesehen haben. Wir aber vereinigen unsre Gefühle für die erhabne Person Eurer Majestät, das Königlich sächsische Haus und die Königlich sächsische Armee und rufen: Seine Majestät König Georg hurra, hurra, hurra!" (Nordd. Allg. Ztg. v. 4. Sept.)

4. September. Im Schlosse zu Merseburg gibt der Kaiser ein Mahl für die Vertreter der preußischen Provinz Sachsen und bringt dabei folgenden Trinkspruch aus:

„Ich heiße die Vertreter der Provinz Sachsen und der Altmark von Herzen willkommen. Ihre Majestät die Kaiserin und ich freuen uns von Herzen, einmal wieder hier zu sein. Wie sollte es auch anders sein! Spricht doch Merseburg unser Herz an als ein gutes Stück kerniger deutscher Erde. — Und der Empfang, der uns heute seitens der Merseburger zuteil geworden, hat die guten, warmen, patriotischen Gefühle in lohender Flamme zum Ausdruck gebracht. Erinnerungsreich ist der Boden, den die Herren bewohnen und bebauen, und ertragreich zugleich. Sehen auf der einen Seite von den Hügeln Tangermündes die kaiserlichen Türme herab auf den Wasserspiegel als Zeugen des Anfangs eines großen Gedankens eines hellen Kopfes unter den deutschen Kaisern, so grüßen auf der andern Seite die

Türme Wittenbergs den Strom, wo der größte deutsche Mann für die ganze Welt die größte befreiende Tat getan und die Schläge seines Hammers aufweckend über die deutschen Gefilde schallen ließ. Kämpfte hier der erste deutsche König Heinrich I. gegen den Uebermut seiner östlichen Nachbarn, wurde er in seiner schlichten, kernigen deutschen Gestalt der Begründer der deutschen Ritterlichkeit, so grüßt uns von fern her das goldne Kreuz der Wartburg, auf der eine der herrlichsten deutschen Frauen erblüht ist, die je den Kranz der deutschen Frauen geziert. So ist es wohl erklärlich, daß in dem Herzen der Bewohner dieser Provinz die Geschichte eine große Rolle spielt, und daß die Gefühle für deutsches Wesen und deutsche Art und für das Königshaus von Geschlecht zu Geschlecht sich forterben. Ich wünsche der Provinz von ganzem Herzen fortschreitendes Blühen und Gedeihen in ihrer Entwicklung, helle, klare, zielbewußte Köpfe unter ihren Bewohnern und Gottes Segen zu ihrem Gedeihen und Blühen. Sachsen und die Altmark hurra! hurra! hurra!"

(Nordd. Allg. Ztg. v. 5. Sept.)

5. **September.** Trinksprüche beim Diner in Leipzig nach der Parade des XIX. (2. kön. sächs.) Armeekorps bei Lindenthal (dicht bei Leipzig). Der König Georg von Sachsen bringt folgenden Trinkspruch aus:

„Abermals darf Ich Mir gestatten, den tiefgefühltesten Dank Ew. Majestät darzubringen, und zwar am heutigen Tage im Namen des XIX. Armeekorps, das heute zum erstenmale die Ehre hatte, vor Ew. Majestät zu erscheinen und sein militärisches Können darzulegen. Es ist dieser Tag ein Tag hoher Weihe für das Armeekorps und ein würdiger und schöner Abschluß für alle die Bemühungen der Errichtung und Ausbildung des Armeekorps. Ich darf wohl im Namen des Armeekorps aussprechen, daß dieser Tag ihm ewig eindrücklich bleiben wird, daß es sein stetes Bemühen sein wird, sich die Zufriedenheit Ew. Majestät als des obersten Kriegsherrn zu erwerben und es den besten Armeekorps Ew. Majestät herrlichen Armee gleichzutun. Meine Herren! Ich bitte die Gläser zu erheben auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers, Seine Majestät der Kaiser hurra! hurra! hurra!"

Der Kaiser erwidert: „Darf Ich Eurer Majestät nochmals Meinen herzlichen Glückwunsch zum heutigen Tage zu Füßen legen und dem Armeekorps nochmals von Herzen Meine vollste Anerkennung aussprechen für die mustergiltige Art und Weise, mit der es sich bei der heutigen Parade gezeigt hat? Unter den Korps das jüngste, hat es in seinen Paradeleistungen es den ältesten und besten schon gleich getan; das verspricht Gutes für die Zukunft, das verspricht auch, daß wenn Ew. Majestät rufen, das Korps draufgehn wird wie das

älteste! Indem Ich Mein Glas auf das Wohl des Korps erhebe, trinke Ich zugleich auf das Wohl Sr. Majestät des Königs Georg, hurra! hurra! hurra!"

18. September. Von Jagden in Ungarn zurückkehrend trifft der Kaiser zum Besuche des Kaisers Franz Joseph in Wien ein. Die Trinksprüche beim Festmahle lauten:

Kaiser Franz Joseph bringt folgenden Trinkspruch aus:

„Herzlich willkommen heiße Ich Ew. Majestät und gebe der aufrichtigen Freude Ausdruck, den treuen Freund und Bundesgenossen heute in unsrer Mitte zu empfangen. Ew. Majestät sind durch Ihre Hierherkunft dem von Mir gehegten Wunsche des Wiedersehens mit einer Bereitwilligkeit entgegengekommen, die in Mir das Gefühl warmer Erkenntlichkeit wachruft, und die das schon so feste Gefüge unsrer gegenseitigen Beziehungen gewiß mit neu erhöhter Kraft ausstatten wird. Von dieser Zuversicht durchdrungen, bitte Ich Eure Majestät, zu gestatten, daß Ich dies Glas auf Ihr Wohl sowie auf unsre unerschütterliche Freundschaft erhebe und dabei ausrufe: Seine Majestät Kaiser Wilhelm lebe hoch!" — Die Anwesenden stimmen begeistert ein, und die Musik intoniert das „Heil dir im Siegerkranz."

Kaiser Wilhelm erwidert mit folgendem Trinkspruche:

„Von tiefer Dankbarkeit erfüllt bitte Ich Ew. Majestät, in Gnaden den Ausdruck Meines innigen Dankes entgegennehmen zu wollen für die freundlichen Worte, mit denen Ew. Majestät Mich soeben bewillkommnet haben, sowie für den herzlichen und glänzenden Empfang, den Mir die stets gastfreie und ewig schöne Kaiserstadt an der Donau, Ew. Majestät Residenz, bereitet hat. Nichts konnte mir willkommner sein, als dem Wunsche Ew. Majestät entsprechend hierher zu eilen, um Meinen in Ehrfurcht geliebten und erhabnen Freund und Bundesgenossen zu begrüßen. Der Anblick Ew. Majestät stolzer Regimenter war Mir eine Herzensfreude, denn den Bund unsrer Länder tragen und festigen unsre beiden Heere zum Wohle des Friedens in Europa. Wenn Ich Mein Glas nunmehr auf das Wohl Ew. Majestät erhebe, bitte Ich zugleich, der Dolmetsch der Gefühle aller Deutschen im Reiche sein zu dürfen, wenn Ich dem Wunsche Ausdruck gebe: Gott segne und erhalte Ew. Majestät und Ihr erlauchtes Haus. Seine Majestät der Kaiser und König Franz Joseph hurra!"

21. September. Anläßlich seiner Anwesenheit bei der Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in Danzig empfängt der Kaiser eine Abordnung von Arbeitern der Danziger Staatswerkstätten, namentlich der kaiserlichen Werft, der königlichen Artilleriewerkstätte und Gewehrfabrik und vom Artillerie- und Train-Depot. Auf eine Huldigung der Arbeiterschaft erwidert der Kaiser:

„Ich danke Ihnen für die Worte, die Sie im Namen der Arbeiter ausgesprochen haben, und bitte Sie, diesen Meinen Dank den Arbeitern der Werkstätten zu überbringen. Es ist Mir eine Freude, gerade am heutigen Tage Sie zu sehen, am Tage der Denkmalsenthüllung des großen Kaisers, an dessen Taten einzelne von Ihnen mitgetan, des großen Kaisers, der dem deutschen Volke die jahrhundertelang ersehnte Einheit gebracht hat. Erst durch den Aufbau des einigen Deutschen Reiches ist es möglich gewesen, daß die gewaltige Entwicklung in Handel und Industrie so viele kräftige Fäuste deutscher Arbeiter hat beschäftigen können. Ich sollte daher meinen, daß im Hinblick auf die ehrwürdige Gestalt des deutschen Kaisers die deutsche Arbeiterschaft Freude und Genugtuung empfinden müßte für die Eröffnung eines so ungeheuern Feldes der Tätigkeit, auf dem sie ihre Tätigkeit entwickeln kann. Und Ich sollte meinen, daß auch sie das höchste Interesse daran hat, dieses Deutsche Reich ungeschmälert und ungestört zu erhalten und im Innern wie nach außen festgefügt zusammenzuhalten. Denn nur in einem solchen wird die deutsche Arbeiterschaft Lohn, Lebensunterhalt, Zufriedenheit haben und mit Vertrauen in die Zukunft blicken können. Ein großer Teil der deutschen Arbeiter geht durch die Reihen der Armee und lernt in ihr Schulung und Disziplin; diese Schulung gibt ihnen die Möglichkeit, auf friedlichen Gebieten Siege über Siege zu erringen, und überall weiß man, was deutsche Arbeit bedeutet, überall wird sie geschätzt und anerkannt. Das ist nur möglich durch große Erfahrung und den hohen Stand der Bildung der deutschen Arbeiterschaft. Ich hoffe, daß die Gesinnungen, denen Sie heute Ausdruck gegeben haben im Namen Meiner Arbeiter der kaiserlichen und königlichen Werkstätten, auch in den Herzen der übrigen Arbeiter schlagen, und daß nach wie vor sie sich immer bewußt sind, daß sie zunächst Deutsche sind, und daß die Arbeiter das Deutschtum im Frieden nach außen zu Ehren zu bringen haben, wie sie auch im Kriege nicht zögern werden, zur alten bekannten Waffe zu greifen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen. So lange solche Empfindungen maßgebend sind, so lange, davon bin Ich fest überzeugt, wird das Vaterland sich weiter entwickeln, zum Segen und zur Freude auch seiner Arbeiter. Ich danke Ihnen."

16. Oktober. Der deutsche Gelehrte Dr. Wilpert in Rom überreicht dem Kaiser im Auftrage Papst Pius X. das erste Exemplar seines Werkes „Die Malereien der Katakomben Roms" sowie ein Handschreiben des neuen Papstes.

17. Oktober. Bei der Abendtafel im Neuen Palais bei Potsdam richtet der Kaiser an seine an diesem Tage konfirmierten Söhne, die Prinzen August Wilhelm und Oskar, eine längere Ansprache.

18. Oktober. Die Ansprache des Kaisers bei der Tafel nach der feierlichen Enthüllung der Denkmäler seiner Eltern vor dem Brandenburger Tore in Berlin s. im vierten Abschnitt „Patriotische Kundgebungen."

24. Oktober. Der Kaiser trifft in Küstrin ein, um der Enthüllung der Denkmäler des Großen Kurfürsten und des Markgrafen Johann beizuwohnen. Auf dem Festplatze erwidert er auf die Ansprache des Bürgermeisters Securius und bei Entgegennahme eines Ehrentrunks folgendes:

„In patriotischen und warm empfundnen Worten hat soeben der Herr Bürgermeister im Namen von Küstrin Mir den Willkommen ausgesprochen und zugleich den Einfluß, die Wirksamkeit und die Bedeutung des Herrschers geschildert, dessen Standbild hier enthüllt worden ist. Indem Ich Küstrin meinen herzlichen Dank ausspreche für den begeisterten Empfang seitens seiner Bürgerschaft und die schöne Ausschmückung Ihrer Stadt, so kann Ich auch hinzufügen, daß es Mich mit Freude und Befriedigung erfüllt, diese Stätte historischer Erde zu betreten. Wir haben soeben vernommen, auf welcher Grundlage das Leben des Fürsten aufgebaut war. Diese Grundlage ist es gewesen, die Meinen Vorfahren und Meinem Hause zu der Stellung geholfen und uns dahin gebracht hat, wo wir jetzt stehen. Diese Grundlage ist auch die Meinige, Ich habe es erst vor wenig Tagen ausgesprochen. Die Stadt Küstrin ist mit unserm Hause auf das innigste verknüpft gewesen, sie hat zweien der gewaltigsten Meiner Vorfahren Stätte und Heim gegeben: dem Großen Kurfürsten und dem großen König. In schwerer Zeit ist hier der Große Kurfürst verwahrt worden, um späterhin in einzig dastehender Arbeit ein Land wieder emporzuheben aus einem Zustande, wie er kaum in einem andern herrschte. Ein Land, das zerrissen, zerstampft, verwüstet und verkommen am Boden lag, hat der jugendliche Fürst, unbekümmert durch die Größe der Aufgabe, zu hoher Blüte emporgebracht und zu bedeutungsvoller Stellung unter den Mächten. Und der große König hat in seiner Jugend in schwerer Stunde hier die Schule durchmachen müssen, die es ihm ermöglichte, nachher der Mann und der Charakter zu werden, als den ihn die Vorsehung brauchte, um aus Preußen das zu machen, was es geworden ist. Wir können wohl annehmen, daß er in den schweren Stunden, die er hier durchgemacht hat, in sich klar geworden ist und begriffen hat, daß seine Lebensaufgabe die sein müsse, zu der er sich nachher als König bekannt, daß er der erste Diener des Staates sein müsse. Das konnte er nur lernen durch Unterordnung, durch Gehorsam, mit einem Wort durch das, was wir als Preußen mit Disziplin bezeichnen. Und diese Disziplin muß ebenso im Königshause wie im bürgerlichen Hause,

im Heere wie im Volke wurzeln. Respekt vor der Obrigkeit, Gehorsam gegen die Krone und Gehorsam gegen den elterlichen und väterlichen Einfluß, das müssen wir aus diesen Erinnerungen lernen. Und diesen Eigenschaften entspringen dann die, die wir mit Patriotismus bezeichnen, nämlich Unterordnung des eignen Ich, des eignen Subjekts zum Wohle des Ganzen; das ist es, was uns in dieser Zeit besonders not tut. Ich habe aber die feste Ueberzeugung, daß in den alten historischen Mauern von Küstrin dergleichen Eigenschaften am Tage sind; und wenn darüber noch ein Zweifel gewesen wäre, so wäre er geschwunden angesichts der Haltung und Stimmung der Bürgerschaft und der schönen patriotischen Worte, die heute hier gesprochen sind. Daß diese Eigenschaften unter den Märkern und vor allem unter den Küstrinern nie aussterben mögen, und daß Küstrin mit gutem Beispiel vorangehen möge, für das Vaterland zu leben und zu wirken in guten und in schweren Tagen, darauf trinke Ich diesen Pokal."

31. Oktober. Der Kaiser in Stettin beim Stapellaufe des Linienschiffs „Preußen."

4. November. In Wiesbaden erhält der Kaiser den Besuch des Zaren.

5. November. Besuch des Kaisers beim Zaren in Egelsbach und Wolfsgarten bei Darmstadt.

7. November. Ueber eine Halsoperation des Kaisers wird amtlich folgendes bekannt gegeben: „Seine Majestät der Kaiser und König haben sich heute der Operation eines Stimmlippenpolypen unterzogen. Die Operation wurde von dem Geheimrat Professor Dr. Moritz Schmidt ausgeführt und verlief ganz glatt. Seiner Majestät ist bis zur Heilung der Operationswunde nur Enthaltung des Stimmgebrauchs auferlegt. Potsdam, 7. November 1903. v. Leuthold. Moritz Schmidt. Ilberg."

Das Ergebnis der von Geheimrat Professor J. Orth ausgeführten mikroskopischen Untersuchung ist folgendes:

„Der Polyp besteht aus einem sehr weichen, nur wenige Zellen enthaltenden Bindegewebe, das von einem regelmäßig geschichteten und überall scharf gegen das Bindegewebe abgegrenzten Plattenepithel überzogen ist. Ein Teil der Bindegewebszellen enthält feine braune Pigmentkörnchen, offenbar von früher stattgehabten kleinen Blutungen herrührend. Der Polyp enthält eine größere Anzahl dünnwandiger Blutgefäße. Es handelt sich also um einen durchaus gutartigen bindegewebigen Polypen. Berlin, 7. November 1903. Professor J. Orth."

14. Dezember. Ueber den Empfang des Reichstagspräsidiums beim Kaiser macht der Präsident Graf Ballestrem dem Reichstage folgende Mitteilung:

„Ihr Präsident und die beiden Herren Vizepräsidenten sind heute vormittag im Neuen Palais in Potsdam in Audienz empfangen worden. Nachdem Ihr Präsident die vorschriftsmäßige Meldung von der Konstituierung des Reichstags abgestattet hatte, nahm er Veranlassung, auch der großen Besorgnisse zu erwähnen, die in vielen Kreisen durch die Erkrankung Sr. Majestät wachgerufen wurden, und der freudigen Genugtuung Ausdruck zu geben, die man im Volke darüber empfand, als bekannt wurde, daß die Erkrankung keine übeln Folgen habe und bald völlig weichen werde. Seine Majestät haben diese Kundgebungen huldvollst aufgenommen und in Verfolg derselben über dreiviertel Stunden über seine Krankheit und andre interessante und belehrende Gegenstände mit Ihrem Präsidenten und den Herren Vizepräsidenten gesprochen. Der Eindruck war der, daß Se. Majestät die alte Frische völlig wieder erlangt hat. Auch die Stimme klang klar und voll, und nur wer mit Vorurteil herantrat, konnte vielleicht hören, daß noch ein leichter Schleier darüber liege. Seine Majestät war sehr heiterer Stimmung und hat sich, wie gesagt, sehr huldvoll gezeigt."

17. Dezember. Empfang des Königs Christian von Dänemark in Potsdam.

19. Dezember. Der Kaiser nimmt in Hannover teil an der hundertjährigen Jubelfeier von drei früher hannoverschen Regimentern. Diesen läßt er auf dem Waterlooplatze einen Kabinettsbefehl verlesen. Beim militärischen Festmahle im Tivoli erwidert er auf eine Ansprache des Prinzen Albrecht von Preußen: „Mit herzlichem Dank erhebe Ich Mein Glas und wünsche, daß ein jeder von Ihnen Mir nachtut mit dem Rückblick auf die Vergangenheit, auf das Wohl der Deutschen Legion, in Erinnerung an ihre unvergleichlichen Taten, die im Verein mit Blücher und den Preußen bei Waterloo das englische Heer vom Untergang rettete, auf die Vergangenheit von 1866, wo tapfer und brav und unerschrocken der blanke Heerschild hannoverscher Ehre hoch und blank gehalten wurde, auf die Vergangenheit von 1870, darunter auf den Helden von Beaune-la-Rolande, der leider nicht mehr unter uns ist, auf die Gegenwart, die hier versammelt ist, und die Ich von Herzen hier begrüße, und auf die Zukunft, die in den drei Regimentern verbürgt ist, und die ebenso glänzend und ebenso blank, rein und schön sein möge wie die Vergangenheit. Das ist die Aufgabe, die Ich den Regimentern stelle. Die Deutsche Legion und ihre Traditionen: Hurra! hurra! hurra!"

Zweiter Abschnitt.

Ministerielle Erlasse.

I.

Wahlreglement für den Landtag.

12. Juli. Veröffentlichung des im Februar vom Minister des Innern im Abgeordnetenhause in Aussicht gestellten Reglements zur Erleichterung des Wahlverfahrens in großen Wahlkreisen.

Das Reglement enthält, in Aenderung des Paragraphen 15, den Fortfall der Bestimmung, daß auf Wunsch des Urwählers der Protokollführer bei den Urwahlen den Namen des Urwählers durch diesen selbst in die Liste eintragen läßt.

Für die Wahl der Abgeordneten selbst sind in den Paragraphen 27 und 38 Erleichterungen geschaffen worden. Während bisher mehrere Wahlgänge erforderlich waren für den Fall, daß mehrere Abgeordnete zu wählen waren, hat nunmehr in diesem Falle jeder Wahlmann sofort anzugeben, wen er an erster, zweiter oder dritter Stelle zum Abgeordneten wählt. Es ist nicht unzulässig, für jede Stelle denselben Namen zu nennen. Der Protokollführer trägt den oder die von dem Wahlmann bezeichneten Namen sofort neben den Namen des Wahlmannes in die entsprechenden, zur Aufnahme der Abstimmungsvermerke bestimmten Spalten der Wahlmännerliste ein. Dabei sind Abkürzungen statthaft, die keinen Zweifel über die gewählte Person lassen.

Ein neuer Paragraph 31 bestimmt, daß die Wahlvorsteher und Wahlkommissare für den vorschriftsmäßigen Verlauf der Wahlverhandlung verantwortlich sind; sie sind, soweit nicht Entscheidungen des Wahlvorstandes vorgeschrieben sind, berechtigt, alle zur geordneten Durchführung der Wahlverhandlung erforderlichen Entscheidungen und Anordnungen allein zu treffen und mit den gesetzlich zulässigen Mitteln in Vollzug zu setzen. Die Befugnis des Wahlvorstandes, das Wahlergebnis festzustellen, wird durch diese Vorschrift nicht berührt. Beschlüsse des Wahlvorstandes werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Wahlvorstehers.

II.

Behandlung religiöser Gegenstände in Schulen.

Mitte September. Ueber die Behandlung religiöser Gegenstände in gemischten Schulen, die von Kindern verschiedner Konfessionen besucht werden, richtet der Kultusminister aus Anlaß eines Spezialfalles an die Bezirksregierungen und Provinzial-Schulkollegien eine Verfügung, in der es heißt:

Auch ich bedaure, daß dort die konfessionelle Minderheit über einen Mangel an Schonung ihres religiösen Gefühls zu klagen Veranlassung hat, und lege in Hinsicht auf das Gebot der Duldsamkeit und das staatliche Interesse an einem friedlichen Zusammenleben der Angehörigen verschiedner Konfessionen jeder Schule die Pflicht auf, im Unterricht alles zu vermeiden, was Gegensätze erweitert, und alles zu pflegen, was das unbefangne Zusammenleben zu fördern geeignet ist, sodaß die Rücksichtnahme auf

den Standpunkt andrer Gemeinschaften besonders da sorgsam beachtet wird, wo Kinder verschiedner Konfessionen den Unterricht empfangen. Es gilt nicht nur für paritätische Schulen, sondern ebenso für die Konfessionsschulen, in denen sich eine, wenn auch kleine Minderheit von Kindern andrer Konfessionen befindet. Soweit die Beachtung der Unterscheidungslehren im Unterricht notwendig ist, gehört sie in den Religionsunterricht; aber auch dieser darf die Rücksichtnahme auf das religiöse Bewußtsein der Andersgläubigen niemals außer acht lassen. Darin sind alle Konfessionen einig, und die Erziehung in der Schule muß diese Erkenntnis wachhalten und fördern, daß es nicht an weiten Gebieten fehlt, auf denen den Angehörigen verschiedner Konfessionen ein gemeinsames Wirken möglich und Pflicht ist, sodaß viel Gutes und Schönes unentwickelt bleiben und das Staatsinteresse gefährdet werden müßte, wenn die Erziehung der Jugend nicht pflegte, was uns heilt, sondern vertiefte, was unser Volk auf religiösem Gebiete trennt. Ich vertraue, daß die königl. Regierung den beteiligten Kreisen, wo es etwa erforderlich sein sollte, die sorgfältigste Beachtung dieser Grundsätze zur Pflicht machen wird.

Dritter Abschnitt.

Reden von Ministern.

I.

Rede des Ministers Möller über das Handwerk.

17. Juli. Das „Osnabrücker Tageblatt" teilt eine Rede mit, die der Minister Möller über die Lage des Handwerks in Osnabrück gehalten hat. Sie habe im wesentlichen also gelautet:

In bezug auf das Handwerk haben in dem letzten Jahrzehnt sehr leidenschaftliche Bewegungen viel Aufregung geschaffen; das Handwerk hat aber, wenn auch nicht alles, was es früher erstrebt hat, so doch eins erreicht, und das wollen Sie nicht unterschätzen: Sie haben eine staatliche Organisation bekommen in den Handwerkskammern. Diese Organisation ist neu, Sie können daher noch keine großen Früchte augenblicklich und überall von ihr erwarten; aber es liegt in Ihrer Hand, aus der Organisation etwas zu machen und damit Großes auch für das Handwerk zu erreichen. Es ist vielfach bei den Bestrebungen für die Förderung des Handwerks in den Vordergrund gestellt worden, daß die Organisation die Hauptsache sei. Das ist gewiß richtig, aber die Organisation allein tut es nicht, sondern es kommt doch vor allem darauf an, daß das Handwerk der enorm schnell voranschreitenden Zeit, den Neuerungen und Fortschritten, die von Jahr zu Jahr kommen, zu folgen imstande ist. Und es ist klar, je ferner die Handwerker in kleinen Orten dem Zentrum der Bewegung stehn, um so schwieriger ist es für sie, in allen Dingen dem raschen Fortschritt zu folgen. Ich halte daher dafür, daß für die nächste Zeit das Hauptstreben dahin gehen muß, dem Handwerker die notwendige Ausbildung zu geben und da nachzuhelfen, wo durch den raschen Fortschritt der übrigen Welt Lücken entstanden sind. Das Handwerk hat zweifellos schwer zu kämpfen gegen die großkapitalistische Bewegung. Aber daran ist nichts zu ändern; mit der Tatsache, daß die großkapitalistische Bewegung unsre industrielle Welt regiert, müssen Sie sich abfinden, wie jeder-

mann sich damit abfinden muß. Ohne die großkapitalistische Bewegung wären die mächtigen Werke, die in konkurrenzfähiger Weise ihre industriellen Produkte als Zeugen deutschen Gewerbfleißes in das Ausland ausführen, nicht möglich.

Augenblicklich dringt vor allen Dingen von unserm schärfsten Konkurrenten, den Vereinigten Staaten, eine neue gewaltige Konzentration des Kapitals herüber, und dagegen können wir uns nur wehren, wenn wir in bescheidner Weise auf demselben Wege folgen, ohne die Fehler zu machen, die dort gemacht worden sind.

Also mit der Tatsache, daß wir mit einer gewissen Anhäufung von Kapitalien zur billigen Produktion zu rechnen haben, müssen wir uns abfinden. Wir würden zurückbleiben in der Welt, wenn wir es nicht so machten, und so müssen auch Sie sich mit der großkapitalistischen Bewegung abfinden. Auch Sie müssen, wo das Kapital des Einzelnen nicht ausreicht, im Wege verständiger Genossenschaftsbildung nachhelfen, und ebenso muß in bezug auf Wissen, sowohl technisches wie allgemeines Wissen, nachgeholfen werden. Und damit sind wir augenblicklich beschäftigt, das ist mein Hauptstreben in Ihrem Fall, daß wir Fachschulen errichten, um in diesen Schulen die Lehrlinge auszubilden; daß wir, was die Meister betrifft, die nicht mehr in die Schule gehen können, durch Meisterkurse nachhelfen, damit er nicht nur in seinem technischen Können, sondern auch in bezug auf allgemeine Geschäftsgebarung allen Anforderungen gewachsen ist. Wir sind schon in gewisser Beziehung dem Beispiel der Vereinigten Staaten gefolgt, indem wir unsern höhern technischen Lehranstalten Musterwerkstätten angegliedert haben, in denen Maschinen in natura vorgeführt und die Art ihrer Benutzung praktisch gezeigt wird. Es ist das ja bis zu einem gewissen Grade Zukunftsmusik, die ich vor Ihnen mache, aber wollen wir in der heutigen lebhaft vorwärts treibenden Zeit uns auf der Höhe erhalten, dann müssen wir nach allen Richtungen hin unsre Fühler ausstrecken und sehen, wo etwas Gutes, für uns praktisch Verwendbares zu haben ist.

II.

Reden des Ministers Möller in Linden.

2. August. Bei der Jubiläumsfeier der Hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, die die viertausendste Lokomotive fertiggestellt hat, hält der Minister Möller eine Rede, in der er zunächst seiner Freude über die Fortschritte der Gesellschaft Ausdruck gibt und dann fortfährt:

Wir können jetzt alles im eignen Lande herstellen und können alle Söhne, die uns geboren werden, im eignen Lande beschäftigen. Hoffen wir, daß es so bleiben möge! Dann wird die Wohlfahrt des ganzen Landes und die Wohlfahrt jedes Einzelnen unter uns sich immer mehr heben. Um zu diesem Schritt zu gelangen, darf weder Fabrikleiter noch Arbeiter stillstehn im Fortschritt. Alle Neuerungen müssen nicht nur befolgt werden, sondern man muß bestrebt sein, auch selbst Neuerungen zu erfinden, um stets an der Spitze zu marschieren, andern ein Vorbild zu sein. Und wenn wir ein Stück davon jetzt erreicht haben, so haben wir das der Tatkraft der deutschen Männer zu verdanken, die in den letzten Jahrzehnten unsre Industrie so in die Höhe gebracht haben, nicht nur den leitenden, nein, auch jedem der arbeitenden, die die Fortschritte mitgemacht haben, ohne die wir nicht da sein könnten, wo wir heute glücklicherweise sind; ohne sie würden wir für das Ausland nicht die

Millionen von Händen beschäftigen in dem, was es bei uns bestellt, und ohne die Ausfuhr nach dem Auslande würden wir die Millionen, die wir seit 1870 im Lande behalten haben, nicht bei uns behalten haben können. Unsre ganze weitere Entwicklung dreht sich darum, daß wir immer an der Spitze bleiben und uns von niemand überflügeln lassen, daß wir die beste Arbeit zu möglichst billigem Preise herstellen, damit wir allen andern Nationen überlegen sind.

III.

Rede des Reichskanzlers Grafen Bülow in Dresden.

23. September. Nach dem Besuche der deutschen Städte-Ausstellung in Dresden wird der Reichskanzler vom dortigen Oberbürgermeister Beutler begrüßt. Hierauf antwortet Graf Bülow:

Das glänzende Bild, das die Ausstellung bietet, muß nicht nur bei mir, sondern bei jedem Besucher die Hochachtung vor den hervorragenden Leistungen der deutschen Städte noch verstärken. Die deutschen Städte sind seit den Tagen König Heinrichs des Städtegründers ein Hort des deutschen Handels und Wandels, deutscher Bildung und deutscher geistiger Freiheit gewesen. In einem schönen Gedichte, hat Max von Schenkendorf vor fast hundert Jahren die Bedeutung der deutschen Städte für die Geschichte und das Leben der Nation besungen. Zu jener Zeit fingen die deutschen Städte erst an, sich von den schweren Wunden zu erholen, die die innern und äußern Kämpfe ihnen geschlagen hatten, bis zum Dreißigjährigen Kriege zurück. Jetzt, seit der Neugründung des Deutschen Reiches, haben des Reiches Städte einen Aufschwung genommen, der auch die Blütezeit des 15. und 16. Jahrhunderts übertrifft. Die deutsche Städteausstellung und der Rahmen, der sie umgibt, die Stadt Dresden, zeigen uns diese neue Blüte; die Ausstellung mit ihrem reichhaltigen Material auf allen Gebieten des städtischen Lebens, das schöne Dresden, das ein erlauchter Geist, Herder, das deutsche Florenz genannt hat, mit seinen großartigen modernen Bauwerken und seinen unvergänglichen Schätzen der Kunst, daneben ein Sinnbild der Verbindung alter Kultur mit rüstigem Vorwärtsschreiten. Etwas, meine Herren, möchte ich bei meinem Besuch der Ausstellung noch hervorheben: daß sie mir wieder den Umfang der Aufgaben klar vor Augen geführt hat, die namentlich auf sozialpolitischem Gebiet den Städteverwaltungen heute obliegen. Wieviel zur Lösung dieser Aufgaben schon geschehn ist, beweist die Dresdner Städteausstellung.

IV.

Rede des Ministers Freiherrn von Hammerstein.

7. Oktober. Der Erfurter „Allgemeine Anzeiger" teilt mit, der Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, habe sich „dieser Tage" über die Eindrücke des in Dresden stattgehabten sozialdemokratischen Parteitags geäußert. Das Blatt sagt:

„Der Minister streifte die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Dresden und erwähnte, daß die Presse der Regierung Vorwürfe mache, weil sie angesichts der den

revolutionären Charakter der Partei klar zum Ausdruck bringenden Beschlüsse nicht sofort mit bestimmten Gegenmaßnahmen geantwortet hätte. Die Regierung habe die Ueberzeugung, daß durch diese Verhandlungen jedem patriotisch denkenden Deutschen die Augen geöffnet sein müßten, und hoffe bestimmt, daß es der deutschen Bürgerschaft gelingen werde, eine Gesellschaft, deren Endbestrebungen so unverhüllt auf den Umsturz der bestehenden Staatseinrichtungen, ja sogar auf Beseitigung der Religion gerichtet seien, aus eigner Kraft von sich abzuschütteln, und man die geeigneten Mittel und Wege dazu finden werde. Es werde vielfach die Befürchtung laut, daß eine Folge des sozialdemokratischen Anwachsens entweder die Revolution oder die Reaktion sein könnte. Sollten wirklich revolutionäre Bestrebungen zum Ausbruch kommen, so habe die Staatsregierung genügende Machtmittel in den Händen, um sofort dergleichen zu unterdrücken. Andrerseits würden derartige Bestrebungen keinenfalls auf die Staatsregierung die Wirkung üben, daß sie sich beirren ließe, auf dem Wege, den sie mit der sozialpolitischen Gesetzgebung auf Grund der Botschaft unsers großen Kaisers Wilhelm eingeschlagen habe, fortzuschreiten und an dem Ausbau der Gesetzgebung zum Wohle der arbeitenden Klasse fortzuarbeiten."

V.

Rede des Ministers Möller in Münster.

20. Oktober. Minister Möller hält bei der Einweihung des neuen Handelskammergebäudes in Münster eine Rede. Nach einer kurzen Schilderung der letzten fünfzig Jahre, in denen sich Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft erobert, führt der Minister aus:

Wenn ich mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die nächste Zukunft sehe, so möchte ich diese doch nicht zu groß werden lassen; wir stehen vor großen Kämpfen in handelspolitischer Beziehung; im eignen Lande sind wir wieder recht gesund, aber davon sind wir nicht allein abhängig, wir können die Ausfuhr ins Ausland nicht entbehren. Darum muß die Ausdehnung der Ausfuhr gefördert werden. Ich weiß, daß in weiten Kreisen, den landwirtschaftlichen, geklagt wird über die Industrialisierung des Landes, über die Heranziehung der Arbeiter nach gewissen Distrikten. Das ist richtig und bedauerlich für die Gegenden, die nicht teilnehmen können an den Vorteilen, die die Industrie der Landwirtschaft darbietet, die ihre Erzeugnisse nicht an die Industrie absetzen kann, wie hierzulande, wo der Gegensatz von Handel und Industrie zur Landwirtschaft viel geringer ist als anderwärts, weil die Interessen vielfach zusammenfallen. Nur im Zusammenstehen aller Stände ist das weitere Gedeihen unsers schönen Vaterlandes möglich. Ich habe die Hoffnung, daß aller Widerstand fallen wird vor der bittern Notwendigkeit, daß wir die zahlreichen Menschenkinder, die wir jedes Jahr an Zuwachs erhalten, beschäftigen müssen. Gott verhüte, daß die Zeiten

wiederkommen, wo auch aus diesen Landesteilen Zehntausende in die Fremde auswandern mußten, um ihr Brot zu suchen. Möge es uns beschieden sein, dem Zuwachs Brot im eignen Lande zu bieten; das ist nur möglich, wenn wir das Ausland zum Teil dafür bezahlen lassen, wie es jetzt geschieht. Die Zahlen unsrer Ausfuhr sind — und das ist unser Glück — in den letzten drei Jahren fortwährend rapide gestiegen; im vorigen Jahre hat sie nahezu fünf Milliarden erreicht, ein Ziel, das vor zehn Jahren noch unmöglich erschien. In diesem Betrage sind reichlich drei Milliarden Löhne und Gehälter enthalten. Der indirekte Nutzen ist noch viel größer. Das Geld, das die Arbeiter und Beamten einnehmen, wird am nächsten Tage wieder ausgegeben; und es fließt so zurück in andre Kanäle, zum Teil in die Taschen der Herren Landwirte, und trägt so wesentlich dazu bei, diesen den schweren Kampf zu erleichtern, den sie gegenwärtig zweifellos auszufechten haben.

(Nach der Rhein.-Westf. Ztg. in Essen.)

VI.

Rede des Ministers Grafen von Posadowsky.

22. Oktober. In Berlin findet die Hauptversammlung des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke statt. Hier hält der Staatssekretär des Innern, preuß. Minister Graf von Posadowsky-Wehner, eine Ansprache im wesentlichen folgenden Inhalts:

Ich sehe in Ihnen nicht nur die unerschrocknen Vorkämpfer für eine geläuterte und veredelte Volkssitte, sondern auch werktätige Hygieniker. Die Statistik lehrt uns, daß es der heutigen Erkenntnis der Wissenschaft gelungen ist, die Menschheit gegen mancherlei Feinde ihrer Gesundheit und ihres Lebens immer wirksamer zu schützen und so das menschliche Leben an sich zu verlängern. Andrerseits ist aber mit den geistigen und körperlichen Anforderungen, die an den Arbeitsmenschen der Gegenwart gestellt werden, mit den Eigentümlichkeiten gewisser Berufsarbeiten, mit dem Leben in überfüllten Wohn- und Arbeitsräumen und in volkreichen Städten für die Kulturmenschen die sichtbare Gefahr verbunden, einer allmählichen körperlichen Entartung und Erschlaffung zu verfallen. Unter solchen Verhältnissen ist es für jeden Volksfreund doppelt geboten, wenigstens seine Stimme zu erheben und seinen Einfluß einzusetzen gegen die Volksschäden, die durch die eigne Willenskraft jedes Einzelnen vermieden werden können. Die schwerste Belastung der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung eines Volkes ist aber unzweifelhaft übermäßiger Genuß alkoholischer Getränke. Ich weiß sehr wohl, daß dieser Kampf nicht nur gegen die ärmern Volksklassen zu richten ist; den letztern steht aber vielfach, namentlich in den großen Städten, die Entschuldigung zur Seite, daß ihnen ein wohnliches Heim fehlt, und daß sie deshalb ihre arbeitsfreie Zeit im Wirtshaus mit seinem Trinkzwang verbringen. Hierzu kommt, daß durch unsre sozialpolitische Gesetzgebung für gewisse Berufs- und Betriebsarten die Arbeitszeiten vielfach verkürzt sind. Mit der Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenusses steht deshalb nicht nur die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der ärmern Bevölkerung, sondern auch die Fürsorge für geeignete Erholungsstätten, namentlich der unverheirateten Arbeiter und Gewerbegehilfen in engstem, unmittelbarem Zusammenhange. Auch gegen Ihre Bestrebungen hat sich vielfach die alte Waffe des Spottes gerichtet. Wer aber im öffentlichen

Leben etwas erreichen will, muß auch kämpfen, und ich habe den Eindruck, daß das Verständnis für Ihre gute Sache in immer weitere Kreise eingedrungen ist und damit anfängt, einen wirksamen und bessernden Einfluß auszuüben. Dieses Bewußtsein wird Ihnen auch die Freudigkeit verleihen, Ihre große Aufgabe für die Gesundung unsers Volkes weiter zu verfolgen.

VII.

Rede des Ministers Freiherrn von Hammerstein in Hannover.

29. Oktober. Der Minister des Innern, Frhr. v. Hammerstein, nimmt in Hannover an der feierlichen Uebergabe des neuen Polizeigebäudes an den Polizeipräsidenten Dr. Steinmeister teil und hält bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er betont, der Wahlspruch: Salus publica suprema lex esto müsse auch für die Polizei gelten. Ihre Aufgabe sei eine zweifache, die staatliche und die städtische Wohlfahrt; diese solle sie vereinen mit Takt und Selbstbewußtsein. Bei dem nach der Feier veranstalteten Festkommers führt der Minister diesen Gedanken weiter aus:

Der Polizei würde oft von dem Publikum zu wenig Entgegenkommen gezeigt, aber es liege an der Polizei, dem abzuhelfen. Die Polizei sei für das Publikum da und müsse dem Staatsbürger geben, was ihm gebühre. Verstöße dagegen werde er unnachsichtlich zu ahnden wissen, doch könne auch jeder Polizeibeamte versichert sein, daß er Pflichttreue und Hingabe anerkenne. Der Minister sagt ferner: Einem Minister passiert es selten, daß er mit so vielen Leuten, die ihm untergeben sind, zusammen sein kann. Zuerst will ich Ihnen sagen, daß der Minister, der so vielfach strafend auftritt, nicht etwa immer straft, sondern daß es seine Hauptaufgabe ist, sich der Fürsorge für seine Beamten zu widmen. Das ist auch mein ernster Wille, den auszuführen ich nach bestem Können bestrebt sein werde. Ich bitte nun alle die, die etwas auf dem Herzen haben, es mir heute abend mündlich mitzuteilen; ich bin gern bereit, zu helfen, wo ich kann. Ich bin selbst jahrelang Polizeidirektor gewesen. Kein Dienst ist mir fremd; zu jeder Tages- und Nachtzeit bin ich auf dem Posten gewesen, und ich weiß, wie schwer der Beruf des Polizeibeamten ist. Dazu gehört Besonnenheit und Ruhe, die manchmal geradezu übermenschlich ist. Wir sind für das Publikum da und müssen dafür einstehen, daß die Ordnung aufrecht erhalten bleibe. Es ist eine schwere Aufgabe; je mehr wir diese aber lösen, desto größer ist die Befriedigung, desto mehr dienen wir dem Vaterlande. Wo Pflichttreue sich findet, muß alles getan werden, um die Stellung der Beamten nach außen zu befestigen. Ich sage das, weil wir hier im Familienkreise beisammen sind. (Berl. Lok.-Anz.)

30. Oktober. Im Rathause zu Hannover erwidert der Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein auf eine Ansprache des Stadtdirektors Tramm, nach Mitteilung des „Hannoverschen Tageblatts," etwa folgendes:

Die Blüte der Städte aus frühern Jahrhunderten finden wir heute noch in ihren Spuren am ausgedehntesten da, wo die Städte den Charakter der alten Zeit bewahrt haben, und umsichtige Stadtverwaltungen sind daher auch bemüht, ihrer Stadt diesen Charakter zu erhalten. Sie sind auf demselben Wege. Die Staatsgewalt ist nicht berufen, da hemmend einzugreifen, sie soll vielmehr die städtischen Freiheiten fördern und den Städten in ihrer Entwicklung soweit als möglich nützlich sein. Die höhere Einheit ist der Staat, und der Staat muß selbstverständlich darauf achten, daß nicht durch einzelne Maßnahmen, die etwa getroffen werden, staatliche Interessen geschädigt werden. Ich will einmal sagen, der Staat muß verhüten, daß die Steuerkraft unsrer Enkel nicht in Anspruch genommen wird für Ausgaben, die unsern Enkeln nicht mehr nützen, sondern die von der Gegenwart zu tragen sind. Damit wird verbunden sein, daß manchmal gegenwärtigen Wünschen nicht entsprochen werden kann. Auf das vom Stadtdirektor gestreifte politische Gebiet übergehend, führt der Minister aus: Es kommt heute wirklich nicht darauf an, ob einer etwas mehr links oder rechts steht, sondern darauf kommt es an, daß jeder, der am öffentlichen Leben teilnimmt, den Grundgedanken des preußischen Staates, die staatliche Einheit, die monarchische Gewalt, die Verfassung des Staates durch alle Fährlichkeiten erhalten und diesen Zwecken dienen will. Es hat mich deshalb geschmerzt, als ich vor einigen Wochen gelesen habe, daß auch hier in der Stadt Hannover in Erörterung gezogen worden ist, bei künftigen Wahlen mit der sozialdemokratischen Partei zusammen zu gehen. Gefreut hat mich die gründliche Abwehr, die auch gerade aus dieser Stadt und in dieser Stadt diesen Anregungen gegenüber zur Geltung gekommen ist. Denn ich glaube, wir dürfen doch alle und nach dem Dresdner Parteitage erst recht überzeugt sein, daß die sozialdemokratische Partei keine politische Partei im Rahmen unsrer Staatsverfassung ist, sondern Bestrebungen vertritt, die jedes staatliche Leben, ja unsre wirtschaftliche Ordnung über den Haufen stoßen und an Stelle der bürgerlichen Freiheiten, die wir genießen, einen Terrorismus setzen will, der schlimmer ist, als jeder andre Terrorismus von andrer Seite. Ich glaube, daß Sie sich alle einig fühlen in diesem Gedanken der vollständigen Abwehr gegen alle sozialdemokratischen Bestrebungen. Und gerade im Anschluß hieran möchte ich darauf hinweisen, daß es hier in der Provinz auch ein Gebot der Pflicht ist, daß alle die, die den preußischen

Staatsgedanken hochhalten wollen, Schulter an Schulter zusammenstehen gegen eine Partei, die noch immer, und heute unverhüllter als je, dem preußischen Staate den Krieg erklärt, das ist die welfische Partei. Meine Herren, ich verstehe es, und Sie alle verstehen es, wenn man mit Schmerz, Ehrfurcht und Liebe der Vergangenheit gedenkt, wenn wir alle die stolzen Erinnerungen unsres Heimatlandes hochhalten für alle Zeiten. Aber verstehen kann ich es nicht, daß es noch Männer hier in der Provinz gibt, die da glauben, einen Unterschied machen zu können zwischen Reichstreue und preußischer Treue. Das ist ein Sophismus. Das Reich ist gegründet durch das und mit dem Königreich Preußen in seiner jetzigen Gestalt und steht und fällt mit dem Königreich Preußen. Und wenn hier Leute im Lande die Unwahrheit eines Gegensatzes zwischen Reich und Staat verbreiten, so begehen sie damit eine Sünde gegen ihre eignen Volksgenossen. Es ist unser aller Pflicht, dem entgegenzutreten, soweit wir nur können.

VIII.

Taufrede des Reichskanzlers bei einem Stapellaufe.

31. Oktober. In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin hält der Reichskanzler Graf Bülow in der Werft „Vulkan" bei Stettin folgende Taufrede beim Stapellaufe des Linienschiffs K:

Eure Majestäten! Meine Herren! Am 22. November 1873, vor beinahe dreißig Jahren, weilte hier auf der Werft des „Vulkan" das deutsche Kronprinzenpaar mit seinen beiden ältesten Söhnen. Eine nach dem damaligen Stand der Technik erstklassige Panzerfregatte ging zu Wasser und empfing aus dem Munde der Frau Kronprinzessin den Namen „Preußen." Neben der Kronprinzessin stand, hochaufgerichtet im herbstlichen Schneegestöber, der Sieger von Wörth. Dem ablaufenden Schiffe aber folgten die Blicke des jugendlichen Prinzen, der später als Kaiser sich die Aufgabe stellen sollte, unter sorgsamer Verwertung der überkommenen Grundlagen die neue Flotte zu schaffen, die das über die Bedeutung eines festländischen Staates hinauswachsende Deutsche Reich nicht entbehren kann.

Die alte, nur noch als Hafenschiff verwendete „Preußen" war wohl auf einer deutschen Werft, aber noch nach fremdem Muster und nach dem Plan eines ausländischen Schiffsbauers entstanden. Heute liegt vor unsern Augen fertig zur Entlassung in sein Element der Körper eines mächtigen Linienschiffes von rein deutscher Bauart, ein Zeugnis deutschen Könnens, ein Preis der heimischen Arbeit, woran von den Ideen des leitenden Ingenieurs bis zum Hammer-

schlag des braven Werkmannes viele fleißige Köpfe und Hände teilhaben. Beim Vergleich jenes Stapellaufs aus dem Jahre 1873 mit unserm heutigen Stapellaufe dürfen wir ohne Ruhmredigkeit sagen: Es geht vorwärts mit der deutschen Flotte, vorwärts durch die bahnbrechende Kraft Kaiserlicher Initiative, durch die bundesfreudige Mithilfe der Landesfürsten, durch die patriotische und opferwillige Haltung des Reichstags, durch die Grundstimmung des deutschen Volkes, das mit seiner parlamentarischen Vertretung, seinen Fürsten und seinem Kaiser sich über die Unmöglichkeit klar ist, das nationale Leben in binnenländische Schranken zurückzudämmen.

Es liegt in der allgemeinen Entwicklung unsrer Tage, auf den Gewässern des Erdballs die Berührungen zwischen den Kriegsschiffen der Seefahrt treibenden Staaten zu vermehren. Ich glaube, das ist eine erfreuliche Eigentümlichkeit der modernen Zeit zur Erziehung der Völker, zum Vorteil ihrer Umgangssitten und zur Stärkung der Friedensliebe. Wie die Diplomatie, so besitzt ja auch die Marine durchgebildete internationale Verkehrsformen. Auch sie ist ein völkerverbindendes Element. Man lernt sich höher achten, wenn man auf See oder an fremden Gestaden im Dienste der Zivilisation und für Forderungen des Völkerrechts sich im Schmuck blanker Wehr begegnet, wenn gleichsam bewegliche Machtinseln der Kulturstaaten auf freiem Meere nebeneinander kreisen, Grüße austauschen und gemeinsame Aufgaben erfüllen. Wie aber schon nach nüchterner Rechtsanschauung die deutschen Kriegsschiffe schwimmende Gebietsteile des Reiches sind, so gelten sie auch unserm Herzen als ein Stück Deutschland. Und wie jeder vom Stapel laufende Panzer nach vollendeter Ausrüstung mit seinen Offizieren und Mannschaften eine deutsche Welt im kleinen ist, eine Summe vieler Tüchtigkeiten, so folgt ihnen auf seinen Fahrten eine reiche Fülle menschlicher, dienstlicher, staatlicher Beziehungen: sorgende und hoffende Liebe von Eltern und Kindern, von Frauen und Bräuten, Wünsche der Kameraden, Befehle der Vorgesetzten, Berechnungen der Politik, das Machtgebot des obersten Kriegsherrn, die Ehre der Nation. Deshalb ist uns ein solches Schiff keine bloße Nummer, sondern von dem Augenblick ab, wo es zu Wasser gleitet, erscheint es uns als ein beseeltes Wesen, das sein Eigenleben führt.

Fern im Osten, zwischen Weichsel und Memel, wohnte ein heidnischer Stamm, den die Tapferkeit und die staatenbildende Kraft deutscher Ritter in mehr als halbhundertjährigen Kämpfen deutscher Ordnung unterwarf. Als an einem der unglücklichsten Tage der deutschen Geschichte der Deutsche Orden zusammenbrach, blieb ein kleiner Teil erhalten, der sich auch in trüber Zeit und fremder Abhängigkeit deutsche Sprache und Sitte wahrte, bis der Stern der

Hohenzollern über ihm aufging. Und als die Hohenzollern den Kurhut mit der Königskrone vertauschten, erhielt das neue Königreich den Namen des alten viel umstrittenen Ordenslandes. Kaum ein andrer Name wäre geeigneter für ein Fahrzeug, das gegen Wind und Wellen kämpfen soll. Denn der Staat, der diesen Namen trägt, von Anbeginn an bedroht, gefürchtet, gehaßt, aber auch geliebt und hoch gehalten von seinen Söhnen mit Anspannung aller Kräfte wie wenige, war oft von Stürmen umbraust, hat aber mit Gottes Hilfe alle Stürme schließlich immer siegreich überstanden. Sie haben uns oft bedrängt von unsrer Jugend auf, aber sie haben uns nicht übermocht. Möge für unser jüngstes Linienschiff das Leben lang, glücklich, ehrenvoll sein, würdig des stolzen und ruhmreichen Namens, den Eure Majestät ihm jetzt geben wollen.

(Hiernach tauft die Kaiserin das Schiff auf den Namen „Preußen.")

IX.

Rede des Reichskanzlers zur Ehrung des Bankpräsidenten Koch.

2. **November.** Der Reichskanzler Graf Bülow sagt in einer Rede beim Festmahle zu Ehren des Reichsbankpräsidenten Koch, der sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiert, u. a. folgendes:

Ich möchte Seine Exzellenz den Herrn Präsidenten nur als lebenden Zeugen und Mitbegründer des gewaltigen Aufschwungs in Anspruch nehmen, der sich ausprägt in dem Unterschied zwischen den Ziffern der deutschen Geldwirtschaft beim Beginn der Laufbahn unsers Dr. Koch und dem gegenwärtigen Geschäftsumfang der Reichsbank. Die Grundlage, auf der solche Erfolge möglich waren, ist die gesamte Beschaffenheit unsrer Volkswirtschaft. Ich glaube — und ich hoffe mich dabei in Uebereinstimmung mit Ihrem Urteil zu befinden —, daß diese Grundlage gesund und lebensfähig ist, daß sie uns weitere Fortschritte verspricht, nicht in irgend einem Zukunftsstaat, sondern innerhalb der tüchtigen Wirklichkeit des Deutschen Reichs. Zum Hohn auf alle Verelendungstheorien erfreut sich unser Volk als Ganzes trotz mancher Krisen bis in immer breitere Schichten hinein einer Lebenshaltung, wie sie ihm in seiner Vergangenheit für die große Masse der Nation niemals beschieden war. Die Kräfte zu diesem Aufblühen hat Deutschland aus seiner großstaatlichen Zusammenfassung gewonnen, aus der innern uud äußern Sicherheit, die ihm das Reich gebracht hat. Nicht als äußerlichen Prunk, als ein Schaustück, das man nach Belieben haben oder nicht haben mag, auch nicht bloß als Verwirklichung einer idealistischen Sehnsucht, sondern als

eine zwingende historische Notwendigkeit, als die conditio sine qua non für Deutschlands Zukunft ehren wir die am 18. Januar 1871 erneuerte Krone. Nicht bloß die politische und nationale Einheit, auch die materielle Wohlfahrt unsers Volkes hängt am deutschen Kaisertum der Hohenzollern. Lassen Sie uns auch bei diesem Feste an erster Stelle des Mannes gedenken, der mit frischem Mut und hohem Sinn über den deutschen Geschicken waltet, der mir noch jüngst, als seinem Hause abenteuerliche, über die Reichsgrenzen hinausgreifende Pläne nachgesagt wurden, geschrieben hat: „Ich und Meine Söhne gehören dem deutschen Volke.“ Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

(Mit den „abenteuerlichen Plänen“ waren Gerüchte gemeint, Prinz Eitel-Friedrich lerne ungarisch und werde für einen Herrscherberuf erzogen. Die deutsche Presse hatte diese Gerüchte nicht ernstlich aufgefaßt und behandelt.)

X.

Rede des Ministers Studt in Posen.

5. November. Zur feierlichen Eröffnung der neuen Akademie in Posen hält der Kultusminister Studt folgende Rede:

Geehrte Festversammlung! Zum zweitenmal prangen die stattlichen Hallen des Kaiser-Friedrichs-Museums, bevor sie ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben werden, in herrlichem Festschmuck.

In den unvergeßlichen Septembertagen des vorigen Jahres galt es, unserm erlauchten Herrscherpaare den Willkommensgruß ehrfurchtsvoller Treue aus dankbarem Herzen darzubringen.

Einem andern Zwecke ist der heutige Tag geweiht. Zur ersten akademischen Feier, die die Geschichte der Stadt Posen zu verzeichnen hat, zur festlichen Eröffnung der durch die allerhöchste Order vom 28. August d. J. errichteten Königlichen Akademie haben sich hier Vertreter der Provinz und der Provinzialhauptstadt, staatlicher wie kirchlicher und kommunaler Behörden, sowie unsers Heeres und der verschiednen Berufsstände im Vereine mit den Mitgliedern des neuen akademischen Lehrkörpers eingefunden. Ich heiße Sie alle, meine verehrten Herren, auf das herzlichste willkommen und danke Ihnen aufrichtig für diese Betätigung Ihres Interesses an einem Werke, das einen bedeutungsvollen Abschnitt in der kulturellen Entwicklung der Provinz zu bilden bestimmt ist.

Von der heutigen Eröffnungsfeier schweift unser Blick um ein Jahrtausend zurück in die Vergangenheit. Wir sehen deutsche Missionare, Ordensbrüder und Weltgeistliche, das Christentum, seine Kultur und Gesittung in diesen Gebieten verbreitend. Später sind

es deutsche Bauern, Kaufleute und Handwerker, von den polnischen Königen ins Land gerufen, um als Vorbild zu dienen in Fleiß, Kunstfertigkeit und Ordnungssinn. Deutsche Bürger waren die Stützen der aufblühenden Städte, in deren Mauern deutsches, magdeburgisches Recht Schutz gab gegen Willkür und Rechtsunsicherheit. Als dann vor mehr als hundert Jahren diese Lande vereint wurden mit den westlichen Nachbargebieten, um für alle Zeit einen unlöslichen Bestandteil der mächtig aufwärts strebenden preußischen Monarchie zu bilden, haben Preußens Herrscher für die damals noch bescheidnen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr bedeutend zu nennende Mittel aufgewandt, um Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu heben und den Bewohnern dieser Gaue zu zeigen, daß alle preußischen Untertanen ohne Unterschied der Abstammung gleich nahe stehn dem landesväterlichen Herzen ihres Königs. Und was geschehen ist und noch geschieht unter der Regierung Seiner Majestät unsers Allergnädigsten Kaisers und Königs — ein Gang durch die Straßen dieser aufblühenden Stadt zeigt es deutlicher jedem Beschauer, als ich in kurzen Worten es zu schildern vermöchte. Die letzten Jahrzehnte weisen in hiesiger Provinz und in dem benachbarten Westpreußen zahlreiche Spuren der Tätigkeit auf, die die Königliche Staatsregierung entfaltet hat, um auf den verschiedensten Verwaltungsgebieten die deutsche Kulturarbeit durchzuführen. Dabei ist der Gedanke, eine hervorragende Stätte deutschen Geisteslebens in der bedeutendsten Stadt unsrer Ostmark zu errichten, niemals aus dem Auge verloren worden.

Allzulange schon hatten Posen und Westpreußen, die einzigen Provinzen, die noch nicht im Besitz eines akademischen Bildungszentrums waren, einen regern produktiven Anteil an der reichen nationalen Kultur des deutschen Volks- und Geisteslebens vermissen lassen. Selbst in Königsberg hatte es die ehrwürdige Albertina oft schmerzlich zu empfinden, daß eine weite hochschullose Fläche sie vom Herzen deutsche Kultur trennte.

Noch weit mehr hatten aber die deutschen Ostmarken die wissenschaftlichen und künstlerischen Anregungen zu entbehren, die anderwärts von hohen Schulen ausgingen, und die ihre natürliche Rückwirkung auf das gesamte wirtschaftliche Leben, auf Handel, Gewerbe und Verkehr ausübten.

Nachdem Westpreußen seine Wünsche durch Errichtung einer Technischen Hochschule sich erfüllen sah, regte sich aufs neue auch in der Provinz Posen das Verlangen nach einem Brennpunkt wissenschaftlichen Lebens und künstlerischer Gestaltung. Der heutige Tag bringt diesen Wunsch zur Verwirklichung in einer Form, die den Verhältnissen der beteiligten Gebiete angepaßt ist.

Die neue Hochschule stellt keine Universität im eigentlichen Sinne

dar. Sie ist nicht bestimmt für die Heranbildung der akademischen Jugend. Sie soll vielmehr den verschiedensten Berufsständen und geistigen Bedürfnissen dienen. Sie ist also berechnet auf alle Gebildeten und kann nur gedeihen, wenn diese mit Ueberwindung jeden Kastengeistes unitis viribus ihr zuströmen. Die Reichhaltigkeit des Vorlesungsprogramms bietet jedem eine Gabe. Wie die Matrikel schon für das erste Semester zu meiner Freude beweist, wird davon in weiten Kreisen verständnisvoll Gebrauch gemacht. Dem deutschen Geistesleben soll die Hochschule dienen. Indem sie das tut, wird sie die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung, also auch derjenigen fördern, die jetzt noch abseits stehn, aber hoffentlich bald erkennen werden, daß es ein Friedenswerk ist, das hier nunmehr in Wirksamkeit treten soll.

Dieser Kennzeichnung seines Charakters schließe ich die Erwartung an, daß es den Mitgliedern des akademischen Lehrkörpers gelingen möge, unter zielbewußter Förderung der satzungsmäßigen Aufgaben ihres wichtigen Lehrberufes die erhabnen Intentionen des Königlichen Schirmherru der Akademie zur Geltung zu bringen. Ich begrüße Sie, meine Herren Professoren und an Ihrer Spitze den Herrn Rektor, mit den besten Wünschen für eine fruchtbringende Lehrtätigkeit, die, beseelt von dem Geiste einmütigen Zusammenwirkens, unterstützt und in ihrer Berufsfreudigkeit gestärkt durch das Vertrauen und die Dankbarkeit Ihrer akademischen Hörer, das in Ihre Hände gelegte Samenkorn zu einer segensreichen Bildungsstätte ausgestalten möge nach dem leuchtenden Vorbilde unsrer deutschen Hochschulen, von denen einige Vertreter heute in unsrer Mitte begrüßen zu dürfen uns zur besondern Freude gereicht. Endlich ist es mir eine angenehme Pflicht, allen Behörden, die die vorbereitenden Schritte der Unterrichtsverwaltung von den ersten Stadien des Unternehmens ab mit größter Bereitwilligkeit gefördert haben, meinen aufrichtigen Dank abzustatten und denselben die fortgesetzte wohlwollende Fürsorge für die neue Anstalt an das Herz zu legen.

Nach dem bisherigen Verlaufe der von weiten Kreisen des Vaterlandes mit lebhafter Anteilnahme begleiteten Vorbereitungen eröffnet sich ein hoffnungsreicher Ausblick in die Zukunft der neuen Hochschule. Bei Ueberreichung ihrer Satzungen gebe ich ihr die Worte als Leitstern auf den Weg, die die Straßburger Kaiser-Wilhelms-Universität trägt, und durch die sie getragen wird: Litteris et patriae. In diesem Sinne verbreite sich ihr Erfolg und Segen über unsre Ostmark. Das walte Gott!

(Posener Tageblatt Nr. 519.)

XI.

Rede des Ministers Möller in Stettin.

13. November. Der Vorsteher der Kaufmannschaft in Stettin, Geh. Kommerzienrat Schlutow, begrüßt den Handelsminister bei einem ihm zu Ehren dort gegebnen Mahle mit einer Ansprache, in der er den geschäftlichen Rückgang der Stadt streift und an das Kaiserwort: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser“ sowie an den Ausspruch des frühern Eisenbahnministers „Gebaut wird er doch!“ erinnert. Minister Möller erwidert darauf, nach einem Bericht der „Stettiner Neuesten Nachrichten,“ folgendes:

Er habe stets anerkannt, daß Stettin zu den Städten zähle, die schwer um ihre Existenz zu ringen hätten, er als alter Kaufmann wisse das am besten zu beurteilen; aber im kaufmännischen Leben heiße es nun einmal: „Selbst ist der Mann!“ Der Minister berührt sodann die Entwicklung der Schiffahrtsverhältnisse während der letzten fünf Dezennien, denen man leider nicht überall mit der nötigen Energie gefolgt sei, Stettin habe vergleichsweise noch am besten abgeschnitten und sich den Dampf rechtzeitig zunutze zu machen gewußt, es habe die Industrie aufblühen lassen; es müsse auch ferner seine Aufgabe sein, sich den veränderten, neuen Verhältnissen anzupassen. Durch die ganze moderne Welt gehe ein Zug der Zentralisierung der wirtschaftlichen Kräfte, eine Erscheinung, deren Folgen man ja vielfach bedauern könne, aber das Einzelindividuum sei eben nicht mehr stark genug, den Kampf für sich allein aufzunehmen. Der Minister erörtert dann die Auswüchse des amerikanischen Trustwesens und die Zentralisierung der Eisenbahnen; es sei doch gut, daß man gerade diesen Geschäftszweig in bureaukratische Fesseln geschlagen habe. Er sehe mit Sorge in die Zeit, in die künftigen Dezennien, in denen es schließlich immer weniger Leute gebe, die im eignen Geschäft ihren selbständigen Entwicklungsgang nehmen könnten. Die Konzentration „Fern im Westen“ z. B. habe gerade Stettin einen seiner blühendsten Erwerbszweige, das Petroleum, gekostet. Aber ohne ein wirtschaftliches Weltgeschäft könne Deutschland bei seiner fortschreitenden Bevölkerungsziffer nicht mehr bestehn, die Schaffung neuer Erwerbs- und Arbeitsquellen sei notwendig. Der Minister verbreitet sich sehr eingehend über den sich immer schärfer gestaltenden Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft, einen Gegensatz, der bedauerlicherweise trotz der eigentlichen innigen Konformität zwischen diesen beiden Erwerbszweigen bestehe. Wäre Deutschland das geblieben, was es bis zum Jahre 1870 war, nämlich ein eigentlicher Agrarstaat, so wäre heute die Lage der Landwirtschaft eine bei weitem verzweifeltere, als sie es tatsächlich sei. Durch den Dampf seien eben weite, vordem „jungfräuliche“ Ländergebiete aufgeschlossen worden und in den freien Wettbewerb der Kräfte eingeführt worden. Redner erinnerte durch ein Vorkommnis aus dem Beginn seiner kaufmännischen Laufbahn im Jahre 1857 an die beispiellose Verbilligung der Frachten. Die Rede klingt aus in die Mahnung, rastlos zu arbeiten.

[**13. Dezember.** Die Antwort des Reichskanzlers an eine Abordnung, die ihm die Beschlüsse des ersten deutschen Arbeiterkongresses bringt, siehe unten unter „Soziale Angelegenheiten“.]

Vierter Abschnitt.

Patriotische Kundgebungen.

5. Juli. Feierliche Einweihung eines Bismarckturms auf der Spitze des 500 Meter hohen Peterskopfs, einer Bergkuppe des Hardtgebirges bei Dürkheim in der Rheinpfalz. Dr. Bürklin hält in Dürkheim die Festrede. Er sagt u. a.:

Dieser Turm ist das erste Bismarckdenkmal, das sich bei uns auf lichten freien Bergeshöhen erhebt, von wo man eine Gegend überschaut, die an landschaftlicher Schönheit ihresgleichen sucht in Deutschland und voll ist von den großartigsten geschichtlichen Erinnerungen. Ein Blick von der Höhe des Turmes hinüber nach Osten, wo die weihevoll ragende Kuppel des Speierer Domes sich über den Gräbern von acht deutschen Kaisern wölbt, gemahnt an die stolzen Zeiten des heiligen römischen Reiches deutscher Nation. Nicht weit davon erblicken wir die Ruinen des Heidelberger Schlosses, die von dem Zerfall dieses Reiches erzählen und seiner Ohnmacht fremden Eroberern gegenüber, davon noch unzählige Trümmer Kunde geben, die die Berge und Hügel der Pfalz krönen. Dann aber wiederum, talaufwärts, Straßburg, von dessen Münster nicht mehr die welsche Trikolore weht, sondern das schwarz-weiß-rote Banner, zum Zeichen, daß die alte Schmach getilgt und ein neues Reich erstanden ist, nicht heilig und nicht römisch, sondern einfach deutsch. Und durch all diesen Wechsel der Zeiten murmelt der Siegfriedbrunnen drüben am Drachenfels heute noch wie vor tausend und abertausend Jahren seine geheimnisvollen Sagen, und der heilige Strom der Deutschen wälzt mitten in der gesegneten Ebne, die wir von hier erschauen, seine Wellen über das Gold der Nibelungen dem Meere zu, und heute noch, wie vor tausend und abertausend Jahren, rauscht Odin, der starke Gott der Germanen, durch die Berge des Wasgaues und den Odinswald. Wahrlich, einen weihevollern, von köstlichen Erinnerungen reichern Platz konnte man kaum wählen als man dem Erneuerer Deutschlands ein Denkmal errichten wollte, eine freie Gabe des pfälzischen Bürgertums, das die Ohnmacht vergangner Zeiten schwerer zu büßen hatte, als irgend ein andrer deutscher Volksstamm, und darum auch die Errettung um so dankbarer anzuerkennen jederzeit bereit war

30. Juli. Enthüllung eines Bismarckdenkmals in Dresden.

2. September. Enthüllung eines Bismarckdenkmals in Lübeck.

11. Oktober. In Posen findet die feierliche Enthüllung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck statt. Major v. Tiedemann aus Seeheim führt in der Festrede aus:

Die Errichtung des Denkmals entspringe dem Wunsche, ein Panier deutscher Treue zu pflanzen, dem zum Danke, der dem deutschen Volke wiederum Vertrauen zu sich und der ihm innewohnenden geistigen und sittlichen Kraft eingeflößt habe. Bismarck habe ohne Zaudern den Kampf gegen alles Undeutsche an des Reiches Grenzmarken aufgenommen und auch in der Ostmark die Deutschen zu neuer Pionierarbeit ermutigt. Diesem neu erweckten deutschen Geiste sei es ein Bedürfnis, ein Bismarckdenkmal in Posen zu errichten als sichtbaren Ausdruck der treuen deutschen Dankbarkeit, als feierliches Gelübde und stete Mahnung, niemals der Aufgabe untreu

zu werden, die deutsche Vorherrschaft im Osten auf einen unzerstörbaren Fels zu stellen.

Beim Festmahle führt der Oberpräsident v. Waldow aus, was Bismarck dem deutschen Volke gewesen und immerdar sein werde, könne in einem Denkmal nicht erschöpft werden. Es sei in das Herz des Volkes eingegraben und werde nie vergessen werden, solange das deutsche Volk noch Ehre im Leibe habe, denn Bismarck habe das Volk aus dem Nebel kosmopolitischer Träume auf den realen Boden eines gesunden nationalen Egoismus gestellt, habe es wieder deutsche Art gelehrt. Sein Wort: „Seien Sie einig, und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten", gelte auch heute, und zwingender als in allen andern Gauen des Vaterlandes trete diese Mahnung an jeden deutschen Mann in der Ostmark heran. Das Vaterland solle das Kleinod sein, das über allem Tagesstreit in ungetrübtem Glanze erstrahlen solle.

Fürst H. Bismarck knüpft in seiner Ansprache an die Worte seines Vaters an, der die Wacht an der Warthe der Wacht am Rhein gegenüberstellte. Er fordert die Deutschen auf, die Polen mit geistigen Waffen zu bekämpfen, und spricht seine Verwunderung aus, warum die Polen stets das Andenken seines Vaters verunglimpfen, wozu ihnen jede Berechtigung fehle; solange die Polen eine eigne Fraktion zur Vertretung der polnischen Interessen bildeten, müßten die Deutschen eine einzige deutsche Fraktion den Polen gegenüberstellen, die Parteiunterschiede und die persönlichen Interessen zurückstellen.

Minister v. Hammerstein führt nach dem Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für das Denkmalkomitee etwa folgendes aus:

Die Fülle dessen, was diese herrliche Provinz, diese in ihrer Entwicklung rüstig voranschreitende Stadt, wie deren liebenswürdige und arbeitsame Bewohner Erfreuliches bieten, ist so groß, daß es eine Freude und für einen seinem Könige und dem Vaterlande verantwortlichen Vertreter der Regierung eine besondre Freude ist, die Gefühle des Dankes und der Anerkennung für die unabläßige treue Mitarbeit von Stadt und Provinz in dem schweren Kampfe, den hier Deutschtum und preußische Staatsidee zu führen haben, zum Ausdruck zu bringen. Wenn heute jedem guten Deutschen der Puls lebhafter, das Herz wärmer und inniger schlägt, sowie es Posens, der deutschen Vorburg im Osten, gedenkt, wo dem deutsch-preußischen Panier zur Seite für unser Volkstum, für Staat und Reich so tatkräftig gearbeitet ist, so ist auch das Bismarcks Werk. Sein ganzes Leben war von Gedanken und Taten für Deutschlands und Preußens Größe und Wohlfahrt erfüllt, und auch in unsrer Ostmarkenpolitik hat er uns neue feste Bahnen gewiesen und das Banner neu auf-

gepflanzt: „Hie gut Deutsche allewege.“ Meine Herren! Draußen im Reich hat leider nicht immer die Ueberzeugung geherrscht, daß alles, was hier geschieht, ganz Deutschland und Preußen berührt, daß die deutsche Vorherrschaft in der Ostmark ein Lebensbedürfnis für das gesamte Reich ist. Polens Auferstehung ist noch vor fünfzig Jahren von deutschen Dichtern nicht nur, sondern auch von deutschen Politikern als erstrebenswertes, ja als ideales Ziel allgemeiner Völkerverbrüderung gepriesen. Man empfand nicht die drohende Gefahr für unser ganzes Volkstum. Erst ein Bismarck hat das Nationalgefühl wieder geweckt und aus dem idealistischen Träumer den die realen Verhältnisse und Bedürfnisse berücksichtigenden Deutschen gemacht, der heute in Nord und Süd, in Ost und West sich eins fühlt mit seinem Kaiser und König, der hier vor Jahresfrist es als seinen hohen Willen bekundete, dafür zu sorgen, daß diese Provinz, die unauflöslich mit der preußischen Monarchie verknüpft ist, stets gut preußisch und deutsch bleibe. Freudigen begeisterten Widerhall hat diese Kaiserliche Kundgebung auch hier gefunden, dessen ist auch das heute enthüllte Bismarckdenkmal ein Wahrzeichen, ein Wahrzeichen zunächst für die Polen draußen im Auslande und für unsre polnisch sprechenden Staatsangehörigen. Die markige Gestalt des großen Bismarck möge in Deutschland die Kraft und den festen Willen verkörpern, hier auf dem in jahrelanger Arbeit zur deutschen Heimat gewordnen Boden stets Deutschlands Recht und Macht festzuhalten immerdar. Nach jenem Kaiserwort vom 4. September 1902 wollen wir Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen schonen und pflegen, aber dieselben gehören der Geschichte, der Vergangenheit an. Gegenwart und Zukunft dieses schönen Landes aber sind unser und liegen für alle Zeiten unter dem Schutze des preußischen Aars. Wie der eiserne Kanzler es einmal ausgesprochen, erhoffen und verlangen wir eine deutschtreue, wenn nicht deutsche Bevölkerung. Darauf arbeiten wir alle und wir hier in der Provinz in erster Linie, und wenn wir das erreicht haben, so wird es auch dem Lande wohlergehen für alle Zeit. Ein Wahrzeichen endlich aber ist das hehre Denkmal vor allem für uns Deutsche und insbesondre für die Deutschen in der Provinz, ein Wahrzeichen deutscher Gesinnung und Tatkraft. Und das möchte ich den Landsleuten angesichts dieses Denkmals ins Gedächtnis rufen, daß sie nicht allein und vereinzelt, nicht von den Stammesgenossen abgesondert und verlassen hier auf der Bresche stehn, sondern daß das gesamte deutsche Volk und die Regierung an der Spitze schützend und fördernd ihnen zur Seite stehn. Vertrauen Sie der Regierung, wie die Regierung auf Sie baut, auf ihre Beharrlichkeit und Festigkeit. Der Fürst Bismarck hat es einmal gesagt, daß unser Groll in dem traditionellen deutschen Bedürfnis des

Kampfes und der Kritik gegen die eigne Regierung eine häufige Anwendung finde; lassen Sie von dieser übeln Tradition der unfruchtbaren Nörgelei, fühlen und handeln Sie als die Pioniere des Deutschtums, und denken Sie an die Meinung des großen Kanzlers, daß Zersplitterung in den eignen Reihen nur den Gegner unterstützt. Neun Jahre habe ich selbst in den Westmarken des Reichs in ähnlichen Verhältnissen, wie Sie hier, unter fremdsprachiger Bevölkerung gelebt und gearbeitet. Da habe ich die Erfahrung machen gelernt, wie notwendig es ist, in der fremden Umgebung immer nur auf das Ganze zu sehen und kleine innere Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zurückzustellen im Dienste der großen gemeinsamen Arbeit. Nicht die Konfessionen, nicht die politischen Parteien des Reiches dürfen hier für unser Verhalten entscheidend sein, sondern allein der nationale Gedanke, das heißt, strenge Gerechtigkeit gegen jedermann, auch gegen den Gegner, aber auch strenge Selbstdisziplin, einhelliges Zusammenhalten zu dem hohen vom großen Reichskanzler uns vorgezeichneten Ziele der Einheit, Macht und Größe des Vaterlandes. „Wir ernten, was wir nicht gesäet haben, und wir säen, was wir nicht ernten werden," hat der Fürst Bismarck gesagt. Lassen Sie uns auch hier ernten, was Preußens Könige und unsre Vorfahren gesäet haben, und lassen Sie uns, was unsre Söhne und Enkel ernten werden, säen: den Segen deutscher Eintracht, deutscher Arbeit und deutscher Gesittung, der als herrlichste Frucht den zufriednen und gesicherten deutschen Bürger und Landmann zeitigen möge. Mit diesem Vertrauen auf den endlichen Sieg und auf treue zielbewußte Mitarbeit erhebe ich mein Glas auf das Wohl und das fortdauernde Gedeihen Ihrer Provinz. Sie möge blühen und gedeihen immerdar. Die Provinz Posen hoch, hoch, hoch! (Nordd. A. Z.)

Den Abschluß der Feier bilden zwei Kommerse. Bei einem derselben ergreift der Minister v. Rheinbaben das Wort zu einer längern Rede.

18. Oktober. Der Kaiser läßt in Gegenwart seiner Gemahlin, seiner Kinder und Geschwister, sowie vieler Fürstlichkeiten Marmor-Standbilder seiner Eltern vor dem Brandenburger Tore in Berlin feierlich enthüllen. Bei der Mittagstafel hält er folgende Ansprache:

Den Gefühlen, die heut am Tage der Enthüllung sowohl die Kinder wie die Hausgenossen und Befreundeten der beiden hohen Dahingeschiednen beseelt haben, das richtige Wort zu geben und sie in das richtige Gewand zu hüllen, ist einem langjährigen treuen Freunde und Hausgenossen gelungen. Und Ich glaube, daß Ich am heutigen Tage in keiner bessern Weise der Vergangenheit und der Wirksamkeit Meiner Eltern gedenken kann, als daß Ich die kurzen aber inhaltsreichen Sätze, die der Geheimrat Hinzpeter in dankbarer

Liebe und Verehrung Meiner Eltern aufs Papier geworfen hat, Ihnen bekannt gebe:

Die stolzen glänzenden Gestalten werden in den Beschauern auch der künftigen Geschlechter stets andre Empfindungen erwecken als die Bilder der nun abgeschlossenen Siegesallee. Ihre Sympathie und ihre Bewundrung werden immer mit Mitleid vermischt sein; ihre Ehrfurcht wird mehr den Leiden gelten als den Taten. Diese Figuren werden mehr die Sage beschäftigen als die Geschichte, denn sie repräsentieren mehr Ideen als Ereignisse.

Wohl leuchtet auch ihr Leben weit über das Land; aber ehe es sich entfaltet und voll bewährt hatte, wurde es jählings zerrissen von einem unerhört grausamen Geschick. Der Kaiser Friedrich, der hochsinnige Fürst und weitherzige Mann, der tapfre Held und siegreiche Feldherr wurde in der Fülle der Kraft von heimtückischer Krankheit dahingerafft. — Die Kaiserin Friedrich, die warmherzige und kunstsinnige Frau von klarem Geist und starkem Willen wie von unersättlichem Wissensdurst und Schaffensdrang wurde in voller Blüte von demselben Feinde zu Tode gequält. — Ein Schicksal, so tragisch, daß es die Seele des Volks tief erschütterte, sie mit Mitleid für das furchtbare Leiden wie mit Trauer um die eignen verlornen Hoffnungen erfüllte.

Zu der Zeit, als diese beiden ihr gemeinsames Leben begonnen, war die deutsche Nation in tiefer weitgreifender Bewegung; sie begann nach langem Suchen und Tasten, nach harter Arbeit und Selbstzucht sich neue Formen zu schaffen für ihr Leben in Kirche, Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Das Bewußtsein, daß eine neue reichere Zeit für Deutschland angebrochen sei, beherrschte die Gemüter und erfüllte sie mit Furcht oder Hoffnung, mit fieberhafter Erregung.

Und dieses zum Herrschen berufene Paar stärker als alle andern; kein zweites war so voll von Träumen, Gedanken und Plänen; keines so mutig im Verlassen des Alten und Ergreifen des Neuen; keines so erfüllt mit Hoffnung und Vertrauen auf die Zukunft. Unter den strebenden, ringenden Zeitgenossen zeichneten sie beide in innigster geistiger Gemeinschaft sich aus durch ihren Eifer und Enthusiasmus für die neuen höhern Ziele, für die freiere Entwicklung aller Kräfte, für die reichere Entfaltung des Volkslebens. Unter der idealistisch gestimmten Generation ragten sie beide in vollster Seelenharmonie hervor durch ihren hochfliegenden Idealismus, den einzuschränken die Wirklichkeit in ihrem kurzen Dasein keine Zeit gefunden.

Darum beginnt dieses Paar der Tradition entgegen aber mit Recht hier nebeneinander nach dem Abschluß der Markgrafen, Kurfürsten und Könige die neue Reihe der Kaiser, denen höhere und schwierigere Aufgaben gestellt sind als jenen, zu deren Lösung sie höhern Schwung, stärkeren Idealismus nötig haben.

Darum werden die kommenden Generationen mit dankbarer Verehrung an der Spitze einer neuen Hohenzollernreihe dieses strahlende Paar stehen sehen, welches seinen idealistischen Sinn auf alle realistischen Nachkommen vererben kann. Sie stehen hier am Eingang als glänzende Repräsentanten der schwärmerischen, illusionsreichen Jugend des Deutschen Reichs und als leuchtende Personifikationen der Kulturbegeisterung, welche sie charakterisierte, und welche die deutschen Kaiser als Führer des vornehmsten Kulturvolks der Erde beseelen soll.

So werden diese Marmorbilder hier trotz ihres Märtyrerscheins zu einer glücklichen Vorbedeutung für die Zukunft des Reichs wie der Dynastie.

Unsern Gefühlen und Gesinnungen wollen wir dadurch Ausdruck geben, daß wir ein stilles Glas auf das Andenken der Toten leeren.

In Rawitsch im posenschen Kreise Kröben wird ein Denkmal des Kaisers Friedrich in Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Waldow von Posen feierlich enthüllt.

Grundsteinlegung zu einer Bismarcksäule in Hannover, die von den beiden dortigen Hochschulen errichtet wird.

Feierliche Enthüllung des Einheitsdenkmals vor der Paulskirche in Frankfurt a. M. Die Errichtung war von den dortigen städtischen Behörden im Jahre 1898 am fünfzigsten Jahrestage der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments in der Paulskirche beschlossen. Das Denkmal ist „den Vorkämpfern deutscher Einheit in den Jahren der Vorbereitung 1815—1863" gewidmet. Der Oberbürgermeister Adickes hält die Festrede.

Er wirft in großen Zügen einen Rückblick auf die Zeit, die die Einigung des deutschen Vaterlands vorbereitete. Nicht könne ein Denkmal all den Männern gerecht werden, die die Grundlagen des neuen Deutschlands gelegt haben. Zählen wir zu ihnen doch auch die Helden der Befreiungskriege, die die Fremdherrschaft brachen und den zerschlagnen preußischen Staat, der trotzdem die Seele und die treibende Kraft des Freiheitskampfs war, aufs neue begründeten, nicht minder auch die großen Dichter und Denker, die nach dem Elend des Dreißigjährigen Kriegs zunächst die geistige Auferstehung unsers Volks herbeiführten. Nur die Kunst des Malers könnte die gestaltenreiche, wunderbare Geschichte der Entstehung des Deutschen Reiches schildern, und wir sind glücklich, hoffen zu dürfen, daß der in unmittelbarem Zusammenhange mit dem alten Kurfürsten- und Kaisersaal stehende neue Rathaussaal von Bildern geschmückt werden wird, die fast überall in Anknüpfung an Frankfurter Begebenheiten und Personen und mit dem größten Sohne dieser Stadt beginnend, eben jene Geschichte erzählen, nachdem von hochherzigen Bürgern reiche Mittel zu diesem schönen erhebenden Werke gestiftet worden sind. Der Redner erinnert an die Teilnahme der Universitäten, der Dichter, der Sänger, der Turner und Schützen an der Vorbereitung der deutschen Einheit in jener Epoche, der das Denkmal gewidmet ist.

Feier des „Deutschen Patriotenbundes" am künftigen Völkerschlacht-Denkmal bei Leipzig zum neunzigsten Jahrestag. Die Ansprache des Bundesvorsitzenden Thieme endet mit den Worten:

Hier in Leipzig, hier ist in den Oktobertagen das Andenken an die Heldenväter immer wachgehalten worden, das beweist ja wiederum der heutige Tag, aber draußen im Reiche, wie oft verhallte ungestört unser Ruf: Deutschland, vergiß deiner Helden nicht! Vergiß die Taten der Liebe und Treue nicht! Heinrich von Treitschke sagt in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts: „Kein Volk hat bessern Grund als wir, das Andenken unsrer hartkämpfenden Väter in Ehren zu halten, und kein Volk erinnert sich leider so selten, durch wieviel Blut und Tränen, durch wieviel Schweiß des Hirnes und der Hände ihm der Segen seiner Einheit geschaffen wurde." Fürwahr eine harte Anklage! Aber zwingen uns nicht die Tatsachen unsrer heutigen Zeit, sie mit größerer Schärfe zu wiederholen? Erinnert man sich an die große Trübsal, in der durch Zerrissenheit und Zwietracht das deutsche Volk zu Boden getreten wurde, hat man daraus gelernt, daß nur durch Einigkeit nach außen und innen ein Volk groß, stark und mächtig wird? — Deutsches Volk, erwache! Schau zurück auf die Schmach und Schande

früherer Zeit. Blicke auf das Vorbild deiner Heldenväter, und du wirst die richtigen Wege finden, auch die sozialen Kämpfe siegreich durchzukämpfen, damit ein neuer Völkerfrühling dir erstehe. Der gewaltige Bau, der hier errichtet wird, soll ein Zeichen dankbarer Erinnerung sein für die Großtaten des deutschen Volkes, aber er soll auch sein ein bedeutsames Mahnzeichen für das deutsche Volk, daß alle seine Glieder zusammengehören auf dem idealen Boden echter und rechter Vaterlandsliebe, zusammengeschmiedet durch eiserne Zeiten und eiserne Männer. Dem hehren Volkstum, dem deutschen Volksgeist, der in heiliger Kraft uns alle eint und verbrüdert, widmen wir diese Stunde des Gedächtnisses, weihen wir die Tat für dieses Volksmal.

21. Oktober. Feierliche Enthüllung eines Kaiser-Friedrich-Denkmals in Potsdam in Gegenwart der königlichen Familie.

25. Oktober. Im königlichen Schloßgarten zu Münster wird ein Denkmal für den am 20. Juni 1900 in Peking ermordeten deutschen Gesandten Freiherrn v. Ketteler feierlich enthüllt. Präsident Bödiker hält die Gedächtnisrede. Das Denkmal ist errichtet „von Verehrern aus allen deutschen Gauen."

Fünfter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend.

30. August. In Mannheim tritt der aus 150 Personen bestehende Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugendvereine Deutschlands unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Fischer von Köln zusammen. Es nehmen daran auch mehrere Vertreter der noch nicht im Reichsverband organisierten jungliberalen Vereine teil. Diese Vereine haben ihren Sitz meist in Baden und zählen hier gegen 2300, während der gesamte Reichsverband 6700 Mitglieder hat. Im ganzen sind die Jungliberalen Deutschlands über 10 000 Mitglieder stark. Seit dem letzten Delegiertentag in Düsseldorf hat sich die Zahl der Vereine des Reichsverbandes fast verdoppelt. Ihnen gehören Akademiker, Angehörige des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes und namentlich Hunderte von Arbeitern an. Anwalt Fischer gibt in einem Geschäftsbericht ein lebhaftes Bild der Tätigkeit des Jungliberalismus bei den letzten Reichstagwahlen. Man habe in Einzelfällen Fühlung mit Gewerkschaften, Winzergenossenschaften und überhaupt mit dem Arbeiterstande gesucht und gefunden. Es sei ein erfreulicher Anfang gemacht

zur Organisation von Arbeitern zu selbständigen Vereinigungen auf liberaler Grundlage. Solche Arbeitervereinigungen bestehen u. a. in Kaiserslautern und Augsburg. Jedenfalls werde der mit Erfolg begonnene Versuch, die Schaffung selbständiger liberaler Arbeiterorganisationen zu unterstützen, mit Energie fortgesetzt werden.

Sodann beschließt die Versammlung folgende Erklärung:

Der Reichsverband betrachtet die Schaffung von Kaufmannsgerichten, tunlichst unter Anschluß an die Gewerbegerichte, als eine dringende Notwendigkeit und eine berechtigte Forderung der Handlungsgehilfen, weil der bisher für Streitfälle im kaufmännischen Dienstverhältnis vorgeschriebne ordentliche Rechtsweg seines umständlichen, langwierigen und kostspieligen Verfahrens wegen nicht genügt. Der Delegiertentag ersucht daher die nationalliberale Reichstagsfraktion, sofort nach Zusammentritt des Reichstags eine diesbezügliche Anfrage einzubringen, bezw. wenn nötig, einen Antrag zu stellen.

31. August. Dr. Zöphel hält einen Vortrag: „Praktische Gedanken über die Sozialdemokratie." Die Abgeordneten Böttger, Deinhard, Hieber und Sattler erklären sich mit den Jungliberalen vollkommen einig in der Forderung, daß ein zielbewußtes und kraftvolles Auftreten gegen die konservativ-ultramontane Mehrheit im preußischen Landtag erste und dringendste Pflicht der nationalliberalen Fraktion sei, daß die Reaktionäre, wo sie auch zu suchen seien, entschiedner, als es bisher geschehen, bekämpft werden müßten. Abg. Sattler kennzeichnet die Konservativen als eine Partei, die im Laufe der Jahre bei ihrer Politik immer mehr die Rücksicht auf den Gesamtorganismus, die staatlichen Gesichtspunkte hätte in den Hintergrund treten lassen. Sie seien heute eine wirtschaftlich-egoistische Gruppenpartei geworden, ihr Programm sei Agrarismus und Orthodoxismus. Auch die nationale Gesinnung sei bei einzelnen nicht ganz einwandfrei, es genüge, an „Kanitz und die Kähne" zu erinnern. Diese bedauerliche Entwicklung lege der national-liberalen Partei mit doppelter Schwere die Pflicht auf, im Dienste des Gesamtorganismus zu wirken, eine politische Partei zu bleiben, was die Konservativen nicht mehr seien. Hieber fordert die Jungliberalen auf, den politischen Idealismus, der gern mit eigner Kraft sich emporzuringen strebt, sich zu bewahren und die unerfreuliche Seite in der politischen Tätigkeit einer Minderheitspartei, die Fragen der Taktik, ihren ältern Parteigenossen zu überlassen. Sodann wird bezüglich des Reichstagswahlrechts beschlossen:

Die Sozialdemokratie beschuldigt fortgesetzt vornehmlich die nationalliberale Partei, sie wolle das bestehende Reichstagswahlrecht abändern. Angesichts dessen erklärt die Vertreterversammlung der nationalliberalen Jugendvereine, daß die Jungliberalen jederzeit für das bestehende und erprobte Reichstagswahlrecht als eine Errungenschaft der nationalliberalen Partei eintreten und für eine Abänderung im reaktionären Sinne niemals zu haben sind.

II.

National-sozialer Verein.

29. August. Der achte Parteitag findet in Göttingen statt. Es sind mehr als 200 Vertreter erschienen. Pfarrer Naumann hält eine Rede über „Die Zukunft unsers Vereins." Er wirft die Frage auf: „Warum ist die Fortführung der bisherigen Parteipolitik unmöglich?" und antwortet:

Was im Jahre 1896 zur Gründung der nationalsozialen Partei führte, war die damals neue Auffassung der Sozialdemokratie in nichtsozialdemokratischen Kreisen, daß diese Bewegung nicht der absolute Feind ist, sondern daß in ihr eine große politische Kraft aufwächst. Es gelte nur, an dieser deutschen Massenbewegung mitzuarbeiten, daß sie ein staatserhaltender Faktor werde. Die siebenjährige Arbeit des nationalsozialen Vereins ist unter keinen Umständen verloren. Aber nicht verwirklicht hat sich die Hoffnung, der internationalen Sozialdemokratie die nationale Konkurrenzpartei entgegenzustellen. Das hat das Wahlergebnis dargetan, und auch einige Sitze weiter im Reichstag hätten nichts daran geändert. Für eine politische Partei ist der Körper, den die Nationalsozialen bisher gebildet, zu klein. Qualität war wohl da, aber nicht Quantität. Unter diesen Umständen könne er nicht fünf Jahre weiter machen. Man rettet seine Ideen am besten, indem man das Gefäß zerbricht, in dem man sie bisher getragen hat. Was nun? 1. Der Weg, zur Sozialdemokratie überzugehen, ist für den nationalsozialen Verein nach seiner bisherigen Zusammensetzung nicht möglich. Denn die Sozialdemokratie steht jetzt dem deutschen Staatsgedanken prinzipiell kaum anders gegenüber, als zur Zeit, da die Nationalsozialen angefangen haben. 2. Eine Gruppe zur Agitation und Propaganda zu sein ist deshalb unmöglich, weil jede ernstliche Arbeit sofort zur Polemik gegen die andern Parteien, innerhalb derer die einzelnen arbeiten würden, führen müßte; weil die Nationalsozialen dann preisgeben würden, was sie im Lauf der Jahre schwer sich erkämpft haben, die Erkenntnis: Politik geht auf die Erlangung von Macht im Staat. 3. Einfach zu sagen: Wir sind fertig, hieße verkennen, daß die Nationalsozialen ein Stück politischen Kapitals erarbeitet haben, das sie dem Vaterland und Volk noch weiter schuldig sind. Deshalb schlägt der Vorstand vor: die Hauptorganisation des nationalsozialen Vereins aufzulösen und den einzelnen Lokalorganisationen möglichst den Anschluß an den Wahlverein der Liberalen zu empfehlen. Die lebhafte Besprechung dieses vorgeschlagnen Schrittes in der deutschen Presse beweist, daß das Gefühl vorhanden ist, der Schritt sei für die weitere innerpolitische Entwicklung Deutschlands bedeutsam. Durch diese Vereinigung ist zu hoffen, daß ein Kristallisationspunkt für sozial gerichteten wirklichen Sozialismus entsteht. Noch ist nötig, daß eine Gruppe vorhanden ist, die die deutsche Bildungswelt und die Bürgerschaft, die es will, davor bewahrt, daß sie nicht alle in die Indolenz und Reaktion hineinfallen. Die nächste Periode der deutschen Zukunft gehört der Regierung und dem Zentrum; es ist keine politische Schaffensperiode. Es wird soviel Sozialreform geben, als der Katholikentag für notwendig hält, und soviel Liberalismus, als man aus Selbsterhaltungsfurcht im Zentrum für sich selbst erhalten will. Aber einen Riesenfortschritt im Sozialismus oder im Liberalismus wirds nicht geben. Eben darum ist die Arbeit einer solchen Mittelgruppe notwendig. Die Freisinnige Vereinigung hat nun in den letzten fünf Jahren in den großen politischen Fragen dasselbe getan,

was die Nationalsozialen getan haben. Der Vorwurf, die Freisinnige Vereinigung sei eben die Vertretung des Kapitalismus, trifft nicht zu. Die Hauptmasse des Kapitalismus sitzt je länger je mehr in der Organisation der Syndikate.

30. August. Der Vorstand stellt den Antrag: „Die Parteileitung beschließt, die bisherige Organisation des nationalsozialen Hauptvereins wird aufgehoben und der bisherige Vorstand beauftragt, bis zum 31. Dezember die Erledigung der vorhandnen Geschäfte zu besorgen. Die Fortdauer und der politische Anschluß unsrer Orts- und Landesorganisationen hängt von deren eignen Entschließung ab." — In der Verhandlung über diesen Antrag tritt Prof. Sohm aus Leipzig für Vereinigung mit der „Freisinnigen Vereinigung" auf. Maurenbrecher behauptet, daß die Mehrzahl derer, die zur nationalsozialen Partei gekommen waren, den Grundgedanken der Führer niemals ganz verstanden oder geteilt hätten: dieser Grundgedanke sei sozialistisch. Redner führt aus:

Es ist nur eine Frage der Taktik, die die Nationalsozialen von der Sozialdemokratie scheidet. Dieser innere Zwiespalt in der nationalsozialen Sache kam mit der Zeit immer deutlicher zum Ausdruck, besonders bei den Stichwahlparolen. Die Nationalsozialen sind daran gescheitert, daß sie keine Garantien dafür geben konnten, daß sie ihr Programm auch praktisch durchführen können. Es stand hinter ihnen keine reale politische Macht. Deshalb ist die nationalsoziale Aufgabe heute zu Ende. Und wer mit dem ursprünglichen sozialen Grundgedanken Ernst machen will, der kann zunächst den Platz seiner Arbeit nur da suchen, wo ein reales Volks- und Klasseninteresse diese Gedanken auch praktisch durchführbar machen kann, d. h. bei der Sozialdemokratie. — Neben diesen beiden Vorschlägen: Fusion und Anschluß an die Sozialdemokratie kam eine dritte starke Gruppe in Betracht, die den Beitritt zur Freisinnigen Vereinigung nicht mitmachen will. Denn damit verliere die nationalsoziale Gruppe ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft vollständig. Die Freisinnige Vereinigung ist selbst eine sterbende Partei. Darum lieber gleich sterben als langsam. Es wäre keine Fusion, sondern einfach eine Kapitulation. Darum, wenn der nationalsoziale Gedanke im Rahmen einer Partei nicht mehr vertreten werden kann, dann doch als Prinzip, dem jeder einzelne, wo und wenn er kann, zum Durchbruch zu verhelfen sucht.

Es wird jedoch der Antrag des Vorstands schließlich angenommen.

III.

Freisinnige Vereinigung.

29. August. Ein Mitglied dieser Partei, Barth, kommt in seinem Blatte „Die Nation" dem Wunsche eines Teiles der bisher „nationalsozialen" Partei, sich mit der Freisinnigen Vereinigung zu verbinden, entgegen. Er sagt:

Die Nationalsozialen, die an ihrem Programm hängen, sind beim Eintritt in den Wahlverein der Liberalen durchaus nicht verpflichtet, nun

etwa ihren alten Glauben abzuschwören; sie dürfen nur nicht erwarten, daß die Mittel und Kräfte der neuen Vereinigung der Verwirklichung ihres gesamten weitschichtigen Programms dienstbar gemacht werden. Es handelt sich um gemeinsame politische Arbeit für in absehbarer Zeit erreichbare Ziele. Um solche Arbeit fruchtbar zu gestalten, müssen bei denjenigen, die zusammenarbeiten sollen, natürlich auch übereinstimmnde politische Ueberzeugungen vorhanden sein. Aber darüber hinaus kann man eine weitgehende Toleranz üben. Wir meinen deshalb, die Freisinnige Vereinigung wie die Nationalsozialen können es ruhig wagen, sich in dasselbe Boot zu setzen.

5. September. Barth sagt in der „Nation": „Für die Freisinnigen handelt es sich bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen darum, ob sie es wirklich ernst meinen mit der Bekämpfung der Reaktion. Bloße Redensarten, daß man die Reaktion bekämpfen will, genügen nicht; man muß zeigen, daß man auch entschlossen ist, die bereiten Mittel im Kampf gegen die Reaktion zu ergreifen. Das einzige wirksame Mittel im gegenwärtigen Augenblick ist ein resolutes Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Landtagswahlen."

10. September. Eine Versammlung der Vertrauensmänner der Partei in Kiel erklärt, sie halte an dem Grundsatze fest, alle wirklich liberalen Elemente, soweit sie auf dem verfassungsmäßigen Boden stehen und die Politik der Sonderinteressen bekämpfen, zusammenzufassen. Mit 30 gegen 25 Stimmen wird die Stellung Barths zur Sozialdemokratie gebilligt.

IV.

Deutscher Katholikentag.

23. August. Zunächst hält der „Augustinus-Verein" in Köln eine Festsitzung, in der der Kardinal-Erzbischof Fischer auf die glänzende Entwicklung der Zentrumspresse in Deutschland hinweist und zur Einigkeit untereinander und zur Treue gegen die kirchlichen Behörden ermahnt. „Treue Weltbürger müssen auch treue Gottesbürger sein." Kaufmann Weismantel aus Köln weist auf die erschienenen Arbeiter hin. Ihre zahlreiche Beteiligung sei um so erfreulicher, da nur im Schoß der alleinseligmachenden Kirche die Arbeiter Frieden, Freiheit und Wohlergehen finden könnten. Justizrat Trimborn (Köln) übernimmt den Vorsitz der Arbeiterversammlung mit den Worten: „Gott segne die christliche Arbeit." Abg. Sittart (Aachen):

Die katholischen Arbeiter sind stark und fest organisierte Arbeiterbataillone. Mit diesen rufen wir das 20. Jahrhundert, ja die Zukunft des ganzen Menschengeschlechts in die Schranken für Gott, für unsre Kirche, für König und Vaterland. Die Arbeiter sind längst gleichberechtigt in der menschlichen

Gesellschaft. Längst erblickt man in dem Arbeiter den Bruder, dem man mit Liebe und Teilnahme entgegenzukommen hat. Daraus ergibt sich unsre Stärke, und deshalb haben wir am 16. Juni solch herrliche Triumpfe gefeiert. Die Arbeiter können nur eine Aufbesserung ihrer Lage erreichen, wenn sie treu zur katholischen Kirche und zur Zentrumspartei stehen. Ein Sozialdemokrat sagte einmal im Reichstag: Wir wollen keine Wohltaten, sondern Rechte. Es ist das eine frivole Redensart. Wenn dieser Mann sich die katholischen Wohltätigkeitsanstalten ansehen wollte, dann würde er sehen, welch frivole Worte er ausgesprochen hat. Es ist wahr, die Arbeiter haben nicht bloß Wohltaten, sondern auch Rechte zu verlangen. Dafür sind aber in mannhafter Weise Bischof v. Ketteler und Papst Leo XIII. und auch Pius X. eingetreten. Ich weise ferner auf die Tätigkeit des Professors Hitze und der Zentrumspartei hin. Als Mitglied der Zentrumspartei kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß in Zukunft von der Zentrumspartei noch bedeutend kräftiger für eine entschiedne Sozialpolitik eingetreten werden wird, als es bisher geschehen ist und geschehen konnte.

Hiernach findet im Gürzenich die Begrüßung der 50. Generalversammlung der deutschen Katholiken statt. Justizrat Custodis aus Köln hebt in seiner Ansprache hervor, daß die Generalversammlungen stets dem Grundsatze treu geblieben seien, niemals Andersgläubige anzugreifen, und die jetzige Versammlung beabsichtige, die von den Katholikentagen seit fünfzig Jahren bewiesene Duldsamkeit zu bezeugen.

24. August. Die erste „geschlossene" Versammlung wird eröffnet vom Justizrat Custodis, der bemerkt:

Man bezeichnet Freiheit und Gleichheit als die Errungenschaften der Neuzeit. Wo aber bleibt die Gleichheit und Freiheit für uns katholische Christen, für unsre Kirche? Wenn wir Gleichheit und Freiheit verlangen, dann nennt man das Anmaßung und Herrschsucht. Man scheut kein Mittel, um uns zu bekämpfen. Man ist nicht wählerisch bei der Anwendung der Waffen. Wir rufen unsern Gegnern zu: Unsre Geduld ist zu Ende, wir nehmen den Kampf auf. Es wäre elende Feigheit, wenn wir auch nur einen Schritt zurückwichen. Schwäche und Halbheit würde die Unduldsamkeit nur stärken. Wahrlich, wir wären elende Wichte, wollten wir im Kampf für die Freiheit unsers Glaubens und unsrer Kirche auch nur einen Schritt zurückweichen. Wir wissen, daß der Sieg unser sein wird. Wir wollen aber niemals vergessen, daß wir im Zeichen des Kreuzes kämpfen. Wir wollen nicht vergessen, daß wir an der Einheit und Größe unsers deutschen Vaterlandes und an den Errungenschaften unsrer Kultur denselben Anteil haben, wie alle andern. Wir haben daher nicht nötig, uns in der Ausübung unsrer religiösen Betätigung Schranken ziehen zu lassen. Wir wissen, das Christentum ist die Grundlage aller Zivilisation. In den Dienst dieser Zivilisation haben wir uns gestellt. Wir sind es, die für die christliche Zivilisation und Kultur kämpfen. Wir können nicht leugnen, daß wir auch Erfolge errungen haben. Der Erstarkung der christlichen Religion ist es zu danken, daß man auch in dem niedersten Arbeiter den gleichberechtigten Menschen erblickt. Unsrer Tätigkeit ist es im wesentlichen zu danken, daß ein gesetzlicher Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeiter und Handwerker geschaffen worden ist. Viel bleibt in dieser Beziehung noch zu tun übrig. Wir sind nicht bloß gläubige Katholiken, wir sind auch deutsche Patrioten. In Beziehung auf den Patriotismus lassen wir uns von keiner Partei über-

trumpfen, auch nicht von der Partei, die sich mit Vorliebe „national" nennt und sich bei allen Gelegenheiten hervordrängt. Unser Patriotismus äußert sich nicht in Festessen und Hurrarufen, sondern in der Betätigung gemeinnützigen Wirkens zum besten unsers Vaterlandes und seiner Bürger. Die sog. nationale Partei führt die Freiheit im Munde. Sie will aber nur die Freiheit für die Wucherer und Ausbeuter. Im übrigen verlangt sie die Abschaffung aller Glaubensfreiheit. Es ist verächtliche Heuchelei, wenn diese Partei vorgibt, für die Freiheit zu kämpfen. Nach der Verfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetze gleich; die Jesuiten, die Lazaristen und die Schwestern vom Herzen Jesu werden aber wie ausländische Vagabunden behandelt. Was ist trotz unsrer Stärke in den Parlamenten erreicht worden? Nicht einmal die Freiheit unsrer Orden haben wir bekommen. Wir haben aber das stolze Bewußtsein, daß wir für unsern Glauben und für den Schutz unsrer Kirche eingetreten sind. Man kann uns mit Hohn überschütten und Gewalt gegen uns anwenden, man kann aber nicht den Glauben aus unserm Herzen reißen.

Hiernach wird der Gymnasialrektor v. Orterer, Präsident der zweiten bayrischen Kammer, zum Vorsitzenden gewählt, der Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg zum Ehrenpräsidenten und Kammerherr Freiherr v. Stotzingen (Radolfzell) zum ersten Vizepräsidenten, Zum zweiten Vizepräsidenten Landtagsabgeordneter Graf v. Praschma (Rogau; Oberschlesien). Zunächst wird beschlossen, an den Papst und den Kaiser Huldigungstelegramme zu senden. In dem Telegramm an den Kaiser wird die Versicherung ausgesprochen, daß bei allen Beratungen und Beschlüssen der Generalversammlung darauf werde Bedacht genommen werden, den konfessionellen Frieden und die Interessen des deutschen Vaterlands zu wahren und zu fördern. Über die römische Frage spricht der päpstliche Geheimkämmerer Abg. Porsch (Breslau). Er widmet Leo einen Nachruf, versichert dieselbe Treue Pius X. und bringt folgende Resolution ein: „Die Generalversammlung begrüßt in Ehrfurcht und Liebe den neugewählten Papst Pius X. Sie vereinigt ihre Gebete mit den Gebeten des ganzen katholischen Erdkreises, daß der allmächtige Gott seine Regierung zu einer recht langen und gesegneten werden lasse, und verspricht ihm, mit derselben katholischen Treue ihm zu folgen, wie allen seinen Vorgängern auf dem Stuhle des heiligen Petrus." — Dr. Porsch wendet sich dann zur weltlichen Macht des Papsttums. Leider habe sich die Papstwahl nicht in den erwünschten Formen vollziehen können. Es dränge daher, wieder dem Wunsche Ausdruck zu geben, es möge Gott gefallen, eine sichere Grundlage für die Existenz des heiligen Vaters zu schaffen und Unabhängigkeit und Freiheit auf sicherer Rechtsbasis, die er braucht, um die Kirche regieren zu können. Er bittet auch um Annahme folgender Erklärung: „Die Versammlung kann es nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit Einspruch zu erheben gegen die Lage des heiligen Stuhles in Rom seit 1870. Die deutschen Katholiken, wie alle übrigen Katho-

liken der ganzen Welt, können, eben weil sie Katholiken sind, nicht das Verlangen aufgeben, daß ihrem höchsten Oberhaupte die notwendige Unabhängigkeit und die wirkliche Freiheit voll und ganz wiedergegeben werde, die die unerläßliche Bedingung für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist." Beide Anträge werden angenommen.

Die erste öffentliche Versammlung wird von v. Orterer eröffnet, der sie unter den Schutz der „Himmelskönigin" stellt. Im Blick auf den zahlreichen Besuch ruft er aus: Man möchte zweifeln, ob wir nicht an der Grenze der Leistungsfähigkeit nach innen und außen stehen, wenn wir die großartigen Demonstrationen sehen. Er führt aus:

Alles, was wir hier beraten und beschließen, das geschehe allein im Anschluß an unsre kirchlichen maßgebenden Autoritäten, den Papst und den Episkopat. Dem heiligen Vater gehört unsre Liebe, ihm und dem Vaterlande, und hierin lassen wir uns von niemand übertreffen. Redner gedenkt des toten Papstes und weist voller Genugtuung auf die Haltung der Oeffentlichkeit hin, die beim Tode desselben die hohe Bedeutung des Papsttums anerkannt habe. Besonders wohltuend seien die Worte Kaiser Wilhelms in seinem Telegramm: „Ich werde dem erhabnen Greis, der Mir ein persönlicher Freund war, immer ein treues Andenken bewahren." So sprach unser erhabner Kaiser, der an großer Auffassung der Regierungsaufgaben wohl etwas an ihn heranreichen dürfte, um Sr. Heiligkeit den Tribut der Ehrerbietung entgegenzubringen. Der Papst ist heimgegangen, das Papsttum lebt. Wir deutschen Katholiken rechnen es uns zu großer Ehre, die erste große katholische Veranstaltung getroffen zu haben, gerade am Eintritte Sr. Heiligkeit. Leo XIII. sei voll von Wohlwollen für das arbeitende Volk gewesen, aus dem er selbst hervorgegangen. Aber wenn er auch tot sei, das Papsttum werde nimmer sterben. Pius X. sei ein wahrer Pius, nach allem, was man bisher schon von ihm gehört habe. Auch sein Herz schlage warm für das arbeitende Volk, und wie Leos XIII. Arbeit und Wirken in erster Linie der Versöhnung der politischen Mächte mit der Kirche und der Milderung des sozialen Elends gegolten habe, so werde auch Pius X. sein ganzes Streben darauf richten, wie sein großer Vorgänger ein Vater der Christenheit zu werden. Wenn man frage, welche Ziele man sich für die nächsten fünfzig Jahre gesteckt habe, so erwidre er, daß er nichts prophezeien wolle, denn er habe 1894 auf dem Kölner Katholikentage gesagt, die Jesuiten würden noch in diesem Jahrhundert zurückkommen, und das sei nicht eingetreten. Er sei eben damals von falschen Voraussetzungen ausgegangen, das sei aber entschuldbar, weil er doch kein Voraussetzungsloser sei. Für dieses Jahrhundert aber könne er jene Weissagung wohl mit gutem Gewissen wiederholen, denn wir stünden ja erst am Anfange eines neuen Jahrhunderts. Sollte jedoch speziell in dieser Frage wiederum die öffentliche Meinung einen solchen Einfluß geltend machen, daß die Zulassung der Orden weiterhin hintangehalten werden würde, so könnte es doch sein, daß die Geduld des katholischen Volkes und seiner Vertreter am Ende angekommen wäre. Wir bemerken dabei, daß wir zur Verfolgung unsrer Ziele keine unrichtigen Mittel anwenden werden. Treu und wahr sind unsre Wege, aber Energie, äußerste Energie werden wir anzuwenden wissen, wenn wir sehen, daß den Worten, die wir hören, weiterhin der gute Wille zur Erfüllung fehlt. Redner schließt mit einem lebhaften

Appell an die deutschen Katholiken, aus allen diesen Gründen die Einigkeit zu wahren. „Mit Mut voran, vorwärts unter dem Kreuze! Dann werden schließlich auch die Jesuiten wiederkommen!“

Hierauf nimmt der Kardinal-Erzbischof Fischer das Wort zu einer längern Ansprache, in deren Verlauf er zunächst die besten Grüße des Papstes Pius X. überbringt und dabei mitteilt, daß er gelegentlich einer Audienz gemeinsam mit den österreichischen Kardinälen bei Papst Pius die Überzeugung gewonnen habe, daß diesem deutsches Wesen gut bekannt sei und er den Bestrebungen der Generalversammlung wohlwollend gegenüberstehe.

Es folgt ein Vortrag des Rechtsanwalts Rumpf aus München über die deutschen Katholikentage und die römische Frage. Der Schluß des Vortrags lautet:

Heute liegen die Dinge so, daß wir uns fragen müssen: Was wird das Schicksal des heiligen Stuhles werden, wenn die unzweifelhaft fortschreitende republikanische Bewegung in Italien siegreich werden sollte? Die Meetings, die nach dem Erlaß des Garantiegesetzes abgehalten wurden, ließen den ganzen Haß dieser Republikaner unzweifelhaft erkennen. Die Abschaffung des Papsttums, rief man, ist ein humanitäres Werk. So und ähnlich ließen sich die Wortführer vernehmen. Nichts deutet darauf hin, daß in den Köpfen der Leiter der heutigen radikalen Bewegung die Siedehitze des Religionshasses abgenommen hat. So haben wir auch heute noch die traurige Berechtigung, von dem heiligen Vater in Rom, dem Haupt der Christenheit, denn das ist er geblieben, als von einem Gefangnen zu sprechen. Man wirft uns vor, wir haßten das neue Italien. Man tut uns Unrecht. Wir gönnen Italien seinen nationalen Zusammenschluß, soweit er sich als nationale Notwendigkeit ergeben hat. Wir bemitleiden aber Italien und sein Volk und erheben Klage, daß es sich hat irreführen lassen, am Patrimonium Petri sich zu vergreifen, und auch von der Roma aeterna seine Hand nicht zurückzuziehen, denn das war durch den nationalen Zusammenschluß keineswegs geboten oder unerläßlich geworden. Selbst Cavour dachte 1857, als noch wenig Aussicht auf eine Einnahme Roms bestand, an ein Bundesverhältnis zwischen Italien und dem Kirchenstaat. Ungerecht war der Vorwurf, der gegen uns erhoben wurde, wir wünschten eine bewaffnete Intervention, und wir störten den Bestand des Dreibundes. Die innere Kraft und der innere Friede wird aber nach unsrer Überzeugung Italien erst aus der Aussöhnung mit dem Papsttum erwachsen. Auch Leo XIII. war der Ansicht, daß das Papsttum nicht auf die weltliche Herrschaft verzichten kann, weil das Recht nicht sein Recht ist, sondern das Recht der Kirche, das Recht aller Katholiken in Gegenwart und in Zukunft. Auch Leo XIII. hat die dem heiligen Stuhl aufgedrungne Lage als unerträglich bezeichnet. Und so besteht denn die römische Frage bis zur Stunde ungelöst fort, es besteht aber auch dort nach wie vor die Möglichkeit, sie zu lösen, und wie uns Katholiken unser Herz und unser ganzes Empfinden sagt, auch die Geneigtheit des heiligen Stuhles, eine ehrlich gebotene Friedenshand nicht zurückzuweisen.

25. August. Von der „geschlossenen“ Generalversammlung werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur Hochhaltung göttlichen und weltlichen Gesetzes, zur Wahrung der Gewissensfreiheit und im Interesse wahrer Humanität empfiehlt die General-

versammlung den Beitritt zur Anti-Duell-Liga, die in anerkennenswerter Hingebung schädlichen Vorurteilen bezüglich Duell und Ehre entgegentritt und bestrebt ist, der wahren Ehre wirksamen Schutz zu verschaffen, den das Duell nie zu bieten vermag. — 2. Die Generalversammlung blickt dankbar zurück auf die tapfern Streiter, die vom Jahre 1848 an auf den Generalversammlungen für die Freiheit der katholischen Kirche eingetreten sind. Namentlich gedenkt sie in Verehrung der Männer, die während des Kulturkampfes die Rechte der Kirche unerschrocken und opferwillig verteidigt und teilweise zurückerobert haben. Wie alle ihre Vorgängerinnen, verlangt auch die Generalversammlung die volle Freiheit der Kirche in allen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Zulassung aller Orden und der gänzlichen Aufhebung des Jesuitengesetzes; sie fordert die Katholiken Deutschlands auf, im Geiste ihrer Vorfahren an diesem großen Werk mitzuarbeiten. — 3. Die Generalversammlung übernimmt dankbaren Sinnes die wissenschaftliche Erbschaft ihrer Vorgängerinnen, verspricht das heilige Feuer der Wissenschaft zu hüten und wendet sich an alle deutschen Katholiken mit der Bitte, die wissenschaftlichen Bestrebungen im katholischen Deutschland andauernd und tatkräftig zu unterstützen.

Weitere Beschlüsse sprechen sich dafür aus, die Volksbildung und die christliche Kunst zu fördern. Andre Beschlüsse betreffen die Missionstätigkeit, die Literatur und Presse, die Charitas, den Petrispfennig, den deutschen Verein im heiligen Lande, die Canisiusgesellschaft, den Afrikaverein deutscher Katholiken und die Unterstützung der deutschen Missionshäuser. Endlich wird empfohlen, die soziale Frage zu studieren und für gesetzliche Mittel zur Heilung der sozialen Schäden zu wirken. Außerdem gelangt folgender Antrag zur Annahme:

Die Generalversammlung drückt ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Ministerialerlaß vom 4. Juli 1872, wodurch den Schülern höherer Unterrichtsanstalten die Teilnahme an religiösen Vereinen, besonders an den Marianischen Kongregationen verboten worden ist, noch immer in Kraft besteht, obgleich die Angelegenheit bereits zweimal im preußischen Abgeordnetenhause Gegenstand eingehender Verhandlung gewesen ist. Sie beklagt das Fortbestehn des angeführten Ministerialerlasses um so mehr, als die Gefahren, die der studierenden Jugend, zumal in größern Städten, in sittlicher und religiöser Beziehung drohen, mehr und mehr wachsen, und richtet an alle katholischen Männer und Väter Deutschlands die Aufforderung, mit allen gesetzmäßigen Mitteln auf die Beseitigung dieser veralteten rückständigen Kulturkampfmaßregel hinzuwirken.

In der öffentlichen Generalversammlung spricht Pfarrer Wurm aus Hausberge über Missionen:

Dem deutschen Kaiser sei Dank gesagt, daß er den deutschen Katholiken in Jerusalem einen Platz, genannt Maria Heimgang, zur Erbauung einer Kirche geschenkt habe. Eine große Tätigkeit habe der katholische Afrikaverein entwickelt. Kolonisation ohne Christentum sei unmöglich, ein bloßes Flitterwerk. Redner erwähnt des Bonifatiusvereins, dem in der Hauptsache die Unterstützung der katholischen Missionstätigkeit zu danken sei. Dieser Verein habe 1902 eine Einnahme von 3 Millionen Mark gehabt, $^1/_2$ Million mehr als 1901. Die Mission habe auch im Inland ein breites Feld. In Berlin sei es schon etwas besser geworden, dank der katholischen Presse. Aber

noch fehle es in Berlin an Kirchen. Es sei nicht zu dulden, daß in Berlin zahlreiche Katholiken wegen Mangel an Kirchen verloren gehn. Traurig seien die Zustände in Nürnberg, am schlimmsten im Königreich Sachsen. Dort käme noch die Wühlerei der Sozialdemokraten und die Tätigkeit „eines gewissen evangelischen Bundes" hinzu. Der Bonifatiusverein, der auf Almosen angewiesen, sei ein Gebetsverein. Er unterscheide sich vorteilhaft von einem ähnlichen protestantischen Verein, dessen Begründer, gleich Bonifatius, nach Deutschland gekommen sei, aber in ganz andrer Absicht.

Domdekan Abgeordneter Schädler aus Bamberg redet über Kirchenpolitik:

Redner wirft einen Rückblick auf die frühern Generalversammlungen und auf den deutschen Kulturkampf. Der Name Erzbischof Melchers und das Kölner Gefängnis reden eine sehr beredte Sprache. Es herrschte eben das Bestreben, eine Staatskirche unter polizeilicher Oberhoheit zu schaffen. Aber trotz aller Bedrängnis hat die monarchische Gesinnung der Katholiken keinerlei Revision erfahren. Einen wesentlichen Anteil an der Gewissensbedrängnis der Katholiken hatte der Liberalismus. Dieser ist aus Selbstverblendung ein Feind der Kirche, er befindet sich aber jetzt in Liquidation. Bereits hat eine andre Macht das Erbe des Liberalismus angetreten, konsequent nicht nur in dem Haß gegen alle Religion, sondern auch im Haß gegen alle Gesellschaftsordnung. Dieser Erbe will, gestützt auf seine drei Millionen Wähler, seine Herrschaft aufrichten mit dem Losungswort: Ni dieu, ni maître. Dieser Erbe lehnt sich auf gegen alle staatliche Autorität. Wenn diese bloß einmal erkennen würde, was ihr zum Heile diente! Man sagt: der Kampf des Staates gegen die Kirche sei zu Ende, es sei zwischen Papst und Kaiser Friede geschaffen worden. Wohl erkennen wir das Wohlwollen unsers hochherzigen Kaisers mit Dank an, aber noch immer treibt trotz alledem ein böser Geist sein Unwesen, noch immer haben wir die Freiheit der Kirche nicht erhalten. Wir verlangen keinerlei Bevorzugung, keine Sonderrechte. Wir verlangen nur Gleichberechtigung, gleiches Recht und gleiche Elle. Wir sind keine Stiefkinder, wir sind vollberechtigte Söhne unsers Vaterlands. Wir fürchten den Kampf nicht, aber wir führen nicht den Kampf um des Kampfes willen, sondern um zum Frieden zu gelangen. Wir schlagen gern in die Friedenshand, wir gehn bis an die Grenzen des Gewissens, weiter kann aber kein katholischer Christ gehn. Wir verteidigen unser deutsches Vaterland und wollen, daß kein Deutscher genötigt sein soll, die deutschen Lande zu verlassen, und wäre er auch ein Jesuit.

Schließlich wird der Kardinal-Erzbischof Ferrari von Mailand von der Versammlung mit großem Beifall empfangen, worauf er in italienischer Sprache eine Rede über Kunst, Schönheit und Sittlichkeit hält.

26. August. Die Mitglieder der Versammlung begeben sich in Prozession nach dem Dome. In dem Zuge werden sämtliche Reliquien der Kölner Kirchen, der heiligen drei Könige, des heiligen Gereon, der Stadtpatronin St. Ursula, der Märtyrer Hippolyt und Aetherius und der heiligen Ewalde mitgeführt. — In der dritten öffentlichen Versammlung redet der Verleger der Zeitung „Tremonia" in Dortmund, Lensing. Er gibt einen geschichtlichen Rückblick auf die Kämpfe der katholischen Presse in den letzten fünfzig Jahren

und erörtert die Aufgabe der katholischen politischen Tageszeitungen in der Gegenwart.

An der Front der Münchner Allgemeinen Zeitung habe der Baumeister einen gewaltigen Drachen mit fletschenden Zähnen im weitgeöffneten Rachen angebracht und die Fenster des Dachgeschosses als menschliche Augen dargestellt. Das habe man als eine Allegorie der Tagespresse aufgefaßt. Der Drache habe in der Mythologie eine doppelte Bedeutung, die des Dämons und die des Schatzhüters. Welche Rolle der Architekt der Allgemeinen Zeitung in dieser Beziehung zuerteilen wollte, hätten beide miteinander auszumachen. Die katholische Presse sei auf allen bisherigen Katholikentagen immer nur als die Schatzhüterin betrachtet worden, und so solle es auch in den kommenden Jahren bleiben. Dazu aber sei die Einführung der katholischen Presse in alle katholischen Familien nötig. Es gehe nicht an, daß die Hose aus der Kölnischen Zeitung, die Weste aus dem Simplicissimus und der Rock aus irgend einem parteilosen Blatte bestehe. Wie die Generalversammlung, so sei auch die Presse ein Kind der Kirche, dessen Aufgabe es sei, den Schatz des Glaubens gegen die Gleichgiltigkeit und den Haß zu verteidigen.

Hierauf spricht Reichs- und Landtagsabgeordneter Porsch aus Breslau über „Die Stellung der Katholiken im öffentlichen Leben." Endlich behandelt der Reichs- und Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Gröber aus Heilbronn die sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums. Er sagt:

Das Geburtsjahr der Katholikentage sei zugleich auch das Geburtsjahr der Sozialpolitik des Zentrums, und wie die katholische Kirche die Sozialpolitik zuerst in Angriff genommen habe, so werde sie sie auch schließlich allein ihrer endgiltigen Lösung zuführen. Schon jetzt erkenne die Sozialdemokratie unumwunden an, daß die soziale Tätigkeit des Zentrums ihr schwere Sorgen mache. Darum sollte man nicht müde werden, diese Politik weiter zu verfolgen, und er könne unsern mit Blindheit geschlagnen Staatsmännern nur den guten Rat geben, der Kirche ihre vollen Rechte zu geben, damit man vereint in den Kampf gegen den Umsturz eintreten könne.

27. August. Präsident v. Orterer eröffnet die öffentliche Versammlung mit der Mitteilung des Antwortstelegramms des Kaisers. Danach spricht Reichsrat Professor Frhr. v. Hertling (München) über die Wissenschaft. Der Redner führt aus:

So lange Häckels „Welträtsel" gedruckt und in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet werden können, dürfe die katholische Apologetik nicht verstummen. Dem Atheismus und Pantheismus gegenüber müsse die Lehre vom Christentum in ihrer ganzen Schönheit und Unerschütterlichkeit ins helle Licht gestellt werden. Man spreche sehr viel von der Notwendigkeit der gehörigen Besetzung der akademischen Lehrstühle. So lange aber den Katholiken nicht gestattet sei, katholische Gelehrte für akademische Lehrstühle vorzuschlagen, sei die Frage für die Katholiken nicht gelöst. Nur die katholische Wissenschaft könne die Vergangenheit des Christentums erforschen; für den Ungläubigen sei die Kirchengeschichte nur ein überflüssiger Ballast. Die Wissenschaft habe festgestellt, daß vor fast zweitausend Jahren Christus gelebt und auf dem Berge zu Palästina gepredigt habe, wodurch die Welt eine vollständige Umwälzung erfahren habe. Wenn Ungläubige das leugnen, so mögen sie der Kirche den Rücken kehren, aber nicht behaupten, auf dem Boden der Wissen-

schaft zu stehn. Der katholische Gelehrte könne nicht anders, als sich auf wissenschaftlichen Boden stellen. Zwischen göttlicher Offenbarung und Wissenschaft gebe es keinen Gegensatz. Glaube und Wissenschaft seien ein Dogma der katholischen Kirche. Dem aufrichtigen Wahrheitsforscher müsse die Bahn frei bleiben, wenn man auch manche alte, liebgewordne Meinung dadurch aufgeben müsse. Das wissenschaftliche Forschen nach Wahrheit widerstreite nicht der natürlichen Moral nnd dem göttlichen Gebote.

Der Präsident v. Orterer dankt darauf den Kardinalerzbischöfen für ihr Erscheinen und äußert u. a.: „Niemals ist auf einer Generalversammlung ein solcher Beifallssturm entfesselt worden, als bei Erörterung des Jesuitengesetzes. Es ist mir gesagt worden: Es gibt auch in diesem Saale Jesuiten. Ich bekenne offen: Ich selbst bin ein Erzjesuit. Wir haben aber auch ein gutes Schulgesetz verlangt. Wir brauchen gute, von echt religiösem Geist beseelte Lehrer, die keineswegs ultramontan zu sein brauchen. In Preußen geht in dieser Beziehung etwas vor. Die Landtagswahlen werden hoffentlich nicht ohne Ergebnisse für die Ausgestaltung der Schule bleiben. Obwohl wir fest und energisch unsern Standpunkt wahrgenommen haben, haben wir alles vermieden, was andre Konfessionen, insbesondre die andre christliche Konfession in unserm Vaterlande, irgendwie verletzen könnte. In diesem Geiste werden wir fortfahren und weiter kämpfen. Der Kampf ist noch keineswegs zu Ende, nur die Frontstellung unsrer Gegner hat eine Aenderung erfahren. Wir wissen ganz genau, daß wir nur soweit etwas gelten, als wir uns Geltung zu verschaffen wissen. Man betrachtet uns als unvermeidliches Uebel, mit dem man rechnen muß. Wir wollen den Kampf weiter führen zum Besten unsrer Kirche und unsers Vaterlandes. Diese glänzende Generalversammlung hat uns wieder gestärkt in unserm Kampfe. Das deutsche katholische Volk steht wie Ein Mann zur Zentrumspartei, die die bedeutendste politische Partei der Welt ist. Ich schließe mit der Ueberzeugung, daß, wenn die deutschen Katholiken in fünfzig Jahren ihre Jahrhundertfeier begehn, dann wird sich diese Versammlung noch bedeutend glänzender gestalten als die heutige. Ich befürchte, in fünfzig Jahren wird der Geist des Umsturzes und des Unglaubens bedeutend größere Fortschritte gemacht haben. Alsdann werden die katholischen Generalversammlungen die Mauer bilden, an der der Ansturm des Umsturzes und des Unglaubens abprallen wird. — Kardinal-Erzbischof Fischer gibt ebenfalls seiner Freude Ausdruck, daß die Generalversammlung einen so glänzenden Verlauf genommen habe. „Ein großes Unglück für das deutsche Vaterland ist die Spaltung der beiden christlichen Konfessionen. Wie schön wäre es, wenn das deutsche Volk geeint wäre im Glauben. Die Tatsache der Spaltung ist leider nicht aus der Welt zu schaffen. Vielleicht gefällt es Gott dem All-

mächtigen, wiederum, wie ehedem, ein einheitliches, christliches Volk herzustellen. Wir Menschen können dazu nichts tun. Wir müssen nur bemüht sein, die Gegensätze nicht noch zu verschärfen und die Kluft nicht zu erweitern. Wer das dennoch tut, begeht ein Verbrechen, ja einen Verrat am deutschen Vaterlande. Deshalb hat es mich sehr gefreut, daß kein herbes, verletzendes Wort gegen Andersgläubige gefallen ist. So muß es sein und immer bleiben. Wir müssen uns gegenseitig achten und beiderseits für uns beten. Vielleicht erhört uns Gott und eint das deutsche Volk auch im Glauben."

29. August. Ueber den Katholikentag urteilt die „Kreuz-Zeitung" also:

Gewiß ist mancherlei geredet worden, was vor einer richtigen Würdigung der tatsächlichen Entwicklung nicht standhält, und auch an scharfen Ausdrücken in der Betonung der Stellung unsrer katholischen Mitbürger hat es nicht gefehlt. Die Hauptsache bleibt aber der Grundton, in dem die Verhandlungen geführt worden sind, und der ist im großen und ganzen friedlich gewesen, namentlich war das Bestreben erkennbar, ihn von verletzenden Anspielungen auf das evangelische Bekenntnis und von jeder Störung des konfessionellen Friedens freizuhalten. Das zeigt sich auch in der Ansprache, die der Kardinal-Erzbischof Fischer gehalten hat. Wir können nur wünschen, daß alle katholischen Deutschen sich diese Worte zu Herzen nehmen, daß sie in ihrem Sinne leben und handeln möchten. Aber auch unsern evangelischen Mitbürgern empfehlen wir, sie zu beachten. Sie sollten nicht vergessen, daß beiden Bekenntnissen trotz aller Gegensätze doch der Glaube an Jesum Christum, den Sohn Gottes, der uns durch seinen Kreuzestod von unsern Sünden erlöst hat, gemeinsam ist, und daß sie berufen sind, auf diesem Boden die widerchristliche Weltanschauung zu bekämpfen.

In ähnlichem Sinne spricht sich die „Deutsche Tages-Zeitung (agrar.) in Berlin also aus:

Der Katholikentag hat ohne Zweifel den Eindruck einmütiger, kraftvoller Geschlossenheit und überzeugter ehrlicher Begeisterung gemacht. Wer das nicht zugibt, der beweist, daß er in Vorurteilen befangen ist. Die Stimmung, die dort herrschte, war nicht künstlich gemacht, wie man wohl hier und da andeutet oder behauptet. Eine Stimmung von so elementarer Gewalt läßt sich nicht künstlich machen. Der Verlauf des Katholikentages im ganzen muß als würdig bezeichnet werden.

Die „Kölnische Volks-Zeitung" (Zentrum) läßt sich dahin vernehmen:

Der positiv gläubige Christ, auch der nichtkatholische, hat, wofür Zeugnisse vorliegen, in diesen Tagen der Kölner Generalversammlung wiederum erkannt, daß an eine wirksame Bekämpfung der heranwachsenden, heraufdringenden Macht des Umsturzes nicht gedacht werden kann, wenn der Katholik, wie es manche katholikenfeindliche und liberale Kreise tun, als der größere Feind im Vergleich zum Sozialdemokraten hingestellt wird, wenn man durch konfessionelle Hetze die Kluft zwischen den beiden christlichen Konfessionen des Reiches noch erweitert. Herrliche Tage waren es, unvergeßlich und hoffentlich dauernd fruchtbar im Sinne der mannigfaltigen, für das Glaubens- und Sittenleben und darum nicht minder auch für die soziale und politische Entwicklung vielfach schwerwiegenden Anträge.

Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich u. a. also vernehmen:

Es ist eine nahe an die Ironie der Weltgeschichte streifende Erscheinung, daß eine Einrichtung, die bei ihrem unvordenklichen Alter naturgemäß der Feind aller Neuerung sein müßte, sich mit bewundernswertem Erfolge der modernen Fortschritte zu ihrer Kräftigung zu bedienen weiß. Der politische Katholizismus, der „Ultramontanismus“ ist heute ein Machtfaktor, mit dem alle Staaten mit starker katholischer Bevölkerung zu rechnen gezwungen sind. Die Freude über diesen Stand der Dinge war der Grundton der Katholikenversammlung, daneben aber auch der Wille, die gewonnene Stellung zu behaupten und immer mehr zu verstärken. Das letztere ist ja allerdings der Hauptzweck der Katholikentage. Sie sind darauf angelegt, zu imponieren. In dieser Beziehung hat die diesjährige Veranstaltung alle früher dagewesenen tief in den Schatten gestellt. Auch der unbefangenste Beobachter muß sagen, daß schärfer als durch diese Reliquienfeier nicht hätte festgestellt werden können, wie es die unüberbrückbare Kluft zwischen zwei Weltanschauungen ist, die die Zentrumsanhängerschaft von der übrigen Bevölkerung Deutschlands trennt.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man:

Der Verlauf dieser Jubiläumsversammlung war glänzend, sowohl was die Zahl der Besucher und die festlichen Veranstaltungen anlangt, als was die Liste der Redner und die Aufnahme ihrer Ausführungen betrifft. Die Organisation des Zentrums, die Stellung seiner Führer und die Treue der Massen seiner Anhänger gelangte so zum Ausdruck, daß, lediglich von der politischen Seite betrachtet, eine andre bürgerliche Partei diesem Katholikentage schwerlich etwas Gleichwertiges zur Seite zu setzen vermag. Angenehm berührte vor allem die Zurückweisung jedes Einflusses konfessioneller Zersplitterung auf das politische Leben und die Betonung der patriotischen Gesinnung aller Teilnehmer der Versammlung.

1. September. Der „Reichsbote“ hebt hervor, daß in dem Katholikentage das innerste und eigentlichste Wesen des Ultramontanismus hervorzutreten pflege, nämlich „die widerwärtige Vermengung von Religion und Politik, ein durchaus unwahres, auf Täuschung berechnetes, Täuschung und Verwirrung bewirkendes System sowie die geradezu beispiellose Aeußerlichkeit und Oberflächlichkeit, mit der die wichtigsten Dinge in Religion, Politik, Wissenschaft, Kunst und Sozialwissenschaft behandelt werden.“

8. September. Von allen Seiten, sagt die „Magdeburgische Zeitung,“ „ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Reden auf dem Kölner Katholikentage von Toleranz und christlicher Nächstenliebe zu den Andersgläubigen förmlich trieften. Der „goldne“ Katholikentag sollte auch ein „goldnes Jubiläum“ ultramontaner Duldung sein. Der Kenner des geistigen Gewächses, das man Ultramontanismus nennt, erblickt darin natürlich nur ein taktisches Manöver. Auch in Köln hat der ultramontane Wolf im Schafskleide seine Krallen gezeigt. Die ultramontane Taktik muß um so mehr in der Erinnerung festgelegt werden, als er sie von orthodox-protestantischer („Kreuz-

zeitung") und offiziöser Seite („Nordd. Allgemeine Ztg.") als ein leuchtendes Exempel ultramontaner Friedensliebe und Versöhnlichkeit gepriesen worden ist. Wenn die Kreuzzeitungsclique und die Offiziösen der „Nordd. Allgemeinen" an der Einseitigkeit keinen Anstoß nehmen wollten, womit Fischer alle Schuld an der konfessionellen Klufterweiterung den Nichtkatholiken aufbürdet, so hätten sie die Erläuterung beobachten sollen, die Fischers Blatt, die „Kölnische Volkszeitung," zu den Worten ihres Herrn und Meisters schrieb: „Ein Verbrechen hat der Kardinal-Erzbischof von Köln dieses Gebaren (»wenn man durch konfessionelle Hetze die Kluft zwischen den beiden christlichen Konfessionen des Reichs noch erweitert«) genannt, dem bekannte Vereinigungen obliegen, und dann der Katholikenversammlung das Zeugnis gegeben, daß auf ihr auch nicht ein Wort gefallen sei, das Andersgläubige hätte verletzen können." Wer die „Kölnische Volkszeitung" zu lesen pflegt, der weiß, wer mit den „bekannten Vereinigungen" gemeint ist. Es handelt sich um den „Evangelischen Bund" und die „Evangelisationsgesellschaft." Beiden Vereinigungen gehören eine Reihe hochangesehener evangelischer Männer an, die von der „Kölnischen Volkszeitung" als „Verräter am Vaterlande" gestempelt werden."

V.

Evangelischer Bund.

28. September. In Ulm wird die sechzehnte Hauptversammlung des Evangelischen Bundes unter Teilnahme von sechshundert Vertretern eröffnet. Stadtpfarrer Holzinger aus Ulm sagt in einer Begrüßungsansprache:

Der Evangelische Bund kämpft für die Würdigung des Erbes der Reformation! Gehört es doch fast zum guten Tone, heute die evangelische Kirche beiseite liegen zu lassen. Wir sind so frei, die Staatsmänner daran zu erinnern, daß die Staaten durch dieselben Kräfte erhalten werden, durch die sie gegründet sind. Für den modernen Staat ist erst Raum geschaffen durch die Gedanken der Reformation. Der moderne weltliche Staat liefert sich seinen entschlossensten Gegnern aus, wenn er sich um die Gunst des priesterlichen römischen Imperators bemüht, und es ist zu befürchten, daß uns dafür eine bitterböse Rechnung präsentiert werden wird. Wir kämpfen um Ideen und Ideale. Anlaß zu Festen hat der Protestantismus heute nicht. Er hat nicht die drei Millionen und ist auch nicht der Turm im Reichstage, sondern wir sind eine Minorität. Aber wir verzagen darum nicht. Die Zukunft ist schon öfter bei den Wenigen gewesen, und selbst wenn wir noch einmal ganz von vorn anfangen müßten. Der Protestantismus ist noch jung, und die Wahrheit haben wir auf alle Fälle für uns. Aber alle Kränkungen, die wir erleiden müssen, sollen uns doch nie zur Verbitterung führen: ein Gefühl der Brüderlichkeit gegenüber unsern Gegnern soll uns in dem Kampfe um unser Recht und unsre Ehre doch nicht abhanden kommen.

Abg. Hieber führt u. a. aus:

Friedensstörer nennt man uns, ein Unglück für Deutschland. Nun, die das sagen, das sind dieselben, die auch die Reformation für ein Unglück halten. Solange man Luther aber als Unruhestifter und Revolutionär stempelt, unser evangelisches Bekenntnis als völkerzerstörendes Gift bezeichnet, die sittlichen Zustände im Protestantismus als verdorben und verabscheuungswürdig hinstellt, solange man evangelisch getraute Mischehen als sündliche Verbindungen charakterisiert, so lange das geschieht von den offiziellen Stellen der katholischen Kirche, so lange sind wir berechtigt und verpflichtet, mit hellem Klange das hohe Lied von Luther und der Reformation zu singen. Das tun wir nicht aus Haß, sondern aus ehrlichem protestantischem Selbstbewußtsein! Wir freuen uns jeder evangelischen Regung auch in der katholischen Kirche.

29. September. Professor Witte erstattet den Jahresbericht: Darin wird gesagt:

In keinem andern Jahre ist die Bedeutung und Unentbehrlichkeit des Evangelischen Bundes durch Vorgänge im öffentlichen Leben so deutlich ans Licht gestellt worden, wie im letzten Jahre. Dem entsprechend hat sich auch die Mitgliederzahl von 156000 auf 170000 gehoben. Der Zentralvorstand hat ein Gesuch an alle deutschen evangelisch-theologischen Fakultäten gerichtet um Abhaltung von religiös interessierenden Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten, das teilweise schon erfreulichen Widerklang gefunden hat. An der wichtigen Frage der deutschen Besiedlung der Ostmarken hat der Zentralvorstand reges, tätiges Interesse genommen. In bezug hat die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes hat der Gesamtvorstand seine Stimme erhoben und ist energisch für die Herstellung eines Deutschen evangelischen Kirchenbundes eingetreten. Große Fortschritte hat der Bund in Bayern, dem streng ultramontan regierten Lande, gemacht. Die Speyerer Protestationskirche geht ihrer Vollendung entgegen und wird im August 1904 eingeweiht werden können. Auch in Elsaß-Lothringen hat der Bund eine offen Tür gefunden. Die Schweiz und Holland haben sich an der Arbeit des Bundes für Oesterreich tatkräftig beteiligt.

„Unsre Arbeit an der Tagespresse" behandelt ein Referat von Redakteur Schindowski aus Berlin. Er führt aus:

Seit Ulrich von Hutten hat der reformatorische Gedanke in lebhafter Verbindung mit der Presse gestanden. Im Jahre 1848 ist es der Presse gelungen, einen Einfluß auf die öffentlichen Dinge zu gewinnen, der nutz- und gefahrbringend werden konnte; sie wurde eine Großmacht, indem sie nicht nur die Verhältnisse des Augenblicks bespricht, sondern ihren Einfluß hat auf die Gestaltung der Weltanschauung der ganzen Familien, der in allen Schichten der Bevölkerung, selbst bei hochgebildeten Männern zu verspüren ist. Aber die Tagespresse steht vielfach nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe; um schnöden Gewinnes willen wird die geistige Gesundheit des Volkes aus tausend Brunnen vergiftet. Sie sollte viel mehr als Mittel zur Erziehung des Volkes nutzbar gemacht werden. Der Evangelische Bund hat die besondre Aufgabe des Kampfes gegen den Romanismus mit journalistischen Mitteln. Aus diesem Streben ist die „Kirchliche Korrespondenz" des Bundes hervorgewachsen, die in fünfzehn Jahren die Presse schon viel beeinflußt hat. Aber es muß noch viel mehr geschehen. Die Zentrumspartei besitzt heute über 400 eigne Tageszeitungen in Deutschland. Auf evangelischer Seite dagegen ist fast gar kein Verständnis für die Bedeutung der Tagespresse vorhanden. Es fehlt vielfach die Charakterfestigkeit, die sich nicht

bückt vor den katholischen Abonnenten; solche Rücksichten werden auf der andern Seite nicht genommen. Wir müssen mit unsern Darbietungen suchen, das evangelische Volk in protestantischem Sinne zu erziehen.

Graf Wintzingerode verbreitet sich über die Aufgaben des Bundes in sozialer Beziehung und kündigt an, daß der Zentralvorstand beabsichtige, einen besondern Ausschuß für evangelisch-soziale Fragen einzusetzen.

In der öffentlichen Abendversammlung spricht Pfarrer Fikenscher aus Fürth über „Zeichen der Zeit im Lichte des Protestantismus“: Das erste Zeichen ist die soziale Frage, die so groß vor uns steht, und der wir Kraft und Persönlichkeit widmen sollen. Unsre Aufgabe ist, dem sozialen Zuge der Zeit zu folgen. Wird der Protestantismus sozial genug sein, bei der Lösung der sozialen Frage sein Gewicht einwerfen können? Wenn der Protestantismus nur Opposition wäre, müßte man nein sagen. Aber er hat eine Position, die größte, gewaltigste, er steht auf dem Boden des Evangeliums, und dieses Evangelium in seiner reinen schlichten heiligen Gestalt hat noch immer gewaltige Anziehungskraft ausgeübt auf die Seele des Volkes. Darum liegen im Protestantismus Geist und Kraft zur Lösung dieser Frage. Die Kirche als solche kann die soziale Frage nicht lösen; aber sie gibt dazu die gewaltigen, religiösen Motive und stellt christliche Persönlichkeiten für diese Arbeit. Der Katholizismus hat Großes geleistet auf dem sozialen Gebiete. Das muß anerkannt werden. Aber verkleinert er nicht selbst sein Verdienst, wenn er diese Arbeit dazu benutzt, Propaganda zu treiben und die Massen an die schwarzen Urnen zu bringen? Der Protestantismus ist allein der kongeniale Helfer für das sozial-individuelle Bedürfnis der kommenden Zeit. — Ein andres Zeichen der Zeit ist der Abfall vom Kirchentum. Er ist beiden Konfessionen gemeinsam. Aber im Protestantismus rauschen allein die Quellen, aus denen man trinken soll. Sie sollen nicht verdeckt werden. Auch viele Katholiken wollen nicht, daß das reine Christentum ausgeliefert werde der Einschachtelung jesuitischer Dogmen, der Ausschmückung mit Wundergloriolen und der Verunstaltung der Moral. — Noch auf das andre Zeichen der Zeit weist der Redner, wie Zusammenschluß der Landeskirchen usw. Das düsterste Zeichen der Zeit ist aber der Ultramontanismus. Ich komme von Rothenburg, wo wir eben dem bayrischen Volke die ultramontane Gefahr vor Augen geführt haben. Wir sind dort zur Ruhe gelangt nach einem Kampfe mit jenem Freiherrn von Berlichingen mit dem eisernen Maul. Die evangelischen Bayern sagten sich: „Wenn es jetzt keinen Evangelischen Bund gäbe, müßte er auf der Stelle gegründet werden.“ Er war sofort marschfertig und ist hingegangen und hat dem eisernen Maul seine goldnen Wahrheiten gesagt, und dann hat sich dieses eiserne Maul für einige Zeit geschlossen. Der vornehme Ton unsrer Versammlnng hat auch den objektiv denkenden Katholiken imponiert. Man hält uns vor: Auf den Katholikentagen wird nur von Frieden geredet, ihr aber sprecht von Kampf. Nun, wir haben die Friedenspulver aus der Hand des Jesuiten v. Orterer entgegengenommen. Wenn wir von Jesuiten reden, sagt man oft, wir sähen Gespenster. Der Erzjesuit von Berlichingen und der Erzjesuit von Orterer sind keine Gespenster, sondern reale Persönlichkeiten. Es kann uns in Bayern nicht gleichgiltig sein, wenn ein Mann, der an hoher Stelle steht, in die Welt hineinruft: Ich bin ein Erzjesuit, und dann in protestantische Gegenden geht und evangelische Gymnasien revidiert mit seinem erzjesuitischen Geiste. Das düsterste Zeichen ist der Ultramontanismus. Darin bestärkt uns auch der Umstand, daß die reformkatholische Bewegung es immer nur zu leisen Wellenschlägen bringt.

Superintendent Meyer aus Zwickau redet über den „Jesuitenorden und die deutsche Volksseele.“ Er sagt:

Jesuitenorden und Christentum stehen sich so fern, wie Mitternacht und Mittag. In die Kirche, die behauptet, ohne Jesuiten nicht voll ausleben zu können, tönt Christi Wort: „So lange bin ich bei euch gewesen, und ihr kommt auch nicht!“ Der Ultramontanismus, der im Jesuitismus seine Kerntruppen sieht, bescheinigt seinen Mangel an Verständnis des Christentums und seiner religiösen Kraft. Wie trefflich paßt das Wort des „Wandsbecker Boten,“ Matthias Claudius, auf die jesuitischen Geister: „Sie spinnen Luftgespinste und suchen viele Künste und kommen weiter von dem Ziel!“ Der Orden hat seiner eignen Kirche tödliche Wunden beigebracht, wie von katholischer Seite selbst oft genug betont worden ist. Er und die deutsche Volksseele bleiben unversöhnliche Gegensätze. Der deutschen Volksseele Inhalt, Wesen und Richtung verkörpern sich in einer Reihe von Persönlichkeiten wie Luther, Kant, Goethe, Bismarck, um nur einige zu nennen. In dieses reiche geistige Leben, das dem deutschen Volke diese Persönlichkeiten erschlossen haben, will sich der Orden einschleichen. Er ist der Typus der Langweiligkeit, der nur auf einen Ton gestimmt ist: Papst! Papst! Papst! und hat kein Verständnis für den Melodienreichtum des deutschen Volkes, das als geborner Ketzer ihm, seit es sich 1870 zu einheitlicher Macht zusammenschloß, ein besondrer Stein des Aergernisses ist. Das nationale Mäntelchen, das sich der Orden zuzeiten umhängt, verdeckt seinen Pferdefuß nicht. Man lobt, daß sich 1870/71 die Jesuiten als Krankenpfleger bewährt hätten und gründet darauf den Anspruch, ihnen jetzt Tor und Tür des deutschen Hauses zu öffnen. Das Deutsche Reich soll nicht zum Jesuitenspital werden, in dem es von diesen schwarzen Krankenpflegern zu Tode gepflegt wird! Wer hat die Ausgestaltung der Reformation auf deutschem Boden und die religiöse Einheit verhindert? Die Jesuiten! Wer hat Zwiespalt geschaffen und erneuert ihn fort und fort? Die Jesuiten! Fischer in Köln spricht mit frommem Augenaufschlag nach Berlin hin das große Wort gelassen aus, daß wir bei konfessioneller Einigkeit stärker wären. Diese beleidigende Zumutung an die Hohenzollern findet in dem großen Merseburger Kaiserwort ihre scharfe und entschiedne Zurückweisung. Ja, wir Protestanten sind wohl bereit, mit den Katholiken als den Söhnen eines Hauses zu verkehren, aber nach Köln muß man das Wort richten: „Herr Kardinal, ich habe das Meinige getan, tun Sie das Ihre!“ — Man fordert die Jesuiten im Namen der Freiheit, die uns zum Verderben ausschlagen würde. Man fordert sie im Namen der Liebe! Gewiß nach dem sächsischen Worte: Ich habe dich zum Fressen lieb! Wer will denn die Jesuiten zurück haben? Das katholische Volk? Das Zentrum? In letzter Linie doch der große Drahtzieher des Zentrums in Rom, der schwarze Jesuitengeneral und — der deutsche Reichskanzler! Weiß er nichts von dem Ansturm des deutschen Volkes, daß er sprechen konnte: Die konfessionellen Verhältnisse gestatten die Aufhebung des § 2? Bülow rühmt sich ja so oft, ein Schüler Bismarcks zu sein. Nun, ein Jünger soll nicht über seinem Meister sein, und der eiserne Kanzler sah in den Jesuiten die größte Gefahr für deutsche Gesittung und Kultur. Der Orden und die deutsche Volksseele sind unversöhnliche Gegensätze. Er ist und bleibt der schlechtsinnige Gegensatz des Protestantismus, die verkörperte Karikatur des Christentums.

30. September. Graf von Wintzingerode hält eine Ansprache, in der er die hauptsächlichsten kirchenpolitischen Ereignisse

des Vorjahres sowie die wachsenden ultramontanen Ansprüche dieses Zeitraums einer kritischen Beleuchtung unterwirft. Er führt aus:

Wie immer, so hat es auch diesmal nicht an Zeichen der Unfriedfertigkeit und Mißachtung, der Intoleranz und des Uebermuts auf katholischer Seite gefehlt. Das ist nichts Neues für uns, und verwunderlich war es, daß unsre Politiker von Fach sich darüber zu wundern schienen. Neben der Fülle der gewohnten, immer wiederkehrenden Erscheinungen sind uns die Ereignisse von Wichtigkeit, die in besonderm Maße die Stellung der Papstkirche und ihrer Vertreter im interkonfessionellen Leben hervortreten ließen. Während der jüngsten Reichstagswahl ist mit Entrüstung darauf hingewiesen worden, wie von der Kanzel und im Beichtstuhl, nicht aus Gründen christlicher Moral, sondern um der politischen Machtbestrebungen des im Zentrum repräsentierten Ultramontanismus willen auf die Wähler eingewirkt wurde. Nicht um Stärkung der im Evangelium begründeten Staatstreue, der Treue gegen Fürst und Verfassung handelte es sich offenkundig dabei, sondern einzig und allein um Stärkung des Zentrumseinflusses auf Gesetzgebung und Staatsgewalt. Der Evangelische Bund begrüßte es seinerzeit dankbar und vorurteilsfrei, als das Herrenhausmitglied Graf von Hoensbroech aus deutschem Denken heraus der polnischen Bewegung entgegenzutreten wagte. Ebenso freute er sich über den ersten Hirtenbrief des Erzbischofs Fischer in Köln, da er ungewohnt friedfertige Klänge anschlug, und bedauert nicht, das getan zu haben, obwohl später bekannt wurde, daß Herr Fischer zu gleicher Zeit ein geheimes Sendschreiben erließ, das den Syllabus als die einzige katholische Richtschnur hinstellte. Der Papstwechsel legt uns die Frage nahe, ob wir Protestanten auch einem Pius X. in das Reich des Teufels gehören und eine verabscheuungswürdige Pest vorstellen, oder ob es nicht möglich wäre, daß er dem Geiste wahren Christentums und der Friedfertigkeit unter den Konfessionen Raum schaffte, was im Interesse unsers deutschen Volkes, zur gemeinsamen Bekämpfung politischer und sozialer Gegensätze und zur äußern und innern Sicherung unsers Vaterlandes auch dem Bunde willkommen wäre. Sollte das ein schöner Traum sein, so bleibt es eben beim: Los von Rom! Davon merkt man allerdings bei uns zu Lande in gewissen Kreisen weniger denn je. Was soll man dazu sagen, daß Deutschland den Papst anruft, um die Bischöfe an ihre Pflicht gegenüber Staatsgesetzen und Staatseinrichtungen zu erinnern und doch schließlich eine Reihe von Schulen den unbotmäßigen Kirchenfürsten auslieferte. Und dann die andern betrübenden Vorgänge, die an das bedenkliche Weichwerden des altpreußischen rocher de bronce erinnern; wie in Trier hat der ultramontane Gedanke auch in Straßburg bei Gründung der katholisch-theologischen Fakultät und bei Besetzung maßgebender Stellen am preußisch-historischen Institut in Rom seine Triumphe gefeiert. Und mit welcher Leichtigkeit suchte sich unser gegenwärtiger Staatsmann einer der tiefgehendsten Fragen des Staats- und Volkslebens an jenem 3. Februar zu erledigen! Als mildeste Erklärung ist anzunehmen, daß der Reichskanzler das Unheil nicht kennt, das die Gesellschaft Jesu seit ihrem Bestehen über Deutschland heraufbeschworen; er kennt den Unfrieden nicht, mit dem sie unser Vaterland heimsucht und schwächt. Die deutsche Volksseele hat diese Vergewaltigung gottlob nicht ruhig hingenommen und bewiesen, daß sie in dem Jesuitismus den Erbfeind von alters her sieht. Und dann die Vorgänge gelegentlich der kaiserlichen Romfahrt, welch einen Jubel haben sie in der ultramontanen Presse erregt, so daß der „Daily Graphic" zu unserm Schmerze bemerken konnte: „Das protestantische England kann nicht gleichgiltig zusehen, wie das pro-

testantische Preußen allmählich von einem klerikalisierten Deutschland aufgesogen wird." Das Deutsche Reich mit der preußischen Spitze muß sich auf sich selbst und die Wurzeln seiner Kraft besinnen, damit sein Ansehen beim evangelischen Teil ständig steige, damit es seine gewaltigen Aufgaben zum Segen des ganzen deutschen Volkes erfülle. Dazu will auch der Evangelische Bund seine Pflicht tun, der sonderlich in ernster Zeit die alte Losung hoch hält: Treue gegen Gott, Treue unserm evangelischen Glauben, Treue unserm Vaterlande, unserm Kaiser und unsern Landesfürsten!

Hiernach hält Professor Kolde aus Erlangen einen Vortrag über „Der Staatsgedanke der Reformation und die römische Kirche." Er führt u. a. folgendes aus:

Unser moderner Staat baut sich auf dem reformatorischen Staatsgedanken auf, wie alle Kulturstaaten, selbst die sog. katholischen, im Prinzip wenigstens an seinen charakteristischen Merkmalen festhalten. Nur eine Macht bekämpft diesen Gedanken und damit den ganzen modernen Staat: das ist die römische Kirche. Man muß ein unverbesserlicher Schwärmer sein oder weder die römische Kirche noch die Aufgaben des Staates kennen, wenn man an einen dauernden Frieden zwischen beiden Gewalten glaubt. Nach dem Syllabus werden die Forderungen der mittelalterlichen Kirche noch heute einfach als zu Recht bestehend angesehen. Und dabei verwirft dieser Syllabus in seinem Schlußsatz, dem 80., die Meinung als ketzerisch: „Der Papst kann und soll sich mit dem Fortschritte, mit dem Liberalismus und der modernen Zivilisation versöhnen und vergleichen." Wir kennen die Anmaßung der Römer, die alle Getauften für die katholische Kirche reklamieren mit der Behauptung, daß sie, die Getauften, der Strafgewalt dieser Kirche unterstehen. Der Jesuit von Hammerstein erklärte von der Grundanschauung aus, daß der Staat seine Gewalt nur von der Kirche habe, uneingeschränkt und offen: „Der Staat muß — wenn anders er nicht Rebell sein will gegen jene Autorität, der er seine ganze Gewalt verdankt — katholisch sein, oder wenn er es nicht ist, werden!" Hammerstein versichert uns, damit echte katholische Lehre vorzutragen, und er hat volles Recht dazu. Der Evangelische Bund erfüllt seine heilige Pflicht, wenn er gegen solche Rückständigkeit und grundsätzliche Bekämpfung des reformatorischen Staatsgedankens fort und fort seine warnende Stimme erhebt, mag man ihn auch immer wieder auf der andern Seite einen Hetzbund schelten. Unser Staat kann sich in keinem größern Irrtum befinden, als wenn er glaubt, notwendigen Kampf mit einem regelrechten Friedensschluß zu beenden. Jeder Friedensschluß mit den römischen Gewalten, und wäre er noch so teuer erkauft, wird immer nur als eine Abschlagszahlung aufgefaßt werden, solange das nicht erreicht ist, was das unverrückbare Ziel bleibt, daß die römische Kirche die allein beherrschende, alles regelnde Macht ist. Und solche Ansprüche werden in gewissen evangelisch sein wollenden Kreisen indirekt genährt, deren Stimmen in der „Kreuz-Zeitung" zur Geltung kommen, die beständig die glanzvollsten Lobsprüche von seiten der „Kölnischen Volks-Zeitung" und verwandter Organe einstreichen kann.

Schließlich spricht sich die Versammlung wiederum gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aus, voll Freude aber über die Einsetzung des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses.

Anfang Oktober. Die „Kölnische Volks-Zeitung" (Zentr.) hat die Verhandlungen des Evangelischen Bundes also aufgefaßt:

Der Bund hat mit seiner diesjährigen Zusammenkunft in Ulm trotz äußern Glanzes wenig Eindruck auf die Oeffentlichkeit zu erzielen vermocht. Es ging ein matter Zug durch die Verhandlungen. Nichts ist lächerlicher, als wenn man glauben machen will, der Bund vertrete das „evangelische Volk." Wer sind denn die Macher und Wortführer im Bunde? Abgesehen von einigen unbedeutenden Einspännern weltlichen Standes nur Prediger, nichts als Prediger. Diese haben eine Anzahl Gemeindeglieder zusammengetrommelt, damit das Mitgliederverzeichnis möglichst stattlich werde; jedenfalls fängt die Macht des Evangelischen Bundes da an und hört da auf, wo der Einfluß der Prediger anfängt und aufhört. Und dieser Einfluß ist — unter den obwaltenden Umständen müssen wir sagen: Gott sei Dank — sehr gering. Er wird auch noch täglich kleiner, die Pastorenschaft verliert immer mehr Boden im Volke.

Hierzu bemerkt die „Magdeburgische Zeitung" (nat.-lib.):

Als ob der Evangelische Bund durch „äußern Glanz" imponieren wollte, wie die Katholikenversammlungen, von deren letzter in Köln die „Kölnische Volkszeitung" als den „Glanzpunkt" ihrer Veranstaltungen die große Reliquienprozession im Dome mit ihren kostbaren goldenen und silbernen Reliquienschreinen und Priesterkleidern erklärte. Aber was dem Ulmer Tag an äußerm Glanz abging, das ersetzte dem gebildeten Deutschen die geistige Frische und gewaltige Kraft seiner Reden, die wie Posaunenklänge durch die deutschen Lande tönten. Wer immer mit den Tausenden protestantischer Männer, die in Ulm versammelt waren, der Ueberzeugung ist, daß der vaterlandslose und freiheitsfeindliche Ultramontanismus gegenwärtig Deutschlands gefährlichster Feind ist, der muß sich erhoben und begeistert fühlen durch den fröhlichen Weckruf, der aus der Stadt mit dem schönsten protestantischen Dom trotz der Ungunst der Verhältnisse zum siegesgewissen Kampfe aufforderte.

22. **Dezember.** Namens des Evangelischen Bundes veröffentlicht der Schriftführer eine längere Erklärung gegen den Vorwurf der „Kreuzzeitung," daß der Weg des Bundes zur Erweiterung der zwischen beiden christlichen Kirchen bestehenden Gegensätze führe; andrerseits wirft die „Konserv. Korresp." dem Bunde vor, daß er sich für liberale Parteizwecke mißbrauchen lasse.

VI.

Evangelischer Verein der Gustav-Adolf-Stiftung.

5. **Oktober.** Die fünfundfünfzigste Hauptversammlung findet in Hamburg statt. Superintendent Hartung aus Leipzig erstattet den Geschäftsbericht über den im einundsiebzigsten Jahre stehenden Gesamtverein. In dem Berichte heißt es:

Die Begeisterung des evangelischen Deutschland, das Vertrauen der Glaubensgenossen sei dem Verein geblieben. Dabei sei nicht zu verkennen, daß auch Nebenströmungen, denen der Verein gern folge, denen er sich aber nicht einseitig anvertraue, den Fortgang der Sache gefördert hätten. Dazu gehöre die nationale Strömung. Weiten Kreisen des deutschen Volkes sei es zum Bewußtsein gekommen, welches Band das deutsche Volk und

das Evangelium verbinde, was es für den protestantischen Deutschen zu bedeuten habe, auch zur Erhaltung seines Volkstums, wenn er draußen deutsche Predigt hören dürfe. Dagegen stehe die katholische Kirche in der Gefahr, die nationalen Interessen ihrer Glieder draußen und daheim preiszugeben. Diesen Fehler habe man drüben erkannt und suche ihn gut zu machen, nicht nur gegenüber den Polen auf politischem Gebiet. Aus Brasilien, aus Rumänien werde berichtet, daß Jesuiten oder Schulschwestern deutsche Schulen gründeten. Nach Oesterreich ziehe man reichsdeutsche Geistliche, ein Beweis, wie man die Zeichen der Zeit verstehe und sie für sich zu benützen suche. Der Gustav-Adolpf-Verein werde sich freuen, wenn die katholische Kirche Deutschlands in der Wahrheit ihr deutsches Herz wieder entdecke, dessen Vorhandensein in unzähligen ihrer Glieder man niemals bezweifelt habe. Sie verstehe es ja auch, der Weltpolitik sich anzupassen. Sache des Vereins aber werde es sein, um so entschiedner und bewußter auf seinem eigensten Grunde evangelischen Bekenntnisses unser Volk zu erbauen und seinen Kindern in der Fremde die Heimat zu bereiten, die doch nirgends so zu finden sei, als in der Freudigkeit dieses Bekenntnisses. Zu gleicher Zeit habe sich das Evangelium unter den verschiedensten Nationalitäten immer mehr wirksam erwiesen, unter Franzosen, Italienern, Tschechen, selbst Spaniern rege sichs. Der Protestantismus, der überall nationale Gestaltungen schaffe, erweise sich doch immermehr als eine internationale Macht. Auch hier zeige es sich, daß der Verein gut getan habe, sein Segel nicht nach dem nationalen Winde zu stellen. Eine andre Strömung, die viel auf den Verein eingewirkt habe, sei die sogenannte evangelische Bewegung in katholischen Ländern. Bis zum Ueberfluß habe der Verein immer wieder betont, daß es ihm fern liege, Propaganda zu treiben. Wer aber verarge es ihm, daß er sich freue, wenn die Brüder in Oesterreich zum Glauben ihrer Väter zurückkehrten. Der Verein müßte sich sogar bittre Vorwürfe machen, wenn er den österreichischen Glaubensgenossen nicht mit allen Kräften beistehen wollte. Freilich habe die Hilfe nicht immer leicht gewährt werden können.

7. Oktober. Der Vorsitzende Geheime Kirchenrat Pank aus Leipzig hält eine längere Rede.

Er gedenkt des verstorbnen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen. „Was der Evangelische Oberkirchenrat uns gewesen ist, ein wie treuer, starker Helfer er der Gustav-Adolf-Sache war, das war in seinem Präsidenten fühlbar personifiziert. Der letzte Sonnenstrahl seines Lebens war der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen, der nunmehr durch den Beitritt Bayerns perfekt geworden ist.“ Freilich gingen die Ansichten über die Art des Zusammenschlusses noch vielfach auseinander, der eine denke ihn sich so, der andre so, und manche wünschten ihn garnicht. Aber mit der Zeit werde auch Rat kommen. Die Grundmauer sei gelegt, und der Weiterbau werde sicher erfolgen, auch wenn er in Berlin vor sich gehen sollte. Gewisse Bedenken, die hier und da mit mehr oder weniger Nachdruck geäußert worden, seien wohl inzwischen zerstreut worden durch das Wort von „der größten befreienden Tat durch den größten deutschen Mann!“ Der Gustav-Adolf-Verein sei sich bewußt, diesem nun endlich zustande gekommnen Werk ein stiller starker Wegbereiter gewesen zu sein. Weiterhin bespricht der Redner die Arbeit des Vereins im verflossenen Jahre: „Es darf nicht verschwiegen werden und wir fühlen uns verpflichtet, dies als freundliche aber heilsame Warnung auszusprechen: Durch vorschnelle, kostspielige Unternehmungen der evangelischen Gemeinden sind Erfahrungen, zum Teil bitterster Art, gemacht worden. Man hat vielfach die Kosten in einer Weise überschritten, daß man sagen muß: In diesem Fall heißt Gott ver-

trauen: Gott versuchen! Und darum warnen wir unsre österreichischen Genossen davor, die Seile zu weit zu dehnen, da sie sonst reißen könnten. Bei dieser Gelegenheit weisen wir zurück die auf dem Katholikentage gegen den Gustav-Adolf-Verein gefallnen Worte. Man hat dort gesagt, der Bonifatiusverein sei der wahre Gebetsverein, und dadurch unterscheide er sich vorteilhaft von dem Vereine der andern Richtung, der sich nach einem Manne nenne, der, auch vom Auslande kommend, in Deutschland tätig gewesen sei, freilich in etwas anderm Sinne, als der heilige Bonifatius. Der Gustav-Adolf-Verein aber kann durch solchen Vorwurf nicht berührt werden". Neben Oesterreich sei besonders in Südamerika ein ganz neues Arbeitsgebiet für den Verein mit außerordentlich drückenden Verpflichtungen entstanden. Hier handle es sich um unmittelbare Landsleute, um ausgewanderte evangelische Deutsche, die dort, umgeben von heißblütigen andersgläubigen Nationen und bedrängt von Jesuiten, lebten, die sich dort unten als Herolde des Deutschtums aufspielten.

VII.

Polnische Bewegung.

1. Juli. Ein Urheber der polnischen Volksbewegung, Szymanski, veröffentlicht in „Orendownik" zu Posen ein neues polnisches Aktionsprogramm:

Er geht davon aus, daß noch nie so viel Polen gewählt hätten wie bei den letzten Reichstagswahlen, um Zeugnis abzulegen für die gemeinsame polnisch-nationale Idee, um die polnische Absonderung und die bedrohten polnischen Ideale zu schützen. Noch nie sei das polnische Volk so begeistert gewesen. Die nationale Politik der Polen werde neue Bahnen betreten, die Bahnen der Volkspartei, und die Gesamtheit der preußischen Polen werde für diese Politik eintreten. Das müsse zur Folge haben eine Aenderung des preußischen Systems, der preußischen Taktik, denn weder der Adel noch die Geistlichkeit könne mittelbar und unmittelbar der preußischen Regierung helfen, der Rassenkampf müsse ausgefochten werden. Das Verhältnis der Polen zu ihrer Geistlichkeit in den weltlichen Dingen werde sich ändern, die Emanzipation des Volkes vom katholischen Klerus werde gleichen Schritt halten mit dem Erstarken des nationalen Bewußtseins.

20. Juli. Vom Posener „Orendownik" wird ein radikalpolnisches Wahlkomitee für ganz Deutschland angeregt, um die „polnischen Brüder" in ganz Deutschland, in Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Rheinland-Westfalen zu einer geschlossenen Einheit zusammenzufassen und den armen Unterdrückten in der „Fremde" einen festen Rückhalt zu schaffen. Der „Glossłaski" begrüßt die beabsichtigte Gründung in folgender Weise:

Das Komitee würde im polnischen Volke die Ueberzeugung hervorrufen, daß das oberschlesische Volk nicht verlassen dasteht im schweren Kampfe für sein Nationalbewußtsein, sondern daß hinter ihm ganz Polen steht. Es wird ein polnischer Gedanke, eine polnische Arbeit und eine polnische Politik sein. Das Komitee wird für uns in Oberschlesien und für unsre Landsleute kräftig in die Hand nehmen die Abwehr gegen die germanisierenden Geistlichen. Die Geistlichen bedrücken uns, weil unsre national-polnische Bewegung noch jung ist und bisher auf die eigne Kraft angewiesen war. Wenn wir

ein Komitee für ganz Deutschland haben werden, wird die germanisierende Geistlichkeit gezwungen, ihr Benehmen gegen unsre Nationalbewegung zu ändern. Wenn wir das Komitee haben werden, da wird der Breslauer Bischof sich sicher bedenken, ehe er ein Hirtenschreiben herausgibt, durch das er auf das tiefste unser polnisches Gefühl verletzt. Dann wird die Schimpferei auf der Kanzel aufhören.

24. Juli. Der Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien veröffentlicht aus Anlaß des Wahlsieges, den der radikalpolnische Kandidat Korfanty am 25. Juni im Kreise Kattowitz mit 675 Stimmen über Letocha, den Kandidaten des Zentrums, erzielt hat, in vier polnischen Blättern Oberschlesiens folgende Kundgebung:

Es handelt sich bei den diesjährigen Wahlen für uns um die Schaffung eines Fundaments, auf dem sich in den folgenden Jahren die nationalpolnische Aktion in Schlesien entwickeln sollte. Der Ausfall der Wahlen hat unsre Erwartungen übertroffen! Trotz der unerhörten Vergewaltigungen haben wir um unsre Fahne eine Wehr von rund 45000 Mann geschart. Das ist ein festes Fundament, auf dem man sicher den Palast der nationalen Wiedergeburt in Schlesien bauen kann. Der 25. Juni wird in der Geschichte Schlesiens ewig ein Gedenktag sein. An diesem Tage barst durch den Widerstand der polnischen Wähler das Bollwerk jener Mauer, die sechs Jahrhunderte hindurch Schlesien von dem Reste unsrer Brüder trennte. Auf der Bresche jener Mauer steht jetzt Korfanty, um in die polnische Fraktion einzuziehen; mit dieser Tatsache vereinigen sich nach sechs Jahrhunderte langer Trennung die schlesischen Fluren mit Polen, sei es zum Guten oder Bösen.

30. Juli. Eine Versammlung in Beuthen beschließt die Gründung eines polnischen Volksvereins für die Katholiken Schlesiens, der eine Art Vermittlungspartei zwischen den verschiednen einander befehdenden Gruppen darstellen und sich mit den politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des oberschlesischen Volkes im Parlament und in Oberschlesien befassen soll.

8. August. In der „Allg. Ztg." wird als Beispiel, wie von den Polen die Religion in den Dienst der politischen großpolnischen Propaganda gestellt wird, folgendes mitgeteilt:

In den polnischen Kirchen Posens, d. i. in der ganzen Provinz, wird bei der lauretanischen Litanei — so genannt nach dem italienischen Städtchen Loretto, wohin von Nazareth das Haus der heiligen Familie auf Sturmesflügeln getragen sein soll — gebetet: „Heilige Maria, Königin der Polen, bitte für uns!" Ueber dem Hochaltar einer kleinen posenschen Stadt hängt ein Bild, um das in weithin sichtbaren Lettern geschrieben steht: „O Maria, Königin der Krone Polens — bitte für uns!" Und wenn in der Kirche immer und immer von „unserm heiligen polnischen Glauben," vom „Glauben unsrer polnischen Väter" gepredigt wird und am Stanislaustage der Geistliche von dem Altar herab sagt: „Wir müssen den heiligen Stanislaus nicht nur darum verehren, weil er unser Kirchenpatron ist, sondern hauptsächlich und ganz besonders darum, weil er überhaupt der Patron unsers ganzen polnischen Königsreichs ist", so erübrigt sich jeglicher Kommentar.

18. September. Der „Kuryer poznanski," Organ der Posener erzbischöflichen Kurie, nennt es eine neue Verwegenheit, daß der „Provinzialverband der deutschen Katholiken" den Wunsch kundgegeben hat, die kirchlichen Verhältnisse der deutschen Katholiken der Provinz Posen dem preußischen Episkopat zu unterbreiten, damit in der nächsten Bischofsversammlung in Fulda Abhilfe geschaffen werde. — Dazu bemerkt das „Posener Tageblatt":

Der Widerstand, den die Kirchenbehörden den berechtigten Wünschen und Forderungen entgegensetzen, ist so empörend für jedes auch nur schwach entwickelte Gerechtigkeitsgefühl, daß man sich nur wundern kann, wenn die deutschen Katholiken ihre Not der preußischen Bischofsversammlung in Fulda klagen wollen. Hat denn Herr v. Stablewski gar kein Herz für die seiner Obhut anvertrauten deutschen Katholiken?

2. Oktober. Der „Katolik Slazki" in Beuthen verkündigt seinen Abfall vom Zentrum; er will fortan gemeinsame Sache mit dem „Polnischen Volksverein" machen.

14. Oktober. Der „Dziennik berlinski" sagt zur Enthüllung des Bismarckdenkmals in Posen:

So steht denn die in Erz gebaute Gestalt Bismarcks an der Schwelle der Hauptstadt Großpolens und ehemals auch der hellstrahlenden Hauptstadt Polens. Man stellte sie dort auf in dem Gedanken, uns zu verspotten und zu demütigen, aus denselben wilden Ursachen, aus denen man seinerzeit den Geßlerhut gegen die Schweizer aufsteckte. Aber ebensowenig wie die damals freien Schweizer werden auch wir uns vor dem ehernen „Geßler" in Posen beugen. Für uns wird er nur sein ein Denkmal „preußischer Dankbarkeit" für Polen, der preußischen Ethik der Faust, ein Denkmal, das uns am besten vor Augen führt das preußische — Paradies.

Die „Köln. Volks-Zeitung" (Zentrum) teilt mit, daß trotz der Absage der oberschlesischen Polen das Zentrum nicht das Geringste an seiner Polenpolitik ändern werde. — Die radikale polnische Presse fährt jedoch mit Kundgebungen der Freude über jene Absage fort, und selbst der gemäßigte „Kuryer poznanski" in Posen stellt die Einigung der beiden polnischen Flügel in Schlesien auf eine Stufe mit einem Siege der Christen über die Ungläubigen. „Durch Gottes Fügung — so führt das Blatt aus — kam die Botschaft gerade am Tage der Feier des Sieges bei Chotim über die Türken in unsre Kirchen. Man kann der Versuchung nicht widerstehen, zwischen jener alten historischen Erinnerung an einen religiösen und nationalen Kampf und der jetzt vollzognen brüderlichen Einigung in dem alten Piastenlande einen symbolischen Zusammenhang zu konstruieren."

22. Oktober. Die Erzpriester Oberschlesiens lassen eine Erklärung veröffentlichen, wonach die Interessen der katholischen Sache und die Interessen des oberschlesischen Volkes dringend verlangten, daß sie nach wie vor einig zusammenhalten und der alten Fahne des Zentrums folgen.

Ende Oktober. In der Posener Stadtverordnetenversammlung werden gegen den Ersten Bürgermeister Wilms wegen seiner Teilnahme an den Festlichkeiten zur Enthüllung des Bismarckdenkmals in Posen heftige Angriffe gerichtet; Wilms hätte besser getan, dem hakatistischen Festulk fernzubleiben. Wilms weist dagegen auf seine Pflicht als Bürgermeister einer deutschen Stadt hin.

VIII.

Deutschhannoversche Partei.

21. September. Die welfische „Deutsche Volks-Ztg." in Hannover feiert den Geburtstag des Herzogs von Cumberland, indem sie sagt:

Erst kürzlich haben hunderttausend ihre Treue dem hohen Welfenhause wieder bekundet: Männer von festem, hartem Sinne, die ihre Knie nicht vor dem Götzen des Erfolges gebeugt haben, aber in Wirklichkeit sind es Millionen Hannoveraner und Hannoveranerinnen, die lieber heute als morgen den Thron der Welfen im Deutschen Reiche wieder aufgerichtet sähen! Welch ein Erfolg nach 37 Jahren, daß die Kandidaten der gegnerischen Parteien, mit wenig Ausnahmen, über den schwarzweißen Rock einen gelbweißen Mantel hängen müssen, daß die meisten von ihnen ohne Verneigung vor dem edeln Welfenhause nicht vor das Volk zu treten wagten und nur so Erfolge zu erringen vermochten! Das ist die Macht des Rechts, das in dem Herzog seinen vornehmsten Vertreter findet! Der Herzog hat durch seine Haltung das Welfentum zum Hort des Rechts in ganz Deutschland erhoben. Er steht fest in der Brandung der Revolution von oben und von unten, weil er sein hehres Vertrauen auf Gott den Allmächtigen setzt und sich durch nichts beirren läßt in dem, was er als Recht und Ehre erkennt!

13. Oktober. Im Hinblick auf die in Hannover bevorstehende Grundsteinlegung einer Bismarcksäule sagt das welfische Hauptorgan:

Man braucht nicht einmal Deutschhannoveraner zu sein, um zu erkennen, daß eine solche Säulengabe ein Schimpf, eine Beleidigung des treuen hannoverschen Volkes, eine Erniedrigung unsers Standesbewußtseins und ein trauriges Zeichen modernen Knechtsinns und moderner Erfolgsanbetung ist. Jeder von den Königstreuen wird beim Anblick des steinernen und plumpen Ungeheuers gerechten Ekel empfinden. Eine Bismarcksäule in Hannover mutet genau so an, wie ein Denkmal für Kaiser Karl den Großen in Verden, das die Inschrift tragen müßte: „Dank dem edelsten, besten, hochherzigsten und größten deutschen Kaiser, der an einem Tage viertausend Sachsen, die dem Christentum abhold waren, abschlachten ließ."

18. Oktober. Zur Feier jener Grundsteinlegung in Hannover sagt die „Deutsche Volks-Ztg." in einem „Festartikel":

Und dem Manne, der dieses Unheil über uns heraufbeschwor, setzen eingewanderte Preußen und abgefallne Söhne unsrer Heimat in unsrer alten Hauptstadt, die uns auf Schritt und Tritt an die glorreiche niedersächsische Vergangenheit und an das in die Verbannung getriebne Königshaus erinnert, ein Denkmal, eine Feuersäule. Mögen indessen die Preußen ihrem Landsmanne, der ja selbst von sich sagte, „er sei viel mehr Preuße wie Deutscher," huldigen, wie und wo sie wollen, bei uns in Hannover ist und bleibt eine

Bismarcksäule ein Zeichen der Erniedrigung für unsern freigesinnten, stolzen Niedersachsenstamm und kann darum nur eine stete eindringliche Mahnung für uns sein, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß das gebrochne Recht wiederhergestellt und dann auf jenem Postament andre Flammen entzündet werden, die mit reinerm, edlerm Glanze gen Himmel lohen: die Freudenfeuer des Sieges der Wahrheit und Gerechtigkeit!

28. Oktober. In einer welfischen Versammlung zu Hannover zur Feier des Geburtstags des Prinzen Georg Wilhelm, ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland, sagt Graf Bernstorff-Wehingen:

Niemand in Hannover wünsche, daß Preußen wieder am Boden liege, denn es sei ein Teil des Deutschen Reiches so gut wie Hannover. Die Welfen wollten keine Feinde Preußens sein, eher seien sie seine wahren Freunde, weil sie ihm den Weg des Rechtes zeigten. Das sei auch der Gedanke des Herzogs von Cumberland. Der Herzog wünsche nichts mehr als eine Aussöhnung mit Preußen, aber leider weise dieses seine versöhnende Bruderhand stets zurück.

20. Dezember. Am Tage der silbernen Hochzeit des Herzogs von Cumberland gibt die welfische Presse aufs neue und lebhaft der Hoffnung auf Wiederherstellung des Königreichs Hannover Ausdruck. Die „Deutsche Volks-Ztg." sagt: Gott wolle ... unsre geliebte königliche Familie bald zurück in die Mitte des getreuen Volkes führen und dem hohen Silberpaare die welfischen Throne wiedergeben." Das welfische Blatt in Braunschweig sagt:

Der Herzog von Cumberland wurde mit den geliebten Eltern und Geschwistern von dem Erbe seiner Ahnen vertrieben, er wurde durch die folgenschwerste und unseligste Wendung, die die deutsche Geschichte kennt, auf Grund angeblichen Eroberungsrechts, ausgeübt von einem deutschen Mitfürsten und nahen Verwandten, von der ans Herz gewachsnen heimatlichen Scholle verbannt. Seit der Zeit ist sein Haus, ist er selbst, ist sein treues hannoversches Volk der Gegenstand fast unausgesetzter niedriger Schmähung einer gesinnungslosen Presse, einer tendenziösen Geschichtschreibung. Und nicht genug dieses unverschuldeten Unglücks — denn was war die Schuld Hannovers, als die Ländergier seines Nachbars? — nicht genug hiermit, suchten nun feindliche Mächte dem Erben Heinrichs des Löwen auch noch das kleine Stammland vorzuenthalten.

Pastor Budde sagt in einer Rede zu Hannover: „Der Kampf des treuen hannoverschen Volkes ist ein heiliger Kampf wider die Sünde. Man hat mit dem Schlage, den man gegen unser Fürstenhaus geführt hat, unsern Gott getroffen, man hat das Heiligtum Gottes angetastet, als man Fürst und Volk auseinanderriß."

IX.

Sozialdemokratische Partei.

27. Juli. Das sozialdemokratische Hauptblatt „Vorwärts" in Berlin bezeichnet die vom Parteivorstande verkündigte Tagesordnung des bevorstehenden Parteitags als dürftig, verlangt viel-

mehr, daß hauptsächlich über die Reichstagswahlen dort geredet werde. Es sagt ferner, „die Dreimillionenpartei fordert ihren Parteitag des Siegs," auch gelte es, Klarheit über den Verlust guter, alter Wahlkreise zu geben. Ferner: „Die Sozialdemokratie ist die Partei der Unzufriedenheit" und „Unsre Wähler sind uns nicht sozialdemokratisch genug."

18. August. Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht den Bericht, den er an den bevorstehenden Parteitag zu erstatten gedenkt.

Der Bericht gibt ein Bild über die Entwicklung der Partei seit den Wahlen des Jahres 1867 in den Kreisen, die sie bei den diesjährigen Wahlen behauptet und neu erobert hat. Von dem Wahlaufruf der Fraktion für die Reichstagswahlen sind von den Wahlkomitees 632800 Exemplare bezogen worden. Daneben bezogen die Sozialdemokraten in den Wahlkreisen des Ruhrgebiets „ein speziell den Fall Krupp behandelndes Flugblatt" in einer Auflage von 218300 Exemplaren. 12 Entwürfe von Flugblättern hatte der Parteivorstand für die Reichstagswahlen zusammengestellt. Ein Handbuch für sozialdemokratische Wähler wurde in 4500 Exemplaren abgesetzt. Davon wurden 2626 gratis abgegeben. Ein sozialdemokratisches Flugblatt des Parteivorstandes in polnischer Sprache wurde in Posen und Oberschlesien in 183000 Exemplaren verbreitet. Der Versuch des Parteivorstandes, die Unterstützung der mündlichen Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen ist dieselbe geblieben, wie im Vorjahr. Die Abonnentenzahl des „Vorwärts" ist von 56—58000 auf 78000 gestiegen, seine Einnahmen seit dem Vorjahre von 679380 auf 788994 Mark gewachsen, der Gesamtüberschuß der Blattes von 60601 auf 72338 Mark. Die „Gleichheit" ergab einen Verlust von 3010, die „Neue Zeit" einen Verlust von 7260 Mark. Von der Buchhandlung des „Vorwärts" sind für den Wahlkampf 12 Agitationsschriften verbreitet worden in einer Zahl von 770000 Exemplaren. Im ganzen hat die Buchhandlung des „Vorwärts" im letzten Jahre etwa $2^1/_2$ Millionen Exemplare sozialistischer Flugschriften und Broschüren im eignen Verlage erscheinen lassen und außerdem noch rund 1 Million aus andern sozialdemokratischen Verlagen verbreitet. Die Gesamteinnahmen der sozialdemokratischen Zentralkasse sind gegen das Vorjahr um 289838 Mark, die allgemeinen Einnahmen um 265388 Mark gestiegen. Im ganzen hat die Parteikasse im letzten Jahre 628247 Mark eingenommen und 554211 Mark ausgegeben, daneben aber noch 52718 Mark zurückgelegt. Die Kosten der Wahlagitation betrugen 282058 Mark. Daneben wurden 67950 Mark für allgemeine Agitation verwandt. Die Kosten der Reichstagswahlen sind um 68840 Mark höher gewesen als bei den Reichstagswahlen von 1898.

5. September. Der Reichstagsabgeordnete Bebel spricht sich in der „Neuen Zeit" über die Frage, ob die Partei im Reichstage die Stelle eines Vizepräsidenten beanspruche, und ob ein in einen Landtag gewählter sozialdemokratischer Abgeordneten den Treueid leisten solle, aus. Er sagt u. a.:

Vollmar und Genossen sagen: Der Gang zu Hofe sei weniger schlimm, als den Verfassungseid zu leisten. Auch das ist falsch. Der Treueid ist in der Verfassung der meisten Einzelstaaten vorgeschrieben. Die Frage ent-

steht also: Schwören wir ihn, um überhaupt in die Burg der Volksvertreter gelangen zu können, oder bleiben wir, was unsre Gegner wünschen, indem wir den Treueid verweigern, draußen? Stehen wichtige Interessen des Volkes in Frage, die ich ohne diesen Treueid nicht wahrnehmen kann, so schwöre ich ihn. Ich habe nicht nur als sächsischer Landtagsabgeordneter den Treueid kalten Blutes geschworen, sondern ich mußte ihn auch schwören, als ich, um mein Geschäft betreiben und eine Familie gründen zu können, Bürger von Leipzig werden mußte. Dieser Treueid entstammt den Zeiten, in denen die Verfassungen ins Leben traten. Es waren revolutionäre Zeiten, wie 1831, 1848 und 1849. Damals glaubten die Fürsten und ihre Regierungen, durch diesen Treueid sich gegen den Umsturz ihrer Throne sichern zu können. Wert hat er nie gehabt. Kein Thron ist durch ihn erhalten worden, ebensowenig unterläßt ein Soldat das Desertieren, weil er den Fahneneid leisten mußte.

6. September. In Berlin findet die sozialdemokratische Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg statt. Hier berichtet der Reichstagsabgeordnete Stadthagen über die Wahlen zum Reichstag, wobei er u. a. sagt:

Mit der Vizepräsidentenfrage hat die Partei als solche nichts zu tun. Leute, die durchaus zu Hofe gehen wollen, mögen bei Hofe bleiben. Die Zumutung, zu Hofe zu gehen, ist der größte Schimpf, der uns angetan werden kann. Ich habe gegen Leute, die der Partei eine solche Erniedrigung zumuten, nur die größte Verachtung. Wenn hiergegen nicht mit Energie vorgegangen wird, dann muß es zu einer Spaltung kommen, denn ich könnte mit solchen Leuten nicht länger zusammen in einer Fraktion sitzen. Glücklicherweise haben wir eine Spaltung nicht zu befürchten. Die Leute, die zu Hofe gehen wollen, sind Leute, die halb bürgerlich denken und sich freuen, wenn sie in bürgerlichen Zeitungen gelobt werden. Die Partei ist gefestigt genug, als daß Gefahr vorläge, daß solche Grundsätze jemals zur Geltung kommen könnten. Abgeordneter Gerisch erklärt, von alledem, was von Stadthagen vorgebracht sei, wäre nicht ein Schimmer wahr.

Die Konferenz jedoch nimmt hierauf einen Antrag im Sinne Stadthagens an.

13. September. Der sehr zahlreich besuchte Parteitag wird in Dresden vom Reichstagsabgeordneten Kaden eröffnet, der in einer Ansprache sagt:

Der Parteitag befindet sich auf historischem Boden. Bereits vor 32 Jahren fand hier der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung statt. Damals war die Partei noch klein, heute zählt sie nach Millionen. In Sachsen sind von 23 Mandaten 22 in unsre Hände gefallen. 442000 Stimmen sind für uns in Sachsen abgegeben worden. Trotz aller Verfolgungen befindet sich die Partei noch immer im Vormarsch. Immer neue Anhänger werden gewonnen. Die Partei wächst unaufhörlich nach innen und außen. Unsre Gegner setzten ihre Hoffnung auf eine Spaltung. In unsrer Macht liegt es, diese Hoffnung zuschanden zu machen. Wenn auch die Ansichten noch so sehr auseinandergehn mögen, so sind wir doch einig, das Proletariat aus politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung zu befreien.

Hierauf nimmt der Reichstagsabgeordnete Bebel das Wort: Ganz besonders erfreulich sind die Erfolge im Königreich Sachsen.

Die Reichstagswahlen haben den Beweis geliefert, daß die Herrschenden in Sachsen nicht dem Volkswillen entsprechen. In keinem Lande Deutschlands ist das Proletariat so entrechtet wie in Sachsen. Das Maß ist schon lange bis zum Ueberlaufen gewesen, endlich hat das sächsische Volk den Beweis geliefert, daß seine Geduld zu Ende ist. Aber nicht bloß in Sachsen, in ganz Deutschland ist die Zahl unsrer Anhänger ins Riesenhafte gewachsen. Und die drei Millionen Männer über 25 Jahre, die für uns gestimmt haben, wußten sehr genau, wen sie wählten. Wenn einer von uns es vergessen haben sollte, offen auszusprechen, was wir wollen, dann haben es unsre Gegner ihnen gesagt, daß wir von Gott und Teufel los sind. Bebel erklärt im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet.

14. September. Nach der Erstattung von Geschäftsberichten wird die Frage der „Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse" verhandelt.

15. September. Zu diesem Thema führt Bebel folgendes aus:

Die bisherigen Verhandlungen haben bei vielen Genossen schon ein Gefühl des Widerwillens, ja des Ekels hervorgerufen, und neben der verlornen kostbaren Zeit bedauert man auch den Eindruck, den diese Verhandlungen nach außen hin machen müssen. Es ist aber nur zu natürlich, daß in einer so großen Partei wie der unsrigen Krankheitserscheinungen auftreten, daß hier und da kleine Fäulnisprozesse sich entwickeln, daß Geschwüre zutage treten, und so wenig es einem Arzte angenehm sein kann, ein Geschwür aufzustechen, so nötig ist, daß sie einmal aufgeschnitten werden. Darin unterscheiden wir uns ja gerade vorteilhaft von allen andern Parteien, daß wir die Geschwüre am Leibe unsrer Partei vor aller Oeffentlichkeit aufzuschneiden vermögen. Denn die andern Parteien haben so viele Geschwüre am Leibe und so viele schmutzige Wäsche, daß sie bei solchen Operationen zugrunde gehn würden, während sie uns kaum nennenswert schaden und wir im Gegenteil nach erfolgter Operation größer dastehn als je zuvor. Aus diesen Gründen heraus soll der Antrag des Parteivorstandes verstanden werden. Wir wollen uns doch nichts vormachen, und vor allem will ich mich mit den Genossen nicht lange darüber streiten, die so tief gesunken sind, daß sie in einem Blatt wie der „Zukunft" dieses Wittkowski-Harden mitarbeiten, und die noch bis in die letzten Tage hinein freundschaftliche Beziehungen zu diesem Menschen unterhalten haben. Ich weiß nicht, ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, als ob bei dieser Mitarbeit die Absicht, den Gegner zu belehren, verflucht weit hinter dem Geldpunkt gestanden hat; jawohl, ich meine, daß man in erster Linie für solche Blätter wie die „Zukunft" schreibt, weil sie so gut zahlen. Andernfalls wäre es nicht zu erklären und nicht zu entschuldigen, daß selbst bekanntere und hervorragendere Genossen noch bis in die letzten Wochen hinein — ich nenne nur Göhre, Borchardt u. a. — für die „Zukunft" gearbeitet haben. Wer ist denn Harden, und was ist denn seine „Zukunft," daß ich so sehr dagegen spreche? Sie wissen es alle, daß sie das niederträchtigste, gemeinste und verleumderischste Blatt der Gegenwart ist. Was war denn der Zweck der Gründung dieses Blattes? Die Spekulation auf das Sensationsbedürfnis. Alle Leute wurden um die Mitarbeit

angegangen, auch ich wurde eingeladen, wie aller Krethi und Plethi aufgefordert wurde. Und wer weiß es nicht, daß die „Zukunft“ stets die ärgsten Angriffe gegen die Partei gebracht hat? Bebel behandelt dann die Politik der Zukunft, ihre Stellung in der Zolltariffrage, der Obstruktion, wo sich die Zukunft als eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer“ erwiesen habe. Damals habe er sich gesagt, ob denn nun die mitarbeitenden Genossen nicht endlich sich sagen würden: Wir lassen uns nicht weiter beschimpfen, wir verzichten auf den dafür gezahlten Judaslohn. Aber nichts sei geschehen. Man habe das Geld auch weiterhin eingesteckt. Auch bei der Wahl haben diese Marodeure Herrn Harden Schergendienste geleistet und ein Blatt unterstützt, das ihre Wähler beschimpfte. Für eine solche Handlungsweise habe ich kein andres Wort als Pfui! Ich stehe seit vier Jahrzehnten im Kampf, und ich habe immer meinen Mann gestanden, auch wenn ich manche Wunden davontrug. Aber meine Ehre hat man bisher nicht beschimpfen können, mein Schild weist nicht den kleinsten Rostflecken auf. Die Fehler, die ich machte, machte ich eben nur, um der Partei zu dienen, und an meine moralische Integrität, daran kann niemand tippen. Darum sage ich: Genossen, seht euch genau die Leute an, die zu euch kommen, aber die Akademiker und Intellektuellen, die seht euch fernerhin doppelt genau an. Das sage ich, der ich selbst in dem Rufe gestanden habe, ein Akademiker zu sein. Genossen, ich bitte euch kniefällig: seid nicht zu voreilig, wenn jemand zu euch kommt! Die Vorgänge der letzten Zeit zeigen es euch deutlich, wohin unter solchen Umständen die Fahrt gehn kann. Ich freue mich, daß die Empörung und Entrüstung gegen diese Vorgänge von unten herauf gekommen ist, die Empörung und Entrüstung vor allem wegen der lumpigen Vizepräsidentenfrage. Trotz unsrer letzten Siege gehn wir schweren Zeiten entgegen, und in diesen Zeiten dürfen nicht jene siegen, die gewissen Interessenfragen nachjagen und kein Gefühl für die Empfindungen der Massen haben. Verlaßt euch darauf: der einzige Scharfmacher bin ich.

16. September. Es treten nunmehr einige Redner zur Verteidigung gegen die Anklagen Bebels auf:

Zunächst Rechtsanwalt **Heine** aus Berlin.

Ich habe, sagt er, keinerlei Beziehungen zu Harden, bin aber der Meinung, der Gedanke, ein Blatt zu schaffen, in dem die Vertreter aller Parteien mit voller Namensunterschrift zum Worte kommen, ist an sich ein guter. In andern Ländern bestehn solche Blätter schon lange. Bebel hat mich angegriffen, weil ich am Tage nach der Wahl geschrieben habe: „Freiheit im Denken und Einheit im Handeln.“ In einer Dreimillionenpartei muß die Freiheit des Denkens bestehn. Es muß aber auch Einheit im Handeln vorhanden sein.

Zu seiner Verteidigung tritt ferner der Pastor a. D. **Göhre** auf, der früher Mitglied der „Sozialen Vereinigung“ war. Er sagt:

Bebel hat gestern einen Mann, der die Partei zur Zeit der größten Verfolgung aufs heftigste beschimpft hat, als psychologisches Rätsel bezeichnet, gegen eine Anzahl Genossen aber, die rein und fleckenlos dastehn, so furchtbare Beleidigungen geschleudert, wie es auf einem Parteitage noch niemals vorgekommen ist. Ich würde keinen Funken Ehre in meinem Leibe haben, wenn ich gegen eine solch furchtbare Beleidigung, die nicht bloß vor dem Parteitag, sondern vor aller Welt gegen mich geschleudert worden ist, nicht mit aller Kraft protestierte. Wenn diese Rede Bebels gelesen wird, dann muß man mich für einen ehrlosen Menschen halten. Man hat mich

einen hergelaufnen Akademiker genannt. Ich bin deshalb genötigt, mit ein paar Worten auf meine Vergangenheit einzugehn. (Göhre schildert nun, wie er seit 1890 alle seine Kräfte eingesetzt habe, um für die Interessen des Proletariats zu kämpfen.) Dem Genossen Bebel war es vorbehalten, mir vor aller Welt meine Ehre abzusprechen. Und weshalb bin ich ehrlos? Ich habe in den letzten vier Jahren für die „Zukunft" vier Artikel geschrieben. Wenn Mehring jahrelang in der unerhörtesten Weise die Partei verhöhnt und beschimpft, dann behandelt das Bebel mit dem größten Wohlwollen und nennt das ein psychologisches Rätsel. Ich aber, der ich einige Artikel für die „Zukunft" geschrieben, die mit unsrer Partei gar nichts zu tun hatten, und in denen ich nur meiner persönlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, habe damit ein Verbrechen begangen und bin ein ehrloser Mensch, der sich schämen muß. Bebel hat, um seinen Freund Mehring zu retten, die Ehre andrer anständiger Genossen, die lediglich einige wissenschaftliche Artikel für die „Zukunft" geschrieben, beschmutzt und vor aller Welt in den Kot getreten. Gegen ein solches Verfahren habe ich auch nur ein Pfui!

Redakteur Seger (Leipzig): Es sei nicht richtig, daß Göhre stets die Grundsätze der Partei vertreten habe. Auf einem Gewerkschaftsfest in Leipzig habe Göhre einmal eine Festrede gehalten und dabei Christus als Heiland bezeichnet. — Dr. Braun (Berlin): Mehring, der Freund Bebels, hat sich in so furchtbarer Weise gegen die Partei versündigt, wie es nicht zum zweitenmal vorkommt. Diesen Mehring entschuldigt Bebel mit den Worten: er sei ihm ein psychologisches Rätsel; die größten Gelehrten, Schriftsteller und Künstler der Welt erklärt aber Bebel für ehrlos, nur weil sie ihre Ansichten in der „Zukunft" zum Ausdruck gebracht haben. Ich frage, ist das erhört, ist das erlaubt? Bebel ist der erste Mann in der Partei; die Partei ist aber eine Republik, in der Freiheit und Gleichheit herrscht, in der es keine Vorrechte gibt. Deshalb hat auch Bebel kein Recht, die Ehre andrer in den Kot zu treten. Ich kenne Bebel als einen Mann, der, wenn er einsieht, daß er Unrecht hat, seine Behauptungen widerruft. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß Bebel dies tun wird.

Dr. Mehring: Ich will nur erklären, daß alles, was gegen mich vorgebracht worden war, Lüge und Verleumdung ist. Man hat die Tribüne des Parteitages zu so gemeinen Angriffen gegen mich benützt, wie man es von einer durch und durch verfaulten elendesten Gesellschaft nicht erwarten könnte.

Endlich wird, auf Antrag des Parteivorstands, mit 283 gegen 24 Stimmen folgende Erklärung beschlossen:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteur und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird? Antwort: Nein.

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf das obige Voraussetzung nicht zutrifft? Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse

nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen. Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letztern keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

Hierauf geht der Parteitag zur Besprechung eines Streits Bebels mit dem „Vorwärts" über. **Bebel** schildert die ihm widerfahrne „Vergewaltigung," die darin bestanden habe, daß das Blatt zwei von ihm eingesandte Erklärungen nicht aufgenommen und ihm zugemutet habe, im Interesse der Partei Abstand zu nehmen. Der Redakteur jenes Blattes, **Eisner** aus Berlin, sagt, er habe sich wegen der verletzenden Einsendungen Bebels an die Preßkommission gewandt. In deren Namen bekennt **Auer** sich schuldig, an dem ablehnenden Beschluß des Preßausschusses mitgewirkt zu haben, und zwar sei man durchaus von der Meinung ausgegangen, daß dies im Interesse der Partei geschehe. Rechtsanwalt **Heine** fügt hinzu, von einer Mundtotmachung Bebels könne keine Rede sein. Es gebe in der Partei keine revisionistische Verschwörung; diese bestehe nur in der Phantasie Bebels, sie sei ein Gespenst, das ihm den Schlaf raube und sein Hirn narre, ein Traumbild, das ihn nicht mehr verlasse.

Eine kurze Besprechung der Polenfrage endet mit der Ablehnung, die Sonderbestrebungen der Polen zu unterstützen.

17. September. Der Parteitag berät den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Aus diesem Anlaß wird die Erklärung beschlossen: „Bei den Kämpfen, die das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden."

Einstimmig wird sodann beschlossen: „Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstage angewandten Maßnahmen, im besondern für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion."

Es folgt die Beratung über die Taktik der Partei, über die Frage der Beanspruchung einer Vizepräsidentenstelle im nächsten Reichstag und über die revisionistischen Bestrebungen.

Es liegen dazu zwanzig Anträge vor. Ein Antrag von Bebel, Singer und Kautsky ist gegen die sogenannten Revisionisten gerichtet.

Bebel ergreift das Wort. Nach einer Kritik der allgemeinen innerpolitischen Verhältnisse wendet er sich den Zuständen innerhalb der Partei zu und führt aus:

Nach den bisherigen Erfolgen hat die Partei keine Veranlassung, die bisherige siegreiche Taktik zu ändern, wenigstens nicht in der Richtung des Bremsens, des Zahmerwerdens, sondern höchstens des entschiednern, energischern Vorgehens. Wir sind gewachsen, und darum müssen wir noch schärfer, noch rücksichtsloser vorgehen. Da tönt es mir freilich aus den eignen Reihen entgegen: Prinzipienreiter! Nun, ich kann darauf nur sagen, daß ich der Zahl nach in den siebenunddreißig Jahren meiner parlamentarischen Tätigkeit nachweislich die meisten Initiativanträge und Gesetzentwürfe von allen deutschen Abgeordneten eingebracht habe, ich, der Mann der Negation. Bebel wendet sich dann gegen die Ueberschätzung des Parlamentarismus und schildert die Fülle der Arbeit der Fraktion im Reichstage. Also keine Illusionen! Auf keinem Gebiete! Das schließt nicht aus, daß man Konzessionen annimmt, wenn sie annehmbar sind, wenn man sich mit ihnen nicht kompromittiert, wie es leider schon geschehen ist. Und damit komme ich zu unsern innern Streitigkeiten. Gegenüber solchen Konzessionen nämlich halte ich es für notwendig, daß die Partei unsre Lage klar erkennt, und daß der Parteitag der Fraktion die Richtung vorschreibt, in der fernerhin zu marschieren ist. Ich füge hinzu: Soweit das überhaupt möglich ist. Der Genosse Heine ruft: Sehr richtig! Ja, Genosse Heine, auch Sie werden schließlich nach der angegebnen Richtung hin einschwenken müssen, denn auch in der Fraktion gilt der Grundsatz: Wer nicht pariert, fliegt hinaus! Das soll natürlich nicht auf eine bestimmte Persönlichkeit gemünzt sein, ich meine damit, wir müssen den Dissentierenden mit scharfen Reprimanden kommen, zweimal, dreimal. Nachher wird es dann vielleicht etwas anders werden! Wir dürfen weder im Volk noch bei der Regierung irgend welche Unklarheit über die künftige Stellung der Partei aufkommen lassen und noch weiter die Meinung verstärken, als ginge es der Sozialdemokratie wie gewissen bürgerlichen Parteien, die auf einer gewissen Höhe angelangt umfielen, hinsanken, ihre Grundsätze aufgaben, und dann war es aus mit ihnen. Gewiß, wir wollen die Erben der bürgerlichen Parteien werden, aber nicht in dem Sinne, daß wir den bürgerlichen Liberalismus ersetzen. Das ist das Hauptmoment, mit dem der Revisionismus arbeitet, das Wort: „Das ist eben falsch ausgedrückt oder falsch aufgefaßt!" Hintennach ist es dann aber, wenn man erst wieder eingelenkt hat, gerade so wie zuvor. Man rede mir doch nicht von der Einigkeit und Einheit in der Partei, Genossen. Nie und zu keiner Zeit sind wir uneiniger, sind die Differenzen und Gegensätze in der Partei größer gewesen als jetzt, und gegenüber dem Versuch, auch diesmal wieder mit Zuckerwasser über die Differenzen hinwegzukommen, sage ich: Ich bin es satt! Seit zwölf Jahren, seit Erfurt, habe ich soviel hinterschlucken, soviel unterdrücken müssen, daß ich sage: Bis hierher und nicht weiter! Wir müssen reinen Tisch machen und Klarheit schaffen. Der sogenannte revisionistische Gedanke ist von Bernstein ausgegangen, der damals noch in London lebte, zu seinem Glück, denn seitdem er nach Deutschland zurückgekommen ist, hat er soviel Ansehen verloren, auch bei seinen Anhängern, die ihn als neuen Messias der Partei bejubelten, daß er schon halb und halb aus der Partei hinaus ist, hinaus durch seine frühern Freunde. Mehr und mehr hat sich Bernstein auch für euch zu einem enfant terrible entwickelt, und als er mit der Frage der Vizepräsidentschaft hervortrat, da sagte ich mir: Etwas Dümmeres konnte Bernstein nicht mehr machen! Das Schlimme dabei war nur, daß dieser Streit in einem Moment in die Partei geschleudert wurde, wo der Siegeszug der Partei zu fruchtbarem Vorwärtsschreiten drängte, und wo die Reden von Essen und Breslau noch wie eine physische Ohrfeige auf der Wange der Partei brannten, daß diese Sache in einem Moment kam, wo immer deutlicher

sich zeigt, was sich vorbereitet in der Seele des ersten Repräsentanten der Staatsmacht, der angekündigt hat, daß die Armee dazu da sei, um auf sein Kommando auf Vater und Mutter zu schießen. Glaubt Bernstein, daß derartiges aus dem Hirn des Proletariats ausgelöscht ist, glaubt er, daß man mit jemand friedlich verhandeln kann, der gegen uns mobil machen will? Wer das nicht einsieht, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen Und zu diesen plumpen und täppischen Dingen hat das Zentralorgan der Partei geschwiegen, hat selbst der Parteivorstand in Berlin nichts gesagt und getan, statt der Katze die Schelle umzuhängen. Ich bleibe dabei: man hat eben dort die Fühlung mit der Partei verloren, man ist nicht mehr mit der Parteiseele im Einklang. Man sieht nichts, man hört nichts man merkt nichts! Nie ist der Sturm der Entrüstung von unten herauf größer gewesen, freilich erst, nachdem Vollmar die Sache aufgenommen und sie in seiner bekannten Manier noch verschärft und vertieft hat. Vollmar beliebt es ja selten, öffentlich aufzutreten. Aber wenn es ihm beliebt, mit seiner ganzen Größe in die Erscheinung zu treten, so tut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es wird immer eine große Staatsaktion, wie die Verkündigung einer neuen Wahrheit oder einer neuen Lehre, mit der er weite Kreise zu interessieren weiß; es heißt dann immer: Kommt her und hört! München ist das Capua der Partei; da wandelt niemand ungestraft unter Bierkrügen. In München gehen die stolzesten Säulen der Partei zugrunde. Es handelt sich darum, endlich einmal Klarheit zu schaffen gegenüber jenen Parteigenossen, die seit einer Reihe von Jahren in der Partei eine Bewegung in Fluß halten, die das Entzücken der gegnerischen Blätter bildet, un die dafür diese Genossen über die Hutschnur loben, um die Partei auseinanderzuloben. Die bisherigen Auseinandersetzungen über den sogenannten Revisionismus hätten keine Klarheit geschaffen, und es sei unhaltbar, daß insbesondre von Süddeutschland versucht werde, der Partei eine neue Taktik aufzudrängen. Keine Konzessionen! Selbst nicht in den süddeutschen Einzelstaaten, die die von Preußen inaugurierte und verschuldete Politik mit all ihren traurigen Konsequenzen blindlings mitgemacht hätten. Wenn diese Strömung andaure, gehe die Partei zugrunde. Die Gesinnung der Vertreter dieser Strömung müsse gegen früher einen vollständigen Wechsel erfahren haben. Die Leisetreterei und Bescheidenheit werde immer größer. Damit erreiche man nichts, im Gegenteil. Der Zweifel, daß es an Intelligenzen fehle, um die Leitung der abgelösten Gesellschaft rasch zu übernehmen, sei Unsinn. Jede große Kulturbewegung schaffe sich ihre geistigen Kräfte, und die Sozialdemokratie als eine solche habe eine Fülle von Intelligenzen. Das Vertuschen der Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Gesellschaft, Annäherung an diese sei das Ziel der Revision. Da gelte es aufräumen. Es sei falsch, hier die in der Partei bestehende Kluft vertuschen zu wollen; man müsse in der Partei darüber zur Klarheit kommen. An einen Erfolg der Revisionisten sei ja nicht zu denken, aber sie hinderten die Entwicklung, verursachten fortgesetzt innere Kämpfe. Das sei ein Uebel für die Partei, das viele anfresse; neben den Akademikern mit der andersgearteten Grundlage ihrer Lebensanschauungen die Proletarier in gehobner Lebensstellung, die verführt seien. Anhang bei der Masse hätte der Revisionismus nicht, ihre Anhänger seien Offiziere ohne Armee; aber weil sie in der Fraktion stark vertreten seien und man dort schweren Kämpfen entgegengehe, deshalb rufe er den Parteitag zur Entscheidung auf.

18. **September.** Zur Erwiderung auf die Rede Bebels ergreift **v. Vollmar** das Wort. Er sagt:

Bebel hat ein Bild von der innern Lage der Partei entworfen, wie es sich in seinem Kopfe malt. Wir haben in München das Recht, Parteiversammlungen abzuhalten, auch ohne hohe parteiobrigkeitliche Genehmignng. Ebensowenig wie das Koalitionsrecht einen Wert hat, wenn es auf dem Papiere steht, bei praktischer Anwendung aber illusorisch gemacht wird, so hat die angebliche Meinungsfreiheit in unsrer Partei einen Wert, wenn man auf einen Parteigenossen, der sich herausnimmt, eine eigne Meinung zu haben, wie ein Rudel Wölfe losstürzt. Diese angebliche Meinungsfreiheit erinnert an das Beschwerderecht beim Militär. Da wird dem Rekruten auch gesagt: „Du hast das Recht der Beschwerde, wenn du aber davon Gebrauch machst, dann soll dich der Teufel holen!“ Die Meinungsfreiheit wird in unsrer Partei in einer Weise praktiziert, daß es mich anwidert. Es muß einmal ausgesprochen werden: zwischen der Gegenwart und unsern Endzielen liegt so manches, wovon sich unsre Schulweisheit nichts träumen läßt. Es lag nicht der geringste Grund vor, aus der Vizepräsidentenfrage eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. Es liegt nicht der geringste Grund vor, einen Genossen wegen seiner abweichenden Meinung des Verrats an den Parteigrundsätzen zu beschuldigen. Irrtümern sind wir alle unterworfen, man sollte aber niemals außer acht lassen, daß jeder einzelne von uns bestrebt ist, nach besten Kräften seine Schuldigkeit zu tun. Man sollte sich hüten, über jeden harmlosen Artikel ein Geschrei zu erheben, als ob dadurch die Partei auseinanderfallen könnte. Das ist in der Tat ein Verfahren, das geeignet ist, die Tätigkeit in der Partei zu verekeln. Freiheit im Denken, einig im Handeln muß unser Grundsatz sein. Bebel hat über die Süddeutschen im allgemeinen, über die Münchner im besondern sich ausgelassen, daß man es im Interesse der Partei fast bedauern könnte, daß sich die Süddeutschen der Partei angeschlossen haben. Süddeutschland sei die Stätte des Revisionismus. In München gelange man durch die Bierverhältnisse sehr bald zur Verwässerung der Parteigrundsätze usw. Ja, wir können doch nicht alle Preußen sein. Als Bebel zum vorjährigen Parteitage nach München kam, da fragte ich ihn: „Was wird nun mit uns geschehen, werden wir gebraten oder geschmort?“ Bebel antwortete: „Es liegt keine Gelegenheit vor, die Münchner Verhältnisse zur Sprache zu bringen.“ Bebel sagte: „Die Akademiker und die Leute in gehobner Lebenslage neigen zum Revisionismus.“ Es ist nur merkwürdig, daß Bebel seine gehobne Lebenslage vor dem Revisionismus bewahrt hat. Es ist aber Tatsache, daß auch Arbeiter sich zum sogenannten Revisionismus bekennen. Es ist doch aber unerhört, daß Bebel sich hier hinstellt und im Kommandotone sagte: „Ich dulde das nicht, ich verlange Aufklärung, ich werde die Parteigrundsätze nicht verwässern lassen, ich appelliere an die Massen, ich werde bis zu meinem letzten Atemzuge dafür eintreten, daß die Partei nicht in den Abgrund geführt wird.“ So, Genossen, sprach zur Zeit der englischen Revolution Lord Cromwell vor dem Parlament; das ist die Sprache eines Diktators. Daß heute nicht solch große Einigkeit herrscht wie zur Zeit, wo die Partei noch klein war, wo wir neun bis zwölf Reichstagsmandate hatten, ist sehr erklärlich. Bebel hat mich mit Millerand verglichen. Ich erkläre, ich würde einen Ministerposten schon deshalb nicht annehmen, weil ich alsdann genötigt wäre, meinen Wohnsitz in Berlin zu nehmen. Ich kann das Autoritätsprinzip nicht anerkennen. Ungezügeltes Temperament ist noch kein Freibrief für Verunglimpfungen. Wer herrschen will, soll zunächst lernen, sich selbst zu beherrschen. Ich halte es auf alle Fälle für gefährlich, wenn ein einzelner seine Meinung der Allgemeinheit aufzwingen will, gleichviel, ob das von einem

Fürstenthrone oder von einem Parteithrone aus geschieht. Wenn Bebel so sehr gegen die Lobhudelei ist, da sollte er auch gegen den oftmals geradezu widerlichen Byzantinismus in der Parteipresse auftreten. Unsre Wählermassen haben allerdings etwas andres erwartet als ein solches Parteigezänk. Und ich muß sagen, der Ausspruch Bebels: „Das Komödienspiel muß aufhören," wird uns noch lange großen Schaden zufügen. Ich frage, was für ein Komödienspiel treiben wir denn? Mir kommt es vor, als sei die Resolution so gefaßt worden, um die sogenannten Revisionisten aus der Partei zu bringen. Wenn man das will, dann wäre es doch ehrlicher, Namen zu nennen, zu sagen: Die und die müssen heraus aus der Partei! Ich habe die Ueberzeugung, der geistige Inquisitor in der Partei ist Kautsky, der sich zu einer Art Parteiprofessor herausgebildet hat. Dieser erstrebt die Alleinherrschaft nach seiner Meinung an. Er hat es offen ausgesprochen: Es muß in der Partei Einheit im Glauben bestehen. Er will, daß die Meinungsäußerung wenigstens für einige Zeit zurückgestellt werde. Mehr verlangt die katholische Kirche auch nicht. Trotzdem bin ich der Meinung, die Partei wird durch diese Auseinandersetzung keinen Schaden nehmen. Die Debatte wird Klärung beitragen, und der Parteitag wird dafür sorgen, daß jeder Genosse wieder auf seinen Posten gerufen wird zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind.

Kolb aus Karlsruhe, ein Revisionist, führt aus:

Die meisten Genossen, die das Schlagwort vom Revisionismus anwendeten, wüßten gar nicht, um was es sich dabei handle. Die ganze Sache sei doch schließlich ein Streit um die Frage, ob ungelegte Eier ausgebrütet werden dürfen. Revisionisten habe es zu allen Zeiten in der Partei gegeben, und v. Vollmar habe auch schon bewiesen, daß auch Bebel seine Anschauungen so und so oft revidiert hat. Der Grundzug aller Revision sei noch immer gewesen, sich den Zeitverhältnissen anzupassen, und es sei lächerlich, jetzt mit einemmal eroberte Positionen nicht besetzen zu wollen. Man werde doch aber wohl in der Partei noch das Recht haben, zu denken, was einem passe. Und er denke, daß der Zusammenbruch sehr wohl vermieden werden könne, wenn man in die Lage versetzt werde, eine durchgreifende Reform herbeizuführen. „Es haben doch noch ganz andre heute die Meinung vertreten, daß die Zusammenbruchstheorie nicht unbedingt und allein das Wahre sei. Jedenfalls wünschen nicht alle Genossen den Zusammenbruch, weil sie der Meinung sind, daß wir unter den heutigen Verhältnissen auch schon eine ganze Menge erreicht haben." Man müsse man nur nicht alles vom rein agitatorischen Standpunkt aus betrachten. Redner erinnert an die Verdrängung Bassermanns, die nur durch die nachhaltigste Agitation ermöglicht worden sei. Derartige Erfolge sollten den „Orthodoxen" doch zu denken geben und sie veranlassen, von der Behauptung, man habe die Fühlung mit den Massen und mit der Volksseele verloren, abzukommen. Viel eher könne man das Gegenteil behaupten und z. B. sagen, daß Bebel neuerdings die Fühlung mit den Massen verloren habe. Das Auftreten in Versammlungen allein führe diese Verbindung mit der Volksseele jedenfalls nicht herbei. Man müsse auch praktisch mit ihr zusammenarbeiten, in den Gewerkschaften, den Genossenschaften, und da würde Bebel bald merken, daß seine Fühlung mit den Massen nicht mehr sehr innig sei.

Stücklen aus Altenburg, Gegner der Revisionisten, meint, v. Vollmar habe es wieder verstanden, mit staatsmännischem Geschick

die Revisionistenangelegenheit so hintenherum zu erledigen und die ganze Sache so darzustellen, als ob die Revision ein künstlich von Bebel geschaffner Popanz sei. Zur Vizepräsidentenfrage fürchte ich, daß wir damit neben dem sogenannten Salonsozialismus schließlich auch noch einen „Hofsozialismus" bekommen, und ich fürchte die Personenfrage. Singer würde ja selbstverständlich ablehnen. Aber selbst wenn wir den geeigneten Mann auch fänden: welcher Genosse würde wohl an jene Stelle treten wollen, von der aus uns Worte zugeschleudert worden sind, wie „Elende!", „den Staub von den Füßen schütteln!", „nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen!" Man hat doch auch noch Charakter als Genosse. — **Meist** aus Köln äußert sich ähnlich gegen die Revisionisten und behauptet ebenfalls, daß die „kochende Volksseele" respektiert werden müsse, weil die Partei sonst die Massen vor den Kopf stoßen würde. Man sollte sich doch nicht so sehr vor möglichen Konflikten fürchten. Die Sozialdemokratie verlasse den gesetzlichen Boden doch nicht, sondern dies täten gerade die herrschenden Klassen. — Der Arbeitersekretär **Katzenstein** aus Mannheim steht zwischen Radikalen und Revisionisten, sagt aber doch: Unsre Pflicht ist es, daß wir einig sind, damit wir in die Lage kommen, die heutige Gesellschaft in Trümmer zu schlagen. — **Thimm** aus München bemerkt:

Es geht allerdings nicht mehr so weiter, daß Bebel bei jeder Gelegenheit die Arbeiter mobil macht und Gegenstimmung macht. Er darf sich auch nicht, wie geschehen, über Parteiinstanzen hinwegsetzen. Das sollten wir nur getan haben! Hätte Bebel das demokratische Prinzip geachtet, so hätten wir die ganze Frage nicht gehabt. Gestern hat gar Bebel an die niedrigsten Instinkte appelliert und von den Proletariern in gehobner Stellung gesprochen. Ja, Bebel ist doch selbst in gehobner Lebenslage! Thimm kritisiert weiter die Tätigkeit der Fraktion, die nicht so viele unnütze Reden halten solle. Er selbst verwahrt sich gegen den Verdacht des Revisionismus. An der Weltenwende stehen wir noch nicht. Das zu glauben, ist doch noch nicht revisionistisch! Kautsky sei ein Stubengelehrter, der nicht verlangen könne, daß man überall mit ihm durch dick und dünn gehen soll. In gewissem Sinne kennt Bebel die Massen nicht. Wo er spricht, ist immer Zustimmung; wenn jetzt ein Widerspruch kommt, denkt Bebel: Die Einheit der Partei sei gefährdet. Bebel ist ein genialer Diktator. Wenn das aber alles so weitergeht, dann kommt es wirklich zur Spaltung! Einen Vorteil wird das Literatengezänk haben: der Autoritätsglaube wird bei den Arbeitern sinken!

Auer aus Berlin führt folgendes aus:

Die Frage ist: ob wir uns positiv oder negativ zur Gesetzgebung stellen wollen. Aber die Tatsachen haben längst entschieden. Sollen die einundachtzig Mann etwa bloß Beobachtungsposten in den Reichstag schicken? Damit werden wir heute ausgelacht. Wir haben uns entwickelt, wir haben unsre Taktik geändert, nicht weil wir geschulter geworden sind — das ist unmöglich, sondern weil sich die Verhältnisse geändert haben. Wir neigen immer zu Uebertreibungen. Erst sollten wir ganz wegbleiben, jetzt sollen wir die Gesetzgebung sackweise schaffen. Der Mittelweg ist auch hier der beste.

Wir haben keine gebornen Gesetzmacher unter uns, aber Kritiker. Ich bin der Ansicht: wir haben nie weniger grundsätzliche Verschiedenheit gehabt als jetzt. Bei aller Freundschaft gegen Bebel muß ich sagen, daß Bebel zuerst den harten Ton angeschlagen hat, und daß seine Artikel große Erregung hervorgerufen haben. Ich habe mich gefragt: Der Teufel, was ist denn in den guten August gefahren? Die Partei steht glänzend. Sie hat alle Angriffe mit Furore abgeschlagen, sie hat in Kulturfragen an der Spitze gestanden, sodaß ihr drei Millionen Wähler das Vertrauen schenkten. Ich begreife die ganze Aufregung nicht. Symptome bedenklichster Art will man gesehen haben. Welche denn? Die Revisionisten im Reichstage sollen verstärkt sein, und es bestehe die Gefahr, daß das Gretchen vom Tugendpfade abweiche. Wer hat denn aber den neuen Genossen schon ins Herz gesehen? Woran erkennt man eigentlich die Revisionisten? Ich habe noch keinen gesehen. Keiner wills sein. Es schien zuerst, als ob es solche seien, die an unserm Erfurter Programm zweifeln. Aber jetzt ist ja Meinungsfreiheit bei uns. Zwei Punkte hebt man hervor: Die Revisionisten wollten den Klassenkampfcharakter aufheben, und sie wollten eine Angliederung an den linken bürgerlichen Flügel. Wenn das wahr wäre, so wäre das allerdings offner Parteiverrat. Ich bin als Revisionist bezeichnet worden und protestiere dagegen auf das entschiedenste. Wer sind nun aber die Revisionisten? Die müssen wir doch kennen, wenn wir sie hinauswerfen sollen. Heraus mit der Sprache! Ich weise diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurück. Ist das Respekt vor der Volksseele, wenn man, nachdem das Volk gewählt hat, ihm sagt: Das sind unsichre Kantonisten, die Kerls taugen nichts?

19. September. **Kautsky** tritt einem Gerücht entgegen, wonach beabsichtigt sei, gegen einzelne Personen vorzugehen, und fährt sodann also fort:

Der Unterschied der Richtungen liegt darin: Es ist der Gegensatz der Zusammenbruchs- und der Evolutionstheorie. Der Konflikt zwischen uns und den herrschenden Klassen spitzt sich immer mehr zu, sodaß wir einem Zustand zutreiben, wo es die große Entscheidungsschlacht gilt. Es gibt eine Reihe von Genossen, die um die Konflikte herumkommen wollen. Die Richtung der Partei, die an diese Verschärfung der Gegensätze nicht glaubt, hat Ursache, das Programm zu revidieren, daher der Name Revisionismus. Vor allem handelt es sich darum, daß die Hauptsache für uns die Eroberung der Staatsgewalt ist. Kolb sagte, wir müssen die Bourgeoisie zwingen, die Staatsgewalt mit uns zu teilen. Wenn wir aber diese Macht haben, zu zwingen, dann brauchen wir nicht mehr zu teilen. Bernstein hat ausgeführt, daß, wenn wir eine gerechte Wahlkreiseinteilung hätten, eine Regierung gegen die Linke sich nicht mehr bilden ließe. Da nun aber die Sozialdemokratie selbst bei der gerechtesten Wahlkreiseintellung höchstens 125 Mandate gewinnen könnte, so hat Bernstein ganz offenbar an ein Zusammengehen mit den Freisinnigen und Nationalliberalen gedacht. Bernstein hat die Gewohnheit, aus der Schule des Revisionismus auszuplaudern. Der Knabe Bernstein fängt an, dem Revisionismus fürchterlich zu werden. Hat er doch direkt ausgesprochen, wir müßten eine demokratisch-sozialistische Reformpartei werden! Der Fall des Eintritts in ein Ministerium ist bei uns noch nicht praktisch, aber nur, weil die Gegner dem guten Willen der Revisionisten noch nicht die offne Hand bieten. Die Folge des Strebens nach neuen Bahnen führt zu Entgleisungen bis zur Hofgängerei.

Bernstein ergreift zu im wesentlichen folgenden Ausführungen das Wort:

Was ist Revisionismus? Es handelt sich nicht um Revision des Sozialismus, sondern einzelner Probleme. Die kritischen Geister sind stets schwerer zusammenzuhalten als die dogmatischen. Ich habe mich nie als der Theoretiker für Auer, Vollmar und Heine hingestellt. Daher ist es kein Fußtritt, wenn die Revisionisten sich nicht mit allem einverstanden erklären, was ich verfechte. Es gibt auch keine revisionistische Partei. Meine revisionistische Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Theorie, auf dem der Praxis nur soweit, als sie durch die Theorie beeinflußt wird. In allen politischen und wirtschaftlichen Forderungen bin ich vollkommen mit dem Programm einverstanden. Was ich kritisiert habe, sind die ersten Absätze des theoretischen Teils unsers Programms. Abs. 2 statuiert die Forderungen der Demokratie, die Demokratie erstreckt sich auch auf die großen Fragen der Staatsverfassung. Als die Reden in Essen und Breslau gehalten waren, sollte eine Gegendemonstration in Breslau veranstaltet werden. Die Breslauer Genossen werden mir bestätigen, daß ich nicht den geringsten Zweifel gelassen habe über unsre Stellung zu den Verfassungsfragen. Mit meiner Forderung der Vizepräsidentschaft habe ich nicht daran gedacht, zu verlangen, daß wir irgend etwas von unsern republikanischen Grundsätzen preisgeben sollten. Die Zollkämpfe waren für uns eine faktische Niederlage. Die Niederlage hat auf mich einen tiefen Eindruck gemacht. In der Fraktion hat man vielfach bedauert, daß wir keinen Sitz im Präsidium hatten. Wir täuschen uns selbst über die Entwicklung, wenn wir immer mit so einheitlichen Begriffen wie Bourgeoisie operieren. Wir hätten niemals den großen Einfluß auf das deutsche Volk erreicht, wenn wir uns nicht in der Frage des Parlamentarismus von Stufe zu Stufe gemausert hätten. Immer tiefer sind wir in den Kampf des Parlamentarismus hineingesunken, und immer stärker hat sich die Partei emporgesumpft. Würden wir eine rein negierende Partei, so müßten sich die Gewerkschaften an die bürgerlichen Parteien anschließen. Noch auf dem letzten Parteitag hat Bebel selbst eine wirlich liberale Partei als Puffer für durchaus wünschenswert erklärt. Ich bin nicht der Ansicht, wie Bebel, daß man jeder Stimmung der Masse nachgeben muß. Nehmen Sie nun die Resolution an oder nicht! Ich bin fest überzeugt, wenn eine Situation kommt, wo es vom realen Nutzen ist, solche Verpflichtungen einzugehen, dann wird der Erste, der dafür ist, Bebel sein. Wozu uns durch solche Resolution selbst die Tür vor der Nase zuschlagen, damit wir nachher gezwungen sind, durch ein Mauseloch wieder hineinzukriechen? Begrenzt muß die Meinungsfreiheit werden, wenn sie die fundamentalen Grundsätze der Partei betrifft. Prinzipiell stehe ich auf dem Standpunkt, daß wenn proletarische Interessen gefördert werden, der Eintritt in ein Ministerium Pflicht ist.

Endlich wird die gegen die Revisionisten gerichtete Erklärung mit allen gegen elf Stimmen in folgender Fassung angenommen:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch einen Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind. Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf

dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandnen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. Daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky auf dem Internationalen Kongreß 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt jedes Bestreben, die vorhandnen, stets wachsenden Gegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wähler erlangt, entsprechend den Grundsätzen unsers Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für uns alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.

Ueber den sozialdemokratischen Parteitag spricht sich die „National-Ztg“ unter der Ueberschrift: „Die Diktatoren des Zukunftsstaats“ also aus:

Selten ist seit Jahrhunderten die aus der Demokratie heraus sich entwickelnde Tyrannis so scharf gegeißelt worden, wie durch den beredten Mund des Demokraten v. Vollmar. Selten ist ein Sieger in der siegreichen Schlacht so schwer geschlagen worden wie Bebel. Mit dem Komödienspiel wollte Bebel aufräumen — und er selbst war es, der mit dem ganzen Dresdner Parteitag, der mit dem „untrüglichen Klasseninstinkt der Arbeiter“ die größte Komödie inszenierte. Vollmar hat die Maske Bebels gelüftet, er hat ihm den „Diktator“ ins Gesicht geschleudert und so wohl dabei gezielt, daß das Wurfgeschoß für alle Zeiten sitzt. Aber auch Vollmar hat schließlich die Maske nur gelüftet, er hat sie dem Diktator nicht vollends vom Gesicht gerissen. Er hat es vermieden, mit voller Klarheit festzustellen, wie wenig die Zusammensetzung des Parteitages dem Charakter der ganzen sozialdemokratischen Partei und den Auffassungen in der gesamten sozialdemokratischen Wählerschaft entspricht; er hat nicht weniger Komödie gespielt, als er schließlich nach Taschenspielerart den ganzen Revisionismus kurzerhand verschwinden ließ und mit der allgemeinen Einigkeit endete. Die Gegensätze sind mit größter Schärfe aufeinandergeprallt — und doch bleibt das Ganze eine grandiose Komödie. Die herrschenden Diktatoren fühlen sich in ihrer

Macht über die Massen nur sicher, wenn die Gefolgschaft blindlings im radikalsten Fahrwasser segelt; ihnen ist eine kleinere Partei extremster Färbung lieber als eine große Anhängerschaft mit opportunistischen Neigungen. Der sichere Sieg der herrschenden Diktatoren in Dresden vermag nichts daran zu ändern, daß in dem Ringen zwischen Revolution und Evolution der endgiltige Sieg auf der Seite der Evolutionisten steht. Nie werden die geschlagnen Sieger von Dresden, die Bebel, Kautsky, Singer, sich wieder völlig von ihrem „Sieg" erholen. Die Diktatur der Fanatiker ist nur noch zu halten durch die große Komödie, über die eines Tages doch der Vorhang fallen muß.

Der „Schwäb. Merkur" schreibt zur Psychologie der Sozialdemokratie über Bebel:

Wie behandelt er in seinem zu leidenschaftlichem Haß ausartenden Widerspruchsgeist die Leute, die seit Jahrzehnten mit ihm in einer Reihe kämpfen, oder die der sozialdemokratischen Sache zuliebe bürgerliche Existenz, gesellschaftliche Stellung und selbst ihr Familienglück aufgegeben haben! Wie ist ihm in seinem an Größenwahn grenzenden Herrscherdünkel keine Beleidigung schwer und verletzend genug, um sie nicht einem Genossen ins Gesicht zu schleudern, der einmal nicht ganz seiner Meinung ist! Wie schwirrten die Pfuirufe herüber und hinüber! Wie widerlich war das Gezänk zwischen Heine und Stadthagen, den Vertretern der akademischen Bildung in der Partei, und wie schrill klingt das mißtönende Gekeife der Vertreterinnen der holden Weiblichkeit, einer Luxemburg und einer Zetkin, dazwischen!

In der „Nation" schreibt der Abg. von Gerlach u. a.:

Der verfehlte Vorstoß Bernsteins bez. der Vizepräsidentenfrage war ein gesundes Festmahl für die Intransigenten. Sie sahen mit Schrecken, wie ihr Einfluß abnahm. Sie fühlten das Wachstum der revisionistischen Strömung in den höhern Parteischichten. Sie wußten, wie die Mehrzahl ihrer neuen Fraktionskollegen stand. Darum stürzten sie sich mit einer wahren Manie auf den Bernsteinschen Vorschlag. Das mußte ausgeschlachtet werden. Hier hatten sie Gelegenheit, dem vorwärts dringenden Revisionismus, der sich ein Stück zuweit vorgewagt hatte, eine Schlappe beizubringen.... Mit dem Parteibeschluß ist die Einrichtung der Genossen zweiter Klasse perfekt geworden. Die einen haben Pflichten und Rechte, die andern nur Pflichten. Sie dürfen für die Partei arbeiten, stimmen und zahlen. Aber von Ehrenstellen sind sie ausgeschlossen. Der Satz: „Alle Sozialdemokraten sind vor der Partei gleich," ist abgeschafft. Wir haben in Zukunft Sozialdemokraten, die sich innerhalb der Partei etwa in der Rolle befinden, die die Juden innerhalb des rumänischen Staates spielen.

20. September. Zum Schluß des Parteitags sagt der Vorsitzende Singer: Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigkeit verhandelt. Es handelte sich nicht um persönliches Gezänk, wenn es auch äußerlich so schien. Die Massen in der Partei stehn nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. — Es folgt eine besondre Wahlkonferenz der preußischen Vertreter im Parteitage.

Bebel gibt ein Bild der durch den Ministerialerlaß seit der letzten Konferenz veränderten Sachlage. Damit ist unser früheres Bestreben, die liberalen Wahlmänner rechtzeitig festzunageln, bis zu einem gewissen Grade

unmöglich geworden. Aber jetzt noch ist es möglich, daß in einem solchen Falle des Verrats freisinniger Wahlmänner die sozialdemokratischen Wahlmänner den Liberalen nicht mehr wählen. Käme es zu einem allgemeinen Kartell mit den Liberalen, so würde es leicht sein, die Konservativen erheblich zu schwächen. Da aber leider ein solches Kartell nur sehr vereinzelt zustande kommen wird, so wird das Abgeordnetenhaus wahrscheinlich eine konservative Mehrheit haben. Die Folge wird sein, daß für reaktionäre Gesetze die Bahn frei wird. Sollen wir es auf solche Gesetze, etwa auf ein neues Vereinsgesetz, ankommen lassen? Da meine ich: Wir müssen mit den Liberalen einmal Fraktur reden. Und wenn der Erfolg unsrer Beteiligung der wäre, daß der letzte Liberale aus dem Abgeordnetenhause verschwindet, dann bin ich trotzdem für eine selbständige Beteiligung an den Landtagswahlen! Es gibt Situationen, wo so etwas durchgeführt werden muß, und wo man die Dinge eventuell bis zur Katastrophe zu treiben hat. — Die übrigen Vertreter stimmen ebenfalls für ein selbständiges Vorgehen der Partei.

21. September. Die „Post" (freikons.) läßt sich also aus:

Die fürchterliche Entartung ganzer, ungeheurer Volksschichten ist kaum irgendwo schärfer in die Erscheinung getreten als auf dem sozialdemokratischen Parteitag. Die heutigen Sozialdemokraten betonen nichts lieber und lauter, als daß sie das Werk der Jakobiner in großartigen Zügen zur Vollendung bringen wollen. Welch lächerliche Ueberhebung, welch unfreiwillige Komik!... Wahrlich, trotz aller unfreiwilligen Lächerlichkeit und Verächtlichkeit dieser gewissenlosen Gesellen muß jeder Freund des Vaterlandes und treue Untertan unsers Kaisers laut und vernehmbar seine Stimme erheben, daß diesem kulturfeindlichen Treiben ein rasches und gründliches Ende bereitet wird. Und so fragen wir denn: Wo sind die Träger der öffentlichen Gewalt, die Stützen des Staates, die verantwortlichen Minister, die Diener des Kaisers?

Die „Deutsche Tages-Ztg." (agrar.) weist darauf hin, daß der Parteitag nutzlos 20000 Mark zu Lasten des ausgebeuteten Proletariats verschlungen habe. — Noch wird, sagt die „National-Ztg.," der Dresdner Tag ganz überwiegend als ein wirklicher Sieg der sozialdemokratischen Orthodoxie, als Stärkung der revolutionären Richtung aufgefaßt und nur von wenigen Seiten erkannt, daß die Orthodoxie sich in diesem Verzweiflungskampf tatsächlich zugrunde siegt. Im eignen Lager der Orthodoxen hat man ein besseres Verständnis für den Ausgang des Dresdner Tages — man ist unglücklich über die gewaltige Mehrheit, die der antirevisionistische Antrag gefunden hat! Wehe uns, daß wir gesiegt haben — wehe uns, daß wir wieder einig sind! So jammern die Orthodoxen nach der großen Jubelversammlung, so wird in seinem Innern vor allem auch Bebel selbst klagen. Die fortschrittlich-opportunistischen Delegierten haben sich im Grunde genommen über die Resolution Bebel-Kautsky-Singer lustig gemacht — sie haben mit verschwindenden Ausnahmen dafür gestimmt. Dadurch ist die ganze Haupt- und Staatsaktion verpufft; nach siebentägigem Ringen ist nichts erkämpft, als ein beschriebnes Stück Papier, das ewig Papier bleiben wird.

In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung klagt der „Vorwärts," das sozialdemokratische Hauptblatt:

Was ist das Ergebnis? Es schwebte ein unglückseliger Geist des persönlichen Haders, ja des gegenseitigen Mißtrauens, eine ganz ungewöhnliche Neigung zu Uebertreibungen und Verschärfungen an sich bedeutungsloser Dinge über einem großen Teil der Verhandlungen. Wir haben tagelang erbittert gestritten wegen einiger Aufsätze in einer bürgerlichen Zeitschrift. So berechtigt aber auch das Empfinden der großen Mehrheit war, daß jene Mitarbeit unschicklich sei, verlohnte es die lange Zeit, die mit dieser Diskussion vertan wurde, einer Diskussion, die sich dazu ins Maßlose verlor? Es scheint uns, als ob es leicht möglich gewesen wäre, diese Frage kurzerhand in befriedigender Weise zu erledigen. Man stand am Schluß da, wo man am Anfang war. Es wurde gesagt, daß die Partei niemals uneiniger gewesen ist als jetzt, schließlich aber mußte man fast mit erhobnen Händen flehen, es möchten doch wenigstens einige Delegierte so freundlich sein, gegen die Resolution zu stimmen. Auch dieses Flehen half nichts.

Die „Kreuzztg." bemerkt über „Das Dresdner Spektakelstück":

Sie sind alle wieder einig, die siegreichen „Genossen," die in Dresden ein so wunderschönes „Siegesfest" gefeiert haben. Man hat dabei allerdings von der sogenannten Kulturmacht der Sozialdemokratie ein etwas eigentümliches Bild empfangen. Es verschlägt keinem der ehrenwerten Vertreter der völkerbefreienden Dreimillionenpartei, wenn er öffentlich zum „Lügner," zum „dummen Jungen," zum „Ehrlosen," zum „Komödianten" gestempelt wird. Aus solchen Leuten besteht die Elite der Proletarierpartei! Das sind die Leute, die auf ihr Banner die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" schreiben, die die Welt in neue Bahnen lenken wollen, und die sich brüsten dürfen, das Vertrauen des vierten Teils aller Wahlberechtigten und des dritten Teiles aller am 16. Juni an der Urne erschienenen Wähler in Deutschland zu besitzen!

Das „Berliner Tageblatt" meint, der Parteitag werde auf die Mitläufer der Sozialdemokratie wie eine eisige Douche wirken. — Die „Staatsbürger-Zeitung." in Berlin weist darauf hin, daß in den acht Tagen des Parteitags kein einziger Führer eine Erörterung darüber veranlaßt habe, wie die deutsche Arbeiterschaft in wirtschaftlicher, allgemein beruflicher, geistiger und sittlicher Beziehung vorwärts gebracht werden kann, und sie meint, daß die Regierung nunmehr auch ihre Taktik ändern und jedes Paktieren mit den sozialdemokratischen Führern unterlassen werde. — Können wirklich, fragt die „Vossische Ztg.," Männer, die einander öffentlich unlautere Beweggründe nachgesagt und die Ehre abgeschnitten, die sich Lügner und Verleumder gescholten haben, nachträglich zusammen arbeiten, als wäre nur der Wind durch den Schornstein gegangen? — Für die bürgerlichen Politiker, die in dem Revisionismus den Träger der Mauserung erblickten und auf diese Hoffnung ein ganzes politisches Zukunftssystem aufbauten, ist, so sagen die „Hamburger Nachrichten," der Ausgang des Dresdner Parteitages die Zertrümmerung ihrer Operationsbasis. „In

der Geschichte unsers politischen Parteiwesens hat es kaum je ein gründlicheres und schmählicheres Fiasko gegeben. Wichtiger ist die Frage, wie angesichts der sozialdemokratischen Erklärungen die parlamentarischen Parteien und die verantwortlichen Inhaber der Staatsgewalt sich zu der unversöhnlichen Revolutionspartei stellen werden. Fortan ist ihnen die Möglichkeit benommen, sich hinter einen angeblichen Mauserungsglauben zu verschanzen. Die Sozialdemokratie hat die Regierung durch ihren Beschluß mit dankenswerter Offenheit an ihre Pflicht erinnert. Glaubt die Regierung, sich einer wirklichen und energischen Bekämpfung der Gefahr noch ferner entziehen zu können?" — Auch die „Berliner Politischen Nachrichten" führen aus, der sozialistische Plan, die bürgerlichen Parteien durch die Massen niederzuringen und so die Vorherrschaft des Proletariats herbeizuführen, bedeute nichts andres als einen direkten Vorstoß gegen die Verfassung sowohl des Reiches und des preußischen Staates sowie gegen die Monarchie, die den Eckstein, insbesondre des preußischen Staatswesens, bilde. Es handle sich also um Bestrebungen, die, wenn sie mit andern als gesetzlich zulässigen Mitteln verfolgt würden, sich direkt als Hochverrat charakterisierten. Nicht darum handle es sich, ob Hochverrat im strafgesetzlichen Sinne vorliege, sondern um Hochverrat im politischen Sinne. Wer also die Reichs- und Staatsverfassung gegen den Versuch der Zertrümmerung schützen wolle, der müsse mit vollster Entschiedenheit den von den Sozialdemokraten jetzt wieder in der herausforderndsten Weise hingeworfnen Handschuh aufnehmen. Und diese Aufforderung richtet das Blatt an die „bürgerliche Gesellschaft." — Die „Kölnische Ztg." ist der Ansicht, die Dresdner Tagung werde doch nicht ganz ohne fruchtbares Ergebnis verlaufen, wenn dadurch in den liberalen Reihen die Erkenntnis durchdringe, daß es zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie kein Bündnis geben könne. — Der sozialdemokratische „Volkswille" in Hannover gesteht: „Die Debatten, die auf dem Parteitage gepflogen worden sind, müssen geradezu niederdrückend auf die Masse der Parteigenossen wirken." So könne das nicht weiter gehn. „Wir bedauern nur die Genossen, die mühselig, oftmals mit Einsetzung ihrer ganzen Existenz, die harte Kleinarbeit machen und die Suppe auslöffeln müssen, die ihnen jene »großen Geister« auf dem Parteitage eingebrockt haben. Das Maß ist voll!" — Unendlich traurig nach Form und Inhalt nennt die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme" die Debatten über die Mitarbeit sozialistischer Schriftsteller an der bürgerlichen Presse. Auch die sozialdemokratische „Bremer Bürger-Ztg." spricht unter der Ueberschrift „So kann es nicht weitergehn" Entrüstung über die persönlichen Debatten aus.

23. September. Auch in einem großen Teil der übrigen sozialdemokratischen Presse werden die abfälligsten Betrachtungen über den Parteitag angestellt. Die dem „Genossen" Vollmar nahestehende „Münchner Post" bemerkt u. a.:

Wenn von einem Erfolg dieses Parteitages geredet werden kann, so wird es wohl nur der negative sein, daß die organisierten Massen aufgerüttelt wurden, damit sie sich für alle Zukunft derartige Schaustellungen verbitten und den Führern, die vermeinen, die Partei als Spielball ihrer Launen betrachten zu können, noch deutlicher sagen, als es in Dresden schon geschehn, wie wenig die Parteiseele gewillt ist, solch schmähliches Gekeife als Gegenleistung für unsre große Sache in Zahlung zu nehmen.

Im „Volksblatt für Anhalt" sagt Peus dem „Genossen" Bebel folgendes:

Vollmar, Kolb, Timm, Auer und Molkenbuhr haben Bebel in seiner Maßlosigkeit, in seiner Unbekümmertheit, von der Leidenschaft eingegebne Unwahrheiten in die Welt hinauszuschleudern, so überzeugend und unwiderleglich geschildert, daß wir fest überzeugt sind, kein Parteitag habe dem wirklichen Ansehen Bebels so wenig neue Kraft verliehen als gerade der Dresdner Parteitag. Nein, daß wir unsre ganze Meinung sagen: Der Dresdner Parteitag hat das Ansehen Bebels gerade innerhalb der Partei auf das allertiefste erschüttert. Also die Genossen werden wissen, woran sie mit ihm sind. Sie werden sich über Aeußerungen Bebelscher Leidenschaft in Zukunft nicht sonderlich aufregen.

Am schärfsten drückt sich die sozialdemokratische „Rheinische Ztg." aus:

Wir sind sehr bescheiden, aber das verlangen wir: man soll unsre schwierige Lage nicht noch verschlimmern dadurch, daß zu einer Zeit, wo alles nach Taten verlangt, die oberste Parteiinstanz mit Zank und Stank aufwartet und dem Gegner die Arsenale füllt. Wir müssen uns des Dresdner Parteitages schämen. Er hat nicht nur nichts geleistet, sondern der Partei schwer verwindlichen Schaden zugefügt. Gerade diejenigen, die sich in Dresden der Rücksicht auf die Massen als Argument so vordringlich bedienten, haben die Massen auf das bitterste enttäuscht. Die sozialdemokratische Wählerschaft erwartete Taten; aber man bot ihnen widerlichen Zank, Steine statt Brot, Literatentratsch statt Belehrung und Anregung. Gewisse Parteikonsuln und Prinzipienwächter täten gut, wenn sie nicht allein darüber wachten, daß der Partei kein Schaden geschieht, sondern sich selber soweit in Zucht nähmen, daß von ihnen kein Schaden kommt.

Das Organ der schlesischen „Genossen," die Breslauer „Volkswacht," übt folgende Kritik:

In Wahrheit bot der Parteitag ein nichts weniger als schönes Bild, und wir würden es begrüßen, wenn sich überall im Lande ein Entrüstungssturm erheben würde über die Art, wie die Verhandlungen geführt worden sind. Dazu wählen die Parteigenossen nicht ihre dreihundert Delegierten, damit vor ihren Augen sich zwölf oder fünfzehn der ersten Führer gegenseitig die Haare ausraufen.

Auch auf einem sozialdemokratischen Parteitage in Stuttgart wird vom neuen Reichstagsabgeordneten Hildenbrand hervorgehoben, das übereinstimmende Urteil gehe dahin, niederdrückender und

beschämender sei noch nichts geboten worden als der Dresdner Parteitag. Es sei eine Schande, wenn man sich so zum Gaudium der Gegner gegenseitig abschlachte. — Andrerseits erklärt ein Redner in der Parteikonferenz des Berliner Vorortes Lichtenberg, die Einigkeit sei nur scheinbar hergestellt, über kurz oder lang werde doch eine reinliche Scheidung erfolgen müssen. Die formelle Unterwerfung der Akademiker genüge nicht, man werde mit Argusaugen auf sie aufpassen, ob sie sich auch im Rahmen des Programms und der Parteibeschlüsse halten.

24. September. Auf Maßregeln gegen die Sozialdemokratie wird mit am stärksten von der Berliner „Post" gedrungen. „Wozu — so schreibt sie — ist denn überhaupt die Staatsregierung da? Doch ganz gewiß nicht, um sich von den Untertanen zu ihren Pflichten drängen und schieben zu lassen. Es muß etwas geschehen! Das ist die allgemeine Empfindung aller Vaterlandsfreunde."

25. September. Dagegen werden diese sogenannten „Scharfmacher" von der „National-Ztg." als Faustkämpfer geschildert. Das Blatt sagt:

Die wilden Männer rechts und links haben sich gesucht und gefunden. Mit riesigen Keulen schlagen sie auf Staat, Gesellschaft und Verfassung ein, mit grimmer Gebärde sprechen sie dem sozialen Frieden das Todesurteil. Umstürzler und Sozialistentöter tanzen einen wahnwitzigen Kontertanz. Ginge es nach ihnen, so hätten wir morgen Revolution und Staatsstreich, Bürgerkrieg und Verfassungsbruch. Und das hat mit seinen Reden Bebel getan. Daß der Scharfmacher der Sozialdemokratie von den freikonservativen und verwandten Scharfmachern am besten verstanden und gewürdigt werden würde, haben wir erwartet. So grimmig sie sich hassen, arbeiten sie doch wundervoll Hand in Hand und nur füreinander. Das ganze Spiel mutet an, wie das Auftreten von Ringkämpfern in einer Schaubude — der eine Teil würde ohne den andern, den er so heftig angreift, seine Existenz verlieren; sie befehden sich aufs äußerste, aber sie können ohne einander nicht leben.

Gegen die Blätter dieser Richtung wenden sich die „Hamburger Nachrichten," indem sie sagen:

Der „National-Ztg." und dem „Berliner Tageblatt," diesen Schildhaltern der Sozialdemokratie, sind unsre Artikel und die der „Post" natürlich gegen den Strich gegangen. Sie fürchten, daß weitern Kreisen doch am Ende die Augen darüber aufgehn könnten, wohin wir durch die Schlappheit der Regierung und der bürgerlichen Elemente dem Umsturz gegenüber zu gelangen drohen, und wollen verhüten, daß die jetzige Politik des Gehenlassens und des Nachgebens, von der auch die von ihnen vertretenen Interessen profitieren, preisgegeben wird. Es ist kein Wunder, daß das Bürgertum, das seine politische Nahrung aus solchen Quellen bezieht, allmählich politisch vertrobbelt und indolent wird.

Die „Vossische Ztg." (freis.) sagt:

„Es muß etwas geschehn," heißt es in der konservativen Presse. Nein, es muß gar nichts geschehn: es muß der Sozialdemokratie

die Möglichkeit nicht entzogen werden, sich gründlich zu zersetzen. Und das besorgt sie augenblicklich mit einem Eifer, der keinen ihrer Führer mehr verblüffen wird als Bebel.

26. September. Von Harden, Herausgeber der „Zukunft", wird Bebel also geschildert:

Bebel beherrscht die stärkste Partei Deutschlands mit der unbeschränkten Macht eines asiatischen Despoten. Sein Wille geschieht. Er ist Zensor, Richter, Oberfeldherr, König, Gott. Er unterbricht jeden Redner, der ihm nicht behagt, mit rohen Schimpfwörtern und perfider Verdächtigung. Er behandelt in der eignen Partei die Gegner, gebildete Leute, die seit Jahrzehnten für die sozialdemokratische Sache arbeiten, wie eine abgefaßte Gaunerbande, in besserer Laune wie unartige Schulbuben, die der Magister übers Knie legt: und die Abgestraften winseln höchstens ein bißchen, greinen zwei Sekunden über ungerechten Tadel und versichern den Mann mit dem Bakel dann ihrer unbegrenzten Verehrung. Ein ehrlicher Mann hätte dem Proletariat nicht vorgeschwätzt, es sei zur Weltherrschaft reif, könne morgen den Staat leiten, Großindustrie und Großhandel zehntausendmal besser organisieren, als es heute geschieht, und so ganz nebenbei noch den Kulturbesitz der Menschheit ins Ungeahnte mehren; hätte manchmal doch die Leistung, die Fähigkeit eines Feindes anerkannt. Für Bebel ist Bismarck ein bornierter, unwissender, niederträchtiger Junker, ein Geldjäger, Fälscher, Massenmörder, ist jeder Offizier ein Leuteschinder, jeder Industrielle ein gewissenloser Ausbeuter, Diplomatie: ein Possenblödsinn, von dem ernsthafte Menschen nicht mehr reden usw.

30. September. In Berliner Versammlungen werden die Zänkereien der Führer fortgesetzt. Heine spricht von der Majestät Bebel und nennt Zubeil Schuft, Judas, Lump usw.

1. Oktober. Eine sozialdemokratische Versammlung in München faßt folgenden Beschluß:

Die Versammlung bedauert, daß der Parteitag anstatt der Förderung proletarischer Interessen nur dem niederdrückenden und unerfreulichen Gezänke unter den Führern preisgegeben war, protestiert energisch gegen die völlig ungerechtfertigten Beleidigungen der Münchner Parteigenossen und bestreitet jedem Genossen das Recht, über eine ganze Parteigenossenschaft sich das Richteramt anzumaßen. Sie bedauert derartige Vorkommnisse aufs tiefste und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Dresdner Parteitag der letzte dieser Art war, auf dem, anstatt gedeihlicher Arbeit zur Förderung unsrer Sache, zur Freude aller Gegner kostbare Zeit mit der Partei schädlichen, der Leidenschaft einzelner Personen entspringenden Streitigkeiten verwendet wird. Die Versammlung fordert die Partei auf, über die unfruchtbaren Auseinandersetzungen nunmehr mutig und unverdrossen zur Emanzipation aller Volksklassen überzugehn.

Eine Parteiversammlung in Stuttgart beschließt:

Die Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß des Dresdner Parteitags einverstanden. Sie spricht jedoch ihr Mißfallen darüber aus, daß die von der Meinungsäußerung des Parteivorstands in Sachen der Mitarbeit an der bürgerlichen Presse betroffnen Parteischriftsteller ihren Widerspruch mit persönlichen, gehässigen Angriffen auf den Vertreter der Vorstandserklärung zu begründen versuchten, wodurch der Parteitag $2^1/_2$ Tage kostbarer Zeit für eine unerfreuliche Debatte opfern mußte. Die Versammlung erklärt sich besonders befriedigt durch den Beschluß, daß an den Grundzügen der sieggekrönten Taktik der Partei festgehalten wird. Die

Versammlung spricht die Erwartung aus, daß fernerhin Vorkehrungen getroffen werden, um persönliche Streitfälle vor den zuständigen Instanzen zur Erledigung zu bringen. Angesichts der Hardenschen Veröffentlichungen, die einige Parteigenossen, darunter drei Reichstagsabgeordnete, aufs ärgste bloßstellen, halte es die Parteiversammlung für unerläßlich, daß sich die zuständigen Parteiinstanzen mit dieser Angelegenheit befassen, um eine Klarstellung herbeizuführen und eine weitere Beschmutzung der Partei zu verhindern.

6. Oktober. In einer Parteiversammlung des zweiten Berliner Wahlkreises verwahrt sich Bebel gegen den Vorwurf, er übe als Parteipapst eine Diktatur über die Genossen aus. Eine solche Behauptung sei leeres Geschwätz, da er innerhalb der Fraktion und des Parteivorstandes keine größere Geltung habe als jeder andre Genosse. Mit großer Schärfe verurteilt er die abfälligen Preßstimmen im eignen Lager über die Dresdner Verhandlungen. Man sei bis ins Innere überrascht, wenn man die Beurteilungen im „Vorwärts“ lese. „Wenn man, wie ich, noch so mancherlei weiß, was hinter den Kulissen vorgegangen ist, was aber nicht gesagt werden kann, so möchte man mit der Keule dreinschlagen, daß die Fetzen fliegen. Ich gebe Harden vollständig Recht, daß er als Angeklagter Gebrauch von Privatbriefen und Privatgesprächen macht. Die von ihm angegriffnen Genossen haben sich nicht genügend verteidigen können. Nachdem ich jetzt das »Für« und »Gegen« studiert habe, muß ich mein in Dresden über Harden abgegebnes Urteil revidieren, bin aber leider nicht in der Lage, meine dort über die bekannten Genossen geäußerten Ansichten zu korrigieren. Harden durfte erwarten, daß er dort von seinen bisherigen Intimen nicht besudelt und verleugnet wurde. Würde ich heute noch einmal in Dresden zu sprechen haben, würde mein Urteil noch viel vernichtender ausfallen.“

17. Oktober. Der Karlsruher „Volksfreund“ bringt einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem es heißt:

Genossen! Ueber unsre Partei ist eine schwere Krise hereingebrochen. In unsern Reihen tobt der Kampf der Genossen gegen die Genossen, der Bruderkampf. Führer der Partei waren es, die die Fackel der Zwietracht in unsre Reihen geworfen haben, Männer, zu denen wir bisher das unbeschränkteste Vertrauen hatten. Es hat sich eine förmliche Kamarilla gebildet, die jedem die sozialdemokratische Ueberzeugung anzweifelte, der nicht auf das Dogma einer Theorie zu schwören bereit war, die in letzter Linie nur eine Prognose, eine Prophezeiung ist, über deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit kein Mensch etwas Bestimmtes vorhersagen kann. Ein herrlicher Sieg war die Frucht unsrer Mühe und Opfer. Und nun dieses Schauspiel des Jammers! Die Gespensterfurcht, der Eigensinn und das überspannte Selbstbewußtsein einzelner Führer haben es nach einem solchen Sieg dahin gebracht, daß in unsern Reihen der Bruderzwist ausgebrochrn ist. Und mit jedem Tage wirds jetzt ärger!

Der „Genosse“ Kautsky spricht sich in der „Neuen Zeit“ also aus:

Ein nettes Sümmchen von Doppelzüngigkeit, Gewissenlosigkeit und innerer Haltlosigkeit ist bisher schon in den persönlichen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie an den Tag gefördert worden und das Endergebnis noch gar nicht abzusehen. Kautsky fordert, daß „alle Elemente, deren Unsauberkeit erwiesen ist, ohne jede Rücksicht auf ihre Stellung in der Partei ausgeschieden werden." Ohne sittliche Reinheit sinke „die Partei herab zu einem bloßen Apparat zur Fabrikation von Redakteurposten und Mandaten."

20. Oktober. „Vorwärts" sagt am fünfundzwanzigsten Jahrestag des Erlasses des Sozialistengesetzes, durch dieses sei für die Führer eine Heroenzeit herbeigeführt.

1. November. Im „Vorwärts" veröffentlicht Bebel eine authentische Auslegung des Parteibeschlusses zu Dresden, indem er sagt:

Die Resolution verbietet nur die Tätigkeit von Parteigenossen als Redakteur oder Mitarbeiter an bürgerlichen Blättern, die an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik üben; die Resolution gestattet aber ausdrücklich, daß ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein kann, wenn in dem betreffenden Blatte hämische oder gehässige Kritik an der Partei nicht geübt wird. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist weiter, daß der betreffende Genosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

X.

Christlich-soziale Partei.

23. September. Der siebente Parteitag findet in Mülheim a. d. Ruhr statt. 300 Vertreter sind anwesend. Hofprediger a. D. Stöcker hält einen Vortrag über „Die politische Lage." Er führt u. a. aus:

Ueber den Uebermut der Sozialdemokratie ist deren Parteitag gekommen wie ein Reif in der Frühlingsnacht. Dieser Uebermut, dieses Renommieren war gar nicht mehr zu ertragen. Im „Vorwärts" stand am Tage nach der Reichstagswahl: „Unser Berlin, unser das Reich, unser die Welt!" Nun hat man doch gesehen: wenn es an Aufrichtigkeit, an Rechtschaffenheit, an Treue fehlt, wenn nur renommistische Gedanken da sind, dann kommt auch für eine politische Partei Hochmut vor dem Fall. Es ist doch eine schwere Niederlage, die die Sozialdemokratie in Dresden erfahren hat. Gott sorgt schon dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Was ist es denn, was jetzt in dieser Partei nach Wahrheit ringt? Die einen, aus dem Proletariat hervorgegangen, wollen das Volk beständig in Revolutionsgedanken halten und glauben, das stets fortsetzen zu können. An deren Spitze steht Bebel. Diese Partei, die immer so abhängig tut nach oben, nach Fürsten und Regierung, zeigt sich schon jetzt plötzlich unabhängig von dem Instinkt der Massen. Ich glaube, die Speichelleckerei nach unten ist noch viel gefährlicher als die nach oben, und der Byzantinismus vor dem Pöbel ist noch gefährlicher als der vor den Monarchen. Und die andern haben sich gefügt, ihre Hoffnungen sind zerronnen, und diese Liebedienerei nach unten werden sie in Reden und Handlungen bewähren müssen. Wie kommt es nun, daß wir in Deutschland mehr Umsturz haben als die gesamte übrige christliche Welt? In

Frankreich wurden nur 800000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, und bei uns fast viermal so viel, und Frankreich ist eine Republik, und wir sind das monarchischste Volk der Erde. Da müssen Staat und Kirche bei uns erforschen, woher das kommt. Ich sehe die Sozialdemokratie für eine Volkskrankheit an, und zwar für eine Kinderkrankheit, denn wir sind erst im Anfang der sozialen Bewegung. Ich habe immer behauptet, daß die Sozialdemokratie eher eine revolutionäre als eine sozialistische Partei ist. Ihr Bestreben läuft darauf hinaus, den Pöbel immer bei Appetit zu erhalten. Das ist ein Frevel. Gegen die Sozialdemokratie gibt es nur eine Rettung, das ist das Christlich-Soziale. Dabei brauchen wir nicht an unsre Organisation zu denken, denn um den Gedanken handelt es sich, um die Durchdringung des Volkes mit praktischem lebendigem Christentum.

Im Anschluß an Stöckers Vortrag wird in der Besprechung eine Aeußerung des Vizepräsidenten des Oberkirchenrats v. d. Goltz am Grabe des Präsidenten des Oberpräsiden Barkhausen aufgegriffen. Die Aeußerung lautete nach dem „Volk“: „Die lebhafte Erregung der sozialen Bestrebungen erschwerten das Amt der obersten Kirchenleitung. Seine ganze Kraft hat der Entschlafne eingesetzt, um Frieden und Vertrauen herzustellen, jeder ernsten Ueberzeugung mit Achtung begegnend, unnötigen Zwiespalt und Eifer mäßigend und die Kirche gegen das Eindringen mehr politischer als religiösen Strömungen schützend.“ Pfarrer Pfahl knüpft daran folgende Betrachtungen:

In leitenden evangelischen Kreisen will man die politische Mitarbeit den Geistlichen unterbinden. Ich will hier nicht schildern, wie man Pastoren zwingen wollte, ihr sozialpolitisches Gewissen zu betäuben. Ich will auch nicht schildern, welche Wandlungen man oben durchgemacht hat. Das sollen vergangene Zeiten sein, besonders da die Gegenwart uns erinnert hat, wie diese feindliche Strömung gegen die Mitarbeit der Geistlichen am innerpolitischen Leben eine Stärkung erfahren hat. Von liberal-christlicher Seite wird betont, man müsse jede Verquickung von Religion und Politik vermeiden. Hätten wir einen Staat, dessen Sorge sich nicht bloß auf das materielle, sondern auch auf das religiöse Wohl richtet, so könnten wir ruhig sein. Aber es ist anders. Es wird immer mehr betont, daß in politischen Dingen die Moral nicht mitzureden hat, daß da lediglich Opportunitätsrücksichten zu entscheiden haben. Deshalb ist es gerade die Aufgabe unsrer Partei, unbekümmert um Widerspruch und Anfeindungen es uns nicht verwehren zu lassen, daß wir die politische Arbeit beeinflußt sehen wollen durch die Religion. Gerade am Grabe des Präsidenten Barkhausen hat der Vizepräsident des Oberkirchenrats das politische Gebiet sehr gestreift und gesagt, Barkhausen habe dem Eindringen mehr politischer als religiöser Strömungen in die Kirche zu wehren gesucht. Das „Volk“ hebt hervor, daß das gegen uns gerichtet ist. Ließen wir das Ideale, das Religiöse aus unsern Bestrebungen, dann würden wir bald das Schicksal der national-sozialen Partei teilen. Es ist dem Abgrunde zugejagt, wenn man der katholischen Kirche alles zugesteht, alles zubilligt, und auf der andern Seite die Kräfte der evangelischen Kirche niederdrückt und mundtot machen will. Da müssen wir zeigen, daß wir uns nicht in die Ecke drücken lassen, und immer darauf hinarbeiten, daß mehr Politik in die Religion hineinkommt. Das sind außerordentlich billige Sachen, wenn man ab und zu einmal mit außerordentlichem Pathos sogenanntes Zeugnis ablegt. Nein, wir müssen immer durchdrungen

sein von religiösem Geiste. Wir müssen energisch protestieren gegen eine solche Auffassung, wie sie laut wurde. Ich möchte es Barkhausen nicht als Ruhmesblatt anrechnen und ihm aufs Grab legen, daß er damals die Bewegung gegen unsre christlich-religiöse Sache unternommen hat. Das müssen wir als Anklage aussprechen. Wir vermissen bisher zu sehr, daß unsre evangelischen Behörden, wo es not tut, den Mund auftun und sich an die Spitze der evangelischen Begeisterung stellen. Wir brauchen politische Strömungen, die von religiösen Idealen getragen sind. Lassen Sie uns die Religion in die Politik hineintragen. Das ist auch christlich-soziale Arbeit!

(Köln. Ztg. v. 24. Sept.)

XI.

Deutsch-soziale Partei.

5. Oktober. Auf dem Parteitag zu Hamburg hält das dortige Bürgerschaftsmitglied Schack einen Vortrag über „Die Nationalsozialen und der neue Liberalismus." Redner führt u. a. aus:

Gewiß sei auch die deutsch-soziale Partei nicht ohne brennende Wunden aus dem letzten Wahlkampfe hervorgegangen, aber die einzige Lehre, die daraus zu ziehen sei, könne doch nur die sein, die Masse und den Parlamentarismus nicht gar zu sehr zu überschätzen, während zu einem Skeptizismus keine Veranlassung vorliege. Wohin ein solcher Skeptizismus führe, zeige das Schicksal der Nationalsozialen. Redner wirft einen Rückblick auf die politische Vergangenheit der Nationalsozialen, die sich als ein fortgesetzter Häutungsprozeß in bezug auf die Grundfragen des Nationalsozialismus darstelle. Naumann sei im Irrtum gewesen, als er die Hoffnung gehegt habe, die „Revisionisten" in der Sozialdemokratie zu sich herüberziehen zu können. Das dürfe niemals die Aufgabe einer nationalen Partei sein. Alles, was man tun könne, sei, den Revisionismus zu verstärken durch Fortführung der gegen den Willen der orthodoxen Führer der Sozialdemokratie zustande gekommnen Sozialreform. Es sei auch ein Irrtum, anzunehmen, daß die formelle Niederlage der „Revisionisten" in Dresden diese endgiltig niedergezwungen habe. Sie würden auf jedem Parteitage wiederkommen, weil sie die Intelligenz in der Partei verkörperten, und weil die Intelligenz nicht ohne weiteres niederzuzwingen sei. Niedergezwungen würden die Revisionisten nur dann, wenn man die Sozialdemokratie durch Wahlrechtsverschlechterungen, Zuchthausvorlagen und dergleichen stärken würde, und deshalb sollte man sich doppelt hüten, gerade jetzt mit solchen Dingen zu kokettieren. Wir bleiben, ohne uns vor der Masse zu beugen, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stehen, und wenn aus den drei Millionen auch sechs Millionen werden sollten. Wir halten aber auch fest an der nationalen Staatsgesinnung, wie sie uns Bismarck gelehrt hat, und wir sind uns bewußt, daß wir mit dieser Politik den Revisionismus in der Sozialdemokratie weiter verstärken und damit erreichen werden, daß aus der Partei heraus selbst die nationalsoziale Partei geboren wird, die Naumann schaffen wollte.

Hierauf spricht Oberamtsrichter Brandis aus Braunschweig über „Die Stellung der deutsch-sozialen Partei zu den christlichen Religionsgemeinschaften." Er führt u. a. aus:

Die Katholiken sollten den an sich völlig grundlosen Gefühlen des Abscheus und der Furcht mancher protestantischen Kreise vor den Jesuiten Konzessionen machen, um so mehr, als die Frage doch für sie keine so große Be-

deutung habe, um daraus eine Lebensfrage für das deutsche Volk zu konstruieren. Auch sollte die Liebe zum Vaterlande sie veranlassen, das Opfer wenigstens des einstweiligen Verzichtes auf Erfüllung dieser Forderung zu bringen, um dadurch andrerseits zur Ueberbrückung der andern Gegensätze beizutragen. Dagegen werde die deutschsoziale Partei aus denselben Gründen sich für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aussprechen müssen, durch das die Jesuiten mit Fälschern, Räubern und andern Verbrechern auf eine Stufe gestellt und die Gegensätze ebenfalls weiterhin verschärft würden. Ebenso wie der Antisemitismus nicht aufhöre, den Volksunterschied zwischen Christen und Juden zu betonen, dürfe er nicht aufhören, die Volksgemeinschaft zwischen Protestanten und Katholiken zu betonen und die ungleiche Behandlung der beiden Religionsgemeinschaften als undeutsch und antinational zu bezeichnen.

In der über diese Frage entstehenden Verhandlung sagt der Vorsitzende Liebermann v. Sonnenberg:

Wir wollen doch nicht eine religiöse Partei sein, sondern Katholiken und Protestanten in unsrer Bewegung gleichmäßig berücksichtigen. Wir können deshalb in keinem Falle den Gläubigen der katholischen Kirche die nationale Gesinnung absprechen, soweit sie sich nicht in antinationalen Parteien betätigen. Auch aus politischen Gründen haben wir gar keine Veranlassung, gegen sie Stellung zu nehmen. Denn gerade jetzt beginnen sich die Ansichten über den Antisemitismus im Zentrum sehr scharf zu entwickeln, sodaß damit die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens gegeben ist. Je mehr das Judentum zur Sozialdemokratie übergeht und von dorther Angriffe gegen das Zentrum richtet, um so mehr wird dieses gezwungen werden, seine Wähler zu schützen und demgemäß praktischen Antisemitismus zu treiben. Schon jetzt schreie das Judentum ja darüber, wie die katholischen Geistlichen durch Gründung von Bauernvereinen den „armen jüdischen Wucherer" schädigten. Im übrigen habe die antisemitische Partei niemals einen Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten gemacht und selbst unkirchliche Elemente aufgenommen, soweit sie judengegnerisch waren. Weshalb sollte die Partei es also ablehnen, für gewisse berechtigte Forderungen der Katholiken einzutreten?

XII.

Deutsche Reformpartei.

17. Oktober. Die deutschsoziale Reformpartei hält ihren Parteitag in Berlin. Vorsitzender ist Abgeordneter Bäckler.

Dieser erinnert an die erfolgte Ablehnung des Gnadengesuchs der Leiter der „Staatsbürger-Zeitung," die wegen ihrer Besprechung der Tätigkeit der Behörden in der Konitzer Angelegenheit zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden seien. Die erfolgte Zurückweisung des Gnadengesuchs zeige deutlich, wie mächtig die Gegner seien, und daß der Antisemit auf keine Gnade zu rechnen habe. Das werde aber auch manchem die Augen öffnen, denn das deutsche Volk sei gerecht und ritterlich und stelle sich stets auf die Seite dessen, der unterdrückt werden solle. So werde schließlich noch der Tag kommen, an dem Volk und Fürsten die Augen aufgingen. — Auch der Redakteur Kammer aus Berlin meint, daß, wenn auch die Macht des Judentums noch manchen in den Staub treten werde, doch einmal der Tag kommen

werde, wo die Leiter des Volkes sagen würden: Gebt mir meine Antisemiten wieder!

In der ersten Hauptversammlung bespricht der Vorsitzende, Redakteur Zimmermann, das Verhältnis zu den Nachbarparteien und betont dabei, daß man durchaus geneigt sei, mit den andern antisemitischen Richtungen Frieden zu halten und diesen Frieden nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Bei den diesjährigen Reichstagswahlen seien für die deutschsoziale Reformpartei 126749, während auf die Gruppe Liebermann v. Sonnenberg 46504 Stimmen und auf den Deutschen Volksbund (Professor Förster und v. Mosch) 19625 Stimmen entfielen. Gegen die neuauftauchende Mittelstandsbewegung, wie sie in Hannover z. B. sich bemerkbar mache, spricht der sich Redner mit aller Schärfe aus. Dergleichen könne dem Mittelstand nichts nützen, das Heil sei nur zu finden in der Unterstützung politischer Vereinigungen, die energisch für die Interessen des Mittelstandes eintreten. — Entsprechend einem Antrage der Parteileitung wird der Name der Partei darauf in „Deutsche Reformpartei" umgeändert, weil er zu Mißverständnissen, besonders in der bäuerlichen Bevölkerung, Veranlassung gegeben haben soll, die unter dem Worte deutschsozial etwas Sozialistisches vermute. Redakteur Kammer bemängelt, daß die antisemitischen Abgeordneten zu wenig Radau im Reichstage machten und zu wenig zum Fenster hinaus redeten. Insbesondre wünschte er in bezug auf die Soldatenmißhandlungen und die Lieferungsvergebungen an die Handwerker ein entschiednes Vorgehen. Auch die Justiz müsse schärfer herangenommen werden, soweit sie die Antisemiten mit Ausnahmegesetzen behandle.

Sechster Abschnitt.

Soziale Angelegenheiten.

Erster deutscher Arbeiterkongreß.

Vorgeschichte. Die Gesellschaft für soziale Reform hatte in ihren Vorstand eine Reihe von Arbeiterführern gewählt. Dadurch wurde eine Fühlung zwischen den Führern der christlichen Gewerkvereine und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der evangelischen und der katholischen Arbeitervereine hergestellt, die den Wunsch zeitigte, in Fragen, die alle gemeinsam bewegen, gemeinsam vorzugehen. In der Arbeiterbewegung empfand man den Wunsch nach einem deutschen Vereins- und Versammlungsrecht, nach einer Sicherstellung des Koalitionsrechts, nach einer festen Rechtsgrundlage für die riesigen Kassen der Arbeiterberufsvereine

und nach der Errichtung von Körperschaften, die mit halbamtlicher Geltung Mittelspersonen zwischen Regierung und Arbeiterschaft einerseits, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern andrerseits sein können.

Ein solches Zusammengehen zwischen den konfessionellen Vereinen und den christlichen und deutschnationalen Berufsvereinen hatte sich zwei Jahre lang im Berliner Ausschuß für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten bewährt. Dieser Ausschuß unter Vorsitz des Arbeitersekretärs Behrens hat den Kongreß berufen im Auftrage mehrerer größerer Organisationen verschiedner Richtungen, deren Tätigkeitsprogramm auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung eine fortschreitende Sozialreform anstrebt. Es hieß in der Einladung ferner:

Zur Teilnahme bezw. zur Beschickung durch Delegierte gestatten wir uns hiermit sämtliche christlichen, nationalen und unabhängigen Berufsorganisationen, evangelische und katholische Arbeitervereine usw. aufzufordern. Wir wollen in einer machtvollen Kundgebung beweisen, daß Hunderttausende von organisierten deutschen Arbeitern und Gehilfen, die treu zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Land stehen, in geschloßner Einheit sich zusammenfinden, um die vorstehenden Forderungen bei den Regierungen des Reiches und der Einzelstaaten geltend zu machen.

Als stimmberechtigte Delegierte gelten nur Arbeiter und Gehilfen und aus diesen Ständen hervorgegangne, in der Arbeiterbewegung tätige Beamte.

Ihre Teilnahme an dem deutschen Arbeiterkongreß sagen darauf 22 Verbände mit 450000 Mitgliedern zu.

25. Oktober. Der Kongreß findet in Frankfurt a. M. statt. Namens des Ortskomitees eröffnet Werkführer Baern aus Frankfurt a. M. (evangelischer Arbeiterverein) die Verhandlungen mit einer Begrüßung zunächst der Ehrengäste, als welche erschienen seien: Stadtverordnete, der Gewerberat und der Gewerbegerichtsvorsitzende. Er sagt ferner: „Wir nennen uns deutscher Arbeiterkongreß und wollen nach Kräften mittun, um das Wohl unsers Volkes zu heben, damit ehrliche Arbeit ihren Lohn finde und das Bibelwort wieder Anwendung finden könne: Du sollst dich durch deiner Hände Arbeit ernähren! Fleiß, Nüchternheit, Gottesfurcht und Zufriedenheit sollen die Grundpfeiler unsrer Gesellschaftsordnung sein. Dieses Ziel kann der einzelne Arbeiter nicht erreichen. Darum müssen sich die Hunderttausende Arbeiter zusammenschließen. Wer die kaiserlichen Erlasse gelesen und verstanden hat, wird zugestehen müssen, daß es des Kaisers ehrlicher Wille war, den Arbeitern zu helfen. Leider sind noch nicht alle Erlasse bisher erfüllt worden. Ist das nicht aber nicht zum wenigsten denen zuzuschreiben, die die ehrlich dargebotne Hand unsers Kaisers schnöde zurückgewiesen haben? Wir wollen es anders machen und jede Hand, woher sie auch kommen mag, festhalten und drücken. Wir sind überzeugt, daß

unser Kaiser das Beste des Arbeiters im Auge hat. Diese unsre Ueberzeugung wollen wir bekräftigen durch den Ruf: S. M. der Kaiser lebe hoch."

Alsdann nimmt der Vorsitzende des Organisationskomitees, Arbeitersekretär Stegewall (Köln), das Wort:

Man habe der Versammlung von gewisser Seite das Recht abgesprochen, sich deutscher Arbeiterkongreß zu nennen. Nachdem soeben noch die Vertretung der katholischen Gesellenvereine mit 60000 Mitgliedern angemeldet worden sei, seien hier rund 620000 deutsche Arbeiter vertreten. Berücksichtigen wir, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften außerdem auch noch etwa 100000 Arbeiter umfassen, und daß es noch verschiedne nichtsozialistische Gewerkschaften gibt, die uns vorläufig noch fern stehen, so können wir konstatieren, daß in den nichtsozialistischen Gewerkschaften mindestens dieselbe Zahl von Arbeitern organisiert ist wie in den sozialdemokratischen, und wir müssen es als Anmaßung bezeichnen, uns das Recht absprechen zu wollen, uns deutscher Arbeiterkongreß zu nennen. Wir glauben, daß wir weit eher dazu berechtigt sind, uns als deutsche Arbeiter zu bezeichnen als diejenigen, die bei jeder Gelegenheit rufen: Hoch die internationale Sozialdemokratie. Wir sind der Ansicht, daß es zu einer Bessergestaltung der Lage der Arbeiterbevölkerung nicht nötig ist, unsre Gesellschaft in eine sozialistische umzukehren, sondern daß ein monarchistischer Staat einer Zukunftsrepublik vorzuziehen ist, um so mehr, als die letzte Zeit gelehrt hat, wie sehr die sozialistischen Führer von jener Gottgleichheit, die für einen Präsidenten eines Zukunftsstaates nötig wäre, entfernt sind. Wir sind keine Revolutionshelden, aber wenn sich Mißstände im Wirtschaftsleben zeigen, so werden wir zur Wurzelbürste greifen, um eine tüchtige Reinigung vorzunehmen. Wir halten es für eine Ungerechtigkeit, daß die Arbeitgeber schwarze Listen anfertigen können, und daß das Streikpostenstehn als grober Unfug behandelt wird. Wir empfinden es als einen Mißstand, daß uns unser Vereinsrecht verkümmert wird. Sind wir doch sogar bei der Gründung einer christlichen Gewerkschaft in der Nähe der holländischen Grenze derartig von der Polizei verfolgt worden, daß wir über die Grenze gehn und in Holland die Gewerkschaft gründen mußten. Diese Zustände müssen geändert werden, denn sie sind des mächtigen Deutschen Reiches nicht würdig. Hier auf diesem Kongreß sind nur Arbeiter und aus dem Arbeiterstande hervorgegangne Gewerkschaftsbeamte als stimmberechtigte Teilnehmer zugelassen worden. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung ist, so meinen wir auch, daß die christlichen Arbeiter zur Selbständigkeit erzogen werden müssen.

Nach Konstituierung des Kongresses wird an den Kaiser folgendes Huldigungstelegramm gesandt: „Ew. Majestät bringt der erste deutsche Arbeiterkongreß, der von 200 Vertretern aus allen Gauen des Reichs, der verschiedensten Berufe und Konfessionen besucht ist, seine Huldigung dar. Die hier vertretenen mehr als 600000 Arbeiter stehn treu zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland. Gestützt auf diese Grundsätze, erstreben sie unter dankbarer Anerkennung des bisher Geschehenen die Weiterführung der Sozialreform unter gesetzlicher Mitwirkung und Betätigung der Selbsthilfe."

Der erste Verhandlungsgegenstand betrifft: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung.

Berichterstatter ist Schiffer, Sekretär des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Krefeld. Die Verhandlung hierüber endet mit folgendem Beschluß:

Die berufliche Organisation der Lohnarbeiter ist das einzige wirksame und deshalb unerläßlich notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeitsvertrags zu erzielen, eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitiger Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften festzuhalten. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, fordert die Versammlung alle unorganisierten Arbeiter auf zum Beitritte zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehn.

Wir verlangen:

I. Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, und zwar:

a) Der § 152 der Reichsgewerbeordnung soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden.

b) Der § 153 der Reichsgewerbeordnung soll dahin erweitert werden, daß nicht nur allein der Mißbrauch des Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung an legitimem Gebrauch.

II. Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich an Stelle der einzelstaatlichen Vereinsgesetze, worin alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit der Berufsvereine einengenden Bestimmungen der Vereinsgesetze beseitigt sind. Im besondern soll allen Vereinen, die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung gebildet sind (Arbeiterberufsvereine, Gewerkschaften), sowie allen sonstigen zur Wahrung der Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet werden, ihre Tätigkeit auf die allgemeine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes, namentlich auch durch Aenderung der Gesetzgebung auszudehnen, ohne dadurch den Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterworfen zu sein. Auch den Frauen ist die Teilnahme und Mitwirkung an sozialpolitischen Vereinigungen und Versammlungen zu ermöglichen.

III. Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

26. Oktober. Schack, Vorsitzender des Verbandes deutschnationaler Handlungsgehilfen, hält einen Vortrag über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, worauf die Versammlung einem Antrage zustimmt, der verlangt: „Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit."

Zur Frage der Errichtung von Arbeitskammern wird nach längerer Besprechung die Erklärung beschlossen:

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht genommenen

gesetzlichen Institutionen (Arbeitskammern) zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an denen Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden, noch nicht verwirklicht sind. Sie bedauert das um so mehr, als ähnliche Institutionen in Deutschland für andre Berufsklassen seit längerer Zeit bestehn und erfolgreich und nützlich wirken. Die Versammlung erblickt in paritätischen Arbeitskammern ein wichtiges Mittel, der Verschärfung der Klassengegensätze und der damit verbundnen wachsenden Verbitterung und Entfremdung von Arbeiter und Arbeitgeber Einhalt zu tun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten insbesondre aus dem Arbeitsverhältnis, die Rechte und Interessen der Arbeiter sicher zu stellen und zu fördern und so den Arbeiterstand in seinem Bestreben, eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wirksam zu unterstützen.

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitskammern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik anzusehen. In diesem Sinne ersucht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, baldmöglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitskammern einzuleiten, und verpflichtet die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhafte Propaganda zu machen.

Die Versammlung erhält ein Begrüßungsschreiben des Bundes der Landwirte, der dem Kongreß durch seinen Vorsitzenden, Lucke, mitteilen läßt, daß er den Forderungen des Kongresses sehr sympathisch gegenüberstehe und reichen Erfolg wünsche. Die Verlesung des Schreibens ruft in der Versammlung starke Heiterkeit hervor.

Endlich trifft eine Antwort des Kaisers auf das Huldigungstelegramm des Kongresses ein. Sie lautet: „Ich spreche den zum ersten deutschen Arbeiterkongreß versammelten Vertretern der deutschen Arbeiterschaft für den Huldigungsgruß und die Versicherung monarchischer Treue herzlichen Dank aus. Ich werde die Beratungen des Kongresses mit meinem Interesse begleiten und auch in Zukunft Anregungen und Maßnahmen, die geeignet erscheinen, das mir und meiner Regierung am Herzen liegende Wohl der deutschen Arbeiterschaft zu fördern, gern meinen Schutz und Beistand zuteil werden lassen."

Es wird beschlossen, durch eine Abordnung dem Reichskanzler die Beschlüsse des Kongresses überweisen zu lassen. — Weiter wird beschlossen, das jetzige Organisationskomitee zu bestätigen mit der Maßgabe, daß es den nächsten Kongreß, der spätestens binnen drei Jahren stattfinden soll, vorbereite, das Recht der Zuwahl aus den Kreisen der christlichen und nationalen Verbände habe und sich eine Geschäftsordnung nach Maßgabe des vom Berliner Ausschuß für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten vorgelegten Entwurfs gebe. Die wichtigsten Paragraphen dieses Entwurfs lauten:

§ 1. Der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses bezweckt, zwischen den Arbeiterorganisationen Deutschlands, die auf dem Boden der kaiserlichen Botschaften von 1881 und 1890 stehn, eine gegenseitige Verständigung bei

allen die Arbeiter betreffenden sozialen Angelegenheiten von Fall zu Fall herbeizuführen, um ein gemeinsames Vorgehn zu ermöglichen; vor allem erstrebt er die volle Ausnützung der aus der sozialpolitischen Gesetzgebung entspringenden Rechte. Der Anschluß neuer Arbeiterorganisationen erfolgt mit Genehmigung des Ausschusses.

§ 6. Alle Beschlüsse des Ausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Sie haben für die beteiligten Organisationen nur insofern bindende Kraft, als sie sich auf seine Geschäfts- und Kassenführung beziehen, im übrigen übt der Ausschuß nur eine zwischen ihnen vermittelnde Tätigkeit nach Maßgabe des § 1 dieser Satzungen aus.

Auf Antrag von Frl. Behm werden auch die Arbeiterinnen eine Vertretung in diesem Ausschuß finden.

Der Vorsitzende Behrens schließt den Kongreß mit folgenden Worten: Unsre Erwartungen sind voll erfüllt. Wenn man uns von der Gegenseite — Scharfmacher von unten, Scharfmacher von oben — im voraus in ein ungünstiges Licht zu stellen suchte, so sind diese Propheten durch die Tatsachen widerlegt. Kein Literatenstreit hat stattgefunden, sondern Arbeiter haben so gesprochen, wie ihnen der Mund gewachsen ist. Trotzdem hier und da Meinungsverschiedenheiten sich geltend machen, hat Sachlichkeit und gegenseitige Anerkennung während unsrer Verhandlungen geherrscht. Die Begrüßung des Bundes der Landwirte dürfen wir durchaus ernst nehmen. Wir schlagen in die Hand gern ein, die es ehrlich mit uns meint. Aber wir wollen sie beim Wort nehmen: Nun tretet für uns und unsre Forderungen ein! Wir würden schlechte Staatsbürger sein, wenn wir unser Auge verschließen würden gegen Mißstände und Krebsschäden in unserm Volksleben. Es ist nicht die höchste Pflicht des Staatsbürgers, zu schweigen. Wir haben als Arbeiter die Pflicht, unverblümt unsre Meinung zu sagen. Wenn wir im Sinne dieses Kongresses weiterarbeiten, wird er ein Markstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sein. Die nationale und christliche Arbeiterbewegung lebe hoch!

13. Dezember. Eine Abordnung dieses Kongresses überreicht dem Reichskanzler die Beschlüsse desselben. Der Sprecher Behrens erwähnt in seiner Ansprache, daß sich die nationaldenkende und christliche Arbeiterschaft zum erstenmal in Frankfurt zur gemeinsamen sozialpolitischen Beratungen zusammengefunden hätte. Der Kongreß habe das auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bereits Erreichte dankbar anerkannt, zugleich aber bestimmte Wünsche für den weitern Ausbau des Koalitionsrechts, für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und für Errichtung paritätischer Arbeitskammern formuliert. Die Ansprache schließt mit der Versicherung, daß die Auftraggeber der Abordnung von herzlicher Treue und Liebe zu Kaiser und Vaterland erfüllt seien.

Die Antwort des Reichskanzlers lautet:

„Meine Herren! Ich freue mich, Sie hier zu sehen, und ich danke Ihnen, daß Sie durch Ihren Besuch mir Gelegenheit geben, Sie persönlich kennen zu lernen. Ihr Frankfurter Kongreß war für mich eine willkommene Erscheinung. Ich habe mir über den Verlauf der dort gepflognen Beratungen eingehend Bericht erstatten lassen. Als die Wahl des richtigen Weges begrüße ich es, daß die in Frankfurt versammelten Arbeitervertreter sich an Se. Majestät den Kaiser gewandt haben. Nur auf gesetzlichem Wege, unter dem Schutz der Monarchie und auf dem Boden der Solidarität aller Staatsbürger ist ein wirklicher und dauernder Fortschritt für die deutschen Arbeiter möglich. Unbeirrt durch Gegenströmungen von links und rechts hält das Oberhaupt des Reichs daran fest, daß es zu seinen für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgaben gehört, die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter zu fördern und ihr Vorwärtsstreben innerhalb der notwendigen Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl mit Kaiserlichem Gerechtigkeitssinn zu unterstützen. Es ist ein bleibender Ruhmestitel unsers deutschen Kaisertums, daß es unter allen staatlichen Machtgebilden zuerst und aus freiem Antrieb die Initiative zur Einführung gesetzlicher Schutzmaßregeln für Arbeiter ergriffen und eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen ins Leben gerufen hat, die in andern Kulturländern noch nicht verwirklicht sind. Die letzten zwanzig Jahre haben bei uns den arbeitenden Klassen gegen früher wesentliche Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht, und an dem Ausbau der grundlegenden Gesetzgebung wird stetig fortgearbeitet. Wenn irgend jemand dem werktätigen Deutschen die Erreichung einer Lebenshaltung wünscht, die ihn zum bestgestellten Arbeiter der Welt machen würde, so ist es unser Kaiser. Das können Sie mir glauben. Was nun die amtliche Behandlung Ihrer Resolutionen betrifft, so brauche ich Ihnen, meine Herren, die Sie politisch geschulte Männer sind, nicht auseinanderzusetzen, daß ich als erster Beamter eines so föderativen Staatswesens wie das Deutsche Reich keine bindenden Zusicherungen für künftige Arbeiten der Gesetzgebung aussprechen kann, um alle Ihre Wünsche zu erfüllen. Wohl aber will ich Ihnen versichern, daß ich die Bestrebungen verstehe und würdige, die Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe und in staatlich geordneter Interessenvertretung noch mehr zur Geltung zu bringen, und daß ich daher für eine ernste sachliche Prüfung Ihrer Frankfurter Resolutionen Sorge tragen werde. Mögen Sie auch aus der Vergangenheit der staatlichen Arbeiterfürsorge in Deutschland das Vertrauen für die Zukunft schöpfen, daß sich die verbündeten Regierungen ihrer sittlichen Aufgaben gegenüber den Arbeitern vollkommen bewußt und entschlossen sind, sie gewissenhaft

zu erfüllen. Die Hoffnung, daß Sie, meine Herren, dieses Vertrauen mit sich fortnehmen, macht mir unser Zusammentreffen wertvoll, und ich danke Ihnen nochmals, daß Sie mich aufgesucht haben."

Siebenter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

I.

Allgemeiner deutsch-evangelischer Pfarrervereinstag.

19. August. In Gegenwart des Regierungsverwesers der Herzogtümer Sachsen-Koburg und Gotha, des Erbprinzen Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, tritt in Koburg der Verband der Deutsch-evangelischen Pfarrvereine zu seiner ersten Hauptversammlung zusammen. Nach verschiednen Begrüßungen redet Pastor Floß aus Pommern über den „Zusammenschluß der deutsch-evangelischen Landeskirchen."

Der Gedanke dieses Zusammenschlusses habe in allen Pfarrervereinen die größten Sympathien gefunden, ja es sei allgemein die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses betont worden. Nur über das Wie gehen die Ansichten vielfach auseinander. Der Mecklenburger Verein könne sich nur unter voller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Landeskirchen und unter voller Wahrung ihrer Bekenntnisse für den Zusammenschluß erklären. Der Kasseler Verein könne sich nur dann für den Zusammenschluß erklären, wenn die vereinigten Landeskirchen nicht dem preußischen Kirchenregiment unterstellt werden. Es liege sonst die Gefahr vor, daß der Kampf gegen Rom nicht mit dem gehörigen Nachdruck geführt werden könnte. In Schleswig-Holstein wolle man dem Zusammenschluß nur zustimmen, wenn das Laienelement stärker herangezogen werde, unter Ausschluß der Juristen. Auch in Hannover wolle man den Zusammenschluß nur unter Heranziehung des synodalen Elements. Dieselben Verlangen seien noch von verschiednen anderen Seiten und außerdem als Bedingung gestellt worden, den einzelnen Landeskirchen die Selbständigkeit zu wahren. Von einigen Vereinen werde verlangt, zunächst Süddeutschland zu dem Verbande heranzuziehen. Großes Mißtrauen werde dem preußischen Oberkirchenrat gegenüber ausgesprochen. Man befürchte eine Vergewaltigung der einzelnen Landessynoden. Man vergesse aber, daß wenn erst mit dem Zusammenschluß der Anfang gemacht sei, auch Süddeutschland sich dem Verbande anschließen werde.

Pfarrer Wahl: In Hessen-Darmstadt könne man sich dem Antrage auf Zusammenschluß nur anschließen, wenn dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin nicht dauernd die Leitung übertragen werde. Es sei für ihn kein Zweifel, daß wenn der preußische Oberkirchenrat erst einmal die Leitung habe, er es auch verstehen werde, dieselbe zu behalten und der Gesamtheit sein geistiges Gepräge zu verleihen. Die Zuvorkommenheit, die von maßgebender Stelle in

Preußen Rom entgegengebracht werde, der bedauerliche Umstand, daß die hervorragendsten Preßorgane in Berichten die Papstwahl als Ereignis ersten Ranges gefeiert haben, lasse die Befürchtung entstehen, daß der Kampf gegen Rom eine starke Abschwächung erfahren werde. — Noch vier Redner sprechen sich in demselben Sinne aus. Die Versammlung beschließt hierauf:

Der Verband deutscher Pfarrervereine bittet die Einzelvereine, bei ihren Landessynoden dafür einzutreten, daß dem deutschen Kirchenausschuß ein Organ zur Seite gestellt werde, in welchem die Kirchengemeinschaften in irgendeiner Form ihre geordnete Vertretung bekommen, um gemeinschaftlich die Grundzüge für den allgemein als notwendig anerkannten Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen Deutschlands, unter unbedingter Wahrung ihrer Selbständigkeit in Bekenntnis und Verfassung, festzustellen. Der Verband hält in letzterm Interesse für nötig, daß die Leitung des Kirchenausschusses selbst nach Wahlperioden unter den einzelnen Landeskirchen wechsle.

Sodann ergreift der Erbprinz-Regent das Wort:

Es ist Ihnen bekannt, daß die Konferenz der Kirchenregierungen bereits den Zusammenschluß aller deutsch-evangelischen Landeskirchen beschlossen hat. Daß dieser Zusammenschluß dringend not tut, wird gewiß von keinem evangelischen Christen in Abrede gestellt werden. Er entspricht ja nur dem Gedanken der Reformation und dem Geiste Luthers. Auch ich halte den Kampf gegen Rom für eine Notwendigkeit; ich bin aber der Meinung, daß der Zusammenschluß diesem Kampf nur eine kräftige Stütze bieten wird. Halten wir aber den Zusammenschluß für geboten, dann können wir unmöglich warten, bis alle Bedenken beseitigt sind. Die Eisenacher Konferenz war entfernt, etwas Definitives zu schaffen, und auch Ihr Verbandstag hat wohl nicht diese Absicht. Es gilt, den Zusammenschluß zunächst in die Wege zu leiten.

Der Hessische Pfarrerverein beantragt folgende Erklärung:

Die Abgeordnetenversammlung des Verbandes deutscher evangelischer Pfarrervereine zu Koburg vertraut, daß die Kirchenregierungen und Synoden die Rechte unsrer evangelischen Kirche gegenüber dem immer mächtiger werdenden Einflusse des Papstes und der katholischen Kirche wahren werden. Wir protestieren aber gegen die bei Gelegenheit des Papstwechsels geschehene Verherrlichung des Papsttums in einer großen Zahl der nichtkatholischen Zeitungen und bedauern, daß die Verunehrung, ja Feindschaft, die die evangelische Kirche von seiten des Papsttums auch in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, nicht genügend hervorgehoben worden ist.

Pastor Fritsch aus Hessen-Darmstadt: Es sei dringend notwendig, daß der Verbandstag den beantragten Protest einstimmig zum Beschluß erhebe. Es sei geradezu beschämend, in welcher Weise das Papsttum von evangelischen Fürsten, einer evangelischen Bevölkerung, ganz besonders aber von der Presse eines evangelischen Landes beweihräuchert werde. Der neue Papst werde als Friedenspapst gefeiert, obwohl man doch wisse, daß das Papsttum den Protestantismus mit dem erbittertsten Haß verfolge. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

II.

Generalsynode.

16. Oktober. Die fünfte ordentliche Generalsynode der ältern Provinzen wird vom Grafen v. Zieten-Schwerin (als Präsidenten der vorigen Synode) in Berlin eröffnet. — Der königliche Kommissar v. d. Goltz nimmt das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst dem Schmerze über das Hinscheiden des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen Ausdruck gibt. Sodann teilt er einen königlichen Erlaß mit, in dem bestimmt wird, daß in den Entwurf des nächsten Staatshaushalts behufs Aufhebung der gesetzlichen Pfarrbeiträge an den Pfarr-Witwen und-Waisenfonds eine an diesen zu zahlende Staatsbeihilfe von jährlich 850000 Mark sowie ferner zur Erhöhung der Dienstaufwendungsentschädigung der Generalsuperintendenten jährlich je 2000 Mark eingestellt werden. Der Oberkirchenrat, so schließt der Kommissar, beabsichtigt ferner die Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, durch das eine nicht unerhebliche Erleichterung bei Ausführung des Pfarrbesoldungsgesetzes herbeigeführt werden soll.

Hierauf wird Graf v. Zieten-Schwerin zum Präsidenten der Synode gewählt.

19. Oktober. Beratung der Anträge der Pommerschen, der Schlesischen und der Westfälischen Provinzialsynode, betreffend die Besetzung der theologischen Professuren. Den Bericht erstattet Prof. Haupt aus Halle (Mittelpartei:) Er führt u. a. folgendes aus:

Der theologischen Wissenschaft kann die Kirche nicht entraten. Die Meinungsverschiedenheiten im Geistesleben werden immer besonders groß sein in Zeiten großer geistiger Revolutionen, und in einer solchen leben wir jetzt. Die theologische Wissenschaft kann bei den neuen Erkenntnissen nicht ohne weiteres vorübergehen, ihr ist vielmehr die große und schwere Aufgabe erwachsen, den ganzen Ertrag der neuen Geistesentwicklung zu kontrollieren und daraufhin anzusehen, ob es Material bietet, das in die christliche Gesamtanschauung aufgenommen werden kann. Daß bei der Sichtung dieses Materials vielfach Fehler begangen werden können, liegt am Tage, und es kann vorkommen, daß die Resultate scheinbar im Widerspruch stehen mit der christlichen Lehre. Ein solcher Widerspruch ist in der Tat hervorgetreten, und das ist mit Recht oft genug beklagt worden. Es ist aber falsch, wenn man den theologischen Professoren aus einem einzelnen Widerspruch gegen die bestehende Lehre den Vorwurf der Unehrlichkeit macht, wenn man fordert, daß man seinen Beruf aufgebe. Man sage, sein eignes Gewissen müsse dem Manne sagen, daß er für den theologischen Lehrberuf unfähig sei. Nein, der Mann glaubt mit subjektiv gutem Gewissen, daß er für das Christentum eintrete, und darum kann man nicht sagen, er sei ein Zerstörer des Christentums. Auf der einen Seite haben wir eine theologische Wissenschaft, die niemals auf Unfehlbarkeit Anspruch macht, auf der andren die Gemeinden, die auch vorsichtig sein müssen, daß sie nicht ohne Not da einen

Widerspruch erkennen, wo ihnen Neues, Ungewohntes entgegentritt. In der Reformation hat sich die evangelische Kirche die Aufgabe gestellt, daß bei uns nicht durch irgendwelche äußern Gewaltmittel, sondern nur durch die Macht der Wahrheit der Sieg erfochten werden kann. Wir werden uns niemals der Aufgabe entziehen können, uns durch jeden Widerspruch hindurchzukämpfen, bis die Wahrheit den Sieg behält. Das ist die schwere Aufgabe der theologischen Fakultäten. Darum braucht die theologische Wissenschaft Freiheit, und wenn ihr diese nicht gewährt wird, kann sie den Dienst niemals leisten, den sie der Kirche leisten soll, und der darin besteht, daß sie die Widersprüche innerlich überwindet. Das ist ihr nur möglich, wenn sie solche Widersprüche auch äußerlich aussprechen darf. Die Freiheit der Lehre und des Lernens darf nicht eingeschränkt werden, und es würde auch nichts helfen. Unsre heutige theologische Jugend leidet viel weniger daran, daß sie mit einzelnen Ausführungen von Professoren nicht einverstanden ist, sondern daß sie der gesamten Religion anders gegenübersteht als früher. Man darf auch dem Professor nicht zumuten, nicht alles vorzutragen, was er als richtig anerkannt hat. Wer das fordert, verkennt den Charakter unsers gesamten Studiums, nicht bloß des theologischen. Wir sind zugleich Forscher und Lehrer, und wir müssen als Lehrer die Schüler teilnehmen lassen an unsern Forschungen. Wenn der Hörer erst merken würde, daß ein Lehrer aus seinem Herzen eine Mördergrube mache und nicht alles sage, dann wäre der Lehrer von vornhein aufgeschmissen und moralisch vernichtet. Was wir von der theologischen Wissenschaft fordern müssen, ist, daß sie gemeinsam mit der Kirche keinen andern als den einzigen Mittler des Heils ansieht, als den gekreuzigten Heiland, daß sie lehrt, daß wir es in der Wissenschaft nur zu tun haben mit dem lebendigen Gottes- und Menschensohn. Die Theologie als Wissenschaft kann ihren Weg aber nur gehen in der Form der absoluten Freiheit, auf der Freiheit des Gewissens. Die Kirche kann für die Professoren durchaus keine kirchliche Garantie übernehmen. Man meint, wenn die Kirche mit der Anstellung eines Professors einverstanden sei, decke sie ihn mit ihrer Autorität. Das ist falsch, die Kirche kann wohl sagen, der Mann ist wissenschaftlich tüchtig, sie habe außerdem die Ueberzeugung, er sei ernst und fromm; für das aber, was er dann redet und schreibt, kann ihr keine Verantwortlichkeit zufallen. Der Redner schließt mit der Ausführung, daß ihm kein Professor der Theologie bekannt sei, der die Heilige Schrift nur als Objekt für seine Zersetzungsarbeit ansehe. Sie haben alle Anspruch, für ehrliche Leute gehalten zu werden, und er bedaure bitter das Wort, das im Parlament gefallen sei, daß man den Theologen Anerkennung zu zollen habe, die bei Meinungsverschiedenheiten ihr Lehramt aufgegeben haben, wobei man durchblicken ließ, daß das andre auch hätten tun sollen. Er glaube nicht, daß irgend jemand ein Recht habe, so zu sprechen. Wir alle haben Anspruch, als ehrliche Leute angesehen zu werden.

Der Redner empfiehlt zuletzt folgenden Beschluß:

Generalsynode wolle beschließen:

In Erwägung, daß nach den bestimmten Erklärungen des Evangelischen Oberkirchenrats vertraut werden kann, es werde seitens der bei der Berufung von Professoren der Theologie beteiligten Staats- und Kirchenbehörden auf die Bedürfnisse nicht nur der Wissenschaft, sondern auch des geistlichen Amtes und auf das Bekenntnis der evangelischen Kirche in vollem Maße Rücksicht genommen werden;

daß daher ein Bedürfnis nicht vorliegt, die so oft behandelte Frage über die angemeßne Besetzung der theologischen Professuren erneut zum Gegenstande von Beschlüssen der Generalsynode zu machen;

daß in der Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats und in dem der Finanzkommission vorliegenden Antrage Nr. 15 der Drucksachen auf einem praktischen Weg zur Erleichterung der akademischen Laufbahn hingewiesen wird,

geht die Generalsynode unter dem einmütigen Bekenntnis, daß ihr der Glaube an den gekreuzigten und auferstandenen Christus als den alleinigen Mittler unsers Heils die unverrückbare Grundlage wie für die gesamte Kirche, so auch für die theologische Wissenschaft ist, und mit einmütiger Anerkennung der theologischen Lehrfreiheit als eines Erfordernisses der theologischen Wissenschaft zur Erreichung ihres Dienstes an der Kirche, mit Dank für die Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats über die Anträge der pommerschen, schlesischen und westfälischen Provinzialsynode und der evangelisch-lutherischen Landeskirche zur Tagesordnung über.

Dagegen beantragt der Regierungspräsident Hegel aus Gumbinnen Ueberweisung an eine Kommission, denn die hohe Bedeutung dieser Frage erfordre eine erschöpfende und gründliche Durchberatung, und nur auf diese Weise lasse sich ein einmütiges Zeugnis der Generalsynode herbeiführen. Dagegen macht Professor Kahl geltend, die Sache sei vollkommen erschöpfend behandelt auf Synoden aller Grade, auf dem Parlament, in der Presse, in einer ziemlich umfangreichen Literatur. Alle Generalsynoden seit 1879 hätten sich damit beschäftigt, und jeder sei sich klar, welche Stellung er zur Sache einnehme. In der Kommission sei eine weitere Aufklärung nicht zu erwarten. Dazu komme, daß die Kommissionsverhandlungen nicht öffentlich seien; in ihnen schlage recht eigentlich das Herz der Synode, die darauf folgende Plenarberatung sei schon etwas abgetönt. Er meine aber: je weniger Taktik bei dieser Frage, um so besser, um so reiner, um so unpräparierter würden die Anschauungen zur Geltung kommen. Möge man die Sache nicht in das Grabesdunkel der Kommission verweisen. Man erwarte in dieser Frage eine Tat der Generalsynode, und deshalb möge sie vor der breitesten Oeffentlichkeit sprechen. Vor allen Dingen: kein Frieden auf Kosten der Wahrheit!

Die Versammlung weist jedoch die Angelegenheit an eine Kommission.

28. Oktober. Zur Frage des Zusammenschlusses der deutschen evangelischen Landeskirchen wird beschlossen:

1. Die Generalsynode dankt dem Evangelischen Oberkirchenrate, daß er in Verfolg ihres Antrags vom 3. Dezember 1891 den föderativen Zusammen-

schluß der deutschen evangelischen Landeskirchen verständnisvoll im Auge behalten und erfolgreich zum Zustandekommen des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses mitgewirkt hat. 2. Generalsynode erkennt an, daß die in dem Statut vom 13. Juni 1903 dem Deutschen evangelischen Kirchenausschuß zuwiesnen Aufgaben im Grundsatze richtig bestimmt und nach dem Maße des gegenwärtig Erreichbaren den nächstliegenden Bedürfnissen entsprechend abgegrenzt sind. Sie wiederholt insbesondre ihr Einverständnis damit, daß auf den Bekenntnisstand und die Verfassung der einzelnen Landeskirchen die Tätigkeit des Ausschusses sich nicht erstreckt, und daß ebenso die kirchenregimentlichen Rechte der Landesherren unberührt bleiben. 3. Dagegen spricht die Generalsynode auch jetzt ihre Ueberzeugung dahin aus, daß eine wahrhaft evangelisch volkstümliche Wirksamkeit dieses Ausschusses nur von der nachfolgend hinzutretenden Beteiligung synodaler Elemente erwartet werden kann. Sie vertraut, daß der Oberkirchenrat auch diese Erweiterung fortgesetzt im Auge behalten werde.

Zur Duellfrage erklärt die Generalsynode, sie lege von neuem Zeugnis dafür ab, daß das Duell Sünde ist. „Seine gänzliche Beseitigung auf dem Wege der Verbreitung und Vertiefung christlicher Erkenntnis und der Schärfung des christlichen Gewissens zu erstreben, bleibt nach wie vor unsrer Kirche heilige Pflicht."

29. Oktober. Zur Frage der Sonntagsruhe erkennt es die Generalsynode dankbar an, daß durch die Reichsgesetzgebung größere Ruhe von der Arbeit am Sonntag erreicht ist, hofft aber, daß es gelingen werde, auch für die Berufsklassen, auf deren Arbeit am Sonntag im öffentlichen Interesse nicht völlig verzichtet werden kann, insbesondre für die im Verkehrsdienst und Schankgewerbe Angestellten, die Sonntagsarbeit auf das wirkliche Mindestmaß herabzusetzen. Sie bittet ferner den Oberkirchenrat, dafür einzutreten, daß durch Schließung der Schankstätten in der Zeit des sonntäglichen Hauptgottesdienstes und durch Beschränkung der Lustbarkeiten am Sonntag die öffentliche Sonntagsentheiligung gehindert und die Wiederherstellung der Sonntagsfeier als Sonntagssitte ermöglicht werde, soweit nicht örtliche Verhältnisse entgegenstehn. Die Generalsynode wendet sich von neuem an das Gewissen jedes Einzelnen, an das der Arbeitgeber wie der Arbeiter, der Reichen wie der Armen, der Organe der staatlichen wie der kirchlichen Behörden, der Herrschaften wie der Knechte und Mägde und mahnt an das Gebot Gottes: „Du sollst den Feiertag heiligen!"

30. Oktober. Die Kommission, an die am 17. Oktober der die Besetzung der theologischen Professuren betreffende Antrag des Professors Haupt aus Halle gewiesen war, hat ihn mit vierzehn gegen sechs Stimmen geändert, sodaß die wichtigsten Stellen also lauten: „Die Generalsynode spricht allen Theologen, die durch ihre Arbeit den evangelischen Glauben bekräftigen und verteidigen helfen, ihren Dank aus. Aber sie erklärt, daß die Kirche es nicht ertragen kann, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung der Richtungen auf den Gegensatz der naturalistischen und der christlichen Weltanschauung ausgedehnt wird.

Indem sie die vorgekommenen Aergernisse beklagt, die die gläubige Gemeinde verwirren, gibt sie der Gewißheit Ausdruck, daß auch die

gegenwärtigen Kämpfe innerhalb der theologischen Wissenschaft schließlich zur neuen Begründung und Vertiefung der unveränderlichen Wahrheit des Evangeliums führen werden.

Sie ersucht die Staatsregierung, Theologen nicht zu berufen, die die Heilstaten Gottes und den Offenbarungscharakter der Heiligen Schrift als das Fundament der Kirche und der Heilsgewißheit nicht anerkennen. Sie erklärt es im Interesse der Kirche wie der Theologie für notwendig, daß es in keiner theologischen Fakultät, besonders für die Hauptfächer, an Professoren fehle, die fest im Glauben der Kirche stehn. Sie erkennt es dankbar an, daß der Evangelische Oberkirchenrat zugesagt hat, in Gemeinschaft mit dem Kultusminister geeignete Geistliche bei dem Ergreifen des akademischen Berufs wirksam zu fördern, und hält es für erwünscht, wenn akademische Lehrer zuvor in einem Pfarramt der Kirche gedient haben. An dem Wunsche einer Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Begutachtung der zu berufenden Dozenten hält die Generalsynode fest."

Konsistorialrat Prof. **Kawerau** aus Breslau gibt folgende von ihm, andern Professoren und sonstigen Mitgliedern der Synode unterschriebne Erklärung gegen den Kommissionsantrag ab:

Die unterzeichneten Mitglieder erklären, daß sie den Kommissionsantrag aus folgenden Gründen ablehnen: 1. Sie wissen sich zwar in Uebereinstimmung mit den prinzipiellen Erklärungen des Antrags über die religiösen Voraussetzungen für einen gesegneten Betrieb der Theologie zum Besten der evangelischen Kirche. Aber sie müssen befürchten, daß der Antrag nach seiner Gesamttendenz und nach der Ausdeutung, die er in der Oeffentlichkeit finden würde, als eine kirchliche Zensurierung einzelner zum Gesamtleben der Theologie gehöriger theologischer Richtungen aufgefaßt werden würde. 2. Der Antrag beklagt zwar nicht ohne Grund die Beunruhigung der Gemeinden durch Aeußerungen theologischer Professoren, verschweigt aber daneben die Verwirrung, die durch übereilte und unberechtigte Verdächtigung ernster theologischer Arbeit von seiten der kirchlichen Presse fortgesetzt angerichtet wird. 3. Die praktischen Forderungen des Antrags sind für uns unannehmbar, denn sie erwecken den Anschein, als ob die Staatsregierung bei Besetzung der theologischen Professuren ihre Pflicht der Kirche gegenüber bisher versäumt habe. Durch die Forderung einer Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes wird nicht nur die bisher ausgeübte Tätigkeit des Evangelischen Oberkirchenrats diskreditiert, sondern auch die ebenbürtige Stellung der Theologieprofessoren im Gesamtkörper der Universitäten gefährdet. Ueber die auch uns erwünschte Bereitstellung von Mitteln, um das Betreten des akademischen Berufs zu erleichtern, erachten wir eine von der uns heute beschäftigenden Materie getrennte Behandlung für angemessen.

Professor **Kahl** aus Berlin freut sich über die versöhnliche Art der Vorredner, aber besser gar kein Frieden, als ein Frieden auf Kosten der Wahrheit. Redner fährt also fort:

Die Wissenschaft in ihrem Wesen wäre unevangelisch, wenn sie sich eine andre Schranke ziehn würde als die der Wahrheit. Ein theologischer Lehrer,

der nach seiner Berufung zu einem Lehramt heterodoxe Lehren vorträgt, kann vom Kultusminister nicht diszipliniert werden. Der Kultusminister kann doch nicht in die Zukunft blicken. Die Sozialdemokraten haben in Dresden eine Karenzzeit für Akademiker bestimmt. Wir können nicht ebenso vorgehn. Die fortgesetzte Wiederholung dieser Professorenfrage schadet nach verschiednen Richtungen, die Bedeutung der Angelegenheit wird ungemein geschwächt; wenn diese Anträge den eisernen Bestandteil der Synode bilden, verlieren sie an Gewicht. Die stete Wiederholung des Problems wird die bestehende Spannung und Kluft immer mehr erweitern, zum Frieden dienen solche Verhandlungen nicht. Thesen und Antithesen spitzen sich zu. Die Reibung zwischen Kirche und Theologie liege im Wesen des Protestantismus, gerade ihre Auseinandersetzungen seien am innerkirchlichsten. Es bedeute einen Rückfall in den Byzantinismus, immer das Einschreiten des Staates zu fordern. Die evangelische Kirche müsse mit eignen geistigen Kräften auftreten. Wenn die Bewegung so fortgehe, tauche die Gefahr der Loslösung der theologischen Fakultät von den andern Fakultäten auf. Keine Universität könne Lehrer mit gebundner Marschroute ertragen. Der Fremdkörper widerspreche dem Wesen und der Geschichte der Universität.

31. Oktober. In Fortsetzung dieser Verhandlung nimmt der Königliche Kommissar, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Freiherr **von der Goltz**, das Wort. Er führt aus:

Luther war es, der am 31. Oktober 1517 an die Schloßkirche in Wittenberg die Sätze anschlug, die in lebhaftem Widerspruch standen mit den in der damaligen Kirche herrschenden Anschauungen. Zweihundert Jahre später gab es eine neue Bewegung zum großen Segen für unsre Kirche, die besonders von den Professoren in Halle getragen wurde. Wieder hundert Jahre danach ist durch die Kraft des Wortes ein neuer Strom geistiger Anregung von der neuen Universität Berlin ausgegangen; ich brauche da nur den Namen Schleiermacher zu nennen. Jedesmal ist das Neue mit Mißtrauen aufgenommen und hat zu lebhafter Abwehr seitens der im Amte der Kirche Wirkenden Veranlassung gegeben. Und doch ist jedesmal hier bei aller menschlichen Schwäche und Unvollkommenheit eine Wirksamkeit des heiligen Geistes in der Kirche zu spüren gewesen, die anregend, klärend und neue Bahnen weisend in die Wissenschaft und in die Kirche hineingetragen wurde. Wieder stehn wir mitten drin in einem Kampfe, in einem neuen Kampfe, der innerhalb der theologischen Wissenschaft ausgefochten wird, nicht allein um den Gegensatz von Glauben und Unglauben, von naturalistischer und christlicher Weltanschauung, sondern es handelt sich darum, die christliche Wahrheit aus dem Weltbild der antiken und mittelalterlichen Kultur hineinzuarbeiten in das Weltbild der modernen Welt. Die theologische Wissenschaft hat also den Beruf, eine Vermittlung nicht zwischen Glauben und Unglauben, sondern zwischen antiker und moderner Weltanschauung zu finden.

Die theologische Wissenschaft hat einen göttlichen Beruf, den sie nur auf dem Wege der Freiheit erfüllen kann. Das ist ja auch von allen Seiten hier anerkannt worden, aber es ist vielleicht nicht allen Herren klar genug, daß das Eingreifen einer Instanz, die Gewalt hat, in dieses Gebiet der Freiheit, des Forschens, des Lehrens doch den Charakter der Freiheit beeinträchtigen muß und deshalb eine Sache der Vorsicht, des Taktes ist, daß auch nicht der Schein entsteht, als ob irgend welche Beschränkung beabsichtigt sei. Der Oberkirchenrat ist stets mit großer Zurückhaltung an alles herangetreten, was etwa die heutige ebenbürtige Stellung der

Theologie im Organismus der Universitäten verletzen und schädigen könnte. Es ist hier auch von denen, die ein mehreres im Interesse der Kirche tun wollen, gesagt, sie dächten nicht daran, die Erziehung der jungen Theologen den Universitäten zu entziehn; aber die Absicht tut es nicht allein. Man darf auch nicht Schritte unternehmen, die in ihrer Folge schließlich dazu führen, daß die Erziehung in die Bahn der Seminarien hineingeleitet wird. Nach meiner Ueberzeugung wird das eintreten, wenn auch auf Umwegen eine missio canonica in unsern Protestantismus hineingetragen wird. Das Ende würde sein, daß der Staat nicht mehr gegenüber den Forderungen, die gestellt werden, den theologischen Fakultäten den ebenbürtigen Platz neben den andern Fakultäten belassen kann, und ebenso ist für die Kirche die notwendige Konsequenz, nicht gleich, aber nach einem Menschenalter, daß sie gezwungen wird, die wissenschaftliche Ausbildung in Seminarien durchzuführen, wodurch manches bequemer und leichter erreicht wird, aber der lebendige Zusammenhang der geistigen Arbeit der Nation verloren geht und damit der Zusammenhang mit dem Volkstume. Hier heißt es: principiis obsta! Die Arbeit der Theologie muß kritisch sein. Zwei Aufgaben hatte die Reformation, die sich dahin zusammenfassen lassen: Zurück zum Urchristentum, und: Hinein in die Tiefe! Und so steht es auch heute noch.

Ferner ergreifen das Wort: Superintendent König aus Witten, Prediger Scholz aus Berlin, Superintendent Bourwieg aus Preußisch-Eylau, Oberkonsistorialrat Möller, Professor Kautzsch aus Halle, Professor v. Nathusius aus Greifswald und Professor Kaftan aus Berlin.

Schließlich wird gegen fünfzehn Stimmen beschlossen:

„Mit Befriedigung hat die Generalsynode aus der Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Oktober d. J. ersehen, daß derselbe das hohe Interesse der Kirche an der Besetzung der theologischen Professuren würdigt, über geeignete Wege zur Wahrung dieses Interesses mit dem Generalsynodalvorstand in Beratung getreten ist, auch in Gemeinschaft mit ihm und in der Richtung der Kommissionsanträge bei der vierten ordentlichen Generalsynode einen Versuch angeregt hat, wissenschaftlich tüchtigen Geistlichen die Erprobung im akademischen Lehramt zu erleichtern.

Im Hinblick auf die von mehreren Provinzialsynoden zum Ausdruck gebrachten Sorgen bekennt sich Generalsynode einmütig zu Christo Jesu, dem eingebornen Sohne Gottes, dem für uns Gekreuzigten und Auferstandnen, dem einigen Mittler unsers Heils. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß zu Professoren der Theologie nur Männer ernannt werden, die in diesem Glauben und Bekenntnis des Sohnes Gottes stehn."

Angenommen werden ferner gegen eine erhebliche Minderheit einzelne Anträge von v. Wartensleben und Graf Hohenthal in folgender Form:

„Generalsynode ist überzeugt, daß die für die Theologie der Gegenwart bestehenden Schwierigkeiten in der Behauptung und Ver-

teidigung des biblischen Christentums nur überwunden werden können, wenn die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung mit der Gebundenheit an die Tatsachen des Heils in Einklang steht.

Sie spricht allen Theologen, die durch ihre Arbeit den evangelischen Glauben bekräftigen und verteidigen helfen, ihren Dank aus. Aber sie erklärt, daß die Kirche es nicht ertragen kann, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung der Richtungen sogar auf den Gegensatz der naturalistischen und der christlichen Weltanschauung ausgedehnt wird.

Indem sie die vorgekommnen Aergernisse beklagt, die die gläubige Gemeinde verwirren, gibt sie der Gewißheit Ausdruck, daß auch die gegenwärtigen Kämpfe innerhalb der theologischen Wissenschaft schließlich zur neuen Begründung und Vertiefung der unveränderlichen Wahrheit des Evangeliums führen werden.

An dem Wunsche einer Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Begutachtung der zu berufenden Dozenten hält die Generalsynode unter Bezugnahme auf die Kommissionsbeschlüsse der vierten ordentlichen Generalsynode fest."

Dieser Antrag soll dem obigen Beschlusse angefügt werden.

Die Abstimmung über das Ganze ergibt die Annahme der Anträge mit 127 gegen 57 Stimmen.

(Mit Nein stimmen u. a.: Oberhofprediger Dryander aus Berlin, Generalsuperintendent Döblin aus Danzig, Konsistorialpräsident v. Dörnberg aus Königsberg, Professor Benrath aus Königsberg, Konsistorialrat Claaß aus Danzig, Franken aus Schalke, die Professoren Haupt aus Halle, Kaftan aus Berlin, Kahl aus Berlin, Kautzsch aus Halle, Kawerau aus Breslau, Loofs aus Halle, ferner Generalsuperintendent Köhler aus Berlin, Konsistorialrat Lackner aus Königsberg, Konsistorialpräsident Meyer aus Danzig, Oberlandesgerichts-Präsident v. Plehwe aus Königsberg i. Pr., Konsistorialpräsident Schmidt aus Berlin, Landgerichtspräsident v. d. Trenk aus Insterburg.)

3. November. Auf Ersuchen von zweihundert Kreissynoden spricht sich die Generalsynode gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aus.

4. November. Die Versammlung beschließt folgende Erklärung:

Generalsynode spricht die Ueberzeugung aus, daß durch die Erlasse und Maßnahmen der obersten staatlichen und kirchlichen Behörden die Rechte der Evangelischen gegenüber den von der katholischen Kirche veranstalteten Prozessionen auf Grund der bestehenden Gesetzgebung nach Möglichkeit geschützt werden;

sie erkennt aber auch an, daß es in Westfalen wie in andern Provinzen an Vorgängen nicht fehlt, die zu dem Antrage der Westfälischen Provinzialsynode gegründeten Anlaß gegeben haben;

sie empfiehlt daher dringend, in jedem Falle, in dem bei Prozessionen der katholischen Kirche die Rechte der Evangelischen im Widerspruch mit den

gesetzlichen Bestimmungen verletzt werden, den Weg der Beschwerde zu beschreiten.

Die Generalsynode genehmigt sodann den Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend die Verstärkung des Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke.

IV.

Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses.

10. November. Der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß, das Organ für den engern Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen, erläßt bei seinem ersten Zusammentritt von Dresden aus folgende Kundgebung an das deutsche evangelische Volk über die Bedeutung und die Aufgaben des Ausschusses.

An Luthers Geburtstag ist der neugebildete Deutsche Evangelische Kirchenausschuß zu seiner ersten Beratung in Dresden zusammengetreten. Es drängt uns, die Glieder dieses Ausschusses, in diesem wichtigen Augenblick an unsre Glaubensgenossen hin und her im lieben deutschen Vaterland ein Wort brüderlicher Begrüßung zu richten.

Seit hundert Jahren hat der deutschen evangelischen Christenheit ein äußeres Band ihrer Zusammengehörigkeit gefehlt. Nach dem Zusammenbruch des alten Reichs, in dem sie noch eine gemeinsame Vertretung hatte, blieb jede einzelne Landeskirche sich selbst überlassen. Wie mächtig bald darauf im deutschen Volk der Drang nach Einheit erwachte, und wie diese immer wachsende Sehnsucht durch Gottes Gnade in der Aufrichtung des Deutschen Reichs ihre Befriedigung fand, ist in den Blättern der Geschichte verzeichnet. Zu gleicher Zeit hat die katholische Kirche sich in Deutschland kraftvoll zusammengeschlossen. Auch die deutsche evangelische Kirche hat im letzten Jahrhundert große Tage gesehen. Gott hat ihr treue Wahrheitszeugen geschenkt, durch deren Dienst der Glaube an das Evangelium zu neuem Leben erwachte. Nie zuvor ist sie so reich an Werken barmherziger Liebe gewesen. Durch bahnbrechende Arbeit bedeutender Lehrer ist auch das Licht theologischer Wissenschaft in die evangelische Welt hinausgedrungen. Aber wer hat nicht gar manchmal mit uns schmerzlich empfunden, daß es ihr an jeder äußern Einheit gebrach? Kein Wunder, daß Tausende mit uns seit langen Jahren nach festerm Zusammenschluß sich sehnten. Gott sei Dank, nun ist endlich auch damit ein hoffnungsvoller Anfang gemacht. Nach Genehmigung der Landesherren, unter Zustimmung der Kirchenregierungen hat sich aus Vertretern der obersten Kirchenbehörden der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß gebildet.

Was wir anstreben, ist nicht eine kirchliche Neugestaltung nach Art eines weltlichen Reichs. Das wollen wir nicht; und wenn wir es wollten, so könnten wir nicht. Auch ist ja das Reich unsers Herrn nicht von dieser Welt. Die Kirche jedes Landes soll wie bisher nach ihrem Bekenntnis, nach ihrer Eigenart und gemäß ihren Ordnungen und Einrichtungen leben. Aber es gibt gemeinsame Interessen — die wollen wir fördern; gemeinsame Güter — die wollen wir wahren; gemeinsame Not — der wollen wir wehren. Wenn künftig wieder ein Reichsgesetz beschlossen werden soll, das auch für religiössittliche Fragen nicht ohne Bedeutung ist, so soll es nicht nur unter dem gewichtigen Einfluß der andern Kirche zustande

kommen, während die große evangelische Mehrheit des Volkes ohne gemeinsame Vertretung bleibt. Auch wir werden im gegebnen Augenblick unsern Mund auftun und an maßgebender Stelle die Interessen der evangelischen Kirche wahrnehmen. Wir lieben den Frieden und wollen wahrhaftig die Kluft, die unser Vaterland auf religiösem Gebiet durchzieht, nicht erweitern. Aber wenn die Ehre unsrer evangelischen Kirche öffentlich geschmäht wird, so soll es in Zukunft nicht von ungewissen Umständen abhängen, daß und wie dem entgegnet wird — wir werden auf dem Plane sein, um sofort dem entgegenzutreten.

Der große Weltverkehr hat auch außerdeutsche evangelische Kirchen uns näher gebracht. Aber an wen sollten sie bisher sich wenden, wenn sie mit der evangelischen Kirche Deutschlands Gemeinschaft suchten? Wir werden künftig jeden Ruf von drüben freundlich erwidern und alles tun, um das Band der Gemeinschaft auch mit den außerdeutschen Brüdern immer fester zu knüpfen. Und wie viele Kinder unsers Volks ziehn aus der deutschen Heimat alljährlich hinaus in die weite Welt! Sie sollen dort weder deutscher Sprache und Sitte noch ihrer Kirche verloren gehn. Unser Auge will ihnen in Liebe folgen. Und da auch hier gemeinsames Zusammenwirken mehr Erfolg verspricht als noch so treu gemeinte vereinzelte Hilfe, so wollen wir den hervortretenden kirchlichen Notständen in den deutschen Kolonien wie in der außerdeutschen Diaspora unter möglichster Wahrung des Bekenntnisstandes gemeinsam begegnen. Und wieviel Gelegenheit wird sonst sich noch finden, für gemeinsame evangelische Interessen tätig zu sein!

Nicht eine neue kirchliche Oberbehörde tritt also mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß ins Leben. Was wir sollen und wollen, ist einzig und allein ein Dienst, dessen die deutsche evangelische Kirche dringend bedarf, und der ihr zurzeit von keiner andern Stelle aus geleistet werden kann. Gern blicken wir bei solchem Dienst auf den teuern Gottesmann, den der heutige Tag einst unserm Volk geschenkt, und um dessen hehre Gestalt das Gedächtnis der Reformation die evangelische Christenheit jüngst aufs neue geschart hat. Möge etwas von seinem Geiste uns bei unserm Werke beschieden sein! Und so heben wir unsre Augen auf zu den Bergen, von denen uns Hilfe kommt, mit dem herzlichen Gebete: „Herr, hilf, o Herr, laß wohl gelingen!“ Er lasse alles gereichen zu seines Namens Ehre, zum Frommen unsrer teuern evangelischen Kirche und unsers lieben deutschen Vaterlandes! Hierzu bedürfen wir aber auch der vertrauensvollen Teilnahme und herzlichen Fürbitte unsrer evangelischen Glaubensgenossen. Indem wir sie darum herzlich bitten, grüßen wir sie mit dem Gruße der Liebe und des Friedens.

D. Freiherr von der Goltz, Wirklicher Oberkonsistorialrat und Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin; D. Kelber, Oberkonsistorialrat in München; D. Freiherr von Gemmingen, Präsident des Evangelischen Konsistoriums in Stuttgart; D. Helbing, Prälat der badischen evangelisch-protestantischen Landeskirche in Karlsruhe.

Achter Abschnitt.

Katholische Kirche.

I.

Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln.

7. Juli. Nach einem Festmahle, das zu Ehren des Erzbischofs Fischer in Köln gegeben wird, bringt dieser auf den Kaiser und auf den Papst einen Trinkspruch aus, der der „Kölnischen Volkszeitung" zufolge folgendermaßen lautet:

Wenn ich heute als erster das Wort ergreife, so tue ich das mit sehr gemischten Gefühlen. Liegt doch eine von den Majestäten, denen das erste Hoch gelten soll, von einer gefährlichen Krankheit schwer getroffen danieder. Die ganze gesittete Welt nimmt Anteil an diesem Geschick des heiligen Vaters, unsers Oberhirten, und gewiß als einer der ersten unter allen Monarchen des Erdreichs unser erhabner Kaiser und König, der in einem innigen Verhältnis zu unserm heiligen Vater steht. Ich habe aus dem Munde des Kaisers selbst vernommen, wie sehr er den heiligen Vater schätze, und der heilige Vater sagte mir verschiednemal, er schätze unsern Kaiser hoch, ja er bewundere ihn. Der Papst sagte mir noch vor einigen Tagen: Je vous prie d'exprimer ma sincère vénération et mon sentiment profond de mon amitié envers votre empereur. Wie schön und erhebend war das Zusammenwirken zwischen dem Papst und dem Kaiser! Das Zusammentreffen dieser beiden Herrscher vor wenigen Wochen war ein weltgeschichtlicher Moment. Wenn der Papst und der Kaiser auch in mancher Beziehung verschieden sind, anerkennen müssen wir doch die Kongenialität, in der sie in ihrem Schaffenseifer auf allen Gebieten dieses Lebens zusammenwirken. Dieses Zusammenwirken der beiden größten Herrscher der Jetztzeit ist um so wichtiger, als der Geist der Verneinung, der Zerstörung und des Umsturzes in unserm Vaterland weitere Verbreitung gefunden hat. Da tut es not, daß alle staatserhaltenden Kräfte sich zusammenschließen, und daß diejenigen, die berufen sind, an der Spitze zu stehn, die Geister zu leiten und das Schwert zu führen, zusammenarbeiten zum Wohl des Vaterlandes, zum Schutz der Gerechtigkeit; da ist es nötig, daß beide Gewalten sich begegnen, wie wir es jüngst gesehen haben zwischen dem Papst und dem Kaiser. Möge Gottes Vorsehung das Leben und Schaffen beider Herrscher noch lange erhalten. Ich spreche aus dem Herzen und der Gesinnung unsers Kaisers, wenn ich heute namentlich den Wunsch äußere, daß Gott den heiligen Vater trotz seines hohen Alters noch lange erhalten möge in seiner bisherigen Frische und Schaffenskraft, nicht nur zum Wohl der katholischen Kirche, sondern auch zum Wohl der gesamten Menschheit. Der Papst und der Kaiser leben hoch!

5. Oktober. Kardinal Fischer hält eine Rede bei einem ihm von der Stadt Aachen gegebnen Festmahle. In seiner Erwiderung auf die Rede des Oberbürgermeisters teilt er mit, daß der neue Papst bei der Abschiedsaudienz der deutschen und der österreichischen Bischöfe gesagt habe, er werde die guten Beziehungen, die zwischen seinem Vorgänger und unserm erhabnen Kaiser bestanden haben, auch seiner-

seits fördern und pflegen. Darauf wirft er einen Rückblick auf die Geschichte Aachens und fährt dann also fort:

Das alte Reich ist zugrunde gegangen, ein neues erstanden. Und wenn auch die alte Kaiserstadt nicht mehr den Namen verdient, so ist doch die ehemalige alte Kaiserstadt geblieben, was sie durch die Jahrhunderte war: eine gute, treue, reichstreue Stadt. Und da erinnere ich an den herrlichen Tag des vorigen Jahres, wo der neue Kaiser eingezogen ist durch Aachens Mauern in das Münster und in das Rathaus. Ich habe es selbst aus dem Munde Seiner und Ihrer Majestät, wie sie bei Gelegenheit meiner Eidesleistung sprachen und von dem herrlichen Empfang, der ihnen bereitet worden ist. Ja, die alte Kaiserstadt war einst und ist auch heute noch eine gute deutsche, gut reichstreue Stadt. Und so möge sie bleiben, mögen die Aachener die alten Gesinnungen hochhalten, aber auch aus den alten Gesinnungen Kraft schöpfen, wie sie es getan haben und noch tun, Kraft schöpfen aus der Vergangenheit für die Gegenwart, um dieser gerecht zu werden und zu sein. Und möge die alte Kaiserstadt hier an der Grenze echte Grenzwacht bleiben für deutsches Wesen und deutsche Kraft.

7. Oktober. Fischer setzt mit Domkapitularen aus Köln und Aachen die Reise über die deutsch-holländische Grenze fort und hält bei einer Feierlichkeit in Valkenburg (holländ. Provinz Limburg) eine längere Ansprache an die versammelten Jesuiten, „worin er sich erging in der Hervorhebung der wissenschaftlichen Leistungen der Jesuitenväter der deutschen Ordensprovinz. Diese führte er zurück auf die eiserne Treue, mit welcher an dem alten, durch Jahrhunderte bewährten Studiengang, der sich auf das feinste Verständnis der menschlichen Seele und ihrer Kräfte gründe, von den Jesuiten festgehalten werde. Rühmend gedachte der Kirchenfürst ebenfalls der umfassenden seelsorgerischen Tätigkeit der Jesuiten und gab der Hoffnung auf ihre baldige Rückkehr in das Vaterland einen lebhaften Ausdruck." („Kölnische Volkszeitung" v. 11. Oktober.)

II.

Rede des Bischofs Korum von Trier.

27. Juli. Der Bischof hält im katholischen Männerverein zu Neunkirchen eine Rede, in der er das Verhältnis der katholischen Arbeiter zu der Kirche und zur Geistlichkeit bespricht und auf den Trierer Schulstreit zurückkommt. Er sagt u. a.:

Die katholischen Arbeiter sind die Treuen, die mit dem Bischof und den Priestern gewirkt haben. In der Zeit so vieler und schwerer Anfeindungen haben sie gewetteifert in Treue, die Kirche Gottes zu bekennen und zu verteidigen. Nachdem die Kirche Gottes ihrer Güter beraubt worden ist, ist es doppelt wunderbar, daß gerade in dieser Zeit die Arbeiter alles hingaben, um ihrer zeitigen Mutter, der Kirche, beizustehn. Ich wünsche, daß die katholischen Vereine sich zusammenscharen, daß die Vereinsmitglieder eine heilige Phalanx bilden, um auf dem Plan zu erscheinen, wenn es gilt, die höchsten

religiösen Güter zu verteidigen. Nie hat der katholische Mann gekargt, für sein Vaterland Opfer zu bringen, Geld und Blut hinzugeben für seinen König und die Ehre seines Vaterlandes; für sein irdisches Vaterland kämpft der Katholik mit Mut und Treue. Die katholischen Arbeiter sind den andern ebenbürtig, wo es gilt, als Stütze des Staates zu fechten. Wir Katholiken brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir jetzt sagen: Wir wollen unter unsrer katholischen Fahne treu für Gott, König und Vaterland kämpfen. Wir wollen andre nicht verletzen und verfolgen, wir wollen es auch nicht besser haben als die andern, aber so gut wie die andern wollen wir es auch haben. Dasselbe Recht wollen wir beanspruchen, dieselbe Freiheit wollen wir genießen, die andern so reichlich zuteil wird. Die Zeit wird kommen, in der man der katholischen Kirche noch Dank wissen wird, daß sie so großen Einfluß auf die Arbeiter ausübt. Wenn man den Himmel nicht mehr anerkennt, wenn man die göttliche Sanktion der Gesetze und Hölle leugnet, gibt es zuletzt nur noch ein Gesetz, das aber furchtbar ist, wenn es zum Durchbruche kommt, nämlich die brutale Macht, die dahin führt, daß man sich schließlich bekämpft wie die Bestien der Wildnis. Dann erst wird man wahrhaft erkennen und einsehen, was die katholische Kirche für Staat, Land und Leute geleistet hat. Die Leiden gehn vorüber. Das wäre ein armseliger Bischof, der das Kreuz nicht tragen wollte. Wenn der Heiland verleumdet worden ist, wie könnte es geschehn, daß seine Diener nicht auch verleumdet werden! Ich bedaure, daß wir Bürger desselben Landes uns nicht verstehn, daß wir Katholiken der Freiheit beraubt wurden, und man verlangt, daß wir unsre Ketten küssen. Wir sollten nicht mehr das Recht haben, unsre Kinder in voller Freiheit in unsrer Religion zu erziehen? Wir sollten schweigen, wenn wir mit blutendem Herzen zusehen müssen, wie schon in die Seelen unsrer Kinder Gift gegen uns geträufelt wird? Ich habe nur einen Wunsch: Bleibt einig, sorgt für Eintracht und brüderliches Zusammenstehn. Wenn wir Katholiken einig sind, wenn wir überall die Rechte unsrer Glaubensbrüder verteidigen, dann sind wir unbesiegbar.

(Gegensatz zur Erklärung Papst Leos XIII., die Lage der katholischen Kirche in Deutschland im Vergleich zu andern Staaten sei in hohem Grade befriedigend. Siehe die Rede des Kaisers in Aachen am 19. Juni v. J. — Band 1 von 1902, Seite 25.)

III.

Gottesdienst deutscher Katholiken in Posen.

27. November. Der Gnesener „Lech" veröffentlicht ein Schreiben des Oberpräsidenten v. Waldow an den Erzbischof v. Stablewski, in dem der Oberpräsident den Erzbischof ersucht, er möge anordnen, daß für die deutschen Katholiken der in einer beigefügten Nachweisung des Oberpräsidenten angeführten Parochien wenigstens vierteljährlich einmal und außerdem an den hohen Festtagen je ein Gottesdienst in deutscher Sprache abgehalten werde. Gleichzeitig veröffentlicht der „Lech" die auf Grund dieses Schreibens seitens des Weihbischofs Likowski in Vertretung des Erzbischofs an die beteiligten Parochial-

geistlichen erlassene Aufforderung, die Richtigkeit der angeführten Zahlen der polnischen und der deutschen Bevölkerung festzustellen und sich darüber zu äußern, wieviel deutsche Predigten als erwünscht erachtet würden.

Neunter Abschnitt.

Konferenz der deutschen Finanzminister.

19. Oktober. In Berlin tritt unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Grafen v. Bülow und des neuen Reichsschatzsekretärs eine Konferenz der Vertreter der größern deutschen Bundesstaaten behufs Erörterung von Finanzfragen zusammen.

20. Oktober. Ueber die Zwecke dieser Konferenz wird in den „Berl. Polit. Nachrichten" halbamtlich folgendes gesagt:

Der Zweck der Zusammenkunft ist unschwer zu erkennen. Er liegt in der Gestaltung des finanziellen Verhältnisses des Reiches zu den Bundesstaaten, das den letztern zur ernsten Beschwerde gereicht. Während nach den grundlegenden Bestimmungen des Jahres 1879 das Verhältnis der Reichsfinanzen zu denen der Bundesstaaten so gestaltet werden sollte, daß das Reich nicht nur aus seinen eignen Einnahmen seine Ausgaben ganz deckte, sondern auch den Bundesstaaten ein Anteil an den Erträgen von Zöllen und Reichssteuern zur Verwendung für ihre eignen Zwecke überwiesen werden konnte, hat sich mit der ungünstigern Gestaltung des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben im Reiche die Sache allmählich geradezu umgekehrt entwickelt. Schon seit Jahren erhebt das Reich durch Ueberweisungen nicht gedeckte Matrikularumlagen in erheblichem Betrage, und den Bundesstaaten bleibt nicht einmal die Aussicht, Deckung in einem etwaigen Ueberschuß der Ueberweisungssteuern über den Etatsansatz zu finden, weil solche Ueberschüsse regelmäßig zur Verwendung für Reichszwecke eingezogen werden. Für das laufende Etatsjahr sind für den Reichshaushaltsetat neben einer Zuschußanleihe zur Ergänzung der ordentlichen Einnahmen und neben Aufzehrung des Kapitalstocks des Reichsinvalidenfonds in Höhe von 39 Millionen Mark durch Ueberweisung nicht gedeckte Matrikularumlagen im Betrage von nicht weniger als 24 Millionen Mark in Aussicht genommen. Eine solche Belastung mit Zuschüssen für die Ausgaben des Reiches vermögen die Finanzen des größten Teiles der Bundesstaaten für längere Zeit nicht auszuhalten. Für Preußen hat dies allerdings auch die Wirkung einer sehr unerwünschten Beschränkung der Mittel zur Erfüllung der eignen Kulturaufgaben. Dank der Leistungsfähigkeit und Elastizität der Einnahmeverwaltungen und dank dem großen Umfange und der Beweglichkeit seines Ausgabeetats konnte Preußen indessen bisher die Belastung ohne Störung des Gleichgewichts in seinem Staatshaushaltsetat ertragen. Anders und ungünstiger liegen die Dinge in den meisten andern Bundesstaaten. Hier reichen die eignen Einnahmen bei äußerster Anspannung der Steuerkraft zumeist eben nur gerade zur Bestreitung der notwendigsten Ausgaben des Staates hin, und es fehlt absolut an Mitteln, daneben noch Zuschüsse für Zwecke des Reiches leisten zu können. Bei der Unmöglichkeit, die Steuerschraube noch fester anzuziehen oder ohne eine schwere Schädigung der Staatsinteressen die Ausgaben noch weiter zu beschränken, ist die Fortdauer des jetzigen Verhältnisses zwischen den Finanzen des Reiches und denen der Bundesstaaten für

zahlreiche der letztern geradezu gleichbedeutend mit ihrem finanziellen Ruin. Diese Tatsache ist leider nicht so allgemein bekannt, wie es im Interesse einer befriedigenden Ordnung der Sache zu wünschen wäre, und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn eine sachgemäße Reichsfinanzreform noch immer erheblichen Schwierigkeiten begegnet, dies weniger auf den Mangel an gutem Willen als auf den Umstand zurückzuführen ist, daß man in den parlamentarischen Kreisen wohl die finanziellen Verhältnisse des Reiches und zum Teil auch die Preußens ausreichend kennt, dagegen genügender Kenntnis der finanziellen Verhältnisse der andern Bundesstaaten entbehrt. Wenn vorerst natürlich von einer grundlegenden Reichsfinanzreform und einer entsprechenden Vorlage an den Reichstag nicht die Rede sein kann, weil zunächst abzuwarten sein wird, auf welche Mehrerträge aus den Zöllen für den Reichshaushaltsetat zu rechnen ist, so wird man sich doch jetzt schon grundsätzlich über das, was zur Beseitigung der für die meisten Bundesstaaten unerträglichen jetzigen Zustände dauernd notwendig sein wird, schlüssig machen müssen und zugleich Fürsorge dafür zu treffen haben, daß in der Uebergangszeit bis zur Durchführung einer gründlichen Reichsfinanzreform den Finanzen der Bundesstaaten nicht eine schwere, kaum wieder gut zu machende Schädigung zuteil wird. In diesem Rahmen dürften sich die Verhandlungen bewegen.

25. Oktober. Ueber die Ergebnisse der Konferenz kann die „Nat.-Lib. Korresp." schon folgendes mitteilen:

Fürs erste ist wenigstens dahin Einigung erzielt worden, daß seitens der verschiednen Ressorts der Reichsverwaltung irgend aufschiebbare Forderungen zurückgestellt werden. Vorschläge, die sonst in Frage gekommen sind, bezogen sich auf die Ausgestaltung des Etats und betrafen Maßnahmen, die mehr oder weniger als Lückenbüßer, wenn nicht als provisorische bezeichnet werden müssen. Dabei trat ein weitgehendes Einverständnis in der Richtung hervor, daß die seit dem Jahre 1900 in Zusammenhang mit der Verabschiedung der damaligen Flottenvorlage in die Wirklichkeit übergeführten Steuervorschläge, die namentlich auf Veranlassung des Zentrums eine besondre Bedeutung gewannen, den Erfolg nicht gezeitigt haben, den ihre Urheber sich zu versprechen schienen. Das gilt in erster Linie von der Erhöhung der Stempelsteuern, alsdann aber auch von der Erhöhung des Branntwein- und des Schaumweinzolls. Während die Mehrheit des Reichstages, die damals den betreffenden Vorschlägen beitrat, zu meinen schien, diese Zollerhöhungen würden der Reichskasse, wenn auch keine namhaften, doch immerhin solche Einnahmen zuführen, die zu Buche schlügen, stellte sich in Wirklichkeit heraus, daß sie zunächst fast prohibitiv wirkten. Erst nach und nach haben die Erträge aus diesen Zöllen diejenigen Beträge wieder gewonen, die vor der Erhöhung erzielt worden waren.

26. Oktober. Die „Berl. Polit. Nachr." treten der Annahme entgegen, daß eine Verbesserung der finanziellen Einrichtungen des Reiches in untrennbarem Zusammenhange mit der Steuerreform bezw. mit der Verstärkung der Deckungsmittel des Reichs für seine Ausgaben stehe. Auch ohne daß man an die Erschließung neuer Einnahmequellen zu denken brauche, lasse sich durch Beseitigung der der Finanzgesetzgebung des Reichs anhaftenden Mängel an sich schon ein erster wichtiger Schritt zur Besserung der Finanzeinrichtungen des Reichs unternehmen.

Zehnter Abschnitt.

Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause.

I.

Die Wahlbewegung.

1.

Erklärung von Jung-Nationalliberalen.

23. September. Der jung-nationalliberale Verein zu Berlin beschließt folgende Erklärung:

Angesichts der Gefahr der erneuten Bildung einer klerikal-konservativen Majorität bei den nächsten Landtagswahlen erwartet der Verein, daß die nationalliberalen Wahlmänner sich bei etwa nötig werdenden Stichwahlen mit den freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlmännern über eine gegenseitige Unterstützung verständigen.

25. September. Zu dieser Erklärung sagt der „Hannov. Kurier“:

Unsre grundsätzliche Stellung zur Sozialdemokratie wird nicht im geringsten beeinträchtigt. Wir müssen und werden sie stets nachdrücklich bekämpfen wegen ihrer Endziele wie wegen ihrer volksverhetzenden Taktik. Ein Bündnis, ein Wahlkartell mit der Sozialdemokratie mußte deshalb abgelehnt werden. Die von dem Verein angenommene Stelle bedeutet aber ganz etwas andres. Der bevorstehende Wahlkampf ist ein Kampf gegen die konservativ-klerikale Uebermacht im Abgeordnetenhause. Der Kampf ist diesmal um so ernster und bedeutungsvoller, als das Vertrauen zur Regierung nicht mehr besteht, daß sie Ausschreitungen von jener Seite entgegentreten wird. Der deutsche Liberalismus ist in diesem Kampfe auf sich selbst angewiesen. Man muß im Kriege in kritischen Lagen oft zu einer Hilfe greifen, deren man sich nicht rühmen mag. In einer solchen kritischen Lage befinden wir uns in diesem Augenblick. Jede Vermehrung der Mandate innerhalb des konservativ-klerikalen Bundes müßte verhängnisvoll werden für unsre ganze zukünftige politische Entwicklung. Dem gegenüber würde es von mindrer Bedeutung sein, wenn wirklich ein viertel oder halb Dutzend Sozialdemokraten auch in das preußische Abgeordnetenhaus einzögen.

2.

Nationalliberaler Parteitag in Hannover.

27. September. Auf dem Delegiertentag in Hannover erstattet der Abgeordnete Wallbrecht einen Bericht über die preußische Wirtschaftspolitik mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Der Landtagsabgeordnete Hackenberg hält einen Vortrag über „Kirche und Schule.“

Der Redner beginnt mit einem Zitat aus einem jüngst erschienenen Aufsatz einer vornehmen Zeitschrift, worin die Behauptung aufgestellt war, der Liberalismus habe seine alten Ideale verwirklicht und keine

neuen an deren Stelle zu setzen vermocht. Ist das richtig? Nein. Auch in unsrer heutigen Zeit lautet unser Ruf: Frisch auf zum Kampf um die idealen Güter! Gerade die Einzellandtage haben in dieser Richtung eine dankbare Aufgabe, insbesondre auch der preußische. Hier ist eine Gelegenheit, wo der sonst zersplitterte Liberalismus Schulter an Schulter kämpfen kann. Für freiheitliche Entwicklung, für Fortschritte auf kulturellem Gebiete sind heute schlechte Zeiten. Dunkle Gestalten schleichen umher. Sie schleichen durch die hohen Säulenhallen der Kirchen, durch die Foyers der Parlamente und über das Parkett des Hofes. Sie erheben drohend den Finger und raunen: Revolution! Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Revolutionäre Bestrebungen sind noch stets zur Erreichung reaktionärer Ziele, ausgenützt worden. Heute preist sich das Zentrum an als den Schutz, als den Turm, der allein feststeht gegen die feindlichen Mächte. Und die große Partei der Konservativen birgt sich immer mehr im Schatten dieses Turmes. Auch im neuen Landtag werden die Fähnlein der Liberalen einer geschlossenen Mehrheit gegenüberstehen, Wir stehen zu den Konservativen in einem alten Gegensatz; ja, von ihnen trennt uns eine ganze Weltanschauung. Sie sind immer weiter und weiter von uns abgerückt, sie sind immer reaktionärer geworden. Aber die reaktionärste Partei ist und bleibt das Zentrum. Es hat auf sein Programm die Freiheit geschrieben. Die Freiheit, die es anstrebt, ist die Freiheit der Kirche vom Staate, die Alleinherrschaft der Kirche, ihre Herrschaft über den Staat, wie es im Mittelalter war, das in dem Kopfe eines Romantikers sich vielleicht herrlicher darstellt, als es in Wirklichkeit gewesen ist. Wir beklagen es tief, daß das Mutterland der Reformation zur Stätte konfessioneller Kämpfe geworden ist. Im Anfang des letzten Jahrhunderts war noch Friede. Seit den Tagen des Kölner Kirchenstreits ist es anders geworden. Seitdem hat der deutsche Katholizismus seine Toleranz und seine nationale Gesinnung preisgegeben einer intoleranten Richtung, einer internationalen Gruppe. In Preußen haben die Katholiken keinen Grund zu Klagen über die Bedrückung ihrer Kirche. Und trotzdem hieß es in Köln: „Der Kampf ist noch nicht beendigt; unsre Geduld ist zu Ende.“ Der Redner weist sodann auf den Unterschied der Lage der katholischen Kirche in Deutschland und in Frankreich hin. Wie behandelt die „älteste Tochter der Kirche“ ihre eigne Mutter! Die absolute Freiheit der Kirche, die den Staat unfrei macht und unfähig, seinen Kulturaufgaben gerecht zu werden, ist ein Unding. Die Kirchenhoheit des Staates ist das Grundprinzip, auf dem wir stehen. Ebenso verlangen wir die Gewissensfreiheit. Das Zentrum halte ich zur Stellung von Toleranzanträgen für nicht legitimiert. Dem Staate darf nicht die Rolle eines Nachtwächters zugewiesen werden. Wir stehen auch auf dem Grundsatz der Parität. Aber die Parität kann nicht mit dem Metermaß gemessen werden. Suum cuique heißt nicht: „Jedem das Gleiche,“ sondern „Jedem das Seine!“ Die katholische und die evangelische Kirche können nicht gleich behandelt werden. Die katholische Kirche ist ein selbständiger Rechtskörper, die evangelische ist mehr geistiger Natur, sie ist ihrem Wesen nach viel enger mit dem Staate verbunden. Eine gerechte Parität muß sich nach dem Unterschied dieser Grundlagen richten. Wenn je eine Konfession einen Grund zur Klage hat, dann ist es jedenfalls mehr die evangelische als die katholische. Wir wollen nicht kleinlich urteilen. Aber trotzdem müssen wir sagen, daß die steigende Nachgiebigkeit der Regierung gegen die klerikalen Ansprüche tiefe Verstimmung in weitesten Kreisen hervorgerufen hat. In der großen ultramontanen Presse tönen immer die Friedensschalmeien. Die kleine Presse, die kein Kaiser und Kanzler liest, die ist es, die unsre katholischen Mitbürger gegen

die Protestanten am schlimmsten verhetzt. Von der schönen klerikalen Kalenderliteratur will ich vollends nicht reden.

Man spricht von dem drohenden Kampf um die Schule. Aber stehen wir nicht bereits längst in diesem Kampfe mitten drin? Ich komme zuerst zu den Universitäten und erinnere nur an die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg, an die Schaffung einer Geschichtsprofessur unter katholisch-konfessioneller Spitzmarke. Die Straßburger Fakultät ist eine sichtbare Verleugnung der Wissenschaft. Der Bischof hat das Absetzungsrecht, die Dozenten müssen sich beugen. Heute dringt die Konfessionalität bereits in die philosophischen Fakultäten. Und wir sehen ja auch, wie bereits Strafprofessoren an verfemte Universitäten und Fakultäten geschickt werden Wir Liberalen fordern die unbedingte Freiheit der Wissenschaft. Die evangelische Kirche würde ihre Herkunft verleugnen und ihre Existenz untergraben, wenn sie diesen Grundsatz aufgäbe. Aber auch an unsern höhern Schulanstalten ist der Kampf um die Schule bereits entbrannt. Ueberall sehen wir Absperrungen eines heranwachsenden Volksteils und dadurch Zersetzung des Volksganzen. Man versucht die nationale Erziehung in eine kirchliche Dressur zu verwandeln. Wir sehen heute, wie durch eine junge Geistlichkeit die Mütter und durch sie die Väter fanatisiert werden. Auch die geistliche Kontrolle und die immer weiter organisierte Spionage an den Gymnasien sind sehr bedenkliche Punkte. Das Vorgehen Korums (S. 107) müßte der Regierung die Augen öffnen. Wir Liberalen müssen die klerikale Maulwurfsarbeit aufdecken, wo es immer sei. Wir verlangen eine nationale Erziehung der Jugend, Offenheit und Duldung fremder Ueberzeugung. Nun komme ich zu unsrer Volksschule. Wenn es heißt: „Die Schule ist Eigentum der Kirche," so ist dieser Satz nur richtig, wenn der weitere Satz richtig ist: „Eigentum ist Diebstahl." Auch Bismarck hat ja den Erfolg unsrer staatlichen Schule anerkannt, und das mißgünstige Albion führt unsern erfolgreichen Wettbewerb auf dem Weltmarkte zu einem guten Teil mit Recht auf unsre Volksbildung zurück.

3.

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei.

24. September. Der nationalliberale Parteitag in Hannover beschließt folgenden Wahlaufruf:

Wähler! Die nationalliberale Partei kann mit Befriedigung und Genugtuung auf die Reichstagswahlen zurückblicken. Sie hat einen Zuwachs von 300000 Stimmen erhalten. In weiten Kreisen des Volkes ist das Vertrauen auf sie gewachsen. Massen von Wählern sind mit ihr von der Bedeutung der alten nationalen und liberalen Grundsätze erfüllt, stimmen ihr aus voller Ueberzeugung zu in der gerechten Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens aller Volksklassen, in der kräftigen, aber besonnenen Weiterentwicklung einer wahrhaft menschenfreundlichen, sozialpolitischen Gesetzgebung und Verwaltung zum Schutze des Schwachen.

Leider sind aber zugleich die Stimmen der sozialdemokratischen Partei, deren staats- und gesellschaftsfeindliche Bestrebungen durch die Tagung in Dresden von neuem in volles Licht gestellt sind, in

gefahrdrohender Weise angeschwollen. Der Kampf gegen diese in Wahrheit rückschrittliche Partei bleibt nach wie vor unsre nationale und liberale Pflicht. Verfehlt aber wäre es, die Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr von einer reaktionären Politik zu erwarten.

Unsre Aufgabe ist es, dem Rückschritt an jeder Stelle und in jeder Form entgegenzutreten. Das muß unser Ziel auch bei den bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sein.

Mit frischem Mute und vollem Vertrauen kann die nationalliberale Partei sich den Wahlen zuwenden.

Sie bedarf hierzu keiner erneuten programmatischen Kundgebung ihrer Grundsätze und Ziele. Auf die Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage und der Bedeutung der Wahlen kommt es an.

Im Reichstage ist die Regierung in Fragen der nationalen Wehrkraft und bei den auf Grund des neuen Zolltarifs abzuschließenden Handelsverträgen auf die Mitwirkung des Zentrums angewiesen. Dafür wird dieses Zugeständnisse auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen zu erlangen suchen. Noch größer als bisher ist darum die Gefahr des weitern Anwachsens der Macht des Zentrums.

In seinem Streben, die Schule kirchlicher Herrschaft zu unterwerfen, hat das Zentrum in einem großen Teile der Konservativen leider einen willfährigen Bundesgenossen. Dringend erforderlich ist nun eine neue Regelung der Unterhaltungspflicht der Volksschule im Interesse der Gemeinden, der Lehrer und besonders der Schule selbst. Gelingt es einer konservativ-ultramontanen Vereinigung, bei dieser Regelung mit ihren Bestrebungen durchzudringen, so würde dies für die Bildung und Kultur unsers Volkes von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Die Konservativen, denen in der Verwaltung ein übergroßer, nicht im Interesse des Landes liegender Einfluß eingeräumt ist, verfolgen mehr und mehr eine einseitige Interessenpolitik, während eine weise Politik wie allen Landesteilen so allen Berufsständen gerecht werden muß. Wie die erforderliche Regulierung der Flüsse zur Verhütung der immer wiederkehrenden Schädigung in erster Reihe der Landwirtschaft zugute kommen soll und wird, so sind an der Verbindung unsrer Flüsse untereinander durch leistungsfähige Wasserstraßen ebenso Industrie und Handel wie die Landwirtschaft interessiert. Die Verwerfung der Kanalvorlage durch eine aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit hat die wirtschaftliche Entwicklung unsers Landes schwer geschädigt. Ihre unverkürzte Wiedereinbringung muß deshalb eine der ersten Forderungen der nationalliberalen Partei sein.

Rückschritt und Rückständigkeit bedrohen uns.

Ihre Bekämpfung wird erschwert durch das Landtagswahlrecht in seiner gegenwärtigen Gestaltung. Eine zeitgemäße Reform des Dreiklassenwahlrechts ist anzustreben, insbesondre auch eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke und Beseitigung der widersinnigen Drittelung in den Urwahlbezirken.

Der Wahlkampf wird schwer sein. Die Gegner sind zahlreich und mächtig. Bei der Regierung sehen wir in der Polenfrage eine zielbewußte, deutsche Politik, die unsre Partei mit ganzem Herzen unterstützt. Aber die Regierung muß auch die Gefahren der Klassen- und Interessenwirtschaft sowie des immer weiter vordringenden Ultramontanismus mit der gleichen Festigkeit bekämpfen. Es gilt bei den Wahlen eine Mehrheit zu schaffen, die dazu die nötige Stütze bietet, die Berücksichtigung der Gesamtinteressen des Volkes gewährleistet, alle Mißstände in der Verwaltung rückhaltslos aufdeckt und bekämpft.

Aus eigner Kraft, unabhängig nach allen Seiten, wollen wir unsre Ueberzeugungen vertreten, in deren siegreicher Durchführung wir für das Wohl unsers Volkes den richtigen Weg erblicken.

Drum auf zur Wahl mit Mut und Selbstvertrauen! Laßt uns an die Arbeit gehen, erfüllt von nationaler Begeisterung, durchglüht von der Ueberzeugung, daß nur in einem innerlich gesicherten Staatswesen und auf freiheitlicher Grundlage eine gedeihliche Weiterentwicklung unsrer Bildung und Kultur sich ermöglichen läßt. Es gilt die Wähler aufzuklären und aufzurütteln, die Bedeutung der Ziele und die Größe der Gefahr ihnen vor Augen zu führen. Setze ein jeder seine beste Kraft ein und kämpfe im Interesse des Vaterlandes für den Sieg der nationalen und liberalen Partei.

4.

Wahlaufruf der Freisinnigen Volkspartei.

30. September. Die Freisinnige Volkspartei erläßt folgenden Wahlaufruf:

Parteigenossen! Bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhause gilt es in erster Reihe, den großen Gefahren für die Entwicklung des Staatswesens zu begegnen, die die Möglichkeit einer konservativen Mehrheit des Abgeordnetenhauses in sich birgt. Schon in der ablaufenden Wahlperiode fehlten den beiden konservativen Fraktionen zusammen kaum ein Dutzend Stimmen an der absoluten Mehrheit. Diesmal wird der liberale Besitzstand noch besonders gefährdet durch die Angriffe der Sozialdemokratie. Schulfragen, Kanalfragen, Agrarfragen von weittragender Bedeutung

werden in der neuen Legislaturperiode im Landtag zur Entscheidung kommen. In Anbetracht dessen erachten wir es als unsre Aufgabe, nicht nur unsre bisherigen Mandate zu verteidigen, sondern auch, wo sich irgendwie Aussichten dazu bieten, entweder selbständig oder in Gemeinschaft mit andern liberalen Parteien neue Mandate zu erobern.

5.

Wahlaufruf der Zentrumspartei.

30. September. Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses veröffentlicht einen schon vom 3. April d. J. datierten, sehr umfangreichen Wahlaufruf (s. Bd. 1, S. 237).

Darin werden zunächst die Verdienste hervorgehoben, die sich das Zentrum um die Landwirtschaft, den Mittelstand (z. B. Warenhaussteuer) und die Arbeiter erworben habe. Betreffs der „wasserwirtschaftlichen Vorlage" werden allgemeine Bemerkungen von Erleichterungen, Ausgleichungen, Finanzberücksichtigung usw. gemacht. Als eine der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgaben wird die gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht erklärt und versichert, daß das Zentrum dabei keineswegs „Hintergedanken" wegen eines allgemeinen Volksschulgesetzes hege. Auf den kirchenpolitischen Streit und die „Freiheit der Kirche" bezugnehmend, erkennt der Wahlaufruf „gern an, daß seitdem auf dem gesetzlichen Gebiete und auf dem Gebiete der Verwaltung vieles wieder gebessert worden ist." Aber noch vieles bleibe zu erstreben. Das wird besonders betont gegenüber der „vollständig unbegründeten Meinung, als seien die Katholiken neuerdings in besonderm Maße begünstigt." Es wird versprochen, „der für das Gedeihen unsers Vaterlandes so notwendigen Erhaltung des Friedens unter den christlichen Konfessionen besondre Sorge zuzuwenden."

6.

Wahlaufruf der Freikonservativen Partei.

4. Oktober. Der „Wahlausschuß" der Partei erläßt einen Aufruf, in dem gesagt wird:

Die Kraft und Entschlossenheit, mit der die Staatsregierung zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken gegen das vordringende Polentum vorgeht, findet unsre volle Anerkennung und Billigung. Wir fordern aber von der Regierung dieselbe Kraft und Energie in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, die offen die Beseitigung der Monarchie und unsrer gesamten staatlichen Ordnung als ihr Ziel bezeichnet. Diese Partei ist der geschworne Feind aller fest zum Königshaus der Hohenzollern und unsrer Staatsverfassung stehenden bürgerlichen Richtungen, ihre entschlossene Bekämpfung die unabweisbare Pflicht jedes königstreuen Mannes und guten Preußen.

Wir treten ein für die Hebung und kräftige Fortentwicklung der Volksschule und halten unverbrüchlich fest an den Grundsätzen, die unsre Partei seit mehr als einem Menschenalter in bezug auf das Verhältnis des Staates zu Schule und Kirche vertreten hat. So dringlich die Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht zur Beseitigung der jetzt zu beklagenden Ungerechtigkeiten ist, und so bestimmt wir die unverzügliche Einbringung eines

entsprechenden Gesetzentwurfs erwarten, so darf diese Neuregelung doch nicht durch einen Bruch mit den bewährten Traditionen der preußischen Schulpolitik erkauft werden. Bestrebungen dieser Art werden wir mit derselben Entschiedenheit entgegentreten wie 1892.

Wir stehen auf dem Boden einer einheitlichen Verkehrspolitik, die planmäßig auf die Ermäßigung der Kosten der heimischen Produktion durch Verbilligung der Frachten im Interesse wirksamster Konkurrenz mit dem Auslande abzielt. Bei ihrer Durchführung ist aber neben den Rücksichten auf das dauernde Gleichgewicht im Staatshaushalt der Grundsatz gleichmäßiger Behandlung aller Teile des Landes und aller Zweige der heimischen schaffenden Arbeit zu wahren. Dies gilt auch für den Ausbau unsers Wasserstraßennetzes. Der Bau von Kanälen ist weder eine politische noch eine Parteifrage, sondern lediglich eine Frage wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Darüber aber besteht für uns kein Zweifel, daß die Lösung der dringenden Aufgaben auf dem Gebiete des Hochwasserschutzes nicht um strittiger Fragen der Wasserstraßenpolitik willen weiter hinausgeschoben werden darf.

7.

Vereinigung der Polen in Oberschlesien.

7. Oktober. In einer Versammlung zu Beuthen versöhnen sich die bisherigen polnischen Vereine, nämlich der gemäßigte „Polnische Wahlverein für Schlesien" oder die „Katolik"-Partei und der radikale „Polnische Volksverein" oder die „Korfanty"-Partei. Nach der Vereinigung nennen sie sich „Wahlkomitee für Schlesien" und erlassen zwei Wahlaufrufe. Der erste Aufruf lautet im wesentlichen:

Der polnische Wahlverein und der polnische Volksverein haben in der Erkenntnis, daß der durch die letzten Reichstagswahlen hervorgerufene Zustand der Zwietracht sowohl der katholischen als auch der polnischen Sache unersetzlichen Schaden bringen muß, sich im Namen des Wohles des polnischen Volkes, für das beide Vereine von gleichem guten Willen beseelt sind, einander genähert und unter Berücksichtigung aller zu berücksichtigenden Umstände politischen Frieden geschlossen auf folgende Grundsätze:

1. Das polnische Volk in Oberschlesien hat ein natürliches und übernatürliches Recht auf seine Nationalität. Hieraus folgt, daß das polnische Volk zu seinen Bestrebungen, mit erlaubten Mitteln seine Nationalität in jeder Beziehung zu wahren und zu entwickeln berechtigt ist, und zwar auf Grund der Konstitution, die den Staatsbürgern nicht nur Pflichten auferlegt, sondern auch Rechte gibt.

2. Das polnische Volk hat deshalb bezüglich der Wahlen dasselbe Recht, das unbestritten jede andere Nation besitzt: das Recht, Abgeordnete seiner eigenen Nationalität d. h. Polen zu wählen. Auch dies Recht ergibt sich aus der Konstitution.

In Anerkennung dieser Wahrheiten und Rechte, die kein rechtlich denkender Mensch bestreiten kann, haben beide Vereine die Gründung einer Wahlbehörde unter dem Namen „Polnisches Wahlkomitee für Schlesien" beschlossen, dessen Grundlage die Anerkennung des national-polnischen Standpunktes bei den Wahlen und dessen Zweck die Agitation für die Wahl von polnischen Abgeordneten bildet. Sich in nationaler Beziehung einig fühlend mit den

übrigen Polen in Preußen, wird das polnische Wahlkomitee für Schlesien zwei Delegierte an das „polnische Zentralkomitee für das Deutsche Reich" entsenden. Bezüglich der bevorstehenden Landtagswahlen haben beide Vereine sich dahin geeinigt, daß mit Rücksicht auf die wirkliche Sachlage, namentlich mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit der Wahlen und auch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Wähler, das polnische Wahlkomitee in sämtlichen Wahlbezirken Schlesiens bei den Wahlen einstweilen Wahlenthaltung übe, mit Ausnahme des Wahlkreises Pleß-Rybnik, wo Kandidaten für die Polenpartei aufgestellt werden sollen.

Der zweite Aufruf berichtet über die Kandidaturen für den Kreis Pleß und beginnt also:

Friede und Eintracht ist in das polnische Lager eingekehrt! Was die Polen in Schlesien und in ganz Polen mit Ungeduld erwarteten, ist eingetreten: die beiden feindlichen Lager haben sich brüderlich vereint zu gemeinsamer Arbeit. Der Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien hat gern in die ihm von dem polnischen Volksverein gereichte Hand eingeschlagen. Nachdem wir die schwierige, aber dankbare Aufgabe übernommen, werden wir uns streng an die Grundsätze halten, die von den Vorständen der beiden Vereine angegeben sind. Landsleute! Mächtig und gefährlich sind unsre Gegner, unerbittlich ist das System, nach dem sie gegen uns kämpfen; aber diese Mächte werden sich sicherlich an der Mauer der polnischen Brüste zerschlagen, denn heute vermögen wir ihnen ein einiges und diszipliniertes Heerlager entgegenzustellen.

Die „Germania", das führende Berliner Zentrumsorgan, nimmt die Kriegserklärung auf: „Somit ist," schreibt es, „in die Lage in Oberschlesien endlich volle Klarheit gekommen, die obigen beiden Veröffentlichungen schließen die Kriegserklärung gegen das Zentrum in sich. Das Zentrum wird den ihm aufgezwungnen Krieg, wenn auch schweren Herzens, so doch mit der gebotenen Entschlossenheit aufnehmen. Den größten Schaden werden durch diese Spaltung, die die ernstesten Folgen nach sich ziehen muß, die Polen erleiden."

8.

Freisinnige Vereinigung.

10. Oktober. Die Generalversammlung in Berlin ist besucht von den Vertretern aus 50 Wahlkreisen. Abgeordneter Schrader erstattet den Geschäftsbericht, in dem es heißt:

Die gegenwärtige Politik der Regierung kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Aufgabe des Liberalismus ist es jetzt, sich zu regen und zum Teil neue Wege zu gehen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich ein großer Umschwung vollzogen. Deutschland ist, man möge sagen, was man wolle, gezwungen, Weltpolitik zu treiben wie jede andre Großmacht. Gerade was sich jetzt auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik an Veränderungen vollzieht, die Wendung der meisten Nationen zum Schutzzoll, bringt die Gefahr schwerer Konflikte. Wir, die so große Interessen zu wahren haben, bedürfen einer starken Wehrmacht, wir müssen, so wenig wünschenswert es sein mag, für den Krieg gerüstet sein.

Wir werden große Aufwendungen für unsre Wehrmacht zu machen haben, das wird sich nicht umgehen lassen. Die Partei wird alle Neuforderungen ernstlich prüfen, aber sie hält es für falsch, an jeder Kleinigkeit zu nörgeln.

Schrader kommt weiterhin auf das Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie zu sprechen. Für den Liberalismus sei es unbedingt notwendig, in andre Beziehungen zu den arbeitenden Klassen zu kommen. Die sozialpolitische Gesetzgebung habe die Sozialdemokratie nicht wie Bismarck gehofft hatte, mit den andren Klassen versöhnt. Notwendig aber sei eine solche Versöhnung, und Aufgabe des Liberalismus sei es, diese Versöhnung anzubahnen und herbeizuführen. „Das Mittel dazu ist, die Arbeiter mitten hinein in unsre politische Arbeit zu ziehen: nur durch Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien kann die Arbeiterklasse gewonnen werden. Daß man mit den Arbeitern politisch arbeiten kann, hat die Erfahrung genugsam gezeigt. Andrerseits sind auch die Arbeiter innegeworden, daß sie mit uns arbeiten können, daß wir doch nicht so ganz schlecht sind. Wenn jetzt innerhalb der Sozialdemokratie eine revisionistische Bewegung herrscht, die nicht so schroff den Klassenkampf führen will, so ist das eine Folge davon, daß ein Teil der Sozialdemokraten mitgewirkt hat an unsern Arbeiten. Von den gebildeten und besitzenden Klassen ist gegen die Arbeiter schwer gefehlt worden. Man hat sich, verärgert, mit Recht vielleicht verärgert, von der gemeinschaftlichen Arbeit mit den Arbeitern zurückgezogen. Das war ein Fehler, der beseitigt werden muß. Die Vereinigung mit den Nationalsozialen wird hoffentlich dazu führen, daß Bürgertum und Arbeiterstand einander wieder näher kommen, sie wird dazu führen, daß beide einerseits mit ruhiger Ueberlegung und Besonnenheit, andrerseits mit aller Kraft und Begeisterung auf diesem Wege vorgehen."

Hierauf erstattet der Abgeordnete Schrader Bericht über den Anschluß der bisherigen Nationalsozialen und begrüßt die neuen Mitglieder. Pfarrer Naumann legt nochmals die Gründe dieses Anschlusses dar. Er führt u. A. aus:

Die Gründung der Nationalsozialen Partei erfolgte, um auf deutschem Boden eine soziale Volksbewegung ins Leben zu rufen, die sich auf dem Boden der realen Verhältnisse und der positiven Arbeit betätigen sollte gegenüber der Sozialdemokratie, die zu Staat und Gesellschaft kein positives Verhältnis gefunden hat. Wir haben daran gearbeitet, jene drei Millionen deutscher Wähler, die der Sozialdemokratie Heeresfolge leisten, einmal zu einem staatserhaltenden Element zu machen. Wie weit das realisierbar ist, ist hier nicht zu erörtern. Wir haben jedenfalls an die Möglichkeit geglaubt. Aber wir mußten bei der praktischen Arbeit daran die Erfahrung machen, daß gegenwärtig in Deutschland der Boden für eine solche Partei nicht ist, daß, was in Frankreich durch die Namen Millerand und Jaurès gekennzeichnet wird, zurzeit in Deutschland keinen politischen Platz hat. Nur diese Stelle, die Freisinnige Vereinigung, war es im bürgerlichen Liberalismus, wo ein sachlicher Anschluß für uns möglich war. Wir sahen: Hier wird prinzipiell richtige Politik in wichtigen Volksfragen gemacht. Was uns ferner zum Anschluß an die Freisinnige Vereinigung bewog, war deren Haltung in der Zollfrage. Wir sahen: Hier sind Leute, die noch politische Nerven haben in Deutschland, die sich nicht einschüchtern lassen.

11. Oktober. Die Versammlungs berät über die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen und die Stellung der Freisinnigen Vereinigung zur Sozialdemokratie. Nach längeren Verhandlungen,

an denen sich besonders Dr. Barth und Dr. Pachnicke beteiligen, wird folgende Erklärung beschlossen:

„Die Bekämpfung der konservativ-klerikalen Reaktion betrachten wir als die Hauptaufgabe des entschiednen Liberalismus auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen.

Die reaktionäre Mehrheit hindert in Preußen jeden ernsthaften Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie widersetzt sich der Befreiung der Schule von der kirchlichen Herrschaft ebenso wie der Hebung des Wirtschaftslebens durch den Ausbau unsrer Wasserstraßen. Sie widerstrebt jeder Verstärkung des Einflusses der bäuerlichen Bevölkerung auf die Kreis- und Provinzialverwaltung wie jeder freiheitlichen Ausgestaltung des Vereinsrechtes. Daneben ist sie unablässig und nicht ohne Erfolg bemüht, ihren Einfluß auf die Reichspolitik auszudehnen.

Die Macht der reaktionären Parteien kann nur gebrochen werden durch eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts. Als eine befriedigende Reform ist allein der Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es im Reiche haben, anzusehen. Daneben ist eine den veränderten Bevölkerungsverhältnissen angepaßte Neueinteilung der Wahlkreise eine unerläßliche Forderung der Gerechtigkeit.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen sich die liberalen Wähler in Stadt und Land zusammenschließen und mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten. Nur ein zugleich einheitliches und kraftvolles Vorgehen kann dem Liberalismus jetzt und in Zukunft die gebührende Stelle unter den Machtfaktoren des öffentlichen Lebens verschaffen.

Da, wo wir zurzeit den Wahlsieg nicht aus eigner Kraft erringen können, ist — trotz der prinzipiellen Gegensätze, die uns von der Sozialdemokratie trennen — eine Verständigung auch mit dieser angezeigt. Unsern Parteifreunden im Lande geben wir anheim, unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und auf Grund des bei den Urwahlen zutage tretenden Stärkeverhältnisses in dahin zielende Verhandlungen einzutreten."

9.

Sozialdemokratischer Wahlaufruf.

19. Oktober. „An die Wähler zum preußischen Landtag" richtet das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee im „Vorwärts" einen Aufruf, in dem es heißt:

Wähler! Wir wissen, daß unter der Herrschaft dieses Dreiklassenwahlsystems und besonders auch wegen der damit verbundenen öffentlichen Stimm-

abgabe große Hinderniſſe vorhanden ſind, um die Stimmen des arbeitenden Volkes zur Geltung zu bringen. Hunderttauſende, die bei den Reichstagswahlen zu uns halten und unſern Kandidaten ihre Stimmen geben, ſind bei der öffentlichen Stimmabgabe bei den Landtagswahlen gezwungen, entweder der Wahlurne fern zu bleiben und ſo auf die Ausübung ihres wichtigſten Staatsbürgerrechts zu verzichten, oder ſogar gegen ihre Ueberzeugung, einem Drucke von oben folgend, Kandidaten zu wählen, die ſie als ihre Todfeinde anſehen. So kommt zu der Rechtloſigkeit noch die politiſche Heuchelei, zu welcher Staatsgewalt und herrſchende Klaſſen ungezählte Wähler zwingen. Das hindert aber nicht, daß dieſe Gewalten ſich als Hüter und Wahrer der öffentlichen Moral und Sittlichkeit aufwerfen. Um ſo notwendiger iſt, daß diejenigen Wähler, die Rückſichten nicht zu nehmen haben, Mann für Mann am 12. November an die Wahlurne treten und den ſozialdemokratiſchen Wahlmännern ihre Stimme geben, welche unſre Partei in allen den Wahlbezirken der Wahlkreiſe aufſtellen wird, in welchen ſie ſich Erfolg verſpricht.

II.

Ergebnis der Wahlen.

22. November. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: „Das Geſamtreſultat der Wahlen zum Hauſe der Abgeordneten iſt folgendes: Gewählt ſind 148 Konſervative, 54 Freikonſervative, 97 Zentrum, 79 Nationalliberale, 23 Freiſinnige Volkspartei, 8 Freiſinnige Vereinigung, 13 Polen, 2 Dänen, 2 Bund der Landwirte, 2 Reformpartei, 5 Fraktionsloſe. — Die Konſervativen gewinnen 9 Sitze und verlieren 5, die Freikonſervativen gewinnen 4, verlieren 8, die Nationalliberalen gewinnen 12, verlieren 7, die Freiſinnige Volkspartei gewinnt 4, verliert 8, die Freiſinnige Vereinigung verliert 2, die Fraktionsloſen verlieren 1 und gewinnen 5 Sitze."

Elfter Abſchnitt.

1. Tagung des 11. Reichstags.

(Erſter Teil: 3. bis 15. Dezember.)

Eröffnung.

3. Dezember. Der neugewählte Reichstag wird vom Reichskanzler Grafen v. Bülow mit folgender Rede eröffnet:

Geehrte Herren!

Seine Majeſtät der Kaiſer haben mich zu beauftragen geruht, Sie in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen am Beginne der erſten Tagung der neuen Legislaturperiode willkommen zu heißen. Seine Majeſtät vereinigen Sich mit Seinen Hohen Verbündeten in dem Wunſche, daß es Ihnen gelingen möge, die wichtigen

und schwierigen Fragen, die auf den verschiednen Gebieten der Reichsverwaltung an Sie herantreten werden, in einmütigem Zusammenwirken mit den Regierungen zu gedeihlicher Lösung zu bringen. Auch haben Seine Majestät mich beauftragt, von dieser Stelle aus Seinen Kaiserlichen Dank auszusprechen allen, die an Seinem Leiden und an Seiner Heilung einen Seinem Herzen wohltuenden Anteil genommen haben.

Der wirtschaftliche Druck, welcher seit mehreren Jahren auf allen Staaten mit hochentwickelter Industrie lastet und auch gegenwärtig noch nicht ganz überwunden ist, hat auch auf die Finanzen des Reichs seine ungünstigen Einwirkungen ausgeübt. Trotz sparsamster Bemessung der Ausgaben muß zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushaltsetat neben der Heranziehung der Bundesstaaten zu ungedeckten Matrikularbeiträgen wiederum auf die Anleihe zurückgegriffen werden.

Das Bedürfnis einer bessern Ordnung der Reichsfinanzen und des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten hat sich immer mehr geltend gemacht. Wenn auch eine durchgreifende organische Reform zurzeit noch nicht erfolgen kann, so soll sie doch einstweilen durch Beseitigung der bestehenden größten Uebelstände wenigstens angebahnt werden. Zu diesem Zwecke wird dem Reichstag ein Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs, zugehen.

Auf dem Gebiete des Heerwesens soll zunächst die Verlängerung des mit dem 31. März 1904 ablaufenden Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 25. März 1899, um ein Jahr vorgeschlagen werden. Es ist ferner allseitig als dringendes Bedürfnis anerkannt worden, das Versorgungswesen für die Offiziere und Mannschaften des Reichsheeres den zeitigen Lebens- und Erwerbsverhältnissen entsprechend gesetzlich neu zu regeln. Zwei Gesetzentwürfe, durch welche auch die Versorgung der Offiziere und Mannschaften der Marine und der Schutztruppen auf gleicher Grundlage neu geordnet werden soll, werden Gegenstand der Beschlußfassung des Bundesrats sein.

Die sozialpolitische Gesetzgebung auf den in frühern Kundgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortzuführen, den Bedürftigen erweiterte Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz zu gewähren, sind die verbündeten Regierungen — unbeirrt durch politische Strömungen — fest entschlossen. Sie geben sich der Hoffnung hin, in allen Kreisen volles Verständnis dafür zu finden, daß durch das schnelle Anwachsen unsrer Bevölkerung und durch die allgemeine Entwicklung unsrer Erwerbsverhältnisse die Tätigkeit der Regierungen und die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes noch vor große Auf-

gaben gestellt sind, wenn wir den Anforderungen steigender Kultur gerecht werden sollen.

Durch eine besondre Vorlage ist den verbündeten Regierungen vorgeschlagen, in Erfüllnng eines weitverbreiteten Wunsches Streitigkeiten der Handlungsgehülfen aus ihrem Dienstverhältnisse vor einem durch sachkundige Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer verstärkten Gericht in einem schleunigen Verfahren zum Austrage zu bringen.

Das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 verfolgt in den Bestimmungen des Abschnitts IV über den Börsenterminhandel unter anderm das Bestreben, einer Ausnutzung des Börsenverkehrs zu unwirtschaftlichen, insbesondre zu reinen Spielzwecken entgegenzuarbeiten. Indessen haben sich unter dem Schutze einzelner Vorschriften des Gesetzes Mißbräuche herausgebildet, die Treu und Glauben verletzen und hierdurch den volkswirtschaftlich berechtigten und notwendigen Börsenverkehr empfindlich schädigen. Um diese Erscheinungen zu beseitigen, wird eine Aenderung jenes Gesetzabschnitts zur Beratung gestellt werden. Im Anschlusse hieran soll versucht werden, durch eine Aenderung der Reichsstempelgesetzgebung berechtigten Interessen des Börsenverkehrs entgegen zu kommen. Dabei werden auch Unzuträglichkeiten zu beseitigen sein, die sich im Gebiete dieser Gesetzgebung in andrer Richtung, insbesondere in bezug auf die Ausspielungen, ergeben haben.

Bedauerlicherweise sind neuerdings in einem Teile der deutschen Rebgelände Schädlinge in einem Umfang aufgetreten, der für die Zukunft unsers Weinbaues zu schweren Besorgnissen Anlaß gibt. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen haben sich zur erfolgreichen Bekämpfung der drohenden Gefahr in manchen Punkten als unzulänglich erwiesen. Es wird daher eine Vorlage ausgearbeitet, die den Behörden schärfere Waffen in die Hand geben soll, um auf diese Weise jenen kostbaren Zweig der deutschen Landwirtschaft vor größerm Unheile zu bewahren.

In Erfüllung eines Wunsches, der vom Reichstag in frühern Legislaturperioden wiederholt ausgesprochen worden ist, verhandelt der Bundesrat über einen Gesetzentwurf, welcher die Frage eines gesetzlichen Entschädigungsanspruchs für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu regeln bestimmt ist.

Die wirschaftliche Erschließung unsrer Schutzgebiete hängt davon ab, daß es gelingt, sie mit leistungsfähigen Verkehrsmitteln auszustatten. Besonders dringlich ist dies für die Entwicklung von Deutsch-Ostafrika. Es besteht die Absicht, den schon dem letzten Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über die Zinsgarantie für eine Bahn von Daressalam nach Mrogoro, nachdem dieser Entwurf wiederholter

Prüfung unterzogen worden ist, mit einigen Aenderungen Ihrer Beschlußfassung von neuem zu unterbreiten.

Auf Grund des im Vorjahr aufgestellten neuen Zolltarifs sind mit mehreren Staaten des europäischen Kontinents Unterhandlungen wegen Neugestaltung der bestehenden Handels- und Tarifverträge eingeleitet worden. Bei der gegenwärtigen Sachlage erscheint es zweckmäßig, die bisherigen Grundlagen für die Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zum Britischen Reiche einstweilen beizubehalten. Es wird Ihnen deshalb der Entwurf eines Gesetzes zugehen, welches dem Bundesrat über den 31. Dezember d. J. hinaus die Befugnis zur meistbegünstigten Behandlung britischer Angehöriger und Erzeugnisse beilegt.

Das Deutsche Reich unterhält zu allen fremden Mächten gute und freundliche Beziehungen. In der schwierigen mazedonischen Frage, welche die europäische Diplomatie in der letzten Zeit am meisten beschäftigte, stehen deutsche Interessen erst in zweiter Linie. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat aber an ihrem Teile mitgewirkt, um ernstern Verwicklungen tunlichst vorzubeugen und zum Erfolge der Bestrebungen der nächstbeteiligten Mächte für ruhige und geordnete Zustände in Mazedonien beizutragen. Seine Majestät der Kaiser hat zu Seiner Freude auch in diesem Jahre mit Seinen Hohen Verbündeten in Rom und in Wien und mit dem befreundeten Herrscher des Russischen Reiches in persönlichen Gedankenaustausch treten können. Dabei ist der Wunsch und die Hoffnung aufs neue befestigt worden, daß der Friede, das größte Gut für die Wohlfahrt der Völker, auch ferner vor gefährlichen Störungen bewahrt bleibe.

Geehrte Herren! Sie stehen im Begriff, Ihre bedeutsamen und verantwortungsvollen Arbeiten aufzunehmen. Möchten Ihre Verhandlungen dazu beitragen, den friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze zu fördern, die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes mehr und mehr zu bessern und des Reiches Macht und Ansehen zu unser aller Wohl zu heben und zu stärken.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

Konstituierung.

4. Dezember. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten v. Winterfeld-Menkin wird der Graf v. Ballestrem (Zentrum) mit 250 von 353 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten, der Graf Udo zu Stolberg zum ersten, Abgeordneter Paasche (nat-lib.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Fraktionen.

15. Dezember. Es stellt sich heraus, daß die 394 Inhaber von Mandaten sich auf die Fraktionen also verteilen: Deutsch-Konservative 51, Reichspartei 20, Deutsche Reformpartei 5, Wirtschaftliche Vereinigung 13, Zentrum 100, Polen 15, Nationalliberale 50, Freisinnige Vereinigung 10, Deutschfreisinnige Volkspartei 21, Deutsche Volkspartei 6, Sozialdemokraten 80. Keiner Fraktion gehören 23 Mitglieder an.

Reichshaushaltsetat für 1904 und Reichsfinanzreform.

Vorlagen.

4. Dezember. Der vorgelegte Reichshaushaltsetat führt in Einnahme und Ausgabe 2460735004 Mark auf, die fortdauernden Ausgaben mit 2057047075 Mk., die einmaligen mit 403687929 Mk., davon im ordentlichen Etat 174551765, im außerordentlichen 229136164 Mark.

Da die Matrikularbeiträge 577645860 Mark, die Ueberweisungen aber nur 553931000 Mark betragen, so ergeben die von den Verbündeten Regierungen übernommenen ungedeckten Matrikularbeiträge die Summe von 23714850 Mark.

Der Entwurf zum Etatsgesetz ermächtigt den Reichskanzler, die Summe von 214713352 Mark (+ 20048897 Mark) im Wege des Kredits flüssig zu machen. Dieser Betrag setzt sich zusammen, wie eine beigefügte Denkschrift ausführt, einerseits aus Forderungen für die außerordentlichen Bedürfnisse des Reichsamts des Innern, des Reichsschatzamts, der Post- und Telegraphenverwaltung, des Reichsheeres, der Marine, der Reichseisenbahnen und der Expedition nach Ostasien, sowie aus der Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Etat aus dem Rechnungsjahre 1902, andrerseits aus einem Zuschusse zu dem einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, wozu folgendes zu bemerken ist: Da die Ungunst in der Entwicklung der Einnahmen des Reichs zum großen Teil noch nicht überwunden ist, hat es sich nicht umgehen lassen, für 1904 zur Herstellung des Gleichgewichts bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats den Kredit in Anspruch zu nehmen. Trotzdem diese Ausgaben bei allen Verwaltungen mit der größten Sparsamkeit angesetzt worden sind, fehlen zu ihrer Deckung rechnungsmäßig 83214860 Mark. Davon haben die Bundesstaaten an Matrikularbeiträgen, für die sie aus den Ueberweisungssteuern keine Deckung erhalten, 23714860 Mark zur Zahlung übernommen, während der Rest von 59500000 Mark den Betrag des Anleihezuschusses darstellt. Schon in den Jahren 1902 und 1903 erklärten die

Bundesstaaten sich außerstande, eine höhere Summe als je rund 24 Millionen Mark an ungedeckten Matrikularbeiträgen zu tragen, womit sie ihre Budgets bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit belasteten. Wird berücksichtigt, daß die Verbündeten Regierungen in den Jahren von 1899 bis einschließlich 1903 bereits über 95½ Millionen Mark an ungedeckten Matrikularbeiträgen dem Reiche zuführten, sowie daß die Schwere einer solchen Leistung sich um so drückender fühlbar macht, je länger sie Jahr für Jahr an die Bundesstaaten herantritt, so ergiebt sich ohne weiteres, daß insbesondre die finanziell schwächren unter ihnen in der Tat in eine ungemein schwierige und bedenkliche Lage geraten müßten, wenn ihnen für 1904 höhere Beiträge als in den Vorjahren aufgebürdet werden sollten. Daraus folgt, daß das Reich ohne eine Besserung in seinen Einnahmen seine steigenden Bedürfnisse nicht bestreiten kann, und daß bis dahin zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen nochmals auf die Anleihe zurückgegriffen werden muß, so unerwünscht eine solche Maßnahme auch vom Standpunkt einer gesunden Finanzwirtschaft ist.

Der Etat der Reichsschuld weist folgende Ziffern auf: Einnahmen 13700 Mark; fortdauernde Ausgaben 105312550 Mark, und zwar für Verwaltung 532500 Mark, für Verzinsung 104780000 Mark. Die 3½prozentige Reichsschuld erfordert zur Verzinsung 43400000 Mark, die 3 prozentige 53505000 Mark, die Verzinsung der zur Deckung des Anleihebedarfs bestimmten Mittel 6375000 Mark.

Die zweite Vorlage betrifft Aenderungen im Finanzwesen des Reichs und lautet also:

Die Vorschriften über die Ueberweisung eines Teiles des Ertrags der Zölle und der Tabaksteuer, dann des Ertrags der Stempelabgaben an die Bundesstaaten, sowie die Bestimmung § 2 des Gesetzes, betreffend Verwendung von Mehrerträgen der Reichseinnahmen und Ueberweisungssteuern zur Schuldentilgung, vom 28. März 1903 werden aufgehoben.

§ 2. Artikel 70 der Verfassung erhält folgende Fassung:

Artikel 70. „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen ordentlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, solange die erforderlichen Deckungsmittel nicht auf andre Weise, insbesondre durch Einführung weiterer Reichssteuern beschafft werden, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Insoweit diese Beiträge in den Ueberweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresschluß in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen.

Etwaige Ueberschüsse aus den Vorjahren dienen, insoweit durch das Gesetz über den Reichshaushaltsetat nicht ein andres bestimmt wird, zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben."

§ 3. Der bugdetmäßige Betrag der von den Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge soll in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1904 in Kraft.

Erste Beratung.

9. Dezember. Staatssekretär Freiherr v. Stengel leitet die Beratung in längerer Rede ein. Was den Abschluß des Jahres 1902 betreffe, so belaufe sich der Fehlbetrag auf 30 Millionen Mark. Hinsichtlich der Schätzungen für 1903 werde sich der Fehlbetrag voraussichtlich auf 24 Millionen Mark belaufen. Der Staatssekretär bemerkt hierzu weiter:

Die Mehrausgaben seien hauptsächlich hervorgerufen durch die erhöhten Ansprüche der Invalidenversicherung ($1^3/_4$ Millionen Mark) und der Verzinsung der Reichsschulden. Die Gesamtmindereinnahmen betragen $12^1/_2$ Millionen Mark, auch hier entfalle der Hauptteil wieder auf die Zuckersteuer (Maischbottichsteuer, obwohl die Verbrauchsabgabe sich infolge der Verbilligung des Zuckers zu heben scheine. Die Ueberweisungssteuern werden sich 1903 etwas günstiger stellen als im Vorjahr. Der Etat 1904 sei mit größter Sparsamkeit aufgestellt, aber der Sparsamkeit seien bei einem Etat wie dem des Deutschen Reiches gewisse Grenzen gezogen, die man nicht ohne Schädigung des Ganzen überschreiten dürfe. Die Matrikularbeiträge seien wieder gewachsen, dürften aber nicht überspannt werden. Deshalb werde man leider wieder zu einer Zuschußanleihe in Höhe von $59^1/_2$ Millionen greifen müssen. Der Fehlbetrag des Ordinariums sei in diesem Jahre in das Extradinarium gelegt worden. Im ganzen hätten sich die Einnahmen nicht in dem Maße fortentwickelt wie die Ausgaben. In diesem Sommer sei wieder eine neue Bilanz des Reichsinvalidenfonds aufgestellt worden; sie habe einen Bestand von $312^1/_2$ Millionen Mark ergeben. Da die Lasten für die Veteranen ständig wachsen, sei das Ende des Fonds vorauszusehen, wahrscheinlich für 1913. Die Aufbesserung der Beamtengehälter müsse leider versagt werden, mit Ausnahme des Anfangsgehalts der gering besoldeten Unterbeamten, das von 700 auf 800 Mark erhöht wurde. Der Staatssekretär geht sodann das voraussichtliche Ergebnis der einzelnen Einahmen des Reiches durch und betont bei den Ausgaben, daß stets das Bestreben vorgewaltet habe, möglichst viele Posten aus dem Extraordinarium zu übernehmen, so bei der Marine 17 Millionen. Die Bilanzierung des Etats sei die wichtigste Frage der Gegenwart, und damit komme er zu der Vorlage über die Finanzreform. Zum Teil wurzle die schlechte Finanzlage des Reiches in der wirtschaftlichen Lage, zum Teil aber auch in der mangelhaften gesetzlichen Einrichtung, die es von den Bundesstaaten abängig mache. Hier müsse der Hebel angesetzt werden. Der Gesetzentwurf wurzle in der Einschränkung der Franckensteinschen Klausel und in der anderweiten Gestaltung des Verhältnisses zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen. Jetzt werde jährlich eine halbe Milliarde ohne erheblichen Zweck zwischen dem Reich und den Bundesstaaten hin- und hergeschoben. Allgemein mache sich der Wunsch nach einer Abänderung geltend. Schon längst hätte hier die bessernde Hand angelegt werden sollen. Nur um dem Reichstag ein konstitutionelles Recht zu wahren, widerstrebte die Mehrheit den bisherigen Versuchen einer Reichsfinanzreform. Die

Einschränkung der Franckensteinschen Klausel bedeute aber gar keine Einschränkung des Budgetrechts des Reichstages. Schon Graf Posadowsky habe dies früher nachgewiesen. Die durch die Lex Franckenstein geschaffne Verdunklung benehme jede Freude und jedes Interesse am Reichshaushaltsetat. Heute sei der Etat ein Buch mit sieben Siegeln. Die Pietät für die Franckensteinsche Klausel dürfe nicht zur Versteinerung führen. Auch der Vorwurf, daß die Reform nur eine platonische Schuldentilgung anstrebe, sei unberechtigt, auch stoße der Entwurf keineswegs das Recht des Reiches um, die Bundesstaaten heranzuziehen, er unterscheide nur zwischen gedeckten und ungedeckten Matrikularbeiträgen. Gelinge es nicht, hier eine Besserung herbeizuführen, so bleibe nichts übrig, als neue Steuerquellen zu erschließen.

Schädler (Zentrum) widmet dem Leiden des Kaisers Worte des Bedauerns und bemerkt:

Der Etat fordre vielfach zur Kritik heraus. Er wundre sich vor allem, daß die Forderung für die Oberstleutnants wiedergekehrt sei, freue sich aber, daß man endlich zur Erhöhung des Grundgehalts der Unterbeamten kommen werde. Von der Sparsamkeit sei natürlich die Marine nicht betroffen worden, und statt der versprochnen Zurückziehung der ostasiatischen Besatzungstruppen präsentiere die Regierung eine Mehrforderung. Die ostasiatische Expedition habe die Schuldenlast um 270 Millionen gesteigert. Man sollte doch endlich mit der Weltpolitik etwas Einhalt tun. Die Reichsfinanzreform habe außer der schwachen Tendenz zur Schuldentilgung noch die entschiedene Tendenz, die Matrikularbeiträge zu beseitigen, insbesondre die Lex Franckenstein. Er könne in der Vorlage kein Windei erblicken, aber auch keine angenehme Ueberraschung. Vielleicht gelinge es, aus ihr den guten Kern herauszuschälen. Redner geht dann auf den Prozeß des Leutnants Bilse ein, der recht bedenkliche Lichter auf das Offizierskorps in Forbach geworfen habe. Jetzt müsse auch der neue Kriegsminister mit einem eisernen Besen die unsaubern Elemente hinauskehren. Vor allem müsse dem übertriebenen Luxus des Offizierkorps gesteuert werden. Ein andrer schmerzlicher Punkt seien die fortgesetzten Soldatenmißhandlungen. Redner spricht sich weiter für den baldigen Abschluß der Handelsverträge aus und für Fortführung der Sozialpolitik im Sinne der Februarerlasse. Warnen möchte er die Regierung vor allen Ausnahmegesetzen trotz der drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen. Zu bedauern sei, daß die Regierung dem Reichstag noch immer keine Diäten bewilligen wolle. Was die Ostmarkenzulage betreffe, so halte die Zentrumsfraktion diese Richtung der preußischen Politik für gänzlich verfehlt und den Fonds für einen Korruptionsfonds.

10. Dezember. Bebel (Soz.): Der Schatzsekretär hat nicht zu rosig gemalt; es ist anzuerkennen, daß er eine ganz zutreffende Schilderung gegeben hat. Man hätte schon längst etwas tun sollen, um der Finanzkalamität abzuhelfen. Das hat man nicht getan; im Gegenteil, der letzte Reichstag hat noch die Flottenvermehrung bewilligt. Daher auch das Trauerspiel, das wir jetzt sehen! Selbst die berüchtigte Zuschußanleihe ist wieder da, obwohl sie direkt verfassungswidrig ist. Das Finanzreformgesetz ist nur ein Produkt der Sorge für die Zukunft des Reiches. Der Schatzsekretär sprach gestern das seltsame Wort, daß es sich nur um ein konstitutionelles Recht handle. Wir sind gegen das Gesetz; wenn es angenommen würde, wäre es eine Selbstentmannung des Reichstags. Die Hauptschuld an der traurigen Finanzlage trägt nur das Zentrum. Eine neue Militärvorlage steht uns noch bevor; aber warten Sie nur, bis der neue Zolltarif und bessere Einnahmen kommen. Ich glaube sicher, daß noch eine ganze Reihe von Projekten im Hintergrunde schweben. Neue

Artillerie- und Kavallerieforderungen werden uns bevorstehen. Die letzte Artillerievorlage war ganz voreilig eingebracht; unsre jetzigen Geschütze sollen nach General v. Alten zu nichts taugen. Die Rohrrücklaufgeschütze lagen schon lange vor, trotzdem machte man 1896 die Vorlage. Aber es scheint, als ob man an den höchsten Stellen den Reichstag für eine Versammlung von großen Kindern hält, denen man alles zutrauen kann. Ein fortwährender Wechsel herrscht in unsrer Armee; jeden Augenblick gibt es neue Instruktionen, neue Röcke, Knöpfe, Schnüre usw. Die Unzufriedenheit unter den Offizieren wächst; die Soldaten werden nur für Paraden ausgebildet; alle Zeit wird zu Paraden und Schaustellungen verwandt, man glaubt sich in das Zeitalter der Cäsaren versetzt. Bei allen neuen Steuerprojekten ist nur von indirekten Steuern, die die Massen treffen, die Rede. Nun soll die Tabaksteuer erhöht werden; tausende von Existenzen würden dadurch ruiniert werden. Eine Reichseinkommensteuer, die nur die Reichen treffe, würde große Summen bringen, 200 Millionen mindestens; aber dagegen sträuben sich die besitzenden Klassen, sie wollen nur eine Wehrsteuer, die wiederum die Armen am meisten treffe. Ueber die neuen Handelsverträge sagt die Thronrede so gut wie nichts. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt eine ganze Reihe von sozialpolitischen Anträgen gestellt, augenscheinlich haben unsre drei Millionen Stimmen ihnen Angst gemacht. Die Arbeiter werden jetzt unter Anwendung von brutalen Machtmitteln gezwungen, aus ihren Fachvereinen auszutreten. Warum wurde Graf Bülow kein Millerand? Bei uns giebt es keinen größern Feind einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter als den Handelsminister Möller. Kopfschütteln auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen erweckt auch unsre Geschenk- und Freundschaftspolitik. Der Amerikaner Vanderbilt wurde in Westpreußen vom Offizierkorps empfangen. Was hat denn der für Verdienst? Unser Benehmen Rußland gegenüber hat verzweifelte Aehnlichkeit mit Bauchrutschen. Hunderte von russischen Geheimpolizisten sind bei uns tätig. Rußland ist im großen und ganzen ein Barbarenland und verdient die Unterstützung eines Kulturstaates. Die russische Regierung hat schon monatelang vorher von dem Belgrader Königsmord gewußt und hat ihn nicht verhindert. Nicht rückwärts, sondern vorwärts in der Kultur, das ist unsre Parole.

Auf die Rede Bebels antwortet **Graf Bülow**:

In militärischen Fragen habe ich mehr Vertrauen zum Kriegsminister als zu Bebel. Der Drill ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck; ihm verdanken wir die gute Ausbildung unsrer Truppen. Manöver und Paraden haben einen großen erzieherischen Wert. Die Soldatenmißhandlungen mißbillige ich aufs entschiedenste. Mit aller Entschiedenheit werde ich auftreten um sie auszurotten. Das Recht der Kritik bestreite ich keinem Abgeordneten, aber sie muß auch einen patriotischen Zweck haben und darf nicht nur der Agitation dienen, wie bei Bebel. Auch darf man nie alles so verallgemeinern, wie er. Ich glaube, es giebt auch innerhalb der Sozialdemokratie räudige Schafe und gemeine schwache Menschen. Die Aufdeckung solcher Vorgänge wie in Forbach halte auch ich für nützlich. Sie zeigt der Militärverwaltung, wo sie eingreifen muß. Aber ich lege dagegen Verwahrung ein, daß solche Vorgänge typisch für das deutsche Offizierskorps seien. Es wird auch anderwo ge-

sündigt. Ganz ohne Schuld scheint mir nicht einmal die Sozialdemokratie zu sein. Unser Offizierkorps wird stets seiner großen Traditionen eingedenk sein. Unsre auswärtige Politik ist so gemäßigt, wie sie nur sein kann. Gerade in der Mandschurei haben wir nichts zu tun. Wenn Bebel dort einen Feldzug eröffnen will, möge er allein vorgehen. Tief bedauern muß ich die Art, wie Bebel Stimmung gegen Rußland gemacht hat. Eine derartige zügellose Sorte von Kritik entspricht weder den Wünschen noch den Interessen des deutschen Volkes. Ich weiß bestimmt, daß ich die Mehrheit des deutschen Volkes hinter mir habe, wenn ich unsre Beziehungen zu Rußland weiter pflege. Der Amerikaner Vanderbilt wurde bei uns wieder empfangen, weil er im Vorjahr Deutsche bei sich aufgenommen hatte. Wenn wir einflußreiche Fremde empfangen, vergeben wir uns nichts. Die Art und Weise, wie Bebel über die Handelsverträge sprach, kann den Abschluß solcher Verträge nur erschweren. Von einem Stillstand in der Sozialpolitik ist keine Rede. Wenn wir einen Millerand hätten, so würden ihm von keinem mehr Knüppel zwischen die Füße geworfen werden, als von Bebel. Daran kann doch nach den Vorgängen beim Dresdner Parteitag kein Zweifel mehr sein. Wir werden in der Sozialpolitik stetig fortschreiten. Die Witwen- und Waisenversicherung wird eingeführt werden und später vielleicht auch die Arbeitslosenversicherung. Wir müssen aber auf vernünftigem Boden bleiben. Forderungen, wie die Sozialdemokratie sie stellt, erschweren nur die Durchführung sozialpolitischer Reformen. Nichts schadet den Arbeitern mehr, als wenn man sozialpolitische Zwiste mit antimonarchischen Tendenzen verknüpft. In keiner Republik wird so viel für die Arbeiter getan, als im monarchischen Deutschland. Das ganze Ausland gibt zu, daß nirgends so viel getan worden ist. Von der Schweiz, die Bebel erwähnte, wird ihm nicht unbekannt sein, daß große sozialpolitische Gesetze von der Bundesversammlung angenommen wurden, aber in der Volksabstimmung fielen, so die Arbeitslosenversicherung im Kanton Basel. Eine schöne Illustration zu den Angriffen Bebels auf die höhern Stände! Bebel hat eine entsetzliche Schilderung der heutigen Zustände entworfen und uns zweimal mit dem sinkenden Rom verglichen. Ein hinkenderer Vergleich ist mir noch nicht vorgekommen. Ich habe mich doch auch mit Geschichte beschäftigt, aber ich versichere Ihnen, daß dieses Hohe Haus ganz anders aussieht, als der Senat zur Zeit des Tiberius, und wenn Bebel diese Rede unter Caligula gehalten hätte, wäre sie ihm schlecht bekommen! Bebel hat auch von Byzantinismus gesprochen. Ich gestehe, daß mich das gewundert hat. Ihm wird es nicht unbekannt sein, daß es einen Byzantinismus gibt nicht nur nach oben, sondern auch nach unten. Es gibt nicht nur

Fürſtenſchranzen, ſondern auch Volksſchranzen. Das ſind die, die den untauglichen Maſſeninſtinkten ſchmeicheln. Von ihnen hat unſer größter Dichter geſagt, daß ſie die ſchlimmſten ſind. Keine Partei hat die Redefreiheit andrer Parteien und ihre Verſammlungsfreiheit ſo wenig reſpektiert wie die ſozialdemokratiſche. Welche Tyrannei wird von Ihnen auf Bauplätzen, in den Werkſtätten gegen nicht organiſierte und anders organiſierte Arbeiter ausgeübt? Wie tyranniſch geht es in den Verwaltungen der Krankenkaſſen zu? Und wie iſt es denn bei Ihnen mit der Meinungsfreiheit beſtellt? Sie reden immer vom „finſtern Mittelalter.“ Auf keinem Konzil iſt eine ſolche Engherzigkeit, ſolche Unduldſamkeit, ſolche Ketzerrichterei hervorgetreten, wie auf dem Dresdner Parteitag. Keine Bulle war ſo intolerant wie die dortigen Erklärungen Bebels. In Dresden iſt ja eine wahre Exkommunizierung erfolgt. Excommunicatio major, excommunicatio minor. Sie haben einen Index aufgeſtellt, in welche Zeitungen geſchrieben werden darf und in welche nicht. Das iſt alles andre, nur nicht Freiheit. Ihre Freiheit iſt die Willkür für Sie, der Terrorismus für die andern. „Willſt du nicht mein Bruder ſein, ſo ſchlag' ich dir den Schädel ein.“ Wenn ich Ihnen (nach links) eine Zenſur ausſtellen darf, ſo würde ich ſagen: Kritik, Agitation und, damit Sie ſehen, wie objektiv ich bin, Disziplin und Opferfreudigkeit Ia, poſitive Leiſtungen, Klarheit des Programms Vb. Mein großer Vorgänger Fürſt Bismarck hat einmal von der Sozialdemokratie geſagt: Je ſtärker ſie wird, deſto mehr muß ſie mit poſitiven Plänen herausrücken. Die Kritik ſei leicht, das Beſſermachen ſchwer. Jetzt ſeien es 25, er gebe ihnen noch ein drittes Dutzend, dann aber verlange er einen genauen Operationsplan für die Einrichtung des Zukunftsſtaates. Seitdem ſind zwanzig Jahre verfloſſen, und die Sozialdemokratie hat bereits das ſechſte Dutzend überſchritten, aber dieſen Operationsplan haben wir immer noch nicht. Bebel hat neulich in Karlsruhe geäußert, der Untergang der bürgerlichen Geſellſchaft ſtehe näher bevor, als dieſe vielleicht glaube. Sie können es uns deshalb doch nicht verübeln, wenn wir wiſſen wollen, was uns bevorſteht. Beſitzen Sie alſo einen genauen Plan für die Errichtung des Zukunftsſtaates, dann heraus damit! Sie müſſen uns doch endlich einmal ſagen, was Sie anſtelle unſers heutigen Staatsweſens ſetzen wollen, wie das Paradies ausſehen ſoll, in das Sie uns führen wollen. Ich habe mich ſeit Jahren redlich bemüht, mir aus Ihren Reden und Schriften ein Bild des Zukunftsſtaates zu machen, die Ausbeute war aber unendlich gering. In der Hauptſache war es ein Aufſatz Liebknechts in der Zeitſchrift Kosmopolis und die Broſchüre Kautskys: „Die ſoziale Revolution,“ die ich einen

grünen Bädeker für die Reise nach Utopien nennen möchte. Nach Liebknecht werden im Zukunftsstaat die Kasernen, Zuchthäuser und Schlösser verschwunden sein, die großen Städte nicht mehr existieren. Ich wundre mich nur, daß Sie die Farben nicht noch dicker auftragen und das Aufhören von Kopfweh und Zahnschmerzen im Zukunftsstaat prophezeien. Der Inhalt der Kautskyschen Broschüre bedeutet für mich den Sprung eines Blinden ins Dunkle. Was Sie anstelle des heutigen Staates setzen wollen, wissen Sie selbst nicht. Darüber sind Sie sich selbst nicht einig. Es ist schon gesagt worden, der Zukunftsstaat würde ein riesiges Staatszuchthaus darstellen. Wenn auch durch die Diktatur des Proletariats für den Augenblick alles gleich gemacht würde, würde doch bald der eine mehr als der andre haben. Ihre Gesellschaft setzt einen Altruismus, eine Bruderliebe voraus, die ich nicht für möglich halte. Die Republik Bebels ist die Republik Platos; diese ist nur möglich mit Engeln und Engelssöhnen. Bilden Sie sich denn ein, ein solcher Engel zu sein, Herr Bebel? Sie sind ein netter Engel! Den berechtigten, natürlichen Egoismus werden Sie nicht aus der Welt auszuschalten vermögen. Dazu müßten Sie vor allem selbst duldsam und gut sein, aber statt solcher Harmonien haben Sie in Dresden eine schreckliche Kakophonie aufgeführt. Bebel hält ein Milizheer für genügend. Er weiß doch, es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Glauben Sie wirklich, wir könnten ohne eine wohldisziplinierte Armee einem auswärtigen Feinde gegenübertreten? Um die von Bebel gewünschte auswärtige Politik zu realisieren, brauchten wir ein viel stärkeres Heer, als wir jetzt haben, denn Bebel will ja überall intervenieren, in Finnland, in Rumänien, sogar in der Mandschurei. Wie denkt sich Bebel die Leitung der auswärtigen Politik? Wen hat er als Minister des Aeußeren ins Auge gefaßt? Nach dem Dresdner Parteitag wird es kein Akademiker sein dürfen. Wie denken Sie über Rußland? Das größte Pech, meine ich, das Bebel passieren könnte, wäre, wenn durch ein Wunder die Sozialdemokratie plötzlich die Macht erhielte. Dann würde sie ihre ganze Impotenz in bengalischer Beleuchtung zeigen. Freilich auch für uns wäre diese plötzliche Machtgewinnung ein heilloses Pech. In den Ausführungen Bebels treten zwei Gesichtspunkte unverkennbar hervor. Einmal die bestehende Staatsordnung umzustürzen, dann Anklagen wegen mangelnden Entgegenkommens gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erheben. Wir werden die bestehende Staatsordnung, dieses Haus, in dem wir wohnen, mit allen Kräften verteidigen, darauf können Sie sich sicher verlassen. An diesem Hause haben viele gearbeitet, viele große Geister und tüchtige Männer. Aufzubauen ist schwer,

einzureißen ist leicht. Künstler, die den Tempel aufführen, die werden selten geboren, aber Herostraten, die bereit sind, ihn umzustürzen, die sind zu Dutzenden vorhanden. Wir werden unser Haus zu verteidigen wissen mit Festigkeit und mit Ruhe. Wenn wir die Gefahr nicht fürchten, so kennen wir doch sehr wohl die Gefahren, die die Quelle unsrer Macht und Wohlfahrt bedrohen, und alle Versuche, an die Stelle der organischen, der gesetz- und verfassungsmäßigen Fortentwicklung die widerrechtliche, gewaltsame Revolution zu setzen, werden nach meiner Ueberzeugung scheitern an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, das sich selbst aufgeben würde, wenn es Ihnen folgen wollte.

11. Dezember. Sattler: Der Etat enthält viele Unklarheiten. Es ist eine Finanzreform im großen Stile nötig. Die Entwicklung der Finanzen ist nicht erfreulich. Der Entwurf des Finanzreformgesetzes bildet nur einen kleinen Fortschritt. Ein Mangel ist es auch, daß wir keine feste Organisation der Reichsfinanzverwaltung haben. Gerade das Deutsche Reich braucht ein kräftiges selbständiges Finanzministerium, das auch den andern Ressorts gegenüber fest auftritt; namentlich ist das dem Auswärtigen Amte und der Militärverwaltung gegenüber nötig. Bedauerlicherweise hat der Reichstag die ostafrikanische Bahnvorlage verschleppt. Seltsam ist es, daß die Regierung jetzt beim Ablauf des Quinquennats dieses nicht erneuern will. Wie will die Regierung für den nötigen Ersatz unsers Offizierkorps sorgen? Es läßt sich nicht leugnen, daß der Luxus im Offizierkorps immer mehr steigt. Vielleicht liegt hier auch ein Grund dafür vor, daß es uns an Offizieren fehlt. Wenn man dann liest, daß ein einziger Unteroffizier über tausend Mißhandlungen begangen hat, so krampft sich uns das Herz zusammen, hier muß für dauernd gründliche Abhilfe gesorgt werden.

Der preußische Kriegsminister **v. Einem** bezeichnet den an der Grenze, in Forbach vorgekommnen Fall Bilse (Schilderung der traurigen Zustände im Offizierkorps der Garnison) für ganz vereinzelt. Ein solcher Fall werde nicht wieder vorkommen. Was die Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte betrifft, so handle es sich nur um einen Prozentsatz von 0,32. Das Beschwerderecht habe gut gewirkt. Die Geschütze des deutschen Heeres seien durchaus kriegsbrauchbar, insbesondre besser als die französischen schweren Rohrrücklaufgeschütze. Das Heer sei jetzt so fest gefügt, daß es ruhig noch ein Jahr mit dem alten Militärgesetze bestehen könne. Es sei deshalb die nötigere Militärpensionsvorlage eingebracht. — **Richter:** Die Offizierkasinos förderten den Luxus. Leider sei bei der Annahme von Offizieren der Beruf der Eltern ausschlaggebend, daß auf Abstammung, Glaubensbekenntnis und politische Gesinnung der Angehörigen gesehen werde. Der Blick müsse auf die Vorbildung der Offiziere und Unteroffiziere gerichtet werden. Redner bedauert, daß man nicht schon längst zur einjährigen Feststellung der Friedenspräsenzstärke gekommen sei. Alsdann würde für das Heer weit eher mehr bewilligt werden. Durch die neue finanzielle Vorlage würde der Betrag der ungedeckten Matrikularbeiträge um $1^1/_2$ Millionen Mark vermindert und der Anleihebedarf um 21 Millionen gesteigert werden. Der neue Schatzkanzler scheine das konstitutionelle Recht des Reichstags gering anzuschlagen. Diese Vorlage bringe keine Klarheit, bringe vielmehr neue Unklarheiten. Redner vermißt die Vorlegung einer Uebersicht über die einzelnen Bewilligungen. Die Pensionsfrage für die Offiziere könne man nicht günstiger gestalten ohne, das Gleiche für die Beamten zu tun. Die große Flottenstation und die Brigade in Ostasien er-

schienen nicht nötig. Leider wolle man jetzt noch mehr Geld in Afrika stecken. Es scheinen neue Steuern nötig zu werden. — Staatssekretär v. Stengel verwahrt sich gegen die ihm beigemessene Ansicht bezüglich der konstitutionellen Rechte des Reichstags und möchte, zur Vermeidung von Beunruhigung, jetzt keine Erklärung über neue Steuern abgeben. — v. Kardorff glaubt, daß die neue Vorlage etwas Einfachheit in den Etat bringen werde; er rühmt ferner, daß das Deutsche Reich weniger Schulden habe als andre Länder, und wünscht eine baldige Kündigung der Meistbegünstigungsverträge. Endlich spricht er den Wunsch aus, daß allen, die sich als überzeugte Sozialdemokraten bekennen, das direkte und indirekte Wahlrecht auf fünf Jahre möchte entzogen werden.

12. Dezember. Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben wendet sich gegen den Vorschlag Richters, den Einzelstaaten 24 Millionen Mark aufzuerlegen. Die Vorlage sei geeignet, Mißstände zu mildern und die Bundesstaaten wie das Reich besser zu stellen. „Vergessen Sie nicht, in welcher geradezu dringenden Notlage manche Bundesstaaten sich befinden! Ihre Reserven sind aufgebraucht, sie müssen wegen der Anforderungen des Reiches dringende kulturelle Aufgaben zurückstellen, sie müssen Schulden machen, neue Steuerquellen haben sie nicht.“ — v. Starzinsky wendet sich gegen die vorgeschlagne Ostmarkenzulage. Ebenso Schrader (Fr. Ver.), der ferner bemerkt: Der Etat ist außerordentlich unklar; keiner, der sich mit ihm befaßt, ist in der Lage, sich auszurechnen, welche Beträge schließlich das Reich bekommen soll, aber dieser Grund ist nicht ausreichend, um ein wertvolles finanzielles und politisches Recht aufzugeben. 25 Millionen Mark Matrikularbeiträge für die größern Staaten sind nicht zuviel, bei den kleinern wird eine andre Normierung der Beträge Besserung schaffen können. Die einzelnen Staaten werden nicht durch die Höhe der Matrikularbeiträge so sehr bedrückt, wie durch die Ungewißheit der Lage des Etats. Es ist sehr unbequem für die Staaten, nicht übersehen zu können, wie sich der Etat gestalten wird. Solange es nicht direkte Reichssteuern gibt, müssen wir die Matrikularbeiträge als Sicherheitsventil beibehalten. — Payer (D. Vp.) ist gegen die Ostmarkenzulagen und wundert sich über die Leichtigkeit, mit der man „in Berlin“ das Defizit aufgenommen habe. Wir sind Gegner dieser Finanzreform, denn sie ist weiter nichts als die Einleitung einer sehr wesentlichen Erhöhung der indirekten Abgaben, gegen die wir uns nach Kräften sträuben werden. Zudem wird das Bewilligungsrecht des Reichstags zu einer leeren Phrase herabsinken. Die Regelung des Eisenbahnwesens muß von Reichs wegen vorgenommen werden, denn wir haben jetzt unerträgliche Verhältnisse in den Einzelstaaten. Mußte doch im württembergischen Landtag festgestellt werden, daß Preußen mit den umliegenden Staaten Verträge abgeschlossen hat, um den Güterverkehr um Württemberg herumzuleiten. So geht es auch andern Bundesstaaten. Es ist doch ein Unding, daß sich unsre Bahnen Konkurrenz machen wie die amerikanischen Eisenbahnen untereinander und zwei Verkaufshäuser.

14. Dezember. Bebel antwortet auf die Rede des Reichskanzlers vom 10. Dezember. Diesem spricht er jeden Funken von Verständnis für die Sozialdemokratie ab, er unternimmt einen scharfen Angriff auf Rußland und bezeichnet den in Dresden stattgehabten sozialdemokratischen Parteitag als Jungbrunnen seiner Partei. Ueber militärische Dinge habe der Kanzler erstaunliche Ansichten. Der Kriegsminister befinde sich in gedrückter Stimmung, weil die am Heere geübte Kritik auch von hervorragenden Generalen für berechtigt erklärt werde. Angriffe auf das Heer habe er nicht verallgemeinert. Der gute Wille zur Beseitigung von Mißhandlungen der Soldaten habe nichts genützt. Wenn der Kriegsminister unser Geschütz für besser hält als das französische Rohrrücklaufgeschütz, so wird er uns hoffentlich mit einer neuen

Artillerievorlage verschonen. Der Reichskanzler meinte, die Mandschurei gehe uns nichts an; dabei werden aber in dem Kiautschouetat viele Millionen von uns gefordert. Da kann uns die Sache doch nicht so gleichgiltig sein. Die Ausführungen des Reichskanzlers, daß ich überall Konflikte hervorrufen wollte, waren deplaziert und nur darauf berechnet, die Sachen auf seine Seite zu bringen. Mit seinen Fragen über den Zukunftsstaat hat der Reichskanzler nach ungelegten Eiern gefragt, und darum pflege ich mich nicht zu kümmern. Wenn wir mal zu der Macht kommen, werden wir schon die nötige Intelligenz besitzen. Wissen Sie denn, wen alles wir in unsern Reihen haben? Wenn wir die Macht besitzen, wird sicherlich auch eine Anzahl der Geheimräte des Reichskanzlers zu uns kommen, um gute Bezahlung und anständige Behandlung zu bekommen. Der Reichskanzler hat uns einen großen Küchenzettel vorgeführt von all den schönen Dingen, die er für den Arbeiter tun will, aber daran fehlt die Hauptsache; weder von der vollen Koalitionsfreiheit noch von einem freien Vereins- und Versammlungsrecht ist darin die Rede. In den Republiken haben die Arbeiter das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, in unsrer Monarchie nicht. In Republiken haben die Arbeiter auch ein größeres Maß von Versammlungs- und Preßfreiheit; in den Monarchien Preußen und Sachsen ist es auf diesem Gebiete schlecht bestellt. Der Reichskanzler sprach auch von sozialdemokratischem Terrorismus. Das tat er, nachdem ich von dem Terrorismus gesprochen hatte, den die sächsische Regierung in Crimmitschau gegen die Arbeiter anwendet. Der Terrorismus herrscht am meisten bei den Behörden, man denke nur an den Wahlterrorismus. Den staatlichen Bergarbeitern verkümmert man das Koalitionsrecht; die Landarbeiter haben überhaupt kein Koalitionsrecht, sozialdemokratische Arbeiter werden ohne weiteres entlassen. Der Reichskanzler fragte, wie wir uns die Zukunft dächten. Es ist doch nicht möglich, daß wir darüber etwas Bestimmtes sagen. Warum stellt denn der Reichskanzler eine solche Frage? Schon früher haben wir darüber hier unfruchtbare Debatten geführt.

Auf diese Rede erwidert der Reichskanzler **Graf Bülow**, indem er die einzelnen Behauptungen Bebels mit Witz zurückweist. Daß Abgeordneter Bebel bestreitet, zu *verallgemeinern*, ist eine seiner kühnsten Behauptungen, die er heute aufgestellt hat. Wenn er glaubt, wir merkten das nicht, so unterschätzt er unsre Kapazität. Bebel hat gefragt, wo wird mehr *geschimpft* als auf dem Exerzierplatz. Ich könnte ihm einen Ort nennen, wo das geschieht, und sogar einen Mann nennen, der besonders viel schimpft, aber ich tue es nicht. Der Abgeordnete Bebel hat von der Bildungsfeindlichkeit der Bourgeoisie gesprochen. Aber woher kommt denn der Haß gegen die Akademiker? In der *auswärtigen Politik* können wir es ihm nicht recht machen. Mischen wir uns ein, so sagt er: Wir müssen doch überall dabei sein! Mischen wir uns nicht ein, so ruft er aus: Wir lassen Macht vor Recht gehen! Interventionen führen entweder dazu, daß wir uns lächerlich machen — wenn wir sie nicht nachdrücklich betonen können —, oder sie führen zu langwierigen Verwicklungen. In *Dresden* ist eine große *Mohrenwäsche* abgehalten worden, aber es ist keiner weiß herausgekommen. Als Bebel auf den *Zukunftsstaat* kam, sagte ich, jetzt ist der große Moment, wo das Bild von Sais enthüllt wird. Aber er hat kritisiert und im

übrigen: blauer Dunst. Ich habe gesagt, im Zukunftsstaat muß es aussehen wie in einem größern Plötzensee. Es gibt keine Wahl der Arbeit und der Wohnstätte. Das ist eine Zuchthausordnung. Die Sozialdemokraten wollen doch jeden Besitz den Besitzenden wegnehmen, ohne Rücksicht auf die Leistung des Einzelnen. Der sozialdemokratische Staat aber wird durch fortgesetzte Teilungen dafür sorgen müssen, daß nicht wieder neues Privateigentum entsteht. Denn sollten da keine Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten entstehen, so müßten im Zukunftsstaate nur Engel sein. Ich erkläre offen: Ein Beamter darf kein Sozialdemokrat sein. Ich sehe an der positiven Arbeit der Sozialdemokraten nur eine geistlose, vertrocknete, vergiftete Agitation, die wie ein wüster Sirokko über Deutschland hinweggeht. Ich sehe nur eine maßlose Kritik. Bebel will uns hineinführen in seinen Absolutismus, der an die Zustände im sinkenden Rom erinnern würde. Ueber dem Lager der Sozialdemokraten weht nicht die Fahne der wahren Freiheit. Die Diktatur des Proletariats wäre die Diktatur der Klubredner, die jetzt in Dresden ihr struppiges Haupt erhoben hat, das hat sich in Frankreich 1789 und 1871 gezeigt. Lord Spencer hat kurz vor seinem Tode in einem Briefe erklärt, der Triumph der sozialdemokratischen Weltanschauung wäre der härteste Schlag für die Kultur. Die Diktatur der Sozialdemokraten müßte zur Militärdiktatur führen. Ich hoffe, die Vaterlandsliebe der Deutschen wird uns davor bewahren.

Auch der preußische Kriegsminister **v. Einem** wendet sich nochmals gegen Bebel.

Stöcker wendet sich gegen die Sozialdemokratie. Sie lehre uns ja viel Gutes, sie bringe uns die Arbeiterkreise näher, aber was an der Sozialdemokratie richtig ist, sei so in Haß und Bosheit eingetaucht, daß es nicht heilsam wirken kann, weil es nur die Gemüter der kleinen Leute und der Arbeiterschaft vergifte. Die deutsche Sozialdemokratie ist von jedem Idealismus entblößt, das ist die große Erkenntnis der Tage von Dresden. Kurze Zeit nach Dresden tagten in Frankfurt 600000 deutsche organisierte Arbeiter, die auf dem Boden des Christentums, der Vaterlandsliebe und Monarchie stehen. Aus diesen Kreisen muß die neue, soziale Bewegung, die uns nottut, hervorgehen.

15. Dezember. **Graf Limburg-Stirum** (kons.); bittet die Regierung, Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten zu treffen, ehe es zu spät sei, mit dem bloßen Appell an die bürgerlichen Parteien sei es nicht getan. — **v. Tiedemann** (Reichsp.): Daß der Dresdner Parteitag den Arbeitern die Augen öffnen wird, daß sie sich von ihren Führern abwenden, glaube ich nicht. Die Streiterei zwischen den Führern wird wenig Eindruck auf die Arbeiter machen. — Reichskanzler **Graf Bülow**: Graf Limburg will Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten. Glaubt er denn, daß solche Gesetze hier eine Mehrheit finden werden? So lange dies aber nicht der Fall ist, würden wir nur Zwiespalt zwischen den bürgerlichen Parteien säen. Wenn Ausschreitungen auf Bauplätzen usw. vorkommen, so werden sie schon jetzt bestraft. Wenn Graf

Limburg mehr will, kann er ja Anträge stellen. Die Regierung tut alles, was sie kann, um gesetzwidrige Ziele zu bekämpfen. Doch erreicht sie hier mehr mit Ruhe als mit Heftigkeit und unüberlegter Hitze. Freund einer nervösen Gesetzgebung bin ich nicht. Wer der Majestät des Gesetzes entgegentritt, wird zerschmettert. Dagegen tun wir alles, so weit es der unvollkommnen menschlichen Natur möglich ist, um den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter zu genügen. Der Vergleich unsrer Zeit mit der Zeit vor der französischen Revolution paßt nicht. Wir haben eine soziale Gesetzgebung. Ich hoffe, daß die Debatten der letzten Zeit dazu beitragen werden, um das Selbstbewußtsein der bürgerlichen Parteien zu kräftigen.

Ferner ergreifen das Wort Stolle, Geheimrat Fischer, Liebermann, Blumenthal, Graf Limburg-Stirum, Staatssekretär Graf Posadowsky, der preußische Minister Budde und Molkenbuhr.

II.

Handelsbeziehungen zum britischen Reiche.

12. Dezember. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach der Bundesrat ermächtigt wird, den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen der britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen bis auf weiteres diejenigen Vorteile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1904 in Kraft. (Der zwischen dem Zollverein und Großbritannien am 30. Mai 1865 geschlossene Handelsvertrag ist nur bis Ende d. J. verlängert.) — Die Vorlage wird nach kurzer Verhandlung angenommen.

15. Dezember. Dritte Lesung.

Zwölfter Abschnitt.

Schutzgebiete.

Deutsch-Ostafrika.

12. September. In Dar-es-Salam tritt ein vom Gouverneur Grafen Götzen berufnes Wirtschaftsparlament zusammen, das sich für die Förderung des Eisenbahnbaues ausspricht.

Die wirtschaftliche Lage der Kolonie sei infolge des Mangels an Einrichtungen, deren sich alle Nachbarkolonien zu erfreuen haben, in eine schwere wirtschaftliche Krisis geraten, deren Ende nicht abzusehen sei. Nur die schleunige Inangriffnahme der notwendigsten Eisenbahnbauten könne Hilfe bringen. Nur dadurch werde sich Deutsch-Ostafrika zu einem nützlichen Bestandteil des Deutschen Reiches entwickeln können. Die fortgeschrittne Kenntnis des Landes lasse mit

Sicherheit behaupten, daß es in seinen Menschen und seiner Natur die Möglichkeit einer bedeutenden Entwicklung in sich trage. Die Versammlung bezeichnet es als dringend erforderlich, eine Eisenbahnverbindung von Kilwa nach einem Punkt am Nyassasee herzustellen, um den Handelsverkehr der deutschen, britischen und kongolesischen Seengebiete, der jetzt infolge fehlender leichter Verbindung mit der Küste immer mehr zurückgeht, neu zu beleben, und vor allem nach der deutschen Küste zu lenken auf einem Wege, den die Natur als kürzesten und billigsten vorgezeichnet habe.

Anfang November. Durch eine vom Reichskanzler erlassene Zollverordnung werden die Zollverhältnisse einheitlich geordnet, sodaß die Verschiedenheit der Zollordnungen und Tarife, die für die Küsten- und für die Binnengrenze galten, wegfällt.

(Der Fortfall der Unterscheidung ist möglich geworden, nachdem das Abkommen zwischen England, Italien und dem Deutschen Reich über den Tarif der östlichen Zone des konventionellen Kongobeckens vom 22. Dezember 1891 seitens Englands gekündigt war. Geradezu nötig ist aber die einheitliche Behandlung der Küsten- und Binnengrenze durch den Ausbau der englischen Ugandabahn und durch die damit in Verbindung stehende Entwicklung des Handels über die nördliche Binnengrenze von Deutsch-Ostafrika geworden, denn der bisherige Zustand begünstigte, namentlich durch die niedrigen Ausfuhrzölle an der Binnengrenze, die Ablenkung des Handels nach der Ugandabahn zum Schaden der deutschen Küstenplätze.)

Südwestafrika.

Anfang August. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verfügung betreffend Rechtsgeschäfte und Rechtsstreitigkeiten Nichteingeborner mit Eingebornen im südwestafrikanischen Schutzgebiet.

Anfang September. Deutsche Privatleute richten an den Reichskanzler eine Eingabe, die sich gegen die Landgesellschaften in Deutsch-Südwestafrika und die Beteiligung britischen Kapitals an der Erschließung der Kolonie wendet.

Ende Oktober. Der Volksstamm der Bondelzwarts, der seit 1898 Ruhe gehalten hatte, empört sich gegen die deutsche Herrschaft.

20. November. Der größte Teil der deutschen Schutztruppe in Verbindung mit den Witbois und Bastards umzingelt das Hauptlager der Aufständischen in den Karasbergen und erstürmt Sandfontein, worauf die Bondelzwarts sich auf eine britische Insel im Oranjeflusse zurückziehen.

Kamerun.

23. Mai. Die Schutztruppe unter Oberleutnant Hirtler unterwirft den unbotmäßigen Volksstamm Bametta.

Im August. Die Kommission für die Festsetzung der deutsch-englischen Grenze im Süden des Tschadsees beendet die Messungen und kehrt längs der abgesteckten Grenzlinie nach Jola zurück.

10. Dezember. Der deutsche Botschafter in London übergibt der britischen Regierung eine Note, in der das deutsch-englische Abkommen vom 24. Februar 1894 über die Errichtung eines einheitlichen Zollgebiets für das deutsche Schutzgebiet Togo und die britische Besitzung an der Goldküste östlich des Voltaflusses gekündigt wird. Das Uebereinkommen tritt am 30. April 1904 außer Kraft.

Dreizehnter Abschnitt.

Totenliste.

21. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Rich. Roesicke, Kommerzienrat, Generaldirektor der Schultheißbrauerei in Berlin, 1890—98 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, bisheriger Abgeordneter für den Wahlkreis Dessau-Zerbst, stirbt, fast 58 Jahre alt, in Berlin.

24. Juli. Der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts, Wirklicher Geheimrat v. Jacobi, 1879—81 Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium, 1881—86 Präsident der Preußischen Zentralbodenkreditgesellschaft, seit 1888 im Ruhestand, stirbt 75 Jahre alt in Zinnowitz.

8. August. Der Wirkliche Geheimrat v. Oheimb-Holzhausen, 1854 im Oberpräsidium zu Koblenz, seit 1856 Minister in Lippe-Detmold, einst Mitglied des Bundesrats des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins, stirbt in Minden.

9. August. Der welfische und preußenfeindliche Schriftsteller Onno Klopp stirbt im 82. Lebensjahre in Wien, wo er zum Katholizismus übergetreten war. Den Feldzug gegen Preußen hatte er 1866 im Hauptquartier des Königs von Hannover mitgemacht.

10. August. Der deutsche Gesandte Freiherr v. Wangenheim in Buenos Aires stirbt daselbst. Er war früher Generalkonsul in Sofia, dann in Warschau.

12. August. Der Wirkliche Geheimrat Albert v. Levetzow, 1881—84 und 1888—95 Präsident des deutschen Reichstags, auch lange Zeit Führer der konservativen Partei in Preußen, stirbt 76 Jahre alt auf seinem Gute Gossow bei Königsberg in der Neumark.

31. August. Barkhausen, seit 1891 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, der 1890 Unterstaatssekretär im Kultusministerium gewesen war, stirbt 72jährig bei der Beerdigung des Generalsuperintendenten Nehmiz in Breslau.

26. September. Der Rittergutsbesitzer v. Grand-Ry, seit 1870 Mitglied des Reichstags, des Abgeordnetenhauses und der Zentrumsfraktion, stirbt 56 Jahre alt.

12. Oktober. Der Prediger Richter, von 1862—79 nat.-lib. Vertreter des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow im Abgeordnetenhause, stirbt 81 Jahre alt in Mariendorf.

23. Oktober. Tod des 60jährigen Generals der Infanterie Freiherrn v. Gemmingen, Präsidenten des Reichsmilitärgerichts in Berlin, der dieses Amt seit dem 1. Oktober 1900 bekleidete.

1. November. Tod des Prof. Th. Mommsen in Charlottenburg. Er gehörte zu den Gründern der deutschen Fortschrittspartei im Jahre 1861, vertrat 1873—82 den Wahlkreis Kottbus-Spremberg-Kalau im preußischen Abgeordnetenhause, 1878—81 den Wahlkreis Koburg im Reichstage und gehörte als Parlamentarier zuerst der nationalen Partei, später der Freisinnigen Vereinigung an.

7. November. Tod des Bischofs Dr. Brück von Mainz.

24. November. Der seit 1890 unter dem Schutze des Deutschen Reichs stehende Bischof v. Anzer zu Yen-tscho-fu in der chinesischen Provinz Süd-Schantung stirbt in Rom.

4. Dezember. Tod des Reichstagsabgeordneten für Osnabrück-Bersenbrück, Freiherrn v. Schele-Schelenburg.

6. Dezember. Der frühere Oberpräsident der Provinz Sachsen, Wirklicher Geheimrat A. v. Pommer-Esche, einst Landtagsabgeordneter für den Kreis Mörs, stirbt 66 Jahre alt in Berlin.

11. Dezember. Tod des Kammerherrn O. v. Arnim-Kröchlendorff, seit 1860 Mitglied des Herrenhauses, 90 Jahre alt.

Vierzehnter Abschnitt.

Veränderungen in den höhern Beamtenstellen.

Im Juli. Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Madrid, Legationsrat Freiherr v. Seefried auf Buttenheim, wird zum deutschen Gesandten bei den Republiken Zentralamerikas mit dem Amtssitze in Guatemala ernannt.

Im August. General v. Goßler wird auf seinen Antrag vom Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden und Generalleutnant v. Einem genannt v. Rothmaler, Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements, zum Staats- und Kriegsminister ernannt. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ein anerkennungsvolles Handschreiben des Kaisers vom 14. August an General v. Goßler.

(v. Goßler war der vierte in der Reihe der vom Kaiser Wilhelm II. ernannten Kriegsminister. Keiner seiner Vorgänger war so lange auf seinem Posten wie er. Im Jahre 1888 stand der noch von Kaiser Wilhelm I. er-

nannte General Paul Bronsart v. Schellendorff an der Spitze des Kriegsministeriums, der im April 1889 das Kommando des I. Armeekorps übernahm und 1891 gestorben ist. Vom 8. April 1889 bis 4. Oktober 1890 war General v. Verdy du Vernois Kriegsminister, der nach anderthalbjähriger Amtsführung zur Verfügung gestellt wurde. Sein Nachfolger wurde der General v. Kaltenborn-Stachau, der am 17. Oktober 1893 in Ruhestand trat. Es folgte der General Walther Bronsart v. Schellendorff, der am 14. August 1896 unter Ernennung zum Generaladjutanten zur Verfügung gestellt wurde. Seitdem stand General v. Goßler an der Spitze des Kriegsministeriums, dem er vorher schon lange Jahre angehört hatte, zuletzt von 1891—1895 als Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements.)

Freiherr v. Heintze-Weißenrode wird zum Ministerresidenten bei der Republik Kuba in Havanna ernannt. — Der evangelische Feldpropst Richter erhält den Titel Wirklicher Geheimrat. — Graf Robert v. Zedlitz-Trützschler, der 1881 Regierungspräsident von Oppeln, 1884 Mitglied des Staatsrats, 1886 Oberpräsident von Posen, im März 1891 Kultusminister wurde, diese Stelle aber wegen Mißglückens seines Schulgesetzentwurfs schon im März 1892 niederlegte und 1898 die Stelle als Oberpräsident von Hessen-Nassau erhielt, wird an Stelle des zurückgetretenen Herzogs v. Trachenberg zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt. — An seine Stelle in Kassel wird v. Windheim berufen, der erst im Januar d. J., als Nachfolger des in Ruhestand getretenen v. Puttkamer, die Stelle als Regierungspräsident in Frankfurt a. M. übernommen hatte, nachdem er seit 1895 Polizeipräsident in Berlin an Stelle v. Richthofens gewesen war.

Freiherr v. Thielmann, der im Herbst 1897 als Nachfolger des Grafen Posadowsky das Reichsschatzamt übernommen hatte, tritt zurück. An seine Stelle tritt der frühere Professor an den Universitäten zu Würzburg und München, der bayrische Staatsrat Freiherr v. Stengel, der seit zwei Jahren bayerscher Bevollmächtigter zum Bundesrat war (geb. 1840 in Penlendorf bei Bamberg). — Der Präsident des Reichsgerichts Dr. v. Oehlschläger tritt an dieser seit 1891 bekleideten Stelle zurück. Er stand 1879—1884 von der Spitze des preußischen Generalauditorats, 1884—89 an der des Kammergerichts in Berlin und 1889—1891 an der des Reichsjustizamts. An Stelle v. Oehlschlägers wird der Direktor im Reichsjustizamt Dr. Gutbrod ernannt. Er ist 1831 in Stuttgart geboren, wurde vor 27 Jahren in das Reichsjustizamt berufen und ist seit 1884 Mitglied des Herrenhauses sowie preußischer Kronsyndikus. An Gutbrods Stelle tritt der Geheime Oberjustizrat Dr. Hofmann. — Der Oberpräsident von Ostpreußen, Freiherr v. Richthofen, tritt im 62. Lebensjahre zurück. Er war 1885—89 Kabinettsminister in Lippe, 1894—1901 Regierungspräsident in Köln. An seine Stelle tritt der bisherige Regierungspräsident zu Potsdam,

Freiherr v. Moltke, Neffe des Feldmarschalls, der 1898—1900 Regierungspräsident in Oppeln gewesen ist.

Im November. Landrat v. Fidler in Saarbrücken wird zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Erfurt ernannt. Der Regierungspräsident von Erfurt, v. Dewitz, wird in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. d. Oder versetzt. — An Stelle des verstorbnen Generals v. Gemmingen wird der kommandierende General des 9. Armeekorps, v. Massow, zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts ernannt. — An Stelle des zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannten bisherigen Regierungspräsidenten von Moltke in Potsdam wird der Oberpräsidialrat der Provinz Brandenburg, von der Schulenburg, zum Regierungspräsidenten in Potsdam ernannt. — Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vizeadmiral v. Tirpitz, der Chef des Marinekabinetts Freiherr v. Senden-Bibran und der Chef der Marinestation der Nordsee, Bendemann, werden zu Admiralen, der Wirkliche Oberkonsistorialrat Voigts in Hannover wird, an des verstorbnen Barkhausen Stelle, zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats ernannt. Dessen bisherige Stelle erhält der Konsistorialpräsident Chalybäus in Kiel. Der Geheimrat im Kultusministerium v. Chappuis wird als Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat zum Direktor in diesem Ministerium ernannt.

Die übrigen deutschen Bundesstaaten.

Bayern.

I.

Parteibewegung im Frühjahre.

Anfang Januar. Der katholische Priester v. Berlichingen hält in Würzburg Vorträge über die deutsche Reformation. Dem „Schwäbischen Merkur" wird darüber berichtet:

In einer Anspielung, die den Friedensfreund nur trüb stimmen kann, nennt er sich den Berlichingen mit dem eisernen Mundwerk. Ueber die Ursachen der Reformation sagt er: „Saßen doch zweihundert Jahre lang lauter Schurken und Faulenzer auf den deutschen Fürstenthronen, Fresser und Säufer, und das war die Sumpfgrube, aus der die Reformation herausgestiegen ist. Und eben diese Fürsten waren es, die der Reformation zufielen." Ueber Luther: „Luthers Vater mußte seinen Besitz verlassen, weil er einen Bauern erschlagen hatte." Luthers Verhältnis zu „Frau" Cotta, „eine junge Witwe und Schneegans," vergleicht Berlichingen mit dem jenes Oberprimaners, der sich jüngst mit der jungen Frau eines Darmstädter Arztes erschossen hat. „Im Kloster wurde Luther halb verrückt." „Schon 1507 war Luther halb

verrückt, von Sinnen gekommen." „Sickingen, Hutten und die abgeseimten Halunken von Humanisten haben schließlich dem unerfahrenen Mönch eine teuflische Falle gelegt. Jene Humanisten, die den Anhang Luthers bildeten, sind ungläubige, revolutionäre, liederliche Studenten und Magister gewesen." „Im ganzen Protestantismus nichts als Lug und Trug." „Luther hat keine Sendung von Gott erhalten . . . er ist kein großer Mann gewesen, denn ein solcher tritt nicht so demütig und bescheiden auf."

Mitte Januar. Der evangelische Kirchenvorstand in Würzburg erläßt folgende Erklärung:

Ein katholischer Priester Adolf v. Berlichingen hält hier seit längerer Zeit öffentliche Vorträge über die Reformation. Diese Vorträge strotzen von empörenden Verunglimpfungen der Person Luthers und verletzenden Angriffen auf die evangelische Kirche. Wir protestieren mit Entrüstung gegen die der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagenden Behauptungen und ungerechtfertigten Schmähungen. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, mit unsern katholischen Mitbürgern in Frieden zu leben. Wir beklagen deshalb aufs tiefste die durch diese Vorträge verursachte Störung des konfessionellen Friedens in unsrer Stadt. Daß die Glieder unsrer Gemeinde diesen Vorträgen gegenüber die richtige Stellung einnehmen werden, sind wir überzeugt.

28. Januar. Der Vertretertag der bayrischen Zentrumspartei findet in München statt. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Schädler führt in einer längern Rede u. a. folgendes aus:

Wir haben die Konsequenz unsrer Anschauung, daß die Haltung des Ministeriums eine Schädigung der Staatsautorität sei, gezogen, und zwar dadurch, daß wir dem Ministerium unser Mißtrauen klipp und klar zur Kenntnis brachten, und daß wir daraus auch die Konsequenz bei dem noch übrig gebliebnen Reste des Etats zogen und die berühmten 100000 Mark gestrichen haben. Von jener Seite, die stets bereit ist, ihre monarchische Gesinnung zu revidieren, wenn etwas wider den Strich geht, hat man uns gegenüber beinahe die Majestätsbeleidigungsanklage erhoben, man hat diese Angelegenheit als einen gegen die erhabne Person des Prinzregenten gerichteten Schritt zu deuten gesucht. Wie kleinlich muß man sein, wie sehr muß man selber befangen sein in kleinlicher Anschauung, wenn man glaubt, daß der Regent einer solchen Summe bedürfte! Wir haben dem königlich bayrischen Staatsministerium unser Mißtrauen erklärt, das Mißtrauen unsrer Wähler und des katholischen Volkes im Lande; und auf dieser Tagung, die ein Blatt „Maskerade" genannt hat, haben wir einen Beweis dafür erhalten, daß die Vertreter unsrer Wählerschaft im ganzen Lande einstimmig mit Begeisterung zu uns stehen, daß unsre Wähler mit uns einig sind in der Betätigung dieses Mißtrauens für die Vergangenheit und für die Zukunft. Würden die hohen Herren sich umsehen im Volke, so würden sie erfahren, daß nicht bloß die Herren Daller, Schädler, Hebel, Pichler sich zum Mundwerk der kochenden Volksseele machen, sondern sie würden sich überzeugen, daß es nicht bloß kocht, sondern daß es am Ueberschäumen ist. Alle Bitterkeit und aller Schmerz, der sich seit einem Jahrzehnt aufgehäuft hat darüber, daß in einem zu zwei Drittel katholischen Lande der katholische Teil der Bevölkerung überall zurückgesetzt wird, als quantité négligeable behandelt, kocht in uns, und das katholische Volk ruft energisch: Bis hierher und nicht weiter! Wir stehen dem königlich bayrischen Staatsministerium heute noch so gegenüber, wie am Schlusse des Landtags, und will man eine Aenderung, dann ändre man sich selber oder ziehe die Konsequenz,

wenn man sich nicht ändern kann! Allen ängstlichen, um unser Wohl besorgten Freunden möchte ich sagen: Wir haben gar keine Lust, Dummheiten zu machen, und was unsre intimen Feinde anlangt, so sind wir alt genug, um uns von ihnen nicht aufs Eis führen zu lassen. Was wir zu klagen und zu sagen haben — wir wollen es selbst niederlegen an den Stufen des Thrones, wir bedürfen dazu keines Phonographen, wie wir uns andrerseits nicht der Furcht entschlagen können, als ob unsre Klagen zuerst einen Filtrierapparat zu passieren haben. Auch Ueberraschungen gegenüber wissen wir Stellung zu nehmen, fußend auf unser gutes Recht und auf das Vertrauen unsrer Wähler und des katholischen Volkes.

Es hat sich der Reichstag mit der Exegese kaiserlicher Reden, soweit dieselben im Reichsanzeiger enthalten sind, befaßt, und auch mit der Erörterung kaiserlicher Depeschen, obwohl dieselben nicht im Staatsanzeiger erschienen sind. Gerade der Umstand, daß es mir vergönnt war, im Namen des Zentrums zu sprechen, hat gezeigt, daß das Zentrum eine den föderativen Gedanken hochhaltende Partei ist. Der Reichskanzler hat es für angezeigt erachtet, sich mit meiner Rede zu beschäftigen, und er hat einige Punkte erwähnt, an denen ich nicht so ruhig vorübergehn kann. Daß der Kaiser wie jeder Staatsbürger, das Recht hat, seine Meinung zu äußern, wird von niemand bestritten, nur ist die Einschränkung zu machen, daß jeder von dem Rechte der freien Meinungsäußerung den Gebrauch macht, den ihm seine Stellung vorschreibt. Wir müssen das vom Kaiser um so mehr verlangen, als er unverantwortlich ist, die Kritik kaiserlicher Worte aber außerhalb des Raumes, wo die Immunität herrscht, gar sehr durch manche Schranken eingeengt ist. Der Reichskanzler sagte, es handle sich im vorliegenden Fall um einen persönlichen Meinungsaustausch zweier Souveräne, der nicht den Charakter eines Staatsaktes trage, um die Aeußerung eines Fürsten zum Fürsten, eines Freundes zum Freunde, es handle sich ausschließlich um eine persönliche Angelegenheit zwischen den beteiligten Bundesfürsten. Seit wann ist denn im Gebrauch, daß man den Verkehr des Fürsten zum Fürsten, des Freundes zum Freunde in einer rein persönlichen Angelegenheit durch den Telegraphen der Welt verkündet? Eigentümlich ist es auch, wenn in Abrede gestellt wird, daß das seitens des Auswärtigen Amtes in Berlin alle Vorteile genießende Wolffsche Telegraphenbureau ein offizielles Institut sei. Der Reichskanzler sagte: Daß der Prinzregent die Teilnahme des Kaisers nicht mißverstanden hat, geht daraus hervor, daß der Prinzregent den Prinzen Ludwig beauftragt hat, mündlich den Dank für das Telegramm zu wiederholen. Ich möchte hier die Frage aufwerfen, ob nicht der Reichskanzler im Eifer der Verteidigung seines kaiserlichen Herrn zu weit gegangen ist und infolgedessen den Teil für das Ganze, den Dank für das Anerbieten als Dank für das Telegramm genommen hat? In den Ausführungen des Reichskanzlers über die Kaiserreden liegt eine sehr große Gefahr für den Charakter des Bundesstaats. Wohin kommen wir, wenn wir die Kaiseridee fassen nach der Anschauung des Volkes? Welches Volk ist denn da gemeint? Gehören wir nicht auch noch dazu? Wie nun, wenn die Kaiseridee im Sinne des Volkes sich dahin entwickeln würde, natürlich im Laufe der Jahre, daß zur Vollkraft des Reiches die Abrundung gehöre, und daß es für das Reich besser wäre, wenn auch Bayern das Schicksal von Hannover teilte? Man hat uns heute ein Bukett dargebracht mit der Mitteilung, daß der Prinzregent mit besondrer Freude und Anerkennung sich über Bülows Rede zur Depesche geäußert und den Minister v. Crailsheim beauftragt habe, hiervon den hiesigen preußischen Gesandten in Kenntnis zu setzen. Wir anerkennen aus vollem Herzen die edle Ritterlichkeit des Regenten, die dem Mitverbündeten Verlegenheiten erspart. Wir haben diese Ritterlichkeit nicht zu

üben, wohl aber stehen wir da als Vertreter der bayrischen Rechte gegen Angriffe, woher sie kommen mögen. In diesem Sinne sage ich: Wir stehn zusammen und schützen das Haus Wittelsbach, wir schützen Bayern und seinen Regenten gegen diese Reichsidee! Für uns gibt es nicht die Kaiseridee, wie sie sich in Bülows Kopf ausmalt, sondern wie sie der Artikel 11 der Reichsverfassung klipp und klar ausspricht, die Idee des Präsidiums unter Gleichen. („Germania" Nr. 25 v. 31. Jan.)

Hierauf hält der Abgeordnete Reallehrer Dr. Heim eine längere Rede, vorwiegend über die wirtschaftliche Lage. Er verbreitet sich über den Zolltarif, wie er als fertiges Gesetz vorliegt, nach drei Seiten. Zunächst gibt er eine kurze Geschichte des Kampfes, zeigt dann, wie man der Aufgabe gerecht wird, den produzierenden Ständen der Landwirtschaft und Industrie Schutz zu geben, ohne drittens eine Schädigung der Konsumenten. — Liberale Blätter teilen mit, Heim habe, auf den starken Besuch der Versammlung hinweisend, u. a. gesagt, ohne jede Agitation sei dieser Erfolg erreicht worden; „wenn gekrönte Agitatoren für uns agitieren, dann kann es dem Zentrum nicht fehlen." In den Berichten der Zentrumsblätter kommt dieser Satz nicht vor. Nach einer Zuschrift „Aus Bayern, 6. Febr." an den „Schwäb. Merkur" hat Heim jene Aeußerung in jeder seiner zwei Reden vorgebracht, woraus zugleich auch zu schließen sei, „daß die Worte in ihrer ganzen verletzenden Schärfe wohl überlegt waren."

15. März. Eine von 600 Vertretern von Vereinen besuchte allgemeine Versammlung des nationalliberalen Parteitags des rechtsrheinischen Bayerns findet in Nürnberg statt. Hier wendet sich der Justizrat Kraußold gegen die neusten Versuche, den Religionsfrieden zu stören und Bayern als katholische Vormacht gegen das protestantische Preußen auszuspielen.

Professor Graf Dumoulin-Eckart bespricht die Entwicklung des Ultramontanismus in Bayern. Zur Schande Deutschlands habe Tilly heute noch ein Standbild in der Feldherrnhalle. Auf dem bayrischen Klerus laste der Druck des Ultramontanismus, dessen Ketten er trage. „Wüßten die Fürsten, wie stark sie sind, so würden sie ganz anders handeln. Der protestantische Ursprung verleugnet sich nicht bei den Wittelsbachern. Auch die Ultramontanen haben die als unser letztes Refugium geltende Verfassung beschworen; aber sie halten sie nicht. Wir Liberalen sind zu anständig. König Ludwig, der erste und bedeutendste aller Wittelsbacher, ist durch den Ultramontanismus zugrunde gegangen. Das Zentrumsprogramm enthält keine Spur wahrhaft bayrisch-nationalen Empfindens. Der Ultramontanismus ist der Herold der Feigheit. Deutschland möge seine Hand lassen von der nächsten Papstwahl. Mögen sie wählen, wen sie wollen. Alle, die das Zentrum mitgegründet haben, waren Todfeinde des Reichs. Beim Sturze Crailsheims liegt ein grenzenloser Undank vor. Die Jesuiten werden Weihrauch abbrennen und in den Kaiserpalast in Berlin einziehn. Der liberale Geist gründete das Deutsche Reich, der ultramontane bleibt stets unfruchtbar."

Der Parteitag erklärt:

Angesichts der unmittelbaren Bedrohung der Aufgaben des bayrischen Verfassungslebens auf religiösem und kulturellem Gebiete durch eine skrupellose Agitation, die die Religion zur Magd der engherzigsten Parteipolitik herabwürdigt und das Land aufs schwerste beunruhigt, das auf treues Zusammenwirken aller Kreise der Bevölkerung ohne Unterschied der Konfession hingewiesen ist, angesichts der Tatsache, daß die Agitation, die auf Zersetzung des Zusammenlebens zwischen den Angehörigen der verschiednen Konfessionen hinarbeitet, sich anschickt, nun auch das gewerbliche Leben unter Anwendung des konfessionellen Boykotts zu vergiften, ohne daß erkennbar die dazu berufnen Stellen ein Wort des Einspruchs gefunden haben, ist geschlossene Abwehr für alle verfassungstreuen Teile der Bevölkerung Bayerns unabweisbar geboten, daher rufen heute die in Nürnberg versammelten Delegierten der nationalliberalen Landespartei des diesseitigen Bayerns ihre Angehörigen in Stadt und Land auf, sich zu rühren und zu wehren, daher fordern die Delegierten die Gesamtpartei auf, neben dem steten Verteidigungskampf gegen die antimonarchischen und antinationalen Bestrebungen der Sozialdemokratie für die zur Zeit noch dringlicher gewordne Abwehr und Zurückdämmung des übermächtig gewordnen Ultramontanismus mit aller Kraft und Entschiedenheit einzutreten, insbesondre bei den nächsten Reichstagswahlen diesem Grundsatze gemäß zu handeln, speziell bei den Stichwahlen, wo nur immer einem Sozialdemokraten oder Ultramontanen ein Kandidat von monarchischer, antiultramontaner Gesinnung gegenübersteht, auf diesen bis auf den letzten Mann die Stimmen zu vereinigen.

21. März. Das „Neue Münchner Tageblatt" spricht sich also aus:

Die Läuse, die das Ministerium Crailsheim-Feilitzsch in den bayrischen Pelz gesetzt hat, fangen an, mit unerhörter Unverfrorenheit ihrem Uebermut die Zügel schießen zu lassen. Und nun aufgepaßt, ihr bisher liberalen Münchner Trottel: In der liberalen Radauversammlung vom 15. verstieg sich der Französling Graf Du Moulin-Eckart zu dem Grade der Ungebühr, daß er das Denkmal unsers unsterblichen Glaubens- und Kriegshelden Tilly in der Feldherrnhalle für eine Schmach erklärte.

23. März. Die katholischen bürgerlichen Vereine Münchens erlassen einen Protest gegen obige Worte des Professors Grafen Du Moulin-Eckart. Sie sagen:

Nun höre, königstreues, bayrisches Volk! Einer der erhabensten Fürsten, die je Bayerns Geschicke gelenkt haben, der kunstsinnige Vater unsers geliebten Prinzregenten Luitpold soll in München ein Denkmal errichtet haben, das dort steht zur Schande unsers Volkes?! Königstreues Bayernvolk! Katholisches München! Ergreift nicht flammende Entrüstung jedes Bayern Herz ob dem Schimpf, der durch diese Worte dem Hause Wittelsbach in seinen zwei größten Vertretern und dem edeln Helden Tilly zugefügt wurde? Darum legen wir Verwahrung ein gegen eine so bodenlose Beschimpfung des katholischen treuen Bayernvolkes und seines angestammten Herrscherhauses.

26. März. In einer Versammlung des Jungliberalen Vereins zu München, unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Kohl, sagt der Professor Boehtlingk in einer längern Rede:

Die Gefahr ist um so größer, je desorganisierter die liberalen Parteien gegenüber dem Ultramontanismus sich zeigen. Und das Zentrum

ist gar fest gefügt; aber es ist keine politisch ernst zu nehmende Partei, sondern es dient nur Rom. Ein Wahn ist es, zu glauben, im Zentrum verträten deutsche Männer des Reiches Interesse. Diesem Wahn war sogar Bismarck einmal erlegen, als er mit dem Zentrum paktieren wollte. Das Zentrum bekomme etwas oder bekomme nichts, es schaut immer nur nach Rom. Sind nicht die protestantischen Fürsten des Reichs, ja der Kaiser selbst umgeben von einem katholischen Adel, der gleichsam die päpstliche Nobelgarde bildet und die Fürsten förmlich gefangen zu setzen sucht? Präsidiert nicht Graf Ballestrem dem deutschen Reichstag, und scharten sich diese Adlichen nicht jetzt erst zusammen zu einer Adresse an den Rottenburger Bischof? Da heißt es Leute auftreiben gegen diesen römischen deutschen Adel. Dann hat doch auch mit dem Sozialdemokratismus das Zentrum paktiert. Und jetzt stellt das Zentrum sich zur Verfügung, dieses rote Gespenst zu bannen. Das ist echt römische Taktik.

Schließlich erklärt die Versammlung: „Politik und Religion können nicht klar und scharf genug voneinander gesondert werden. Eine konfessionell politische Partei, wie das Zentrum, die in erster und letzter Instanz die Interessen ihrer Kirche wahrnimmt, scheidet als solche bei der gemeinsamen Beratung und Betätigung in staatlichen Angelegenheiten aus. Im Interesse sowohl des Staates wie der Kirche ist die möglichste Trennung derselben auf der ganzen Linie anzustreben. Vor allem ist die Schule von der Kirche zu befreien. Die staatliche Erziehung muß eine gemeinsame und darf keine konfessionelle sein. Ohne Geistes- und Gewissensfreiheit gibt es keinerlei Freiheit. Indem der Ultramontanismus, der seine Losung aus dem Vatikan empfängt, diese verneint und bekämpft, bekämpft und verneint er die Grundlagen des modernen, auf sich gestellten Staatswesens und unsrer gesamten Kultur. Darum nieder mit dem Ultramontanismus! Nieder mit der römischen Gewaltherrschaft und Geistesknechtschaft in deutschen Landen!"

30. März. Die Nationalliberalen in Fürth halten eine Bismarckfeier. Professor Kahl aus Berlin führt in der Festrede den Grundgedanken aus, die kommenden Reichstagswahlen müßten im Geiste Bismarcks vor sich gehn. Als Richtschnur gelte: Kampf gegen alle Parteien, die vorgehen gegen Staat und Reich, Pflichttreue für das Ehrenamt eines Reichstagsabgeordneten und in allen Lagen das Vaterland über die Partei! Der Redner sagt u. a. folgendes:

Man wirft Bismarck sowohl den Beginn als den Abbruch des Kulturkampfes vor. Er oder der Staat hat ihn aber nicht begonnen, sondern der Klerikalismus, das Zentrum, dessen alter Trick es ist, den Angreifer zu machen und dann den Angegriffnen zu spielen. Der Wendepunkt im Jahre 1880 sei für den gewissenhaften Geschichtsforscher noch nicht hinlänglich aufgeklärt, um Schuld oder Nichtschuld richtig verteilen zu können. Eines ist sicher: die Liberalen haben keine Ursache, Bismarck einen Vorwurf zu machen, denn sie haben ihn damals im Stich gelassen und dadurch ihm das Zentrum in die

Arme getrieben. Um so mehr ist es heute ihre Pflicht, gegen dieses in die Schranken zu treten. Das Zentrum spricht von Treue zu Staat und Reich, solange beide sich als klerikale Schleppträger hergeben. Aber wenn sie in Wissenschaft, Kunst, Politik das nicht tun, dann ist die Treue nur leerer Wahn, dann wird gegen Staat und Reich mit der Sozialdemokratie um die Wette gearbeitet, und zwar unter Mißbrauch der Religion, unter Verweigerung der Absolution, Androhung des Verlustes der ewigen Seligkeit.

4. April. In einer Versammlung von Mitgliedern der Zentrumspartei zu München hält Prälat Huhn eine Rede über Tilly und die Jesuiten. Der Professor Graf Du Moulin müsse wegen seines obigen Ausspruchs büßen, und als Sühne müsse ein neues Denkmal Tillys im Wallfahrtsorte Altötting errichtet werden.

28. März. Die Sitzung des Gesamtvorstands des Deutschen Flottenvereins findet in München statt und gestaltet sich zu einer großartigen Kundgebung aller gebildeten Kreise Bayerns für das Deutsche Reich.

II.

Ministerium v. Podewils.

18. Februar. Der Prinzregent erteilt dem Grafen v. Crailsheim die erbetne Entlassung von der Stelle eines Ministerpräsidenten. In dem betreffenden Schreiben sagt er: „In den mannigfachen wichtigen Fragen, die sich aus dem Verhältnisse Bayerns zum Reiche ergaben, haben Sie die Rechte und Interessen des engern Vaterlandes stets zum Wohle desselben vertreten, dabei jederzeit festhaltend an dem glücklich bewährten Bunde, der die deutschen Staaten im Reiche vereint. In den innern Angelegenheiten einsichtig und maßvoll, versöhnlichem Ausgleiche stets zugeneigt, haben Sie, auf dem Boden von Gesetz und Verfassung stehend, die Rechte der Krone und des Staats nach allen Seiten gewahrt.“ (Graf Crailsheim, im 63. Lebensjahre stehend, befand sich seit dem 31. Mai 1890 als Nachfolger des Ministerpräsidenten v. Lutz an der Spitze der bayrischen Regierung. Er wurde seit v. Landmanns Entlassung von der bayrischen Zentrumspresse unausgesetzt auf das heftigste angegriffen. Die Angriffe nahmen an Heftigkeit zu, als im Anschluß an die Etatsdebatten im Reichstage die Erörterungen über die Swinemünder Kaiserdepesche von neuem aufgenommen wurden.)

Der Prinzregent ernennt den Kultusminister Freiherrn Clemens v. Podewils-Dürnitz zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern.

20. Februar. Ueber diese Aenderung bemerkt die „National-Zeitung“:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man es hier mit einem Siege des Klerikalismus zu tun hat, der um so eklatanter ist, da auf dem jüngst abgehaltnen Parteitag des bayrischen Zentrums ausdrücklich und unter Drohungen der Rücktritt des Grafen Crailsheim verlangt worden war; der so gestellten Forderung ist willfahrt worden. Dem Klerikalismus war er als Protestant in der leitenden Ministerstellung des „katholischen" Staats Bayern immer anstößig. Das letzte Glied in der Reihe dieser Vorgänge war die Mitteilung, daß der Prinzregent seine Freude und Anerkennung anläßlich der Rede des Grafen Bülow im Reichstag gegen den Abgeordneten Schädler über das Swinemünder Telegramm geäußert, und daß dies dem preußischen Gesandten in München mitgeteilt worden sei. Das wurde von den bayrischen Klerikalen, weil es eine Billigung der Aeußerungen des Grafen Bülow über die Bedeutung der deutschen Kaiserwürde darstelle, als eine Preisgebung der „Souveränetät Bayerns" denunziert.

23. Februar. Unter der Ueberschrift „Die Kapitulation der Krone vor dem Zentrum in Bayern" sagt die „Köln. Ztg.":

Wenn in Bayern die Partei, die die bayrischen Prinzen als „preußische Lakaien" und den ehrwürdigen Regenten als „gekrönten Agitator" bezeichnet hat, für diese gewissenlose Verhetzung durch den Sturz des bedeutendsten, verdienstvollsten unter allen lebenden bayrischen Staatsmännern, eines Mannes, der als Berater des Regenten während siebzehn Jahren die Geschicke Bayerns gelenkt hat, belohnt wird, so stehen wir vor einem gerade am Lebensabend des wohlmeinenden greisen Regenten doppelt beklagenswerten Fehler, den die Geschichtschreibung dereinst kaum anders als denjenigen des Königs Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 beurteilen wird. Wenn ein Mann wie Graf Crailsheim vom Reallehrer Heim in den Sand gestreckt werden konnte, so mag er sich damit trösten, daß schon Homer es für seine Lieblingshelden Achill und Agamemnon keineswegs als ruhmlos erachtet hat, durch Personen zu fallen, die alles andre eher denn heldenhaft waren. In aller weltgeschichtlichen Tragik liegt oft ein gut Stück weltgeschichtlicher Ironie. Crailsheim stürzte über dem herzensgut gemeinten Swinemünder Kaisertelegramm und dessen politischer Ausschlachtung und skrupelloser Mißdeutung durch das Zentrum.

An Stelle des zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern ernannten Freiherrn v. Podewils, der nach v. Landmanns Abgang (11. Juli 1902) seit dem 25. Juli 1902 Kultusminister gewesen ist, wird der Staatsrat Dr. Ritter v. Wehner, geboren 1850, der in der Zwischenzeit dieses Ministerium versehen hatte, zum Kultusminister ernannt. (Ihm war nach v. Landmanns Abgange die Aufgabe zugefallen, in der Abgeordnetenkammer die 100000 Mark-Position dem Zentrum gegenüber zu verteidigen.)

25. Februar. Unter der Bezeichnung „Politischer Aschermittwoch" sagen die „Münchner Neuesten Nachrichten:

Die Hetzreden eines Schädlers und Heims sind noch in aller Gedächtnis. Es fiel das Wort von den „gekrönten Agitatoren." Nun folgt der Umschwung. Man wollte Frieden mit dem Ultramontanismus, mit dem man noch Tage zuvor gekämpft hatte, man wollte ihm ein Opfer bringen. Man entschloß sich trotz aller vorhergegangnen schweren Angriffe und wahrscheinlich auch mit innerm Widerstreben zu einem Ruck nach

rechts und zu einem Versuch zum Frieden à tout prix. War es Ruhebedürfnis, war es Furcht und Mutlosigkeit? Jedenfalls war die Kapitulation ein schwerer politischer Fehler, der größte und folgenschwerste, der in Deutschland seit der Entlassung Bismarcks gemacht worden ist. Alle radikalen Elemente in Bayern, rechts und links, wissen jetzt, wie man es machen muß, um die mürbe zu machen, die gesonnen sind, die Autorität des Staats und der Krone zu schützen.

Es hätte der Moment kommen können, wo der Rücktritt des Ministeriums Crailsheim eine gewisse politische oder technische Notwendigkeit gewesen wäre. Den Ministerpräsidenten aber unter der gegenwärtigen Lage und noch dazu in dieser Form zu opfern, war eine durch nichts zu rechtfertigende Schwäche.

Ende Mai. Besuch des Ministerpräsidenten v. Podewils beim Reichskanzler in Berlin.

3. Juni. Hierüber teilt die „Münchner Allgemeine Zeitung" folgendes mit:

Die Rücksprachen zwischen Graf Bülow und v. Podewils haben sich nicht nur auf die Beziehungen zwischen dem Reiche und Bayern und Preußen erstreckt; es sind auch alle die besondern Aufgaben und Sorgen der Reichspolitik entsprechend dem Anteil eines Bundesstaats von der Bedeutung Bayerns am Wohl und Wehe des Deutschen Reichs besprochen worden. Und dabei hat sich, wie uns mitgeteilt wird, auch nicht eine Frage, auch nicht ein Gegenstand gezeigt, bei dem sich nicht volle Uebereinstimmung der Anschauungen und Wünsche ergeben hätte. Mit besondrer Befriedigung hat Frhr. v. Podewils aus Berlin die Bestätigung mitgenommen, mit wie tiefem Verständnis der gegenwärtige Reichskanzler die Stärke und Einheit des Reichs in dem föderalistischen Grundzug der Reichsverfassung erkennt.

III.

Parteibewegung im Herbste.

6. September. Die 35. Generalversammlung des bayrisch-patriotischen Bauernvereins findet in Tuntenhausen (bei Rosenheim) statt. Prälat v. Daller eröffnet sie und teilt mit, daß die Zahl der Mitglieder auf 4950 gestiegen sei. Kammerpräsident v. Orterer hält eine längere Rede über die politische Lage. Er führt u. a. aus:

In der vorjährigen Versammlung war man darüber einig, daß die Zentrumsfraktion im Landtage in allen wichtigen Punkten das getroffen hat, was die Wählerschaft verlangte, und daß die Wählerschaft besonders befriedigt war von dem Ausgange der Session. So großen Rummel man von gegnerischer Seite über die Nichtbewilligung der 100000 Mark machte, so sehr die Sache nach unten und ganz nach oben ausgeschlachtet wurde, so trat doch in allen Kreisen des Volkes zutage, daß die schärfere Tonart durchaus die genehmere war, und daß das Mißtrauen, das der Abgeordnete Geiger gegenüber dem Chef des Ministeriums zum Ausdruck brachte, durchaus die Billigung derer fand, in deren Namen wir zu handeln haben. Der Delegiertentag hat das konstatiert.

Damals war die Rede des Reichskanzlers über die Swinemünder Depesche bereits gehalten. Die Sache hat in jener Zeit viel Staub aufgewirbelt; inzwischen sind ruhigere Zeiten gekommen. Die Verteidigung, die der Reichskanzler für den Ursprung der Depesche unternahm, war noch unglücklicher; wenn er nichts gesagt hätte, trotz der Keulenschläge des Abgeordneten Schädler, so wäre die Sache noch besser verlaufen. Die Meinung und Stimmung, daß das vom Abgeordneten Geiger ausgesprochne Mißtrauen vollständig begründet sei und Folgen haben sollte, wurde allenthalben geteilt, man wußte aber, daß diese Folgen nicht durch die öffentliche Meinung und durch die Kammermehrheit erzielt werden können, sondern daß die Sache nur dann geht, wenn andre, in der Oeffentlichkeit nicht bekannte Faktoren den Hebel ansetzen, und das ist wohl auch geschehn. Als am 20. Februar bekannt wurde, daß der Vorsitzende des Ministerrats seine Entlassung erbeten und bekommen habe, da war die Ueberraschung in allen Kreisen eine überaus große; in unsern Kreisen herrschte natürlich Freude, bei aller christlichen Nächstenliebe, die wir auch gefallnen Größen nicht versagen. Mit diesem Gedanken muß man sich in Bayern und auch im Reiche zurechtfinden. Was hilft es, wenn man sagt: Das Lebensmark des Deutschen Reichs ist gefährdet durch die Uebermacht der Ultramontanen? Unser Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Reiche ist gegründet auf die Zahl unsrer Mandate, mit der nächststärksten politischen Partei dürfte noch schwerer Politik zu machen sein als mit dem Zentrum. Wir sind da und machen unsern Einfluß geltend in dem Umfange, der uns zusteht.

26. September. Graf v. Crailsheim, bis zum 18. Februar d. J. Ministerpräsident, sagt in einer Rede beim Festkommerse ehemaliger Schüler des Gymnasiums zu Ansbach:

In neuerer Zeit wurde das humanistische Studium vielfach angefochten. Er verkenne nicht den Wert der neuern Sprachen und der Naturwissenschaften und sei gern damit einverstanden, wenn ihnen ein breiterer Raum als früher eingeräumt werde. Allein es dürfe dies nicht in dem Maße jener Bestrebungen geschehn, die dem humanistischen Studium nur ein bescheidnes Plätzchen einräumen, es nur dulden wollen. Er halte es für bedenklich, an dieser Grundlage rütteln zu wollen, auf der ein großer Teil unsers ganzen Kulturlebens beruhe. Gerade in unsrer Zeit, in der die Ideale immer mehr verblassen, sollte man dies unterlassen. Wie sei es aber gekommen, daß die tapfern Griechen an die Römer, die ihnen an Kultur nicht gewachsen waren, die Weltmacht abtreten mußten? Doch nur aus dem Grunde, weil sie untereinander uneinig waren und sich gegenseitig bekriegten, statt ihre Weltmacht zu befestigen. Auch das alte Deutsche Reich sei nur ein Konglomerat von Staaten gewesen, die uneinig waren und sich befehdeten. Daher kam es, daß das Deutsche Reich eigentlich nur ein geographischer Begriff gewesen sei, während andre Staaten zu einer Machtstellung gelangen konnten. Nachdem nun aber ein großer Kaiser und Kanzler, unterstützt von einer großen Armee, das einige Deutsche Reich geschaffen hätten, sei es unsre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es vor Uneinigkeit und Ueberwucherung des Partikularismus bewahrt bleibe. Wir sollten stets es mit den Worten civis germanus sum halten und uns jederzeit um die schwarz-weiß-rote Fahne schaaren. In diesem Sinne erhebe er sein Glas und trinke auf das große deutsche Vaterland!

IV.

Landtag.

29. September. Der wieder zusammentretenden Kammer der Abgeordneten legt der Finanzminister v. Riedel das Budget vor. Dabei führt er aus:

Für die Finanzperiode 1900/1901 bleibe ein Aktivrest von 14458749 Mark. Die Finanzlage für die Finanzperiode 1904/1905 sei zwar noch nicht ganz gesund, aber der Patient befinde sich bereits auf dem Besserungswege. Hauptsache sei, sich vor der zu raschen Vermehrung der Staatsschulden und vor der Mehrbelastung durch die finanziellen Leistungen an das Reich zu hüten. Der Minister erörtert die Notwendigkeit einer befriedigenden Ordnung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten und fährt fort: Wenn bisher auf diesem Gebiete nichts Erkleckliches geschehen sei, so waren lediglich eine Reihe außerordentlich ungünstiger Verhältnisse daran schuld. Eine vollkommen erschöpfende Reichsfinanzreform wird vor der endgiltigen Gestaltung unsrer Zollverhältnisse nicht wohl möglich sein, aber die Anbahnung dazu sollte nicht verzögert werden. Es wird sich nicht umgehen lassen, für das Reich schon in nächster Zeit die eine oder andre neue Einnahme zu schaffen. Das Budget für 1904/1905 bilanziert mit 473050948 Mark, das sind gegen die letzte Finanzperiode 18146257 Mark mehr. Die Bilanzierung geschieht ohne Erhöhung der direkten Steuern, falls der Landtag dem neuen Gesetzentwurf über das Gebührenwesen und die Erbschaftssteuer zustimmt.

3. Oktober. Die Regierung legt der Kammer den Entwurf einer Landtagswahlreform vor:

Er bestimmt, daß im Durchschnitt auf je 38000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist, und zwar nach dem Ergebnis der amtlichen Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wird auf 163 festgesetzt. Wahlberechtigt ist jeder bayerische Staatsangehörige, der das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, seit mindestens einem Jahre die bayerische Staatsangehörigkeit besitzt und seit mindestens einem Jahre direkte Steuern zahlt. Die Ausübung des Wahlrechts ist bedingt durch die Ableistung des Verfassungseides. Für die Wählbarkeit zum Abgeordneten ist außerdem die Zurücklegung des dreißigsten Lebensjahres erforderlich. Die Wahl ist direkt und geheim. Sie erfolgt durch relative Mehrheit der abgegebnen giltigen Stimmen mit der Einschränkung, daß der Gewählte wenigstens ein Drittel der abgegebnen giltigen Stimmen auf sich vereinigen muß. Für 30 Wahlkreise sind je zwei Abgeordnete, für 108 Wahlkreise nur je ein Abgeordneter vorgesehen.

5. Oktober. Die Kammer beschäftigt sich mit zwei Anfragen über die Verstaatlichung der pfälzischen Eisenbahnen. Der Ministerpräsident v. Podewils antwortet, daß die Regierung die Verstaatlichung vorläufig hinausgeschoben habe, weil genaue Berechnungen ergeben hätten, daß die sofortige Uebernahme der Bahnen für den Staat kein gutes Geschäft wäre. Der Kaufpreis sei 245,5 Millionen Mark, der Reingewinn habe im Jahre 1902 im ganzen 11 Millionen und nach Abzug der Amortisationssumme nur 9 Millionen Mark betragen. Dieses Bild verändre sich jedoch zu ungunsten des Staates,

da dieser für Personal, Pensionen und Bahnhofsbauten und andres viel mehr anwenden müsse als die Privatbahngesellschaften. Die Ausgaben würden somit viel größer werden. Dabei sei es zweifelhaft, ob die Einnahmen auf der bisherigen Höhe bleiben würden. Hierbei kämen in Betracht neue Hafenanlagen bei Straßburg und Kehl und nicht zu vermeidende Tarifmaßnahmen. Hinsichtlich der politischen Bedeutung der Verstaatlichungsfrage weist v. Podewils auf die frühern Ausführungen des Grafen Crailsheim hin, daß von einem Anschluß der pfälzischen Bahnen an die preußisch-hessische oder Reichseisenbahngemeinschaft nicht die Rede sein könne.

6. Oktober. Bei der Fortsetzung dieser Beratung bemerkt der Minister v. Podewils ferner:

Wir haben vonseiten der preußischen Regierung in Eisenbahnangelegenheiten stets ein bundesfreundliches Entgegenkommen gefunden und halten uns zu der Erwartung berechtigt, daß auch in Zukunft ein solches Entgegenkommen gewährt werden wird. Wenn es unsere Reservatrechte gilt, werden wir es an der nötigen Schneidigkeit nicht fehlen lassen, wenn es nottut; aber wir glauben, die hier in Betracht kommenden Angelegenheiten auf dem Wege eines gegenseitigen freundschaftlichen Entgegenkommens besser fördern zu können und denselben Weg weitergehen zu können, den wir bisher erfolgreich beschritten haben.

11. Oktober. Die sozialdemokratischen Abgeordneten bringen einen umfangreichen Antrag ein, dessen Hauptpunkte also lauten:

Die Kammer wolle beschließen: Vom 1. Oktober 1904 ab ist in allen Staatsbetrieben und auf Rechnung des Staates betriebnen Unternehmungen, soweit nicht bei besondern der Gesundheit schädlichen Arbeitsarten eine wesentlich kürzere Arbeitszeit geboten erscheint, die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden festzusetzen. In Betrieben oder Unternehmungen des Staates, die jetzt schon eine kürzere Arbeitszeit eingeführt haben, bleibt es bis zur anderweitigen Regelung dabei. Am 1. Oktober 1906 wird in allen Staatsbetrieben oder auf Rechnung des Staates betriebnen Unternehmungen die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt. Die Arbeitszeit ist durch angemessene Zwischenpausen zu unterbrechen; die Mittagspause hat mindestens $1^1/_2$ Stunden, die Frühstücks- und Vesperpause mindestens je eine halbe Stunde zu betragen. Für Staatsbetriebe, die mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen, sind Arbeiterausschüsse zu errichten, die auf Grund des unmittelbaren und geheimen Wahlrechts von den im Betriebe beschäftigen großjährigen Arbeitern zu wählen sind. Arbeiter und Arbeiterinnen haben das aktive und passive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen.

13. Oktober. Die erste Beratung des die Abänderung des Landtagswahlgesetzes betreffenden Gesetzentwurfs wird rasch erledigt.

15. Oktober. Ueber einen Antrag sozialdemokratischer Abgeordneten auf Ausdehnung des im Reichskrankenversicherungsgesetz ausgesprochnen Versicherungszwangs auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten sowie auf das Gesinde wird zur Tagesordnung übergegangen, da nach der Er-

klärung der Staatsregierung die reichsgesetzliche Regelung der Angelegenheit bevorstehe.

20. Oktober. Die Kammer berät die Berichte des Ausschusses für Gegenstände der Finanzen und Staatsschuld. Hierbei bringt Schädler den Rücktritt des Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim zur Sprache. Dieser Rücktritt lasse das Zentrum vollständig kühl. Dieses achte durchaus das Recht der Krone, Minister zu entlassen und zu ernennen. Auch dem neuen Ministerpräsidenten stünde das Zentrum mit Reserve gegenüber. Es sei in dieses Ministerium durchaus nicht verliebt, noch viel weniger ihm zu unbedingter Heeresfolge verpflichtet. Schädler verlangt mehr Freiheit für die katholische Kirche, dann eine energischere Wahrung der bayerischen Reservatrechte dem Reiche gegenüber, Eintreten für eine neue Lex Heinze, Ausrottung des Unglaubens auf den Hochschulen usw. — Wagner (Kempten) kennzeichnet die Zentrumspolitik in dieser Frage damit, daß sie im ganzen Lande ein bedrückendes Gefühl des Unbehagens hervorgerufen habe; das Zentrum habe den Eindruck verstärkt, daß der Sturz Crailsheim lediglich eine Folge der Zentrumsagitation sei. Ministerpräsident v. Podewils gibt hierauf über die Gründe des Crailsheimschen Rücktritts folgende Erklärung ab:

Die Meinungsverschiedenheiten im Ministerium betrafen die Frage, ob der Vorsitzende im Ministerrat zu gewissen Handlungen ohne vorherige Fühlungnahme mit andern Ministern befugt sei. Es standen keineswegs formale Bedenken von untergeordneter Bedeutung, sondern das wichtige und entscheidende Interesse in Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Ministerkollegen in Fragen ihres Ressorts, in Angelegenheiten, die sie mit ihrer politischen Verantwortung zu decken hatten, gewahrt geblieben sei. Die Lage erfuhr eine unerwartete Verschärfung dadurch, daß Graf Crailsheim sein Entlassungsgesuch einreichte, ohne mit den übrigen Ministern sich zu benehmen, ehe die Angelegenheit erledigt war. Die Krisis hat damit zu jener Lösung gedrängt, die sie durch Genehmigung des Entlassungsgesuches gefunden hat. Eine Veränderung in den Regierungsgrundsätzen ist infolge des Personenwechsels nicht eingetreten. Das Ministerium will die guten Beziehungen, zwischen Bayern und dem Reiche auf Grundlage der Verfassung sorgfältig pflegen und sich bei der Geschäftsführung nicht von Parteirücksichten, sondern ausschließlich durch die Interessen der Krone und des Landes leiten lassen.

21. Oktober. Fortsetzung der Beratung über die politische Lage Bayerns.

Becky befragt das Zentrum nach den Gründen, die es zu seiner feindlichen Haltung dem Grafen v. Crailsheim gegenüber veranlaßt hätten. Durch die Erklärung des Ministerpräsidenten sei er nicht klüger geworden. v. Crailsheim habe dem Zentrum große Zugeständnisse gemacht; auch könne man sagen, daß unter ihm das Gewicht Bayerns in der Wagschale des Bundesrats in Berlin sehr schwer gewesen sei. v. Crailsheim sei auch niemals den verfassungsmäßigen Rechten der Katholiken zu nahe getreten. Weshalb also

habe das Zentrum ihm solche Feindschaft entgegengebracht? Vielleicht nur deshalb, weil er Protestant war? Weite protestantische Kreise sind dieser Meinung. Es sei zu befürchten, daß die Harmonie in Bayern gestört werde, daß sich eine Kluft zwischen Katholiken und Protestanten auftue. — Müller findet die Erklärung des Ministerpräsidenten vollkommen ungenügend und behauptet, die schroffe Stellung der liberalen Partei gegen das Ministerium Podewils werde direkt auf den Einfluß Crailsheims zurückgeführt.

22. Oktober. Fortsetzung. Ministerpräsident v. Podewils führt folgendes aus:

In allen vorhergegangnen Reden ist das Thema unsrer Beziehungen zum Reiche variiert worden. Ich will meine Entgegnung in einer programmatischen Erklärung zusammenfassen: Das Verhältnis Bayerns zum Reiche und das Verhältnis Bayerns zu Preußen und den andern Bundesstaaten ist ein solches, wie wir es nur mit Genugtuung begrüßen und wünschen können, daß es immer so bleiben möge; und daß es glücklicherweise so ist, das ist die Frucht der allerseits und stets betätigten Erkenntnis jener Momente, die die Gegenseitigkeit des Vertrauens und der Sympathie unter den Bundesstaaten gewährleisten, in denen das Ganze eben doch seine sicherste und schwerste Stütze findet. Unverbrüchliche Treue und Hingabe an das angestammte Herrscherhaus und das engere Vaterland, rückhaltlose Treue zu Kaiser und Reich, wie es von den großen Parteien des Landes stets und erst in den jüngsten Zeiten wieder in gewissermaßen programmatischer Uebereinstimmung verlangt worden ist, dies sind selbstverständlich Grundforderungen. Und ebenso überflüssig erscheint mir alles Diskutieren darüber, in welcher Priorität etwa jene beiden Forderungen zueinander zu stehen haben: Treue, loyale Pflichterfüllung gegen das Reich und treue, loyale Pflichterfüllung gegen die engere Heimat, das geht so sehr Hand in Hand, so sehr in einem, daß alles Tun und alles pflichtgemäße Genügen und Verdienen nach der einen Richtung ein Verdienen zugleich nach der andern bedeutet, daß jedes Fehlenlassen hier wiederum zugleich als schuldvolles Schädigen dort sich empfindsam machen würde.

Cassel mann (liberal) führt hierauf in längerer Rede folgendes aus:

Die Hauptfragen, um die es sich für uns, auf dieser Seite des Hauses, handelt, sind 1. Wie stellen wir uns dem Ultramontanismus in Bayern gegenüber, wie er sich bis zur Stunde entwickelt hat? und 2. Wie stellen wir uns der Staatsregierung in der Zusammensetzung, wie sie sich heute darbietet, gegenüber? Ich glaube, meine sämtlichen politischen Freunde hinter mir zu haben, wenn ich sage, daß nicht nur wir als Partei, sondern auch der bayerische Staat im Augenblick keinen größern und gefährlichern Gegner hat als den Ultramontanismus, und daß wir allen Grund haben, nicht nur im Interesse unsrer Partei, sondern auch im Interesse unsers Vaterlandes diesen Gegner mit allem Nachdruck und aller Schärfe zu bekämpfen. Wir geben damit unsern grundsätzlichen Standpunkt gegenüber der Gefahr der Sozialdemokratie für den Staat und für das Reich in gar keiner Weise auf, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß diese Gefahr der Sozialdemokratie für uns nur um deswillen nicht eine so eminente ist, weil der Ultramontanismus, wie er sich in letzter Zeit, insbesondre seit Jahresfrist bei uns in Bayern gebärdet hat, auch für den Blödesten zur Erscheinung bringen mußte, daß es eine schwere Gefahr für unser Vaterland wäre, wenn dieser Ultramontanismus jemals bei uns zur Herrschaft käme. Unser Kampf gegen den Ultramontanismus richtet sich nicht gegen die Katholiken und gegen die

katholische Kirche. Stets haben wir anerkannt, daß die Glaubensfreiheit ein höchst unantastbares Gut ist und die religiöse Ueberzeugung jedermann heilig sein muß. Wie wäre es denn sonst auch möglich, daß in den Reihen der liberalen Partei nicht nur im Reiche, sondern auch in Bayern Tausende und Abertausende treuer Katholiken sich befinden? Katholiken, die wahrlich nicht zu den schlechtesten Männern Deutschlands gehören. Wir kämpfen nicht gegen die vollrechtliche Freiheit der katholischen Kirche, sondern was wir bekämpfen, ist der Mißbrauch, der mit der Religion für politische Zwecke getrieben wird, wir kämpfen gegen die Ausnützung des Einflusses des Klerikalismus auf das Gewissen des Einzelnen wiederum zu politischen Zwecken. Wenn es für irgend jemand noch zweifelhaft sein konnte, ob es in der Tat einen politischen Katholizismus gebe, der etwas andres ist als der religiöse Katholizismus, so erinnere ich Sie daran, was der Erzbischof Nörber auf dem Katholikentag zu Mannheim gesagt hat. Er äußerte: „Ich ermahne Sie, den praktischen Katholizismus zu treiben, der auch mit dem Stimmzettel dafür sorgt, daß die katholische Religion, die einzige heilbringende Weltanschauung, auch zum Siege gelangt.“ Schädler und Pichler haben in ihren Reden behauptet, die Unterscheidung sei darum verkehrt, weil in der Tat jeder, der es wohl meine mit der katholischen Religion, zum Zentrum halten müsse. Woher denn diese Schlußfolgerung? Ist Ihnen denn bekannt, daß in Ihren eignen Reihen mehr und mehr die Stimmen sich mehren, daß Katholizismus und Zentrum nicht mehr identisch seien, trotz der Folgen, die für denselben sich bei der bekannten Freiheit, die Sie meinen, ergeben? Ist dem Abgeordneten Pichler nicht bekannt, daß ein bayrischer Kirchenfürst, ein Bischof, der heute noch in Amt und Würden ist, folgenden Ausspruch getan hat, wie durch einen gut katholischen Bürgermeister eidlich vor dem zuständigen Schwurgericht bestätigt worden ist: „Unsre Könige sind von Gottes Gnaden, und wenn die Könige nicht mehr von Gottes Gnaden sein wollen, bin ich der erste, der die Throne umstürzt?“ Das hat ein Bischof gesagt; kann man sich dann wundern, wenn die Kapläne und Kapläncheu draußen auf dem Lande in gleicher Weise auf ihre Schäflein einwirken und die Gewissensfreiheit der Einzelnen gefangen nehmen durch Einwirkungen, die ja nur der Seelsorger, der Geistliche auf solche Gemüter fertig bringt?

23. Oktober. Cafselmann setzt seine Rede fort, in der er hauptsächlich folgendes hervorhebt:

Minister von Landmann sei einzig und allein gestürzt wegen seines Verhaltens den Würzburger Senatoren gegenüber. Er habe ihnen nicht das Recht gewährt, sie anzuhören und sich zu rechtfertigen, ein Recht, das der geringste Staatsbürger fordern dürfe. Das Zentrum allerdings habe den Sturz Landmanns als einen Schlag empfunden. Dann kam die Swinemünder Depesche, mit der man hausieren ging und die Volksseele bearbeitete. Sie war gerade jenen peinlich, die dem Partikularismus nicht das Wort reden. Dieses peinliche Empfinden entstammte der Sorge, ob nicht durch die Depesche eine Gefahr für die guten Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern heraufbeschworen worden sei. Wir lieben unser bayrisches Vaterland, aber wir freuen uns, daß Bayern ein Teil des großen Deutschen Reiches ist. Seitdem hat Bayern nur gewonnen. Das ist unsre Kaiseridee, die wir uns nicht verekeln lassen. Crailsheim ging leider in dem unglücklichsten Moment; denn es mußte den Anschein erwecken, daß er dem Zentrumstage zum Opfer gefallen sei. Wir dürfen verlangen, daß auf dem Sessel des Ministerpräsidenten kein Ultramontaner sitzt. Von Crailsheim wußte man das. Ich erkläre, Crailsheim ist von seinen Kollegen im Stich gelassen worden in dem Moment, als er die Kraft fand, dem Treiben des Ultramontanismus

die Spitze zu bieten. Das ist die Ansicht im Lande. Wie stellen wir uns nun zu dem neuen Ministerium? Wir können nicht abwarten wie das Zentrum, das eine auffallende Liebe für Podewils entwickelt. Vor Tische las mans anders. Abgeordneter Schädler rief noch vor kurzer Zeit: „Wir brauchen keine Podewilsgewehre!" Mir kommt diese plötzliche Zentrumsliebe sehr verdächtig vor. Ich erkläre, daß die Erklärung des Ministers über seine künftige Politik uns vollkommen befriedigt. Wir verlangen nur, daß er sich von der Rechten nicht umgarnen lasse. Trotzdem beschleicht uns die bange Sorge, ob Sie neben dem guten Willen auch die Kraft haben, den Willen in die Tat umzusetzen. (Frhr. v. Podewils sehr laut: O ja! Lautes Bravo links). Wir freuen uns, daß der Ministerpräsident diese Erklärung gibt. Wir werden ihn dann gern unterstützen, wie wir Crailsheim unterstützt haben.

24. Oktober. Der Ministerpräsident **v. Podewils** kommt nochmals auf die letzte Ministerkrisis zu sprechen. Den Rücktritt des Grafen Crailsheim habe er aufs schmerzlichste bedauert; von Intriguen könne keine Rede sein. „Wenn heute wieder an mich die Frage gestellt würde, ob ich die Treue zum Reiche halten wolle, ob ich kein Parteiminister sein wolle, ob ich über den Parteien stehen und mich von keiner Partei umgarnen lassen wolle, so würde ich wieder sagen: „O ja! Ich habe die Macht und Kraft dazu, es zu wollen." — Der Kultusminister **v. Wehner** kündigt den Entwurf einer Kirchengemeindeordnung an.

26. Oktober. Fortsetzung dieser Beratung. Der Minister **v. Feilitzsch** weist Angriffe des Abgeordneten Segitz gegen die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung zurück und betont, daß diese alles getan habe, um die sozialpolitischen Reichsgesetze so zu vollziehen, wie es den Gesetzen und Wünschen des bayerschen Landes entspreche.

27. Oktober. In nochmaliger Fortsetzung dieser Beratung erklärt **Hilpert**, daß er den Rücktritt des Grafen Crailsheim auf das lebhafteste bedaure. Wenn auch noch die letzten protestantischen Minister gehen würden, so würde dies die protestantische Bevölkerung allerdings sehr beunruhigen. **Deinhard** hat bei dem neuen Ministerium auszusetzen die Unsicherheit bei allen seinen bisherigen Handlungen, so gegenüber der Verstaatlichung der pfälzischen Eisenbahnen, der Verteilung der Geschäfte innerhalb der Ministerien und gegenüber dem katholischen Preßverein.

30. Oktober. Die Zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf über die Bildung eines Verkehrsministeriums.

3. November. Ein sozialdemokratischer- und ein Zentrumsabgeordneter erheben Klagen über die fortgesetzten Mißhandlungen von Soldaten sowie über den Luxus im Heere.

6. November. Der Kriegsminister **v. Asch** erklärt, nach Ablauf der durch das Gesetz von 1899 über die Friedenspräsenzstärke

des Heeres bestimmten Frist stehe eine beträchtliche Vermehrung des Heeres nicht in Aussicht.

7. November. v. Asch spricht sich dahin aus: die Mißhandlungen von Soldaten hätten sich wenigstens in Bayern nicht vermehrt, leider sei aber auch keine Abnahme zu konstatieren. Alle seine Anstellungen und Bestrebungen, sie einzuschränken, seien nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

23. November. Minister v. Feilitzsch äußert, die Regierung würde die Gründung eines Beamtenwarenhauses als unerfreuliche wirtschaftliche Erscheinung betrachten müssen und dem Unternehmen keinerlei Unterstützung zuteil werden lassen.

25. November. Die Kammer genehmigt einen Antrag von Müller (Soz.), das Kriegsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Offiziere und Unteroffiziere, deren Mitschuld, sei es durch aktive Beteiligung, sei es durch Mangel an pflichtgemäßer Beaufsichtigung, an einer systematischen Soldatenmißhandlung nachgewiesen wird, unnachsichtlich aus dem Heere entfernt werden.

29. November. In der Kammer der Reichsräte spricht sich Prinz Ludwig für Verstaatlichung der Pfalzbahnen für den Fall aus, daß der Staat nicht zu große Verluste dadurch erleide.

6. Dezember. Die Erste Kammer geht auf obigen Beschluß der Zweiten Kammer bezüglich der Mißhandlungen von Soldaten nicht ein.

10. Dezember. In der Ersten Kammer verteidigt Graf Crailsheim seine Ministerpolitik gegen die Angriffe nach seinem Rücktritt. Er sagt, er habe seine Entlassung eingereicht, weil er geglaubt habe, seine Uhr sei abgelaufen. Er sei mit lebhafter Dankbarkeit für die vielen Gnadenbeweise der Krone aus dem Amte geschieden und danke seinem Nachfolger für die Inschutznahme seiner Amtsführung in der Kammer der Abgeordneten. Er habe stets das Beste gewollt, sich stets als Vertreter der Krone betrachtet und vermieden, sich in die Arme einer Partei zu werfen. Während seiner Amtsführung seien die Beziehungen zum päpstlichen Stuhl sehr freundschaftlich gewesen, und er habe nach Möglichkeit den konfessionellen Zwist gehindert. Bezüglich des Verhältnisses Bayerns zum Reich betont Redner, er sei stets überzeugter Anhänger der Reichsidee und ebenso ein treuer Sohn seiner Heimat gewesen. Ohne das Reich wäre Bayern in seinem territorialen Bestand gefährdet gewesen. Die Reservatrechte Bayerns seien ein Zugeständnis, das Bayern bei dem Eintritt in das Bundesverhältnis billigerweise erwarten konnte. Bei der Wahrung der Reservatrechte haben wir bei Bismarck eine verständnisvolle Aufnahme gefunden. Da der jetzige Reichskanzler in den Bahnen seiner Vor-

gänger wandelt, können wir der Zukunft mit Befriedigung entgegensehen. Den freundschaftlichen Beziehungen mit dem Bundespräsidium verdanken wir manchen Erfolg; ich möchte der Regierung nicht raten, ihre Politik auf eine prinzipielle Majorisierung im Bundesrat einzurichten. Meine Politik hat dazu geführt, daß Bayern einen großen Einfluß im Reiche erreichte.

11. Dezember. Zu dieser Rede bemerkt der Ministerpräsident v. Podewils in der Ersten Kammer:

Crailsheim habe gesagt, er verleugne seine Ueberzeugung nicht und äußere sie offen, wenn die Regierung falsche Bahnen betrete. Diese Worte sähen aus, wie eine wenn auch in die Ferne gerichtete Mahnung, zu der kein Anlaß vorliege. Er, Redner, sei für Crailsheims Ratschläge dankbar, aber keine anderweitige Ansicht, auch nicht eine Drohung der Gegnerschaft, halte ihn ab, zu tun, was er für richtig halte. Crailsheims Mahnung, die Regierung solle keine Politik prinzipieller Majorisierung Preußens im Bundesrate versuchen, verrate die Befürchtung, daß eine solche Politik nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liege. Redner weist den Rat zurück, für den nicht der Schein eines Anlasses gegeben sei, und der keine Unterstützung der Regierung bedeute.

Die Kammer berät ferner den Etat der Eisenbahnen. Dabei spricht Prinz Ludwig wieder für die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen, die zweifellos einmal kommen werde. Was die Konkurrenz der fremden Bahnen und die Frage der Majorisierung der bayrischen Bahnen betreffe, so könne Preußen seine Uebermacht im Eisenbahnwesen geltend machen, wie politisch Preußen im Bundesrat förmlich majorisiert werden könne. So wenig aber eine solche Majorisierung Preußens angezeigt sei, so wenig sei angezeigt, daß die preußischen Eisenbahnen andern einfach mit Gewalt das Leben nehmen. Das Deutsche Reich werde gedeihen, wenn die Grundlage des Miteinanderwirkens hochgehalten und des Gegeneinanderwirkens vermieden werde, wie es Gott sei Dank der Fall sei.

Sachsen.

I.

Die königliche Familie.

10. Januar. Da sich an die Kronprinzessin Louise, die am 9. Dezember 1902 ihren Gemahl dauernd verlassen hatte, und an den am 2. Dezember seiner Stellung als Lehrer der kronprinzlichen Kinder entlassenen Sprachlehrer Giron aus Brüssel eigentümliche Gerüchte geknüpft hatten, so tritt dem gegenüber das „Dresdner Journal" in halbamtlicher Weise mit einer längern Erklärung auf, in der es heißt:

Es sei zunächst festgestellt, daß die Verhandlungen, die zur Berufung des Sprachlehrers Giron geführt haben, nicht durch geistliche Mittelspersonen, sondern auf diplomatischem Wege erfolgt sind, wobei mit aller den Umständen nach möglichen Gründlichkeit versucht worden ist, der erteilten Weisung gerecht zu werden, die von dem zu berufenden Lehrer persönliche Vertrauenswürdigkeit, eine gute wissenschaftliche Ausbildung, insbesondre völlige Beherrschung der französischen Sprache forderte und vorschrieb, daß der zu Berufende zwar ein guter Katholik sein solle, aber kein Jesuit sein dürfe. Der formelle Abschluß des Engagements ist dann durch den Militärgouverneur der königlichen Prinzen erfolgt. Seine Schulbildung erhielt Giron in Lehranstalten, die nach den angestellten Ermittlungen nicht unter jesuitischer Leitung stehen. Wenn übrigens der Frau Kronprinzessin seitens gewisser Berichterstatter Aeußerungen in den Mund gelegt worden sind, in denen sie sich über den Einfluß der Jesuiten am sächsischen Hof beklagt hat, so genügt es, die Tatsache hervorzuheben, daß nicht nur nach § 56 der sächsischen Verfassungsurkunde Jesuiten im Lande nicht aufgenommen werden dürfen, sondern daß auch nach gesetzlicher Vorschrift kein katholischer Geistlicher zu einem Priesteramt im Königreich Sachsen berufen oder zu geistlichen Amtshandlungen daselbst zugelassen werden darf, der auf einem unter der Leitung des Jesuitenordens oder einer diesem Orden verwandten religiösen Genossenschaft stehenden Seminare sein Vorbildung erlangt hat.

30. Januar. König Georg genehmigt den Verzicht der Kronprinzessin Louise auf ihre Titel, Ehren und Rechte aus der Verbindung mit dem sächsischen Königshause.

7. Februar. Das Gesuch der bisherigen Kronprinzessin, nach Abbruch ihrer Beziehungen zum Sprachlehrer Giron, am Krankenbett ihres Sohnes, des Prinzen Friedrich Christian, in Dresden erscheinen zu dürfen, wird vom Ministerrate abgelehnt.

11. Februar. Der am 30. Dezember v. J. vom König zum Austrag der Eheirrung zwischen dem kronprinzlichen Paare eingesetzte Gerichtshof in Dresden verkündigt folgendes Urteil:

Im Namen des Königs. Die am 21. November 1891 geschlossene Ehe der Parteien wird wegen Ehebruchs der Frau Beklagten mit dem Sprachlehrer André Giron vom Bande geschieden. Die Frau Beklagte trägt die Schuld an der Scheidung. Die Kosten des Verfahrens werden der Frau Beklagten auferlegt.

17. März. Das amtliche „Dresdner Journal" veröffentlicht folgenden Erlaß des Königs Georg:

An Mein Volk! Im Begriff, zur Erholung nach langer, ernster Krankheit in den Süden zu reisen, drängt es Mich, noch einmal allen denen, die bei Gelegenheit des schweren Unglücks, das über Mich und Meine Familie hereingebrochen ist, Mir herzliche Beweise der Teilnahme gegeben haben, von ganzem Herzen zu danken. Mit diesem Ausdruck des Dankes verbinde Ich den Ausdruck der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Unruhe und Aufregung, die sich infolge der betrübenden Vorgänge des vergangnen Winters weiter Kreise der

Bevölkerung bemächtigt hat, endlich der Ruhe und dem frühern Vertrauen Platz machen wird. Glaubet nicht denen, die euch vorstellen, daß hinter all dem Unglück, das uns betroffen hat, nur geheimnisvoller Lug und Trug verborgen sei, sondern glaubet dem Wort eueres Königs, den ihr nie als unwahr erkannt habt, daß dem unendlich Schmerzlichen, das über uns hereingebrochen ist, lediglich die ungebändigte Leidenschaft einer schon lange im stillen tief gefallnen Frau zugrunde liegt. In der Ueberzeugung, daß mein Volk Mir vertraut und sich in Meiner tiefen Bekümmernis immer mehr um Mich scharen wird, trete Ich, von zuversichtlicher Hoffnung erfüllt, meine Reise an.

18. März. König Georg stattet auf seiner Rückkehr vom Gardasee dem Kaiser Franz Joseph in Wien einen Besuch ab. Beim Festmahle bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Eurer Majestät Besuch ist Mir ein neuer Beweis von Unsern nahen und herzlichen Beziehungen und erfüllt Mich mit lebhafter Freude, da Ich in Eurer Majestät den bewährten und vieljährigen Freund und Herrscher eines benachbarten Landes, das politische und wirtschaftliche Bande eng mit Uns verbinden, begrüße. Indem Ich Eurer Majestät aufs herzlichste und wärmste für den freundschaftlichen Besuch danke, erhebe ich Mein Glas auf das Wohlergehen Eurer Majestät."

Die Antwort des Königs Georg lautet:

„Ich spreche Eurer Majestät zunächst für die Worte, die Sie an Mich gerichtet haben, Meinen herzlichsten Dank aus. Es war Mir ein wahres Herzensbedürfnis, bei der Anhänglichkeit, die Mein Haus und Ich von jeher für das Haus Eurer Majestät empfunden haben, und der Verehrung, die Ich von jeher für Eure Majestät gehegt habe, sobald wie möglich hierher zu eilen und Meinen Besuch abzustatten. Ich habe Mich heute von neuem überzeugt, daß Eure Majestät frisch an Geist und Körper sind, wie Sie es früher waren. Mein Wunsch, Mein innigster Wunsch geht dahin, indem Ich das Glas erhebe, daß Eurer Majestät vergönnt sein möge, noch lange Jahre zum Wohlergehen Ihrer Völker, zum Heile Ihres Reiches und zur Freude Ihrer Freunde und Verehrer frisch und gesund an Geist und Körper zu regieren. Hurra!"

3. Mai. Der König hält feierlich Einzug in Dresden.

7. Juli. Der König in Zwickau. Oberbürgermeister Keil weist in seiner Ansprache u. a. auf die schwere Zeit hin, in der wir leben. Ein Trost sei die Ueberzeugung, daß König Georg den richtigen Weg finden werde, um uns aus diesen Wirrnissen herauszuhelfen. Es wird eine Strophe des Sachsenliedes abgesungen, worauf der König folgendes erwidert:

„Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für die herzlichen Worte der Begrüßung und Ihnen allen dafür, daß Sie in die Worte Ihres Oberbürgermeisters eingestimmt haben. Wir wollen den Mut nicht sinken lassen, wenn die Zeit auch ernst ist. Wenn wir nur Mut haben, so wird es schon besser werden. Ich danke Ihnen nochmals herzlichst."

II.

Parteibewegung.

12. Januar. Die nationalliberale Partei lehnt ein Landtags-Wahlkartell ab.

22. Februar. Es wird ein Wahlkartell abgeschlossen zwischen den Nationalliberalen, den Konservativen, den Antisemiten und dem Bunde der Landwirte. Es bezieht sich nur auf die Reichstags-, nicht auf die sächsischen Landtagswahlen.

28. Februar. Der Vorstand des Jungnationalliberalen Vereins in Leipzig hält eine Sitzung, in der er den Abschluß jenes Wahlkartells beklagt und ausführt:

Die Kartellpolitik habe der nationalliberalen Partei schon die größte Einbuße an Teilnahme in den Wählerkreisen gebracht. Der Abschluß für ein ganzes Land könne nur als außerordentliches Mittel unter außerordentlichen Umständen verwendet werden, wenn ein bestimmtes Ziel der Reichspolitik ganz in dem Vordergrund stehe, und auf dieses Ziel die Reichstagswahlen zugeschnitten werden, wie dies im Jahre 1887 der Fall gewesen wäre. Eine Durchführung des Kartells auch zu gewöhnlichen Zeiten stumpfe jedes Interesse ab und raube dem politischen Leben die erforderliche Mannigfaltigkeit, die den einzelnen Wähler Stellung nehmen lasse. Der Erfolg dieser Kartellpolitik sei für Sachsen die Teilnahmlosigkeit der Wähler an der Parteipolitik. Man sei dabei weit entfernt, bestreiten zu wollen, daß in einzelnen Wahlkreisen das Zusammengehen der bürgerlichen Parteien zweckmäßig sein könne. Das Kartell aber für das ganze Land aufzunehmen, bedeute entschieden den Verzicht auf die erforderliche Eigenart.

III.

Die Frage des Landtagswahlrechts.

14. Juli. Das amtliche „Dresdner Journal" schreibt über die Zusammensetzung der Zweiten Kammer: Das Ministerium des Innern veranstaltete nach Schluß des letzten Landtags Erhebungen über diese Frage, die nicht durch das Gesetz vom 28. März 1896 als endgiltig entschieden angesehen worden sei. Das Ergebnis habe die Regierung in der Ansicht bestärkt, daß das jetzige Wahlrecht eine unbeabsichtigte Wirkung hatte, den Einfluß der in der dritten Wahlklasse gewählten Wahlmänner auf die Wahl der Abgeordneten

auf ein den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht entsprechendes Maß herabzudrücken. Die Regierung habe daher eine Reform des Landtagswahlrechts ernstlich ins Auge gefaßt und gedenke sich hierzu angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten der Aufgabe des Beirats einer Ende August oder Anfang September einzuberufenden Versammlung zu bedienen, worin namentlich auf diesem Gebiet besonders erfahrne Mitglieder beider Ständekammern teilnehmen sollen.

15. Juli. Zum Programm der Regierung für die Landtagswahlreform sagt das „Leipz. Tagebl." (nat. lib.):

Eine Zeit von höchster politischer Bedeutung ist angebrochen. Wenn die nationalliberale Partei diese Gelegenheit zur Beeinflussung des sächsischen Wahlrechts nach ihren Ueberzeugungen und ihren daraus entspringenden Wünschen nicht mit aller Kraft ergreift, wenn sie nicht Alles, was sie hat an Kraft und Einfluß, an Jungem oder Altem, an theoretischer und praktischer Intelligenz zusammenschweißen und einsetzen kann, dann hat sie sich als kurzsichtig erwiesen und kann sich über die dann unausbleiblichen Folgen nicht beschweren. Jahrzehntelange Klagen können hier behoben, der Grundstein zu einer ganz neuen Entwicklung des politischen Lebens in Sachsen kann und muß hier gelegt werden. Dazu gehören aber feste und im gegebenen Falle auch einmal rücksichtslose Männer, rücksichtslos auch gegen sich selbst und die Leute der eignen Partei. Nicht als ob wir nun eine Kammer aus lauter national-liberalen Abgeordneten anstrebten; aber ein Parlament soll hier gefordert werden, in dem der Teil des wirtschaftlichen und politischen sächsischen Lebens, der in unserer Partei seine natürliche Vertretung erblickt, zur vollen Geltung kommt. Daß den Konservativen ein gehörig Teil Selbstlosigkeit zugemutet wird, ist richtig, und daß sie nur zögernd faktische Besitzstände und Rechte hergeben, ist begreiflich. Aber sie müssen einsehen, daß ihre parlamentarische Macht nicht auf solider natürlicher Grundlage, sondern auf Ungerechtigkeit beruht.

26. Juli. Eine Versammlung des Vorstandes und der Mitglieder der nationalliberalen Landtagsfraktion spricht sich für eine angemessene Aenderung des Landtagswahlrechts aus; vor allem sei die Beseitigung der Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen anzustreben. Gleichzeitig spricht sie sich aber gegen den Weg aus, den die Regierung zu betreten gedenkt, nämlich gegen die Berufung einer Versammlung von Vertretern aller Stände behufs Vorberatung von Reformvorschlägen. Durch eine solche Versammlung, so erklären die nationalliberalen Führer, würde ein „höchst gefährliches Präjudiz" geschaffen, würde ein unverantwortlicher „Faktor zwischen Regierung und Ständeversammlung eingeschoben." Unter diesen Umständen dürfe es sich nicht empfehlen, daß Mitglieder der nationalliberalen Partei, vor allem solche, die Mitglieder des Landtags seien, der etwa an sie ergehenden Einladung zur Teilnahme an der geplanten Versammlung Folge leisteten.

7. August. Die „Sächs. Nat.-lib. Korresp." verkündigt, die in vorstehendem Beschluß zum Ausdruck gekommene Auffassung habe auf

falschen Voraussetzungen beruht und müsse, nachdem ihre Unrichtigkeit bewiesen sei, fallen gelassen werden.

13. August. Der nationalliberale Deutsche Reichsverein in Dresden fordert für Sachsen „ein freiheitliches, dem frühern sächsischen Wahlrecht in den Grundsätzen gleichartiges Wahlrecht und erwartet von der nationalliberalen Partei des Landes, daß sie energisch und selbständig in der gedachten Richtung tätig werde."

14. August. Der Freisinnige Volksverein und der Deutschfreisinnige Verein erklären sich gegen jedes Klassen-, Stände- und Berufswahlrecht, dagegen in erster Linie für Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen unter proportioneller Verteilung der Mandate auf die konkurrierenden Parteien, in zweiter Linie für Rückkehr zum früheren Landtagswahlrecht unter Aufhebung der Drittelmajorität und proportioneller Verteilung der Mandate nach den für die einzelnen Parteien maßgebenden Stimmenzahlen. In jedem Falle fordern sie gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht.

29. August. Der Landesausschuß des nationalliberalen Vereins für Sachsen stellt in Döbeln als hauptsächlichste Forderung auf: Die Beseitigung der indirekten Wahlen nnd die Aufhebnng der Scheidung zwischen städtischem und ländlichem Wahlkreise. Ferner soll für die Erste Kammer eine Zusammensetzung erstrebt werden, die sich den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes besser anpaßt.

13. September. Auf Grund dieses Beschlusses stellt die Hauptversammlung des nat.-lib. Landesvereins folgende Forderungen auf:

1. Direkte und geheime Wahlen; 2. neue Einteilung der Wahlkreise unter Beseitigung der Scheidung zwischen städtischen und ländlichen, womöglich mit geographischer Abrundung; 3. Abstufung des Wahlrechts, sei es nach Klassen auf Grund der Einkommensteuer, sei es nach dem Pluralsystem oder durch Verbindung beider; 4. Abänderung der in der Ersten Kammer bestehenden berufsständischen Vertretung nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedeutung der verschiednen Gruppen.

Ende September. Die Generalversammlung des konservativen Landesvereins Sachsens erklärt:

Die Partei ist sich bewußt, daß das durch das Zusammenwirken der Konservativen mit der Regierung und nationalliberalen sowie fortschrittlichen Abgeordneten geschaffne Wahlgesetz von 1896 das engere Vaterland vor schweren Erschütterungen bewahrt hat, die unter der Geltung des frühern Wahlgesetzes menschlicher Voraussicht nach inzwischen bereits eingetreten sein würden durch das Vorhandensein einer umstürzlerischen Mehrheit in der Zweiten Kammer, mit der keine Regierung die Geschäfte des Landes zu führen vermöchte. Die Partei ist grundsätzlich bereit, in die Erörterung der von der Regierung geplanten Revision des Wahlgesetzes einzutreten, vermag aber einem Abänderungsgesetze nur dann zuzustimmen, wenn es volle Gewähr bietet gegen die Ueberflutung der Zweiten Kammer durch staats- und gesellschaftsfeindliche Elemente.

Ende Oktober. Ein von der Regierung berufnes sogenanntes Vorparlament, bestehend aus 14 Personen aller Stände, berät eine Wahlrechtsreform, die die Regierung den Ständen zu machen gedenkt.

IV.

Landtag.

22. Oktober. Die zur Zweiten Kammer in 29 Wahlkreisen stattfindenden Neuwahlen fallen auf 18 Konservative, 8 Nationalliberale, 1 Reformparteiler, 1 Wildliberalen und 1 Deutschfreisinnigen. Die Kammer wird sich demnach zusammensetzen aus 56 Konservativen, 23 Nationalliberalen, 1 Wildliberalen, 1 Deutschfreisinnigen und 1 Mitgliede der Reformpartei.

12. November. Der Landtag wird vom König Georg eröffnet.

In seiner Thronrede spricht er lebhafte Befriedigung darüber aus, daß im wirtschaftlichen Leben sich die Anzeichen mehren, daß wenigstens auf den Gebieten des Handels und zahlreicher Industriezweige die schwersten Zeiten des Druckes als überwunden gelten können; es werde nach wie vor das ernsteste Bestreben der Regierung sein, das Gedeihen der Landwirtschaft sowie die Erhaltung eines wohlgeordneten und innerlich gefestigten Zustandes der Landesfinanzen zu fördern. In dem Staatshaushalte für die nächsten beiden Jahre habe auch die Besserung der Verhältnisse bei den Eisenbahneinnahmen in Anschlag gebracht werden können. Im Vergleiche mit dem Etat der Vorperiode zeige der diesmalige Staatshaushaltsplan eine Wendung zum Bessern; aber der Wunsch, eine erhöhte Schuldentilgung eintreten zu lassen, müsse vorläufig noch unerfüllt bleiben. In allen Zweigen der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe bedürfe es einer verständigen wirtschaftlichen Sparsamkeit. Die Thronrede verweist sodann auf den längst unhaltbaren und der Reform dringend bedürftigen Zustand der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Bundesstaaten.

Dem Landtage geht der Etat zu, der in Einnahme und Ausgabe 330840180 Mark aufweist, ferner Gesetzentwürfe über Errichtung einer Oberrechnungskammer und über die Landestrauer.

30. November. Der Finanzminister Rüger hält in der Zweiten Kammer eine Rede über den Etat. Er sagt u. a.:

Die Reichsfinanzreform sei nicht denkbar ohne Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich, und diese würden nach Ansicht der sächsischen Regierung nur auf dem Gebiete der indirekten Steuern zu suchen sein. Insbesondre müsse sich die Regierung mit aller Entschiedenheit gegen das Projekt einer Reichserbschaftssteuer erklären. Es sei eine Lebensbedingung der Einzelstaaten, wenigstens auf dem Gebiet der direkten Steuern Herr im eignen Hause zu sein. Der Minister beleuchtet eingehend die ungünstige Lage der sächsischen Finanzen und knüpft daran eine Warnung vor übertriebnen Anforderungen an den Staat. „Indem der Staat seine Ziele immer weiter steckt, erweckt er in der Bevölkerung die Meinung, daß der Staat alles kann. Die Begehrlichkeit dem Staate gegenüber ist in weitere Kreise gedrungen. Daraus erklärt sich auch die Verärgerung und Verbitterung größerer Massen. Wir sollten uns daran gewöhnen, vom Staate nicht mehr zu fordern, als er nach dem materiellen Maße seiner Kräfte zu leisten vermag."

15. Dezember. In der Zweiten Kammer begründet Minister v. Metzsch die Nachforderung von 10000 Mark für die Entsendung

von 40 Gendarmen in das Crimmitschauer Ausstandsgebiet zum Schutze der Arbeitswilligen.

Er gibt einen Ueberblick über die Entstehung und den Verlauf des Ausstandes sowie über die gegenwärtigen Verhältnisse im Ausstandsgebiet. Die Arbeiter hätten sich besonders zu Beginn eines ruhigen und gemessenen Verhaltens befleißigt. Die gegenwärtige üble Lage sei unberufnen Organen zuzuschreiben, die nicht das Interesse der Arbeiter im Auge hätten, sondern darauf ausgingen, Unfrieden zu säen. Der Minister weist die Angriffe Bebels im Reichstag gegen die sächsische Regierung zurück. Die Regierung habe die Pflicht, ohne sich in die Streitigkeiten selbst einzumischen, die Arbeitswilligen mit aller Energie zu schützen, die von den Führern der ausständigen Arbeiter in brutalster Weise terrorisiert würden.

Württemberg.

I.

Parteibewegung.

18. Januar. Die Landesversammlung der Deutschen Partei Württembergs beschließt in Stuttgart: „Der Landesausschuß der Partei wird beauftragt, die Frage des Anschlusses der württembergischen Eisenbahnen an die preußisch-hessische Gemeinschaft im Auge zu behalten und keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die Eisenbahnfrage zu fördern."

21. Mai. Bischof Keppler von Rottenburg betont in einer Rede zu Mergentheim, daß das Zusammenleben unter den Konfessionen nicht friedlicher geworden sei, daß vielmehr der Zwiespalt an Schärfe zugenommen habe. Daraus zieht Keppler den Schluß, daß mehr denn jemals ganze Katholiken vonnöten seien. Im weitern Verlaufe seiner Rede bezeichnet der Bischof die jetzigen Zeitläufte als „Kriegszeiten."

4. August. Auf dem in Stuttgart stattfindenden Verbandstage der Deutschen Windthorstbunde spricht sich der Vizepräsident der württembergischen Zweiten Kammer, v. Kiene, dahin aus, daß das Schwabenland sich als guter Boden für die Propaganda der Windthorstbunde erweisen werde. Die Versammlung fordert die Mitglieder der einzelnen Bunde auf, nicht nur selbst vollzählig dem Volksverein für das katholische Deutschland beizutreten, sondern sich auch selbst als Redner, Vertrauensmänner, sowie nach Kräften und Tunlichkeit in den Dienst desselben zu stellen.

II.

Landtag.

(29. Januar bis 18. Juli.)

1.

Volksschulnovelle.

3. Februar. Die Abgeordnetenkammer berät den im April 1902 vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes vom 29. September 1836 über das Volksschulwesen. Artikel 4 wird dahin gefaßt, daß die Bezirksschulaufsicht in der Regel als Hauptamt ausgeübt werden soll, und daß als Bezirksschulaufseher im Hauptamt Schulmänner oder Geistliche angestellt werden sollen. Zu Bezirksschulaufsehern im Nebenamt kann von der Ortsschulbehörde auch ein Geistlicher in widerruflicher Eigenschaft bestellt werden.

6. Februar. Eine längere Beratung findet über die Frage der Oberschulbehörde statt. Dabei stellt der Kultusminister v. Weizsäcker fest, daß es hauptsächlich das Zentrum sei, das sich den Bestimmungen der Vorlage grundsätzlich entgegenstellte.

Indem er andeutungsweise die Unersättlichkeit der katholischen Kirche namentlich in der Herrschaft über die Schule hervorhebt, betont er, daß, wenn der Entwurf Gesetz werde, er der Kirche noch soviel Einfluß lasse, daß selbst für den Standpunkt streng kirchlicher Auffassung kein Anlaß zu Besorgnissen vorhanden sei. Es existiere überhaupt nur eine staatliche Bezirksschulaufsicht, die durch die vom Staat angestellten Geistlichen ausgeführt werde. Wenn jemals überhaupt ein Mitaufsichtsrecht der Kirche existiert habe, so habe es schon im Jahre 1836 zu existieren aufgehört. Die Volksschule, wie sie in unsrer Zeit existiere, sei überhaupt nicht mehr gleichbedeutend mit der einstigen Pfarrschule. Zum Beweis hierfür zitiert der Minister das Wort des frühern Zentrumsabgeordneten Probst, der im Jahre 1891 sprach: „Es ist mir sehr wohl bekannt, daß die Schule Staatsanstalt ist.“ Eigentlich habe die Kirche keine Ansprüche zu erheben. Gegenüber dem beliebten Worte von dem Elternrecht an die Schule protestiert der Minister entschieden gegen die etwaige Auffassung, daß die Interessen der Kirche und des Staates sich etwa gegenüberstünden. Die überwältigende Mehrheit des Landes stehe in dieser Frage entschieden auf der Seite der Regierung; zu einem Kompromiß könne man aber gegenüber dem von einer Seite stets festgehaltenen Grundsatz des non possumus niemals gelangen.

Die Kammer beschließt hierauf, daß als Oberschulbehörde für die evangelischen Volksschulen statt des Konsistoriums ein „evangelischer Oberschulrat“ gebildet werden soll; für die katholischen Volksschulen verbleibt der katholische Kirchenrat die Oberaufsichtsbehörde mit der Bezeichnung „katholischer Oberschulrat.“ Gegen den Antrag stimmen das Zentrum und die Sozialdemokraten.

10. Februar. Die Kammer genehmigt die Bestimmung des Entwurfs, wonach die Leitung des Religionsunterrichtes in

den Volksschulen einschließlich der Bestimmung der Katechismen, Religionshandbücher und insbesondre der Visitation desselben unbeschadet des dem Staate zustehenden Oberaufsichtsrechts den Oberkirchenbehörden zukommt. Was die übrigen Aenderungen betrifft, so sind die Unterrichtsfächer durch Zeichnen, Turnen, Obstbaukunde, Handfertigkeit in obligatorischer oder fakultativer Weise vermehrt. Sodann ist der Ueberfüllung der Klassen dadurch einigermaßen gesteuert, daß als Höchstzahl für einen Lehrer siebzig Schüler, statt bisher neunzig, angesetzt sind.

11. Februar. Die Novelle wird im ganzen mit 55 gegen 25 Stimmen angenommen.

10. Juli. Die Kammer genehmigt den Entwurf eines Gesetzes, demzufolge die höhern Mädchenschulen, die bisher einer besondern Kommission unterstanden, der Oberstudienbehörde, das heißt der Aufsichtsbehörde für die Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen, unterstellt werden.

2.

Frage der Verfassungsänderung.

11. Februar. Die Kammer berät einen Antrag von Kloß (sozialdemokratisch), betreffend eine stärkere Vertretung der Stadt Stuttgart in der Kammer. Dazu erklärt der Ministerpräsident v. Breitling, die Regierung erkenne die Berechtigung des Antrages an, insbesondre im Hinblick auf das eventuelle Ergebnis der Verhandlung bezüglich der Eingemeindung von Cannstatt, Wangen und Untertürkheim; sie halte es aber nicht für geraten, den Antrag, der die Frage der Verfassungsrevision aufrolle, besonders zu behandeln, werde vielmehr, sobald Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, die Vorarbeiten zur Revision der ständischen Verfassung in die Hand nehmen und sie mit allen Parteien und einigen Vertretern des andern Hauses zusammen fördern und einen Entwurf vorlegen.

3.

Finanzielle Angelegenheiten.

13. Februar. Die Abgeordnetenkammer beschließt, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrate für eine baldige Aenderung des Gesetzes von 1873 betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds einzutreten, und zwar in der Richtung, daß in Zukunft nicht bloß den vollständig hilfsbedürftigen Kriegsinvaliden die Reichshilfe gewährt werde, sondern auch denen, deren Erwerbsfähigkeit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.

16. März. Die Kammer beginnt die Beratung des ihr am 16. Januar vorgelegten Entwurfs des Staatshaushaltsetats für 1903 bis 1905. Hiernach beträgt der Staatsbedarf für beide Jahre zusammen 184 Millionen Mark, d. h. 6 Millionen Mark Mehrerforder-

nis. Die Einnahmen betragen 175 Millionen, der Fehlbetrag 8,8 Millionen. Die Regierung schlägt zur Vermeidung einer Steuererhöhung vor, ausnahmsweise eine Anleihe zu machen. Die Vorlage führt aus, die Finanzlage gebe trotzdem keinen Anlaß zu ernstern Besorgnissen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage und das finanzielle Verhältnis zum Reich wieder bessere, werde auch der Staatshaushalt wieder in normale Bahnen kommen. — Im Anschluß an den Etat ist dem Landtage am 6. März auch ein Nachtrag zugegangen, wonach insbesondere für die Verbesserung der Verkehrsanstalten 49200000 Mark als neue $3^1/_2$ prozentige Anleihe aufzunehmen sind, davon 19600000 Mark im laufenden Sommer und 29600000 Mark im nächsten Jahre. Für den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes, der linksufrigen Neckarbahn und andre Bahnzwecke wird im nächsten Jahre die erste Rate im Betrage von zehn Millionen Mark gefordert werden. Gleichzeitig ist ein Gesetzentwurf über die Tilgung der Staatsschuld vorgelegt, der bestimmt, daß vom 1. April ab in jedem Jahre die Tilgung in der Höhe von mindestens $^8/_5$ Prozent der Staatsschuld vorzunehmen ist.

17. März. Bei der Beratung des Etats erklärt der Finanzminister Zeyer, daß das Reichsdefizit von den Einzelstaaten nicht getragen werden könne; es müsse durch Anleihen gedeckt werden. Ziel der Reichsfinanzreform sei, daß Matrikularbeiträge und Ueberweisungen sich decken; die Franckensteinsche Klausel sei nicht mehr haltbar. Die einzelstaatlichen Finanzminister seien bereits in Unterhandlungen darüber eingetreten. — Die württembergischen Staatsbahnen hätten im Jahre 1902 volle 16 Millionen abgeliefert.

14. Mai. Beratung des Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes in der Zweiten Kammer. Nachdem die Erste Kammer dem Beschlusse der Zweiten bezüglich des Höchstbetrags der Steuer nicht beigetreten war, beschließt nunmehr die Zweite Kammer, den Höchstbetrag auf 5 Prozent bei einem Einkommen von 200000 Mark zu setzen.

16. Mai. Die Kammer der Abgeordneten nimmt bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Besteuerungsrechte der Gemeinden und der Amtskörperschaften einen Antrag an, wonach die Gemeinden zur Erhebung einer Gemeindeeinkommensteuer verpflichtet werden, wenn die Gemeindeumlage mehr als 2 Prozent der Kataster beträgt. Ferner wird die Einführung einer Bauplatzsteuer in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern beschlossen; in kleinern Gemeinden ist die Einführung der Bauplatzsteuer nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen zugelassen. Schließlich wird ein Antrag auf obligatorische Einführung einer kommunalen Warenhaussteuer angenommen.

6. Juni. Die Kammer der Standesherren erklärt sich mit obigem Kompromißvorschlage der Zweiten Kammer einverstanden. Die Abgeordnetenkammer hatte ursprünglich 6 Prozent verlangt, während die Standesherren nur bis zu $4\frac{1}{2}$ Prozent gegangen waren.

17. Juli. Durch weiteres Nachgeben kommt völlige Uebereinstimmung zwischen beiden Kammern zustande.

4.

Ueber das Verhalten des Bischofs von Rottenburg.

8. Juni. In der Zweiten Kammer beschwert sich **Hildebrand** über die Art der Wahlagitation des Bischofs **Keppler** von Rottenburg. Dieser habe kürzlich bei Gelegenheit einer Firmungsreise in Mergentheim diejenigen Katholiken, die sich nicht auch bei den Wahlen an die katholische Sache halten, Feiglinge und Verräter genannt. Zahlreiche Katholiken, denen es um ihren Glauben ernst ist, die aber mit der Politik und den Schachergeschäften des Zentrums nichts zu tun haben wollen, habe dieser Ton aufs höchste entrüstet. Der Kultusminister **v. Weizsäcker** erwidert, daß er sich in dieser Sache jeden Urteils enthalte. Hierauf weist **Haußmann** darauf hin, daß diese Zurückhaltung des Ministers von dem Ultramontanismus so gedeutet werden werde, daß der Minister das Auftreten des Bischofs billige, und daß sich dadurch die Wahlkaplane aufgemuntert sehen würden, erst recht in die Wahlbewegung einzugreifen. Minister **v. Weizsäcker** spricht nunmehr den dringenden Wunsch aus, daß der konfessionelle Friede des Landes „nicht weiter gestört werde" und fügt seine Ueberzeugung hinzu, daß irgendwelche objektiven Tatsachen in dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die diesen Frieden zu stören geeignet wären, in Württemberg nicht vorlägen. Wenn er gestört werden sollte, so sei jedenfalls die Regierung nicht daran schuld. Ohne Widerspruch von dem Minister zu erfahren, antwortet **Haußmann**, er nehme an, daß diese Worte auch an den Bischof gerichtet seien. Prälat **v. Sandberger** weist sodann auf vielerlei Angriffe des Ultramontanismus gegen die evangelische Kirche hin. Er erinnert an die Würzburger Reden des Paters v. Berlichingen und an die verschiednen Kampfreden des Bischofs Keppler, von dem er feststellt, daß der Bischof nicht ohne Schuld sei an der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze in den letzten fünf Jahren. Er weist auch unter der Zustimmung des Hauses darauf hin, daß unter Bischof Keppler das Verhalten der katholischen Geistlichkeit gegenüber den gemischten Ehen immer schärfer werde. Unter lebhaftem Beifall schließt der Prälat mit den Worten: „So kann es nicht weitergehn, es würde sonst für das Vaterland unheilbarer Schaden entstehn."

5.

Eisenbahnangelegenheiten.

23. Juni. Bei der Beratung des Eisenbahnetats entspinnt sich in der Abgeordnetenkammer eine Verhandlung über die deutschen Eisenbahnzustände im allgemeinen und über die süddeutschen und die württembergischen im besondern.

v. **Kiene** (Zentr.) leitet die Erörterung mit einem Vortrag ein, in dem er seinen Wunsch nach nach Einführung von Kilometerheften wieder vorbringt, eine Wagengemeinschaft der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen empfiehlt und den vorliegenden Etat beleuchtet, der recht unerfreulich sei. **Haußmann** bespricht das „höchst illoyale" Verhalten der Nachbarstaaten, die Württemberg förmlich boykottierten. An dem Durchgangsverkehr nach der Schweiz und Italien habe Württemberg infolgedessen fast keinen Anteil. Zwischen Baden und Bayern bestehe offenbar ein Komplott gegen Württemberg, unter Mitwirkung Preußens und der Schweiz. Der Verkehr von Breslau und Altona nach der Schweiz beweise klar die Umgehungsabsicht. Der ganze von der Reichshauptstadt ausstrahlende Verkehr werde auf Umwegen nach der Schweiz gebracht. Diese Verhältnisse seien geradezu haarsträubend. Er erhebe ausdrückliche Anklage gegen Baden und Bayern, daß sie sich gegen Artikel 42 und 44 der Reichsverfassung verfehlten. Man dürfe nicht müde werden mit Beschwerden und Anklagen. Der Verkehrsminister v. **Soden** meint, der Mißstand der Umführung könne gründlich nur beseitigt werden durch gemeinsame Rechnungsführung. Ob dies möglich sei unter Gewährleistung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der einzelnen Verwaltungen, sei eine Frage, die näherer Untersuchung bedürfe. Wenn die Selbständigkeit nicht gewährleistet sei, werde Württemberg nicht zu haben sein. Der Minister klagt bitter über die Umleitungen seitens der benachbarten Staatsbahnen; Bayern mache bis zu 40 Prozent Umweg zum Schaden Württembergs; dieses habe alljährlich eine Million Mark Schaden durch diese Umleitungen der Konkurrenz. Der Vorstand der Eisenbahngeneraldirektion, Staatsrat v. **Balz**, ergänzt die Mitteilungen des Ministers. Im Verkehr Dresden-Konstanz werde ein Umweg zum Nachteil Württembergs von 44 Prozent gemacht, im badisch-bayrischen Verkehr und im Verkehr von Frankfurt und Mainz mit Bayern bis 35 Prozent! Ebenso werde Württemberg im außerdeutschen Verkehr systematisch geschädigt. Diese tatsächlichen Zustände verdienten das öffentliche Interesse. v. **Geß** führt aus: Den zerfahrnen Zuständen im deutschen Eisenbahnwesen müsse ein Ende gemacht werden; eine Vereinheitlichung sei dringend notwendig; die Ausführung des Artikels 42 der Reichsverfassung genüge nicht, es müsse weiteres geschehen. Wenn der jetzige Zustand nicht bald beseitigt werde, verblute sich Württemberg finanziell an den Eisenbahnen. **Hartmann** begründet einen Antrag auf Einführung von Kilometerheften, auf die guten Erfahrungen in Baden hinweisend. v. **Kiene** weist auf das Postübereinkommen hin, durch das allgemeine Vorteile erreicht würden ohne Aufgabe der Selbständigkeit der Verwaltung.

Es wird einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, „mit aller Entschiedenheit auf eine Beseitigung des derzeitigen, sowohl dem Sinn und dem Zweck des Artikels 42 der Reichsverfassung als den Grundsätzen einer einheitlichen deutschen Wirtschaftspolitik wie dem Anspruch aller Bundesglieder auf Schutz gegen künst-

liche Unterbindung ihres Verkehrs durch andre Bundesstaaten widersprechenden Zustandes hinzuwirken." Der Antrag bezüglich der Kilometerhefte wird angenommen.

10. Juli. Dieselbe Frage der „Umleitung" wird auch in der Kammer der Standesherren, und zwar vom Berichterstatter zum Eisenbahnetat, dem Erbprinzen **von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg**, zur Sprache gebracht. Er fordert die Regierung auf, einen Appell an das Reich zu richten, damit die Württemberg so sehr in Nachteil setzenden Verkehrsumleitungen aufhören, und bittet die hohen Herren, die auch in andern ersten Kammern Sitze haben, sich darüber zu erkundigen, wie denn die finanziellen Folgen der Umleitungen sich auf die finanziellen Verhältnisse der betreffenden Länder verteilen. Der Minister v. Soden meint, ein solcher Appell werde kein Echo finden, und protestiert gegen die Behauptung in der auswärtigen Presse, daß die Verkehrsumleitungen in den unzulänglichen Leistungen der württembergischen Bahnen begründet seien. Hierauf tritt die Erste Kammer obigem Beschlusse der Zweiten Kammer bei.

6.

Ueber die Briefmarkeneinheit.

28. Juni. In der Zweiten Kammer spricht sich bei Beratung des Postetats **Galler** dahin aus, Württemberg habe Grund, mit dem Vertrage über die Postwertzeichen zufrieden zu sein. Minister **v. Soden** teilt hierauf mit: Das Postübereinkommen habe sich, soweit ein Urteil nach einem Jahre schon möglich sei, völlig bewährt, und seine Ausführung sei auf keine Schwierigkeiten gestoßen. Württemberg habe nach dem Uebereinkommen bei Feststellung seines Einnahmeanteils die Wahl zwischen zwei Berechnungsarten. Die Einnahmen der Reichspost im abgelaufnen Jahre betrugen 305 $^1/_2$ Millionen Mark, der württembergischen Verwaltung 13 $^1/_2$ Millionen, die Gesamteinnahme also 319 Millionen Mark. Nach der einen Berechnungsart erhalte Württemberg als Einnahmeanteil 440 000 Mark, nach der andern 90 000 Mark mehr als jene 13 $^1/_2$ Millionen. Natürlich habe man im vorliegenden Falle den ersten Modus der Berechnung gewählt. (Der Postvertrag wurde am 5. November 1901 veröffentlicht und war am 1. April 1902 in Wirksamkeit getreten. S. Bd. 2 v. 1902, S. 157.)

III.

Königliche Familie.

22. Februar. Herzog Nikolaus von Württemberg, Thronfolger, Sohn des Herzogs Eugen, des Siegers von Kulm, stirbt auf

seiner oberschlesischen Herrschaft Karlsruhe kurz vor Vollendung seines siebzigsten Lebensjahrs.

Die jetzigen fünf Stämme des Hauses Württemberg sind zurückzuführen auf die fünf Söhne des am 17. März 1797 verstorbnen Herzogs Friedrich Eugen von Württemberg. Seine Söhne waren:

1. König Friedrich (1754 bis 1816). Von dessen ältestem Sohne, König Wilhelm I., stammt als einziger männlicher Sprößling der 1891 ohne Nachkommen verschiedne König Karl, von Friedrichs jüngerm Sohne aber, dem Prinzen Paul, der Prinz Friedrich († 1870), Vater des jetzigen Königs Wilhelm II., und der Prinz August, der bekannte langjährige Kommandeur des preußischen Gardekorps († 1885).

2. Herzog Ludwig (1756 bis 1807). Dieser hinterließ zwei Söhne: Adam, der ohne männliche Nachkommen blieb, und Alexander, der sich 1835 mit Gräfin Claudine von Rhedey, spätern Gräfin Hohenstein, morganatisch vermählte. Alexanders Nachkommen sind die in England ansässigen Herzöge und Fürsten von Teck, die infolge der nicht ebenbürtigen Abkunft auf den württembergischen Thron keinen Anspruch haben.

3. Herzog Eugen (1758 bis 1822). Von seinen drei Enkeln Eugen, Wilhelm und Nikolaus lebt jetzt nur noch Herzog Nikolaus, geboren 1. März 1833, vermählt 1868 mit Herzogin Wilhelmine Helene von Württemberg, seit 1892 Witwer; seine Ehe ist kinderlos geblieben. Da auch aus der Ehe seines Bruders Eugen keine männlichen Sprossen vorhanden sind und sein Bruder Wilhelm unverheiratet blieb, so ist jetzt mit Herzog Nikolaus diese dritte Linie des Hauses Württemberg erloschen.

4. Herzog Wilhelm (1761 bis 1833). Dieser schloß eine morganatische Ehe mit Wilhelmine Freiin v. Tunderfeldt, Burggräfin Rhodos, weshalb die Nachkommen, die Herzöge bezw. Fürsten von Urach und Graf Eberhard von Württemberg, nicht thronberechtigt sind.

5. Herzog Alexander (1771 bis 1833). Sein Sohn Alexander hinterließ aus seiner Ehe mit Marie, Prinzessin von Orleans, Tochter König Louis Philipps, den Herzog Philipp (geb. 1838), aus dessen Ehe mit der Erzherzogin Maria Theresia von Oesterreich die Herzöge Albrecht (geb. 1865, vermählt 1893 mit Erzherzogin Margarete von Oesterreich, Witwer seit 24. August 1902), Robert (geb. 1871, seit 1900 vermählt mit Erzherzogin Maria Raineria von Oesterreich) und Ulrich (geb. 1877) stammen. Herzog Albrecht hat sechs lebende Kinder: drei Söhne und drei Töchter.

Die Linien eins bis vier sind evangelisch, während die Linie fünf infolge der Verehelichung mit katholischen Prinzessinnen katholisch geworden ist. Da König Wilhelm II. nur eine Tochter, die an den Erbprinzen Friedrich zu Wied verheiratete Prinzessin Pauline, hat und die Linien zwei und vier nicht successionsfähig sind, so geht nach dem nunmehr erfolgten Ableben des Herzogs Nikolaus und damit verbundnem Erlöschen der Linie drei im Mannesstamme das Recht der Thronfolge auf die katholische Linie fünf über. Wegen des hohen Alters der Herzöge Nikolaus und Philipp wurde Herzog Albrecht schon seit Jahren als der präsumptive Thronfolger betrachtet.

1. Mai. König Wilhelm erhält den Besuch des Königs Georg von Sachsen.

Baden.

I.

Parteibewegung.

11. Juni. Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens beschließt in Karlsruhe ein Rundschreiben an die Bezirksvereine. Darin wird gesagt:

Unser Hauptgegner in dem bevorstehenden Wahlkampf wird, wie bei den seitherigen Landtagswahlen, das Zentrum sein. Es muß alles aufgeboten werden, daß dem Wachsen des Einflusses dieser konfessionellen Partei, die im entschiedensten Gegensatz zu uns die Zulassung der Jesuiten im Reich und der Männerklöster in unserm Badener Land verlangt und für die geistige Freiheit unsers Volks eine schwere Gefahr bedeutet, Einhalt geschieht. Von einem Paktieren mit dieser Partei, die eben erst bei den Reichstagswahlen unter nichtigen Vorwänden durch ihr Verhalten dazu beigetragen hat, daß mehrere Wahlkreise des Landes der Sozialdemokratie ausgeliefert wurden, kann für uns keine Rede sein. Vielmehr muß sie von jedem, der an den liberalen Errungenschaften unsers Staatswesens festhalten und von politischem Konfessionalismus und klerikaler Bevormundung nichts wissen will, aufs entschiedenste bekämpft werden. Wir bekämpfen das unheilvolle Bestreben, im paritätischen Staat das ganze politische, ja das ganze bürgerliche Leben konfessionellen Gesichtspunkten unterzuordnen; wir bekämpfen alle Versuche, an der Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Schule zu rütteln; wir bekämpfen den Geist engherziger Intoleranz, wie er sich leider unter klerikalem Einfluß in weiten Schichten unsers Volkes immer mehr breit macht; wir bekämpfen den in Regierungskreisen nicht seltenen Irrtum, daß durch weitere Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiet ein dauernder Friede zwischen Staat und Kirche hergestellt werden könne.

27. September. Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei in Karlsruhe erläßt einen Wahlaufruf, in dem sie u. a. sagt:

Bedenkt, welche Bedeutung diesen Wahlen für die Weiterentwicklung unsers Landes zukommt! Auf der ganzen Linie macht das Zentrum die größten Anstrengungen, um die liberalen Elemente in unsrer Volksvertretung noch weiter zurückzudrängen. Nicht nur in kirchenpolitischen Dingen, in denen wir die vom Zentrum verlangte Zulassung von Männerklöstern im Hinblick auf die seitherigen Traditionen des badischen Staats nach wie vor mit aller Entschiedenheit bekämpfen, sondern namentlich auch auf dem Gebiete der Schule und des Unterrichts, auf jenem von Kunst und Wissenschaft, ja auf dem Gebiete der ganzen Staatsverwaltung und unsers gesamten bürgerlichen Lebens müßte es über kurz oder lang zu verhängnisvollen Rückschlägen führen, wenn die Partei des Klerikalismus und des politischen Konfessionalismus ans Ruder käme. Unsre Stellung zu der Regierung wird durch ihre Stellung zu diesen Fragen wesentlich bedingt sein. Aber auch das Vordringen der Sozialdemokratie, die nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Bezirken die Unzufriednen um sich zu sammeln sucht, ist für eine gedeihliche Weiterentwicklung unsers auf monarchischer und nationaler Grundlage aufgebauten Staatswesens eine schwere Gefahr. Schart euch, badische Wähler, um das Banner eines gesunden, maßvollen Fortschritts, wie solches die nationalliberale Partei stets hochgehalten hat und auch in der

Folge hochzuhalten gewillt ist. Wir sind entschlossen, nicht nur den großen nationalen Gesichtspunkten gerecht zu werden, sondern auch den liberalen Gedanken mit allem Nachdruck zu betonen.

6. Oktober. Die Landesversammlung der badischen Zentrumspartei in Rastatt ist von einer Rede des Parteichefs, Geistlichen Rats Wacker, ausgefüllt, der u. a. sagt:

Es müsse festgestellt werden, daß seit 1876, dem Sturz Jollys, mehr wie anderwärts die Leitung der Verhältnisse des Landes in die Hände des Landesfürsten gekommen sei, und seit einer Reihe von Jahren könne die nationalliberale Partei mit Genugtuung feststellen, daß ihre Hauptstütze in dieser höchsten Stelle zu suchen sei. Das Ziel und Streben der Zentrumspartei bleibe nach wie vor, die nationalliberale Mehrheit zu beseitigen. Wem diese Beseitigung zunutzen komme, sei von ungleich geringerer Wichtigkeit. Die Zentrumspartei habe deshalb rastlos mitgewirkt, dieser und jener Partei Mandate mitzuerwerben ohne jede Gegenleistung. Wenn es sich um Sozialdemokraten handle, so müsse die Parole sein, Gewehr bei Fuß zu stehn, vor allem aber müsse der Standpunkt dabei überwunden werden, die Zentrumswähler etwa aufzufordern, einem Nationalliberalen dem Sozialdemokraten gegenüber zum Siege zu verhelfen. Das sei eine grundfalsche Taktik.

II.

Die Universität Heidelberg.

11. Februar. Eine Abordnung von siebenhundert Studenten der Universität zu Heidelberg überreicht dem Prorektor derselben, Hofrat Professor Buhl, eine Adresse, in der sie sagt:

In der Ueberzeugung, daß wir mit dieser unsrer Kundgebung nicht in das politische Gebiet übergreifen, daß es vielmehr reine Standessache ist, wenn wir als akademische Bürger öffentlich für unsre Ideale eintreten, erheben wir Protest gegen die in letzter Zeit lautgewordnen Angriffe auf die freie wissenschaftliche Forschung und gegen die Art und Weise, wie von Seiten der erzbischöflichen Kurie und der ihr ergebnen Presse das Ansehen unsrer akademischen Lehrer beim Volke systematisch untergraben wird. Unterzeichnete siebenhundert Studenten weisen vor allem die von Tag zu Tag sich in jenen ultramontanen Kreisen mehrenden persönlichen Verunglimpfungen und Beschimpfungen unsrer Professoren, auf die unser deutsches Volk als auf die „Bekenner der Wahrheit" mit Stolz zu blicken gewohnt ist, mit Entschiedenheit zurück und erklären, daß es den schweren Angriffen der Gegner in keiner Weise gelungen ist, unser Vertrauen zu ihnen, deren höchstes Bestreben ist, das Beste, was sie haben und wissen, uns zu geben, auch nur im geringsten zu erschüttern. Schon so oft haben sie unsre studentische Lern- und Lebensfreiheit verteidigt und geschützt, und ihnen vor allem haben wir es zu verdanken, daß wir noch immer mit Begeisterung singen können: „Frei ist der Bursch!"

Hofrat Buhl hebt in seiner Antwort hervor, daß die Freiheit der Lehre und Forschung gerade auch an den badischen Hochschulen unter der reichgesegneten Regierung des Großherzogs auf das vor-

trefflichste gewahrt sei, und, wie man unbedingt vertrauen dürfe, auch gewahrt bleiben werde.

7. August. Bei der hundertjährigen Feier der Erneuerung der Ruperto-Carolina hält der Großherzog Friedrich im wesentlichen folgende Rede:

Wir alle wissen, was die Universität der weisen Fürsorge des Großherzogs Karl Friedrich verdankt. Aber wir müssen uns auch erinnern an die politischen Zustände Deutschlands, die damals für einen national gesinnten Fürsten trostlos waren, und müssen es um so höher schätzen, daß Karl Friedrich in Betätigung seiner echt deutschen Gesinnung im Laufe seiner Regierung wiederholt bestrebt war, die Einigung der deutschen Fürsten und Länder herbeizuführen. Der Großherzog Karl Friedrich starb, 82½ Jahre alt, acht Jahre nach der Erneuerung der Universität und hinterließ seinen Nachfolgern die Organisation dieser Hochschule, die noch immer als ein Muster gelten kann. Die Regierungsnachfolger Karl, Ludwig und Leopold pflegten mit Sorgfalt die Interessen der Universität Heidelberg. Großherzog Leopold widmete dieser Hochschule sein reges Wohlwollen, das sich in der Berufung ausgezeichneter Lehrkräfte bekundete. Noch immer erkenne ich dankbar die Fürsorge meines Vaters als eine Wohltat für meine ganze Lebenstätigkeit. Aus den Erlebnissen zweier Jahre des Studiums in Heidelberg hebe ich heute nur die Erinnerung an zwei Männer hervor, deren Einwirkung eine wahrhaft segensreiche genannt werden darf. Es sind dies die beiden Historiker Friedrich Schlosser und Ludwig Häusser, beide Gelehrte weit über die Grenzen Deutschlands verehrt. Wenn auch nur vorübergehend, konnten unsrer badischen Heimat schwere Erfahrungen nicht erspart bleiben. Doch ich glaube, sagen zu dürfen, daß die politische Bewegung dieser Zeit auf so ernster nationaler Grundlage beruhte, daß die Verirrungen, zu denen sie ausartete, den guten Geist idealer Ziele nicht zu schädigen vermochten. Der Uebergang aus ernstem Kampf in den Frieden, der sich schon 1849/50 vollzog, berührte die Hochschule nur insofern, als die wiederhergestellte Staatsordnung den ungestörten Fortgang der Studien sicherte. Mit großer Zuversicht vertraue ich der rastlosen Tätigkeit der deutschen wissenschaftlichen Forscher und der treuen Arbeit der deutschen Gelehrten. Es wird daher unsrer Hochschule stets die ganze Kraft zu Gebote stehn, die zur Erfüllung ihrer großen Lehraufgabe erforderlich ist.

III.

Landtag.

1. Dezember. Der neue Landtag wird vom Finanzminister Buchenberger eröffnet.

In seiner Rede wird betont der Rückgang des Wirtschaftslebens in den letzten Jahren, der die Staatsfinanzen in unerfreulicher Weise in Mitleidenschaft zog. In Verbindung hiermit steht die starke Vermehrung der ordentlichen Ausgaben und die reichlichste Ausstattung des außerordentlichen Budgets. Infolgedessen werden die angesammelten Betriebsüberschüsse im Laufe dieses Jahres aufgezehrt. Der neue Voranschlag weist daher einen Gesamtfehlbetrag von annähernd elf Millionen auf, der durch die Kreditreste der frühern Budgetperioden noch um einige Millionen erhöht wird. Die Regierung schlägt daher eine Erhöhung der Einkommen-

und Kapitalrentensteuer vor und die Uebernahme des restlichen Teils des Fehlbetrags auf die Amortisationskasse, soweit ihn nicht die Ueberschüsse der folgenden Jahre decken. Die Regierung hofft, eine Erhöhung bleibe auf die nächste Budgetperiode beschränkt. Sie unterstütze alle Maßnahmen der Reichsleitung, die das Reich finanziell leistungsfähig machen und zugleich verbürgen, daß den Einzelstaaten die Durchführung ihrer Kulturaufgaben nicht erschwert werde. Die Regierung kündigt die Umwandlung der Ertragssteuer in eine Vermögenssteuer an. Die Eisenbahnen weisen einen Ueberschuß von $13^1/_2$ Millionen oder 600000 Mark mehr als im Vorjahr auf. Die Regierung kündigt Gesetzentwürfe der Landtagswahlreform und einer von den Gemeinden zu erhebenden Warenhaussteuer an.

4. Dezember. In der Zweiten Kammer legt der Minister Buchenberger das Budget für 1904/05 vor. Es schließt in den ordentlichen Ausgaben mit 86637943 Mark, in den ordentlichen Einnahmen mit 86166384 Mark, also mit einem Fehlbetrag von 471559 Mark ab. Die Anforderungen des außerordentlichen Etats betragen 9924951 Mark. Der Voranschlag der Eisenbahnbetriebsverwaltung gibt die Einnahmen auf 75241300 Mark, die Ausgaben auf 61752800 Mark an. Das außerordentliche Budget beansprucht 41446700 Mark. — Der Minister begründet den Etat in längerer Rede.

9. Dezember. Die Regierung legt der Zweiten Kammer Gesetzentwürfe vor, betreffend die Aenderung der Verfassung und des Wahlrechts zum Landtag und der Wahlkreiseinteilung. Nach den Entwürfen soll die Erste Kammer zusammengesetzt sein aus den Vertretern der drei Hochschulen, aus fünf von den berufnen Körperschaften gewählten Vertretern und den von dem Großherzog ernannten Mitgliedern, deren Zahl von acht auf zehn erhöht wird. Die Landtagsperiode soll vier Jahre betragen. Die Zweite Kammer soll künftig aus siebzig in direkter geheimer und allgemeiner Wahl gewählten Mitgliedern bestehn, das Großherzogtum soll in siebzig Wahlkreise geteilt werden unter Zugrundelegung einer Einwohnerzahl von 30000. Das Gesetz soll 1904 in Kraft treten.

IV.

Totenliste.

13. Februar. Der Staatsminister a. D. Dr. Nokk stirbt, 72 Jahre alt, in Karlsruhe. Seit 7. März 1893 Staatsminister, war er am 29. Juni 1901 zurückgetreten, weil er einen Wechsel der Kirchenpolitik nicht mitmachen wollte.

Hessen-Darmstadt.

I.

Landtag.

30. Januar. Die Regierung legt der Zweiten Kammer den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vor, nachdem der am 5. März 1901 vorgelegte Entwurf, zu dem die Zweite Kammer Beschluß gefaßt hatte, der Ersten Kammer erst am 4. Juli 1902, also zu spät zugegangen war, sodaß sie nicht mehr in Beratung hatte treten können.

Inzwischen haben die Neuwahlen im vorigen Jahre noch nach dem alten Wahlrecht stattgefunden. Die jetzt der Kammer wieder zugegangne Vorlage ist in den Hauptpunkten unverändert geblieben, namentlich bezüglich der Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer (55, nämlich 15 von den acht größern Städten und vierzig von den übrigen Städten und Landgemeinden zu wählende), ferner der Stimmberechtigung der Wähler (Alter von fünfundzwanzig Jahren, dreijährige Staatsangehörigkeit und Heranziehung zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer) und des Wahlmodus (Abgabe der Stimmzettel in amtlich abgestempelten Couverts). Die Aenderungen der neuen Vorlage betreffen nebensächliche Bestimmungen.

12. Februar. In der Zweiten Kammer beginnt der Finanzminister Gnauth die allgemeine Beratung des Budgets mit einer Begründung der Ausfälle, die der Etat gegen den Voranschlag aufzuweisen hat. Der Gewinn an dem Ertrag der hessisch-preußischen Staatseisenbahngemeinschaft ist um einige hunderttausend Mark geringer. Das Sinken der Holzpreise hat ein schlechteres Erträgnis aus den Domänen zur Folge gehabt. Der Mehrbedarf des Reichs wird durch das Reich selbst gedeckt werden. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge steht für Hessen nicht in Aussicht. Die Vertretung Hessens im Bundesrat ist schon „nicht ganz ohne Erfolg," die Reichsregierung zur Sparsamkeit zu veranlassen. Sparsamkeit im Lande soll aber die Hauptaufgabe sein. Eine weitere Steuererhöhung wird unter allen Umständen vermieden werden.

18. Februar. Bei der Etatsberatung in der Zweiten Kammer verspricht der Minister Rothe, daß die Regierung im Bundesrate für die Diäten der Reichstagsmitglieder eintreten werde. Cramer beschwert sich darüber, daß den Eisenbahnarbeitern das freie Koalitionsrecht in ungerechter Weise beschränkt und sogar der Verkehr mit sozialdemokratischen Abgeordneten verboten worden ist. Minister Gnauth kann die Verwaltung der Eisenbahngemeinschaft nicht vertreten. Die hessische Regierung muß sich fernhalten von Uebergriffen auf ein Verwaltungsgebiet, das durch den preußisch-hessischen Eisenbahnvertrag eng begrenzt ist. Schmitt bedauert, daß nach den Worten des Finanzministers die Selbständigkeit Hessens in dem Eisenbahnvertrag mit Preußen so wenig gewahrt sei. Die Regierung soll wenigstens die in der Kammer vorgebrachten Beschwerden der Gemeinschaftsverwaltung unterbreiten. David: Wir müssen die andern süddeutschen Staaten vor einer solchen Verbindung mit Preußen warnen.

27. Februar. In der Zweiten Kammer erklärt der Ministerialrat Eisenhuth, auch in Hessen denke man daran, Versuche mit Reformgymnasien zu machen. Man dürfe aber nicht übersehen, daß Hessen im Schulwesen wegen gegenseitiger Anerkennung der Reifezeugnisse an das Reich und die andern Staaten gebunden sei. — Abgeordneter Köhler stellt das Verlangen nach Gründung einer „ordentlichen Professur für Nationalökonomie des physiokratischen Systems." Minister Rothe lehnt dies ab, weil „für die Auswahl der Dozenten an der Landesuniversität kein andrer Gesichtspunkt maßgebend sein darf, als der anerkannter wissenschaftlicher Tüchtigkeit; die Berufung eines Hochschullehrers auf der Grundlage einer zuvor festgelegten Lehrrichtung und unter Rücksichtnahme auf in dieser Beziehung geäußerte Wünsche politischer Parteien würde nichts andres als eine Verleugnung des Grundsatzes der akademischen Lehrfreiheit bedeuten; die großherzogliche Regierung ist aber gewillt, die akademische Lehrfreiheit unter allen Umständen hoch zu halten, da sie es in erster Linie ist, der die deutschen Hochschulen ihre führende Stellung in der wissenschaftlichen Welt zu verdanken haben." In der darüber stattfindenden Beratung legt Köhler dar, was er von der Wissenschaft verlangt:

Ich stehe der ganzen Nationalökonomie ungefähr gegenüber, wie ich meinem Schuhmacher gegenüber trete.

Hierauf bringen fünfunddreißig von den fünfzig Mitgliedern der Kammer folgenden Antrag ein: „In Erwägung, daß es im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse liegt, daß auf der Landesuniversität auf dem Gebiete der Nationalökonomie die verschiednen wissenschaftlichen Strömungen angemessene Vertretung finden, beantragen die Unterzeichneten: Die Regierung zu ersuchen, neben der bestehenden Professur eine weitere Professur für Nationalökonomie zu errichten, in der die agrarwissenschaftliche Richtung ihre Vertretung findet."

30. November. Den Landständen geht der Entwurf der Staatsvoranschläge für 1904 mit einer Denkschrift des Finanzministeriums zu. In dieser wird eine Wendung zum Bessern festgestellt.

Der Gesamtvoranschlag balanciert mit 76712174,85 Mark. Die Haupteinnahmen konnten mit rund 2,3 Millionen Mark mehr als im laufenden Jahre eingestellt werden. Die Mittel zur Deckung des Defizits für den ersten Teil des Voranschlags (Verwaltung) mit rund 1,3 Millionen Mark sollen dem Vermögen entnommen werden. Für 1905 bleibt ein Vermögensrest von 460000 Mark. Der Fehlbetrag in der Verwaltung des laufenden Jahres konnte infolge strengster Sparsamkeit von rund 2,3 Millionen Mark auf 1,3 Millionen Mark herabgemindert werden. Die Denkschrift sieht den Anteil Hessens am Betriebsüberschuß der Gemeinschaftsverwaltung der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft für 1904 mit 11600000 Mark vor, also 1500000 Mark mehr, als 1903 veranschlagt worden. Nach Ab-

rechnung des Betrags für Tilgung der Staatsschuld aus dem Erwerb der hessischen Ludwigsbahn bleibt aus den Erträgnissen der Staatseisenbahnen ein zur Deckung andrer Staatsbedürfnisse verfügbarer Betrag von 1385210 Mark.

7. Dezember. Der Zweiten Kammer geht ein Gesetzentwurf zu, durch den das Beerdigungswesen den Kirchengemeinden genommen und den politischen Gemeinden übertragen werden soll, ohne daß dafür eine Vergütung gewährt wird.

13. Dezember. Die Stände genehmigen einen Staatsvertrag mit Baden über die Auflösung des bezüglich der Gemeinde Kürnbach bestehenden Kondominatsverhältnisses, aus dem der hessische Teil von Kürnbach gegen eine Entschädigung an Baden abgetreten werden soll. Hessen verliert dadurch etwa 1000 Einwohner.

II.

Großherzogliche Familie.

22. November. Tod der neunjährigen Prinzessin Elisabeth, des einzigen Kindes des Großherzogs und der im Dezember 1901 von ihm geschiednen Prinzessin Viktoria von Koburg-Gotha, zu Skierniewice in Rußland.

5. Dezember. Der Großherzog nimmt in Darmstadt an der Weihnachtsfeier der Handwerksburschen in der Herberge zur Heimat teil, die 89 Männern Obdach gewährte.

Mecklenburg-Schwerin.

16. Mai. Beide Kammern des schwedischen Reichstags genehmigen einen Vertrag Mecklenburgs mit Schweden bezüglich des am 26. Juni 1803 geschlossenen Malmöer Pfandvertrags über Stadt und Herrschaft Wismar.

In diesem Vertrage hatte der König Gustav IV. Adolf von Schweden an den Herzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin „als ein Unterpfand" auf die Dauer von hundert Jahren den vollen, unbeschränkten genießbräuchlichen Besitz der im Westfälischen Frieden als Reichslehen an Schweden gelangten Stadt und Herrschaft Wismar mit den Aemtern Poel und Neukloster nebst Zubehörungen gegen Zahlung eines „Pfandschillings" von $1^1/_4$ Million Reichstaler Hamburger Banko (1 Reichstaler H. B. = 4,50 Mark) abgetreten. Gleichzeitig übertrug der König von Schweden auf die Person des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin und dessen Nachfolger auch alle Hoheitsrechte über diese Besitzungen, wie sie in dem Osnabrückschen Friedenstraktat vom Jahre 1648 auf die Krone Schweden übergegangen waren. Während ein Anspruch von seiten Mecklenburgs auf Rückzahlung der Pfandsumme ausdrücklich aus-

geschlossen wurde, behielt sich der König von Schweden das Wiedereinlösungsrecht nach Ablauf von hundert Jahren in der Weise vor, daß er berechtigt sein solle, gegen Rückzahlung der Pfandsumme nebst Zinsen und Zinseszinsen nach drei Prozent wieder in den Besitz der verpfändeten Stadt, Herrschaft und Aemter zu treten. Würde Schweden von diesem Wiedereinlösungsrecht nach Ablauf der hundert Jahre keinen Gebrauch machen, so sollte „diese Vereinbarung de facto so angesehen werden, als wenn sie noch auf andre hundert Jahre erneuert worden wäre." Die Summe, die Schweden aufwenden müßte, um im Jahre 1903 das ihm nach diesem Vertrage zustehende Wiedereinlösungsrecht geltend machen zu können, wird auf 107744600 Mark berechnet.

23. Juni. Der Großherzog telegraphiert dem König von Schweden seinen Dank für die wohlwollende Gesinnung, die der König in dieser Angelegenheit reichlich bewiesen habe.

19. August. Die Feier der hundertjährigen Zugehörigkeit Wismars zu Mecklenburg wird hier festlich begangen. Der Großherzog und alle Prinzen sind anwesend. Ersterer hält zu Pferde vor dem Rathause eine Rede.

30. September. In Warnemünde findet die Einweihung der Dampffähre Warnemünde-Gjedser statt. Der Großherzog und der König Christian sind anwesend. Letzterer sagt in einer Rede: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß diese Verbindung einen ganz besondern Fortschritt zu dem bedeutungsvollen Ziele, den Verkehr zwischen unserm Vaterlande und dem Auslande zu fördern, bildet." — Bei dem in Rostock folgenden Festmahle sagt der Großherzog in einer Rede: „Ich hege die feste Zuversicht, daß diese neue Verbindung, die eine wesentliche Erleichterung für Handel und Verkehr bedeutet, ein neues volkswirtschaftliches Band zwischen Dänemark und Mecklenburg, zwischen Deutschland und den nördlichen Reichen bilden wird. Ich möchte daher an dieser Stelle meiner aufrichtigen Freude und meinem Dank Ausdruck geben, daß der Landtag im Jahre 1897/98 das damalige Projekt so eifrig unterstützt und durch die demnächstige Bewilligung bedeutender Summen die Ausführung desselben ermöglicht hat."

16. November. Der Großherzog stattet der Universität zu Rostock einen Besuch ab. Er überreicht der Studentenschaft ein neues Banner und weist in der Aula auf das Interesse hin, das seine Vorfahren und er der Universität entgegengebracht hätten; er werde stets bemüht sein, die Universität auf ihrem heutigen Stande zu erhalten und weiter fortzubilden.

19. Dezember. Der einundzwanzigjährige Großherzog Friedrich Franz IV. verlobt sich in Gmunden mit der Prinzessin Olga, dritten Tochter des Herzogs von Cumberland (geboren 1884).

Mecklenburg-Strelitz.

21. Mai. Der vierundachtzigjährige Großherzog Friedrich Wilhelm richtet an das Land folgenden Erlaß:

Es naht der Tag, an dem vor sechzig Jahren der Erzbischof von Canterbury in der Schloßkapelle von Buckingham-Palace in London die Hand der teuern Großherzogin für immer in die meine legte, und lange haben wir uns darauf gefreut, dies seltne Fest der Diamanthochzeit zusammen begehn zu können. Leider haben wir uns entschließen müssen, auf eine Feier desselben zu verzichten, so schmerzlich wir dies auch empfinden — eine solche ist durch den schwankenden Zustand meiner Gesundheit ausgeschlossen. — Unser Dank aber an alle diejenigen bleibt derselbe, die sich dieses Tages haben freundlich erinnern wollen.

2. Juli. Nach jenem Festtage, dem 28. Juni, erläßt der Großherzog folgende Kundgebung:

Vorüber ist der Tag, an dem der teuern Großherzogin und mir es durch Gottes Gnade vergönnt war, unsre Diamanthochzeit zusammen begehn zu können; ein selten schönes Fest, das sich bis in die weite Ferne großer Teilnahme erfreute. Zu ihm sind uns die schönsten Geschenke, Kompositionen, Gedichte und herrliche Blumen, kunstvolle Adressen und warme Glückwünsche und Anschreiben, Briefe und Telegramme in sehr großer Zahl, wohl nahezu eintausend von den Magistraten der Ortschaften und Korporationen und Einzelnen zugegangen, daß es außer der Möglichkeit liegt, jedem dafür besonders zu danken und auszusprechen, wie herzlich gerührt und freudig bewegt wir durch diese Beweise der Zuneigung, Freundschaft und treuer anhänglicher Gesinnung sind. Wir bitten hiermit alle, unsern wärmsten Dank auf diese Weise entgegennehmen zu wollen.

Braunschweig.

10. Oktober. Der Parteitag der „Braunschweigischen Landesrechtspartei" beschließt, eine Eingabe an sämtliche deutsche Fürsten und Freien Städte zu richten, in der die Entwicklung der braunschweigischen Thronfolgefrage mit besondrer Berücksichtigung der Geschichte des letzten Regentschaftsgesetzes zusammenfassend dargestellt und die Bitte ausgesprochen wird, für die endliche Thronbesteigung des rechtmäßigen Landesherrn, Herzogs Ernst August von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg, wirksam zu werden und eine baldige Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 herbeizuführen.

Koburg-Gotha.

27. März. Der gemeinschaftliche Landtag beider Herzogtümer ersucht die Regierung, ihren Bevollmächtigten zum Bundesrat anzuweisen, einer weitern Erhöhung der Reichsausgaben entgegenzutreten, auf jede Ersparnis in den bisherigen Ausgaben Bedacht zu nehmen und die anderweitige Regelung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten fortgesetzt anzuregen und zu betreiben.

27. Juli. Verkündigung des Etatsgesetzes für Gotha. Es schließt in Einnahme und Ausgabe auf das erste Jahr mit 2714350 Mark und auf die zweiten $^3/_4$ Jahre mit 2107500 Mark. Zu den gemeinsamen Ausgaben von Koburg-Gotha hat hiernach Gotha beizutragen 426871 Mark und 223583 Mark auf die beiden genannten Jahre.

Oldenburg.

30. Januar. Der Landtag beschließt, einen Antrag auf Einführung des geheimen direkten Wahlrechts im Großherzogtum der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

17. Februar. Der Landtag ersucht die Regierung, die Beseitigung der Stempelsteuer in die in Aussicht gestellte Steuerreform einzuziehen.

Sachsen-Weimar.

29. April. In Bückeburg findet die Vermählung des sechsundzwanzigjährigen Großherzogs Wilhelm Ernst mit der neunzehnjährigen Prinzessin Karoline von Reuß ä. L. statt.

11. November. Die Landessynode nimmt die vom Landtage genehmigten Aenderungen des Volksschulgesetzes an, nach dem die Lehrer für die Verrichtung kirchlicher Dienste, einschließlich der Mitwirkung bei den sogenannten Kasualien, eine zum Gehalt gehörige, wenn auch nicht pensionsberechtigte Vergütung erhalten.

Sachsen-Altenburg.

13. März. Der Landtag überweist dem Herzog Ernst zu seinem im August stattfindenden fünfzigjährigen Regierungsjubiläum aus Landesmitteln 100000 Mark als Geschenk mit der Bitte, diesen Betrag zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden.

3. August. Der „Reichsanzeiger" schreibt im nichtamtlichen Teile: „Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg blickt am heutigen Tage auf eine fünfzigjährige Regierung. Mit den Bewohnern der unter seinem weisen Zepter blühenden altenburgischen Lande nimmt das Gesamtvaterland herzlichen Anteil an diesem Gedenktag, der dem Lebenswerk des ehrwürdigen deutschen Bundesfürsten gewidmet ist. Gern erinnern wir uns heute der Verdienste, die der Herzog in den großen Jahren der Reichsgründung durch seine Haltung als Landesfürst wie im Felde um die nationale Sache sich erworben hat. Wir begrüßen den hohen Jubilar mit ehrerbietigen Glückwünschen und der Hoffnung, daß er noch viele Jahre der Liebe seines Volkes und der Verehrung der deutschen Patrioten erhalten bleiben werde."

Der Herzog läßt aus Anlaß seines Regierungsjubiläums einer großen Anzahl verurteilter Personen Gnadenerweisungen dadurch zuteil werden, daß er ihnen die Strafen völlig oder teilweise erläßt oder die Umwandlung in niedrigere Strafen verfügt.

Sachsen-Meiningen.

17. September. Geh. Regierungsrat v. Ziller wird zum Minister ernannt.

10. November. Dem wieder eröffneten Landtage wird der Etat vorgelegt, der in Einnahme mit 6440000 Mark abschließt. Der Domänenetat hat einen Ueberschuß von 1017080 Mark, wovon die Hälfte der Landeskasse, die Hälfte dem Herzoge zukommt.

Anhalt.

31. Januar. Der Minister v. Koseritz wird in Ruhestand versetzt und an seine Stelle der preußische Geheime Regierungsrat v. Dallwitz, vortragender Rat im Ministerium des Innern in Berlin, ernannt.

30. März. Minister v. Dallwitz eröffnet den Landtag und sagt in seiner Ansprache:

Leider sei die Finanzlage des Landes nicht günstiger geworden. Zwar ergebe sich aus dem Hauptfinanzabschluß für 1901/02 ein Ueberschuß von 87500 Mark zum Vorteil der Staatsschuldenverwaltungskasse, die Bestände der letztern hätten sich aber im Rechnungsjahre um rund 244000 Mark verringert. Bei den eignen Einnahmen sei für das Jahr 1903/04 eine Abnahme um rund 446000 Mark, bei den eignen Ausgaben eine Zunahme um rund 142000 Mark zu erwarten, sodaß der durch die Einkommensteuer zu deckende Fehlbetrag um 589000 Mark höher ist als im Vorjahre. Im finanziellen Verhältnis zum Reich sei eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die neuen Anleihen erfordern für Verzinsung und Tilgung einen Aufwand von 140000 Mark und die Unterrichtsverwaltung ein Mehr von 247300 Mark. Hiervon entfallen 177420 Mark auf die geplante Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer. Trotz aller Sparsamkeit mußte infolge dieser Verhältnisse eine Erhöhung der Zahl der Steuereinheiten von neunzehn auf zweiundzwanzig in Aussicht genommen werden, außerdem eine Verschärfung der Progression bei der Einkommensteuer durch Abänderung des Steuergesetzes. Außer diesen beiden Vorlagen sei noch besonders wichtig das Einführungsgesetz für das Reichsgesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

Schwarzburg-Rudolstadt.

1. April. Der fürstlich neuwiedsche Kammerherr Frhr. v. d. Recke wird zum Minister ernannt.

Lippe.

11. Juni. Das Landgericht in Detmold weist eine Klage des Grafen Erich zur Lippe-Weißenfeld gegen den Grafregenten auf Aberkennung des Rechts der Zugehörigkeit zur hochadligen gräflich lippischen Familie ab.

Schaumburg-Lippe.

24. Februar. Bei der Eröffnung des Landtags sagt der Minister v. Feilitzsch, daß die Finanzlage des Fürstentums trotz der steigenden Anforderungen, die das Reich an die Einzelstaaten stellt, eine ganz günstige ist, und daß das Land die an das Reich zu entrichtenden ungedeckten Matrikularumlagen hat leisten können, ohne, wie das verschiedne andre Bundesstaaten zu tun gezwungen sind, die Steuern erhöhen oder Anleihen machen zu müssen.

Freie Städte.

12. Februar. Das Staatsbudget Bremens für 1903 schließt mit einem Fehlbetrage von 1340926 Mark.

16. März. Das Staatsbudget Lübecks für 1903 schließt mit einem Fehlbetrage von 530967 Mark.

1. November. Das Staatsbudget Hamburgs schließt mit einem Fehlbetrage von 3499016 Mark.

Elsaß-Lothringen.

I.

Landesausschuß.

29. Januar. Die dreißigste Tagung des Landesausschusses wird durch den Statthalter mit einer Ansprache eröffnet. Es heißt darin, daß die Finanzlage des Landes noch unter den erhöhten Ansprüchen des Reichs an die Einzelstaaten und unter der Stockung der wirtschaftlichen Verhältnisse leide, sodaß in dem Landeshaushalt tunlichste Einschränkung geboten sei. Dennoch hätten bei der soliden Grundlage des Finanzwesens die wirtschaftlichen Unternehmungen entsprechenden Kredit erhalten. Im übrigen sei zu hoffen, daß eine befriedigende Regelung der finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten erfolgen und die durch die Zolltarifgesetzgebung eingeleitete Wirtschaftspolitik die Wiedergenesung der wirtschaftlichen Verhältnisse fördern werde. Trotz des regen Schiffahrtsverkehrs auf dem Oberrheine im abgelaufnen Jahre seien wider Erwarten und zum

lebhaften Bedauern der Regierung wegen der Ausführung der Rheinregulierung von badischer Seite neue Schwierigkeiten entstanden. Der Ausbau eines den Anforderungen der Großschiffahrt genügenden Schiffahrtsweges bis Straßburg könne jedoch nicht auf die Dauer hintangehalten werden.

Der Alterspräsident Krafft sagt in einer Ansprache, die Aufhebung der Diktatur sei von der ganzen Bevölkerung mit Freuden aufgenommen worden. Die Wohltat der Aufhebung der Diktatur sei dem Kaiser zu verdanken, der damit der reichsländischen Bevölkerung einen neuen Beweis seiner Huld gegeben habe. Es sei zu hoffen, daß mit der Diktatur auch die andern Ausnahmegesetze verschwinden würden.

Der Entwurf des Landeshaushaltsetats für 1903 ist in Ausgaben und Einnnahmen auf 69030836 Mark festgestellt, und zwar ordentlicher Etat in Ausgaben auf 62068904 Mark, nämlich 59589334 Mark an fortdauernden und 2479570 Mark an einmaligen Ausgaben; in Einnahmen auf 62126784 Mark.

3. Februar. Erste Lesung des Etats. Unterstaatssekretär v. Schraut gibt einen Ueberblick über die Finanzlage des Landes und bezeichnet diese als verhältnismäßig wenig befriedigend. Das Etatsjahr 1901 habe mit einer Anleihe von 442458 Mark abgeschlossen. Bedenklicher werde das laufende Etatsjahr abschließen. Die Einnahmen und Ausgaben des diesjährigen Etats balancieren mit rund 69 Millionen Mark; wie im elsaß-lothringischen Etat für 1902, so sei auch im Entwurf des Etats für 1903 der reichsländische Matrikularbeitrag im ordentlichen Etat nur mit einem gleichen Betrage wie die Einnahmen aus Ueberweisungssteuern eingestellt. Der Betrag, um den der Matrikularbeitrag die Ueberweisung voraussichtlich übersteigen werde, sei mit dem Betrage von 747831 Mark in den außerordentlichen Etat übernommen. Die gesamte Landesschuld belaufe sich nur auf $24^1/_2$ Millionen Mark. Es sei zu wünschen, daß die Reichsfinanzreform endlich einmal eintritt und damit die Finanzen der Einzelstaaten auf eine feste Grundlage gestellt werden. — v. Ricklin hält es für befremdend, daß die Regierung den Landesausschuß über die Frage der katholisch-theologischen Fakultät nicht befragt und ihn nur als Kreditbewilligungsmaschine benützt habe. Die Wutausbrüche einesteils der Presse, die die Haltung der Regierung in der Fakultätsfrage als schwächlich bezeichnete, seien völlig unberechtigt. Ebenso sei es eine Verleumdung, wenn man bei dieser Gelegenheit die elsaß-lothringischen katholischen Geistlichen und die katholische Bevölkerung als Protestler bezeichnet habe. Kein Mensch in Elsaß-Lothringen protestiert mehr gegen den Frankfurter Frieden und die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich. Die Elsässer seien gute Deutsche, sie wollten aber auch gute Elsässer und gern in ihrem Lande bleiben. Er hoffe, daß Elsaß-Lothringen in Bälde die Gleichberechtigung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten erhalte. — Emmel behauptet, ein großer Teil der reichsländischen Beamten leide an Diktatur-Größenwahn. Die Beamten sollen Diener des Volkes, aber nicht Herren des Volkes sein. — Staatssekretär v. Köller protestiert gegen diese Behauptung. — Winterer bestreitet der Sozialdemokratie das Recht, sich als die alleinige Vertretung der reichsländischen Arbeiterschaft aufzuspielen. Auch wenn eine Reichsfinanzreform zustande käme, würde

sich die reichsländische Finanzlage nicht bessern. Redner weist die Behauptung der offiziösen Presse zurück, daß die Haltung des elsaß-lothringischen Klerus in der Straßburger Fakultätsfrage von politischen Motiven beeinflußt gewesen sei. Er fragt an, ob Elsaß-Lothringen die Kosten der Straßburger Fakultät allein tragen müsse. Die Diktatur sei gefallen, aber vieles Diktatorische in den reichsländischen Gesetzen, z. B. das Unterrichtsgesetz vom 12. Februar 1873, sei noch da. Auch sei befremdend, daß Elsaß-Lothringen immer noch keine Vertretung im Bundesrat habe.

4. Februar. Unterstaatssekretär v. Schraut bespricht eingehend die Zolltariffrage und gibt der Meinung Ausdruck, daß der reichsländische Weinbau von dem Zustandekommen des Zolltarifs erhebliche Vorteile habe. — Riff erklärt, man habe trotz der wenig günstigen Finanzlage keinen Grund, verzagt zu sein. Er glaube nicht, daß sich mit dem deutschen Zolltarif in seiner jetzigen Fassung Handelsverträge abschließen ließen.

26. Februar. Lebhafte Verhandlung über die Frage, ob Straßburg durch einen linksrheinischen Kanal oder durch die Rheinregulierung einen Großschiffahrtsweg nach Mannheim erhalten soll. Für die Regulierung des Oberrheins war bereits im diesjährigen Etat eine Summe von $1^1/_4$ Million eingestellt worden, Baden stellte aber drei Bedingungen, von deren Erfüllung es seine finanzielle Beteiligung bei der Rheinregulierung abhängig machte. Die zweite dieser Bedingungen bezüglich einer Vereinbarung über die Eisenbahntarife, die darauf hinausging, die Frachtsätze für Straßburg zu erhöhen, jene für Mannheim aber unverändert zu lassen, wird vom Landesausschuß für völlig unannehmbar erklärt. Im Anschluß daran beschließt er, die Regierung zu ersuchen, die zur Prüfung der Frage der Erbauung eines Rheinseitenkanals von Straßburg nach Lauterburg erforderlichen Erhebungen zu veranlassen. — Der Unterstaatssekretär Zorn v. Bulach macht jedoch darauf aufmerksam, daß die Rheinregulierungsfrage für Elsaß-Lothringen eine Lebensfrage sein und bleiben werde. Habe sich doch die Schiffahrt auf dem Rhein mit jedem Jahre in bedeutender Weise vergrößert. Der Rhein werde als Schiffahrtsweg immer ausgenützt werden, komme doch auf demselben so viel zur Verfrachtung, wie auf sämtlichen französischen Wasserstraßen zusammen. Nicht bloß für Elsaß-Lothringen, sondern auch für eine Reihe der am Oberrhein gelegnen badischen Städte sei die Rheinregulierung von größter Wichtigkeit. Dem Kanal aber würde durch die Bahn und durch die Rheinschiffahrt eine ständige Konkurrenz erwachsen.

6. April. Erste Beratung eines Nachtragsetats, betreffend die Kosten für die in Gemäßheit des am 5. Dezember v. J. mit dem päpstlichen Stuhle geschlossenen Vertrags zu errichtende katholisch-theologische Fakultät bei der Universität zu Straßburg. Der Nachtragsetat sieht vor: an einmaligen Ausgaben für bauliche Veränderungen und erste Einrichtung der Hörsäle und Seminarräume der katholisch-theologischen Fakultät, sowie für Umzugs- und Reisekosten der neu zu berufenden Professoren usw. 22000 Mark und an fortlaufenden Ausgaben für die Besoldung von sieben ordentlichen Professoren und einem außerordentlichen Professor den gleichen Betrag von 56700 Mark wie für die evangelisch-theologische Fakultät, also für ein Halbjahr 28350 Mark.

Die Einrichtung und Unterhaltung dieser Fakultät soll ausschließlich auf Staatskosten erfolgen, ohne daß eine Inanspruch-

nahme der Mittel des Bistums, aus denen bisher die Kosten der wissenschaftlichen Ausbildung der jungen Kleriker bestritten worden sind, einzutreten hätte. Auch sollen die Leistungen in Wegfall kommen, die nach dem Gesetz vom 29. November 1873 dem protestantischen St. Thomasstift in Straßburg gegenüber der Universität obliegen. Diese Leistungen bestehen darin, daß das St. Thomasstift verpflichtet ist, aus den Einkünften der Stiftung an die Universität den Durchschnittsbetrag für sechs ordentliche Professoren der evangelisch-theologischen Fakultät im Höchstbetrage von 36 000 Mark zu bezahlen.

21. April. Bei der Beratung dieses Etats bezeichnet der Unterstaatssekretär **v. Schraut** den Vertrag vom 5. Dezember v. J. als eine glückliche Abgrenzung der staatlichen und der kirchlichen Machtsphäre. — **Ricklin** führt Klage darüber, daß man bei den Fakultätsverhandlungen über den Kopf von Elsaß-Lothringen hinweg vorgegangen sei. — **Winterer** erblickt in der Beseitigung der Unterrichtsbefugnis des großen Priesterseminars eine Beeinträchtigung der Lehrfreiheit der Kirche. — **Wetterlé** möchte nach wie vor dem Bischof das Recht vorbehalten, die Ausbildung der Kleriker im großen Priesterseminar vorzunehmen. — Staatssekretär **v. Köller** verwahrt sich insbesondre gegen die Behauptung, daß die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät Straßburg zu Germanisationszwecken erfolgt sei. Eine Germanisation sei nicht vonnöten, da das Land im großen und ganzen deutsch sei.

28. April. Der Landesausschuß beschließt, die Landesregierung zu ersuchen, der Reichsregierung folgenden Wunsch zu unterbreiten: 1. daß die Verfassung des Deutschen Reiches bezw. das Reichsgesetz betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens dahin abgeändert werde, daß der Reichstag als gesetzgeberischer Faktor ausgeschaltet, daß dementsprechend 2. dem Landesausschuß die Befugnisse und Stellung eines Landtages für Elsaß-Lothringen erteilt werde, 3. daß bei den Beratungen der elsaß-lothringischen Angelegenheiten im Bundesrate die drei vom Landesherrn zu ernennenden Vertreter Elsaß-Lothringens zur Abstimmung berechtigt sind. Darauf erklärt der Staatssekretär **v. Köller**, er werde den Beschluß dem Reichskanzler vorlegen.

6. Mai. Der Landesausschuß stimmt dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Festsetzung des Nachtragsetats für die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg zu. Ferner beschließt er, die Regierung zu ersuchen, die Frage zu prüfen, in welcher Weise die Gewährung eines Staatszuschusses zur Errichtung und Unterhaltung eines protestantischen Priesterseminars durch das St. Thomasstift in Straßburg und die Gewährung von entsprechenden Staatszuschüssen

an die bestehenden großen bischöflichen Seminare in Straßburg und Metz zu ermöglichen sei, und dem Landesausschuß eine entsprechende Vorlage zu machen.

II.

Parteibewegung.

25. Februar. Eine neugegründete klerikale Elsaß-Lothringische Landespartei stellt folgendes Programm auf:

Auf politischem Gebiete: Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den andern Bundesstaaten; allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht für den Landesausschuß; freiheitliche Reform des Vereins- und Versammlungsrechts. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete: zweckmäßige Einschränkung der Ausgaben in der Zivil- und Militärverwaltung und gerechte Verteilung der Steuern; Schutz der nationalen Arbeit und Produktion; Ausbau der sozialen Gesetzgebung für die verschiednen Erwerbsstände. Auf religiösem Gebiete: Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegenüber den religiösen Genossenschaften; Konfessionalität der Schule; volle Anerkennung der Rechte der Kirche, der Gemeinde und der Familie auf dieselbe; Freiheit des Unterrichts.

14. Oktober. Eine Versammlung von 33 Vertretern der 4000 Mitglieder zählenden neun liberalen Vereine beschließt in Straßburg einen gemeinsamen Verband unter dem Namen „Liberale Landespartei von Elsaß-Lothringen." Man war übereinstimmend der Meinung, daß es gelte, „ein von entschieden liberalem Geiste durchwehtes, gegen den Klerikalismus scharf Stellung nehmendes Programm zu schaffen, das ein fruchtbares, die praktischen Bedürfnisse des Landes und der einzelnen Bevölkerungsgruppen berücksichtigendes Arbeitsprogramm darstellt." Das Programm verlangt Gleichstellung des Landes mit den Bundesstaaten, Beseitigung der noch bestehenden Ausnahmegesetze, neue Einteilung der Reichstagswahlkreise, Tagegelder für die Reichstagsabgeordneten, Schaffung eines Verwaltungsgerichtshofs, Hebung des Bauern- und Winzerstandes.

III.

Katholisch-theologische Fakultät.

11. September. Infolge des am 5. Dezember 1902 mit der römischen Kirche geschlossenen Vertrags (s. Bd. 2 d. 1902, S. 191) wird durch kaiserlichen Erlaß eine katholisch-theologische Fakultät an der Universität zu Straßburg errichtet. Der Erlaß enthält ein entsprechend abgeändertes neues Universitätsstatut.

Oesterreich-Ungarn.

A.

Oesterreich.

I.

Das Ministerium v. Körber.

7. Juli. Ein von allen Mitgliedern des Ministeriums eingereichtes Entlassungsgesuch wird vom Kaiser abgelehnt, weil er, wie er in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten sagt, angesichts der in der allernächsten Zeit der Regelung erheischenden hochwichtigen Angelegenheiten, die bewährten Kräften anvertraut bleiben müßten, seiner überaus wertvollen Dienste auch fernerhin bedürfe. Nur das Entlassungsgesuch des Ministers ohne Portefeuille Rezek wird genehmigt.

II.

Parteibewegung.

8. Juli. Der in Lemberg gehaltene erste polnische Nationaltag beschließt folgende Erklärung:

Die auf der ersten Nationalversammlung in Lemberg Versammelten bestätigen die unzertrennliche nationale Einheit mit den polnischen Ländern der andern Landesteile, drücken den Landsleuten unter der russischen und preußischen Regierung ihre Verehrung und Dankbarkeit aus für ihr unverbrüchlich treues Festhalten an der nationalen Idee in schwerer Bedrängnis und mitten in ihren furchtbaren Leiden, für ihre unverdrossene, opferwillige, der Zukunft geweihte Arbeit und für die erfolgreiche Verteidigung der nationalen Existenz sowie für die Vertiefung der Grundlage dieser Existenz. Sie erklären ihre Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfeleistung in allen ihren Bedürfnissen, sowie auf jeden Ruf hin, und ersuchen, daß sie sich auf diesem Gebiete, nämlich in der Arbeit an der nationalen Wiedergeburt, stets von dem Gedanken der nationalen Zusammengehörigkeit werden leiten lassen.

30. August. In Prag erfolgt eine Kundgebung von siebzehn Versammlungen der internationalen Sozialdemokraten für das allgemeine Stimmrecht.

Der Hauptredner führt aus, daß Oesterreich nur dann bestehen könne, wenn es auf demokratischer Grundlage aufgebaut würde; hierzu gehöre das allgemeine unbeschränkte Stimmrecht. Entweder Oesterreich wird sozialdemokratisch, oder es geht seinem Untergang entgegen; denn durch die Steigerung der Nationalitätsidee, wie sie durch die ungarische Krise er-

folgen mußte, wird eine Verländerung Oesterreichs herbeigeführt, und da die einzelnen Länder sich bekämpfen werden, weil sie verschiedne Lebensbedingungen haben, so geht Oesterreich auf diesem Wege der Zertrümmerung entgegen. Nur durch die Demokratisierung Oesterreichs würde dem vorgebeugt werden.

III.

Deutsch-evangelischer Bund.

20. September. In Wien findet unter zahlreicher Beteiligung aus nahezu allen österreichischen Kronländern die gründende Versammlung des „Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark" statt. Reichsratsabgeordneter Eisenkolb bezeichnet als Zweck des Bundes die Wiedergewinnung des einst in Oesterreich innegehabten Bodens für das Evangelium. Pfarrer Antonius betont die Notwendigkeit des Ausschlusses aller politischen Parteiunterschiede von den Angelegenheiten des Bundes. Der als Delegierter des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" (Deutschland) erschienene Pastor Weichelt aus Zwickau überbringt die Einladung zur Hauptversammlung dieses Bundes nach Ulm und verweist auf die Wichtigkeit evangelischer Unterrichtsanstalten.

IV.

Gegen die „Los von Rom"-Bewegung.

14. Dezember. Der Benediktinerpater Schachleiter in Prag, Präsident des böhmischen Bonifaziusvereins, erläßt, unter Hinweis auf den Hirtenbrief der böhmischen Bischöfe, einen Aufruf an die Katholiken Böhmens mit der Aufforderung zur Unterstützung des Bonifaziusvereins, dessen Kampf gegen die Los von Rom-bewegung hervorragend patriotisch sei. In dem Aufrufe heißt es:

Seit geraumer Zeit richte der reichsdeutsche Protestantismus heftige Angriffe gegen die katholische Kirche Oesterreichs. Oesterreich werde mit Flugschriften überflutet, mit Geldern des Gustav-Adolf-Vereins und des Evangelischen Bundes seien in den letzten vier Jahren nahezu sechzig neue protestantische Kirchen gebaut und über hundert Predigtstationen errichtet worden, von denen über die Hälfte auf Böhmen entfallen. Etwa neunzig Prediger aus Preußen und Sachsen seien beschäftigt, das Ansehen der katholischen Kirche herabzusetzen, die Lehre Luthers zu verkünden und laue Katholiken zum Uebertritte zu verlocken. Die Zahl der Abfälle habe bereits dreißigtausend erreicht.

V.

Landtage.

Böhmischer Landtag.

2. Oktober. Bei der ersten Lesung des Landesbudgets für 1903 hält der radikale Tscheche Baxa eine Rede, worin er sagt:

Wir befinden uns jetzt vor einer Krise der Monarchie. Die Krise ist eine derartige, daß die Dynastie um ihr Sein zu zittern hat. Angesichts dieser Krise ist es die Pflicht der Tschechen und des böhmischen Landtages, als der größten geschichtlichen Vertreter in den Ländern der böhmischen Krone, nicht nur die warnende Stimme zu erheben, sondern auch die Rechte zu fordern, die dem Königreiche Böhmen vorenthalten werden, obgleich sie von dem Monarchen verbürgt wurden. Heute, da der Dualismus zerfällt, da im Reichsrate so gesprochen wird, als ob das Reich in Trümmer ginge, muß der Landtag nachdrücklich erklären, daß der Dualismus gegen die Rechte des Königreichs Böhmen, und ohne daß dieses befragt worden ist, geschaffen wurde. Es muß mit Entschiedenheit erklärt werden, daß dem Königreiche Böhmen seine Rechte gewaltsam geraubt und dem Parlament in Wien übertragen wurden; es muß betont werden, daß, wenn von den Rechten des Königreichs Ungarn gesprochen wird, man in völlig gleicher Weise von den Rechten des Königreichs Böhmen sprechen muß.

Die Abgeordneten aller deutschen Parteien des Landtages zeigen sich von vornherein entschlossen, mit allen Mitteln die Beschlußfassung über die in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Aenderung der Gemeindewahlordnung zu verhindern.

9. Oktober. Der Landtag berät die Abänderung der Gemeindewahlordnung. Was den die Ausschließung der Ehrenbürger von der Wahlberechtigung betreffenden Paragraphen angeht, so protestieren sämtliche deutsche Redner gegen die im Majoritätsantrag liegende Vergewaltigung der deutschen Minorität; der Antrag bezwecke nur, den Tschechen in bisher deutschen Gemeinden die Majorität zu verschaffen. Es kommt zu einem heftigen Streit zwischen den Tschechen und den Deutschen, die die Vertagung der Abstimmung unter großem Lärm, heftigen Zwischenrufen und Schlagen mit den Pultdeckeln verlangen. Die Abstimmung kann nicht vorgenommen werden, da die deutschen Abgeordneten den Saal verlassen.

22. Oktober. Der Rektor der deutschen Universität in Prag, Rabl, bringt einen Antrag auf Errichtung neuer Gebäude für die deutsche Universität sowie für die Prager Universitätsbibliothek ein. Die Deutschen setzen die Obstruktion fort.

Galizischer Landtag.

27. Oktober. In der allgemeinen Beratung des Landesbudgets für 1903/4 gibt der ruthenische Abgeordnete Olesnicki die Erklärung

ab, die Ruthenen würden gegen den Etat stimmen, da er auf die Bedürfnisse der ruthenischen Nationalität nicht entsprechend Rücksicht nehme. Die Beeinträchtigung der nationalen Gleichberechtigung der Ruthenen, insbesondre in sprachlicher Hinsicht, habe die ruthenischen Abgeordneten zu der Ueberzeugung gebracht, daß sie im Landtage keine Gerechtigkeit finden würden. Es liege im Interesse der Regierung, daß die Ruthenen nicht zur Verzweiflungspolitik gedrängt würden.

29. Oktober. Die ruthenischen Abgeordneten legen ihre Mandate nieder, nachdem der Landtag den Antrag auf Errichtung eines ruthenischen Gymnasiums in Stanislau für nicht geeignet erklärt hat. Zuvor hatten die Ruthenen ausgesprochen, daß es ihnen nicht um das Gymnasium selbst zu tun sei, sondern darum, ein Werkzeug für den politischen Kampf zu haben.

Niederösterreichischer Landtag.

29. Oktober. Der Landtag verhandelt über einen Dringlichkeitsantrag Lueger, in dem Verwahrung gegen die Erklärung des Professorenkollegiums der Wiener Universität eingelegt wird, die in der Frage der Vivisektion gegen das Eingreifen unkundiger Personen in die dazu berufnen Körperschaften Stellung nimmt. Die Erklärung der Professoren wird als „anmaßend" zurückgewiesen. Es sei alles auf die jüdischen Aerzte zurückzuführen, die wegen ihrer Grausamkeit bekannt seien. Lueger sagt, der Landtag brauche sich nicht von den Professoren belehren zu lassen, und es müsse endlich einmal, wenn schon gegen die Vivisektion an Tieren aus wissenschaftlichen Gründen nichts eingewandt werden solle, ganz entschieden gegen die Vivisektion an Menschen Protest erhoben werden. Lueger ergänzt den Antrag dahin, es sollten sämtliche zu der Frage gestellten Anträge und Anfragen sowie die Debatte über den Gegenstand selbst vervielfältigt und unter die Bevölkerung verteilt werden. Der Antrag wird angenommen.

VI.

Reichsrat.

(Vom 23. bis 28. September.)

1.

Rekrutengesetz.

23. September. Nach dem Wiederzusammentritt des Reichsrats beschäftigt sich das Abgeordnetenhaus sogleich mit der durch die Vorgänge in Ungarn nötig gewordnen Aenderung des am 27. Februar d. J. verkündigten Wehrgesetzes. Nach der jetzigen Vorlage soll dieses Gesetz insofern geändert werden, als die Einreihung ausgehobner Rekruten nach einer höhern als in den vorangegangnen Jahren bewilligten Kontingentsziffer nur dann und insoweit zu er-

folgen hat, wie auch das betreffende, auf Ungarn entfallende Rekrutenkontingent zur Einreihung gelangt.

Der Ministerpräsident v. Körber ergreift das Wort zu folgenden Ausführungen:

Er bedauert, daß die Regierung gezwungen worden sei, zur geordneten Fortführung der Verwaltung den § 14 anzuwenden, erörtert die Gründe der gegenwärtigen Tagung und erinnert daran, daß während das Haus, unter natürlicher Bekundung seines Patriotismus, trotz der wirtschaftlichen Depression eine nicht unerhebliche Erhöhung des Rekrutenkontingents bewilligte, in Ungarn bei der Beratung des entsprechenden Gesetzentwurfs Schwierigkeiten entstanden seien, die zur Reduzierung des Rekrutenkontingents auf das Maß der frühern Jahre führten. Die Verhandlung im ungarischen Parlament habe weiter Gelegenheit geboten zur Erhebung nationaler Forderungen, die zu gründlichen Aenderungen in den bisherigen Einrichtungen der gemeinsamen Armee führen müßten, und die somit nicht nur eine Einengung der Hoheitsrechte des obersten Kriegsherrn beabsichtigten, sondern auch den gesetzlichen Rechten und Interessen der diesseitigen Reichshälfte Abbruch tun müßten. Unter diesen Umständen habe das Ministerium am 26. Juni sein Portefeuille dem Kaiser zur Verfügung gestellt, der indes das Entlassungsgesuch nicht angenommen, sondern dem Kabinett das Vertrauen der Krone ausgesprochen und den Ministerpräsidenten zu der ausdrücklichen Erklärung vor dem Reiche ermächtigt habe, daß in allen Armeefragen der gesetzliche Einfluß der diesseitigen Reichshälfte vollauf gewahrt bleiben werde. Der Ministerpräsident bezeichnet sodann einige der ungarischen Forderungen als diskutabel. Zu diesen gehöre aber keinesfalls die Aenderung der Kommando- oder Dienstsprache. Der Wille des Kriegsherrn sei, daß die Armee der Monarchie bleibe, wie sie ist, gemeinsam, einheitlich und in allen ihren Grundlagen unversehrt. Zur Veranlassung der Einberufung des Reichsrats übergehend, verweist der Ministerpräsident darauf, daß die im Gesetz vorgesehene Zurückbehaltung der Mannschaften des dritten Jahrganges bis Ende Dezember seit fünfundzwanzig Jahren bei verschiednen Truppenteilen, namentlich im Okkupationsgebiet und Süddalmatien, nach Bedarf zur Anwendung gekommen sei. Angesichts der gesamten politischen Lage habe die Regierung an eine Schwächung der militärischen Bestände nicht denken können, und so habe sich die Kriegsverwaltung entschlossen, eventuell auch in der diesseitigen Reichshälfte die drittjährigen Mannschaften unter den Waffen zu behalten, wobei sie keinen Augenblick die Härte der geplanten Maßregel übersehen habe. Die Regierung beanspruche nur ein Kontingent nach dem Ausmaße der vergangnen Jahre, solange die Erhöhung des Kontingents nicht auch in Ungarn bewilligt werde.

26. September. Nach lebhaften Verhandlungen wird der Gesetzentwurf angenommen.

28. September. Im Herrenhause weist der Minister Graf Welsersheimb auf die Notwendigkeit dieses Gesetzes hin: Die Einteilung der für tauglich erklärten Rekruten für das Heer, die Marine und für die Ersatzreserve erfolge gemäß der im ungarischen Reichstag eingebrachten neuerlichen Vorlage nach der vorjährigen Kontingentziffer, während diese Beschränkung für die österreichische Landwehr nicht gelte. Der Minister erinnert daran, daß die vom Reichsrat

anerkannte Notwendigkeit der Erhöhung des Rekrutenkontingents unverändert fortbestehe, wenn der Monarchie die Macht zur vollen Wahrung der Interessen erhalten bleiben solle. — **Fürst Liechtenstein** weist eingehend die Notwendigkeit der Erhaltung einer einheitlichen Kommandosprache in der Armee nach. — **Fürst Auersperg** und **Prinz Schönburg** sprechen der Regierung ihr Vertrauen aus und betonen die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung der Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit des Heeres. Das Haus nimmt darauf die Rekrutenvorlage an. — Ministerpräsident **v. Körber** dankt dem Hause und sagt: Der Friede beruhe auf der vollbereiten Wehrfähigkeit des Staates; an den Grundlagen der Armee dürfe nicht gerüttelt werden. Die uneingeschränkte Ausübung der Hoheitsrechte des obersten Kriegsherrn sei im Interesse des gemeinsamen Heeres geboten, darum sei jeder Erörterung über die Möglichkeit einer spätern Abweichung von den in dem Armeebefehl des Kaisers vorgezeichneten Linien die innere Berechtigung versagt.

2.

Notstandsgesetz.

26. September. Bei der Beratung der Notstandsvorlage erklärt der Ministerpräsident im Abgeordnetenhause, die diesjährigen Hochwasserkatastrophen hätten die der Vorjahre weit überschritten. Die Regierung habe sich bemüht, durch die sofortige Anweisung eines Notstandsbetrages für die Linderung der ersten Not helfend einzugreifen. Er habe durch Verordnung 15 Millionen behufs Ueberweisung an die einzelnen Länder zur ausgiebigen Hilfeleistung in Anspruch genommen. Die jüngsten Hochwasserunfälle in Kärnten, Tirol, Salzburg und Steiermark machten allerdings einen neuen Kredit notwendig, über dessen Höhe die Regierung sich möglichst rasch orientieren werde. — Das Herrenhaus stimmt bei.

VII.

Irredentistische Unruhen.

23. November. Die in Innsbruck geplanten „Freien italienischen Hochschulkurse" werden behördlicherseits verboten. Professor de Gubernatis aus Rom, der schon auf der Reise nach Innsbruck von diesem Verbote in Kenntnis gesetzt war, trifft gleichwohl hier ein, wird am Bahnhof von deutschen Studenten mit Aeußerungen des Mißfallens, dagegen von 150 italienischen Studenten im Vortragslokale mit Begeisterung empfangen. Die Versammlung protestirt gegen das Verbot, ihre Teilnehmer werden auf den Straßen mit deutschpatriotischen Liedern empfangen, was die Italiener mit dem Singen ihrer nationalen Lieder erwidern. Der Bürgermeister von Innsbruck spricht sich für das Verbot mit dem Bemerken aus, sicher

sei es, „daß diese Hochschul- oder richtiger Aufreizungskurse nur den Zweck haben sollten, die ohnehin durch das aufreizende Verhalten der Italiener so erregten deutschen Studenten und die Bürgerschaft zu Kundgebungen zu reizen, deren Ausgang nicht abzusehen gewesen wäre."

28. November. Der Gemeinderat von Triest beschließt, dem Unterstützungsverein für arme italienische Studenten in Innsbruck zum Zeichen der Sympathie für die dortigen italienischen Studenten 1000 Kronen zu bewilligen sowie eine Zusammenkunft von Vertretern sämtlicher italienischer Gemeinden Oesterreichs einzuberufen, um über die durch die jüngsten Innsbrucker Vorgänge geschaffne Lage zu beraten. (S. Italien.)

VIII.

Reichsrat

vom 17. November bis 12. Dezember.

17. November. Im Abgeordnetenhause beginnt der Ministerpräsident v. Körber mit einer politischen Auseinandersetzung:

Er könne von seinen bei der Verhandlung vom 23. September über das Rekrutenkontingent und die Armeefragen getanen Aeußerungen nichts zurücknehmen, denn er habe sich streng an die den staatlichen Dualismus beider Reichshälften begründenden Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 gehalten. Er führt die auf die Armeefragen bezüglichen österreichischen sowie ungarischen Gesetzesstellen an und folgert daraus, daß sich aus den Gesetzen von 1867 ein nach Form und Wesen völlig gleichberechtigter Einfluß Oesterreichs auf alle gemeinsamen Angelegenheiten ergibt und demnach auch auf alle gesetzlichen Aenderungen dieser Bestimmungen; denn durch das Ausgleichsgesetz seien nicht nur Ungarn, sondern auch allen übrigen Ländern konstitutionelle Rechte verliehen worden, weshalb dieser verfassungsmäßige Einfluß nicht umgangen werden könne. Der Ursprung der Armee sei teils österreichisch, teils ungarisch, ihre Bestimmung aber sei der Dienst für die Monarchie. Deshalb seien auch die einheitliche Leitung und Führung sowie die innere Organisation ausschließlich in die Hände des gemeinsamen Herrschers gelegt. Das österreichische und das ungarische Gesetz vom Jahre 1867 stellten zwischen Oesterreich und Ungarn ein weise verabredetes Gleichgewicht in bezug auf die Armee dar, dessen Wert gerade die Gegenwart am deutlichsten zeige, und das im Interesse der Monarchie vor jeder Veränderung zu behüten sei.

Zu den jüngsten Erklärungen der ungarischen Regierung bemerkt der Ministerpräsident, daß die österreichische Regierung ihrem

Rechte und ihrer Pflicht gemäß rechtzeitig und sorgfältig alle möglichen Folgen dieser Erklärungen geprüft und nichts daran wahrgenommen habe, was, den Ausgleichsgesetzen zuwider, die Einheitlichkeit der gesamten Armee und Monarchie zu erschüttern vermöge. „Wenn die ungarische Regierung mit diesen Erklärungen u. a. auch parlamentarische Hindernisse wegzuräumen gedenkt, u. a. die Schwierigkeit der Annahme des gemeinsamen Budgets und der Erneuerung der Handelsverträge, so bringt die österreichische Regierung diesen Bemühungen die wärmsten Sympathien entgegen. Sie wird im Interesse der Dynastie jetzt und in aller Zukunft das einträchtige Zusammenleben der beiden Reichshälften mit ihrer ganzen Kraft fördern."

Der Minister betont, daß die Tätigkeit des Hauses diesmal ganz besonders wirtschaftlichen Aufgaben gewidmet sein solle, er erinnert daran, daß im Jahre 1904 die Bauperiode für die neuen Wasserstraßen beginne, und hebt die Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter hervor, worüber der Gesetzentwurf nahezu fertig sei. Der Minister appelliert an das Haus, den Parteikampf auf dem Gebiete der materiellen Interessen zu vergessen. Er weist auf die Leistungen Deutschlands und Rußlands seit einem Jahrzehnt hin und sagt, das Zurückbleiben des Reiches kann keine Genugtuung für eine politische Partei sein, mag sie sich in ihren Bestrebungen noch so beeinträchtigt glauben. Der nächste Weg zur Besserung unsrer wirtschaftlichen Interessen ist durch die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn vorgezeichnet. Ein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn ist der beste Handelsvertrag, den Oesterreich erzielen kann, es ist auch der beste Handelsvertrag für Ungarn. Wir sind nicht reich genug, um den Ausgleich mit Ungarn ohne weiteres preisgeben zu können. Wenn er ein Ausgleich ist, müssen wir ihn haben. Beide Reichshälften leiden unter den Kämpfen der letzten Jahre, in beiden wird der Gedanke zum siegreichen Durchbruche kommen, daß Friede und Freundschaft immer mehr nützen als die unausgesetzte Aufwühlung der Gemüter. Mir scheint die Leitha nicht breit genug, um uns wirklich und dauernd von Ungarn zu trennen.

Auf die Handelsverträge übergehend, erklärt der Ministerpräsident in bezug auf Deutschland: Trotz der Lehre, daß man politisch innig befreundet, handelspolitisch doch gründlich entzweit sein könne, dürfen wir erwarten, daß das feste Band, das beide Monarchien in der Weltpolitik verbindet, auch beim Abschluß des neuen Handelsvertrags bemerkbar sein wird, weil die politische und die militärische Macht eines Staates in unzertrennlichem Zusammenhange mit seinem Wohlstande steht, und soweit mir bekannt ist, dieser

Gedanke auch bei der deutschen Regierung volle Anerkennung findet.

Der Finanzminister legt den Voranschlag für 1904 vor, der die Ausgaben mit 1734771291 Kronen, die Einnahmen auf 1737509901 Kronen veranschlagt.

20. November. Die Abgeordneten der deutschen Parteien im Abgeordnetenhause bringen eine Anfrage ein bezüglich der Rede, die der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza am 18. November im ungarischen Unterhause zur Erwiderung auf die obige Rede des Ministerpräsidenten v. Körber am 17. November gehalten hat. Sie erblicken in Graf Tiszas Rede (S. 210) einen Angriff auf die Rechte des österreichischen Reichsrats.

In Beantwortung dieser Anfrage sagt der Ministerpräsident **v. Körber**, er habe, als er in der letzten Sitzung ein Bild der innerpolitischen Lage entwarf, naturgemäß die Militärfrage berühren und seine Anschauungen über deren gesetzliche Grundlagen entwickeln müssen, und fährt dann fort:

In einer Uebergehung dieser Frage hätte das Haus eine ernstliche Mißachtung seiner Prärogative erkennen können. Bei gewissenhafter Interpretierung der auf die österreichische Reichshälfte bezüglichen Ausgleichsgesetze habe er den Wortlaut dieser Gesetze zitiert, der im Laufe der Zeit leider vielfach verdunkelt worden sei. Er könne den Wert begreifen, den der ungarische Ministerpräsident auf die Konstatierung des Rechtes des ungarischen Reichstages lege, die Ausgleichsgesetze im Einverständnis mit der Krone selbständig zu ändern, aber auch er müßte zugeben, daß eine solche Aenderung jeder praktischen Geltung entbehre, solange sie nicht auf gesetzlichem Wege auch in Oesterreich beschlossen werde. „Ich kann mich ebensowenig wie irgend ein Oesterreicher chauvinistisch an eine Formel, sondern muß mich an das Wesen der Sache halten, das darin besteht, daß der Inhalt der Ausgleichsgesetze für beide Teile so lange verbindlich bleibt, als er nicht von beiden im Gesetzeswege geändert wird.“ An dieser unerschütterlichen, vielleicht recht bürgerlich aussehenden, aber in der Wahrheit wurzelnden Ueberzeugung halte er, Redner, fest. Er verweise darauf, daß auch der ungarische Ministerpräsident bei der Aufstellung seiner Theorie auf das Ausgleichsgesetz sich beziehen mußte, weil es eben ein unübersteigliches Hindernis sei, das zum Vorteil der Monarchie einseitigen Aspirationen im Wege stehe. Es ist wahr, daß wir im Interesse der Monarchie auch unter schmerzvollen Erregungen Entgegenkommen bis zum äußersten bewahren. Aber daß wir uns unser Recht, zu reklamieren und zu bezeugen, streitig machen lassen, daß wir überhaupt ein öster-

reichisches Recht preisgeben, niemals! So wenig unser Recht angetastet werden darf, so wenig lassen wir diese Plätze hier als minderwertig hinstellen, denn sie sind uns im Namen des Staates anvertraut, und wir haben sie zu verteidigen, wie ein Soldat die Ehre seiner Fahne. Wenn, was Gott verhüten wolle, das Wort „fremd" jemals in dieser Monarchie zur Geltung käme, wird daran zu erinnern sein, daß der ungarische Ministerpräsident der erste war, der dies ausgesprochen.

In der Verhandlung über die Erklärung der Regierung vom 17. November sagt **Herold**: Solange die Armee als Germanisierungsmittel mißbraucht werde, solange nicht allen Nationalitäten Oesterreichs Gerechtigkeit zuteil werde, solange die Krone nicht mit ihren eignen Völkern Frieden geschlossen habe, solange v. Körber an der Spitze der Regierung stehe, könne eine Aenderung der politischen und parlamentarischen Verhältnisse nicht eintreten. **Bärnreither** erklärt, die Einheitlichkeit der Armee sei historisch und auf den Schlachtfeldern gekittet. Jede Loslösung eines Teils müsse einen andern Zahlungsmodus für die Heereskosten herbeiführen. Die von Ungarn verlangte Aenderung würde gleiche Wünsche der andern Nationalitäten hervorrufen. Das einzige Mittel für die Gesundung der unerträglichen Verhältnisse sei die Herstellung eines wenn auch nur provisorischen Friedenszustandes und die energische Bekundung eines politischen Willens des Parlaments, der auch den Ungarn Respekt einflößen müsse. **Zazvorka** findet es erfreulich, daß die Ungarn endlich den Mut hätten, in der Armee Gleichberechtigung zu verlangen. Auch das tschechische Volk müsse eine größere Berücksichtigung in allen Verwaltungszweigen, auch in der Armee, finden. **Wolf** sagt, die Verhandlung gebe Gelegenheit zur Betonung der unbedingt ablehnenden Haltung der Deutschen gegenüber dem Ausgleich.

24. November. Bei der weitern Beratung der Regierungserklärung vom 17. November wendet sich **Kramar** gegen den Ministerpräsidenten, der die Folgen der im Militärprogramm gegenüber Ungarn gemachten Zugeständnisse unterschätze, und erklärt, ein gerechter und loyaler Ausgleich wäre allerdings der Weg, um aus den innern Wirren hinauszukommen. **Graf Dzieduszycki** warnt vor der wirtschaftlichen und staatlichen Trennung der beiden Reichshälften; er erblicke das größte Uebel des Staates in der Uebermacht des Reichsrats gegenüber den Landtagen und der Exekutive, und appelliert an alle patriotischen Parteien, einen Gottesfrieden zu schließen und den Ausgleich mit Ungarn, die Handelsverträge sowie die Reform der Geschäftsordnung des Hauses zu ermöglichen. **Kathrein** warnt vor den Trennungsgelüsten der beiden Reichshälften und betont die

Notwendigkeit des wirtschaftlichen Ausgleichs auf patriotisch-paritätischer Grundlage.

Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aenderung der Zuckersteuernovelle vom 31. Januar 1903. Hiernach soll die Gebühr für 100 Kilogramm Konsumzucker $3^1/_2$ Kronen, für Rohzucker 3,20 Kronen betragen.

25. November. Die Beratung der Regierungserklärung vom 17. November wird im Abgeordnetenhause fortgesetzt. Der Ministerpräsident v. Körber sagt in Erwiderung auf einige Redner:

Die einseitige Aenderung der Ausgleichsgesetze werde praktisch nie wirksam, wenn sie nicht zu einem Vakuum führen oder, was wichtiger sei, wenn sie nicht bei der Aufhebung des Dualismus, bei der Aufhebung der Personalunion landen solle. Er erinnert an den Ausspruch des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza: „Es ist das größte Interesse Ungarns, die gemeinsame Armee nicht zu schwächen," und fährt fort: „Vertrauen Sie allen Faktoren, die das Geschick der Armee bestimmen; es wird nichts geschehen, was mit ihrer Vergangenheit in Widerspruch stehn könnte, auch dann nicht, wenn es sich wiederholen sollte, was wir jüngst in Oesterreich erlebten, daß aus nationalen Motiven Bestrebungen unterstützt würden, die andern Zielen zusteuern." Auf die nationale Frage übergehend, erklärt der Minister, daß der größte Gewinn Oesterreichs in der Verständigung der Deutschen und Tschechen liege. Die Regierung habe sich zweimal um diese vergeblich bemüht und sei ein drittes und viertes mal dazu bereit; er halte es für undenkbar, daß eine Beratung über die wahren Forderungen der Tschechen, wenn sie solche zuließen, nicht zu einem Ergebnisse führen sollte.

9. Dezember. Der Ministerpräsident v. Körber beantwortet im Abgeordnetenhause eine Anfrage, betreffend das Verbot freier italienischer Vorlesungen in Innsbruck.

Er weist darauf hin, daß in der Oeffentlichkeit die Bildung einer freien italienischen Universität unter Heranziehung italienischer Professoren angekündigt worden sei. Die Veranstalter dieses Plans hätten sich über alle gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt und versucht, ihren Plan durch auf Geladene beschränkte Vorlesungen durchzuführen, die jedoch von den Behörden angesichts des wahren Charakters des Zweckes der Vorlesungen verboten worden seien. Für dieses Verbot seien auch Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung maßgebend gewesen, da bei Bekanntwerden des Planes die unter der Bevölkerung Innsbrucks hervorgerufne Bewegung ernste Konflikte habe befürchten lassen. Die Regierung werde ihr Versprechen betr. Errichtung einer italienischen Universität an dem geeigneten Orte erfüllen; die Angelegenheit erfordere aber noch sorgfältige Vorbereitungen.

Die Regierung legt eine 1964655 Kronen betragende Nachtragsvorlage zum Etat vor. Veranlassung hierzu sind verschiedne Ausgaben, die im Laufe des Jahres unabweislich wurden, bei der Aufstellung des Budgets aber nicht vorgesehen werden konnten.

12. Dezember. Im Herrenhause antwortet der Ministerpräsident v. Körber auf eine die Stellung der Regierung bezüglich der Militärfrage betreffende Anfrage:

Die Regierung halte an dem Standpunkt fest, daß eine Aenderung der Ausgleichsgesetze nur im Einverständnis der beiden Reichshälften auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen könne, und sie halte an der Auffassung fest, daß die einheitliche Leitung und Führung sowie die innere Organisation ausschließlich dem Monarchen zustehe. Die äußere und innere Einheitlichkeit der Armee und die Grundlage der Tradition würden nicht beeinträchtigt werden. Die zu treffenden Verfügungen würden den staatsrechtlichen Verhältnissen in keiner Weise widersprechen. Er weise den Gedanken einer Trennung der Armee als ein Verbrechen gegen das Gesamtreich zurück.

Fürst Windischgrätz erklärt, der Oberbefehl des Kaisers gehöre zu den unbeschränkten Kronrechten, und bekämpft den Gedanken der Schaffung einer selbständigen ungarischen Armee. Die Regierung werde in ihrer Haltung die Unterstützung des Hauses und der Gesamtheit der Bevölkerung der diesseitigen Reichshälfte finden. Redner wünscht, daß es dem Ministerpräsidenten gelingen möge, die parlamentarische Maschine zum Wohle der Völker des Reichs wieder in in Gang zu bringen.

B.

Ungarn.

I.

Reichstag

(vom 6. Juli bis 12. August.)

6. Juli. Im Abgeordnetenhause kommt es zur Besprechung des vom neuen Ministerpräsidenten, **Grafen Khuen-Hedervary**, am 30. Juni vorgetragnen Programms (Bd 1, S. 290). Auf einige Reden erwidert der Ministerpräsident, er hätte gewünscht, daß die Regierung im Schoße des Parlaments hätte gebildet werden können, doch müsse man von solchen persönlichen Momenten absehen. Die Krone habe in die Zurückziehung der erhöhten Rekrutenforderung durch v. Szell nicht gewilligt, weil v. Szell mit diesem Zugeständnis als Grundlage die Geschäfte nicht weiter zu führen gewünscht habe. Der Graf hebt die moralischen und die wirtschaftlichen Beweggründe hervor, die dafür sprächen, daß das Parlament die Krise beendige und die Unsicherheit beseitige, und daß die Verhandlungen im Abgeordnetenhause sich wieder im normalen Geleise bewegten. Am Schlusse der Rede kommt es zu heftigen Szenen.

15. Juli. Im Abgeordnetenhause erklärt der Ministerpräsident auf eine Anfrage bezüglich seiner Stellungnahme zu den nationalen Forderungen in der Armeefrage: Er wiederhole, daß er sich den Standpunkt der frühern Regierung zu eigen mache. Man könne nicht sagen, daß die Rechte der ungarischen Sprache an-

getastet werden; die Regierung werde bemüht sein, die darauf bezüglichen Bestrebungen der Nation zu fördern, soweit dies den Interessen der Nation entspreche, mit der politischen Ueberzeugung der Regierung vereinbar sei und der Natur der Wehrorganisation nicht zuwiderlaufe. Was die angedrohte Obstruktion betreffe, so stehe man vor der Frage, *wessen Wille nach der Verfassung eigentlich zur Geltung gelangen soll*, der Wille der Majorität oder der der Minorität. Der Abgeordnete Beöthy hat geradezu erklärt, falls die oppositionellen Forderungen nicht erfüllt würden, schrecke er vor dem Aeußersten nicht zurück, und falls dies keinen Erfolg hätte, würde er sogar als Folgeübel den Absolutismus nicht fürchten. Das Blut erstarrt mir in den Adern, wenn ich von oppositioneller Seite die Aufstellung einer solchen Alternative höre. *Glücklicherweise ist dies nicht die Gesinnung der Nation, die weder die Revolution noch den Absolutismus will.* Die Nation weiß, daß ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht in Frage gestellt werden. Sie will Ruhe, Frieden und die Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, die durch die Haltung der Obstruktion gestört worden ist.

22. Juli. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, **Graf Apponyi**, führt aus: Den jetzigen Ministerpräsidenten habe er auf Grund seines Programms unterstützt. Was die nationalen Forderungen in der Heeresfrage betreffe, so glaube er, daß diese Reformen nur stufenweise durchgeführt werden könnten. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents innerhalb der vom Honvedminister bezeichneten finanziellen Grenzen halte er für notwendig. Was das *militärische Strafverfahren* angehe, so fordere er, daß *bei öffentlicher Verhandlung die ungarische Sprache angewandt* werde. Bezüglich der Versetzung ungarischer Offiziere fordere er ein beschleunigtes Tempo. Das *ungarische Kommando* sei ein Reservatrecht der Krone und der Verfügung des Parlaments entzogen. Es sei aber ein Irrtum, anzunehmen, daß die Gesetze von 1867 das ungarische Kommando festsetzten, daß diese gesetzliche Vorschrift nur mißachtet werde, und daß es deshalb Aufgabe der Obstruktion sei, dem ungarischen Kommando Geltung zu verschaffen. Dieser Standpunkt, den die Obstruktion als Rechtsgrundlage gewählt habe, sei unhaltbar. Ich halte die Forderung, daß bei den ungarischen Regimentern als *Dienst- und Kommandosprache die ungarische Sprache* zur Geltung komme, für eine Forderung, die früher oder später verwirklicht werden muß. Ich bin dieser Anschauung, weil ich in *Erfüllung dieser Forderung die Mittel zur Befestigung der ungarischen Nation* erblicke. Die Konsolidierung zu fördern, ist das höchste Interesse der Dynastie und Nation. Ich

fordere jetzt jedoch deshalb nicht die Verwirklichung dieses meines Standpunktes, weil ich zurzeit große, fast unbesiegbare Schwierigkeiten dabei voraussehe, schließe jedoch aus, daß Schwierigkeiten von der Krone erhoben werden, denn ich bin überzeugt, daß, sobald der wohlerwogne nationale Wille zum Ausdruck gelangen wird, der Monarch kein Hindernis in den Weg legen wird. Redner erklärt, die Obstruktion flöße ihm die größte Besorgnis ein, und erinnert daran, daß im Verhältnis zwischen Krone und Nation das Prestige der Nation gewahrt werden müsse. Völlig ungerechtfertigt sei es, im vorliegenden Falle von einer ultima ratio zu sprechen, denn niemals waren Krone und Regierung bereitwilliger, ihr Entgegenkommen zu beweisen, als jetzt.

29. Juli. Im Abgeordnetenhause erklärt Papp, Mitglied der Unabhängigkeitspartei, man habe ihm 10000 Kronen und Fürsorge für seine Familie angeboten, wenn er abreise und an der Obstruktion nicht weiter teilnehmen wolle. Ein ungeheurer Lärm folgt dieser Mitteilung und Rufe: „Wer hat das getan?“ werden laut. Papp aber legt die empfangne Summe von 10000 Kronen auf den Tisch des Hauses nieder. Nun erheben sich mehrere Abgeordnete der Opposition und sagen, sie hätten schon Kenntnis von dieser Sache und würden später auch Namen nennen. Papp nennt den gewesenen Abgeordneten Dienes als denjenigen, der ihm die Summe zur Bestechung übergab. Der Antrag der Opposition auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wird angenommen.

31. Juli. Im Abgeordnetenhause erklärt Koffuth vor Eintritt in die Tagesordnung, es liege ihm fern, in der Bestechungsangelegenheit einen Verdacht auszusprechen. Nachdem jedoch der Gouverneur von Fiume, Graf Szapary, ein der Regierung nahestehender Mann, die Urheberschaft der Bestechung eingestanden habe, ruhe der Verdacht auch auf dem Ministerpräsidenten, und wenn es nicht gelänge, in dieser Richtung die öffentliche Meinung vollständig zu beruhigen, erscheine der Ministerpräsident als ungeeignet, auf seinem Posten zu bleiben. Es wird hierauf beschlossen, einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Bestechungsangelegenheit zu wählen und das Haus zu vertagen, bis der Ausschuß seinen Bericht erstatten werde. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary erklärt mit Bezug auf die Aeußerung Kossuths, er werde vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen, und fährt dann fort: „Kossuth erklärte, mich wegen der Bestechungsangelegenheit nicht verdächtigen zu wollen, fordert mich aber auf, meinen Platz zu verlassen. Meiner Ansicht nach würde ich mich nicht nur gegen mich, sondern auch gegen das Land versündigen, wenn ich dieser Aufforderung Folge leisten würde.“

10. August. Im Abgeordnetenhause sagt der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary, die Regierung habe sich die Aufgabe gestellt gehabt, die Beendigung des ungesetzlichen Zustandes herbeizuführen und eine normale Geschäftsführung im Parlament zu ermöglichen. Zu diesem Behufe sei die Erhöhung des Rekrutenkontingents zurückgezogen. Die Aussicht, daß die Regierung ihre Mission würde erfüllen können, sei anfangs verheißungsvoll gewesen, doch die Möglichkeit des Gelingens der Aufgabe habe sich bald vermindert, bis sie völlig geschwunden sei. Darum habe es das

Ministerium für seine patriotische Pflicht gehalten, um Entlassung zu bitten, die auch angenommen sei.

(Die Erklärung des Abgeordneten Kossuth, daß er dem Grafen Khuen den Vertrag kündige, die Präsidentschaft seiner Partei abermals übernehme und zur unerbittlichsten Obstruktion zurückkehre, vernichtet die Stellung des Grafen Khuen, der sein Programm auf das Uebereinkommen gebaut hatte, wonach die Unabhängigkeitspartei die Obstruktion gegen die Vorlage über das Budgetprovisorium und über die Rekrutenaushebung einstelle, wenn die Militärvorlagen zurückgezogen würden. Kossuth schloß dieses Abkommen mit dem Grafen Khuen, und die äußerste linke Partei nahm diesen Pakt einstimmig zur Kenntnis. Kurz nachher aber spaltete sich die Partei, und der eine Flügel kehrte dem Pakt samt dem Führer den Rücken. Bald nachher folgte der Führer seinen Abtrünnigen, und der ganze Pakt ging in Trümmer. Damit wurde das Programm Khuen-Hedervarys hinfällig.)

12. August. Die Untersuchungskommission faßt ihre Ansicht dahin zusammen, daß Graf Szapary an den Interessen des Vaterlandes gesündigt habe, daß aber die Regierung oder der Ministerpräsident hierbei nicht beteiligt seien, daß die Tat Szaparys nur der vereinzelte Versuch eines Vergehens sei, und das Untersuchungsverfahren die unantastbare moralische Integrität eines jeden Mitgliedes der ungarischen gesetzgebenden Körperschaften außer allen Zweifel stelle. Da kein Anlaß vorliege, weitere Maßnahmen zu ergreifen, wird beantragt, das Haus möge zur Tagesordnung übergehen.

II.

Kundgebungen des Königs.

16. September. Der Kaiser und König erläßt aus Chlopy (am oberen Dnieſter, im nördlichen Galizien) folgenden Armeebefehl:

„Staatsgeschäfte nahmen mich in jener Zeit in Anspruch, die ich den diesjährigen Manövern des 7. und 12. Korps so gern gewidmet hätte. Indem ich Seine K. u. K. Hoheit den General der Kavallerie Erzherzog Franz Ferdinand mit meiner Vertretung betraute, blieb ich durch dessen Berichte in steter Kenntnis des Manöververlaufs und hatte die erwartete Befriedigung, durch Seine K. u. K. Hoheit nur Lob und Anerkennung des Gesamtzustandes und der Leistungen beider Korps des Heeres sowie der beigezognen Heerkörper der ungarischen Landwehr zu vernehmen. Den großen Kavalleriemanövern in Galizien anwohnend, konnte ich mich von deren lehrreicher Anlage, Leitung und Durchführung sowie von der vorzüglichen Verfassung und hohen Leistungsfähigkeit aller beteiligten Truppen erneut überzeugen. Je sicherer begründet mein günstiges Urteil über den militärischen Wert, die hingebungsvolle Dienstfreudigkeit und das einmütige Zusammenwirken aller Teile meiner Gesamtwehrmacht ist, desto mehr muß und will ich an deren bestehenden und bewährten Ein-

richtungen festhalten. Mein Heer insbesondere — dessen gediegnes Gefüge einseitige Bestrebungen in Verkennung der hohen Aufgabe, die dasselbe zum Wohle beider Staatsgebiete der Monarchie zu erfüllen hat, zu lockern geeignet wären — möge wissen, daß ich nie der Rechte und der Befugnisse mich begebe, die einem obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll mein Heer bleiben, die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind. Getreu ihrem Eide ist meine Gesamtwehrmacht, fortschreitend auf dem Wege ernster Pflichterfüllung, durchdrungen von jenem Geist der Einigung und Harmonie, der jede nationale Eigenart achtet und alle Gegensätze löst und die besondern Vorzüge jeden Volksstammes zum Wohle des großen Ganzen verwertet."

22. September. Der König richtet an den Grafen Khuen-Hedervary ein Schreiben, in dem er in bestimmter Weise hervorhebt, daß er entschlossen sei, die ihm bezüglich der einheitlichen Führung, Leitung und innern Organisation der gemeinsamen Armee zustehenden Rechte ungeschmälert aufrecht zu erhalten, und daß er der Erfüllung solcher Forderungen nicht zustimmen könne, die eine gefährliche Umgestaltung erprobter Institutionen bezwecken. Zugleich aber versichert der Monarch, daß er gegen die Verwirklichung der von der ungarischen Regierung im Reichstage bereits zugestandnen Maßnahmen nichts einzuwenden habe, und erachtet es für seine Herrscherpflicht, die Nation aufmerksam zu machen, daß er auch jetzt noch an dem Ausgleiche festhalte. Das Schreiben wird im ungarischen Amtsblatte veröffentlicht.

23. September. Der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary gibt in einer Konferenz der liberalen Partei folgende Erklärung ab:

Der König hat mit Schmerz und tiefem Bedauern Kenntnis davon genommen, daß der von ihm ausgegebne Armeebefehl solchen Auffassungen, Mißverständnissen, ja Mißdeutungen begegnete, die zu dem Schlusse gelangten, als ob diese Kundgebung Seiner Majestät als des gesetzlichen obersten Kriegsherrn des Heeres eine Verletzung der ungarischen Verfassung oder der ungarischen Nation, der gesetzlichen Rechte Ungarns und der ungarischen Staatlichkeit enthalte. Das ist ausgeschlossen, das konnte nicht geschehen, dies hat den Absichten des Königs ferngelegen, und man kann und darf dem Armeebefehl, von welcher Seite immer es sei, eine solche Auslegung richtiger- und berechtigterweise nicht geben. Das gute Verhältnis und das Vertrauen zwischen dem Könige und der Nation sind das höchste Gut der Nation. Ohne dieses ist die weitere Entwicklung und ein Erstarken der Nation gar nicht denkbar.

III.

Reichstag

vom 24. bis 30. September.

24. September. Zur Streitfrage zwischen Regierung und Reichstag spricht sich im Abgeordnetenhause **Kossuth** folgendermaßen aus:

Es ist die Aufgabe und die Pflicht des Abgeordnetenhauses, wenn die verfassungsmäßigen Rechte der Nation verkümmert werden, wenn die Grenze der Rechte der Krone hinausgerückt wird, dieses zu verhindern, oder wenn es nicht verhindert werden kann, muß der Reichstag protestieren. Die Wunde, die der Armeebefehl geschlagen hat, hat das Handschreiben des Königs an den Ministerpräsidenten vertieft. Seine Majestät ist von ungetreuen Ratgebern umgeben, die vergessen, daß man mit Pronunziamentos an die Armee nicht konstitutionell regieren kann. Der König ist der oberste Kriegsherr nur auf Grund des Gesetzes. Der König hat den Eid auf die Verfassung abgelegt. Redner bespricht die Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten am 23. September im österreichischen Abgeordnetenhause über die Einflußnahme der österreichischen Reichshälfte auf die gemeinsame Armee. Es gehe daraus hervor, daß der König von Ungarn in ungarischen Angelegenheiten österreichische Minister zu Rate ziehe. Redner beantragt eine Adresse an den König, worin die Beschwerden Ungarns dargelegt werden, überreicht den Entwurf einer solchen Adresse und appelliert an die Einhelligkeit des Parlaments in allen jenen Fragen, die sich auf die Verfassung beziehn. In dem Entwurfe wird unter anderm gesagt, daß der Ausdruck „meine Armee“ unrichtig und unzulässig sei. „Dieser Ausdruck stammt aus der Zeit, als die Fürsten das Heer aus eignen Mitteln erhielten; in der Zeit der Volksheere ist er unpassend. Das Heer gehört der Nation.“ Weiter heißt es, der König habe wohl den Ministerpräsidenten ermächtigt, Erklärungen abzugeben; doch seien diese nicht am gehörigen Ort abgegeben worden und könnten daher die Nation nicht beruhigen. Weiter wird da gesagt, es bestehe ein Widerspruch zwischen dem Handschreiben und den Erklärungen Körbers im österreichischen Reichsrate. Der Entwurf schließt: „Wenn wir das Wohlergehn unsers Staats nur um den Preis der Aufopferung der Rechte unsrer Sprache erlangen können, so rufen wir: „Niemals! Niemals!“

Hiernach erläutert der Ministerpräsident **Graf Khuen-Hedervary** kraft der Ermächtigung des Königs den Armeebefehl. Als Barabas dazwischen ruft: „Wir glauben dem Könige nicht,“ entsteht ein ungeheurer Lärm. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt

ist, setzt der Ministerpräsident seine Rede fort und schließt mit dem Antrage, das Haus möge sich vertagen. **Barabas** erhebt sich, um eine Entschuldigung vorzubringen, und beginnt seine Rede damit, daß er sagt: Es gibt niemand, auch in der Regierungspartei nicht, dessen Herz nicht von Bitterkeit erfüllt ist. Darüber entsteht neuer Lärm, worauf über Barabas eine protokollarische Rüge verhängt wird.

29. September. **Bakonyi** spricht im Abgeordnetenhause gegen die Zurückbehaltung der Soldaten des dritten Jahrgangs; diese Verfügung sei ungesetzlich, die Regierung möge angewiesen werden, die Vollziehung des betreffenden Erlasses des Kriegsministers zu verhindern. **Kraßnay** wendet sich gegen den österreichischen Ministerpräsidenten, der mit Unwissenheit und bösem Willen sich in die Angelegenheiten Ungarns gemengt habe.

30. September. Im Abgeordnetenhause sagt **Graf Andrassy**, die liberale Partei habe den Armeebefehl gleichfalls zur Sprache bringen wollen, doch die im Namen des Königs gemachten Erklärungen der Regierung hätten die Partei überzeugt, daß der Armeebefehl keine die Verfassung verletzenden Absichten enthalten habe. Der Ministerpräsident **Graf Khuen** hält es für seine Pflicht, sich über die letzte Rede des österreichischen Ministerpräsidenten zu äußern. Dessen Rede vom 23. September hätten die ungarischen Blätter unrichtig angefaßt. Körbers Auffassung bestehe darin, daß er im Sinne der österreichischen Verfassung berechtigt sei, sich über militärische Fragen zu äußern und die Armee zu verteidigen, wenn er glaube, daß deren Interessen in der andern Reichshälfte nicht genügend gewahrt würden. Das Recht zu einer solchen Auffassung könne nicht bestritten werden. **Kossuth** drückt den Wunsch aus, daß ein ungarischer Ministerpräsident ernannt werde, der die Uebergriffe des österreichischen Ministerpräsidenten v. Körber zurückweise. **Rakowsky** weist namens der Volkspartei die eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte Ungarns enthaltenden Aeußerungen v. Körbers entschieden zurück. Auch **Kubiny** bekundet, daß die liberale Partei kein Kabinett unterstützen werde, das nicht ermächtigt sein werde, die die Rechte Ungarns verletzenden Aeußerungen Körbers auf das entsprechende Maß zurückzuführen.

IV.

Ministerium Graf Tisza.

3. November. Der nach seinen Verhandlungen mit den Parteien zum Ministerpräsidenten ausersehene Graf Stephan Tisza erscheint im Klub der liberalen Partei und führt hier folgendes aus: Sein Programm enthalte bezüglich der Armeefrage solche Er-

rungenschaften, wie man sie vor wenig Monaten nicht zu erhoffen gewagt hätte. Man dürfe daher annehmen, daß auch die oppositionellen Parteien dies anerkennen, und daß infolge eines Appells an deren patriotische Einsicht normale Verhältnisse im Parlamente wiederhergestellt werden könnten. Graf Tisza erklärt, seine Leitsterne würden der Liberalismus und die Befolgung einer nationalen Politik sein. Er werde darauf bedacht sein, Eintracht und brüderliche Liebe zwischen den Staatsbürgern der verschiednen Nationalitäten aufrecht zu erhalten. Dieses Band könne jedoch nur gefestigt werden, wenn die Agitatoren, die die fremdsprachigen Nationalitäten gegen das Ungartum aufreizen, die Macht des Staates zu fühlen bekommen, und wenn diese Agitatoren auch von den patriotischen Staatsbürgern dieser Nationalitäten zurückgewiesen werden. Man spreche so viel von seiner „Politik der starken Hand," doch würde der Mann, der Stärke anwende, wo sie nicht unbedingt nötig sei, eine närrische Hand verraten. Nachdem Graf Tisza noch die Politik der Sparsamkeit wärmstens empfohlen hat, schließt er mit dem erneuten Ersuchen um die Unterstützung seiner Politik seitens der Mitglieder der liberalen Partei.

Der im 42. Lebensjahre stehende Graf Stephan v. Tisza wird zum Ministerpräsidenten ernannt. Er ist der Sohn Kolomans von Tisza, der 1875—1890 als Ministerpräsident die Geschicke Ungarns geleitet hat.

V.

Reichstag

vom 4. November bis 28. Dezember.

4. November. Im Abgeordnetenhause wird dem neuen Ministerpräsidenten durch fortgesetzten Lärm unmöglich gemacht, seine Programmrede zu halten. Er entwickelt daher sein Programm im Magnatenhause. Er weist auf die schwere, andauernde Störung der parlamentarischen Arbeiten hin und führt aus, den Ausgangspunkt dieser Störung habe der Widerstand gegen die Erhöhung des Rekrutenkontingents gebildet. Später sei in weiten Schichten der öffentlichen Meinung die ungarische Kommandosprache gefordert worden, doch sei die gesamte Nation einig, daß sie die Erfüllung dieses Wunsches nicht mehr unter Aufopferung der Harmonie zwischen der Krone und der Nation fordern dürfe. Es werden, fährt Graf Tisza fort, jetzt zur Geltendmachung des Ungartums in der gemeinsamen Armee so bedeutende Reformen vorgeschlagen, daß gehofft werden kann, daß Beruhigung eintreten wird. Die Herstellung nor-

maler parlamentarischer Verhältnisse ist um so notwendiger, als wir an einem Wendepunkt der internationalen Wirtschaftspolitik angelangt sind, der auch von Ungarn Stellungnahme erfordert. Wir dürfen uns nicht durch die Störung des verfassungsmäßigen Gleichgewichts der öffentlichen Gewalten zu Untätigkeit und Ohnmacht verurteilen. Tisza erklärt weiter, er werde für die unveränderte Annahme der Ausgleichsvorlagen eintreten, und die Regierung werde bemüht sein, daß bei den Verhandlungen über die Handelsverträge die landwirtschaftlichen und die industriellen Interessen in gerechtem hältnis berücksichtigt werden.

6. November. Das Abgeordnetenhaus beschließt, den Rücktritt des Grafen Apponyi vom Präsidium zur Kenntnis zu nehmen, und ihm für die Verdienste, die er sich als Präsident erworben, Anerkennung auszudrücken. Hiernach hält der Ministerpräsident Graf Tisza seine Programmrede in ähnlicher Weise, wie er es im Magnatenhause getan hatte. Am Schluß ermahnt er, nie zu vergessen, daß allesamt Ungarn seien, die aus Parteiinteresse nicht an den Grundfesten des Staates rütteln dürften. „Die Lebensbedingung jeder ungarischen Politik bildet die Erhaltung der Ehrlichkeit und Erhabenheit unsers konstitutionellen Lebens, die Sicherung des ungestörten Funktionierens unsrer Verfassung."

9. November. Im Abgeordnetenhause wendet sich der Ministerpräsident Graf Tisza eingehend gegen die Opposition Kossuths und Holles: Er sei geneigt, gewissen Wünschen dahin Folge zu geben, daß für Steuerrückstände aus der ex lex-Zeit Ratenzahlungen bewilligt würden. Bezüglich des Wahlrechts erklärt er, daß eine mechanische Gleichmachung des Zensus zu den größten Ungelegenheiten führen würde, doch werde er die größten Ungerechtigkeiten des Wahlrechts durch eine Neueinteilung der Wahlkreise beseitigen, bei der die Veränderungen in der Bevölkerungsdichtigkeit berücksichtigt werden würden. Auch werde der Zensus herabgesetzt werden. Lebhafte Unruhe erhebt sich, als Graf Tisza für die Armee ein gemeinsames Wappen ankündigt. Zum Schlusse sagt Tisza: Ich wünsche nicht, daß irgend jemand den Kampf für seine Grundsätze aufgebe, ich wünsche nur, daß dieser Kampf nicht in einer Weise geführt werde, durch die wir die teuersten und ehrenvollsten Güter der Verfassung leichtsinnig aufs Spiel setzen. Wenn Sie sagen, die Nation werde Richter sein zwischen uns, so glaube ich, daß die Nation Ihnen zurufen wird: Es war genug des unfruchtbaren Kampfes! Dieser Kampf war gegen das Interesse der Nation gerichtet. Jetzt, wo inmitten einer großen Bewegung der europäischen Politik das normale Prestige und das politische Gewicht der Nation so schwer gelitten hat, ist es unsre erste Aufgabe, daß wir die Wunden, die der Kampf geschlagen hat,

heilen, damit wir bei jeder Wendung der Ereignisse unsern Platz behaupten können.

18. November. Abgeordnetenhaus. Auf die Aufforderung mehrerer Redner, der Ministerpräsident möge seine Stellungnahme zu den gestrigen Aeußerungen des österreichischen Ministerpräsidenten Körber darlegen, erklärt Graf Tisza, daß die Bemerkungen desselben über das ungarische Staatsrecht dilettantische Aeußerungen eines distinguished foreigner seien, über die er sich meritorisch nicht äußern wolle. Es mache nichts aus, wenn das österreichische Staatsrecht über die Hoheitsrechte andre Bestimmungen enthalte als das ungarische Staatsrecht. Abweichungen in dieser Hinsicht seien für Ungarn kein Unglück. Seine (Tiszas) Auslassungen über die Hoheitsrechte hätten die Zustimmung des allein maßgebenden Faktors gefunden; auf dieser Grundlage habe er die Kabinettsbildung übernommen, und bei dieser klaren Sachlage könne man Kommentare von einer nicht kompetenten Stelle, die nicht mitzusprechen habe, mit großer Kaltblütigkeit hinnehmen. Sicherlich würden alle Faktoren der ungarischen Politik sich energisch widersetzen, falls versucht werden sollte, nicht bloß theoretische Aeußerungen zu machen, in denen er, Tisza, niemand beirren wolle, sondern in ähnlicher Richtung in die Praxis einzugreifen. Diese Aeußerungen werden auf allen Seiten des Hauses mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Ugron drückt seine freudige Genugtuung über die energischen Aeußerungen des Ministerpräsidenten aus. Alle ungarischen Parteien müßten zusammenstehn, da der Ministerpräsident v. Körber nicht eine einzelne Persönlichkeit, sondern ein System darstelle, das die österreichischen Parteien nicht zu fruchtbarer Arbeit und nicht einmal zur Anhänglichkeit an die Dynastie vereinige, sondern nur durch die Gehässigkeit gegen Ungarn zusammenhalte.

21. November. Die Rede, mit der der österreichische Ministerpräsident v. Kröber am 20. November im österreichischen Abgeordnetenhause die Rede des Grafen Tisza vom 18. November (s. S. 198) beantwortet hat, veranlaßt den Ministerpräsidenten Grafen Tisza, im Abgeordnetenhause zu erwidern, er wünsche nicht, mit dem österreichischen Ministerpräsidenten zu polemisieren, müsse jedoch bezüglich der Rede v. Körbers richtig stellen, daß ein österreichisch-ungarisches Ausgleichsgesetz nicht vorhanden sei; es gebe nur ungarische und in vielen Punkten von diesen abweichende österreichische Gesetze, auf deren Dispositionen die Handhabung der gemeinsamen Angelegenheiten beruhe. Weiter führt Graf Tisza aus, daß auch ein einseitiges ungarisches Gesetz, selbst wenn es gemeinsame Angelegenheiten abändre, jedenfalls Rechtskraft besitze. Dasselbe

Recht, das Ungarn zustehe, stehe natürlich auch Oesterreich zu. Es sei eine Entstellung, zu behaupten, daß Ungarn dem Grundsatz der Parität Abbruch tun wolle.

26. November. Der Ministerpräsident Graf Tisza spricht sich im Abgeordnetenhause dahin aus: Es erfülle ihn mit besondrer Genugtuung, daß der österreichische Ministerpräsident v. Körber in der gestrigen Rede eine so präzise, dem ungarischen Staatsrechte völlig entsprechende Erklärung über die gemeinsamen Einrichtungen abgegeben habe. Man könne weder von einem Siege noch von einer Niederlage sprechen. Er gebe einfach seiner Freude Ausdruck, daß v. Körber die Gelegenheit ergriffen habe, um in so befriedigender Weise zur Schlichtung der schwebenden Differenzen beizutragen. Redner appelliert nochmals an den Patriotismus der Opposition und bemerkt, alle, die eine unheilvolle, die Verfassung gefährdende Obstruktion treiben, würden bittere Vorwürfe treffen.

Apponyi und zweiundzwanzig Genossen treten aus der liberalen Partei aus.

27. November. Der Minister v. Lukacs legt den rektifizierten Voranschlag des Staatshaushalts für 1903 vor, da der im Oktober 1902 vorgelegte Voranschlag wegen der Obstruktion im Plenum nicht hatte verhandelt werden können. Der neue Voranschlag beziffert die zu erwartenden Ausgaben auf 1084 Millionen Kronen. Nach $8^1/_2$stündiger, stürmisch bewegter, durch leidenschaftliche Szenen oft unterbrochner Sitzung wird ein Antrag auf Abhaltung von Parallelsitzungen angenommen. Graf Tisza glaubt, dadurch den Widerstand der Obstruktion brechen zu können. **Graf Khuen** sagt, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß mit den friedlichen Mitteln, die er versucht, im Parlament die Ordnung nicht herzustellen sei; deshalb sei er entschlossen, seinen Nachfolger, der verfassungsmäßige Ordnung, mit welchen Mitteln auch immer, herstellen werde, mit Leib und Seele zu unterstützen.

30. November. **Kossuth** erklärt, die verschärfte Auslegung der Hausordnung werde nicht zum Ziele führen; er erinnert an die Friedensbedingungen, die er vor einiger Zeit unterbreitet habe, namentlich an die Ausdehnung des Wahlrechts, und drückt den Wunsch aus, daß die nationale Bewegung, die bezüglich der Kommandosprache keinen Erfolg gehabt habe, auf einem andern Gebiete Errungenschaften durchsetzte. Der Ministerpräsident führt aus, er wünsche den Entwurf über die Reform des Wahlrechts noch in dieser Legislaturperiode einzubringen.

2. Dezember. Nachdem im Abgeordnetenhause von der Obstruktion verschiedne formale Amendements zum Protokoll beantragt

worden waren, führt Graf Tisza aus: Die Obstruktion erweist durch solche frivole Anträge denen einen großen Dienst, die prophezeien, daß Ungarn das Schicksal Polens erleiden werde, falls auf diesem Wege fortgefahren werde. Wir wollen die Herren, die auf diese Weise eine patriotische Mission zu erfüllen meinen, nicht verhindern, aber wir werden seinerzeit schon Waffen gegen dieses Treiben finden.

5. Dezember. Auf die Bemerkungen Kossuths über die Bedingungen, unter denen die Unabhängigkeitspartei die Obstruktion einstellen würde, erklärt im Abgeordnetenhause der Minister Graf Tisza, der Beschluß über die Abhaltung der Nachmittagssitzungen würde außer Kraft gesetzt werden, die Erklärungen über die Wahlreform halte er aufrecht und nehme keinen Anstand, im Abgeordnetenhause eine Resolution zu beantragen, die den Grundsatz ausspreche, daß jedes Recht, somit auch das Recht der Armee, seinen Ursprung in der Nation habe. Er habe sich stets zu diesem Hauptgrundsatze des ungarischen Staatsrechts bekannt, das Krone und Volk in organischen Zusammenhang bringe, sodaß man sich einen Gegensatz dieser Faktoren staatsrechtlich nicht vorstellen könne. Tisza drückt schließlich unter allgemeinem Beifall den Wunsch aus, daß im Parlament der Kampf jetzt nach Art loyaler Gegner und innerhalb der Grenzen der Mäßigung geführt werden möge.

10. Dezember. In Erwiderung einer Rede Hygrons führt der Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhause bezüglich des vom Könige am 16. September in Chlopy erlassenen Armeebefehls (S. 204) aus, daß der König, sobald er Kenntnis davon erhalten habe, daß dieser Befehl in weiten Kreisen des ungarischen Volks Beunruhigung hervorgerufen hätte, den Ministerpräsidenten ermächtigt habe, beruhigende Erklärungen abzugeben. Noch weit beruhigender, fährt Tisza fort, mußte die Erwägung der Tatsache wirken, daß die Regierung des Königs seit 1867 ein erhabnes Beispiel seiner unerschütterlichen Achtung vor der Verfassung bietet. Sodann erörtert Tisza das Handschreiben des Königs an Khuen-Hedervary (S. 205) und erklärt, daß durch dieses in unanfechtbarer konstitutioneller Form der Nation zur Kenntnis gebracht worden sei, es hätten die nationalen Bestrebungen bezüglich der Armee bei der Krone die Besorgnis erweckt, daß durch diese die Organisation der Armee erschüttert werde. Wenn die Männer, die die Politik der liberalen Partei leiten, diese Bedenken der Krone berücksichtigten, könne sie deshalb kein Vorwurf treffen, da durch diese Haltung eine Verfassungskrisis vermieden wäre. Der Ministerpräsident appelliert schließlich an das kleine Häuflein Obstruktionisten, den Kampf in normaler Weise fortzusetzen, Opposition sei keineswegs identisch mit Obstruktion. Diese sei stets im Wider-

spruch mit dem Wesen des Parlaments und bilde den Ruin des Parlamentarismus überhaupt.

28. Dezember. Im Abgeordnetenhause macht der Landesverteidigungsminister nochmals geltend, daß durch die Obstruktion Tausende ins Elend gestürzt werden und gibt zu bedenken, daß der Zeitpunkt der Rekrutierung schon fünfmal habe verschoben werden müssen, und daß der letzte Termin, nach dem die Rekrutierung am 4. Januar beginnen soll, nur dann eingehalten werden könne, wenn über die Vorlage spätestens morgen abgestimmt würde. Geschehe dies nicht, so könnte die Rekrutierung erst in einem Monate beginnen, und da die neuen Rekruten vor Ende Mai nicht ausgebildet sein könnten, müßten die Ersatzreservisten bis zu diesem Zeitpunkt im Dienst bleiben, während sie, wenn die Vorlage jetzt votiert würde, zur Zeit der dringendsten Feldarbeiten wieder entlassen werden könnten. Aus diesen Gründen wende er sich im Namen von 40000 Ersatzreservisten an das Herz der Teilnehmer an der Obstruktion, daß sie den Kampf endlich aufgeben möchten.

VI.

Unruhen in Szegedin.

6. Oktober. In Szegedin wird am Kossuth-Denkmal ein Kranz gefunden mit der Aufschrift „Zurückbehaltene Soldaten deinem heiligen Andenken." Das Platzkommando läßt den Kranz fortnehmen und auf das Stadthaus tragen, wo ihn der Vizestadthauptmann einer großen Volksmenge, die die Herausgabe fordert, zurückgibt. Die Menge legt den Kranz unter Absingung des Kossuthliedes wieder am Denkmal nieder. Nachmittags marschieren zwei Kompagnien Infanterie zum Denkmal und nehmen den Kranz wieder fort. Als die Menge hiergegen Einspruch erhebt und mit Steinen auf die Soldaten, die Kaserne und Fenster von Offizierswohnungen wirft, geht das Militär mehreremale mit dem Bajonett vor. Von der Kaserne werden noch zwei Kompagnien abgeschickt, die mit Hilfe der Polizei die Menge, die eine drohende Haltung annimmt, mit dem Bajonett auseinandertreibt. Am Abend erneuern sich die Kundgebungen vor der Kaserne. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge wirft die Fenster ein und fordert den Kranz zurück, den das Militär vom Kossuthdenkmal genommen hatte. Ein Bataillon Infanterie und eine Eskadron Husaren räumen die Umgebung der Kaserne und sperren sie ab, geben auch eine Salve auf die Menge ab, wodurch fünf Personen verwundet werden.

7. Oktober. Die Unruhen wiederholen sich; es kommt wieder zu Zusammenstößen mit dem Militär. Die tiefere Ursache dieser

Vorgänge ist die Zurückbehaltung der Drittjährigen, die angeblich auch durch Niederlegung eines Kranzes am Kossuthdenkmal gegen ihr Weiterdienen protestiert haben.

C.

Gemeinsame Angelegenheiten.

I.

Der Reichsfinanzminister.

13. Juli. Tod des österreichisch-ungarischen Reichsfinanzministers Baron Kallay, der dieses Amt seit 4. Juni 1882, nach dem Rücktritte Szlavys, bekleidete.

29. Juli. Frhr. Burian v. Rajecz wird zum Reichsfinanzminister sowie zum Minister für Bosnien und die Herzegowina ernannt.

II.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Verhältnis zur römischen Kurie.

15. August. Nachdem Kardinal Puzyna, Bischof von Krakau, namens der Regierung im Konklave zu Rom gegen die Wahl des Kardinals Rampolla del Tindaro zum Papst ein Veto eingelegt hat, wird in der „Neuen Freien Presse" zu Wien eine Erläuterung veröffentlicht, in der es heißt:

Oesterreich-Ungarn hatte vom rein innern Standpunkte das höchste Interesse, daß Rampolla nicht Papst würde. Oesterreich sowohl wie Ungarn hatten sich wiederholt über die schroffe und feindliche Haltung des Kardinals zu beklagen, der sechzehn Jahre hindurch Staatssekretär Leos XIII. gewesen. Lange Zeit war man mit Rücksicht auf die mannigfachen Mißerfolge, die sich unser Auswärtiges Amt in Rom holte, bei uns, insbesondre in Ungarn, geneigt, den frühern Botschafter Oesterreich-Ungarns bei der Kurie, Grafen Revertera, dafür verantwortlich zu machen. Als aber dann der alte Botschafter durch einen neuen, den Grafen Szecsen, abgelöst ward und auch dieser Rampolla gegenüber nicht viel glücklicher war als sein Vorgänger, mußte sich hier die Ueberzeugung befestigen, daß der Kardinalstaatssekretär Oesterreich-Ungarn gegenüber mit Absicht feindlich vorgehe, um die große mitteleuropäische katholische Monarchie dafür zu bestrafen, daß sie der Verbündete des kirchenfeindlichen Italiens ist, das den Heiligen Stuhl beraubt hatte. Es folgt die Darstellung einiger Fälle, in denen sich Ungarn insbesondre durch die Kurie beeinträchtigt sah. Die Beeinträchtigung Oesterreich-Ungarns ist nichts als ein seitens Rampollas an die Adresse des Alliierten des „kirchenräuberischen" Italiens und des „protestantischen"

Deutschlands gerichtetes Quos ego. Und wie erst züchtigte die Rute des mächtigen Sizilianers, der den um mehr als ein Menschenalter ältern Papst, den neunzigjährigen Greis, lenkte, das Deutschtum! Je kühner der Flug ist, den der deutsche Aar nimmt, der seinen Weg nach Samoa, Kiautschou und den Karolinen gefunden, desto größer ward die Abneigung Rampollas gegen Deutschland, und sein innerster Wunsch war es, daß, wenn schon Spanien aufhören mußte, Kolonialstaat zu sein, Frankreich, nur Frankreich das Erbe anträte. Aber noch ein besondrer Umstand fiel für Oesterreich schwer ins Gewicht, wenn es sich der Wahl Rampollas entgegenstellte. Es scheint, daß bald nach dem Regierungsantritte des Königs Viktor Emanuel III. in den leitenden Kreisen unsrer Monarchie der Gedanke auftauchte, ob es sich nicht ermöglichen ließe, die Kurie für die Möglichkeit eines Besuches des Kaisers Franz Joseph in Rom freundlicher zu stimmen. Doch so wie Graf Revertera, konnte sich auch bald Graf Szecsen überzeugen, daß der Papst unter dem Einflusse seines Staatssekretärs es auch fürderhin ablehnen würde, den Kaiser zu empfangen, wenn dieser als Gast des Königs im Quirinal weilte. Was Wunder, wenn all dies dazu beitrug, in Oesterreich eine der Kandidatur Rampollas feindliche Stimmung zu erzeugen?

2.

Der König von England in Wien.

31. August. König Eduard VII. von Großbritannien und Irland trifft von Marienbad in Wien ein und wird vom Kaiser glänzend empfangen. Bei der Galatafel bringt der Kaiser auf den Gast folgenden Trinkspruch aus.

„Hocherfreut, Ew. Majestät bei mir begrüßen zu können, erblicke ich in diesem Besuche, den ich herzlich willkommen heiße, ein neues Unterpfand für den Fortbestand der so innigen vertrauensvollen Beziehungen, die seit alters her zwischen unsern Familien gleichwie unsern Ländern bestehn, und die auf um so festerm Boden fußen, als keinerlei politische Interessen zwischen uns vorhanden sind, die dieses erfreuliche Verhältnis der Gefahr einer Trübnis aussetzen würden. In der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch die Zukunft keinen Wandel in dieser Hinsicht herbeiführen wird, danke ich Ew. Majestät für die vielfachen Beweise der Freundschaft, die Sie mir bei verschiednen Anlässen geboten haben, indem ich dieses Glas auf das Wohl Ew. Majestät mit dem Rufe erhebe: Se. Majestät König Eduard lebe hoch!“

König Eduard erwidert: „Gestatten Ew. Majestät, daß ich Ihnen für Ihre Freundlichkeit danke. Ich kann Ihnen sagen, daß der Empfang, der mir in dieser großen Weltstadt zuteil geworden ist, mich tief berührt hat. Ew. Majestät wissen, daß ich immer den größten Anteil an Ew. Majestät und dem kaiserlichen Hause genommen habe, und Ew. Majestät können gewiß sein, daß die Gefühle, die ich von meiner hochseligen Mutter für Ew. Majestät und Ihr Haus überkommen habe, stets die wärmsten bleiben werden. Gestatten Ew. Majestät, daß ich heute, da ich seit meiner Thronbesteigung

das erstemal Gast Ew. Majestät bin (mit erhobner Stimme), Ew. Majestät zum Feldmarschall Meines Heeres ernenne und trinke auf das Wohl Ew. Majestät. Des Kaisers und Königs Majestät hoch!"

1. September. Bei einem Frühstück in der britischen Botschaft bringen beide Fürsten folgende Trinksprüche aus.

König Eduard sagt: „Da wir auf englischem Boden sind, will ich noch einmal Ew. Majestät danken für den herzlichen und warmen Empfang, der mir in Wien zuteil wurde. Ich möchte in diesem Sinne meinen Gefühlen Ausdruck geben und speziell im Namen des englischen Heeres auf das Wohl Ew. Majestät als Feldmarschall meiner Armee trinken: Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch!" — Kaiser Franz Joseph antwortet: „Es hat mich sehr gefreut, auf englischen Boden zu kommen und Ew. Majestät neuerdings hier zu begrüßen. Ich danke Ew. Majestät ganz besonders für die mir verliehene hohe Auszeichnung, auf die ich stolz bin, und die meine Beziehungen zu der tapfern englischen Armee noch näher knüpft. Ich trinke auf das Wohl Ew. Majestät, auf das Wohl Ihrer Majestät der Königin und auf das Wohl des englischen Heeres. Hoch!"

3.

Der Zar in Wien.

30. September. Kaiser Nikolaus trifft zum Besuche des kaiserlichen Hofes in Wien ein. Beim Festmahle im Schlosse zu Schönbrunn bringt Kaiser Franz Joseph folgenden Trinkspruch aus:

„Es ist mir besonders angenehm, Ew. Majestät die große Freude auszusprechen, die ich heute empfinde, indem ich Sie willkommen heiße. Dadurch, daß Ew. Majestät der Einladung zu den Jagden in Steiermark, die ich so glücklich war, an Sie zu richten, Folge leisteten, haben Sie mir einen neuen Beweis Ihrer Freundschaft gewidmet, die ich hoch anschlage, und die bei mir stets ein ebenso lebhaftes wie aufrichtiges Echo findet. Die Herzlichkeit, die ich daraus für unser Verhältnis erblicke, hat schon wiederholt ihre wohltätigen Wirkungen auf die politischen Beziehungen unsrer Staaten ausgeübt, und ich schmeichle mir mit der Hoffnung, daß die vollkommne Uebereinstimmung der Anschauungen und Erwägungen, die nun angesichts der bedauerlichen Ereignisse, deren Schauplatz gegenwärtig die Balkanhalbinsel ist, besteht, zu dem Erfolge der Aktion, die wir dort einverständlich im Interesse des europäischen Friedens durchführen, neuerdings beitragen werde. Von diesen Empfindungen erfüllt, trinke ich auf das Wohl meines lieben und treuen Freundes, Seiner Majestät Kaiser Nikolaus."

Der Zar erwidert hierauf: „Die Worte, mit welchen mich Ew. Majestät bewillkommnet haben, berühren mich lebhaft, und ich danke Ihnen dafür aus vollem Herzen. Mit großem Vergnügen habe ich die freundliche Einladung Ew. Majestät angenommen und bin glücklich, Ihnen persönlich den Ausdruck der Gefühle, die mich beseelen, wiederholen zu können. Unser herzliches Einvernehmen und die vollkommne Harmonie, die sich daraus für die Aktionen der Regierungen ergibt, sind, wie Ew. Majestät sagen, ein wertvolles Unterpfand für den Erfolg des großen Friedenswerkes, das wir im gemeinsamen Einverständnis unternommen haben. Der humanitäre Zweck, den wir verfolgen, schließt jede Parteilichkeit aus und muß mit Festigkeit und Ausdauer durch die zu einer wirklichen und dauerhaften Beruhigung geeignetsten Mittel erreicht werden. Unsre Bemühungen werden zugleich, hoffe ich, zur Befestigung des allgemeinen Friedens beitragen. Ich trinke auf das Wohl meines lieben und verehrten Freundes, Seiner Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph."

4.

Der König der Belgier in Wien.

17. Oktober. Zu Ehren des Königs Leopold II. findet in der Wiener Hofburg ein Galadiner statt, bei dem Kaiser Franz Joseph einen Trinkspruch ausbringt, worin er für die liebenswürdige Aufmerksamkeit des Besuches des Königs dankt und erklärt, er betrachte den Besuch als ein neuerliches Zeichen der Freundschaft und der ausgezeichneten Beziehungen, die erfreulicherweise zwischen den beiden Monarchen und den beiden Staaten bestehen. Alsbald erwidert König Leopold, indem er dem Kaiser für den herzlichen Empfang sowie für den ihn tief berührenden Trinkspruch dankt und seine Freude ausspricht, daß es ihm gegönnt sei, seine persönlichen Gefühle unveränderlicher Anhänglichkeit auszudrücken und seine unwandelbaren Wünsche darzubringen, die er für den Kaiser, dessen Staaten und Völker hege, die dem Kaiser so viel verdanken. „Eure Majestät — so schließt der König — sind aller Herrschertugenden Vorbild. Möge Gott Eure Majestät noch viele Jahre erhalten. Indem ich mich zu den ausgezeichneten, zwischen uns und unsern Staaten bestehenden Beziehungen beglückwünsche, erhebe ich, dem Zuge meines Herzens folgend, das Glas auf das Wohl Eurer Majestät, Ihres Hauses und auf das Wohlergehen Ihrer Staaten."

5.

Verhältnis zu Serbien.

15. Dezember. Dem „Neuen Wiener Journ." zufolge betont der Kaiser beim Empfang des serbischen Gesandten, daß durch die blutigen Ereignisse in Belgrad am 11. Juni das Ansehen Serbiens im Auslande empfindlich gelitten habe, und daß bei aller Sympathie für das serbische Volk an ein vollkommnes Einvernehmen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien so lange nicht zu denken sei, als die Königsmörder am Hofe, im Heere und in der Verwaltung eine solche Rolle spielen. Die Bestrafung, zum mindesten aber die Entfernung aller Personen, die den Makel des Königsmordes auf sich geladen haben, sei eine Forderung des öffentlichen Gewissens Europas, und König Peter müsse sich fügen, selbst auf die Gefahr hin, die Lage im Innern schwieriger zu gestalten. Es sei eine Sache des Rufes Serbiens der zivilisierten Welt gegenüber, die welthistorische Scheußlichkeit nicht ungesühnt zu lassen. Was die Beurlaubung des österreichischen Vertreters in Belgrad betreffe, so habe der Kaiser erklärt, daß dieser verhältnismäßig milden Maßnahme in Zukunft ernstere und wirksamere Kundgebungen folgen würden, falls die königsmörderische Partei am Hofe ihren Einfluß beibehalte.

III.

Die Delegationen.

15. Dezember. Die österreichische Delegation wählt den Freiherrn v. Gautsch zum Präsidenten, v. Jaworski zum Vizepräsidenten. Die ungarische Delegation wählt den Grafen Szapary zum Präsidenten, Szell zum Vizepräsidenten. — Den Delegationen wird das gemeinsame Budget vorgelegt, das einen Gesamtbruttobedarf von 374975389 Kronen und eine Bedeckung von 6965471 Kronen, somit einen Gesamtnettobedarf von 368009918 Kronen aufweist.

Der Kaiser und König empfängt die Präsidien der Delegationen und antwortet auf ihre Ansprachen:

Die Versicherungen Ihrer treuen Ergebenheit gereichen mir zur aufrichtigen Befriedigung. Mit Wehmut möchte ich zunächst des in diesem Jahre eingetretnen Heimganges des Oberhauptes der katholischen Kirche, Seiner Heiligkeit des Papstes Leos XIII., gedenken, zu dessen erhabner Persönlichkeit die ganze katholische Welt mit bewundernder Ehrfurcht aufzublicken gewohnt war. — Die auswärtige Lage der Monarchie zeigt auch seit dem letzten Zusammentritt der Delegationen ein durchweg erfreuliches Bild. Durch die im vorigen Jahre erfolgte Erneuerung des Dreibundes ist die bewährte Grundlage unsrer Politik, die wir auch fortab aufrecht zu erhalten entschlossen sind, neuerdings für die Zukunft festgelegt worden. Das enge Einvernehmen

mit dem russischen Reiche hinsichtlich der Vorgänge auf der Balkanhalbinsel wird von meiner Regierung unausgesetzt gepflegt und kommt der friedlichen Lösung der dort auftauchenden Frage zugute. Durch den mazedonischen Aufstand ist der einverständlichen Aktion der beiden Mächte die wichtige und schwierige Aufgabe erwachsen, für die Aufrechterhaltung des Friedens, des status quo und der Ordnung in jenen Gebieten tätig zu sein. — Nachdrücklich unterstützt von den übrigen Großmächten, sind die Monarchie und Rußland, jeder eigennützigen Tendenz bar und nur das im Interesse ganz Europas gelegne Friedenswerk im Auge behaltend, gemeinsam bemüht, einerseits die Türkei zu den nötigen Maßnahmen zur Besserung der Lage ihrer christlichen Untertanen zu vermögen und andrerseits das Fürstentum Bulgarien von jedweder Förderung des Aufstandes abzuhalten. — Die vertrauensvollen Beziehungen, die meine Regierung in dieser wie auch in allen übrigen Fragen zu den andern Mächten zu unterhalten mit Erfolg bestrebt ist, haben speziell heuer eine erfreuliche Förderung auch durch die persönliche Rücksprache erfahren, zu der mir die Besuche meines teuern Bundesgenossen Seiner Majestät des deutschen Kaisers sowie Ihrer Majestäten des Kaisers von Rußland und des Königs von England eine erwünschte Gelegenheit boten. — In Serbien hat durch eine Untat, die jeden gesitteten Menschen mit Entsetzen erfüllen müßte, ein Dynastiewechsel stattgefunden. Es steht zu hoffen, daß dieses Land unter seinem neuen Herrscher seiner moralischen Wiedergeburt und einer gedeihlichen Zukunft zugeführt werden wird.

16. Dezember. Im Ausschusse der ungarischen Delegation gibt der Minister des Aeußern **Graf Goluchowski** eine Darstellung der äußern Lage. Er sagt im wesentlichen:

Durch die Erneuerung des Dreibunds wurden die Verhältnisse befestigt, die die Grundlage unsrer Friedenspolitik bilden und seit bald einem Vierteljahrhundert dem ganzen europäischen Kontinent eine Aera ruhiger und erfolgreicher Entwicklung gesichert haben. Die Bürgschaften dafür, daß der Fortbestand des Dreibundes unsre politischen Interessen auch in der Zukunft vollauf zu gewährleisten vermag, sind sehr reeller Natur und um so höher anzuschlagen, als sie bei einer gleichmäßigen Verteilung von Rechten und Pflichten allen Teilen neben der Förderung des erhabnen Friedenswerkes eine hinreichende Bewegungsfreiheit einräumen, um ihnen die nachdrückliche Wahrnehmung und Vertretung ihrer spezifischen Interessen zu gestatten. Zwar fehlt es auch heute nicht an Widersachern; sie sind aber vereinzelt und rekrutieren sich hauptsächlich aus Leuten, die speziell an allem Kritik üben, oder Elementen, die vor keiner noch so albernen Erfindung zurückschrecken, um ihrer planmäßigen Minierarbeit immer neue Nahrung zu verschaffen.

Was die Behandlung der Wirren auf der Balkanhalbinsel betrifft, betont der Minister:

Um den schwerfälligen Apparat des europäischen Konzerts zu vermeiden, haben Rußland und Oesterreich sich von diesem das Mandat erwirkt, Ordnung auf dem Balkan zu schaffen. Der Minister entrollt das positive Reformprogramm der Mächte und gedenkt dabei der Tätigkeit der revolutionären Komitees, die „dank der geradezu sträflichen, von einer aktiven Parteinahme sich kaum mehr unterscheidenden Toleranz der fürstlichen Regierung“ die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen. Die Pforte würde ihre eigne Existenz in Frage stellen, wollte sie die Forderung der Mächte, die sie allein vor dem jähen Untergange zu bewahren vermögen, nicht aufrichtig und loyal berücksichtigen. „Möge man sich davon in den Kreisen der Pforte ernstlich Rechenschaft geben, ehe es zu spät wird, und bevor sich aus dem gegen-

wärtigen Chaos Zustände entwickeln, die dann jede Rettung unmöglich machen. Andrerseits darf man sich in Sofia nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Haltung der fürstlichen Regierung gegenüber der revolutionären Bewegung einer sehr genauen und strengen Ueberwachung unterzogen wird, und daß Bulgarien seinem Schicksal unbedingt überlassen werden würde, wenn es nicht verstände, seine Politik dem Willen der Mächte anzupassen, und nicht alles aufböte, um selbst den Verdacht einer strafwürdigen Komplizität an friedenstörenden Machenschaften von sich fernzuhalten."

Die Auslassung über Serbien lautet:

Oesterreich-Ungarn durfte als durch die Belgrader Geschehnisse nächst berührte Macht nicht zögern, der einstimmigen Berufung der zweiten nationalen Dynastie auf den Thron Serbiens seine Zustimmung zu erteilen, da das unglückliche Land nur hierdurch der ihm drohenden Anarchie entzogen werden konnte und es schon in unserm eignen Interesse lag, dem neuerwählten Könige seine wahrhaft dornenvolle Aufgabe nicht zu erschweren; ihm liegt die Pflicht ob, das durch den fluchwürdigen Frevel tiefgeschädigte Ansehen Serbiens zu heben und die durch heftige Stürme außer Rand und Band gekommnen innerpolitischen Verhältnisse in ruhigere Bahnen und zu einer normalen Entwicklung zurückzuleiten. Es ist zu hoffen, daß König Peter im gesunden Teile des serbischen Volkes eine feste Stütze zur Vollbringung dieser regeneratorischen Arbeit finden wird.

Graf Goluchowski gedenkt ferner der Monarchenzusammenkünfte der letzten Zeit und tritt den mannigfachen Kritiken entgegen, die Oesterreichs Vetorecht bei der Papstwahl nach dem Tode Leos XIII. gefunden hat.

Der Minister betont, daß sowohl die Leugnung dieses Rechtes als die Auffassung, daß seine Ausübung eine unbefugte Anmaßung oder eine unstatthafte Einmischung der weltlichen Macht in kirchliche Angelegenheiten bedeute, durchaus unrichtig sei. Wenn auch das Veto auf keinem bestimmten Gesetze beruht und von der Kirche niemals ausdrücklich anerkannt wurde, hat es sich doch im Laufe der Jahrhunderte zu einem Gewohnheitsrechte herausgebildet, es sei zu wiederholten malen von Trägern der habsburgischen Krone gleichzeitig mit Frankreich und Spanien und von diesen beiden Staaten auch allein ausgeübt worden. Der mit der Exklusion Betraute sei immer ein Kardinal, und von so hohen Kirchenfürsten könne doch nicht angenommen werden, daß sie sich zu einer unkanonischen Handlung hergeben würden; auch habe das heilige Kollegium als solches nie einen formellen Protest erhoben, es sei auch nie vorgekommen, daß eine angemeldete Ausschließung vom Konklave unberücksichtigt geblieben wäre.

17. Dezember. In der ungarischen Delegation wendet sich Okolczanyi dagegen, daß der ungarische Dienst und die Kommandosprache der Einheitlichkeit der Armee schaden würde. Die ungarische Nation sei stets zu Opfern bereit gewesen und sei noch zu Opfern bereit, doch müsse ihre Gefühls- und Gedankenwelt in der von ihr mit eignem Geld und Blut erhaltnen Armee zum Ausdruck kommen. Die Forderungen der Kriegsverwaltung seien angesichts der beruhigenden politischen Lage übermäßig groß. Die Einrichtung der gemeinsamen Armee müsse man ändern, wenn die Armee bestehen sollte und beide Staaten in gutem Einvernehmen miteinander

leben sollten. — **Urgron** wendet sich gegen Graf Goluchowskis Balkanpolitik, die ihn nicht befriedige. Oesterreich-Ungarn müsse auf dem Balkan die freiheitliche Entwicklung der Völker sich selbst überlassen, aber durch die Festigung seiner militärischen Position sich die kommerzielle Ausnutzung des Balkans sichern. Er könne ferner kein Vertrauen hinsichtlich der Beziehungen zum Deutschen Reiche hegen, weil aus dem Deutschen Reiche ein formeller Feldzug gegen die Katholiken Oesterreichs unternommen werde, um sie zum protestantischen Glauben zu bekehren. Redner weist darauf hin, daß deutsche Staatsmänner dahin strebten, den Weg zum Adriatischen Meere zu gewinnen. Es sei im Interesse Englands, daß zwei so große Mächte wie Deutschland und Rußland nicht ausschließlich die Beherrscher des Meeres werden; es seien dies wohl entfernte Zukunftsfragen, doch müsse man gegen die Verwirklichung dieser Pläne Stellung nehmen, schon dies sei ein wichtiger Grund dafür, daß in Ungarn keine Armee mit deutscher Dienstkommandosprache bestehe, sondern daß diese Sprache die ungarische Staatssprache sei.

19. Dezember. Die österreichische Delegation über das Budgetprovisorium:

Kramar: Nur die Einsicht der Magyaren, daß eine gemeinsame Armee und eine mächtige Monarchie einen größern Schutz bieten, verhindere die Zerschlagung der Monarchie. — **Bianchini** beschwert sich über die Vernachlässigung Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina. — **Kaftan** erklärt, die Tschechen erachteten die Forderungen Ungarns bezüglich der Regimentssprache und der Sprache in den Militärbildungsanstalten als vollkommen berechtigt, und spricht die Hoffnung aus, daß der gegenwärtige Kriegsminister den Armeebefehl auch gegenüber den Tschechen befolgen werde. — **Kliemann** erklärt, als Anhänger der Personalunion hätte er nichts gegen die Schaffung der selbständigen ungarischen Armee, nur müßte Ungarn für die Kosten allein aufkommen. Die von Kramar in grellen Farben geschilderten Verhältnisse Oesterreich-Ungarns zu Deutschland wären den Alldeutschen gewiß lieber als Oesterreichs Verhältnis zu Ungarn, da sie die Rettung Oesterreichs nur in einem staatsrechtlichen Verbande mit dem Deutschen Reiche erblickten. — Marquis **Bacquehem** führt bezüglich der Zollunion mit dem Deutschen Reiche aus, wenn darunter verstanden werde, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche ermäßigte oder gar keine Zölle bestehen sollen, daß Oesterreich-Ungarn sich mit Deutschland aber durch höhere Zölle gegen das Ausland abschließen soll, so sei dieser Gedanke schon wegen einer Bestimmung des Frankfurter Friedensvertrages undurchführbar. Bezüglich der Handelsverträge glaubt Redner, daß bei Staaten, die im Anfang der neunziger Jahre Tarifverträge abschlossen, der Wille bestehe, auch jetzt wieder zu langfristigen Handelsverträgen zu gelangen. Deutschland habe, trotzdem es bereits einen Zolltarif habe, bisher gewartet, bis Oesterreich hoffentlich bald gerüstet sei, in die Verhandlungen einzutreten. Diese freundschaftliche Haltung Deutschlands sei um so höher einzuschätzen, als im Deutschen Reich auch eine mächtige Partei bestehe, die die Regierung dahin dränge, neue Verträge an Stelle der alten zu setzen.

Das Budgetprovisorium wird genehmigt.

Rußland.

I.

Amtliche Erlasse.

20. Juli. Es wird ein neues russisches Zollreglement veröffentlicht, das am 1. Januar 1904 in Kraft tritt und den Zweck hat, die Ausübung einer zweckmäßigen zolltechnischen Kontrolle über die Einfuhr der nach Rußland vom Ausland eingeführten Waren zu regeln und sie für den Handel so wenig wie möglich lästig zu machen.

2. August. Der Kaiser genehmigt den Vorschlag, eine besondre Kommission einzusetzen, die den Kleinkredit organisieren soll, um damit den Bedürfnissen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Der Finanzminister wird ermächtigt, zu diesem Zweck für das nächste Jahr einen Kredit in Höhe von zwei Millionen Rubel zu beantragen.

3. August. v. Sänger, Minister der Aufklärung, richtet ein Rundschreiben an die Kuratoren der einzelnen Lehrbezirke, in dem auf die Verwilderung der Schuljugend hingewiesen und Mittel und Wege zur Bekämpfung des immer mehr einreißenden Uebels angegeben werden.

II.

Wechsel im Ministerium.

30. August. Der Finanzminister Witte wird zum Präsidenten des Ministerkomitees ernannt. Gleichzeitig wird ihm zur unverzögerten und erfolgreichen Beendigung der russisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen und um seine nahe Bekanntschaft mit allen Bedürfnissen des Handels und der Industrie Rußlands auch fernerhin zu benutzen, die weitere Führung der im Finanzministerium stattfindenden Verhandlungen mit Deutschland übertragen. — Zum Finanzminister wird der Verweser der Staatsbank, Geheimrat Pleske, ernannt.

III.

Unruhen.

5. August. Unruhen von Arbeitern in Kiew, gegen die Militär einschreitet.

12. September. Unruhen der armenischen Bevölkerung in Tiflis, nachdem die armenische Geistlichkeit bei der Kathedrale in Gegenwart einer etwa aus 2000 Köpfen bestehenden Menge eine Seelenmesse für die während

der Jelisawetpoler Unruhen getöteten sechs Armenier abgehalten hat. Der Geistliche Aratow verflucht den Zaren wegen Wegnahme des Kirchenvermögens.

16. Dezember. Diese Unruhen wiederholen sich in Kars.

28. Oktober. Mordanfall in Tiflis auf den Generalgouverneur des Kaukasus, Fürsten Golizyn.

11. Dezember. Unruhen der Studierenden in Kiew.

21. Dezember. Der Prozeß gegen die Personen, die sich im April in Kischinew so starke Ausschreitungen gegen die Juden erlaubt hatten, daß die Regierung von Nordamerika eine Einsprache dagegen übermittelte, endet mit der Verurteilung einiger Schuldigen zu Zwangsarbeit.

IV.

Finnland.

Ende Juli. Es werden wieder mehrere angesehene Personen des Landes verwiesen, weil ihre politische Richtung unbequem geworden war. Ein ausgewiesener früherer Senator wird seiner Staatspension verlustig erklärt.

Anfang Oktober. Der Senat wird vom Generalgouverneur genötigt, von jetzt an in russischer Sprache zu verhandeln. — Der Kaiser beauftragt den Generalgouverneur, bis zum Juni 1904 einen Vorschlag über die Einberufung des nächsten finnländischen Landtages zu machen, um die der Senat von Finnland zum Jahr 1904 gebeten hatte. Der Generalgouverneur soll die Einberufung aber nur in Erwägung ziehen, wenn Ruhe in Finnland herrscht. — Dem Kaiser wird, während er in Darmstadt weilt, von sechsundzwanzig landesverwiesenen Finnländern ein Protestschreiben überreicht, in dem ausgeführt wird, daß eine vom Minister des Innern, v. Plehwe, erteilte Antwort eine irreführende Darstellung enthalte, und daß seine Erklärungen auf eine unwahre Auslegung des giltigen Rechts und auf eine Verdrehung der Tatsachen gegründet seien. Die Hauptstelle lautet:

Das finnländische Volk hat in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß seine von Kaiser Alexander I. unwiderruflich bekräftigten konstitutionellen Grundgesetze, deren Aufrechterhaltung alle seine erhabnen Nachfolger feierlich gelobt haben, und die unter den Regierungen Ihrer Majestäten der Kaiser Alexander II. und Alexander III. durch bedeutungsvolle Reformen noch weiter entwickelt worden sind, jetzt in Stücke gebrochen werden, um für eine autokratische Regierungsart Raum zu schaffen. — Solange die gesetzmäßige Gesellschaftsordnung von den Monarchen beschirmt wurde, konnte die finnländische Nation mit Erfolg danach streben, unter den anspruchslosen Bedingungen, die ihr Los sind, ihre Aufgabe als Kulturvolk zu erfüllen. Auf sein Recht bauend, blickte das finnländische Volk voll Zuversicht in die Zukunft, bereit, seinerseits wie bisher so auch in Zukunft loyal den Pflichten gegen den Monarchen und gegen das russische Reich nachzukommen. Noch in den ersten Jahren von Ew. Majestät

Regierung herrschte in unserm Lande dieselbe Zuversicht. Jetzt ist alles dies von Grund aus verändert. Unruhe und Unzufriedenheit herrschen überall im Lande. Durch die diktatorische Gewalt, die in offenbarem Widerspruch mit allem Gesetz dem Generalgouverneur zuerteilt wurde, ist das neue Regime noch mehr auf die Spitze getrieben worden. Staatsbürger, die an den Landesgesetzen gewissenhaft festhalten und daher grundgesetzwidrigen Edikten, die Unordnung und Verwirrung hervorgerufen haben, den Gehorsam verweigern, werden als Feinde der „staatlichen Ordnung und der allgemeinen Ruhe" in die Acht erklärt, werden wie Verbrecher steckbrieflich verfolgt, werden festgenommen und eingesperrt gehalten, werden schimpflichen Haussuchungen unterworfen, ja sogar, nach dem Gutbefinden des Generalgouverneurs oder gar seiner Unterbeamten, des Landes verwiesen, ohne daß ihre Straffälligkeit durch eine gesetzliche Untersuchung an den Tag gelegt worden wäre.

4. November. Dem Erlasse des Zaren entsprechend wird bei der Eröffnung des finnischen Senats die russische Sprache an Stelle der schwedischen eingeführt.

20. November. Durch kaiserliche Verordnung wird den russischen Untertanen, die nicht finnländische Bürgerrechte genießen, gestattet, unbewegliches Eigentum jeder Art in Finnland zu erwerben und solches mit denselben Rechten zu besitzen wie die Eingeborenn Finnlands.

17. Dezember. Veröffentlichung einer Erklärung des frühern russischen Finanzministers Witte, wonach er im russischen Reichsrat im Januar 1901 einem vom Kriegsminister gestellten und vom Reichssekretär, jetzigen Minister des Innern, Plehwe, unterstützten Vorschlag zum finnischen Wehrpflichtsgesetz widerraten hat. Die Argumentation Wittes behandelte die Frage vom politischen, ökonomischen, finanziellen und nationalen Standpunkt überall zugunsten Finnlands. Zum Schluß wird in der Erklärung eine eindringliche Warnung gegen den Umsturz der jahrhundertealten Gesellschaftsordnung Finnlands ausgesprochen und geraten, das finnische Heer beizubehalten.

V.

Statthalterschaft in Ostasien.

12. August. Der Kaiser befiehlt durch besondern Erlaß, aus dem Amur-Generalgouvernement und dem Kwangtunggebiet eine besondre Statthalterschaft zu bilden.

Der Statthalter wird mit höchster Gewalt in allen Zweigen der Zivilverwaltung des Gebiets bekleidet, die gleichzeitig der Leitung der Ministerien entzogen wird. Ihm liegt auch die Sorge für die Ruhe, Sicherheit und Wohlfahrt sowohl in den an der chinesischen Ostbahn liegenden Gegenden als auch in den an die Statthalterschaft angrenzenden, jenseits der Grenze liegenden russischen Besitzungen ob. Bis zum Erlaß des Gesetzes über die Zuständigkeiten und Pflichten des Statthalters kommen für die Verwaltung im fernen Osten die 1845 für die kaukasische Statthalterschaft erlassenen Bestimmungen

zur Geltung. Die diplomatischen Beziehungen im Verkehr dieser Gebiete mit den Nachbarstaaten sind in den Händen des Statthalters vereinigt. Ihm ist auch das Kommando der Kriegsflotte im Stillen Ozean sowie aller Truppen des Gebiets übertragen. Ein besondres Komitee unter Vorsitz des Kaisers wird die Anordnungen des Statthalters mit den allgemein staatlichen Absichten und der Tätigkeit der Ministerien in Einklang bringen. Der zum Statthalter im fernen Osten ernannte Generaladjutant Alexejew erhält Auftrag, eine Vorlage über die Verwaltung des ihm anvertrauten Gebietes dem Kaiser zur Bestätigung zu unterbreiten.

15. August. Ueber die Bedeutung dieser Gründung im Osten sprechen sich die „Petersb. Wedom" also aus:

Die traurige Notwendigkeit hat uns veranlaßt, mit gigantischen Schritten — vielleicht nicht ohne überflüssige Eilfertigkeit — das Gebiet Chinas zu betreten. Der ferne Weiße Zar, den die Buddhisten der mongolischen Welt einem Gotte gleichstellen, war den Stämmen, die nur eine dunkle Vorstellung davon haben, daß es irgendwo in weiter Ferne ein unerschütterliches Rußland gibt, plötzlich nahe. Etwas Unermeßliches öffnete sich uns in dem Augenblick, wo Peking fiel, wo die heiligsten Grabstätten der Mandschudynastie den Fremden zugänglich wurden und die Ostchinesische Bahn stolz das freie Meer erreichte. Die Umwälzung, die durch die neusten Ereignisse in den Gemütern der abergläubischen Ostasiaten verursacht worden, ist so tiefgehend und wichtig, daß von den Ereignissen des Westens nur die Kreuzzüge, die Entdeckung Amerikas und die Napoleonische Aera mit ihr verglichen werden können. Das Alte ist gestürzt, und das junge Leben verspricht eine reiche Entwicklung. Jeder historische Moment ist für die russische Sache wertvoll und von tiefer Bedeutung. Ein feines Ohr ist erforderlich, um dem Pulsschlag des Augenblicks zu lauschen, ein Adlerblick, um die weite Strecke von Japans Gestaden bis Transbaikalien, wo Tausende von Fragen des zarischen Statthalters harren, zu erfassen.

VI.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Kischinew-Angelegenheit.

15. Juli. Die nordamerikanische Regierung richtet an ihren Geschäftsträger Riddle in Petersburg den Auftrag, den russischen Minister des Aeußern davon in Kenntnis zu setzen, daß der Präsident der nordamerikanischen Union eine von einer großen Anzahl von Bürgern der Vereinigten Staaten aller Religionsbekenntnisse und in den höchsten Stellungen sowohl im öffentlichen wie im Privatleben unterzeichnete Petition bezüglich der Lage der Juden in Rußland, die an den Kaiser gerichtet ist, erhalten habe. Das Gesuch wendet sich gegen „die in Kischinew während der Ostertage 1903 verübten Greueltaten wider die Juden," wobei die Anführer sich gegen die russischen Gesetze vergangen hätten. Die Antwort des Ministers des Aeußern an Riddle geht dahin, daß im

Hinblick auf die Veröffentlichungen, die in den Blättern erschienen seien, die russische Regierung ihn in Kenntnis zu setzen wünsche, daß die Petition unter keinen Umständen entgegengenommen würde, und daß dieser Entschluß der russischen Regierung unabhängig von irgendeiner Erwägung des Inhalts oder des Wortlautes der Petition gefaßt sei. (S. 223.)

2.

Beziehungen zu europäischen Staaten.

30. September. Der Zar in Wien (S. 216).

13. Oktober. Der Zar läßt seinen Besuch in Rom, zu dem bereits große Vorbereitungen getroffen sind, absagen.

29. Oktober. Zusammenkunft des Ministers des Aeußern Grafen Lambsdorff in Versailles mit dem französischen Minister des Aeußern, Delcassé.

4. November. Zusammenkunft des Zaren mit dem deutschen Kaiser in Wiesbaden.

3.

Stellungnahme zu Angelegenheiten Ostasiens.

Anfang September. Die russische Regierung überreicht der chinesischen Regierung den Vorschlag der Verlängerung der russischen Besetzung der Mandschurei. Die Städte Niutschwang und Mukden sollten am 8. Oktober geräumt werden, die Provinz Kirin vier Monate später und die dritte Provinz ein Jahr danach. Rußland soll ferner berechtigt sein, die militärischen Posten auf dem Wege Tsitsikar-Blagowestschensk und auf dem Sungari-Flusse beizubehalten, um den Handel und die Eisenbahnen zu schützen.

Ende Oktober. Die russische regt bei der koreanischen Regierung an, die Verhältnisse der „russischen Forstgesellschaft," die seit 1896 ein größeres Stück Wald am Yalu-Flusse gepachtet hat, mit Rücksicht auf das zwischen Rußland und Japan obwaltende gespannte Verhältnis durch einen besondren Staatsvertrag zu regeln.

Frankreich.

I.

Parlament.

Ordentliche Tagung.

2. Juli. Die Deputiertenkammer berät über die Gesetzentwürfe wegen der Personal-, der Mobiliar-, der Tür- und Fenstersteuer. Dabei bespricht Gauthier die Lage des Staatsschatzes und weist auf den Kursrückgang der französischen Rente hin. Finanzminister Rouvier bemerkt, dieser Kursrückgang sei politischen Machenschaften zuzuschreiben. Ein Sozialist befürwortet die von ihm eingebrachte Gegenvorlage, die die vier direkten Steuern durch eine Einkommensteuer ersetzen will. Rouvier hebt hervor, daß die Regierung mit der Vorlage vom 16. Juni über die Einkommensteuer ihrem Versprechen nachgekommen sei, und fährt dann fort: Die kleinen Spareinleger sind das Opfer skrupelloser Spekulanten geworden; andre Einleger handeln mit der Zurückziehung der Einlagen aus Politik; sie haben freie Hand und mögen ihre Einlagen ruhig zurückziehen, wir werden die Rückzahlung leisten, ohne eine Anleihe aufzunehmen. Mehrere Mitglieder der Rechten führen aus, die Zurückziehung der Einlagen bei den Sparkassen sei auf die schlechte Politik der Regierung zurückzuführen. Marquis Dion kommt auf die Sozialdemokratie in Deutschland zu sprechen; das Anwachsen sei für Frankreich eine Gefahr, denn wenn Kaiser Wilhelm eine Ablenkung brauche, werde diese in einem Kriege gegen Frankreich bestehen, dessen Heer durch den Kriegsminister André desorganisiert sei. Jaurès erwidert, diese Worte fänden ihre Widerlegung in sich selbst.

4. Juli. Ein Gesuch des Salesianer-Ordens um Genehmigung wird von der Kammer abgelehnt. Sie genehmigt sodann die Vorlage, betreffend das Verfahren bei der Liquidation des Vermögens der Kongregationen nach den vom Senate beschlossenen Aenderungen sowie einen Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Einfuhrzölle auf Vieh und Fleisch.

22. Juli. Achtzig Senatoren und Abgeordnete, die sich nach dem am 5. Juli eingetretenen Schluß des Parlaments nach London begeben haben, nehmen hier an einem von britischen Parlamentsmitgliedern ihnen gegebnen Mahle teil, bei dem alle Redner die wachsende Freundschaft zwischen Frankreich und Eng-

land hervorheben und erklären, es liege wenig Grund zu der Annahme vor, daß künftig ernste Zwistigkeiten zwischen beiden Ländern entstehn könnten.

II.

Reden des Ministerpräsidenten Combes.

9. August. Auf dem Kongreß der Lehrer- und Lehrerinnenvereine Frankreichs in Marseille hält der Ministerpräsident Combes eine Rede, in der er die Verdienste des gegenwärtigen radikalsozialistischen Regimes hervorhebt, der Festigkeit der Anhänger des Ministeriums Anerkennung zollt und der vergeblichen Versuche der „bunt zusammengewürfelten parlamentarischen Minderheit" gedenkt, das „atheistische, kirchenfeindliche Kabinett" zu Fall zu bringen. Die weitern Darlegungen beziehen sich auf die rücksichtslos strenge Durchführung des Kongregationsgesetzes und auf die fortschreitende Entklerikalisierung der Schule, insbesondre der Volksschule. Combes sagt u. a.:

Die letzten Senatorenwahlen lieferten uns den einwandfreien Beweis, daß das Land das Vereinsgesetz und seine Anwendung anders beurteilt als die Freunde der Kongreganisten, die gehofft hatten, man würde die Mönche und Nonnen in ihrem unrechtmäßigen Besitz belassen und bei der Komödie mitwirken, die wiederholt schon von den Ordensleuten gespielt wurde. Indem die Kammer die Gesuche von 54 männlichen Genossenschaften in Bausch und Bogen verwarf, so fährt er fort, schloß sie mit einem Schlage 1915 Anstalten, und als das gleiche Schicksal über 80 unterrichtende weibliche Kongregationen verhängt wurde, traf der Kammerbeschluß 516 Anstalten. Diese 2431 Anstalten sind aber eine Kleinigkeit im Vergleich zu der Arbeit, die der Ministerpräsident und Kultusminister selbst zu übernehmen hatte. Bei ihr handelte es sich um die Prüfung von 12611 Dossiers, die sich beziehen auf 9984 reine Unterrichtsanstalten, auf 1856 Häuser, in denen Armen- und Krankenpflege geübt wird, und auf 822 gemischte Anstalten für Armenpflege und Unterricht. Von den 9984 Lehranstalten befinden sich 1170 in Gemeinden, die noch keine weltliche Volksschule oder kein Lokal besitzen, um die Schüler der Kongreganisten aufzunehmen. Ihre Schließung muß also einstweilen vertagt werden. Die Dossiers von 7567 Lehranstalten sind bereits geprüft; diese Autorisationsgesuche werden verworfen werden. Ebenso wird das Unterrichtsministerium mit aller Energie daran gehen, die 567 öffentlichen Schulen, die sich noch in den Händen der Kongreganisten befinden, baldmöglichst ganz zu verweltlichen. Die Regierung sei ferner entschlossen, von den Waffen, die das Konkordat ihr biete, gegenüber den Weltgeistlichen, Bischöfen und Pfarrern, die mit den Kongregationen kooperierten und sie in ihrem Trotze und Widerstande bestärkten, rücksichtslos Gebrauch zu machen. Dem Episkopat müssen wir zeigen, daß die Schranken, die das Konkordat dem Klerus zieht, nicht überschritten werden dürfen, wenn die jetzigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht in Frage gestellt werden sollen.

23. August. Der Ministerpräsident Combes nimmt in Saintes (Departement Charente Inférieure) bei einem Festmahle, das ihm

zu Ehren in den Werkstätten der Staatsbahn gegeben wird, Veranlassung, sich in einer Rede über sein innerpolitisches Programm zu verbreiten. Er sagt u. a.:

Er führe gegen die Reaktion so scharfe Hiebe, daß diese ihn mit Schmähungen überhäufe. Die wahre Ursache des Hasses sei die, daß er am Tage nach der Annahme des Gesetzes, das nach Ansicht der Mehrheit der Republikaner ein Gesetz der Verteidigung gegen den Klerikalismus, den Todfeind der Republik, sei, die ausübende Gewalt übernommen habe. An der Spitze dieser Mehrheit habe er den Feind aus seinen starken Stellungen, die er dank der Schwäche der frühern Regierungen innegehabt habe, verdrängt. „Ich bin entschlossen, den Kampf ohne Gnade fortzuführen bis zum Siege des republikanischen Geistes über den klerikalen Geist. Ich werde mich weder durch Beleidigungen noch Drohungen oder Bitten beeinflussen lassen. Nicht die Reaktion richtet über mich, das Land allein wird sagen können, ob ich mein Mandat zur Zufriedenheit erfülle. Ich wende mich daher an das Land, und überall im ganzen Lande billigen die Republikaner den Kampf gegen die klerikale und nationalistische Reaktion. Ich fordere die Regierung auf, das Werk der Verteidigung der Republik fortzusetzen. Das Land bleibt dem Ränkespiel fern, in seinen Augen beherrscht ein einziger Punkt alles, das ist die für alle Republikaner bestehende Pflicht, eine feste und entschlossene Masse gegen die Gegner zu bilden und das Ministerium entschieden in seinem festen Entschluß zu unterstützen, mehr und mehr die dem Lande versprochnen Reformen zu verwirklichen."

13. September. Der Ministerpräsident Combes trifft zu Tréguier in der Bretagne ein behufs Teilnahme an der Feierlichkeit der Enthüllung eines Denkmals für Renan, den Verfasser des „Lebens Jesu." In seiner Antwort auf die Begrüßung des Bürgermeisters drückt Combes seine Freude aus, in Tréguier ergebne Helfer für die Befreiung der Bretagne von geistiger Knechtschaft zu finden. Bei dem der Denkmalsenthüllung folgenden Festmahle hält Combes eine Rede, in der er ausführt:

In der Feier erblicke er ein Vorzeichen des nicht sehr fernen Augenblicks, in dem die Bretagne das Joch der Junker und der Priester abschütteln und auf den Trümmern der alten Vorurteile die befreienden Grundsätze der republikanischen Staatsform aufrichten werde. Die Religion habe das Recht auf Freiheit, aber unter der Bedingung, daß sie nicht aus ihrem Bereich, der das Gewissen sei, heraustrete und sich nicht in das bürgerliche Gebiet der Politik einmenge. Seit fünfzehn Monaten verletzten die Gegner der Regierung Tag um Tag das Gesetz; die öffentliche Meinung verdamme sie und verharre dabei, die Regierung zu unterstützen, ohne den perfiden Verleumdungen von jener Seite Bedeutung beizumessen. Das Land halte die Aera der Eroberungen für beendet, aber man müsse die Fortdauer des Friedens sichern und daher müsse das nationale Heer festgefügte Truppenkörper und geübte Soldaten besitzen, die eintretendenfalls zu kraftvoller Offensive befähigt seien. Die Vorschläge des Generals André in der Vorlage betreffend die zweijährige Dienstzeit entsprächen diesen Anforderungen. Das Bündnis mit Rußland habe einen mehr und mehr ausgesprochnen Charakter des Vertrauens und der Intimität; die Freundschaft mit Italien knüpfe sich enger durch das gegenseitige Zeichen aufrichtiger Herzlichkeit. Die Besserungen in den Beziehungen zu England nehmen zu. „Wir sehen jen-

seits der Grenze nur lächelnde Gesichter; der Horizont gehört dem Frieden. Die Republik wird sich bemühen, ihn zu bewahren. Sie hat sich von der ersten Stunde an dem großen Gedanken angeschlossen, die Lösung internationaler Streitigkeiten schiedsgerichtlicher Entscheidung zu überlassen. Der so erreichte Friede wird niemand demütigen. Ich hoffe, wir werden bald die Morgenröte des allgemeinen Friedens aufgehen sehen."

III.

Marineverwaltung.

18. August. Der frühere Marineminister Lockroy richtet im „Temps" heftige Anklagen gegen die Amtstätigkeit des Marineministers Pelletan. Er sagt u. a.:

Frankreich lasse es sich jedes Jahr 300 Millionen Franken kosten, um eine Flotte zu haben, die seine Küsten und seinen Handel schütze, seinen Staatsangehörigen im Auslande Hilfe leiste, kurz der französischen Flagge in der Welt Achtung verschaffe. 300 Millionen seien für diesen Zweck nicht zu viel, wenn man bedenke, was andre Nationen ausgeben. So große Geldopfer seien aber umsonst, wenn, wie es jetzt der Fall sei, die Flotte keine Führer mehr habe, wenn man mit den Kohlen karge, wenn man den Offizieren und Mannschaften keine Gelegenheit gebe, sich zu üben, wenn man die großen Manöver abschaffe, die Istbestände in Besorgnis erregender Weise herabsetze und überdies noch darauf hinarbeite, die Mannszucht zu lockern und das Pflichtgefühl zu ersticken. Auf die Frage: Was ist unter dem gegenwärtigen Kabinett aus den französischen Seestreitkräften in den verschiednen Meeren geworden? gibt er eingehende Antworten, nach denen die Zustände aller Geschwader mehr oder weniger verwahrlost seien.

25. August. Lockroy setzt diese Angriffe fort und führt zunächst aus, daß allem Anschein nach weder Deutschland noch England noch Italien „augenblicklich das Waffenglück auf die Probe stellen wollen," trotzdem aber die Streitkräfte zur See organisieren, die imstande wären, sich mit dem Feinde zu messen. Für Frankreich vermißt Lockroy ein solches ernstes Bestreben. Er weist darauf hin, daß der gegenwärtige Marineminister sich hätte bemühen müssen, die französische Flotte im Mittelländischen Meere zu verstärken sowie dieses Mittelmeergeschwader in den Stand zu setzen, sein Personal durch häufige Manöver auszubilden. Statt dessen soll Pelletan das Mittelmeergeschwader so reduziert haben, daß in Ermanglung des erforderlichen Personals nicht die Schiffe jüngst nach Marokko gesandt werden konnten, die im Interesse der auswärtigen Politik Frankreichs nach den nordafrikanischen Gewässern hätten abgehen müssen.

IV.

Parlament.

Außerordentliche Tagung.

(20. Oktober bis 28. Dezember.)

1.

Ueber die Regierungspolitik.

22. Oktober. In der Deputiertenkammer bringt der Nationalist **Gauthier** de Clagny eine Anfrage über die Politik der Regierung ein. Er wirft dem Ministerpräsidenten Combes vor, daß er nichts für die Demokratie getan habe sowie daß er die Freiheit des Unterrichts unterdrücken wolle. Er spricht sodann über die Unruhen in Hennebont, Lorient und Armentières, wo die Internationale gesungen und das rote Banner gehißt wurde. Er weist auf den Rückgang der Renten hin und schließt mit der Anklage gegen die Regierung, daß sie das Land der Anarchie ausliefere. — **Pugliesi-Conti** beschuldigt die Regierung, daß sie anarchistische Kundgebungen und das Absingen der Internationale bei offiziellen Festlichkeiten dulde. — **Dauzette** wirft der Regierung vor, daß sie nicht die Ruhestörungen während des Ausstandes im Norden unterdrückt habe. — **Delory** erklärt, daß die Ausschreitungen nicht von den Ausständigen, sondern von den Elementen, die sich unter diese mengten, begangen wurden. Die Vorkommnisse seien übertrieben. Der einzige Fehler der Regierung sei der, daß sie zuviel Truppen entsandt habe.

Ministerpräsident **Combes** erwidert, er beabsichtige, weiter mit den Republikanern gegen die klerikale und monarchistische Reaktion die Regierung zu führen. Er wolle nicht auf seine Methode verzichten, die auf der Vereinigung aller Republikaner begründet sei und den Treibereien der klerikalen Reaktion einen Strich durch die Rechnung gemacht habe, bevor diese die erwarteten Vorteile daraus ziehen konnte. Der Minister wirft den liberalen Republikanern vor, daß sie sich mit den Reaktionären verbündet und zu Verteidigern der Kongregationen aufgeworfen hätten. Man könne ihnen deshalb keinen Platz in der Kammermehrheit einräumen. Er übernehme keine Verantwortung für das Absingen der Internationale, für ihn bleibe die Marseillaise das offizielle Lied. Combes bespricht darauf die Unruhen in Armentières und erklärt, daß die dortigen Plünderungen unerwartet stattgefunden hätten. Seit er am Ruder sei, habe er niemals veranlaßt, daß Blut fließe. Combes schließt: wenn das gegenwärtige Programm erledigt sei, werde die Regierung ein neues vorlegen, das eine Militärvorlage,

die Aufhebung des Gesetzes Falloux und die Abschaffung des kongreganistischen Unterrichts umfasse. — Der Progressist Aynard bezeichnet Combes Politik als einen religiösen Krieg. — Die Erklärung der Regierung wird von der Kammer gebilligt.

2.

Schulfragen.

12. November. Der Senat berät einen vom Unterrichtsminister Chaumié vorgelegten Gesetzentwurf, wonach, in Gemäßheit der Bestimmungen des Vereinsgesetzes, die Berechtigung, eine Schule zu leiten oder darin zu unterrichten, nur für Mitglieder nicht ermächtigter Orden aufgehoben werden soll. Senator Girard will durch einen Zusatzantrag diese Vorschrift dahin erweitert haben, daß die Aufhebung des Unterrichtsrechts für jeden gelten soll, der das Gelübde des Gehorsams und der Ehelosigkeit abgelegt hat, mithin für alle Welt- und Ordensgeistlichen und sowohl für den Leiter einer Schule wie für alle seine Mitarbeiter. — Ministerpräsident Combes stimmt dem Antrage Girards grundsätzlich bei, bemerkt jedoch, die Regierung werde anstelle dieses Antrags eine Vorlage einbringen, die allen Mitgliedern von Kongregationen die Erteilung von Primär- und Sekundärunterricht wie auch die Erteilung höhern Unterrichts verbiete. Was die Mitglieder des Klerus betreffe, so behalte sich die Regierung die Entscheidung vor, bis sich das Parlament über die Trennung des Staates von der Kirche schlüssig sei. Diese Frage werde wahrscheinlich 1904 dem Parlament unterbreitet werden, und die Regierung werde zeigen, daß sie der ungewissen und verworrenen Lage ein Ende machen wolle, die, wenn sie weiter fortbestehn bleibe, die moralische Ruhe des Landes gefährde. Was die Unterrichtsvorlage anbetreffe, die jetzt in der Verhandlung stehe, werde die Regierung zwar den Grundsatz der Freiheit des Unterrichts aufrecht erhalten, aber auch das Recht für sich in Anspruch nehmen, durch Dekrete die Unterrichtsanstalten zu schließen, die Unterricht erteilen sollten, der gegen die Verfassung, Gesetze und Moral verstoße. — Hiernach nimmt der Senat den Artikel 1 der Vorlage an, wodurch das die Freiheit des Mittelschulunterrichts betreffende Gesetz Falloux aufgehoben wird.

19. November. Zu Artikel 2 schlägt die Kommission die Vorschrift der staatlichen Genehmigung für die Eröffnung der Unterrichtsanstalten vor. Dies wird vom Senat abgelehnt.

20. November. Die Kommission befürwortet zum Artikel 3 einen Antrag des Senators Delpech, nach dem das Verbot, Sekundär-

unterrichtsanstalten zu leiten oder in solchen zu unterrichten, auf alle Kongregationen, auch die autorisierten, ausgedehnt wird. — Ministerpräsident **Combes** befürwortet den Antrag und führt aus, die Unterrichtsfreiheit sei kein natürliches Recht. Er schildert die kongreganistische Gefahr, deren Größe die 1895 veranstaltete Umfrage über das Unterrichtswesen ergeben habe. Die Kongreganisten hätten die Nation in zwei Teile gespalten. Man könne seine Kinder nicht Leuten anvertrauen, denen alle Pflichten gegen die Familie fremd seien. Das Land habe in den dreißig Jahren kongreganistischen Unterrichts schwer zu leiden gehabt. Unmöglich könne man demgegenüber untätig bleiben. Die Regierung fordre die Zustimmung zu dem Antrage Delpech, denn es sei notwendig, die geistige Einheit des Landes zu sichern. Das Ziel der Kongregationen sei der Triumph der Reaktion, die Agitation unter den Bürgern. — **Waldeck-Rousseau** meint, man könne das Recht zum Unterrichten den Kongregationen nicht absprechen, und kritisiert die von der Regierung zur Lösung der Frage des kongreganistischen Unterrichts gemachten Vorschläge. Es handle sich mehr um die politische als um die soziale Frage. Der Antrag Delpech würde undurchführbar sein. Wenn man den anerkannten Kongregationen das Recht zum Unterrichten verweigere, so widerspreche dies dem Gesetz vom Jahre 1901. — Hierauf wird der Antrag angenommen.

24. November. Der Senat beschließt einen Artikel, in dem von allen Schulleitern und -Leiterinnen der Befähigungsnachweis verlangt wird, und er verwirft einen Antrag, wonach das Recht, Schulen zu unterstützen, nur dem Staate vorbehalten wird. (Gesetz vom 19. Dezember 1903.)

3.

Etatsberatung.

19. November. Die Deputiertenkammer berät den Etat des Auswärtigen. **Deschanel** fragt, unter Hinweis auf die Reisen des Königs von England, des Königs von Italien und des Präsidenten Loubet, ob die Annäherung Frankreichs an England und Italien von Dauer sein werde, und welches ihre Ergebnisse sein werden. Er glaube, daß in Anbetracht des Wettbewerbes Deutschlands und der Vereinigten Staaten die gegenwärtige Politik Englands darauf hinziele, sich neue Absatzgebiete zu schaffen. Frankreich müsse dahin wirken, England und Rußland in deren Interesse und im Interesse Frankreichs selbst einander näher zu bringen. Während des Krieges in Südafrika habe Frankreich England gegenüber eine loyale Haltung bewiesen, und diese Politik müsse Frankreich weiter

verfolgen. Auch die politische Lage Englands in Aegypten müsse Frankreich in Betracht ziehen, allerdings unter Wahrung seiner eignen Rechte. Wegen Marokkos dürfe Frankreich keinen Krieg unternehmen; Frankreich suche weder militärische Abenteuer noch eine Teilung Marokkos, es verlange aber die Freiheit der Meerenge von Gibraltar, Reorganisation der innern Angelegenheiten Marokkos, Sicherheit der Grenzen und unter Aufrechterhaltung der Politik der offnen Tür doch ein gewisses Uebergewicht in Marokko. Es sei nicht Frankreichs Sache, den ersten Schritt zu einem Abrüstungsvorschlage zu tun. Es würde ein Verbrechen sein, Zwietracht zwischen Frankreich und England zu säen. Redner geht sodann auf die Reise des Königs von Italien nach Frankreich ein und sagt, die wirtschaftlichen Interessen, die Erinnerung an das gemeinsam vergossene Blut und die Erinnerung an die Reise würden dazu dienen, die neuen Beziehungen zu kräftigen, die den gemeinsamen Interessen dienen. Deschanel lobt, auf die Lage im Orient übergehend, die Haltung Delcassés. Die französischen Interessen auf dem Balkan dürften nicht vernachlässigt werden. Er weist auf das Vorgehen Rußlands, Oesterreich-Ungarns und besonders Deutschlands hin und gibt eine Entwicklungsgeschichte der Bagdadbahn, die ein ausschließlich deutsches Unternehmen sei. — Der Minister des Aeußeren Delcassé unterbricht den Redner und sagt, es sei vorgesehen, daß sich Frankreich an dieser Angelegenheit beteiligen solle, aber unter der Bedingung, daß den französischen Kapitalien eine gleiche Behandlung zugesichert werde, wie den Kapitalien einer andern Macht. — Deschanel fügt hinzu, er sei dagegen, daß die französischen Kapitalien einem Unternehmen dienen, das sich gegen Rußland und England richte. Die Allianz mit Rußland müsse der Eckstein der französischen Politik sein. Er billige die finanzielle und politische Hilfe, die Rußland dargeboten sei.

20. November. In der fortgesetzten Beratung des Budgets des Aeußern setzt Pressensé als Berichterstatter die Lage der äußern Politik auseinander. Er ersucht Delcassé, England die Fragen anzugeben, die einem Schiedsspruch unterbreitet werden könnten. Redner wünscht nicht, daß den Missionaren im fernen Osten ein Protektorat übertragen werde, das nur ihnen zugute käme, er erklärt sich gegen den Militarismus und fordert ein Studium der Abrüstungsfrage. Unsre Politik, schießt er, soll eine Politik des Friedens sein.

23. November. Fortsetzung dieser Beratung. Aus Anlaß einer Rede des Sozialisten Sembat erklärt der Minister Delcassé:

Alle Nationen sind wie Frankreich entschieden für die Freiheit der Meerenge von Gibraltar. Die Republik Panama hat sich von Kolumbien getrennt. Da sie die Bedingungen, die einer Regierung obliegen,

die imstande ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten, erfüllt hat, so hatte die französische Regierung lediglich zu prüfen, ob die neue Republik ihr die besondern Garantien biete, auf die Frankreich Anspruch habe, und war berechtigt, von der neuen Regierung zu verlangen, daß die französischen Interessen mit Einschluß der der Kanalgesellschaft nicht verletzt würden. Wir haben diese Zusicherung in aller Form und völlig ausreichend erhalten.

Etienne kritisiert die auf Marokko bezüglichen Erklärungen des Ministers. Wir dürfen trotz der neuen Uebereinkommen mit den benachbarten Mächten nicht als die ersten von der Abrüstung sprechen. Frankreich kann weder sein Unglück vergessen noch auf die Wiederherstellung seiner verletzten Rechte verzichten. — Alsdann beantragt der radikale Sozialist **Hubbard** eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, mit den fremden Regierungen sich hinsichtlich einer Beschränkung der Rüstungen ins Einvernehmen zu setzen. — Oberst **Rousset** protestiert im Namen der von Frankreich losgerissenen Provinzen Elsaß und Lothringen gegen jeden Gedanken der Abrüstung und Verzichtleistung. — **Hubbard** hält seinen Antrag aufrecht und sagt, es würde eine Ehre für Frankreich sein, die Verhandlungen über diesen Gegenstand mit den Nationen wieder zu eröffnen. — **Delcassé** antwortet, Frankreich habe nicht nötig, zu den Nationen zu sprechen. Es habe gehandelt. Seit einigen Jahren seien Frankreichs Budgets für den Krieg und die Marine etwas herabgesetzt. Die andern Nationen könnten dem Beispiel folgen. Handlungen zählten mehr als nutzlose Worte. Wenn andre Nationen sich zur Einschränkung ihrer Ausgaben für Militärzwecke entschlossen haben würden, so sei keine Besorgnis, daß man in Frankreich auf ungünstige Dispositionen hierfür treffe. Aber es sei nicht Frankreichs Sache, eine solche Initiative zu ergreifen. — **Leygues**: Wir leiden ebensosehr wie Sie unter den Lasten, die der bewaffnete Friede mit sich bringt, aber wir werden Ihrem Antrage nicht zustimmen, weil das unsern Verfall proklamieren hieße, und weil wir unsre militärische Pflicht nicht vergessen wollen. Sie haben von den wirtschaftlichen Interessen gesprochen. Nun wohl, vergessen Sie nicht, daß am Tage nach unserm Unglück Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung nahm.

28. November. In der Deputiertenkammer wird ein Antrag auf Beseitigung des Kreuzes vom Giebel des Pantheons abgelehnt.

19. Dezember. Die Deputiertenkamer erklärt einen Antrag auf Abschaffung aller Ordensauszeichnungen für dringlich.

28. Dezember. Das vom Senat geänderte Budget wird von der Kammer genehmigt.

V.

Algerien.

2. September. Bei El Mungar an der Grenze der Wüste zwischen der Provinz Oran und Marokko wird eine Abteilung der Fremdenlegion, als sie einen Transport von Lebensmitteln nach dem südalgerischen Posten Taghit geleitet, von einer Schar berittener Berber überfallen. Der Führer und 37 Mann werden getötet.

VI.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Verhältnis zu Großbritannien.

6. Juli. Der Präsident der Republik reist in Begleitung des Ministers des Aeußern, Delcassé, über Boulogne nach England. Sämtliche englischen Blätter rufen ihm einen Willkommensgruß entgegen und drücken die zuversichtliche Hoffnung aus, daß der seit fünfzig Jahren zum erstenmal wieder ausgeführte Besuch eines französischen Staatsoberhaupts in England zu der freundschaftlichen Wiederannäherung beider Länder führen möge.

7. Juli. Festmahl beim König Eduard zu Ehren Loubets in London. Beim Trinkspruch auf diesen gibt der König der Freude Ausdruck, die die Königin und er selbst empfänden, den Präsidenten im Buckinghampalaste zu empfangen, und er spricht die Hoffnung aus, daß der Präsident eine angenehme Erinnerung an seinen Aufenthalt in London mit sich nehmen werde. Der Empfang, der ihm von allen Klassen der Bevölkerung bereitet worden sei, beweise ihre wahrhaft freundliche Gesinnung gegenüber Frankreich, dem Lande, das England am nächsten liege und infolgedessen auch sein bester Nachbar sein sollte. Loubet erwidert: „Ich bin von dem Empfange, der mir von Ew. Majestät bereitet worden ist, um so mehr gerührt, als er sich an die gesamte französische Nation richtet; und in ihrem Namen bitte ich Eure Majestät meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen. Frankreich bewahrt sorgfältig das Andenken an den Besuch, den Sie Paris abgestattet haben. Ich bin gewiß, daß dieser die glücklichsten Erfolge haben und in hoher Weise dazu dienen wird, die Beziehungen aufrechtzuerhalten und noch enger zu knüpfen, die zwischen den beiden Nationen bestehen, für ihr gemeinsames Wohl und die Sicherung des Weltfriedens. In diesem Sinne trinke ich auf das Wohl Seiner Majestät des Königs Eduard VII., Ihrer Majestät der Königin, des Prinzen und der

Prinzessin von Wales, der gesamten königlichen Familie und der englischen Nation."

9. Juli. Bei der Abreise Loubets von London finden sich am Bahnhof der König, der Prinz von Wales, der Herzog von Connaught, Prinz Christian von Schleswig-Holstein, Marquis of Lansdowne, Balfour, Roberts, der Lordmayor und andre hervorragende Persönlichkeiten zum Abschied ein. Bevor der Präsident an Bord des „Guichon" Dover verläßt, sendet er an König Eduard ein Telegramm, in dem er seine tiefste Dankbarkeit ausdrückt für den warmen Empfang, der ihm als dem Vertreter Frankreichs, des Freundes Englands, bereitet worden sei. König Eduard dankt alsbald mit folgendem Telegramm: „Die gütigen Worte Ihrer Depesche, die ich soeben empfangen habe, haben mich lebhaft gerührt. Wir sind alle entzückt, daß der Besuch bei uns Ihnen gefallen hat. Es ist mein heißester Wunsch, daß die Annäherung zwischen unsern beiden Ländern von Dauer sein möge." In Calais angelangt, führt Loubet, in Beantwortung mehrerer Ansprachen, aus, seine Londoner Reise habe ihm Gelegenheit gegeben, wieder einmal festzustellen, daß man im Auslande Frankreich mehr Gerechtigkeit widerfahren lasse, als es sich selbst zuteil werden lasse. Er empfinde eine patriotische Freude, laut zu erklären, daß er aus England einen tiefen Eindruck mitbringe. Frankreich möge Vertrauen zu sich haben, und durch das Zusammenwirken der überaus zahlreichen wohlgesinnten Männer im schönen Frankreich werde es immer weiter fortschreiten auf dem Wege der Zivilisation. Er hoffe, daß friedliche Einigung immer mehr an die Stelle von Kampf und Gewalt treten werde zur größten Freude Frankreichs und der Menschheit.

14. Oktober. Der französische Botschafter Cambon in London und der britische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne, unterzeichnen namens ihrer Regierungen in London folgenden Vertrag:

Artikel 1. Streitigkeiten juridischer Art oder Differenzen, die betreffs der Auslegung bestehender Verträge zwischen den beiden kontrahierenden Parteien etwa entstehen und auf diplomatischem Wege keine Erledigung finden, werden dem durch die Konvention vom 29. Juli 1899 errichteten ständigen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet, jedoch ist dabei vorausgesetzt, daß die betreffenden Streitfragen weder vitale Interessen noch die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden kontrahierenden Staaten berühren noch die Interessen Dritter in Frage stellen.

Artikel 2. In jedem Einzelfall werden die hohen kontrahierenden Parteien, bevor sie sich an den permanenten Schieds-

gerichtshof wenden, ein Spezialabkommen treffen, durch das der Gegenstand des Streites klar bezeichnet, die Ausdehnung der Befugnisse der Schiedsrichter festgestellt und das bei der Konstituierung des Tribunals und seinen Verhandlungen zu beobachtende Verfahren genau bestimmt wird.

Artikel 3. Gegenwärtiges Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren vom Tage der Unterzeichnung an.

26. November. Präsident Loubet empfängt eine Anzahl englischer Parlamentarier.

Lord Brassey hält eine kurze Ansprache, in der er betont, daß in den Herzen der Engländer der aufrichtige Wunsch nach einem herzlichen Einvernehmen zwischen beiden Ländern wohne. Präsident Loubet erwidert, die Bemühungen, den Gästen einen sympathischen herzlichen Empfang zu sichern, entsprächen den Wünschen der französischen Nation. Er werde stets die Erinnerung an den Empfang bewahren, den er in London gefunden habe. Denn Frankreich sei es gewesen, das man dort gefeiert habe. Der Willkomm, den er bei dem König, der königlichen Familie, den Behörden und dem Volke in England erfahren habe, sei ihm zu Herzen gegangen. Er wünsche, daß die durch die englische Reise geknüpften Bande dazu beitragen möchten, daß man dem Ziele näher komme, das beide Länder gemeinsam im Interesse der Zivilisation, der Humanität und der gegenseitigen Unterstützung verfolgten. Das eingeleitete Werk der Haager Konferenz stehe erst im Anfang seiner Wirkung. Die beiden großen Westmächte Europas müßten sich freuen, durch Unterzeichnung eines Schiedsgerichtsvertrages als erste ein Beispiel gegeben zu haben, das, wie er hoffe, von vielen andern befolgt werden würde. Diese Bewegung werde nicht zum Stillstand kommen, und er sei dessen sicher, den Gefühlen seiner Gäste zu entsprechen, wie er denen seiner Landsleute entspreche, wenn er wünsche, daß das Werk, das man gemeinsam befolge, seine Krönung erhalten möge. Nach der Ansprache des Präsidenten Loubet nehmen noch zwei englische Parlamentarier das Wort und erklärten in ihren Erwiderungen, sie wünschten nichts andres, als im Bunde mit den französischen Parlamentariern an dem Werk des Friedens zu arbeiten. Beide Völker müßten sich zu dem Ergebnis beglückwünschen, das bereits in dem Schiedsgerichtsantrag niedergelegt sei. Wenn sie ihre Bestrebungen dauernd verfolgten, würden sie dazu gelangen, die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu beseitigen. Dies würde eine große Wohltat für Europa sein. Die Interessen beider Länder seien identisch. Beide Nationen, die so viel für den Fortschritt der Zivilisation getan hätten, würden, wie zu hoffen sei, gemeinsam handeln, um sie noch mehr zu fördern.

Beim nachfolgenden Festmahle führt der frühere Minister Berthelot aus, daß Rußland durch seine überlieferten guten Beziehungen zu Deutschland und Italien, durch seine freundlichen Gesinnungen für Frankreich wesentlich beitrage, die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Zweibund und Dreibund zu verringern. Auch rein ethnographisch sei ein europäischer Krieg widersinnig, weil Franzosen, Deutsche, Engländer, Italiener und Spanier aus einer Kreuzung gallo-romanischer und gallo-germanischer Völkerschaften hervorgegangen seien.

2.

Verhältnis zu Italien.

14. Oktober. König **Viktor Emanuel** III. von Italien und seine Gemahlin, Königin Helene, treffen in Paris ein, wo sie vom Präsidenten Loubet, den höchsten Beamten und der Bevölkerung sehr freudig empfangen werden. Beim Mahl im Elyséepalaste bringt der Präsident **Loubet** folgenden Trinkspruch aus:

„Sire! Frankreich ist sich der Bedeutung des Besuches, den Eure Majestät dem Präsidenten der Republik macht, bewußt; es sieht in diesem Besuch eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens, das zwischen den Regierungen Italiens und Frankreichs hergestellt ist, und das in gleicher Weise den Gefühlen und den Interessen des italienischen wie des französischen Volkes entspricht. In der Gewißheit, daß beide Länder hinfort mit gegenseitigem Vertrauen und mit demselben guten Willen ihre nationale Aufgabe verfolgen können, begrüßt Frankreich mit aufrichtiger, durch die huldreiche Anwesenheit Ihrer Majestät der Königin noch verdoppelten Freude die Ankunft Eurer Majestät. Von ganzem Herzen erhebe ich im Namen Frankreichs und seiner Regierung mein Glas zu Ehren Eurer Majestät und trinke auf den Ruhm Ihrer Regierung, auf Ihr Wohl wie auf das Wohl Ihrer Majestät der Königin, Ihrer Majestät der Königin-Mutter und der ganzen königlichen Familie und auf die Größe und die Wohlfahrt Italiens."

Der **König von Italien** antwortet mit folgendem Trinkspruch:

„Herr Präsident, die so liebenswürdigen Worte, die Sie soeben an mich gerichtet haben, erhöhen die lebhafte Genugtuung, die ich in diesem Augenblick empfinde. Der enthusiastische Empfang, den die Stadt Paris und das gesamte Frankreich der Königin und mir bereitet haben, hat uns tief gerührt. Wie Sie, Herr Präsident, sehe ich in einem solchen Empfange etwas mehr als eine einfache Kundgebung dieser ausgesuchten Höflichkeit, die eine der traditionellen Eigenschaften der edeln französischen Nation ist. Mit Recht sieht Frankreich meine Gegenwart in Paris als ein natürliches Ergebnis des zwischen unsern beiden Ländern glücklich vollendeten Werkes der Annäherung an. Die Interessen Italiens gehen dahin, daß es mit allen seinen Kräften die Erhaltung des Friedens wünscht, und seine Stellung in Europa setzt es in die Lage, durch seine Haltung zur Verwirklichung dieses in hohem Grade der Zivilisation dienenden Ergebnisses beizutragen. Nach diesem Zwecke richten sich meine heißesten Bestrebungen ebenso wie die beständigen Bemühungen meiner Regierung. Ich weiß, daß meine Gefühle von Frankreich und von der Regierung der Republik geteilt

werden; ich bin daher doppelt glücklich, mich heute auf französischem Boden zu befinden, glücklich über die Herzlichkeit, die man der Königin und mir bezeigt, glücklich, mein Glas auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, und auf die Größe und Wohlfahrt Frankreichs zu erheben."

3.

Verhältnis zu Rußland.

28. Oktober. Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lambsdorff, überreicht dem Präsidenten Loubet ein Handschreiben des Kaisers Nikolaus. Dieser erneuert darin die Versicherung seiner freundschaftlichen Gefühle und gibt seiner Befriedigung Ausdruck über alles, was Frankreich Glückliches begegnet. Kaiser Nikolaus sieht in diesen Ereignissen ein neues Unterpfand für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens, der das beständige Ziel seiner und der Politik der französischen Regierung und folglich auch ein Grund mehr dafür sei, daß die befreundeten und verbündeten Nationen, eine sicher der andern, fortfahren, bei jeder Gelegenheit ihre vollständige Uebereinstimmung und Solidarität zu betonen, die auf ihrer gegenseitigen Sympathie und auf ihren Interessen beruhen.

29. Dezember. Der russische Botschafter Nelidow überreicht dem Präsidenten Loubet sein Beglaubigungsschreiben und hebt in seiner Ansprache hervor, daß Kaiser Nikolaus ihn beauftragt habe, dem Präsidenten die Gefühle seiner aufrichtigen Freundschaft und sein hohes und sympathisches Interesse für Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser habe ihm befohlen, alle Sorgfalt der Erhaltung und Entwicklung der innigen Bande, die beide Länder vereinigten, zu widmen. Ihre Allianz, die ihren politischen Interessen als Schutz diene, stelle ein kostbares Pfand für die Aufrechterhaltung des Friedens dar. Loubet erwidert, daß Frankreich mit Freude die neue Versicherung des Interesses annehme, die ihm der großmütige Herrscher, dem Frankreich selbst seine Zuneigung geschenkt habe, gebe. Die französische Regierung, die die Gesinnungen Frankreichs kenne, werde nicht aufhören, an der Entwicklung der innigen Allianz zu arbeiten, in der die beiden Länder die Sicherheit für ihre Interessen, die Freiheit für ihre übereinstimmende Politik und die Welt einen wesentlichen Bestandteil für das allgemeine Gleichgewicht und ein Unterpfand des Friedens gefunden hätten.

Großbritannien und Irland.

I.

König Eduard in Irland.

23. Juli. König Eduard hält mit der Königin Alexandra feierlichen Einzug in Dublin. Mehr als 1500 Vertreter der Kirche, des Heeres, der Marine und vieler Berufe ziehen vor dem Königspaare vorbei. Der König nimmt 82 Begrüßungsadressen entgegen. Auf die von Dubliner Bürgern antwortet er:

Die Königin und ich selbst schenken schon lange jeder Bewegung, die dazu dient, das soziale und materielle Wohlbefinden der Bevölkerung zu heben, unsre volle Sympathie. Während unseres jetzigen Besuches hoffen wir, uns mit den Verhältnissen bekannt zu machen, unter denen mein Volk hier lebt und arbeitet, und in Erfahrung zu bringen, was geschehen ist, um das Los der arbeitenden Armen zu einem erfreulichern zu machen. Sie können überzeugt sein, daß das Wohl des Landes und seiner Metropole und das Glück aller Klassen der Bürger mir stets am Herzen liegen wird.

2. August. Nach einer Fahrt an der Westküste Irlands beendet das Königspaar seine Rundreise. Vor der Abreise nach Cowes erläßt der König eine Botschaft an das irische Volk.

II.

Parlament.

1.

Budget.

16. Juli. Im Unterhause sagt der Kriegsminister **Brodrick** bei der Beratung des Heeresetats, die Frage bezüglich der in Südafrika zurückzuhaltenden Truppen werde vom Kriegsamt und dem Verteidigungsausschusse erwogen, der empfehle, eine beträchtliche Streitmacht in Südafrika für den Dienst in Indien bereit zu halten für den Fall eines plötzlichen Ereignisses. Die Regierung habe daher vorgeschlagen, 25000 Mann in Südafrika zu behalten. Die Unterhaltungskosten für diese Truppen seien in Südafrika $1\,^1/_2$ Millionen höher als für eine gleiche Streitmacht in Großbritannien, die indische Regierung werde jedoch aufgefordert werden, einen Teil der Mehrausgabe zu übernehmen.

23. Juli. Bei der Beratung des Unterhauses über den Etat des Auswärtigen führt **Dilke** aus, der Austausch von Besuchen zwischen dem Könige und dem Präsidenten der französischen Republik

stünde in seltsamem Widerspruch zu der Politik, die die britische Regierung Deutschland gegenüber verfolge. Diese Politik sei gegen Deutschland außerordentlich unbeständig und überraschendem Wechsel unterworfen; sie schädige die britischen Interessen. Die Regierung habe in der Venezuela-Angelegenheit und in der Bagdadbahnfrage Deutschland geschmeichelt; der Traum von Deutschlands Hilfe gegen Rußland habe stets die Politik der Regierung beunruhigt. Jetzt, da es zu spät sei, habe man erkannt, daß dies ebenso ein Traum gewesen sei wie der Gedanke eines Bündnisses mit Italien gegen Frankreich. Obgleich die Regierung erst Deutschland geschmeichelt, habe sie später doch mit eingestimmt in das Geschrei gegen Deutschland durch die plötzliche Entdeckung der kanadischen Beschwerde. **Bowles** erklärt hierauf, England sei das Opfer einer Angriffspolitik Deutschlands.

Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Viscount **Cranborne**, wendet sich lebhaft gegen die heftigen Angriffe Bowles gegen Deutschland und sagt, eine Sprache, wie die von Bowles gebrauchte, könne nur Schaden anrichten. Redner bestreitet, daß die Beziehungen zu Deutschland nur eine Reihe von Fehlern gewesen seien, und führt die Sansibar-Angelegenheit an, mit deren Regelung unzufrieden zu sein für England kein Grund bestehe. Er glaube auch nicht, daß das deutsch-englische Uebereinkommen bezüglich des Yantse ein Mißgriff gewesen sei. Es wäre zu bedauern, daß dieses Uebereinkommen von Deutschland nicht ebenso ausgelegt werde wie von England, das Uebereinkommen habe aber nur Gutes hervorgebracht. Die englischen und die deutschen Eisenbahn-Syndikate in China schienen auf gutem Fuße miteinander zu stehn, keine der beiden Parteien habe bei dem Wettbewerbe Besseres errungen als die andre. In der Frage der Räumung Schanghais habe die deutsche Regierung gewisse Forderungen gestellt, die von der englischen zurückgewiesen worden seien, und die chinesische Regierung habe den englischen Standpunkt sich zu eigen gemacht.

Viscount **Cranborne** verteidigt sodann die Politik der Regierung bezüglich Venezuelas und der Bagdadbahn. Hinsichtlich Venezuelas wirft er die Frage auf, ob es denn als politischer Grundsatz aufgestellt werden solle, daß, weil die englische Politik in einer vergangnen Zeit nicht identisch war mit der Politik eines andern Landes, oder weil einmal im deutschen Reichstage einige unhöfliche Bemerkungen gefallen seien, ein gemeinsames Vorgehen ausgeschlossen sein solle? Zur kanadischen Frage übergehend sagt Cranborne, England wünsche mit allen fremden Völkern in gutem Einvernehmen zu leben, stelle aber seine Kolonien vor jede fremde Nation. Sobald Deutschland und andre Länder zugäben, daß Englands

fiskalische Beziehungen zu seinen Kolonien eine innere Angelegenheit Englands seien, an der sie keinen Anteil hätten, werde Englands Haltung bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland so entgegenkommend sein, wie der größte Freund Deutschlands es nur wünschen könnte.

Grey führt aus, das Zusammengehen Englands mit Deutschland in China sei ein Fehlgriff gewesen, Deutschland habe England keinerlei Unterstützung angedeihen lassen. Grey tritt für eine Verständigung mit Rußland ein. — Auf eine Frage, warum die Regierung nach vierjährigem Schweigen in der kanadischen Angelegenheit jetzt vorgehe, gibt Kolonialsekretär Chamberlain einen Rückblick und sagt, die neuen Umstände lägen in der Drohung der deutschen Regierung, die in der Depesche des Staatssekretärs Freiherrn v. Richthofen enthalten sei. Nach dieser Depesche habe die Frage eine unendlich größere Bedeutung gewonnen, weil die englische Regierung von der deutschen benachrichtigt worden sei, daß Deutschland nicht allein seine Politik der Wiedervergeltung gegen Kanada noch strenger gestalten wolle, sondern daß Deutschland das tun wolle zu dem besondern Zwecke, jede andre Kolonie zu verhindern, Kanadas Beispiel zu folgen. Da auf der kolonialen Konferenz, fährt Redner fort, deutlich hervortrat, daß alle Kolonien gewillt sind, uns in Zukunft Vorzugsbehandlung zu gewähren, so war es eine offne, gegen uns gerichtete Drohung, daß, wenn wir nicht die Kolonien verhindern, uns Vorzugsbehandlung zu gewähren, wir dafür zu leiden haben würden. Ich habe darüber keinen Unwillen oder Ueberraschung ausgedrückt, wie behauptet worden ist, ich habe im Gegenteil erklärt, es scheine mir durchaus natürlich, daß, solange Deutschland glaube, unsre Politik sei nur eine solche des passiven oder überhaupt keines Widerstandes, wahrscheinlich die deutschen Staatsmänner die Politik fortsetzen würden, die nach ihrer Ansicht im Interesse des deutschen Handels liegt.

Chamberlain schließt: Ohne irgendwie Ueberraschung oder Unwillen auszudrücken, haben wir es vollständig klar gemacht, daß wir in Zukunft, soweit wir als eine Regierung in Betracht kommen, die Fortsetzung dieser Vergeltungspolitik nicht zulassen werden, ohne alle in unsrer Macht befindlichen Schritte zu tun, ihr ein Ende zu bereiten. Ich freue mich, daß wir jetzt zu Verhandlungen über die Angelegenheit aufgefordert worden sind, die wahrscheinlich zu einem befriedigendern Ergebnis führen dürften als die früheren, die vollständig fehlgeschlagen sind, weil wir zugeben mußten, daß wir keine Waffen in der Hand hatten, um einen Handel abzuschließen.

Asquith führt aus, die Drohung Deutschlands, von der jetzt, gerade bevor die Regierung in einen neuen fiskalischen Feldzug eingetreten, so viel gesprochen werde, sei dieselbe, die in viel schärferer Weise im Juni 1900 im deutschen Reichstag ausgesprochen worden, von der Regierung aber unbeachtet gelassen worden sei. Er gebe zu, daß die Drohung des Freiherrn v. Richthofen unvereinbar sei mit Deutschlands Behauptung, daß es das Recht habe, Kanada als unabhängiges fiskalisches Wesen zu behandeln. Wenn Kampftarife ohne Berechtigung auferlegt würden, so könnte das als feindseliger Akt bezeichnet werden. Die Meinung, daß wir erlauben sollen, daß man uns tritt, einfach weil die feindliche Haltung nicht das Land, sondern den Handel angreift, ist lediglich ein Wahn und in keiner Weise in der Freihandelslehre enthalten.

Premierminister **Balfour**: Er wolle auf die Beschuldigung, daß die Regierung nichts getan habe, mit der Erklärung antworten, daß Deutschland Vorstellungen gemacht worden seien, die den Verhandlungen ein ganz andres Aussehen gegeben hätten. Er bestreite, daß 1899 dieselbe Drohung gefallen sei wie 1903, und die frühern Bemerkungen, die im Reichstage gemacht worden seien, hätten sich auf ein Vorgehen von Barbados bezogen, das mit Kanadas Vorgehen nicht zu vergleichen sei. Es sei behauptet worden, die Regierung habe zwei Jahre nichts getan, man müsse aber bedenken, daß dies Jahre gewesen seien, in denen England einen furchtbaren Krieg in Südafrika zu führen hatte und deshalb nicht in der Lage war, sich in Streitigkeiten mit den kontinentalen Nachbarn einzulassen, und daß Kanada damals finanziell von dem Vorgehen Deutschlands nicht zu leiden gehabt habe. Wenn das der Fall gewesen wäre, würde die Regierung verpflichtet gewesen sein, um jeden Preis zugunsten Kanadas einzuschreiten. — Sir **H. Campbell-Bannerman** dringt auf eine bestimmte Erklärung, ob die Kolonien selbständig seien oder nicht; die Entscheidung sei besonders angesichts des mit Persien geschlossenen Vertrags nötig.

2.

Marinebauten.

10. Juli. Das Unterhaus berät eine Vorlage über Marinebauten. Dabei läßt die Regierung ihre Ansicht mitteilen, daß der neue Flottenstützpunkt in Saint Margarets Hope vom strategischen Standpunkt aus wunderbar gelegen sei; er nehme eine beherrschende Stelle ein auf der Nordsee und befinde sich in beträchtlicher Entfernung von irgend einer Torpedostation. Die Pläne würden für die Flottenbasis im Maßstabe von Portsmouth oder Plymouth

aufgestellt, aber es folge daraus nicht, daß die Admiralität eine so große Flottenbasis errichten werde. (Saint Margarets Hope liegt an der Nordküste von South Ronaldshay, der südlichsten Orkney-Insel.)

3.

Vertrag mit der Cunard-Linie.

12. August. Das Unterhaus berät ein von der Regierung vorgelegtes Abkommen folgenden Inhalts:

Die Cunard-Gesellschaft baut sofort für den amerikanischen Dienst zwei weitere Schiffe mit 24 bis 25 Knoten Geschwindigkeit; diese sowie alle andern Schiffe der Gesellschaft stehn der Admiralität zur Verfügung. Die Schiffe bleiben unter englischer Flagge und Leitung. Unbillige Erhöhung der Frachtsätze oder Bevorzugung zu ungunsten der englischen Interessen ist nicht gestattet. Die Offiziere und mindestens drei Viertel der Mannschaft müssen Engländer sein, die Hälfte muß der Marinereserve angehören. Die Cunard-Gesellschaft darf keine Schiffe von siebzehn Knoten Geschwindigkeit und darüber verkaufen ohne Genehmigung der Regierung. Diese zahlt der Gesellschaft jährlich 150000 Pfund Sterling und leiht ihr für den Bau der beiden obenerwähnten Schiffe eine Summe, die nicht mehr als 2600000 Pfund betragen darf, zu $2^3/_4$ v. H. Diese Anleihe ist in zwanzig Jahresraten zurückzuzahlen; es werden Debentures ausgegeben. Zwei Regierungsbevollmächtigte haben Stimmrecht in der Gesellschaft, um die Regierung in den Stand zu setzen, daß sie jede Verletzung der Bestimmungen des Uebereinkommens durch die Aktionäre verhindre. Die Cunard-Gesellschaft macht einen wöchentlichen amerikanischen Dienst mit den schnellsten Schiffen, wofür die Postsubvention auf 68000 Pfund jährlich erhöht wird.

Der Unterstaatssekretär der Admiralität Forster rechtfertigt das Uebereinkommen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus und legt dar, England stehe der Tatsache gegenüber, daß es bestimmte große Schiffe auf See gebe, die im Falle eines Krieges mit modernen Waffen ausgerüstet werden sollten. Diese Schiffe (gemeint sind die Schnelldampfer der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, die für Hilfskreuzerdienste eingerichtet sind) könnten sich der Verfolgung eines jeden andern Schiffes entziehen, dem sie zu entrinnen wünschten, und jedes Schiff einholen, das sie zu stellen beabsichtigen. Was würde das Land sagen, wenn es in einen Krieg verwickelt werden sollte und kein englisches Schiff vorhanden sei, das es mit diesen Schiffen aufnehmen könnte? — Das Abkommen wird genehmigt.

4.

Irische Landbill.

21. Juli. Die am 25. März zuerst beratene Vorlage (s. Bd. 1, S. 334) wird vom Unterhause in dritter Lesung angenommen, nachdem Vertreter aller Parteien ihre freudige Zustimmung zu der Bill ausgesprochen haben. Red-

mond bemerkt, die Regelung der Landfrage werde das letzte noch übrige Hindernis der Einräumung jener weitergehenden politischen Rechte beseitigen, ohne die die Iren nicht zufrieden sein würden.

4. August. Zustimmung des Oberhauses.

III.

Aenderungen im Ministerium Balfour.

26. Juli. Der Herzog von Marlborough wird zum Unterstaatssekretär im Kolonialamt ernannt.

9. September. Der Kolonialsekretär Chamberlain richtet an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, das besagt:

Als er und Balfour zuerst die Aufmerksamkeit auf die Aenderungen der kommerziellen Lage Englands lenkten, hatte weder der eine noch der andre die Absicht, eine rein politische Kontroverse zu veranlassen. Nichtsdestoweniger verwarfen die liberalen Parteiführer von Anfang an den Gedanken einer fiskalischen Untersuchung; sie machten skrupellos Gebrauch von dem alten Geschrei der Brotverteuerung und riefen so, da eine volle Diskussion in der Oeffentlichkeit fehlte, ein großes Vorurteil hervor. Da er, Chamberlein, fühle, daß die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien gegenwärtig nicht mit der Hoffnung auf Erfolg betrieben werden könne, wenn gleich für eine Politik der Repressalien eine starke Meinung vorhanden sei, glaube er, seinem Programm am besten außerhalb des Kabinetts nützen zu können, und er trete deshalb zurück. Während man allgemein die Gefahr der unbeschränkten Konkurrenz der schutzzöllnerischen fremden Länder würdige, brachte man nicht gebührend Beachtung der Wichtigkeit der kolonialen Märkte dar und der Gefahr, daß England sie verliere, wenn es nicht ihrem Verlangen nach einer Vorzugsbehandlung entspreche. Daher erscheine gegenwärtig ein Abkommen mit den Kolonien, das einen Zoll, wenn auch einen noch so geringen, auf gewisse Lebensmittel involviert, auch wenn es begleitet sei von einer Herabsetzung der Besteuerung andrer Lebensmittel, für die Mehrheit der Wähler unannehmbar. Chamberlain weist auf die sehr starke Stimmung im Lande für den Teil der handelspolitischen Reform hin, der England in den Stand setzen würde, gegen die fremden Länder Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, die den gerechtfertigten Ansprüchen Englands auf weitergehende Reziprozität keine Konzessionen machen wollen. Der Brief setzt ferner die Notwendigkeit einer engern Union mit den Kolonien sowohl in ihrem als in Englands Interesse auseinander. Er glaube, es sei möglich, eine solche Union heute zustande zu bringen; morgen sei dies vielleicht unmöglich. Er könne durch ein Verbleiben im Amte die Ausschließung eines so wichtigen Teiles seines Programms nicht acceptieren und schlage schließlich vor, Balfour möge die gegenwärtige Politik der Regierung auf Betonung der Freiheit Englands in bezug auf alle kommerziellen Beziehungen zu den fremden Ländern beschränken. Er selbst beabsichtige, sich der Darlegung und Popularisierung jener Prinzipien der Reichsunion zu widmen, die nach seiner Ueberzeugung wesentlich für den künftigen Wohlstand und die Wohlfahrt Englands sei.

16. September. Auf dieses Schreiben erwidert der Ministerpräsident Balfour.

Er gibt zu, daß die Zeit für eine Aenderung in den Handelsbeziehungen Englands mit den andern Staaten gekommen sei. Er glaube mit Chamberlain, daß eine engere handelspolitische Union des Mutterlandes mit den Kolonien für beide Teile vorteilhaft sein werde. Die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Chamberlain war bezüglich der Tunlichkeit des Vorschlags vorhanden, der die Besteuerung der Nahrungsmittel einschließt, für den die öffentliche Meinung noch nicht reif sei. „Sie haben zweifellos Recht mit Ihrem Rate, diesen Teil der finanzpolitischen Reform nicht unlösbar mit den andern zu verknüpfen, den, wie wir glauben, das Land ohne Voreingenommenheit zu betrachten vorbereitet ist." Balfour bedauert Chamberlains Entschluß, aus der Regierung auszuscheiden, könne aber nichts gegen ihn sagen, angesichts dessen, daß Chamberlain glaube, hierdurch am besten der Sache der Reichseinheit dienen zu können.

17. September. Der Kolonialminister Jos. Chamberlain, der Schatzkanzler Ritchie und der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, treten zurück. Zum Kolonialsekretär wird der Advokat Arthur Lyttelton, Bruder des in Südafrika befehlenden Generals, im übrigen werden Arnold Forster und Auston Chamberlain zu Ministern ernannt, letzterer zum Finanzminister. An seine Stelle tritt Lord Stanley, der älteste Sohn des Lord Derby, als Generalpostmeister.

6. Oktober. Der Herzog von Devonshire tritt von der Stelle eines Präsidenten des Geheimen Rats zurück. Er begründet dies mit einer Rede Balfours vom 2. Oktober in Sheffield (S. 249), besonders mit der dort proklamierten vollständigen Umkehrung der seit zwei Generationen in England üblichen zollpolitischen Tradition. Balfour gibt in einem Antwortschreiben seiner Ueberraschung Ausdruck, daß der Herzog an seiner Sheffielder Rede Anstoß nehme, die doch prinzipiell nichts andres enthalten habe als seine bekannte Broschüre, und beklagt den Rücktritt des Herzogs als eine schwere politische Schädigung des Kabinetts, zumal im gegenwärtigen Augenblick.

15. Oktober. Der Earl Hardwicke wird zum Unterstaatssekretär für Indien, Eral Donoughmore zum Unterstaatssekretär des Kriegsamts ernannt.

IV.

Handelspolitik.

Mitte Juli. Im Gegensatz zu dem vom Kolonialminister Chamberlain am 16. Mai in einer Rede zu Birmingham (Bd. 1, S. 337) kundgegebnen Plane eines britischen Reichszollverbandes bildet sich unter Führung des frühern Generalpostmeisters Morley eine Freihandelsvereinigung, die eintreten will für Sicherung der freien Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen; Aufrecht-

erhaltung des Grundsatzes, daß Zölle nur zu Finanzzwecken, nicht aber als Schutzzölle erhoben werden sollen; „Bekämpfung der reaktionären Politik Chamberlains," die bestimmt die Handelsbeziehungen zwischen dem Reiche und den Kolonien verwickelter gestalten und die Festigkeit des Reiches erschüttern müsse.

29. Juli. Eine Massenversammlung Londoner Bürger erklärt unter Vorantritt des Abgeordneten Asquith, daß Chamberlains Vorschläge, die einen folgenschweren Wechsel der Handelspolitik bedeuteten und eine Besteuerung der Nahrungsmittel und Rohmaterialien notwendig machten, eine sehr ernste Gefahr für den Handel des Königreichs und für die Wohlfahrt der Volksmassen bildeten.

16. September. Es erscheint eine Flugschrift des Premierministers Balfour, betitelt: „Oekonomische Notizen über den insularen Freihandel."

Darin ist kein Wort von Chamberlains Plane enthalten, sondern Gründe für eine Aenderung des bisherigen fiskalischen Systems Englands. Balfour erklärt, er trete an die Frage als Freihändler heran, bezweifle aber, ob das englische fiskalische System, das für eine Freihandelsnation in einer Welt von Freihändlern berechnet sei, für eine solche in einer Welt von Schutzzöllnern passe; die einzige Möglichkeit für England, andre Nationen zu Konzessionen im Sinne des Freihandels zu bewegen, seien Verhandlungen, unterstützt von der Waffe der Vergeltung. Wenn diese Vergeltung zufällig zugleich Schutz für die nationale Industrie bringe, so liege darin kein Gegengrund wider sie.

22. September. Der bisherige Finanzsekretär im Schatzamt, Elliot, erklärt, in Beantwortung eines an ihn gerichteten Briefes, er stimme vollständig mit den freihändlerischen Anschauungen Ritchies überein, der es als unmöglich empfunden habe, länger ein Amt in einer Regierung zu bekleiden, die sich mehr und mehr der Schutzzollpolitik zuwende. Er hätte sein Amt nicht behalten können, ohne die Selbstachtung völlig zu verlieren.

Ende September. Unter der englischen Arbeiterschaft wird ein Flugblatt im Sinne des Planes Chamberlains massenhaft verbreitet, und zwar in billigen Briefumschlägen deutschen Fabrikats.

1. Oktober. Frühere zollpolitische Artikel im „Daily Telegraph" erscheinen als Broschüre mit einem Vorworte von Jos. Chamberlain. Darin heißt es:

Die zur Vorzugsbehandlung der Kolonien notwendige Zollbelastung von Lebensmitteln braucht nur gering zu sein und wird vielleicht ganz, jedenfalls zum Teil, vom Auslande getragen werden. Die Verteuerung einiger Artikel wird für die Arbeiterbevölkerung durch entsprechende Verbilligung andrer ausgeglichen werden. Das Geschrei über Brotverteuerung beruht auf Schwindel oder auf Gespensterfurcht. Dagegen wird die Zollreform den englischen Kolonialmarkt vergrößern, die britische Handelsvertragsfähigkeit erhöhen, die inländische Nachfrage nach Arbeitern vermehren und die Löhne steigern, vor allem aber wird sie die Solidarität des britischen Reiches stärken.

2. Oktober. In einer Rede zu Sheffield sagt der Premierminister Balfour: Die jüngsten Ereignisse hätten die Regierung gespalten. Er habe den Gründen nichts hinzuzufügen, die Chamberlain zu der Annahme veranlaßt hätten, er könne seiner Sache besser in nichtamtlicher Stellung dienen. Er sehe der Zukunft der Partei nicht mutlos entgegen; die unionistische Partei sei niemals besser gestellt, ihre Gegner niemals in hoffnungsloserer Verwirrung gewesen. Er glaube, das Land werde sich der Unionistenpartei zuwenden, wenn es in schwieriger Lage sei und große Interessen des Reiches auf dem Spiele ständen.

6. Oktober. Chamberlain hält in Glasgow zum Beginn seiner Agitation eine Rede, in der er ausführt, obwohl Glasgow die Geburtsstätte des Freihandels sei, habe er sich nicht gefürchtet, hierher zu kommen, um die zollfreie Einfuhr zu bekämpfen. Er fürchte sich noch weniger davor, eine Vorzugsbehandlung der Kolonien zu predigen. Das Land wünsche für die Zollfrage herangebildet zu werden, und er sei der Pionier dafür. Er wäre geneigt, weiterzugehn als das offizielle Programm. Aber sei denn das Land ebenso geneigt, weiterzugehn? Der Kampf, auf den er das Land gerüstet zu sehen wünsche, sei derart, daß wenn das Land unterliegen sollte, es schließlich seine Stellung unter den Nationen verlieren würde. Der Handel Englands stagniere seit dreißig Jahren. Die Ausfuhr habe in dieser Zeit um zwanzig Millionen Pfund zugenommen, wogegen die Ausfuhr der Unionstaaten um 110, die Deutschlands um 56 Millionen zunahm. Redner sagt, sein vorläufiger Plan gehe dahin, einen Zoll von zwei Schilling auf fremdes Getreide und einen entsprechenden Zoll auf Mehl, auf das Getreide aus den britischen Besitzungen aber keinen Zoll zu legen. Er schlage ferner vor, einen Zoll von fünf Prozent auf fremde Fleisch- und Molkereiprodukte mit Ausnahme von Speck zu legen und den Kolonien eine wesentliche Bevorzugung ihrer Weine und Früchte zu gewähren. Er mache andrerseits den Vorschlag, nur drei Viertel des Zolles auf Thee und nur die Hälfte des Zuckerzolles zu erheben und eine entsprechende Herabsetzung des Zolles auf Kaffee und Kakao eintreten zu lassen. Er schlage ferner einen Zoll von 10 Prozent auf fremde Manufakturwaren vor, der 9 Millionen ergeben würde.

7. Oktober. In seiner zweiten Propagandarede beginnt Chamberlain in Greenock also:

Er sei in den Anschauungen des Freihandels aufgewachsen; er glaube aber nicht, daß dieser absolute Geltung habe, und daß in England alle Weisheit aufgespeichert sei. Er achte die amerikanischen Vettern, hege große Achtung vor den Deutschen, die er für die wissenschaftlichste Nation der Welt

halte, und sei ein großer Verehrer der Franzosen. Wenn diese Länder sämtlich Schutzzölle hätten, so täten sie das sicherlich nicht aus Narrheit, sondern um ihren Handel auf Kosten des englischen zu heben. Er gehöre nicht zu den Leuten, die sich ohne Gegenwehr mit Füßen treten ließen. Er wolle keinen Zollkrieg, aber eine Abwehr fremder Zollangriffe. Es sei so weit gekommen, daß fremde Nationen nicht dulden wollten, daß englische Kolonien mit dem Mutterlande Handelsvereinbarungen träfen; das dürfe England sich nicht ruhig gefallen lassen und müsse der Schädigung seiner Stahl- und Baumwollenindustrie entgegentreten. Wenn sich aus den zu treffenden Maßregeln eine Isolierung ergeben sollte, so würde dies für England eine glänzende Isolierung sein, wenn es dabei von der Zuneigung und der Liebe seiner Verwandten jenseits der Meere unterstützt werde. Es handle sich um Englands Zukunft; die Sache des Landes sei, eine Entscheidung zu treffen.

8. Oktober. In einer Rede zu Cupar in der Grafschaft Fifeshire versichert Chamberlain den Arbeitern, daß für sie nichts übrig bliebe, als sich mit ungenügenden Löhnen zufrieden zu geben oder auszuwandern, wenn sie nicht vorzögen, einer Aenderung des fiskalischen Systems zuzustimmen. Aber nicht nur die Arbeiterschaft des Mutterlandes, sondern der Bestand des Weltreichs sei bedroht. Die Kolonialen würden immer stärker. Bisher habe das Mutterland die Kosten des Weltreichs allein getragen, aber es sei nun die Zeit gekommen, wo man auch die Kolonialen zu diesen Kosten beizutragen auffordern müsse. Wenn man damit Erfolg haben wolle, müsse man sie aber wie vernünftige Menschen behandeln und nicht wie Leute, denen man einfach die Ideen des Mutterlandes aufzwingen könne. Die Kolonialen seien aber nun keine Freihändler.

13. Oktober. Lord Rosebery tritt in einer Rede zu Sheffield gegen die Pläne Chamberlains auf. Er führt aus:

Er glaube nicht an das System der Vergeltung. Chamberlains Politik sei ein bloßes Gewirr schimmernder Seifenblasen, die einem in der Hand vergehen, wenn man danach greift. Für ihn sei keine Verlockung in der von Chamberlain gebotnen Aussicht enthalten, daß dieses Land in einen Kampf mit der ganzen zivilisierten Welt verwickelt werde. Bisher sei an Chamberlains Politik alles Hypothese und Behauptung, ein großer Handelsstaat wie England könne aber seine Handelspolitik nicht auf Hypothesen und Behauptungen hin umwälzen. Er sei glücklich, daß der Mann, der kürzlich gesagt habe, er liebe, wenn er geschlagen werde, wieder zu schlagen, nicht an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe. England brauche keine Verwicklungen mit Rußland, Deutschland, Frankreich und andern Ländern hervorzurufen. Der Freihandel habe wachsendes und überreiches Gedeihen zuwege gebracht, und Chamberlain werde den gegenwärtigen großen auswärtigen Handel Englands in Gefahr bringen um eines kleinen illusorischen Handels mit den Kolonien willen. Es gebe keine Spur von Beweis dafür, daß das Mittel Chamberlains nicht schlimmer sei als die Krankheit, die er sich zu heilen vorgenommen habe, oder daß die Bande zwischen den einzelnen Teilen des Reiches durch seinen Plan enger geknüpft würden; im Gegenteil, derselbe sei geeignet, die Einigung des Reiches lahmzulegen, ja möglicherweise zu zerstören. England sei bisher Trans-

portfirma für die Welt gewesen, man möge sich hüten, daran zu rühren. Chamberlain habe von einem Anerbieten gesprochen, das die Kolonien gemacht hätten. Wo sei dies Anerbieten? Ein angemessener und praktischer Reichstarif sei eine Unmöglichkeit. Ein solches System werde zahllose Streitigkeiten und den ziemlich sichern Verfall des Reiches herbeiführen.

20. Oktober. Chamberlain führt in einer Agitationsrede zu New-Castle on Tyne sein Programm fernerhin aus:

Er stellt in Abrede, daß das bedeutende Anwachsen und die Wohlfahrt Großbritanniens dem Freihandel zu verdanken sei. Der Freihandel möge vielleicht gerade dazu beigetragen haben, daß Großbritannien nicht mehr der Mittelpunkt der Industrie sei. An jedem Tage versende England mehr und mehr Rohmaterial, wie z. B. Kohlen, und führe dagegen fremde Fabrikate ein. Die vorgeschlagnen Zölle würden keine Verteuerung der Lebensführung im Gefolge haben. Die Fortsetzung des gegenwärtigen Systems und die Ablehnung der Vorschläge der Kolonien würden eventuell zu einer Auflösung des Reiches führen. Die Wohlfahrt in den Ländern, die das Schutzzollsystem angenommen haben, sei viel schneller angewachsen als in England; er führt hierfür Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Norwegen und Schweden als Beispiel an.

28. Oktober. In einer Rede zu Liverpool gibt Chamberlain den arbeitenden Klassen das Wort, daß sich durch seine Vorschläge, die auch der Schiffahrtindustrie zugute kommen würden, die Lebensmittelpreise nicht erhöhen würden.

Er weist ferner darauf hin, daß der Londoner Grafschaftsrat für 41000 Pfund Sterling Straßenbahnmaterial in Deutschland angekauft habe; der Lohn für die Herstellung dieses Materials sei also ins Ausland gegangen, während er hätte im Lande bleiben können. Die Statistik ergebe, daß weder der Seehandel noch der Schiffbau in England in demselben Maße zunehme, wie im Auslande, und das sei auf die im Auslande gezahlten Prämien und Subventionen zurückzuführen. Er habe vor einiger Zeit eine Reise nach Sansibar gemacht, und da sei ihm an der Ostküste von Afrika erzählt worden, daß der deutsche Handel dort große Fortschritte mache. Er habe zu den Kaufleuten, die er gesehen, und die meist Engländer gewesen, gesagt, ob England denn so weit hinter den Deutschen zurück sei, daß sie keine englischen Waren mehr kaufen könnten. Darauf sei ihm erwidert worden, das sei nicht der Fall, die englischen Fabriken hätten vielleicht sogar in einigen Beziehungen Fortschritte gemacht. Der wahre Grund sei der, daß Deutschland ausgezeichnete Dampferlinien mit hohen Subventionen unterhalte, während England nur eine ungenügende Linie mit einer jämmerlichen Subvention habe; die deutschen Dampfer brächten deutsche Ware, der Handel folge der Flagge.

20. November. Es erscheint eine Sammlung der Reden Chamberlains zur Reichszollreform. Im Vorworte sagt er, Fabrikanten wie Arbeiter hätten sich grundsätzlich bereits zugunsten seiner Vorschläge entschieden. Er zweifle nicht, daß die Politik der freien Einfuhr zum Untergang erurteilt sei, und schlage eine Volksabstimmung hierüber vor.

V.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Verhältnis zu Italien.

17. November. König Viktor Emanuel III. von Italien nebst Gemahlin Helene werden bei ihrer Landung in Portsmouth vom englischen Königspaar empfangen.

18. November. Zu Ehren der Gäste findet im königlichen Schlosse ein Mahl statt, bei dem der König Eduard einen Trinkspruch auf den König und die Königin von Italien ausbringt. Er erinnert daran, daß jetzt gerade achtundvierzig Jahre verflossen seien, seitdem des Königs erlauchter Großvater, König Viktor Emanuel II, einen Besuch am englischen Hofe abgestattet habe. Damals, setzt der König hinzu, befanden wir uns im Kriege, und unsre Heere kämpften Seite an Seite. Heute befinden wir uns Gott sei Dank im Frieden. Das Ideal, das unsre Länder verfolgen, ist, den Frieden aufrechtzuerhalten und zusammen auf dem Wege des Fortschritts und der Zivilisation zu arbeiten. König Eduard gedenkt sodann des herzlichen Empfangs, den er in Rom gefunden habe, und fügt hinzu, er sei überzeugt, sein Volk werde den italienischen Majestäten bei ihrem Besuche in London herzliche Gefühle der Freundschaft zum Ausdruck bringen. König Viktor Emanuel erwidert mit einem Trinkspruch auf den König und die Königin von England, worin er sagt, daß stets wachsende Gefühle der Sympathie und Freundschaft England und Italien verbinden. Sie bilden für mein Volk, fährt der König fort, eine Ueberlieferung und für meine Regierung bedeutungsvolle Faktoren bei ihrer Politik, die gleich der Politik Englands eine Politik des Friedens und der Zivilisation ist.

19. November. Bei einem Festmahle in der Londoner Guildhall erwidert der König von Italien auf einen Trinkspruch des Lordmayors mit einer Preisung des jetzt herrschenden allgemeinen Friedens.

2.

Streit mit Portugal.

Ende Oktober. Der Streit Großbritanniens mit Portugal über das im nördlichen Rhodesia liegende Königreich Barotseland tritt wieder hervor.

Als dessen König Lewanika im Juni 1890 die britische Oberherrschaft anerkannte, tat er es ausdrücklich unter der Bedingung, daß England unter keinen Umständen in die Zerstückelung und Schmälerung von Barotseland

willige. England ist sonach vertragsmäßig verpflichtet, keine Anstrengung zu sparen, um die Gebiete zu verteidigen, auf die Lewanika einen legitimen Anspruch erheben kann. Aber über die Grenzen dieses Reiches nach Westen hin herrscht seit langer Zeit Streit mit Portugal. Lewanika behauptet, daß sich sein Land nach Westen hin bis zum Kwito-Flusse erstrecke; die Portugiesen dagegen sagen, daß die westliche Grenze von Barotseland durch den obern Sambesi gebildet werde, an dem Lialui, die Hauptstadt des Königreichs, gelegen ist. 1893 wurde ein vorläufiges Abkommen getroffen. Die damals eingesetzte gemischte Kommission überträgt nun die Regelung jener Grenze dem Könige von Italien zur schiedsgerichtlichen Entscheidung.

3.

Handelsvertrag mit China.

15. November. Die englische Regierung veröffentlicht den von ihr am 5. September 1902 mit der chinesischen Regierung geschlossenen Vertrag, betreffend die Förderung der Handelsbeziehungen beider Länder und die Rechte englischer Handelsunternehmungen in China. Der Vertrag enthält u. a. Bestimmungen, die auch für deutsche Handels- und Schiffahrtskreise von Interesse sind.

V.

Kolonien.

1.

Dominion of Canada.

21. August. In Montreal führt der Premierminister Laurier den Abgesandten der Handelskammern gegenüber aus: Wenn die Kolonien, obgleich sie bereit wären, für jedes Zugeständnis, das England ihnen einräume, eine Gegenleistung zu geben, auch noch einige ihrer politischen Rechte preisgeben sollten, dann dürften sie nicht weiter gehen, denn sie seien bereits am Scheidewege angelangt. Es würde das größte Uebel sein, wenn die Kolonien ihre Zustimmung dazu geben würden, etwas von ihrer verfassungsmäßigen Unabhängigkeit aufzugeben. Kanada sei nicht gewillt, sich damit einverstanden zu erklären, selbst wenn das Bestehen des Reiches davon abhinge. Der Kongreß der Handelskammern erklärt sodann, daß durch eine auf der Grundlage gegenseitiger Begünstigung aufgebaute Handelspolitik, die jedem Bestandteile des britischen Reiches einen substantiellen Handelsvorteil sichre, die Einheit des Reiches materiell gestärkt und befestigt werden könne. Die Regierung möge eine Kommission, bestehend aus Vertretern Großbritanniens, Indiens und der Kolonien, bilden, die über die Stärkung und Festigung der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Reichs zu beraten habe.

20. Oktober. Das Urteil dieses Schiedsgerichts lautet:

Die Mehrheit des Schiedsgerichts hat als Grenze gewählt eine Linie, die von der Spitze des Portlandkanals am Außenrande der auf der amtlichen Karte von 1898 verzeichneten hohen Bergkette bis zum Mount Whipple entlang läuft; dann folgt die Grenze der sogenannten Hounter-Linie von 1875, indem sie den Stikine River vierundzwanzig englische Meilen von seiner Mündung überschreitet, dann weiter nördlich längs einer Hügelkette bis Cates Needle und von Cates Needle bis Devils Thumb. Von hier wendet sich die Grenze über den Chilkootpaß in westlicher Richtung zu einem Berge, der auf der dem Kommissionsberichte beigegebnen Karte mit einer Höhe von 6850 Fuß verzeichnet ist, erreicht dann einen andern 5800 Fuß hohen Berggipfel, führt über den Gletscher des Mount Fairweather und endet schließlich, in nördlicher Richtung über die auf der Karte als Mounts Pinta, Ruhama und Vancouver verzeichneten Erhebungen verlaufend, bei dem Mount St. Elias. (Hiernach werden 38000 Quadratmeilen sowie ein Küstenstrich von 650 Meilen Länge Amerika zugesprochen, und es werden alle Flußmündungen, Kanäle und Fjorde des fraglichen Küstenlandes territoriale Gewässer des amerikanischen Staatenbundes, die dem britischen Handel geschlossen werden könnten, sodaß die Dominion von Kanada von einer 650 Meilen langen Barriere vom Stillen Ozean abgeschnitten sein wird. Auf diese Weise halten die Amerikaner nicht nur den Schlüssel zu allen Flußmündungen und Fjorden, besonders zum Lynnkanal, in der Hand, sondern auch den Schlüssel zu den Gebirgspässen von Skagway und Dyea, die den Zugang zu dem Goldlande von Klondyke eröffnen. Kanada erhält jedoch einen Zugang zum Meere, denn es wurde ihm am Südende des Küstenstreifens der als der Portlandkanal bekannte Meeresarm zugesprochen, ebenso wie die Inseln Pearse und Wales, während die kleinen Inseln Sitklan und Kanaghunt den Vereinigten Staaten zufallen. Die beiden Vertreter Kanadas haben sich besonders scharf gegen dieses letzte Zugeständnis ausgesprochen, weil besagte kleine Inseln die Lage von Port Simpson, das als Mündungspunkt einer großen kanadischen Querbahn in Aussicht genommen ist, strategisch stark beeinträchtigen sollen. Beide kanadischen Kommissare haben sich denn auch geweigert, den Spruch zu unterzeichnen, was der Giltigkeit allerdings nicht Eintrag tut, da diese im voraus vereinbart war und die Vertreter von Anfang der Verhandlung in aller Form geschworen haben, mit richterlicher Unparteilichkeit die Sache zu prüfen und nur nach dem innern Werte der Beweisgründe und der Tatsachen ihr Urteil zu fällen. Die Entscheidung hat der Vertreter Englands, Lord Alverstone, herbeigeführt.)

Ende Oktober. Diese Entscheidung des Alaskastreits ruft in Kanada tiefe Mißstimmung hervor. Daß der Portlandkanal und damit die kleine Insel Pearse, die den Kanal in zwei Hälften teilt, Kanada zugeteilt sein soll, wird keineswegs als genügende Entschädigung betrachtet, da der östliche Teil des Kanals bereits vorher Kanada unbestritten zugestanden worden war. Man hält die an die Vereinigten Staaten gefallnen Inseln Sitklan und Kannaghunt im Portlandkanal für wichtig, weil sie die Entwicklung von Port Simpson und die Zukunft des nunmehr von dem unmittelbaren Zutritt zur Küste abgeschnittnen kanadischen Gebietes in Britisch-Columbia von dem Willen der Regierung in Washington abhängig machen. Der kanadische Staatssekretär Scott bezeichnet den Bericht über den Ausfall des

Schiedsgerichts als lächerlich, und der Abgeordnete für Colchester in Neuschottland erklärt im Unterhause zu Ottawa, nunmehr brauche ja Nordamerika nur die Hand auf Kanada zu legen, und es sei sein. Kanada solle nur die nationalen Bestrebungen der beiden letzten Generationen fallen lassen, die Engländer seien entartet und Memmen. Seit Pitt hätte England keinen Führer. Chamberlain versuche sie zu galvanisieren und ihnen neues Blut einzuflößen. — Die beiden kanadischen Schiedsrichter weigern sich, den Schiedsspruch zu unterzeichnen, weil darin Dinge stünden, die zwar die Zustimmung des englischen Lordoberrichters erhalten haben, um die sie aber nicht befragt worden seien.

1. November. Infolge der Entscheidung des Alaskaschiedsgerichts befürwortet der kanadische Premierminister Laurier offen eine Abänderung der Verfassung, wodurch es Kanada ermöglicht werden soll, über seine Interessen berührende Verträge selbst mit andern Staaten zu verhandeln. Der Premierminister Laurier droht, dem kanadischen Parlament den ganzen Schriftwechsel zwischen der kanadischen Regierung und London zu unterbreiten, worin Kanada das Recht forderte, die Entscheidung des Alaskaschiedsgerichts gutzuheißen oder zu verwerfen. Diese Forderung der kanadischen Regierung sei in London abgelehnt worden.

2.
Somaliland.

27. September. Zur Vergeltung für die Niederlagen, die die britischen Truppen am 17. und 22. April dieses Jahres von den Truppen des Mullah erlitten haben (Bd. 1, S. 361), tritt ein neues britisches, von vielen Eingebornen unterstütztes Truppenkorps unter General Egerton von Berbera aus den Vormarsch gegen den Mullah an, wobei die Mithilfe einer italienischen Flotte in Aussicht genommen ist.

11. Oktober. Von Aden aus werden drei italienische Kriegsschiffe nach der italienischen Stadt Obbia in Erythräa abgesandt, weil sie vom Mullah bedroht ist, nachdem er drei unter italienischem Schutz stehende Stämme der Somali ausgeplündert hat.

19. Dezember. Ein Zusammenstoß der englischen Truppen mit dem Mullah endet mit dem Rückzuge der erstern.

3.

Mittelafrika.

27. Juli. Britiſche Truppen, unterſtützt von 500 Eingebornen, nehmen die Stadt Burmi in Nordnigeria ein und zerſtören ſie vollſtändig.

4.

Südafrika.

2. Juli. Eine von General Botha einberufne Verſammlung der Burghers zu Heidelberg ſpricht das Bedauern über die vorgeſchlagne Einführung von Aſiaten aus, da die Regierung das Land für Einwanderung von Weißen ſperre; zugleich wird die Regierung erſucht, dem Lande nicht 65 Millionen der Kriegsſchuld aufzuerlegen, bevor eine Volksvertretung geſchaffen ſei, und worin ſchließlich gegen das Erziehungsſyſtem Einſpruch erhoben wird.

26. Auguſt. Die „Times" meldet, der von der Kommiſſion für die Unterſuchung des ſüdafrikaniſchen Krieges erſtattete Bericht enthalte entſetzliche Tatſachen über die mangelnde Kriegsbereitſchaft.

8. September. Auflöſung des Kapparlaments infolge ſeiner feindlichen Stellungnahme gegen das Miniſterium Sprigg.

12. September. Die Progreſſiſten im Kaplande verkündigen als ihr Programm: Dauernde Ausgeſtaltung Südafrikas unter engliſcher Flagge; Ausſöhnung und Hebung der Bevölkerung; Aufrechterhaltung Südafrikas als untrennbarer Teil des engliſchen Weltreiches und Unterſtützung des Lord Milner in der Vorbereitung eines ſüdafrikaniſchen Bundes, in dem Kapland die ihm zukommende Stellung einnehmen würde.

Anfang Oktober. General Botha fordert in Vryheid die Buren auf, ihre Unabhängigkeit zu wahren, die jetzt darin beſtehe, die Mutterſprache nicht preiszugeben.

5.

Oſtindien.

28. Dezember. Der indiſche Nationalkongreß, dieſer Ratgeber der Regierung und Befürworter neuer Reformen, tritt in Madras zuſammen. Der Vorſitzende, ein liberaler Publiziſt, gibt dem Mißvergnügen des anhaltend von Peſt und Hungersnot heimgeſuchten Volkes über die in Delhi ſtattgehabte Krönungsfeier Ausdruck. Hinſichtlich der neuen engliſchen Fiskalpolitik gibt der Redner zu verſtehn, daß im Augenblick, wo England zum Schutzzoll übergehn

und nicht Indien in den Zollverein mit aufnehmen werde, auch Indien Schutzzölle fordern werde.

Weiterhin legt der Redner Verwahrung gegen die Ausschreitungen in militärischen Ausgaben ein, die ungebührlich große Anforderungen an den indischen Staatsschatz stellten, und gegen jenen „Pseudo-Imperialismus," der immer Abenteuer jenseits der indischen Grenze suche und sich von Afghanistan nur abgewandt habe, um Tibet zu vergewaltigen. Desgleichen verurteilt der Redner die Anstellung teuer bezahlter Engländer im höhern indischen Verwaltungsdienst, die den Indiern das Brot wegnähmen, um es in der Heimat zu verzehren, und es jedem auch noch so tüchtigen Eingebornen beinahe unmöglich machten, eine höhere Stelle im indischen Verwaltungsdienst zu erreichen.

6.

Australien.

Anfang Juli. Mit Rücksicht darauf, daß in diesem Jahre die Frauen zum erstenmale zu den Wahlen für das Parlament des australischen Staatenbundes berufen sind, veranlassen die fortschrittlichen Frauenvereine die Aufstellung eines Programms der Forderungen der weiblichen Wähler. Die erste der Forderungen lautet:

Männer und Frauen sollen vor dem Gesetz des Staatenbundes vollständig gleichberechtigt sein. Der Unterschied des Geschlechts soll weder bei Ehen, noch bei Ehescheidungen, noch in andrer rechtlicher Beziehung einen Einfluß ausüben. Alle Aemter des Staatenbundes sollen zu den gleichen Bedingungen und mit den gleichen Gehältern für Männer und Frauen offen sein. Lediglich das Verdienst und die Brauchbarkeit sollen bei Ernennungen zu Staatsstellen ausschlaggebend sein.

Ende Juli. Der Exekutivrat der Vereinigten Staaten von Australien genehmigt einen vom Befehlshaber der Truppen aufgestellten Heeresorganisationsplan, demzufolge unter anderm das gemeinsame Heer sich auf 25800, im Kriegsfalle 39600 Mann belaufen soll.

28. Juli. Die zweite Session des australischen Parlaments wird mit einer Vorlage eröffnet, die die Begründung eines im Programm der konstituierenden Versammlung bereits vorgesehenen obersten Bundesgerichtshofs bezweckt.

25. August. Der Senat genehmigt eine Marinevorlage, deren Einbringung als eine Folge der Londoner Kolonialkonferenz vom Jahre 1902 anzusehen ist.

Das neue Gesetz stellt eine Art Abkommen mit der englischen Regierung dar. Der Bundesstaat verpflichtet sich, auf die Dauer von zehn Jahren jährlich die Summe von 200000 Pf. St. zu zahlen. Dafür soll auf der australischen Station jederzeit ein Geschwader vorhanden sein, das sich aus einem Kreuzer 1., zwei Kreuzern 2., vier Kreuzern 4. Klasse und aus vier Schaluppen zusammensetzt. In Australien selbst wird eine königliche Marine-

reserve in der Stärke von 25 Offizieren und 700 Mann aufgestellt; ferner erhalten vier der obenerwähnten Schiffe 1600 Australier und Neuseeländer als Bemannung.

Der Plan einer besondern australischen Flotte gilt damit als aufgegeben.

Ende Oktober. Das erste Bundesparlament wird geschlossen. Die Wahl der Bundeshauptstadt bleibt wegen der Eifersucht zwischen Neusüdwales und Viktoria unentschieden.

18. Dezember. Bei den Neuwahlen zum Bundesparlamente macht die Arbeiterpartei erhebliche Fortschritte.

Italien.

I.

Beziehungen zum Auslande.

13. Oktober. Der russische Fürst Dolgoruki überreicht dem Könige Viktor Emanuel ein Schreiben des Kaisers von Rußland, wonach dieser seinen angekündigten Besuch aufschiebt. Er sagt in dem Schreiben: „Es tut mir leid, den schon festgesetzten Besuch auf eine andre Zeit, die ich mir nahe wünsche, verlegen zu müssen."

14. Oktober. Besuch des Königspaares in Paris (s. S. 239).

17. bis 19. November. Besuch des Königspaares in London (s. S. 252).

II.

Ministerium Giolitti.

21. Oktober. Der Ministerpräsident Zanardelli kündigt seinen Rücktritt an. Er ist seit dem 14. Februar 1901 als Nachfolger Saraccos im Amte. (S. † am 26. Dezember in Maderna.)

3. November. Giolitti, der schon vom 14. Februar 1901 bis 12. Juni 1903 Minister des Innern war, bildet ein neues Ministerium, in dem er den Vorsitz und das Innere übernimmt. Die übrigen Minister sind: für Auswärtiges Tittoni, Justiz Ronchetti, Schatz Luzzatti, Finanzen Rosano, Krieg General Pedotti, Marine Admiral Mirabello, Unterricht Orlando, Oeffentliche Arbeiten Tedesco, Ackerbau Rava, Post und Telegraphen Stelluti-Scala.

9. November. Selbstmord des neuernannten Finanzministers Rosando in Neapel. An seine Stelle tritt Luzzatti.

III.

Katholischer Kongreß.

12. November. Auf dem Kongresse in Bologna stehn sich drei Gruppen gegenüber: auf der Rechten die Gruppe der unversöhnlichen, die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums fordernden Katholiken, auf der Linken die Reformpartei der Sozialisten unter Führung des Abbé Murri und im Zentrum die vermittelnde Gruppe des „Werkes der Kongresse." Der Ausgang des Kampfes besteht darin, daß zwischen der Gruppe des Abbé Murri und den gemäßigtsten Elementen der Mittelpartei, des „Werkes der Kongresse," eine Koalition zustande kommt, die bewirkt, daß die Gruppe der intransigenten, die zeitliche Gewalt anstrebenden Katholiken vollständig geschlagen wird. Dieser Ausgang gilt als entscheidender Schritt in der Richtung der Beteiligung der Katholiken am öffentlichen Leben in Italien.

IV.

Patriotische Kundgebungen.

Ende November. Das Verbot der italienischen Universitätskurse in Innsbruck bringt die antiösterreichische Bewegung in Italien wie in den italienischen Landesteilen der habsburgischen Monarchie aufs neue in Fluß bringt. In Rom demonstrieren die Studenten, und die italienischen Blätter Südtirols überbieten sich in Anfeindungen der Deutschen, die sich unterfingen, den lämmergleichen „Italianissimi" in ihren Bestrebungen, die nur ihrer Lernbegierde entsprungen seien, entgegenzutreten. In Rom, Florenz, Bologna, Padua, Treviso, Genua, Neapel, Mailand und Turin kommt es zu sehr lebhaften Kundgebungen.

V.

Parlament.

1. Dezember. In der Deputiertenkammer verliest der neue Ministerpräsident **Giolitti** eine Erklärung der Regierung, in der es heißt:

Die Regierung setzt die innere Politik der weitgehendsten Freiheit innerhalb der gesetzlichen Grenzen, die eine ungeheure Mehrheit des Landes guthieß, fort. Jetzt soll eine Periode sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Reformen beginnen. Die Hauptfragen sind die Handelsverträge, Erleichterung des Druckes der Staatsschuld, die Bahnenfrage und die Hebung der Südprovinzen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen, die mit Deutschland,

Oesterreich-Ungarn und der Schweiz schweben, schöpft die Regierung aus den vortrefflichen Absichten aller Beteiligten das Vertrauen, die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten überwinden zu können, die solche Verhandlungen überall begleiten. Die Regierung strebt dahin, den Agrarexport zu fördern, und ist deshalb bereit, die Industriezölle, soweit nicht der Bestand der Industrie gefährdet wird, zu verringern und auch den Petroleumzoll erheblich herabzusetzen. Die Konversion der $4^1/_2$ prozentigen Renten, die einen Budgetgewinn von 6 Millionen jährlich bringt, ist vorbereitet und bedarf nur noch der Genehmigung der Kammer. Die Regierung beschäftigt sich voller Zuversicht mit dem eine Jahresprämie von 40 Millionen bringenden großen Werke der Konversion der 5prozentigen konsolidierten Anleihe, das den Beginn eines wahrhaften wirtschaftlichen Wiedererstehens Italiens bedeuten wird. Die Regierung wird die Eisenbahnfrage vorurteilsfrei prüfen, und falls eine angemessene Organisierung des Privatbetriebes undurchführbar ist, eine Vorlage einbringen über die eventuelle Organisierung des Staatsbetriebes.

3. Dezember. In der Verhandlung der Deputiertenkammer über diese Erklärung sucht **Giolitti** die Haupteinwände gegen den Ursprung und die Zusammensetzung des Ministeriums zu entkräften und rechtfertigt den Entschluß, sich mit dem Sozialisten Turati zu verbinden, der ernst gemeint und durchführbar, weil in Italien keine Reform unmöglich sei trotz der Nichtgewinnung der Mitwirkung der Radikalen Marcora und Sacchi. Die Kammer billigt die Erklärung des Ministeriums. — Darauf feiert **Decesare** das Gedächtnis **Mommsens** und erinnert an dessen große Verdienste um die Rechtswissenschaft, Philologie und Geschichte sowie an seine Rom und Italien erwiesnen Verdienste. Decesare ersucht den Präsidenten, der Akademie der Wissenschaften in Berlin das Beileid Italiens und der italienischen Kammer zu dem Trauerfall, wovon sie betroffen wurden, auszudrücken. Unterrichtsminister **Orlando** führt aus, er sei stolz darauf, im Namen der Regierung sich den edeln Worten Decesares zum Andenken Mommsens anschließen zu können, dessen grandiosen Werkes sich Rom und Italien stets erinnern würden. Präsident **Bianchieri** hebt hervor, daß die Gedanken Mommsens während seines ganzen Lebens auf die Größe Roms gerichtet gewesen seien und fordert die Kammer auf, sich den edeln Worten, die zur Ehre Mommsens ausgesprochen worden, anzuschließen.

4. Dezember. Der **Senat** erörtert die obigen Erklärungen der Regierung. Gegenüber dem Senator **Pelloux** erklärt **Giolitti**, die **Vertagung der Reise des Zaren** sei nicht auf die Ablehnung der im März von Rußland beantragten Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Goetz zurückzuführen. — Auf die Bemerkung **Pelloux**, der Aufschub der Zarenreise habe auch die Pariser Festlichkeiten beim Besuche des Königs Viktor Emanuel beeinflußt, erwidert Giolitti, die Feste seien so glänzend und herzlich gewesen, daß kein Italiener und kein Franzose sie großartiger hätte wünschen können.

10. Dezember. Auf eine in der Deputiertenkammer gestellte Anfrage über den Stand der internationalen Beziehungen Italiens erwidert Ministerpräsident **Giolitti**, daß Italien die Erhaltung des Friedens und der Freundschaft mit den übrigen Mächten anstrebe. Dem Dreibunde werde von der Regierung die größte Bedeutung beigelegt. Alle irredentistischen Bestrebungen seien stets energisch unterdrückt worden, auch unter dem vorigen Kabinett. Das sei auch von den auswärtigen Regierungen anerkannt worden. Redner weist darauf hin, daß die letzte irredentistische Bewegung (S. 259) von jungen Studenten ins Werk gesetzt sei, und fährt dann fort: Man könnte doch nicht annehmen, die Regierung werde gestatten, daß ihre auswärtige Politik von jungen Leuten gemacht werde. Noch weniger könne man die Verantwortlichkeit für die Kaffeehauspolitik dem zuschieben, der an der Spitze der Regierung des Landes stehe. Keine auswärtige Macht könne ein Einschreiten verlangen, wenn die Gesetze nicht verletzt würden. Das, was vorgekommen, habe nichts mit der Politik der Regierung zu tun. Die studentische Bewegung habe in keiner Weise zur Volksbewegung geführt. Dem Dreibunde stünden alle Elemente des Friedens, auch die sozialistische Partei, freundlich gegenüber.

15. Dezember. Auf mehrere Anfragen hin spricht sich **Tittoni**, der Minister des Aeußern, in demselben Sinne in der Kammer aus. Aufs bestimmteste betont er Italiens Treue zum Dreibund und zu seinen Verpflichtungen. Er verurteilt jede schwankende, zweideutige Politik, nimmt Oesterreich wegen Innsbruck in Schutz und beklagt den dilettantischen Irredentismus innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die Annäherung an Frankreich sei nicht erfolgt als Gegensatz gegen den Dreibund.

VI.

Papst.

5. Juli. Der schwer erkrankte 93jährige Papst Leo XIII. empfängt die Sterbesakramente.

10. Juli. Eine am Papst vollzogne Operation hat guten Verlauf. — Mit Rücksicht auf den Zustand des Papstes verschiebt König Viktor Emanuel seinen beabsichtigten Besuch in Paris. — Der deutsche Botschafter v. Rotenhan in Rom überbringt im Vatikan die Wünsche des deutschen Kaisers für die Genesung des Papstes.

11. Juli. Der Domkapitular Graf Caracciolo aus Neapel überbringt die sogenannte wundertätige Bischofsmütze des Januarius, seit 1497 Schutzheiligen von Neapel, zur Heilung des Papstes in den Vatikan.

20. Juli. Tod des Papstes Leo XIII. — Er war am 2. März 1810 in Carpineto geboren, 1843 Nuntius in Brüssel, 1846 Erzbischof von Perugia, 1853 Kardinal, 1877 Kardinalkämmerer, am 20. Februar 1878 zum Papste gewählt. Der 75jährige Kardinalkämmerer, Kardinal Louis Oreglia di Santo Stefano, der dieses Amt seit Mai 1885 bekleidet, stellt den Tod des Papstes in vorgeschriebner Weise fest und übernimmt die einstweilige Leitung der römischen Kirche. — Der Leibarzt des Papstes, Lapponi, bezeichnet als dessen Todesursache eine mit allgemeiner Schwäche verbundne Lungenentzündung, wozu eine mit Bluterguß verbundne Brustfellentzündung trat.

23. Juli. Der Kardinalkämmerer Kardinal Oreglia antwortet auf ein Beileidstelegramm des deutschen Kaisers: „Ich danke Eurer Majestät für die Beileidskundgebung, die Sie an das Heilige Kollegium beim Tode des Papstes Leo XIII. zu richten geruht haben. Die Kardinäle, denen die zwischen Eurer Majestät und dem verewigten Pontifex gepflegten guten Beziehungen wohl bekannt sind, werden sich stets von denselben Gesinnungen leiten lassen, um die Freundschaft zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich zu erhalten."

25. Juli. Die Leiche des Papstes wird in der Peterskirche feierlich beigesetzt. — Sein vom 8. Juli 1890 datiertes Testament wird veröffentlicht.

31. Juli. Das Konklave zur Wahl eines neuen Papstes beginnt. Es treten in den Verschluß ein: 62 Kardinäle, 62 Konklavisten, 62 Nobelgardisten, 62 Kammerdiener, 40 Erzbischöfe und Bischöfe für den Sicherheitsdienst, 14 Köche, 20 Lastträger und andre Bedienstete. — Von den 62 Kardinälen haben 30 ihren ständigen Sitz in Rom, während die übrigen als Oberhirten an der Spitze auswärtiger Kirchensprengel stehen. Von den 62 Kardinälen sind 39 Italiener und 24 Ausländer; zwei von ihnen sind über 80 Jahre alt. — Von den 62 Kardinälen, die beim Tode Pius IX. das Kollegium bildeten, lebt nur noch einer, Oreglia. Leo XIII. hatte 140 Kardinäle ernannt.

2. August. Der Kardinalbischof Puzyna von Krakau legt im Konklave im Auftrage der Regierung Oesterreich-Ungarns ein Veto gegen die Wahl des Kardinals Rampolla zum Papste ein. Dieser bemerkt hierauf: „Ich fühle mich verpflichtet, nachdrücklich gegen die unberechtigte Einmischung zu protestieren, deren Zeugen wir gewesen sind. Das heilige Kollegium hat übrigens dieses Attentat auf seine Unabhängigkeit gebührend gewürdigt. Bemerken will ich nur noch, daß Oesterreichs Veto ein Ehrenzeugnis für meine Laufbahn bilden wird!"

4. August. Von einem Fenster der Sixtinischen Kapelle aus verkündigt der Kardinaldiakon Macchi, daß das Kardinalkollegium den Kardinal Giuseppe Sarto, seit 1893 Patriarchen von Venedig, zum Papste gewählt, und daß dieser den Namen Pius X. angenommen habe. Er ist am 2. Juni 1835 als Sohn des Magistratsdieners Johann Baptista Sarto zu Riesi bei Vicenza im Venezianischen geboren, steht also im 69. Lebensjahre. Der neue Papst erteilt von der innern Loggia der Peterskirche aus den Segen. Er war am 18. Mai 1894 zum Kardinal ernannt. Bei der Abstimmung im Konklave erhielt er fünfzig Stimmen, während der bisherige Kardinalstaatssekretär Rampolla, gegen dessen Wahl die Regierung Oesterreich-Ungarns Einspruch erhoben hatte, nur zehn Stimmen erhielt.

6. August. Papst Pius empfängt das diplomatische Korps, in dessen Namen der portugiesische Gesandte die Begrüßungsansprache hält. Der Papst dankt für die Glückwünsche, die nicht seiner Person, sondern dem hohen Posten gälten, den er als Haupt der Kirche einnehme. Er drückt dann seine besten Wünsche für die Souveräne, Staatsoberhäupter und Völker aus und fügt hinzu, die Kirche sei die natürliche Stütze der Souveräne, Regierungen und Gesetze. Zum Schlusse bemerkt er, die Kirche wünsche, zum Wohle aller den Frieden sich festigen zu sehen.

10. August. In der Peterskirche zu Rom findet in Gegenwart von 50000 Personen die feierliche „Krönung“ des Papstes statt.

3. Oktober. Papst Pius erläßt sein erstes Rundschreiben.

Er sagt, er habe unter Tränen und inbrünstigen Gebeten seine Erwählung zu vermeiden gesucht, da er sich für unwert dieser Ehre gehalten und ihn der Gedanke tief bewegt habe, Nachfolger des Papstes werden zu sollen, der fünfundzwanzig Jahre hindurch die Kirche mit höchster Weisheit und erhabner Einsicht im Glanze so vieler Tugenden gelenkt habe. Er sei auch besonders durch die höchst verhängnisvollen Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft erschreckt gewesen, weil diese gegenwärtig mehr als in der Vergangenheit von einer sehr tief gehenden Unzufriedenheit erfüllt sei, die immer mehr um sich greife und die Gesellschaft dem Verderben zuführe. Er habe sich dem Willen Gottes im Vertrauen auf seine Hilfe gefügt. Für sein Pontifikat gebe es kein andres Programm und Ziel, als alles auf Christus zurückzuleiten, sodaß Christus alles in allem sei. Einer oder der andre wird in unsrer Seele geheime Bestrebungen zu entdecken suchen und sie auf weltliche Ziele und Parteiwünsche zurückführen wollen. Er erkläre, um jeder nichtigen Erwartung vorzubeugen, daß er vor der menschlichen Gesellschaft nur Diener Gottes sein wolle und sein werde, dessen Willen auszuführen er eingesetzt sei. Der Papst appelliert sodann an die Mitarbeit der Bischöfe und beklagt, daß gegenwärtig überall gegen Gott angekämpft werde. Die Gesellschaft müsse an die Kirchenzucht erinnert und die Christen müßten belehrt werden. Man müßte der Erziehung der Jugend, besonders der für den geistlichen Beruf bestimmten, besondre Sorgfalt zuwenden. Er wünsche, daß in den Städten und auf dem Lande immer mehr katholische Vereine entstehen, die Vorbilder des christlichen Lebens

gäben. Werke der Nächstenliebe müsse man ohne Rücksicht auf seine Person, und ohne Hinblick auf irdische Vorteile ausüben. Wenn alles auf Christus zurückgelenkt sei, würden die Vornehmen und Reichen gerecht und liebreich gegen die Niedern sein, und diese würden mit Ruhe und Geduld auch die schmerzlichsten Nöte ertragen. Die Bürger würden dann nicht der Willkür, sondern den Gesetzen gehorchen. Achtung und Liebe gegenüber der Obrigkeit würden als Pflicht betrachtet werden. Dann werde es schließlich offenkundig werden, daß die von Christus eingesetzte Kirche eine völlige Unabhängigkeit von jeder äußern Herrschaft genießen müsse. Indem diese Freiheit gefordert werde, würden nicht nur die heiligen Rechte der Religion geachtet, sondern es werde auch für das allgemeine Wohl und die Sicherheit der Völker gesorgt werden. Der Gerechtigkeit Wirkung, heißt es weiter, ist Friede. Wir wissen zwar, daß viele in ihrem Eifer für den Frieden, nämlich für Ruhe und Ordnung, in Parteien sich zusammenfinden, die sie Ordnungsparteien nennen; aber ihre Hoffnungen und Arbeiten werden vergeblich sein, denn die Ordnungsparteien, die allein Frieden bringen können, sind die Parteien, die Gott anhängen. Diese müssen daher auf alle Weise unterstützt und gefördert werden. Wie sehr wir aber auch, ehrwürdige Brüder, uns bestreben werden, die Menschen zu Gott zurückzuführen, so wird das doch nie geschehen können, als durch Jesus Christus. — „Der Weg zu Christus führt durch die Kirche.“ Nachdem er für die angehenden Priester Seminar- nicht Universitätsbildung gewünscht, sagt er über die Haltung gegenüber der Wissenschaft: Wir unserseits werden auf der Warte stehen, damit nicht die Glieder des Klerus in die Fallstricke einer sogenannten neuen und trügerischen Wissenschaft geraten, die mit Christus nichts gemein hat, und die mit blendenden Scheinargumenten den Irrtümern des Rationalismus und Semirationalismus Eingang zu verschaffen sucht. Davor warnte bereits der Apostel den Timotheus. Ueber das katholische Vereinswesen heißt es dann: Daß katholische Männer zu verschiednen Zwecken, immer aber zum Besten der Religion sich vereinigen, haben unsre Vorgänger längst gutgeheißen. Auch wir billigen dieses treffliche Unternehmen und wünschen lebhaft, daß es in Stadt und Land sich ausbreite und gedeihe. Indessen sollen derartige Vereinigungen hauptsächlich das ins Auge fassen, daß alle ihre Mitglieder stets nach Christenart leben. Das sozialpolitische Glaubensbekenntnis lautet: Wenn in Städten und Dörfern die Gebote Gottes treu gehalten werden, wenn die Religion in Ehre steht, die Sakramente oft empfangen werden, und alles andre geachtet wird, was zum christlichen Lebenswandel erforderlich ist, dann wird es keiner allzu großen Anstrengung mehr bedürfen, um alles in Christo zu erneuern. Und das alles dient nicht nur zur Erlangung himmlischer Gaben, es nützt auch im irdischen Leben und fördert das Wohl der Staaten. Ist dies erreicht, werden die Wohlhabenden aus Liebe und Gerechtigkeit den Armen beistehen, diese aber ihre ungünstigen Verhältnisse in Geduld und Ruhe ertragen; die Bürger werden nicht ihren eignen Begierden, sondern den Gesetzen gehorchen, man wird es als heilige Pflicht ansehen, die Fürsten und Lenker der Staaten, deren Gewalt nur von Gott ist, zu ehren und zu lieben.

20. Oktober. Papst Pius ernennt zu seinem Staatssekretär den 37jährigen Monsignore Raffaele Merry del Val, seit 1887 Geheimkämmerer des vorigen Papstes, seit 1890 Titularbischof von Nicäa, Konsultor der Indexkongregation und Präsidenten der Academia dei nobili ecclesiastici, in der junge Adlige zum päpstlichen diplomatischen Dienst herangebildet werden. Eine besondre Auszeichnung

war seine Berufung zum Sekretär des letzten Konklaves. Er ist am 10. Oktober 1865 in London geboren, wo sein Vater Legationsrat bei der spanischen Botschaft war. Einst war er Begleiter des zum Jubiläum der Königin Viktoria gesandten Kardinals Ruffo Scilla, 1888 Begleiter des zum Leichenbegängnis des deutschen Kaisers nach Berlin gesandten Kardinals Galimberti, 1889 Ablegat in Wien, später in Spanien.

9. November. In einer Ansprache im Konsistorium führt Papst Pius aus, er habe vergebens versucht, auf das Pontifikat zu verzichten, aber indem er sich dem Willen Gottes unterwerfe, werde er sich bemühen, das ihm anvertraute Gut des Glaubens zum Heile aller zu bewahren. Es sei notwendig, daß der Papst in der Regierung der Kirche frei und keiner Macht unterworfen sei, demgemäß bedaure er, indem er sich seiner Pflicht und der Heiligkeit des Eides als Priester wohl bewußt sei, die sehr schwere Beleidigung, die der Kirche in dieser Beziehung widerfahren. Er sei überrascht über die Neugier, die man hinsichtlich des Programms seines Pontifikats gezeigt habe, da er doch keinen andern Weg gehen könne, als den, den seine Vorgänger gegangen seien. Zurückweisen müsse er die Meinung, daß der Papst sich nicht mit Politik beschäftigen dürfe, denn es sei unmöglich, die Politik von dem Amt des Oberhirten über Glauben und Sitten zu trennen, namentlich wenn der Papst seine Beziehungen zu Fürsten und Regierungen aufrecht erhalten soll, um die Sicherheit und Freiheit der Katholiken zu schützen.

12. November. Der Papst ernennt den Staatssekretär Merry del Val zum Kardinal.

21. Dezember. Aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten, die sich auf dem Katholikenkongresse zu Bologna (S. 259) am 12. November herausgestellt haben, ergeht ein Erlaß des Papstes Pius. Er hat folgenden Eingang:

In unsrer ersten an den Episkopat des Erdkreises gerichteten Encyklika haben wir die Verfügungen unsrer ruhmreichen Vorgänger bezüglich der Heranziehung der Laienwelt zur katholischen Tätigkeit erwähnt und diese Unternehmungen als ein sehr rühmliches und für die gegenwärtige Lage der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft auch sehr notwendiges Werk erklärt. Wir können nicht umhin, den Eifer so vieler vornehmer Persönlichkeiten, die seit langer Zeit sich dieser herrlichen Aufgabe widmeten, sowie die Bereitwilligkeit einer so zahlreichen auserlesenen Jugend, die mit Lebhaftigkeit an diesem Werke arbeitete, lobend hervorzuheben. Der unlängst mit unsrer Förderung und Aneiferung in Bologna abgehaltene Katholikenkongreß hat allen die Bedeutung der katholischen Kräfte zur Genüge gezeigt, sowie den heilsamen Nutzen, der für die katholische Bevölkerung dort entstehen kann, wo diese Tätigkeit gut geleitet und diszipliniert ist, und wo man in den Gesinnungen, in den Gefühlen und in der Ausführung der entsprechenden Werke einig ist.

Es hat uns aber mit nicht geringem Bedauern erfüllt, daß einige in deren Mitte aufgetauchte Meinungsverschiedenheiten den Anlaß zu viel zu heftigen Bekämpfungen gaben, die, wenn sie nicht rechtzeitig unterdrückt werden, dieselben Kräfte spalten und weniger wirkungsvoll machen könnten.

Unser erhabner Vorgänger Leo XIII. seligen Andenkens hat in seinen berühmten Encykliken Quod Apostolici muneris vom 28. Dezember 1878, Rerum novarum vom 15. Mai 1891 und Graves de communi vom 18. Januar 1901 in glänzender Weise die Grundsätze der christlichen Volksbewegung behandelt; ferner in einer von der heiligen Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten herausgegebnen Anweisung vom 27. Januar 1902.

Da wir nun nicht weniger als unser Vorgänger die große Notwendigkeit erkennen, daß die christliche Volksbewegung in rechter Weise gemäßigt und geleitet werde, ist es unser Wille, daß diese sehr weisen Grundsätze genaue und volle Beachtung finden, und daß niemand es wage, sich von denselben auch nur ein wenig zu entfernen. Um sie nun in leichter Weise zu vergegenwärtigen, haben wir sie in den folgenden Artikeln wie in einem Auszuge zusammengefaßt, als Fundamentalanweisung der christlichen Volksaktion, die wir aus den oben erwähnten Akten herausgehoben haben. Diese sollen für alle Katholiken die dauernde Richtschnur ihrer Haltung sein.

Es wird hiernach in 19 Sätzen, die größtenteils den Rundschreiben Leos XIII. entnommen sind, die dauernde und unbedingte Richtschnur des Verhaltens der Katholiken aufgestellt.

23. Dezember. Der Papst erwidert auf eine Ansprache des Dekans der Kardinäle mit einer Rede, in der er sagt, die Krippe von Bethlehem sei die Schule, in der jeder Christ lerne, ein wahrhaft christliches Leben zu führen, in der jede Klasse der menschlichen Gesellschaft ein Beispiel der Güte und Geduld finde, die die Quelle der Eintracht und des Friedens seien. Der Papst spricht weiter von den Schwierigkeiten, die die jetzige Zeit biete, und sagt, er sei im Vertrauen auf die Versprechungen, die der Erlöser seiner Kirche gegeben habe, bereit, alles zu tragen, was die Vorsehung bringen werde.

24. Dezember. „Osservatore Romano" veröffentlicht einen Artikel über die jüngsten Aeußerungen des Grafen Goluchowski über das bei dem letzten Konklave von Oesterreich-Ungarn geltend gemachte Veto. (S. 220.) Darin wird erklärt, man könne dem Veto nicht den Charakter eines Gewohnheitsrechtes beimessen, weil es niemals die Zustimmung der kirchlichen Gesetzgebung gehabt habe, und weil es ohne Frage eine Beschränkung der völligen Freiheit und Unabhängigkeit bilde, die die kirchliche Macht bei der Wahl eines Papstes haben müsse. Die Kardinäle hätten, um größere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, und aus Klugheitsrücksichten ein Veto hingenommen und es in Erwägung gezogen, wenn es von Fürsten gegen irgend einen Kardinal erhoben worden sei, aber man habe Unrecht und handle gegen alle Regeln der Logik, wenn man aus

dieſer verſtändigen Haltung und dieſem klugen und vorſichtigen Schweigen eine Anerkennung des in dem Veto liegenden Mißbrauches herleiten wolle. Das Veto bleibe immer ein angemaßtes Recht und eine eigenmächtige Einmiſchung, durch die die heilige Freiheit, die Chriſtus der Kirche habe geben wollen, verletzt werde.

29. Dezember. Unter dem Vorſitze des Kardinals Oreglio di San Stefano findet eine Verſammlung der Kardinäle, mit Ausnahme Rampollas, zur Beratung des Vetorechts weltlicher Mächte bei der Papſtwahl ſtatt. Ein Beſchluß wird nicht gefaßt.

Spanien.

I.

Unruhen.

29. Januar. In der großen kataloniſchen Induſtrieſtadt Reus bricht ein allgemeiner Streik der Arbeiter aus, infolgedeſſen es zu Zuſammenſtößen mit Militär kommt.

Im Februar. Verſuche zu allgemeiner Arbeitseinſtellung in Barcelona und Cadix ſcheitern.

2. April. In Salamanca veranſtalten die Studenten Proteſtkundgebungen infolge der Nichtbeachtung ihrer Beſchwerde wegen Mißhandlung der Kommilitonen durch Poliziſten. Es kommt zu Zuſammenſtößen mit der Gendarmerie. Auf die Kunde von dieſen Vorgängen ſammelt ſich in Madrid eine Anzahl Studenten zu einer Kundgebung vor dem Miniſterium des Innern. Es wird nach dem vorbeifahrenden Miniſter des Innern mit Steinen geworfen. Miniſterpräſident Silvela wird ebenfalls Gegenſtand feindſeliger Kundgebungen.

3. April. Die ſtudentiſchen Unruhen ſetzen ſich in vermehrter Weiſe in Madrid fort. In Saragoſſa wird die Univerſität geſchloſſen.

4. April. Die Studierenden von allen Univerſitäten beſchließen, Gedenkfeiern für die in Salamanca getöteten Studenten zu halten. In Madrid kommt es abermals zu erheblichen Unruhen der für die Republik ſich erklärenden Studenten. Kampf von Poliziſten in Madrid mit 3000 Arbeitern und Studenten.

6. April. Neue Krawalle in mehreren Provinzialſtädten, namentlich in Saragoſſa und Burgos.

12. April. In Madrid findet eine von 15000 Republikanern besuchte Versammlung statt. Eine republikanische Versammlung in Barcelona beschließt, alle Republikaner zu einer Partei unter alleiniger Führung von Salmeron zu vereinigen.

15. April. In Valencia dagegen kommt es zu einem Kampfe unter den Republikanern.

29. Oktober. Größere Unruhen in Bilbao. Das Militär schreitet ein. Es kommt zu Blutvergießen.

II.

Cortes I.

18. Mai. König Alfons eröffnet die Cortes mit einer Thronrede, in der er zunächst das Vertrauen ausspricht, daß das Parlament ihn beim Antritt seiner Regierung in der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen werde, die darin bestünden, das nationale Leben wieder zu neuem Glanze zu beleben, die Gesetze auszubauen, den Kredit zu kräftigen, den Nationalreichtum zu fördern, die Ordnung und die freiheitlichen Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Der König spricht sodann von seiner Liebe und kindlichen Verehrung für den Papst Leo; er äußert die Hoffnung, daß die Verhandlungen über die Neuregelung des Konkordats zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden, und stellt fest, daß Spanien mit den übrigen Mächten sehr herzliche Beziehungen unterhalte. Die marokkanischen Wirren hätten den Wunsch der europäischen Mächte dargetan, die Grenzen des marokkanischen Gebiets aufrecht zu erhalten in Uebereinstimmung mit Spanien in allen Fragen, die die Zukunft der nordafrikanischen Gebiete beträfen.

19. Juni. In der Deputiertenkammer legt der Finanzminister Silvela das Budget für 1904 vor. Die Einnahmen werden auf 1000033839 Pesetas, die Ausgaben auf 968377110 Pesetas, der Ueberschuß auf 31656729 Pesetas geschätzt. Der Marineminister macht bekannt, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen werde, nach dem ein Geschwader geschaffen werden soll, für das die Kosten in dem laufenden Budget nicht inbegriffen seien. Das Geschwader soll aus sieben Panzern, drei Kreuzern und mehreren Torpedobooten bestehn.

7. Juli. In der Deputiertenkammer macht sich das Unbehagen über die völlige Ohnmacht, zu der die Regierung seit dem unglücklichen Kriege mit den Vereinigten Staaten verurteilt ist, gegenüber dem Ministerium Luft. Moret unterzieht die auswärtige Politik des Kabinetts einer heftigen Kritik und weist darauf hin, daß Prä-

sident Loubet nach Algier gegangen sei, ohne Spanien zu berühren, und daß der König von England die Küste der Iberischen Halbinsel besuchte, ohne den König von Spanien zu sehen. Die einzige Kundgebung Frankreichs sei ein Scheinangriff auf Cartagena gewesen.

19. Juli. Der Ministerpräsident Silvela teilt in der Deputiertenkammer mit, die Regierung habe zur Wahrung der Interessen Spaniens in Marokko ein Bündnis mit Frankreich geschlossen.

III.

Ministerium Villaverde.

20. Juli. Das seit dem 6. Dezember 1902 im Amt befindliche Ministerium Silvela tritt zurück, weil es glaubt, für die neuen Marineforderungen eine Mehrheit in den Cortes nicht erlangen zu können. Der Kammerpräsident Villaverde, der seit der Krisis von 1901 ein Programm der Ersparnisse vertritt, bildet ein neues Ministerium.

IV.

Cortes II.

24. Oktober. Der vorige Ministerpräsident Silvela erörtert, unter Darlegung der Gründe der letzten Ministerkrisis, die innerpolitische Lage und greift das Ministerium heftig an.

Ende November. Im Senat entwickelt Montero Rios, der Führer der neuen liberaldemokratischen Partei, die sich aus den wirklich liberalen Elementen der frühern Partei Sagastas, aus den demokratischen Dissidenten um Canalejas und dem General Lopez Dominguez zusammensetzt, das Programm dieser Partei.

3. Dezember. Die Bureaus der Deputiertenkammer beanstanden den vom Ministerium veranlaßten Antrag, die bereits genehmigten Budgetkapitel alsbald zur Ausführung zu bringen; sie heben hervor, daß der Vorschlag gröblich gegen die Verfassung verstoße und den Republikanern die Berechtigung geben würde, Anträge auf Abänderung der Regierungsform zu stellen. Aus diesem Grunde tritt das Ministerium Villaverde bereits wieder zurück.

V.

Ministerium Maura.

5. Dezember. Den Vorsitz im neuen Ministerium übernimmt Maura. Die übrigen Minister stammen aus den beiden vorhergegangnen Ministerien.

Maura gehört, wie Villaverde, der konservativen Partei an. Er stammt aber aus dem Lager der Liberalen und war unter Sagasta Justiz- und sodann Kolonialminister. Später schwenkte er mit Gamazo und dessen Anhang nach rechts, als ihr Drängen nach Reformen des Verwaltungswesens und nach Zugeständnissen an Kuba bei Sagasta kein Gehör fand. Seitdem predigte Maura im Parlament unablässig die Notwendigkeit einer „Revolution von oben," die das sicherste Mittel sei, der immer näher rückenden Gefahr einer Revolution von unten vorzubeugen. Als dann im Dezember des vorigen Jahres wieder die konservative Partei unter Silvela ans Ruder kam, wurde Maura Minister des Innern. (Die Enttäuschung über seine Amtsführung war jedoch allgemein.)

8. Dezember. Der Ministerpräsident Maura erklärt in der Kammer und im Senate, das Ministerium trete in allen Punkten dem Programme Silvelas bei und beabsichtige unter Aufrechterhaltung des budgetären Gleichgewichts, das Heer und die Marine zu reorganisieren und die Küstenverteidigung durchzuführen.

Portugal.

2. Januar. König Karl eröffnet die Cortes mittelst Thronrede, in der er seiner Genugtuung Ausdruck gibt, feststellen zu können, daß die Beziehungen zu allen Mächten durchaus freundschaftlich seien. Die Thronrede kommt auf die Reise des Kronprinzen zur Krönung des Königs von England zu sprechen, die unternommen worden sei, um der verbündeten Nation einen Beweis seiner Achtung zu geben. Auf seiner jüngsten Reise nach Frankreich, England und Spanien seien dem Könige, seiner Familie und der portugiesischen Nation so viele Beweise der Sympathie dargebracht worden, daß er gern seine Genugtuung sowie seinen aufrichtigsten Dank dem Präsidenten Loubet und den Königen von England und Spanien ausspreche. Der König erinnert sodann daran, daß Portugal dem Protokoll der Mächte in Peking zugestimmt habe. China habe sein Zollregime in Macao geändert; den Cortes werde die Konvention hierüber zur Prüfung zugehn. Auch andre Vorteile seien Portugal zugestanden, durch die der Bau einer Eisenbahn erleichtert werde, die Macao mit dem Handelszentrum Chinas verbindet. Die Thronrede zählt hierauf die Maßnahmen für den Weiterausbau des Hafens von Lourenço Marques sowie die unternommenen Arbeiten in den andern Kolonien Portugals auf.

22. Januar. In der Pairskammer rechtfertigt der Ministerpräsident bei der Beratung über die Frage, welchen Gebrauch die Regierung von der Ermächtigung, die äußere Schuld zu konvertieren, gemacht habe, die Handlungsweise der Regierung und weist nach, daß es notwendig war, aus der provisorischen Lage herauszu-

kommen. Die Ergebnisse der Konversion beständen in einer Befestigung des Kredits und Besserung des Wechselkurses.

28. Februar. Der Finanzminister Santos scheidet aus dem Ministerium Hintze Ribeiro, weil seine Finanzpläne wegen zu großer damit verbundner Opfer auf starken Widerstand stießen.

17. März. Unruhen in Coimbra, wo sich gewaltsamer Widerstand gegen die Maßnahmen der Steuerinspektoren zeigt, die gezwungen sind, sich vor den Bedrohungen mit dem Tode vor der Menge zu flüchten. Die Universität wird geschlossen, der Belagerungszustand wird verkündigt, Fabriken und Kaufläden werden geschlossen. Die Glocken läuten Sturm. Die Kaufmannschaft wendet sich an die Regierung mit der Bitte um vorläufige Einstellung des Erlasses wegen der Licenzgebühren.

3. April. König Eduard von Großbritannien besucht den König Karl von Portugal und empfängt eine Abordnung der beiden Kammern, die Adressen überreichen, worin der Besuch des Königs als neuer Beweis der Freundschaft gepriesen wird, die die beiden, seit fünf Jahrhunderten verbündeten Völker vereinige. Der König führt in seiner Erwiderung aus, er habe wieder einmal die „Linien von Torres Vedras“ gesehen, hinter denen die verbündeten Heere Portugals und Englands (1810—11) Seite an Seite für die Verteidigung des portugiesischen Vaterlandes gekämpft hätten. Der König fügt hinzu, glücklicherweise habe sich die Lage der Dinge völlig geändert; beide Völker unterhielten heute zu ihrem frühern Gegner die freundschaftlichsten Beziehungen. Das mehrere Jahrhunderte alte Bündnis sei von neuem bekräftigt worden und habe kein andres Endziel, als die friedliche Entwicklung der beiden Länder und ihrer Kolonien.

6. April. Beim Festmahl im Königlichen Schloß zu Lissabon bringt König Karl einen Trinkspruch auf König Eduard aus, in dem er den König als seinem sehr teuern Verbündeten anredet und auf die warme, althergebrachte Allianz zwischen Großbritannien und Portugal hinweist. Das portugiesische Volk wisse sehr wohl, ein wie großer, loyaler Freund König Eduard stets für dasselbe gewesen sei. — König Eduard erwidert in gleicher Herzlichkeit und sagt, die bewährte Allianz, die seit Jahrhunderten zwischen den beiden Ländern bestehe, werde für alle Zeiten dauern.

7. April. Beide Könige statten dem Handelsgerichte einen Besuch ab, wo die Minister, die Hofwürdenträger und Kaufleute aus allen Landesteilen anwesend sind. — Bei einem von ihm gegebnen Frühstück bringt der König von England einen Trinkspruch auf den König Karl aus, in dem er sagt: „Es besteht zwischen beiden Nationen mehr als eine Allianz. Es gibt ein starkes Gefühl zwischen ihnen nicht nur des gegenseitigen Wohlwollens, sondern auch des

Vertrauens. Mein Land, wie das Ihrige, das ist meine sichere Empfindung, hat nur einen Wunsch, nämlich die Ehre der Flagge aufrechtzuerhalten und die Kolonien, die wir besitzen, zu bewahren, ohne die Besitzungen andrer zu schmälern." König Karl sagt: „Ihr Besuch hat das Herz meines Volkes tief gerührt. Sie hätten ihm keinen glücklichern Abschluß geben können, als durch die heute gehaltne Rede. Sie können auf uns zählen als treue loyale Freunde für immer."

Mitte Dezember. König Alfons von Spanien zum Besuche in Lissabon.

Belgien.

I.

Der König.

1. Januar. In seiner Antwort auf die Neujahrsansprache des Präsidenten der Repräsentantenkammer spielt der König auf die Initiative an, die er bei vielen Gelegenheiten ergriffen, so auch mit Bezug auf die Angelegenheiten in China. Der König bittet, daß die Kammer ihm zukünftig blindes Vertrauen entgegenbringe, wie auch er stets Vertrauen zu ihr gehabt habe; er werde es nie mißbrauchen. Dank der Einigkeit zwischen dem König und dem Parlamente werde man zur Verwirklichung von Dingen kommen können, die man jetzt nicht weiter ausführen könne, deren Tragweite aber das Volk in der Folge begreifen werde.

6. Januar. Der König empfängt eine Abordnung der englischen Baptistenmission am Kongo, die ihm eine Dankadresse überreicht, und spricht in Erwiderung auf die Ansprache der Gesellschaft für alles, was sie am Kongo getan habe, seinen Dank aus. Die einzige Belohnung, die er erstrebe, sei, daß Wahrheit über die Verwaltung des Kongostaats verbreitet werde. Man könne nicht sofort einen unkultivierten Staat in einen vollständigen Kulturstaat verwandeln. Er hoffe, die Einkünfte des Kongostaats würden steigen; dadurch werde es ermöglicht werden, die der Mildtätigkeit auferlegten Lasten zu erleichtern. Die Erhöhung der Einnahmen werde sich durch Neuanpflanzung von Kautschukbäumen erzielen lassen.

II.

Die Kammern.

27. Januar. Die Kammern werden wieder eröffnet, worauf ihnen eine Regierungsvorlage wegen Alters- und Krankenversicherung zugeht. Der Entwurf betrifft alle Industriearbeiter sowie überhaupt alle Angestellten im Fabrikbetrieb, wofern ihr Jahreslohn oder Gehalt 2400 Franken nicht übersteigt. Höher bezahlte Arbeiter können sich auf das Unfallversicherungsgesetz nicht berufen. Als Entschädigung für zeitliche oder dauernde Arbeitsunfähigkeit, hervorgerufen durch einen Unfall im Fabrikbetrieb, sieht das Gesetz fünfundzwanzig Prozent vom Durchschnittslohn des Betroffnen vor. — Der Kammer geht ferner der Staatsvoranschlag des Kongostaats für 1903 zu, wie dies der zwischen ihm und Belgien geschlossene Vertrag erheischt. Danach belaufen sich die gegenwärtigen Einnahmen des Kongostaats auf 28,7 Millionen, die Ausgaben auf 27,7 Millionen, sodaß ein Ueberschuß von 1 Million vorhanden ist. Dazu kommt eine ungedeckte Summe von $2^3/_4$ Millionen für außerordentliche Ausgaben, sodaß ein Fehlbetrrg von $1^3/_4$ Millionen vorhanden ist.

12. Februar. Ein den Kammern vorgelegter Gesetzentwurf betreffend Besteuerung fremder Gesellschaften in Belgien sieht eine Abgabe von zwanzig Prozent auf die in Belgien erzielten Gewinne vor, nebst der Verpflichtung, die Jahresbilanz im „Moniteur Belge" zu veröffentlichen. — Der Fehlbetrag des Budgets soll ferner gedeckt werden durch eine Besteuerung der ausländischen Aktiengesellschaften und eine Erhöhung der Einfuhrzölle auf alle Arten von Alkohol um fünfzig Prozent. Für diese Vorlage, aus der eine Vermehrung der Staatseinnahmen um etwa 20 Millionen Franken erwartet wird, verlangt der Ministerpräsident de Smet de Naeyer sofortige Abstimmung. Hiergegen erhebt sich starke Opposition, worauf die Vorlage an eine Kommission zur Prüfung gewiesen wird, die noch in der nächsten Nacht Bericht erstatten soll.

13. Februar. Nachdem der Bericht hierüber erstattet ist, entsteht lebhafte Obstruktion, verbunden mit wüsten Szenen. Trotzdem die Regierung mit Rücksicht auf die Spekulation um größte Eile gebeten hat, wird die Beratung verschoben.

15. Februar. Endlich genehmigt die Kammer den § 1 der Vorlage betreffend die Erhöhung der Einfuhrzölle auf alkoholartige und destillierte Getränke.

19. März. An die Beratung des Etats des Aeußern knüpfen sich in der Deputiertenkammer lebhafte Erörterungen über den Kongostaat.

Der Sozialistenführer Vandervelde eifert gegen ein angebliches Eingreifen des Königs in Sachen der Verwendung des Tilgungsfonds der Kongoanleihen und bezeichnet die Finanzspekulationen des Königs, des klügsten aller Kapitalisten der Welt, als mit der königlichen Würde unverträglich. — Vandervelde geht dann zu den Greueltaten über, die nach den Behauptungen englischer Berichterstatter in den letzten Jahren im Kongostaat begangen worden seien, verliest Stellen aus einem hiervon handelnden Buche und zeigt die darin wiedergegebnen Photographien mißhandelter Eingeborner. Man dürfe mit Spannung die Erörterungen über diesen Gegenstand im englischen Unterhaus erwarten. — Der Minister des Aeußern tritt diesen Behauptungen entgegen, Vandervelde hält sie aber aufrecht. — Bethune stellt den Anklagen die günstigsten Zeugnisse gegenüber, und der Führer der Klerikalen, Woeste, verteidigt das Werk des Königs.

9. Juni. Die Regierung legt der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vor, demzufolge das am 1. Juli ablaufende Recht des Rückkaufs der Kongoeisenbahn durch den belgischen Staat auf weitere fünfzehn Jahre verlängert wird.

1. Juli. In der Deputiertenkammer stellen Vandervelde und Genossen eine Anfrage über die von den fremden Mächten bei der Regierung des Kongostaats getanen Schritte.

Vandervelde erkennt die übermenschlichen Anstrengungen, die die Belgier am Kongo machten, an, aber die Volksvertretung dürfte sich über die im englischen Unterhause gepflogne Erörterung nicht hinwegsetzen, denn Belgien unterzeichnete die Kongoakte und wandte am Kongo Streitkräfte und Geldmittel auf. Redner betont, daß gegenüber den Eigentumsrechten des Staates für den freien Handel heute fast nichts mehr übrig bleibe, und tadelt die den Schwarzen auferlegten Naturalabgaben. Gegen Uebergriffe der Beamten würde zwar eingeschritten, wenn sie von den untern, nicht aber wenn sie von höhern Beamten ausgehen. Koloniale Mißstände würden übrigens in allen Staaten festgestellt, England nicht ausgenommen. Der Minister de Favereau erwidert, daß Belgien nicht das Recht habe, in die Verhältnisse des Kongostaats einzugreifen, außer wenn eine offenkundige Verletzung der Berliner Akte vorliege. Der Staat bestrafe diejenigen, die strafbare Handlungen begehen. Die Gewissensfreiheit werde geachtet, der Staat habe nicht in das Gesetz über die Presse noch in den Schutz der Eingebornen eingegriffen. Der Plan zu dem Vorgehen gegen die Sklaverei sei auf der Konferenz in Brüssel beschlossen worden. Die Engländer seien die ersten gewesen, die dazu ihre Glückwünsche ausgesprochen hätten. Wir sind stolz auf das, was unsre Landsleute in jenem Gebiete leisteten.

3. Juli. Fortsetzung dieser Beratung. Lorand hält die gesamte am Kongostaat geübte Kritik aufrecht. Er besteht auf der Einleitung einer Untersuchung, die der Kongostaat selbst in die Hand nehmen sollte. — Janson führt aus, die Untersuchung würde ergeben, daß in dem Kongostaat nicht mehr Mißbräuche vorkämen als in den andern Kolonien. Der Grundsatz der Inbesitznahme herrenlosen Landes sei völkerrechtlich anerkannt. Die Berliner Akte halte er nicht für verletzt. Es sei unbestreitbar, daß die Regierung Maßnahmen zur Abstellung von Mißbräuchen ergriffen habe, aber

anscheinend habe der König den edeln Gedanken, der am Beginn der Entwicklung vorgewaltet habe, aus seinem Sinne verloren; er sei ein handeltreibender König geworden.

9. Juli. Endlich nimmt die Kammer folgenden Antrag Woestes an: Die Kammer geht in Uebereinstimmung mit der Regierung und mit Vertrauen in die moralische, stetige Entwicklung des Kongostaats unter der Aegide des Königs Leopold zur Tagesordnung über.

22. Juli. Die Deputiertenkammer nimmt den Antrag des Präsidenten Schollaert an, als Zeichen der Trauer über das Ableben des Papstes Leo XIII. die Sitzung auszusetzen. Der Minister des Aeußern hatte zuvor, unter Hinweis auf die besondre Zuneigung, die der Papst Belgien bewiesen habe, diesen Antrag begründet.

31. Juli. Die Deputiertenkammer veranstaltet eine politische Kundgebung, indem sich der Minister des Aeußern und die Wortführer der verschiednen Parteien einmütig folgenden Ausführungen des radikalen Abgeordneten Janson anschließen: Die zwischen König Eduard VII. und Loubet gewechselten Besuche sind eine glänzende Bekräftigung der herzlichen Beziehungen zwischen zwei Nationen, die Belgien befreundet sind und die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens gewährleistet haben.

25. November. Die Kammer verhandelt über die Wahlrechtsfrage. Der Minister des Innern De Trooz antwortet auf die Anregung des Sozialistenführers Vandervelde, die Stimmrechtsfrage zu lösen und die Sozialisten von den Bürgermeisterämtern nicht auszuschließen, folgendes:

Die revolutionäre Agitation im April 1902 hat die Regierung ihrer frühern Versprechen entbunden. Uebrigens hat sich bereits das Parlament gegen die Revision ausgesprochen, und sowohl die Kammerwahlen von 1902 wie die diesjährigen Gemeindewahlen bedeuten einen Rückgang der sozialistischen Partei. Die öffentliche Meinung verabscheue die Straßenpolitik. Die Regierung kann Bürgermeisterämter nicht Leuten anvertrauen, die dem Treuschwur für den König jede Bedeutung absprechen. Den sich heute als Evolutionisten aufspielenden Revolutionären könne sie nicht trauen.

18. Dezember. In der Kammer wird von liberaler Seite eine Anfrage über Mißstände im Heere eingebracht, die darauf hinausläuft, daß die klerikale Partei nach dem Schulwesen auch das Heer desorganisiere.

III.

Gemeindewahlen.

18. Oktober. Im ganzen Lande finden die Wahlen zu den Gemeinderäten statt. Diese sind von großer politischer Bedeutung,

besonders weil sie ausschließlich die Polizeigewalt ausüben und fast das gesamte Schulwesen beherrschen. Die liberale und die katholische Partei erleiden einige Niederlagen, die aber durch Siege dieser beiden Parteien gegeneinander wettgemacht werden. Die Sozialistenpartei erleidet infolge eines antisozialistischen Wahlbündnisses der Liberalen mit den Klerikalen eine entscheidende Niederlage.

Niederlande.

I.

Generalstaaten.

24. Februar. In der zweiten Kammer bringt die liberal-demokratische Partei einen Gesetzentwurf ein, der auf eine Aenderung der Verfassung hinsichtlich des Wahlrechts geht. Es wird das allgemeine Stimmrecht vorgeschlagen, auch für Frauen. Nur Geisteskranke und nicht unabhängige Personen sollen kein Stimmrecht besitzen; ferner wird das Alter für die Wähler auf 21 Jahre festgesetzt; derselbe Wahlkörper soll für die erste und die zweite Kammer wählen.

25. Februar. Der Ministerpräsident **Kuyper** bringt in der zweiten Kammer drei Gesetzentwürfe ein betreffend: 1. Errichtung einer militärischen Eisenbahnbrigade, um im Notfall den Dienst auf den Eisenbahnen zu sichern; 2. Veranstaltung einer Enquete über die Lage der Eisenbahner und deren Beschwerden hinsichtlich Lohn und Arbeitszeit; 3. Verschärfung der Strafen gegen Mißhandlung Arbeitswilliger.

Kuyper begründet die Vorlagen. Er erinnert daran, daß die Störung im Eisenbahnverkehr im Januar die Regierung völlig überrascht habe, und daß die Regierung damals nicht eingreifen konnte, weil ihr die nötigen Zwangsmittel fehlten. Als jedoch die schnelle Beendigung des Konflikts keine Beruhigung brachte, sondern neue Drohungen, habe die Regierung zunächst Truppen geholt, um weitere Ausschreitungen gegen Arbeitswillige zu verhindern und die Bürger zu beruhigen. Obwohl jetzt die Lage gebessert erscheine, seien noch nicht alle Wolken vorübergezogen. Der große Streik habe ein scharfes Licht auf die Lücken in der Gesetzgebung geworfen, denen die Regierung nun abhelfen wolle. Es gebe Ausstände, die den Charakter eines ökonomischen Ringens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern tragen, und die ökonomisch gelöst werden müssen. Der Eisenbahnstreik sei jedoch ein wahnsinniges Attentat auf den Hauptfaktor des Verkehrslebens, ein unerträglicher Widerstand gegen die Regierung, eine Opferung des allgemeinen Wohles gegenüber dem Triebe nach Klasseneinfluß und ein tyrannisches Zwangsmittel. Die Beseitigung dieser Uebelstände bezweckten die neuen Vorlagen. Der Staat müsse über die Eisenbahnbrigade verfügen können, falls die Eisenbahner streiken. Andrerseits bezwecke die geplante Enquete, die berechtigten Beschwerden

der Eisenbahner zu beseitigen. Schließlich dienten die Vorlagen zur Bekämpfung der Streiks dazu, um die daraus entspringenden Delikte ihrem Charakter entsprechend als Verbrechen zu kennzeichnen und sie bestrafen zu können. Die Regierung leite keineswegs die Reaktion ein, denn sie bleibe nach wie vor bestrebt, die sozialen Auswüchse und Uebelstände zu beseitigen. Aber sie werde nicht dulden, daß das Staatsschiff geentert werde. Im Interesse aller Parteien solle die Staatsautorität unentwegt gehandhabt werden. Die Vorlage gegen die Streiks enthält scharfe Strafbestimmungen. Sie bedroht mit Gefängnisstrafe von höchstens sechs Monaten jeden, der einen Mitarbeiter terrorisiert, indem er ihn moralisch zwingt, zu streiken, einer Organisation anzugehören usw. Ferner wird strafbar jeder Beamte oder Angestellte bei einem öffentlichen Dienst einschließlich der Eisenbahnen, der sich weigert, die Arbeit zu verrichten, zu der er sich verpflichtete. Wenn die Dienstweigerung die Folge einer Verabredung ist, wird die Strafe verschärft bis zu Gefängnis von drei Jahren, und, falls das Vorhaben gelingt und der öffentliche Dienst stillsteht, kann sogar auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Jahren erkannt werden. Dieselbe Strafe trifft die Führer der Bewegung.

10. März. In der zweiten Kammer erklärt der Abgeordnete **Mees**, verschiedne Gründe sprächen dafür, daß die Regierung von der Spannung unter den Eisenbahnangestellten vor dem 31. Januar hätte Kenntnis haben müssen. **Troelstra** führt aus, daß die Lage sehr bedenklich sei, und daß für den Fall, daß der geplante Ausstand keinen glücklichen Ausgang nehmen sollte, die internationale Transportvereinigung sich einmischen würde. Ministerpräsident **Kuyper** sagt in seiner Antwort, daß die Regierung durchaus nicht auf den Ausbruch des Ausstands zum 31. Januar vorbereitet gewesen sei. Jetzt dagegen seien alle Maßregeln getroffen, um für einen Streik gerüstet zu sein.

28. März. Die Regierung beantwortet in der zweiten Kammer den Bericht der Kommissionen der Kammer betreffend die Gesetzentwürfe, die sich mit den Ausständen beschäftigen. Danach läßt die Regierung eine Milderung der Strafbestimmungen zu. Der Verlust der politischen Rechte soll fortfallen. Ferner verspricht die Regierung die Regelung der Dienstvorschriften für Eisenbahnangestellte, worin ein Schiedsgericht für Streitigkeiten, die die Disziplin betreffen, eingesetzt werden soll.

9. April. Die zweite Kammer genehmigt mit 81 gegen 14 Stimmen die ganze Ausstandsvorlage und die Aufstellung einer militärischen Eisenbahnbrigade zur Aufrechterhaltung des Eisenbahndienstes im Falle eines Ausstandes. Auch beschließt sie, eine Enquete über die Lage der Eisenbahnangestellten zu veranstalten.

15. September. Die Königin Wilhelmina eröffnet eine neue Session der Kammern mittelst Thronrede.

22. September. In der zweiten Kammer wird die Thronrede besprochen. **van Kol** behauptet, auf Java herrsche Hungersnot. Premierminister **Kuyper** erklärt dies für unrichtig. Die Ernte sei

zufriedenstellend. Troelstra spricht seine Mißbilligung darüber aus, daß die Ausstände im Frühjahr in der Thronrede als verbrecherische Unruhen bezeichnet worden seien. Die Sozialdemokratie werde durch diese Haltung gestärkt; diese Haltung könne aber nicht nach der persönlichen Meinung der Königin sein, die in erster Linie als Frau fühle und mit den Opfern des Ausstands Mitleid habe. Ferner weist Troelstra auf die deutschen Sozialdemokraten hin, deren Reihen durch die Rede des Kaisers in Essen eine Verstärkung erfahren hätten; so würde auch die Zahl der holländischen Sozialdemokraten durch die königlichen Reden vermehrt. Der Premierminister erwidert, der Ausdruck „verbrecherische Unruhen" in der Thronrede entspreche dem moralischen Urteile, das die Behörde über die Ausstände habe, und da der Staat durch die Ausstände im vergangnen Frühjahr in Gefahr gewesen sei, sei es nötig gewesen, daß das Staatsoberhaupt seine Mißbilligung über die Agitation aussprach, um den moralischen Sinn des Volks wieder zu festigen. Das gesamte Kabinett übernehme die Verantwortung für diese Worte.

27. Oktober. Die Regierung legt den Kammern den Staatshaushaltsetat für 1904 vor. Nach den Erläuterungen des Finanzministers beziffern sich die gewöhnlichen Einnahmen auf 145 Millionen, die übrigen auf 19,2 Millionen, die Einnahmen insgesamt auf rund 164,3 Millionen Gulden. Da die Gesamtausgaben auf 176 Millionen Gulden berechnet sind, ergibt sich ein rechnerisches Defizit von 11,7 Millionen.

II.

Arbeiterbewegung.

30. Januar. Der in den Kammerverhandlungen mehrfach erwähnte Arbeiterausstand nimmt allmählich sehr große Ausdehnung an. Es befinden sich etwa 300 Lokomotivführer und Heizer der holländischen Staatsbahngesellschaft im Ausstande. Der Reiseverkehr ist für Amsterdam vollständig aufgehoben; die Besucher der Amsterdamer Börse, die von Rotterdam kommen, werden in Gouda ersucht, zurückzukehren, um eine Anhäufung von Wagenmaterial in Amsterdam zu vermeiden. Die Zeitungen werden mit Automobilen in die Provinz befördert. Die Verhandlungen zwischen einerseits der Staatsbahn und der holländischen Bahn, andrerseits ihren Angestellten enden fruchtlos, weil sich die Eisenbahngesellschaften weigerten, die Güter der von den Transportarbeitern boykottierten Speditionshäuser liegen zu lassen, wie es die Angestellten aus Solidarität mit den Arbeitern des Schiffsverlade- und Fahrwesens forderten.

31. Januar. Die Regierung trifft für den Fall eines Generalausstandes eine Reihe von Maßnahmen. Die beurlaubten Milizen des Jahrgangs 1902 erhalten den Befehl, sofort zu ihren Truppenteilen zurückzukehren.

25. Februar. Im ganzen Lande sind die Bahnhöfe mit Sicherheitswachen von Truppen, Polizisten, Landwehrsoldaten und Freiwilligen besetzt.

Es wird kein Urlaub mehr erteilt. In mehreren großen Städten wird auf Befehl der Regierung die Feuerwehr in Bereitschaft gehalten, um die öffentlichen Gebäude zu schützen.

28. Februar. Im ganzen Lande finden stark besuchte Protestversammlungen gegen die Strafgesetznovelle statt, die scharfe Resolutionen annehmen. — Es erscheint eine öffentliche Ansprache des sogenannten Verteidigungsausschusses, wozu außer dem Eisenbahnerverein 41 Arbeitervereine und Gewerkschaften gehören. Das Schriftstück bezeichnet die beantragte Aenderung des Strafgesetzes als freiheitmörderisch und reaktionär. Gleichzeitig erläßt der Transportarbeiterverein einen Protest und gibt der Organisation der Eisenbahnarbeiter bekannt, daß die neue Bewegung auch Forderungen hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit umfassen werde. Die Eisenbahngesellschaften verfügen, falls es zum Streik kommt, über 67 Lokomotivführer. Die Postadministration trifft umfassende Vorbereitungen zur Sicherung des Briefverkehrs. Die größte Schwierigkeit bietet die Frage des Postdienstes nach den entlegnen nördlichen Provinzen.

6. April. Der Verteidigungsausschuß verkündigt in Amsterdam den allgemeinen Streik der Transportarbeiter zu Lande und zu Wasser, um die Regierung zu zwingen, die Strafgesetznovelle zurückzuziehn. Die organisierten Eisenbahner erklären, der Streik sei unternommen wegen dreier Forderungen: 1. Zurückziehung der Streikvorlage seitens der Regierung; 2. Lohnerhöhung; 3. Wiederanstellung entlassener und suspendierter Eisenbahner.

8. April. Durch Erlaß der Regierung wird die Errichtung einer Berufungsinstanz zur Entscheidung über die Beschwerden der Eisenbahner anläßlich von Disziplinarstrafen angeordnet. Das neue Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, von denen zwei von den Direktionen und zwei von den Bediensteten gewählt werden, während das fünfte Mitglied von den übrigen Mitgliedern gewählt bezw. von der Regierung ernannt wird.

11. April. Infolge dieses Erlasses sowie der Annahme der Streikvorlagen durch die Kammer stellt das Schutzkomitee der Gewerkschaften den allgemeinen Ausstand der Arbeiter wieder ein.

III.

Kolonien.

9. Januar. Es wird bestätigt, daß Ende Dezember 1902 der Prätendent für das Sultanat Atchin im Norden Sumatras, Tuanku Mohamed Dawot, der als politisches und religiöses Haupt der Atchinesen den Holländern seit 1874 viel zu schaffen gemacht, sich ihnen unterworfen hat. Verhandlungen hierüber hatten schon 1890 stattgehabt, seit 1891 hat der holländische Oberbefehlshaber den Prätendenten unaufhörlich herumgehetzt. Dies wird nunmehr gegen den gefährlichen Häuptling Polim fortgesetzt.

6. September. Nunmehr unterwerfen sich auch zwei Häuptlinge, die während langer Jahre die Seele des Aufstands waren.

Luxemburg.

24. Februar. Der Staatshaushalt für 1903, wie er aus den Beratungen der Kammer hervorgeht, weist in Einnahme 11,7, in Ausgabe 12,7 Millionen Franken auf.

14. April. Es gilt nunmehr als feststehend, daß die deutsche Sprache ihren Einzug in die luxemburgische Kammer gehalten hat und verschiedne Abgeordnete damit gebrochen haben, die Geschäfte des Landes in einer fremden, dem Volke unverständlichen Sprache zu führen. Bei der Beratung über den neuen deutsch-luxemburgischen Eisenbahn- und Zollvereinsvertrag fordert Welter die Kammer auf, nunmehr auch die sprachlichen Folgen aus dem Vertrage zu ziehn. Am Schluß seiner Rede heißt es wörtlich: „Da in Zukunft unsre Beziehungen zu Deutschland sich noch inniger als bisher gestalten werden, werden wir auch daran denken müssen, der deutschen Sprache bei uns mehr Geltung zu verschaffen, wir werden das Zweisprachensystem aufgeben und uns an eine einzige Sprache, die deutsche, halten müssen." Einem Abgeordneten, der der Ansicht Ausdruck gibt, das Zweisprachensystem gehöre zu den Eigentümlichkeiten der luxemburgischen Rasse, erwidert Welter, daß wir ein deutschredendes Volk sind und neun Zehntel unsrer Mitbürger die französische Sprache überhaupt nicht verstehn. Sie komme nur für die Bevorrechteten, aber nicht für das Volk in Betracht. Die Geistlichkeit predige ausschließlich deutsch, weil sie wohl wisse, daß sie sonst nicht verstanden würde. Den Gebrauch des Französischen vor den Gerichtshöfen bezeichnet er als groben Mißbrauch und hebt als empörend hervor, daß über die Beschuldigten in einer Sprache verhandelt werde, von der sie keine Silbe verstehn.

14. Juni. Beim Schluß der Tagung der Kammer hebt der Minister v. Eyschen hervor, daß die Kammer zunächst den Zollverein mit Deutschland bis zum Jahre 1959 erneuert und damit die Zukunft des Landes auf mehr als ein halbes Jahrhundert sichergestellt und ein Spielverbotsgesetz angenommen habe, um den Bestrebungen verschiedner Spielbankunternehmungen, die nach dem Verbote der belgischen Spielbanken solche in Luxemburg errichten wollten, ein Ende zu bereiten.

Dänemark.

I.

Verhältnis zu Deutschland.

12. März. „Berlingske Tidende" schreibt über den bevorstehenden Besuch Kaiser Wilhelms: „Die dänische Regierung und das dänische

Volk werden mit aufrichtiger Zufriedenheit den erlauchten Monarchen des mächtigen Nachbarreichs willkommen heißen, dessen Sympathie für unsern hochbejahrten König sich durch den bevorstehenden Besuch dartut. Wir hegen volles Vertrauen, daß Se. Majestät sich bei seinem Besuch wird überzeugen können, daß das dänische Volk den ausgezeichneten Empfang gewürdigt hat, der von allen Seiten unserm Kronprinzen zuteil wurde, als derselbe im Herbst dem Kaiserpaare in Potsdam einen Besuch abstattete."

2. April. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken" schreibt: „Wie niemals früher ist es jetzt Dänemark, das durch seine gesamte Regierung den Kaiser willkommen heißt. Der Kaiser ist Dänemarks Gast. Die Kopenhagener Bürger haben die größte Veranlassung, möglichst zu zeigen, in wie hohem Grade Dänemark die freundschaftlichen Gefühle, durch die der Besuch hervorgerufen wird, schätzt. Zweifellos wird der Kaiser kundgeben, daß das gewaltige Reich, dessen hochbegabter Fürst er ist, nur das beste Verhältnis zum nördlichen Nachbar wünscht. Wir haben nur Grund, uns darüber zu freuen. Wir Dänen haben selbstverständlich das höchste Interesse daran, daß unsre Stellung zu Deutschland unbedingt freundschaftlich ist. Wir haben viel zu lernen und zu empfangen von Deutschland, dessen Kultur uns imponiert und anzieht, ohne daß wir unsre eigne geistige wie materielle Selbständigkeit beiseite zu setzen brauchen. Man muß allerseits wünschen, daß Kaiser Wilhelm den besten Eindruck vom hiesigen Aufenthalt erhält. Sein Kommen ist bedeutungsvoll für unser kleines Land. Man ehrt sich selbst, wenn man den Gast ehrt, der in Freundschaft kommt als Nachbar und Verwandter."

Der deutsche Kaiser wird in Kopenhagen vom König Christian und von der Bevölkerung aufs freundlichste empfangen. (Die Trinksprüche beim königlichen Festmahle s. Bd. 1, S. 7.)

3. April. Die Zeitung „Politiken" schreibt: „Der deutsche Kaiser ist gestern vom König und der Kopenhagener Bevölkerung mit Feierlichkeit und Herzlichkeit empfangen worden. Es war prachtvolles Wetter, und Feststimmung lag über der Stadt. Alle fühlten, daß der Besuch des Kaisers ein Ereignis von andrer Art sei als ein gewöhnlicher Fürstenbesuch. Die Rede des Kaisers ist ein Zeugnis von der großen oratorischen Begabung des Kaisers, und seine überströmende Bewunderung gegenüber dem Könige und dem stammverwandten dänischen Volke wird sicher die selbstverständliche Würdigung finden, die eine so große Liebenswürdigkeit hervorruft."

II.
Reichstag.

6. April. Das Landsthing nimmt den die Einführung der Einkommen- und Vermögenssteuer betreffenden Gesetzentwurf an.

6. Mai. Das Folkething nimmt denselben Gesetzentwurf an.

5. Oktober. Der Reichstag tritt wieder zusammen. Das Folkething ist durch Wahlen vom 17. Juni erneuert. Die vorgelegte Abrechnung für 1902 bis 1903 weist einen Fehlbetrag von nur 1,8 Millionen Kronen auf an Stelle des im Voranschlag vorgesehenen Fehlbetrags von 18 Millionen. Für 1904 bis 1905 sind die Einnahmen auf 76486027 Kronen, die Ausgaben auf 77779614 Kronen veranschlagt. Eine Vorlage betrifft die Wiederaufrichtung des niedergebrannten Schloßes Christiansborg.

21. Oktober. Bei der Budgetberatung im Folkething führt der Conseilspräsident Deuntzer aus, alle Behauptungen, daß die Regierung einseitige Agrarpolitik treibe, seien unwahr. Die neuen Steuergesetze hätten nur ein Unrecht früherer Zeit beseitigt. Falls die Sozialdemokraten die Bestrebungen der Regierung, die Kommunalbestimmungen im demokratischen Sinne umzuändern, unterstützen wollten, sei es notwendig, daß sie die böswilligen Angriffe gegen die Regierung einstellten. Die Regierung habe jeden Widerstand gegen die wichtigen Reformen zu bekämpfen. In der Landesverteidigungsfrage wolle die Regierung ein Programm, das weder als Militarismus noch als Verteidigungsnihilismus bezeichnet werden könne.

III.
Königliche Familie.

2. Juni. Der Bruder des Königs Christian, Prinz Julius von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, stirbt 79 Jahre alt in Itzehoe.

15. November. König Christian IX. feiert den 40. Jahrestag seiner Thronbesteigung.

IV.
Island.

3. Oktober. Erlaß eines Gesetzes, wonach die Insel einen besondern Minister erhalten soll, der im Lande seinen Wohnsitz haben und vom Lande besoldet wird.

11. November. Der Bürgermeister Hafstein in Isafjord wird zum ersten in Reykjawik residierenden eingebornen Minister für Island nach dem am 1. Februar 1904 erfolgenden Inkrafttreten der neuen isländischen Verfassung ernannt.

Schweden.

17. Januar. Eröffnung des Reichstags. In der Thronrede wird der Vorschlag zur Neuordnung des Konsulatswesens seitens der gemeinsamen Kommission erwähnt, der nunmehr zwischen den beiden Regierungen erwogen werde. Ferner wird in anerkennender Weise die Opferwilligkeit auch außerhalb des Landes anläßlich der Mißernte in Nordschweden anerkannt. Weiter wird mitgeteilt, die Regierung bereite eine Vorlage vor über die Erweiterung des Wahlrechts zum Reichstag.

27. Januar. Kronprinz Gustav übernimmt für die Dauer der Verhinderung des Königs Oskar die Regentschaft.

14. Februar. Der Reichstag bittet um Maßnahmen zur Abwehr der durch die deutschen Zollerhöhungen drohenden Gefahren.

14. März. Die zu gemeinsamer Sitzung berufenen Kammern erhalten die Mitteilung von der königlichen Genehmigung der von zwei Reichstagen beschlossenen Grundgesetzänderungen. Durch diese wird festgesetzt, daß keine Veränderung des Wappens und der Flagge des Reiches ohne die Genehmigung des Reichstags vorgenommen werden darf, sowie daß keine Auszüge, weder aus dem Strafregister noch aus den Selbstdeklarationsangaben, auf irgend eine Weise veröffentlicht werden dürfen.

24. März. Der Minister des Aeußern veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die schwedischen und norwegischen Unterhändler folgende Grundlage einer Regelung des Konsulatswesens vereinbarten:

Beide Länder erhalten ein besondres Konsulatswesen. Die Konsuln unterstehn den Behörden ihrer Heimat, die jedes Land bestimmt. Schweden und Norwegen regeln durch gleichlautende Gesetze das Verhältnis zwischen dem Minister des Aeußern und dem diplomatischen Korps einerseits und den Konsuln der beiden Einzelreiche andrerseits, mit Bürgschaften dafür, daß die Konsuln die Grenzen ihrer Rechte einhalten und das notwendige Zusammenarbeiten mit dem Minister des Aeußern gesichert bleibt. Ueber den schwedischen Vorschlag, den König durch gleichlautende Gesetze zu ermächtigen, einen Schweden oder einen Norweger zum Minister des Aeußern zu ernennen, der beiden Parlamenten verantwortlich ist, ist eine Einigung nicht erzielt.

28. März. Die erste Kammer lehnt den Regierungsvorschlag wegen Aufhebung des Maiszolles ab, die zweite nimmt ihn an.

11. Mai. Die zweite Kammer tritt den von der ersten Kammer unterstützten unionellen Anträgen in der Konsulatsfrage und in der Frage der Wehrordnung der Brudervölker nicht bei.

16. Mai. Die zweite Kammer nimmt ohne Erörterung die Vorlage an, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, von dem Rechte abzusehen, die mecklenburgische Stadt Wismar mit Umgebung durch Erlegung der Pfandsumme wieder einzulösen. Nach Annahme der Vorlage bemerkt der Vizepräsident der Kammer: „Durch den soeben gefaßten Beschluß, dem wahrscheinlich auch die erste Kammer zustimmen wird, ist das Band, das uns lange mit Wismar verbunden hat, endgiltig gelöst. Da kann es nicht wundernehmen, wenn wir bei dem Gedanken an die Trennung von der Stadt, die so treu und tapfer Schweden zur Seite gestanden hat, von einem wehmütigen Gefühl ergriffen werden. Wir senden Grüße an die alte Stadt, die jetzt vollständig ihrem Vaterlande einverleibt wird, und wünschen ihr Wohlstand und Gedeihen." — Nachdem auch die erste Kammer dieselbe Vorlage genehmigt hat, hält der Vizepräsident derselben, Lundeberg, eine für Wismar sehr sympathische Rede. (S. 180.)

Norwegen.

23. Januar. Das Storthing des Reichstags erklärt sich für die Schaffung eines eignen norwegischen Konsulatswesens.

23. Mai. Der Ministerpräsident Blehr verliest im Storthing eine Regierungserklärung über die Grundlagen der Konsulatsverhandlungen mit Schweden, in der es heißt:

Die eventuellen gleichlautenden, gemeinschaftlichen Gesetze, die das Verhältnis zwischen der Leitung der auswärtigen Politik und dem Konsulatswesen zu regeln bestimmt sind, sollen keine Einschränkungen der jedem Reiche zustehenden Beschlußfähigkeit, betreffend die Ordnung der Leitung der auswärtigen Politik, enthalten. Die neuen Gesetze sollen auch nicht als Beweis dafür gebraucht werden können, daß Norwegen sich auf die bestehenden Verhältnisse gesetzlich festgelegt oder sich auf dieselben verpflichtet habe. Die Leitung der Ordnung der auswärtigen Politik solle vielmehr überhaupt unberührt bleiben und ihrer Lösung soll in keiner Weise vorgegriffen werden.

11. September. Die Neuwahlen zum Storthing, die sich einige Monate hingezogen haben, schließen mit einem Siege der Gemäßigten über die Linke ab.

21. Oktober. Infolgedessen tritt das Ministerium Blehr zurück, an dessen Stelle der Führer der Rechten im Storthing, Professor Hagerup, ein neues Ministerium bildet.

9. Dezember. Das Storthing verwirft die Vorlage über Einführung des staatsbürgerlichen Wahlrechts für Frauen.

Schweiz.

15. Januar. Aufforderung des Bundesrats an die Kantone Waadt und Wallis, der Anordnung vom 14. August vorigen Jahres nachzukommen und die aus Frankreich eingezognen geistlichen Orden zu veranlassen, die Schweiz wieder zu verlassen. (Waadt hatte drei, Wallis acht solcher Orden aufgenommen.)

15. März. Der neue schweizerische Zolltarif wird in Volksabstimmung mit 329000 gegen 223000 Stimmen angenommen.

19. März. Beide Räte der Bundesversammlung beschließen, bei dem Schweizervolke Ablehnung der Volksinitiative zu beantragen, gemäß der die künftige Vertretung im Nationalrat nicht mehr auf Grundlage der Gesamtbevölkerung, sondern nur auf derjenigen der Bevölkerung von Schweizer Bürgern erfolgen sollte. Die Annahme dieser Initiative hätte eine Verminderung der Mitglieder des Nationalrats um zwanzig auf Kosten der Verkehrsmittelpunkte zur Folge.

14. April. Die Bevölkerung des Kantons Waadt feiert den hundertsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung des Landes.

17. April. Dasselbe Fest feiert der Kanton Tessin.

Ende Juni. Der National- und der Ständerat genehmigen einen Antrag des Bundesrats, betreffend die Neubewaffnung der Artillerie mit 7,5 Centimeter-Rohrrücklaufgeschützen von Krupp, wofür 21700000 Franken bewilligt werden.

27. September. In Luzern findet der erste schweizerische Katholikentag statt. Unter den Rednern befindet sich der württembergische Zentrumsführer, Reichstagsabgeordneter Gröber, der die Stellung der deutschen Katholikentage zeichnet und dem schweizerischen Katholikentag ähnliche Aufgaben stellt, da die katholische Kirche des Kampfes bedürfe. (Schw. M.)

25. Oktober. Volksabstimmung aller Schweizer über drei eidgenössische Vorlagen: 1. Die von 57000 Schweizer Bürgern geforderte Revision der Verfassung, wonach für die Bestimmung des Verhältnisses der Vertretung der Kantone im Nationalrat nur die Zahl der Schweizer Bürger mit Ausschluß der Ausländer maßgebend sein soll, wird mit 291061 gegen 93460 Stimmen verworfen, ebenso 2. mit 260418 gegen 116143 Stimmen das Bundesgesetz betreffend Ergänzung des Bundesstrafrechts (Bestrafung der Anstiftung oder Verleitung Militärpflichtiger zu einer den Tatbestand eines Verbrechens oder Vergehens bildenden Dienstpflichtverletzung). 3. Die von der Bundesversammlung beantragte Revision der Bundesverfassung, die den Kantonen das Recht zu einer

weitern Beschränkung des Kleinhandels mit geistigen Getränken geben wollte, wird mit 224274 gegen 155241 Stimmen verworfen.

16. Dezember. Durch Genehmigung seitens des Nationalrats wird schweizerischerseits der mit Italien wegen der Simplonbahn geschlossene Vertrag vollzogen.

18. Dezember. Der Nationalrat genehmigt den Vertrag über den Rückkauf der Jura-Simplonbahn durch den Bund. Damit wird die Verstaatlichung des vierten schweizerischen Hauptnetzes endgiltig gutgeheißen.

Osmanisches Reich.

I.

Makedonien.

Anfang Februar. Die schon während des ganzen Jahres 1902 in Gang befindliche sogenannte makedonische Bewegung nimmt wieder lebhaftere Gestalt an. Sie geht einesteils von den in den Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir wohnenden Bulgaren, anderenteils von den im Wilajet Skutari wohnenden Albanesen aus. Im Wilajet Monastir kommt es wieder mehrmals zu Kämpfen zwischen bulgarischen Banden und türkischen Truppen. Auch die Sprengung der großen Matrowizabrücke bei Mustafa Pascha an der ostrumelisch-türkischen Grenze ist von Bulgaren verübt.

Mitte Februar. Die in Bulgarien bestehenden makedonischen Komitees werden von der bulgarischen Regierung aufgehoben, die Häupter der dortigen Komitees zur Unterstützung der Stammesgenossen in der Türkei eingesperrt, und gegen die in Bulgarien befindlichen frühern Bandenführer werden Haftbefehle erlassen. Durch dieses Vorgehen will die bulgarische Regierung bekunden, daß es ihr mit ihren Versicherungen ernst gewesen; sie will den Verdacht entkräften, daß sie die Agitation des Komitees dulde und unter ihren Augen von Bulgarien aus das Feuer schüren lasse, mittels dessen die Komitees Makedonien in Brand zu setzen gedachten. Bestimmend für die bulgarische Bewegung scheint der Umstand zu sein, daß die Türkei Kriegsvorbereitungen trifft, die weit das Maß überschreiten, das zur Erstickung eines möglichen Aufstandes in Makedonien nötig wäre, sodaß also diese Kriegsvorbereitungen gegen Bulgarien gerichtet zu sein scheinen, zumal sie an der südöstlichen Grenze Bulgariens, im Wilajet Adrianopel, stattfinden, wo große Truppenmengen angehäuft werden, und wo höhere Offiziere des

türkischen Generalstabes die Grenze befestigen. Außerdem hatte die russische Regierung die Auflösung der beiden, in Makedonien den Aufstand schürenden, angeblich einander feindlichen Komitees als Vorbedingung jeder Reformation in Makedonien gefordert, und zwar als Antwort auf eine am 6. Februar von der bulgarischen Regierung an die Großmächte gerichteten Note.

21. Februar. Der türkischen Regierung wird vom russischen und vom österreichisch-ungarischen Botschafter eine die Reformen in den Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir betreffende Note überreicht, die folgende Forderungen enthält:

Um den Erfolg der dem Generalinspektor anvertrauten Aufgaben zu sichern, wird dieser seinen Posten für eine Reihe von Jahren erhalten, die im voraus zu bestimmen ist. Vor Ablauf dieser Periode darf er nicht abberufen werden, ohne daß die Mächte vorher darüber zu Rate gezogen worden sind. Er wird das Recht haben, wenn es die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe erfordert, über die ottomanischen Truppen zu verfügen, ohne in jedem einzelnen Falle an die Zentralregierung herantreten zu müssen. Die Valis werden verpflichtet sein, sich den Instruktionen des Generalinspektors streng zu fügen.

Für die Reorganisation der Polizei und der Gendarmerie wird die ottomanische Regierung sich des Beistandes auswärtiger Fachmänner zu bedienen haben. Die Gendarmerie wird aus Christen und Muselmanen in einem der Zusammensetzung der Bevölkerung der betreffenden Ortschaften entsprechenden Verhältnisse gebildet. Die Feldhüter werden dort den Christen entnommen, wo die Majorität der Bevölkerung christlich ist.

Um das regelmäßige Funktionieren der lokalen Einrichtungen sicherzustellen, wird in jedem Wilajet ein Budget der Einnahmen und Ausgaben aufgestellt werden. Die Einkünfte der Provinzen, die von der kaiserlich ottomanischen Bank zu kontrollieren sind, werden in erster Reihe für die Bedürfnisse der Lokalverwaltung, inbegriffen die Bezahlung der Zivil- und Militärgehalte, bestimmt sein. Die Art der Erhebung des Zehntens wird abgeändert und die Generalverpachtung abgeschafft werden.

Ende Februar. Ueber die Zustände in Makedonien bringt der russische „Regierungsbote" einen Auszug aus Berichten des russischen Konsuls in Monastir.

Darin heißt es, der Konsul habe auf Weisung des Botschafters Sinowjeff die dortigen Christen amtlich davon verständigt, daß die russische Regierung die Handlungsweise der makedonischen Komitees streng verurteile und den Teilnehmern an den Unruhen keinen Schutz gewähren werde. Eine gleiche Erklärung wurde an die Mitglieder des Komitees gerichtet mit der Aufforderung, ihre verbrecherische Tätigkeit einzustellen und die Verwirklichung der von den Mächten vorgeschlagnen Reformen nicht zu verhindern. Wie der Konsul weiter berichtet, nahmen die Leiter der aufständischen Bewegung die Erklärung mit größter Unzufriedenheit auf, weil das Reformprojekt sie durchaus nicht befriedigt und sie von einer Autonomie in den drei makedonischen Wilajets träumen, wobei sie gut bezahlte höhere Stellungen in der Verwaltung erhalten könnten. Um die Bevölkerung in der Unzufriedenheit zu erhalten und sie von neuem aufzureizen, werden die Banden fortgesetzt ergänzt. Die Leiter der Komitees sind aus allen Kräften bemüht,

die Verbreitung der Nachricht von der vom Sultan gewährten Amnestie und den durch die Pforte in Angriff genommnen Verbesserungen, die das Leben der Christen in den drei Wilajets betreffen, zu verhindern. Da die Tätigkeit der Banden dabei fortdauert, sind Zusammenstöße mit türkischen Truppenabteilungen nicht selten.

Anfang März. Zum Generalinspektor für die Ausführung der Reformen in Makedonien wird Hussein Hilmi Pascha ernannt.

29. März. Eine bulgarische Bande verübt in der Gegend von Saloniki Greueltaten.

31. März. Eine größere Bande von Albanesen hat bei Mikrowiza (am Nordabhange der nordalbanischen Alpen) heftige Kämpfe mit türkischen Truppen, wobei der russische Konsul Schtscherbina getötet wird.

2. April. Hierüber drückt der Großvezier Ferid Pascha dem russischen Botschafter das lebhafteste Bedauern des Sultans aus.

5. April. Den von Oesterreich-Ungarn und Rußland getanen Schritten bezüglich einer bessern Ueberwachung der Tätigkeit der makedonischen Komitees und besserer Grenzbewachung schließen sich auch die andern Großmächte an.

15. April. Kampf zwischen einer bulgarischen Bande und türkischen Truppen in der Gegend von Monastir. — Ein Erlaß der Pforte wegen Herstellung geordneter Zustände wird in den makedonischen Wilajets Saloniki, Monastir und Uesküp bekannt gemacht, sowie der russischen und österreichisch-ungarischen Botschaft mitgeteilt.

1. Mai. In Saloniki werden mehrere Angriffe mittels Dynamitbomben verübt, eine Tat, die bulgarischen Revolutionären beigemessen wird.

4. Mai. Ueber Saloniki wird das Standrecht verhängt.

7. Mai. Eine scharfe Note der türkischen an die bulgarische Regierung über die Vorgänge bei Saloniki wird von dieser mit der Ablehnung aller Verantwortlichkeit und dem Vorwurfe, die Grenzen nicht genügend bewachen zu lassen, erwidert.

9. Mai. Marschall Ruschdi Pascha kämpft gegen die Aufständischen in Nordalbanien.

20. Mai. Heftiger Kampf zwischen Albanesen und türkischen Truppen bei Mogila in der Ebene nördlich von Monastir.

22. Mai. Heftiger Kampf zwischen Bulgaren und Türken in der Nähe von Monastir.

7. Juli. Die Pforte sendet den Botschaftern in Wien, Petersburg und Paris eine Note, in der sie die bulgarische Note widerlegt und erklärt, daß der Zweck aller bisherigen maßvollen militä-

rischen Vorkehrungen die Unterdrückung des fortdauernden Bandenunwesens sei, weil die Pforte keine kriegerischen Absichten hege.

3. August. In der Festung von Saloniki findet eine zerstörende Explosion statt, die auf bulgarische Aufständische zurückgeführt wird.

5. August. Die Pforte teilt dem russischen und dem österreichischen Botschafter mit, daß in den Wilajets Monastir und Uesküp sechzehn neue bulgarische Banden aufgetreten seien.

Ferner weist die Pforte auf die Reformen hin, die bereits zugunsten der christlichen Untertanen in den europäischen Provinzen durchgeführt worden sind, und hebt dabei die Reorganisation der Gendarmerie unter Hinzuziehung christlicher Mannschaften und fremder Offiziere hervor, die ihre Tätigkeit bereits begonnen hätten. Auch auf dem Gebiete der öffentlichen Bauten und des Unterrichts seien Fortschritte erzielt worden. Jedoch wären viele Reformen durch die Tätigkeit der bulgarischen Komitees verzögert, die ihrer Ausführung absichtlich Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Die Pforte führt eine Reihe von Fällen auf, wo Soldaten und Offiziere streng bestraft wurden, die einen, weil sie Ausschreitungen begangen, die andern, weil sie sie nicht verhindert hatten. Sodann lenkt die Pforte die Aufmerksamkeit der Mächte auf die unbegründeten Klagen, die oft von Makedoniern bei den örtlichen Konsuln erhoben werden, und durch die man zugleich die öffentliche Meinung in Europa gegen die Türkei zu beeinflussen suche.

6. August. Das Blatt „Autonomie" in Sofia, auswärtiges Organ der makedonischen Revolutionsorganisation, teilt mit, daß infolge des Aufrufs, in dem der allgemeine Aufstand zum 2. August verkündigt war, die Aufständischen doch nur die Gegend um Monastir beherrschten.

9. August. Abermals teilt die Pforte der russischen und der österreichischen Botschaft eine Reihe von Greueltaten bulgarischer Aufständischer mit.

10. August. Die russische Regierung verlangt wegen der am 8. August erfolgten Ermordung des russischen Konsuls Rostkowski in Monastir Genugtuung, worauf der Sultan in einem Telegramm an den Zaren sein tiefstes Bedauern mit der Versicherung ausspricht, daß alles geschehen werde, was solch ein verabscheuungswürdiges Verbrechen als geboten erscheinen lasse.

12. August. Bulgarische Aufständische töten in Kruschewo und Kitschewo fast alle Türken und zerstören die Bahnbrücke bei Florina.

16. August. Die Aufständischen zerstören vier Dörfer im Bezirk Saloniki.

20. August. Das an der portugiesischen Küste manövrierende englische Geschwader wird in die Gegend von Saloniki beordert.

24. August. Nachdem die Pforte alle russischen Forderungen wegen der Ermordung Rostowskis erfüllt hat, kehrt das von Iniada (an der Westküste des Schwarzen Meeres) liegende russische Geschwader in das Schwarze Meer zurück.

25. August. Aufständische unternehmen bei Kuleli-Burgas einen Angriff mit Dynamit auf den von Wien kommenden Bahnzug.

Ende August. Der Aufstand bricht auch im mittlern Makedonien aus, im Stromgebiete des Struma (Strymon), der zwischen der Halbinsel Hagion Oros und der Insel Thasos mündet.

3. September. Beim Empfange von nichtmohammedanischen Würdenträgern äußert der Sultan, er wisse, daß die in einigen Provinzen ausgebrochne Bewegung nicht auf inländische, sondern auf äußere Anstiftungen zurückzuführen sei. Er hoffe, daß die Bewegung durch energische Maßregeln bald unterdrückt sein werde, er bedaure auch, daß einige Soldaten Gewalttaten begangen hätten, doch könne man sicher sein, daß dies nicht auf seinen Befehl geschehen sei.

11. September. Die Bevollmächtigten der innern makedonischen Organisation überreichen den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel eine Denkschrift, worin gedroht wird, daß die Aufständischen an der makedonischen Bevölkerung Rache üben und die Politik der Großmächte, die für zweideutig erklärt wird, dafür verantwortlich machen würden, falls die Türkei die Ausrottung des bulgarischen Elements nicht einstelle.

Mitte September. Türkische Truppen gehen mit Entschiedenheit gegen die Aufständischen im Bezirke von Monastir vor.

24. September. Die russische Regierung läßt den Aufständischen wissen, daß sie auf die Einmischung einer fremden Macht zu ihren Gunsten nicht rechnen könnten.

4. Oktober. Auf die Mitteilungen der zwei Großmächte antwortet die Pforte, indem sie den festen Willen ausspricht, Ruhe und Ordnung zum Wohle der Untertanen ohne Unterschied der Religion und des Stammes zu gewährleisten. Getreu ihrer Politik werde die Pforte die vollständige Durchführung der angeordneten Maßnahmen und die Ausführung der Befehle überwachen, die im Interesse der Einwohner und des Schutzes ihres Besitzes sowie der Ausübung einer unparteiischen Justiz erteilt werden. Die Pforte hebt jedoch noch einmal hervor, daß, wenn das beschlossene Programm bisher nicht vollständig ausgeführt werden konnte, daran einzig die bulgarischen Agitatoren schuld seien, die alles versuchten, um durch die ärgsten Missetaten die Tätigkeit der Behörden zu behindern und zunichte zu machen. Die Unterdrückung der Bewegung, wofür die Pforte die Truppen verstärken mußte, werde leicht gelingen, wenn in Bulgarien die Bildung von Banden und deren Grenzübertritt nicht geduldet werde. Banden, die auf der einen Seite zerstreut seien, drängten auf der andern Seite wieder ein und verleiteten die Einwohner gegen ihren Willen und gegen ihr Interesse. Die friedlichen Absichten der Pforte seien zu bekannt, um angezweifelt zu werden, aber obgleich in Sofia feste Versprechungen gemacht seien, setze die bulgarische Regierung die Rüstungen fort, deshalb müßten die Mächte, die dieselbe Friedensliebe bekunden, darauf dringen, daß Bulgarien seinen Pflichten nachkomme.

22. Oktober. Der russische und der österreichisch-ungarische Botschafter überreichen der Pforte die zwischen den Ministern des Aeußern Grafen Goluchowski und Grafen Lambsdorff in Mürzsteg getroffnen Vereinbarungen, die folgenden Punkte enthalten:

1. Um eine Kontrolle der Stetigkeit der ottomanischen Lokalbehörden in betreff der Anwendung der Reformen herzustellen, sind bei dem Generalinspektor Hilmi Pascha Zivilagenten Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu ernennen, die den Generalinspektor überallhin zu begleiten, seine Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse der christlichen Bevölkerung zu lenken, ihm die Mißbräuche der Lokalbehörden anzuzeigen, die bezüglichen Ratschläge der Botschafter in Konstantinopel zu übermitteln und ihre Regierungen von allem zu unterrichten haben, was im Lande vorgeht. Als Hilfsorgane dieser Agenten werden Sekretäre und Dragomane bestellt werden, denen die Ausführung ihrer Anordnungen obliegt, und die zu diesem Zwecke ermächtigt sind, in den Bezirken Rundreisen zu machen, um die Bewohner der christlichen Dörfer zu befragen, die Lokalbehörden zu überwachen usw. Da die Aufgabe der Zivilagenten darin besteht, für die Einführung der Reformen und die Beruhigung der Bevölkerung zu sorgen, so wird ihr Mandat zwei Jahre nach ihrer Ernennung erlöschen. Die Hohe Pforte wird den Lokalbehörden auftragen, diesen Agenten alle Erleichterungen zu gewähren, damit sie ihre Mission erfüllen können. 2. Da die Reorganisation der christlichen Gendarmerie und Polizei eine der wesentlichen Maßregeln zur Pazifizierung des Landes darstellt, ist es dringend geboten, von der Pforte die Durchführung dieser Reformen zu verlangen. Es ist wünschenswert, folgende Abänderungen und Ergänzungen des ursprünglichen Reformprogramms vorzunehmen: a) Die Aufgabe der Reorganisation der Gendarmerie in den drei Wilajets wird einem im Dienste der ottomanischen Regierung stehenden General fremder Nationalität anvertraut, dem die Offiziere der Großmächte an die Seite gegeben werden, die untereinander die Bezirke aufteilen werden, wo sie ihre Tätigkeit als Kontrollorgane, Instruktoren und Organisatoren bezeigen können. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, auch das Vorgehen der Truppen gegen die Bevölkerung zu überwachen. b) Diese Offiziere können, wenn es ihnen notwendig erscheint, die Zuteilung einer gewissen Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren fremder Nationalität verlangen. 3. Sobald eine Beruhigung des Landes festgestellt wird, ist von der ottomanischen Regierung eine Aenderung in der Begrenzung der Verwaltungsbezirke im Sinne einer regelmäßigern Gruppierung der verschiednen Nationalitäten zu verlangen. 4. Gleichzeitig ist die Reorganisation der administrativen und gerichtlichen Einrichtungen zu verlangen, bei denen es wünschenswert erscheint, den eingebornen Christen den Zugang zu eröffnen und die Entwicklung der lokalen Autonomien zu begünstigen. 5. In den Hauptorten der Wilajets sind zur Untersuchung der während der Unruhen begangnen politischen und andern Vergehen unverzüglich gemischte Kommissionen einzusetzen, die aus einer gleichen Zahl von christlichen und mohammedanischen Delegierten bestehen werden. An diesen Kommissionen werden die Konsularvertreter Oesterreich-Ungarns und Rußlands teilnehmen. 6. Von der türkischen Regierung ist die Anweisung besondrer Beträge zu verlangen: a) für die Wiedereinsetzung der nach Bulgarien und anderwärts geflüchteten Bewohner in ihre Heimatsorte; b) für die Unterstützung der Christen, die ihre Habe und ihr Heim verloren haben; c) für die Wiederherstellung der von den Türken während des Aufstandes zer-

störten Häuser, Kirchen und Schulen. Die Kommissionen, denen christliche Notabeln angehören werden, werden über die Verteilung der Summen entscheiden.

3. November. Die Pforte antwortet auf vorstehende Reformdenkschrift der Ostmächte. Sie sucht darin festzustellen, daß ein Teil der Reformen durchgeführt sei. An der vollständigen Durchführung sei die Pforte durch das Treiben der Komitees gehindert worden. Sie geht über die Hauptpunkte der Reformforderungen mit Stillschweigen hinweg. Deutlich ausgesprochen wird nur die Annahme zweier Punkte: nämlich die verlangte Steuerbefreiung und die Demobilisierung der Ilawe-Bataillone. Auf Wunsch der Mächte habe die Pforte sogar fremde Offiziere angestellt.

25. November. Der russische Botschafter in Konstantinopel teilt im Auftrage seiner Regierung der Pforte mit, daß die beiden Ostmächte auf der unveränderten Annahme der Reformforderungen vom 22. Oktober beständen, und er macht zugleich darauf aufmerksam, daß die Forderungen der übrigen Großmächte weitergehen würden. — Auf die Note der Botschafter antwortet die Pforte:

Sie nehme Akt von den Versicherungen, die ihr über die vollständige Wahrung der Souveränitätsrechte, die Aufrechterhaltung des bestehenden Standes, Achtung der Behörden und für das Prestige des Reiches gegeben seien, ebenso wie von den Erklärungen über den provisorischen Charakter und die auf zwei Jahre beschränkte Geltungsdauer der Ergänzungsbestimmungen, die zur Sicherstellung der Ausführung der auf Vorschlag der beiden Regierungen im Februar angenommnen Reformen getroffen seien, an deren Durchführung die Hohe Pforte in loyaler Weise festhalte. Die Pforte erklärt ferner, sie nehme im Prinzip die neun im Memorandum vom 22. Oktober aufgezählten Punkte an, behalte sich jedoch vor, in Verhandlungen über deren Inhalt einzutreten, und sich über die Einzelfragen ihrer Anwendung zu verständigen, um sie mit dem ersten und zweiten Punkt des Programms, mit der Unabhängigkeit und den Souveränitätsrechten, dem Prestige der Regierung und dem bestehenden Zustande in Einklang zu bringen.

II.

Bulgarien.

27. März. Das Ministerium Danew tritt zurück, formell infolge einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kriegsminister und seinen Kollegen, im Grunde aber infolge eines Zwiespalts der Minister mit dem Fürsten, der den makedonischen Komitees wohlwollte, während Danew deren Verfolgung ernstlich nahm und es aufrichtig mit Rußland hielt. Der Kriegsminister Paprikow hatte die Makedonier nach Möglichkeit gewähren und ihnen zugunsten hinsichtlich der Grenzüberwachung durch die Finger sehen lassen. — Die Sobranje

verlangt stürmisch Mitteilung der Gründe des Rücktritts des Ministeriums, erhält aber keine Antwort.

28. März. Danew wird aufs neue mit der Bildung des Ministeriums betraut. Paprikow tritt zurück; an seine Stelle wird Pawow Kriegsminister.

20. Mai. Bildung eines neuen Ministeriums mit General Petkow an der Spitze.

31. Mai. Es findet die feierliche Einweihung des Hafens von Burgas in Anwesenheit des Fürsten Ferdinand statt. Bei dem aus diesem Anlaß veranstalteten Festmahl hält der Fürst eine Rede, in der er auf die große Bedeutung des Hafens für die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens hinweist, das sich damit den ältern und begünstigtern Nationen nähere. Bulgarien öffne weit seine Tore, um mit allen Völkern in Beziehung zu treten, und bemühe sich, indem es deren Unterstützung suche, ein mächtiger Faktor des Orients zu werden. Ein treuer Kämpfer des Friedens, sei Bulgarien glücklich, den andern Nationen eine Stätte der Eintracht und ein mächtiges Mittel für das Gedeihen der ganzen Menschheit zu sein. Weiter erklärt der Fürst, er sehe in der Festlichkeit die teilweise Verwirklichung seines Programms, dessen Grundlagen der Friede und Fortschritt seien. Sodann dankt der Fürst den diplomatischen Vertretern und den Kommandanten der zur Bezeugung internationaler Sympathie in den bulgarischen Gewässern anwesenden fremden Schiffe für ihr Erscheinen und schließt: Das geschaffne Werk eröffnet einen neuen dem europäischen Handel gastfreundlichen Zugang zum Schwarzen Meere.

29. Juni. Die bulgarische Regierung versendet ein Rundschreiben an die Großmächte.

In der Note wird betont, daß die Regierung alle möglichen Maßregeln getroffen habe, um die Gemüter in Bulgarien zu beruhigen und auf dem Boden des Fürstentums alle Unternehmungen zu verhindern, die die revolutionäre Bewegung in den makedonischen Provinzen zu fördern vermöchten. Ueberdies habe die bulgarische Regierung der Pforte eine gemeinsame Tätigkeit bei dem Werke der Beruhigung der bezeichneten Gebiete vorgeschlagen und zu diesem Zwecke an die türkische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, den Verfolgungen des bulgarischen Elements in den genannten Provinzen ein Ende zu setzen und die gebotnen Reformen durchzuführen. Die türkische Regierung habe aber mit der Begründung, die Grenzen gegen das Eindringen bewaffneter Banden wirksamer schützen zu wollen, ihre Truppen an der Grenze in hohem Maße verstärkt und behaupte, daß die revolutionäre Bewegung von Bulgarien genährt werde; sie suche auf diese Weise die Verantwortung für diese Bewegung der fürstlichen Regierung aufzubürden und dadurch im Fürstentum eine Strömung hervorzurufen, die einen bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Ländern herbeiführen könnte. Die Lage habe sich infolgedessen mehr als je verschärft. Während die fürstliche Regierung im Vertrauen auf die Versprechungen der Pforte und auf die Beschlüsse der Groß-

mächte eine friedliche Lösung der Reformfrage erwarte, sammle die türkische Regierung Truppen an der bulgarischen Grenze, um beim ersten sich ergebenden Zwischenfall eine militärische Aktion einzuleiten. Dieser Stand der Dinge zwinge die bulgarische Regierung, ihrerseits Vorkehrungen gegen ein etwaiges Eindringen türkischer Truppen in bulgarisches Gebiet zu treffen. In Anbetracht dessen läßt die bulgarische Regierung im Interesse des Friedens an die Regierungen der Mächte die Bitte richten, bei der Pforte energische Schritte zu unternehmen, um sie zur Aufhebung der militärischen Konzentrierungsmaßregeln und zur ungesäumten Durchführung der Reformen in den an das Fürstentum grenzenden Provinzen zu bestimmen.

8. Juli. Die österreichisch-ungarische Regierung richtet an das bulgarische Ministerium eine ernste und entschiedne Mahnung, keine unüberlegten Schritte zu wagen, da die Türkei durchaus keine übermäßigen Truppenansammlungen an der bulgarischen Grenze vornehme. Dieser Mahnung schließt sich Rußland an.

16. Juli. Die Pforte zeigt der bulgarischen Regierung an, daß sie zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien beschlossen habe, einige gegen das Bandenunwesen getroffne Maßnahmen aufzuheben und die in Haft befindlichen verdächtigen Bulgaren in Freiheit zu setzen, einen Teil der an der Grenze befindlichen türkischen Truppen zurückzuziehen, einige Bataillone zu verabschieden, die Wiedereröffnung der geschlossenen Kirchen und Schulen zu gestatten und einige Wünsche Bulgariens betreffend Kirche und Schule zu erfüllen. Die bulgarische Regierung gibt gleichfalls die bestimmte Erklärung ab, daß es stets ihr Wunsch gewesen sei, in freundschaftlichen Beziehungen zur türkischen Regierung zu stehen. Die militärischen Maßnahmen der bulgarischen Regierung werden aufgehoben.

10. August. Die Regierung erläßt strenge Befehle zur Verhütung des Ueberschreitens der türkischen Grenzen durch bewaffnete Banden.

16. August. Der friedlichere Zustand mit der Türkei ist nicht von langer Dauer: die bulgarische Regierung läßt den auswärtigen Vertretungen in Sofia eine Denkschrift zustellen, die viele Anklagen gegen die Pforte enthält.

15. September. Angesichts wiederholter Greueltaten in Makedonien richtet die Regierung an die Großmächte eine Note, in der sie erklärt, daß, falls der Ausrottung des bulgarischen Elements nicht Einhalt geboten würde, Bulgarien sich gezwungen sehen würde, seinerseits geeignete Maßregeln zu treffen. — Gleichzeitig ruft die Regierung 8000 Mann Reserven unter die Waffen zur Verstärkung der Grenzdivisionen, um in wirksamer Weise den Uebertritt von Banden Aufständischer zu verhindern.

15. November. Fürst Ferdinand eröffnet die neugewählte Sobranje.

In der Thronrede weist er darauf hin, daß die Ereignisse dieses Sommers die Regierung zu außerordentlichen Ausgaben genötigt hätten, die aber unumgänglich gewesen seien, um die Armee auf den Stand zu setzen, den sie als Wächterin über die Unverletzlichkeit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes haben müsse. Die Regierung werde alle ihre Bemühungen darauf richten, die bestehenden guten Beziehungen zu erhalten und weiter zu entwickeln mit der großen Befreierin Rußland und den andern Großmächten, ganz besonders aber auch mit den Nachbarstaaten.

4. Dezember. In der Sobranje erklärt der Ministerpräsident:

Bulgarien werde immer bestrebt sein, mit den Nachbarländern in Frieden zu leben. Es werde dem natürlichen Laufe der Begebenheiten und den Wünschen des europäischen Konzerts folgen; es werde sich zu keiner den Landesinteressen zuwiderlaufenden Politik verstehen und habe nie Eroberungspolitik getrieben; die makedonische Frage müsse mit Hilfe der Mächte gelöst werden. Bulgarien wolle nur die wirtschaftliche und materielle Besserung der Lage der makedonischen Brüder herbeiführen.

Die Sobranje bewilligt $^1/_2$ Million Franken zur Unterstützung der makedonischen Flüchtlinge.

18. Dezember. Die mahnenden Worte, die Kaiser Franz Joseph und dann in schärferer Weise Graf Goluchowski in den Delegationen an die Adresse Bulgariens richteten (S. 219 u. 220), veranlassen den Ministerpräsidenten General Petrow zu einer öffentlichen Erklärung über die Politik des Fürstentums in der makedonischen Frage. Er versichert die Friedensliebe und Selbstgenügsamkeit Bulgariens und hofft das beste von den österreichisch-russischen Reformvorschlägen.

III.

Kreta.

18. Mai. Der Oberkommissar Prinz Georg von Griechenland wird auf seinem Wege von Chalepa zur Kammer von den lebhaftesten Zurufen der Bevölkerung für die Vereinigung der Insel mit Griechenland empfangen. Seine Ansprache zur Eröffnung der Sitzungsperiode schließt mit der Erklärung, er werde nicht aufhören, bei den Schutzmächten Kretas für die Erfüllung der legitimen Wünsche des kretensischen Volkes einzutreten. Die Kammer begleitet diese Worte des Prinzen mit lebhaftem Beifall. Die Kammer faßt sodann einen Beschluß, in dem es heißt:

Da alle Befreiungskämpfe Kretas die Vereinigung mit Griechenland zum Ziele hatten und das gegenwärtige Uebergangsstadium gezeigt hat, daß das kretensische Volk der Erfüllung seiner alten Sehnsucht würdig sei, und da ferner Kreta für sich allein infolge der Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht bestehen kann, so richtet die Kammer

an die Schutzmächte die inständige Bitte, das berechtigte Verlangen des kretensischen Volkes zu erhören. Die Kammer bittet ferner den Prinzen Georg von Griechenland, Oberkommissar von Kreta, diesen Beschluß seinen Mandanten zu übermitteln und zu befürworten.

Den Konsuln der Schutzmächte wird ein von einer Volksversammlung gefaßter Beschluß, betreffend die Union mit Griechenland, durch Abordnungen übergeben. Die Kammer beschließt ferner, daß in sämtlichen staatlichen und Gemeindeämtern neben dem Bilde des Prinzen-Oberkommissars das Bild des Königs der Hellenen mit der Unterschrift „Unser König" anzubringen sei.

Rumänien.

2. Januar. Im Laufe der allgemeinen Beratung des Budgets in der Kammer weist der Finanzminister auf den Unterschied zwischen der finanziellen Lage vor zwei Jahren und der heutigen hin. Das von den Liberalen aufgestellte Budget reiche vollkommen für die normalen Bedürfnisse des Staates aus. Die großen Manöver der beiden letzten Jahre hätten bewiesen, daß sich die militärische Ausbildung unter der Herrschaft der verringerten Budgets verbessere. Die Regierung wünsche, daß ausländische Kapitalien ins Land kämen, aber nur wenn sie zu ehrlicher Arbeit, nicht wenn sie zu schädlichen Spekulationen verwandt würden.

4. April. Die Tagung des Parlaments wird mit einer königlichen Botschaft geschlossen, in der gesagt wird:

Die Tagung war für das Land eine der fruchtbarsten und nützlichsten. Die Gesundung der Staatsfinanzen, an der Sie im Einvernehmen mit meiner Regierung seit der ersten Versammlung mit unermüdlichem Eifer gearbeitet haben, hat die befriedigendsten Resultate gezeitigt. Durch eine in den richtigen Grenzen sich haltende Verminderung der Staatsausgaben hat man das Defizit aus dem Budget beseitigt, das Staatsbudget auf der Basis der Ueberschüsse aufgebaut, den Kredit des Landes auf festen Grundlagen wieder hergestellt und die provisorische Anleihe im Betrage von 175 Millionen konsolidiert. Ihre Fürsorge hinsichtlich der Sicherung der Zukunft ist jedoch weiter gegangen. Sie haben seit Beginn der Session das dritte reduzierte Budget bewilligt, um das unerschütterliche Gleichgewicht im Staatshaushalte aufrechtzuerhalten. Sie haben das Gesetz über die allgemeine Rechnungslegung einer genauen Revision unterzogen, um eine verfassungsmäßige Verwaltung zu sichern, und über die Verwendung der Staatsgelder beraten. Sie haben die für die Konsolidation und Entwicklung des Landes notwendigen Ausgaben bewilligt nicht durch Emission von Rente, sondern durch kluge Verwendung der Ueberschüsse des Budgetjahres 1901/02 und den ersten Betrag dieses Ueberschusses zur Errichtung eines Unabhängigkeitsdenkmals bestimmt, um den großen, vor einem Vierteljahrhundert vollbrachten patriotischen Taten Ihre Huldigung darzubringen. Die große Unruhe, die auf uns allen begründetermaßen lastete, hat sich gelegt.

9. August. Besuch des Königs beim Kaiser von Oesterreich in Ischl.

22. August. Geburt eines zweiten Sohnes des Kronprinzen.

14. November. In einem Tagesbefehl an die Truppen spricht der König dem Heere seine Befriedigung für die eifrige Durchführung seiner 1902 getroffnen militärischen Neuerungen aus.

27. November. Der fünfundzwanzigste Jahrestag der Einverleibung der Dobrudscha in das Königreich Rumänien wird in Konstantza und in Tultscha mit großer Feierlichkeit begangen.

28. November. Die ordentliche Tagung der gesetzgebenden Körperschaften wird mit einer vom König verlesnen Botschaft eröffnet, in der es heißt, daß die Beziehungen zu allen Staaten fortdauernd gut seien. Durch seine kluge Haltung habe Rumänien bisher zur Aufrechterhaltung des Friedens beigetragen, ein Ziel, das von den Großmächten ohne Unterlaß verfolgt werde.

15. Dezember. In der Deputiertenkammer legt die Regierung das Budget für 1904—5 vor. Es weist eine Gesamteinnahme von 233890212 Franken gegen 225117000 Franken im Rechnungsjahre 1903—4 auf. Die Gesamtausgabe beträgt 226500000 Franken gegen 218500000 Franken im vergangnen Rechnungsjahre.

16. Dezember. Bei der Beratung der Kammer über die an den König zu richtende Antwort auf die Thronrede sprechen sich die Minister aufs schärfste gegen die Anhänger Cantakuzenos aus. Der Finanzminister verbreitet sich über die Tätigkeit der liberalen Regierung und schließt: Wir werden wissen, die Urheber der Unruhen zur Vernunft zu bringen. Die katilinarischen Gruppen sollen wissen: das junge Königreich Rumänien ist keine in Verfall begriffne römische Republik.

24. Dezember. Der König spricht einer Abordnung der Kammer seinen Dank für deren sorgfältige Behandlung der finanziellen Fragen aus.

Serbien.

12. Januar. Aus Anlaß des fünfundzwanzigsten Jahrestags der Einnahme der Stadt Nisch durch serbische Truppen erhält König Alexander ein Telegramm des Zaren, in dem dieser den Wunsch für das weitere Aufblühen des serbischen Heeres ausdrückt. In seinem Danktelegramm versichert der König den Zaren seiner heißen Wünsche für das Wohlergehen des Zaren sowie für den Ruhm und die Größe des russischen Heeres und Volkes. In Nisch wird der Jahrestag in Anwesenheit des Hofes und der Regierungsvertreter festlich begangen.

Die Feier beginnt mit einem Gottesdienst und Requiem zum Gedächtnis des vorigen Königs Milan und der im serbisch-türkischen Kriege Gefallnen. In einer Rede bei dem von der Stadt Nisch veranstalteten Festmahle zollt König Alexander seinem verstorbnen Vater, dem Könige Milan, großes Lob, dessen Scharfsinn vor fünfundzwanzig Jahren allein imstande gewesen sei, einen Krieg zu beginnen, der den ganzen europäischen Osten in Brand gesetzt und Serbiens Unabhängigkeit zur Folge gehabt habe. „Das Werk Milans — fährt der König fort — müssen wir fortsetzen. Serbien muß nunmehr innerlich erstarken. Nur wenn wir im Innern stark und einig sein werden, können wir der Gestaltung der auswärtigen politischen Geschehnisse ruhig und zuversichtlich entgegensehen. Serbien kann ruhig in die Zukunft blicken, weil seine und des serbischen Volkes Sache eine gerechte ist. Wir haben keine Eile und können daher nach wie vor ein Element des Friedens und der Ordnung auf dem Balkan bleiben; eben deshalb muß uns aber der entscheidende Augenblick vollkommen gerüstet antreffen. Alle Welt muß die Ueberzeugung erlangen, daß niemand auf dem Balkan auch nur einen Fußbreit erwerben kann, ohne daß auch Serbien seinen Anteil erhielte."

13. Februar. Wallfahrt des Königs Alexander nach der Ruhestätte seines Vaters, dem Kloster Kruschedol in Syrmien (südlich von Karlowitz). Er nebst Gemahlin Draga werden beim Betreten des ungarischen Bodens, bei Semlin, vom Banus von Kroatien, dem Grafen Khuen-Hedervary, begrüßt. Auf dessen Ansprache antwortet der König, er und die Königin seien ganz besonders erfreut, daß Kaiser Franz Joseph den Banus von Kroatien mit der Aufgabe betraut habe, sie zu bewillkommnen und ihnen das Geleit zu geben. Er, der König, erblicke hierin einen neuen Beweis der Freundschaft, die der Kaiser stets der Dynastie Obrenowitsch bekundet habe. In Kruschedol verweilt der König längere Zeit am Grabe seines Vaters.

7. März. Aus Anlaß der einundzwanzigsten Wiederkehr des Tages, an dem Serbien zum Königreich proklamiert wurde, findet im Schlosse zu Belgrad ein Diner statt. Der König trinkt auf das Wohl der in Serbien vertretnen Souveräne. Serbien, sagt er, sei glücklich, während dieser langen Zeit ein Element des Friedens und der Ordnung auf der Balkanhalbinsel gewesen zu sein, und wolle es auch fernerhin bleiben, wobei es auf die Unterstützung der Souveräne Europas rechnen zu dürfen glaube.

12. März. Das Blatt „Narodni Listi" meldet, der Kaiser von Rußland habe Serbien 10 Millionen Patronen für die dem Lande im Jahre 1893 von Kaiser Alexander III. geschenkten Gewehre geschenkt.

6. April. Infolge einer Ansammlung von 200 Handlungsgehilfen in Belgrad, die gegen eine Ministerialverordnung Verwahrung erheben, entsteht ein blutiger Kampf mit Militär.

7. April. König Alexander erläßt zwei öffentliche Ansprachen. In der einen wird darauf hingewiesen, daß der auf Grund der neuen Verfassung geschaffne Senat und die Skupschtina Gesetze beschlossen hätten, die sich als unzweckmäßig erwiesen. Die Verfassung habe durch Entfachung politischer Leidenschaften die Interessen des Vaterlandes geschädigt und seine staatliche und nationale Entwicklung gehindert. Die Verhältnisse auf dem Balkan seien sehr ernst. Serbien bedürfe der Ordnung, der Eintracht und des Friedens. Es solle als leuchtendes Beispiel von Friedensliebe gelten und dabei stets bereit sein, seine eignen wahren Interessen zu verfechten, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Um dem Vaterlande die Eintracht, Kraft und Ordnung wiederzugeben, suspendiere er, der König, die Verfassung vom 6. April 1901 und erkläre die Mandate der Senatoren für ungiltig. Die Proklamation besagt weiter, daß die Staatsräte zur Disposition gestellt werden und die Skupschtina aufgelöst wird. Mehrere Gesetze, darunter das Preßgesetz, das Gemeindegesetz, das nationale Wahlgesetz, werden aufgehoben und durch die entsprechenden frühern Gesetze ersetzt. Unmittelbar nach Ausfertigung von Verordnungen, durch die die neuen Senatoren und Staatsräte ernannt werden, erscheint die zweite Proklamation des Königs, in der die Verfassung von 1869 wieder in volle Geltung eingesetzt wird.

16. April. Im königlichen Palast zu Belgrad findet anläßlich der zehnten Jahreswende des Regierungsantritts des Königs ein Festmahl statt, bei dem der Ministerpräsident einen Trinkspruch auf den König und die Königin ausbringt. König Alexander erwidert und führt aus, bis zum Jahre 1896 habe längs des ganzen Balkans Ruhe geherrscht, heute jedoch sei die Lage ernst. Für alle Balkanvölker nahten verhängnisvolle Zeiten. Mit dieser Eventualität müsse Serbien rechnen und im gegebnen Augenblick den Beweis erbringen, daß es der großen Vorfahren würdig sei. Der König gedenkt seiner Verehelichung, die die Zustimmung des serbischen Volkes gefunden habe. Er betont schließlich, Serbien habe keine Zeit zum Experimentieren; deshalb sei er genötigt gewesen, mit seinen beiden letzten Proklamationen die bestehende Verfassung in ihren ursprünglichen Stand wiedereinzusetzen.

20. April. König Alexander spricht sich einem Vertreter der „Daily Mail" gegenüber also aus:

Die gegenwärtige Lage auf der Balkanhalbinsel ist außerordentlich ernst, obwohl ich vorderhand keine internationalen Verwicklungen

fürchte; doch bedeutet die erregte Stimmung der Albanesen eine sehr ernste Gefahr. Die makedonische Frage ist lange nicht so ernst wie die albanische, die die wahre Gefahr für den Frieden der Balkanhalbinsel bildet. Eine weitere Gefahr in der albanischen Lage ist die Anhäufung türkischer Truppen in Altserbien. Wenn dies noch viel länger so fortgeht, muß ich gleiche Vorsichtsmaßregeln treffen, obwohl Serbien niemals die Initiative ergreifen wird. Trotzdem, wenn die andern Balkanstaaten vorgehen, wird und kann Serbien nicht zusehen, sondern muß seine eignen Interessen beschützen. Die ausländische Presse ignoriert die ernste Lage und bringt irreführende Darstellungen, wie zum Beispiel bezüglich meines jüngsten Staatsstreichs. Dieser war einfach eine gegen den schädlichen Einfluß der radikalen Partei im Lande gerichtete Maßregel; ein solcher Schritt war notwendig, da es hier anders als in England ist, wo die je im Amt befindliche Partei gerecht regiert. In Serbien hatte die radikale Partei totale Gewalt über das Volk erlangt und die gerechte Wahl von Deputierten der andern Partei unmöglich gemacht. Deshalb mußte ich die Verfassung von 1901 beseitigen, um diesen äußerst schädlichen Zustand zu neutralisieren. Auf die Frage, ob der Hauptzweck des Staatsstreichs die Bestimmung eines Thronerben gewesen sei, erwidert der König Alexander: Das ist eine infame Erfindung! Ich bin erst 27 Jahre alt und kann noch einen natürlichen Erben haben, und falls nicht, ist es in 20 Jahren zur Bestimmung eines solchen Zeit. Außerdem wäre das jetzt ein Signal zum Auftauchen vieler Prätendenten, sowie von Verschwörungen und Intriguen. Ueberdies fügt der König lächelnd hinzu: „Warum soll ich mit 27 Jahren einen Erben wählen?"

7. Juni. König Alexander verleiht seinem Ministerpräsidenten General Markowitsch das Großkreuz des Ordens Miloschs des Großen, des höchsten serbischen Ordens.

11. Juni. König Alexander und Königin Draga werden Nachts von Offizieren des serbischen Heeres auf grausame Weise ermordet. Außerdem werden erschossen: die Brüder der Königin Draga, Nikola und Nikodem Lunjewitza, der Ministerpräsident General Markowitsch, der Kriegsminister General Pawlowitsch, der Generaladjutant General Lasar Petrowitsch, der zweite Adjutant Generalstabsoberst Naumowitsch, der Ordonnanzoffizier Milkowitsch und Leutnant Gagowitsch. Schwer verwundet wird der frühere Minister des Innern Theodorowitsch und der Kommandant der Donaudivision, Nikolitsch.

Morgens nach 7 Uhr erscheint folgende Proklamation:

„An das serbische Volk! Heute Nacht sind König Alexander und Königin Draga erschossen worden. In diesem ernsten und schicksalsschweren Augenblick haben sich die Freunde unsers Vaterlands und unsers Volks geeinigt und eine neue Regierung gebildet. Indem die Regierung dies dem serbischen Volke bekannt gibt, ist sie überzeugt, daß sich das serbische Volk um sie scharen und ihr verhelfen werde, daß im Lande überall die Ordnung und Rechtssicherheit aufrechterhalten bleibe. Die Regierung verlautbart hiermit, daß vom heutigen

Tage die Verfassung vom 6. April 1901 mit allen Gesetzen, die bis zum 25. März d. J. alten Stils in Geltung waren, in Kraft tritt. Die mit der Proklamation vom 24. März alten Stils aufgelöste nationale Volksvertretung wird für den 2. Juni alten Stils, das ist der 15. Juni neuen Stils, nach Belgrad einberufen." Es folgen die Unterschriften der neuen Minister, die Awakumowitschs als Ministerpräsidenten ohne Portefeuille.

Das neue Ministerium veröffentlicht ferner folgende Mitteilung: „Verschiedne Zwistigkeiten, die sich am Hofe ereignet haben, haben die Intervention der Armee und einen Konflikt hervorgerufen, in dem König Alexander und Königin Draga den Tod gefunden haben. Zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung im Lande in diesem traurigen und schwierigen Augenblicke haben sich die Vertreter aller politischen Gruppen verständigt und eine provisorische Regierung gebildet, damit der verfassungsmäßige Zustand, wie er vor dem 23. März bestand, wiederhergestellt werde. Sie haben beschlossen, die Nationalversammlung, die unter Geltung der Verfassung vom 6. April gewählt wurde, zu einer Sitzung einzuberufen. Die Nationalversammlung wird zur Wahl eines Souveräns schreiten und andre Beschlüsse, die die gegenwärtige innere Lage erheischt, fassen. Nach den bis jetzt von den militärischen und Zivilbehörden erhaltnen Nachrichten ist die Ruhe im Lande nirgends gestört worden. Die Regierung wird bestrebt sein, dieselbe aufrecht zu erhalten. Die Regierung ist überzeugt, daß, indem sie in der Weise handelt, sie dem neuen Zustand der Dinge die Sympathie aller europäischen Mächte sichern wird."

Ein Teil des serbischen Heeres spricht sich für den Prinzen Peter Karageorgiewitsch als König aus. (Er ist der Sohn des frühern Fürsten Alexander Karageorgiewitsch von Serbien, der 1858 abgesetzt wurde und 1885 starb. Er ist 1846 geboren, steht also jetzt im 57. Lebensjahre und war seit 1883 vermählt mit der Prinzessin Zorka, einer Tochter des Fürsten Nikolai von Montenegro. Im Januar v. J. erließ der Prätendent einen Aufruf an seine Landsleute, worin er sie an die außerordentlichen Verdienste seines Großvaters Karageorge um die Befreiung Serbiens vom türkischen Joche erinnert. Er wies darauf hin, daß zur Zeit des größten Elends des serbischen Volks, unter dem Drucke türkischer Sklaverei, Karageorge der heldenmütige Mann gewesen, der es gewagt habe, an der Spitze einer kleinen Schar den Verzweiflungskampf gegen das mächtige Osmanenreich aufzunehmen und zu einem glücklichen Ende zu führen. Er forderte die Serben schließlich auf, durch Errichtung eines Nationaldenkmals jenen Aufstand und die Gründung der Dynastie Karageorgiewitsch zu feiern.)

15. Juni. Die Skupschtina tritt zusammen. Ihr und dem Senate unterbreitet die neue Regierung folgende Erklärung: „Als wir von dem Ereignis, bei dem der frühere König Alexander seinen Tod gefunden hat, Kenntnis erhielten, traten wir sofort zu einer Besprechung zusammen, um darüber zu beraten, was im Interesse des Landes und des Volks unter den durch diesen Vorfall geschaffnen Verhältnissen zu tun sei. Das Ergebnis dieser Beratung war die Bildung der Regierung, wie dies dem serbischen Volke in der Amtszeitung vom 29. Mai (alten Stils) mitgeteilt wurde. Die Regierung, die auf diese Art die Leitung des Vaterlands übernahm, erachtete es für ihre erste und wichtigste Pflicht, für die Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit im Lande Sorge zu tragen und die nationale Volksvertretung behufs Vornahme der Königswahl einzuberufen. In der Ueberzeugung, daß diese Wahl auf streng verfassungsmäßigem Wege vor sich gehen müsse, hat die Regierung die Verfassung vom 6. April 1901 wieder in Kraft gesetzt und mit ihr auch die Gesetze, die vor dem Staatsstreiche vom 24. März in Geltung waren. Darauf hat die Regierung die heutige nationale Volksvertretung einberufen, die auf verfassungsmäßigem Wege gewählt und zusammengesetzt wurde. Die Regierung konstatiert mit Befriedigung, daß sie unterstützt wurde durch die selbstbewußte Haltung des serbischen Volks und der patriotischen heldenmütigen serbischen Armee, die im Lande vollkommene Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten hat; sie ist überzeugt, daß sie dadurch in diesem ernsten Augenblicke ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande erfüllt hat. Es überläßt nun die Regierung der nationalen Volksvertretung sowohl die Beurteilung des Ereignisses vom 29. Mai als auch die Tätigkeit dieser Regierung nach jenem Ereignisse. Gleichzeitig eröffnet die Regierung hiermit die Sitzung der konstituierten nationalen Volksvertretung und fordert diese auf, auch ihrerseits ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun, die Wahl des Königs vorzunehmen und ihre Entscheidung hinsichtlich der Verfassung zu bringen. In diesem Sinne begrüßt die Regierung die nationale Volksvertretung mit dem Wunsche, ihre Wirksamkeit möge dem Lande Glück und Fortschritt bringen. Es lebe das serbische Volk."

Beide Kammern der Landesvertretung wählen in gemeinsamer Sitzung einstimmig den Prinzen Peter Karageorgiewitsch in Genf zum König. — Auf die Depesche der Regierung, mit der der Ministerpräsident Awakumowitsch dem Prinzen Peter die vollzogne Königswahl mitteilte, trifft folgende Antwort des neuen Königs ein: „Die glänzenden Beweise der Ergebenheit meines teuern Volks, meines teuern Heeres und meiner patriotischen Regierung haben mich tief gerührt. Aus der Tiefe meiner serbischen Seele danke ich der Vorsehung, die mir beschieden hat, aus Gottes Gnaden und durch

meines Volkes Willen den Thron meiner ruhmreichen Ahnen zu besteigen. Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Genossen in der Regierung bitte ich, meine königliche Anerkennung mit der Versicherung meines besondern Wohlwollens entgegenzunehmen."

16. Juni. Auf die Begrüßungsdepesche des Präsidiums des Senats antwortet König Peter: „Die nationale Volksvertretung meines teuern Vaterlands hat für alle Zeiten meinen königlichen Dank verdient, weil sie die Interessen meines lieben Vaterlands vor Augen hielt, seine Stimme der Stimme des Allmächtigen zugesellte und in vollem Einvernehmen mit ihm mich auf den Thron meiner glorreichen Ahnen berief. Das erste Wort, das mein gerührtes Herz an die nationale Volksvertretung richtet, mag mein Gelübde sein, daß ich immer der allererste Beschützer der nationalen Freiheiten und der eifrigste Hüter der Rechte der nationalen Volksvertretung sein werde. Es lebe mein teures serbisches Volk, es lebe die mir treue nationale Volksvertretung! Peter."

An das serbische Volk richtet König Peter folgende Ansprache:

An das serbische Volk! Die Gnade Gottes und der Wille des Volks haben mich auf den Thron meiner Vorfahren berufen. Ich erkläre, daß ich mich der Entscheidung des Volks unterziehe und heute den serbischen Thron besteige. Ich betrachte es als meine erste Pflicht, Gott zu danken für seine Gnade, und spreche gleichzeitig die Hoffnung aus, daß die Mächte meine auf gesetzlichem Wege vollzogne Thronbesteigung anerkennen werden, und dies um so mehr, als ich entschlossen bin, Serbien einer Aera der Ruhe, der Ordnung und der Wohlfahrt zuzuführen. Ich erkläre, daß ich mein Königswort gebe, daß ich die Rechte aller achten werde. Ich werde mein möglichstes tun, um ein konstitutioneller König, ein Hüter der Gesetze und des Wohlergehens meines teuern Volks zu sein. Darum fordere ich mit diesem ersten Manifest alle Kirchenhäupter, alle Staatsbeamte, alle Militärchefs auf, in ihren Funktionen zu verbleiben, und empfehle ihnen, die ihnen anvertrauten Obliegenheiten gewissenhaft zu erfüllen. Ich erkläre, daß ich alle persönlichen Vorkommnisse, die in den letzten vierzig Jahren unter außerordentlichen Verhältnissen einander folgten, der Vergessenheit übergebe. Jeder aufrichtige Serbe wird unter meiner Regierung den nötigen Schutz für sein moralisches und materielles Leben finden. Die Devise meiner Dynastie war immer: Für das heilige Kreuz und unsre teure Freiheit. Und mit dieser Devise, die mich einerseits an die Armee, andrerseits an die orthodoxe Kirche bindet, besteige ich den Thron Serbiens als Peter der Erste, König von Serbien. Ich bitte Gott, seine Gnade über mein Volk zu verbreiten, und sende allen meine Königlichen Grüße.

König Peter zeigt seine Erwählung dem Kaiser von Oesterreich folgendermaßen an: „Ich beeile mich, Eurer Majestät meine Berufung auf den serbischen Thron mitzuteilen. Durch einstimmigen Beschluß des Senats und der Skupschtina gewählt, beabsichtige ich, die väterlichen Traditionen wieder aufzunehmen, und hoffe meinem Vaterlande die Freiheit und das Glück zu bringen. Ich bitte Eure Majestät ehrfurchtsvoll, auf mich jene Gefühle der Sympathie zu

übertragen, die Allerhöchstdieselben für meinen Vater bis zu seinem Tode gehegt haben. Wenn Eure Majestät geruhen, mir dieselbe zuteil werden zu lassen, wird mir die Erfüllung meiner neuen Pflicht leichter gemacht werden. Ich habe die Absicht und die Gewißheit, sie zu verdienen."

17. Juni. Hierauf antwortet der Kaiser Franz Joseph: „An Seine Majestät den König von Serbien in Genf. Herzlich berührt von dem Eindrucke, den die Mitteilung Eurer Majestät von der Thronbesteigung auf mich gemacht hat, beeile ich mich, Eure Majestät unverzüglich meiner vollen Sympathie zu versichern. Möge Ihre Herrschaft eine langdauernde und glückliche sein. Möge sie die hohe Mission erfüllen, die ihr obliegt, dem unglücklichen Lande, das so schwer heimgesucht worden ist durch eine Reihe von innern Wirren, den Frieden, die Ruhe und die Achtung wieder zu verschaffen und es herauszuheben aus dem Zustande tiefsten Zerfalls, in den es kürzlich vor den Augen der zivilisierten Welt durch ein einzig dastehendes und von allen verabscheutes Verbrechen gestürzt worden ist. In der Verfolgung dieser Mission kann Eure Majestät jederzeit auf meine Unterstützung und meine Freundschaft zählen und versichert sein, daß es mir dauernd von ganzem Herzen daran wird gelegen sein, die Bande guter Nachbarfreundschaft, die seit langem unsre beiden Länder verbinden, aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Franz Joseph."

Der Fürst von Montenegro sendet an König Peter eine Depesche mit dem Ausdruck seiner herzlichen Glückwünsche zur Thronbesteigung. Er hoffe, daß die schweren Zeiten für die serbische Nation jetzt vorbei seien und eine bessere Zukunft für alle Serben vom Adriatischen Meer bis zur Donau heraufkomme. Die Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen Serbien und Montenegro seien von nun an unauflöslich. Das ganze serbische Volk wünsche Glück für die Zukunft des Königs Peter, des Schwiegersohnes und geliebten Bruders des Fürsten Nikolaus.

24. Juni. Festlicher Einzug des neuen Königs in Belgrad. Auf dem Bahnhof richtet der Ministerpräsident Awakumowitsch an den König folgende Ansprache:

In der Geschichte eines jeden Volkes gibt es große, denkwürdige Tage. Für uns ist es der heutige, an dem Eure Majestät als König von Serbien diesen uns allen teuern Boden betreten. Das serbische Volk freut sich aufrichtig der Ankunft Eurer Majestät. Die einmütige Wahl Eurer Majestät durch die nationale Volksvertretung ist der getreue Ausdruck der Stimmung und der Denkart des gesamten serbischen Volkes. Diese Wahl hat zwei wichtige Kennzeichen: sie bedeutet die Anerkennung der unsterblichen Verdienste des großen Karageorg, und sie bedeutet gleichzeitig den Widerhall der nationalen Ueberzeugung, daß unser Vaterland mit Eurer Majestät die Bahn der Freiheit und des Fortschritts betreten wird. In Eurer Majestät, dem Enkel des großen

Karageorg, sehen wir den Träger einer neuen Aera in unserm nationalen Leben. Vor unsern Augen erscheint heute das Symbol der Morgenröte einer glänzenden Zukunft unsers Volkes. Ich erachte es als das größte Glück für mich, dies Eurer Majestät sagen und der Dolmetsch dieser Gefühle und Gedanken des ganzen serbischen Volks im Königreiche Serbien sein zu können. In dieser Ueberzeugung, in dieser Stimmung bin ich so frei, Eure Majestät willkommen zu heißen. Hoch der König von Serbien, Peter der Erste!

In seiner Antwort gibt der König zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, nach 45 Jahren den geheiligten Boden des ihm teuern Vaterlandes wieder zu betreten. Gleichzeitig rege sich in seiner Seele der Dank, den er Gott schulde, und das Bewußtsein der Pflichten, die seiner als König harren. Der König spricht dann den Ministern seine Anerkennung dafür aus, daß sie ihre Pflichten dem Vaterlande gegenüber erfüllt, wie die Interessen des Landes es erfordert hätten. Er sei glücklich, den Ministern auch bei dieser Gelegenheit seinen innigsten Dank und seine königliche Anerkennung zu erneuern.

Nach der Ankunft im königlichen Schlosse begrüßt der Senatspräsident Welimirowitsch den König namens der Versammlung mit einer Ansprache, in der er sagt: Die nationale Versammlung, zum erstenmal vor dem König vereint, heiße ihn herzlich willkommen, überzeugt, daß der König den kulturellen und nationalen Fortschritt des Landes fördern werde. Der König antwortet, indem er allen herzlichst für den warmen Willkommengruß dankt und feierlichst erklärt, im Einvernehmen mit der Nation regieren zu wollen. Er bittet die Versammlung, überzeugt zu sein, daß er sein gegebnes Versprechen loyal halten werde. Der König schließt mit dem Rufe: „Hoch das serbische Volk."

25. Juni. Vor den versammelten beiden Kammern legt König Peter den verfassungsgemäß vorgeschriebnen Eid ab. Sodann erläßt er folgende Ansprache an das serbische Volk:

Meinem teuern Volke! Bedeutungsvoll ist sowohl für mich als für das Land der Augenblick, da ich mich zum erstenmal als König an das serbische Volk wende. Die nationale Volksvertretung hat mich in Uebereinstimmung mit den Gefühlen und Wünschen des gesamten Volkes einmütig zum König der Serben gewählt. Indem ich die Wahl annehme, habe ich heute gemäß den Bestimmungen der Verfassung vor der nationalen Volksvertretung den Eid als gesetzlicher König von Serbien abgelegt. Jetzt verkünde ich meinem teuern Volke, daß ich von heute in meine königlichen Rechte und Pflichten trete. Mit Gottes Fügung und des Volkes Willen, durch die vor einem Jahrhundert mein Großvater Karl Georg auserkoren wurde, das Serbenvolk in den heiligen Befreiungskampf zu führen, bin auch ich auf den Thron des Königreichs Serbien gelangt, in dem mein Vater, Fürst Alexander, als Erwählter des Volkes sechzehn Jahre regierte. Gewohnt, jederzeit aufrichtig und offen zu sprechen und zu handeln, bin ich entschlossen, meine ganze Fürsorge der Beglückung und der Wohlfahrt des Volkes zuzuwenden, und erachte es für meine erste Pflicht, bei dieser feierlichen, wichtigen Gelegenheit meiner

innersten Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, daß der Herrscher der Träger der Freiheit und des Fortschritts seines Volkes sein soll. Ich will ein wahrer und konstitutioneller König von Serbien sein. Für mich sind alle verfassungsmäßigen Bürgschaften der Freiheit und der Volksrechte, dieser Grundlage aller regelmäßigen und glücklichen Entwicklung sowie allen nationalen Fortschritts des staatlichen Lebens, eben so viele Heiligtümer, die ich stets sorgfältig achten und hüten werde. Auch verlange ich von allen und einem jeden, daß er dasselbe tue. Von diesen Grundsätzen durchdrungen überliefere ich die Vergangenheit der Vergangenheit und überlasse es der Geschichte, jeden nach seinen Taten zu richten. Indem ich den Ueberlieferungen des Serbenvolkes und seiner Vorfahren treu bleibe, werde ich mich in der auswärtigen Politik von den traditionellen Bestrebungen des Serbenvolkes bestimmen lassen und zu gleicher Zeit die freundschaftlichen Beziehungen, die das Bedürfnis der europäischen Gemeinschaft erfordert, namentlich mit den benachbarten Völkern aufrecht erhalten. Mein tapferes Heer, dem ich königliche Anerkennung für die bisherigen Dienste und die Aufopferung für das Vaterland zolle, will ich auf die Stufe eines würdigen Hoffnungsankers des serbischen Volkes erheben. Mit diesen Gedanken und Gefühlen empfinde ich vollauf das Schwere und Große meiner Herrscherpflichten. Doch bin ich von der aufrichtigen Unterstützung meines Volkes überzeugt und hoffe, daß ich mit Gottes und meines Volkes Hilfe Serbien der Wohlfahrt, dem Fortschritt und einem glücklichen Gedeihen zuführen werde.

Der König erläßt einen Armeebefehl.

Die provisorische Regierung tritt zurück, das Ministerium Awakumowitsch wird jedoch wieder eingesetzt.

27. Juni. Auf der Fahrt von Belgrad nach Topola zum Grabe seines Großvaters Karageorg wird König Peter von der aus der ganzen Umgegend herbeigeströmten Bevölkerung mit Begeisterung empfangen. — Oberst Maschin, Hauptführer der Verschwörung gegen König Alexander, wird zum General befördert.

30. Juni. In der Skupschtina spricht der Ministerpräsident Awakumowitsch den Dank der Regierung für die Königswahl aus. Die Regierung sei der Ansicht gewesen, daß die Skupschtina noch die dringendsten Finanzfragen erledigen solle, sie hätte aber nunmehr beschlossen, die Erledigung dieser Fragen der neugewählten Skupschtina zu überlassen. Die Regierung verbürge sich dafür, daß sie alles daran setzen werde, damit die nächsten Wahlen für die Skupschtina vollkommen so frei durchgeführt werden, daß das Wahlergebnis die wahre Volksmeinung zum Ausdruck bringe. Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

7. Juli. Die Führer der gemäßigt Radikalen, Pasitsch und Wuitsch, scheiden aus dem Staatsrate aus.

12. August. Das in der Mordnacht vom 11. Juni gebildete Ministerium Awakumowitsch tritt zurück und wird sodann in andrer Weise zusammengesetzt.

18. August. Der König stellt dem Offizierkorps den Kronprinzen vor und sagt dabei, er sei überzeugt, daß alle um ihn in

diesem feierlichen Augenblicke nur von den Gefühlen wahrer Vaterlandsliebe durchdrungen seien. Er sei glücklich, den Thronfolger in den Kreis so ausgezeichneter Söhne Serbiens einführen zu können, und hoffe, daß die Offiziere seinen Sohn mit derselben Liebe empfangen würden, mit der er ihnen denselben übergebe. Kriegsminister Solarowitsch erwidert im Namen des Heeres, alle seine Kameraden seien erfreut, den künftigen König in ihren Reihen zählen zu können, und hofften, daß er sie auf den Weg des Ruhmes führen werde.

22. August. Die Regierung antwortet dem türkischen Gesandten auf seine Note, worin die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Bewegung in Serbien zur Unterstützung der makedonischen Aufständischen gelenkt wurde, sie könne die in der Note erwähnten Versammlungen, in denen zur Unterstützung der „makedonischen Brüder" durch Waffen und Freiwillige aufgefordert wurde, nicht verbieten, wolle aber ihr Möglichstes tun, um Bewaffnete an der Ueberschreitung der Grenze zu hindern.

28. August. In Kragujewatz empfängt der König Offiziere, deren Sprecher erklärt, daß sie sich ihm zur Verfügung stellten. Der König erwidert: „Wir leben tatsächlich in schicksalsschweren Tagen, es bedarf großer Klugheit, Arbeit und Energie. um das serbische Staatsschiff gut und glücklich zu steuern. Unser Vaterland wird vielleicht in Bälde unsre Dienste brauchen; ich hoffe, daß Sie alle sich stets das Interesse der Nation als erstes vor Augen halten werden." Am Abend beim Fackelzuge sagt Professor Marjanowitsch, der König müsse der Träger der Idee des glorreichen Karageorg sein, er müsse die Fahne der Befreiung auf dem Balkan entfalten, weil nur auf diese Weise dem Serbentum eine Zukunft blühen könne. Der König erwidert: Alle müßten an dem Wohle der Nation mitarbeiten, alle Bürger seien seine lieben Freunde, er mache darin keinen Unterschied. Jeder müsse nach seiner Erkenntnis handeln, denn er wünsche und liebe freie Bürger. Wenn der König und das Volk einig seien, dann seien alle Bedingungen für eine große und glückliche Zukunft vorhanden.

4. September. Auf Grund vorgefundner gedruckter Ansprachen gegen die an der Ermordung des frühern Königspaares beteiligten Offiziere, über die darin das Todesurteil verhängt wird, werden in Nisch dreißig zumeist jüngere Offiziere, die die Proklamation unterzeichnet hatten, verhaftet. Gleichzeitig werden Urkunden gefunden, aus denen hervorgeht, daß sich der geplanten Aktion Offiziere aller Garnisonen des Landes angeschlossen haben.

9. September. Ein Blatt in Belgrad veröffentlicht einen Aufruf der in Haft befindlichen Offiziere.

Sie fordern ihre Kameraden auch aus dem Gefängnis heraus auf, die Ausstoßung der Königsmörder aus dem Heere zu verlangen. In dem Aufrufe heißt es: „Euch Kameraden belügt man, man sucht es euch einzuschärfen, daß die Angelegenheit mit Rücksicht auf die außerpolitischen Beziehungen nicht jetzt entschieden werden kann. Gerade das Gegenteil ist wahr. Wenn wir jetzt in unsrer heutigen Verfassung in eine äußere Aktion verwickelt würden, trügen wir selbst den Keim unsrer Niederlage in uns. Kann ein Heer aktionsfähig sein, das in zwei Lager gespalten ist, in dem die Jüngern den Aeltern befehlen und bei der Beförderung bloß darauf geachtet wird, wer zu den Verschwörern gehört? Das Kommando ertönt heute im serbischen Heere von unten und nicht von oben. Die Befehle und Ukase des Königs werden mißachtet und zerrissen, der Offizierseid und der Offizierswaffenrock liegen im Schmutz und sind mit Blut befleckt."

19. September. Der König sagt in der Ansprache bei einem Mahle: Die Augen des ganzen Serbentums sind in diesen schweren Tagen auf die Armee gerichtet. Das Volk setzt auch jetzt in das Heer das vollkommne Vertrauen, das durch die Geschichte des Heeres begründet ist. Als oberster Kriegsherr bin ich glücklich, konstatieren zu können, daß ein Zerwürfnis nicht besteht, die Armee einig ist und auch weiterhin das Vertrauen des Volkes verdient. Die Eintracht zwischen den Offizieren untereinander sowie zwischen den Offizieren und dem Volke wird es ermöglichen, Serbien aus allen schwierigen Lagen glücklich herauszuführen.

22. September. Die Neuwahlen zur Skupschtina fallen im Sinne der äußersten Radikalen aus.

2. Oktober. Nach dem Rücktritte des Ministeriums Awakumowitsch bildet General Gruitsch ein aus gemäßigten und fortgeschrittnern Radikalen bestehendes Ministerium.

7. Oktober. Die Skupschtina wird mit einer Thronrede eröffnet, in der der König dem Kabinett Awakumowitsch seine Anerkennung dafür ausspricht, daß es in schweren Augenblicken die Regierung übernommen und damit eine Störung der Ordnung verhindert, das Gleichgewicht des Staatshaushalts, die Revision des Preßgesetzes und des Gesetzes betreffend die Autonomie der Distrikte durchgeführt habe.

Der König drückt die Hoffnung aus, daß die Skupschtina in jeder Beziehung die Vervollkommnung der Streitkraft des Landes unterstützen werde. Die Regierung werde ihr möglichstes tun, um Serbiens Volkswirtschaft eine neue Grundlage zu geben. Die Beziehungen Serbiens zu den fremden Ländern seien normal. Der König wünsche die Pflege der überlieferten brüderlichen Bande, die Serbien mit Rußland verknüpfen, er wünsche ferner die bestehenden guten Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-Ungarn zu befestigen und eine innigere Verbindung zwischen Serbien und den andern Balkanländern herzustellen, die mit ihm durch Stammesgemeinschaft verwandt seien. Die betrübenden Ereignisse in der Türkei hätten die serbische Regierung notgedrungen beschäftigen müssen, und wenn Serbien eine neutrale Haltung bewahrt habe,

so sei dies der Fall, weil es hoffe, daß der Sultan sein möglichstes tue, damit die Zustände in den betreffenden Gegenden sich bessern.

9. Oktober. In der Skupschtina verkündigt das Ministerium sein Programm:

Die Verfassung von 1888 gibt die Grundlage für die Entwicklung des Landes ab. Um die Entwicklung zu sichern, muß dem bureaukratischen Geiste ein Ende gemacht, der Einfluß der Polizei begrenzt und die Zuständigkeit der Gerichte erweitert werden. Zu diesem Zwecke wird die Regierung einen Gesetzentwurf betreffend die Selbständigkeit der Gemeinden, Distrikte und Departements unterbreiten wie auch einen Gesetzentwurf, der mehr Ständigkeit in den Beamtenkörper bringen soll. Auch wird versucht werden, die moralische Höhe des letztern zu steigern, indem nur Männer, die die entsprechenden Studien gemacht haben, aufgenommen werden.

24. November. Handelsvertrag mit der Türkei.

30. November. General Maschin, Führer der Verschwörung gegen König Alexander, hebt in einer Rede an die Offiziere seiner Division die nationale Bedeutung des Umschwungs vom 11. Juni hervor und fordert sie auf, einig zu bleiben.

Ende Dezember. Unter dem Drucke der Großmächte unternimmt der König, die Königsmörder vom 11. Juni aus seiner Nähe zu entfernen.

Griechenland.

24. Februar. Die Regierung legt der Kammer Gesetzentwürfe zur Umbildung des Heeres vor.

23. April. Handelsvertrag mit der Türkei.

27. Juni. Das Ministerium Delyannis tritt zurück, weil es ihm nicht gelungen ist, auch nur eins der von ihm versprochnen Reformgesetze bei der Kammer durchzusetzen. Theotokis bildet ein neues Ministerium.

8. Juli. Dieses Ministerium tritt infolge der Bewegung zurück, die auf die Annahme des Korinthenmonopols hinausgeht.

13. Juli. Der bisherige Kammerpräsident Rhalli bildet ein neues Ministerium und verspricht in der Kammer, alles zu tun, um die fremden Mächte zu veranlassen, ihren Widerspruch gegen das Korinthenmonopol aufzugeben.

19. Juli. Die Kammer genehmigt das Gesetz über den Oberbefehl des Heeres.

6. Oktober. Prinz Andreas, vierter Sohn des Königs, vermählt sich zu Darmstadt mit der Prinzessin Alice, Tochter des Prinzen Ludwig von Battenberg.

30. Oktober. Vierzigjähriges Regierungsjubiläum des Prinzen Wilhelm von Dänemark als König Georgios von Griechenland.

17. Dezember. Nach dem Rücktritte Rhallis bildet Theotokis wieder ein neues Ministerium.

Marokko.

5. Januar. Der Prätendent Bu-Hamara, der die Hauptstadt Fez bedrohte, tritt, weil er vom Volksstamme der Hiaina verlassen wird, den Rückzug an.

8. Januar. Der Sultan ersucht den unter dem Schutze Frankreichs stehenden Großscherif von Wazan, mit den Aufständischen wegen deren Unterwerfung zu verhandeln, und bevollmächtigt ihn, den hervorragenden Führern reiche Belohnungen anzubieten.

29. Januar. Die Aufständischen werden von den Truppen des Sultans geschlagen.

Anfang April. Der Prätendent tritt zum erstenmal als Sultan auf, indem er eine Mitteilung an eine europäische Macht sendet. Er ersucht den spanischen Gouverneur von Melilla, Briefe, marokkanische Beamten oder Truppen nicht nach Melilla hineinzulassen. Der spanische Gouverneur antwortet, Spanien erkenne Abdul Asis als Sultan von Marokko an und könne von dem Prätendenten keine Mitteilungen entgegennehmen.

13. April. Die Aufständischen dringen in das Fort Frajana bei Melilla ein. Die marokkanische Besatzung flüchtet auf spanisches Gebiet, von wo sie zu Schiff nach Tanger abgeholt wird.

7. Juli. Die Truppen des Sultans erstürmen Taza, den Hauptort der Aufständischen.

Kongostaat.

18. August. Der Regierung des Kongostaats wird eine Note der englischen Regierung zugestellt.

Darin weist Lord Lansdowne darauf hin, daß die Aufmerksamkeit der britischen Regierung während der letzten Jahre von manchen Seiten auf die Anschuldigungen wegen schlechter Behandlung der Eingebornen im Kongostaate und die dort bestehenden Handelsmonopole gelenkt worden sei, insbesondre habe sich eine Verhandlung des Unterhauses vom vorigen Mai auf diese Fragen bezogen. Bei dieser Verhandlung sei dem Kongostaat vorgeworfen worden, daß sein Hauptstreben nicht die Wohlfahrt der Eingebornen, sondern die Schaffung von Einnahmen sei; ferner sei angeführt, daß dieses Ziel mittelst eines Systems von Zwangsarbeit verfolgt werde, die sich von der Sklaverei nur dem Namen nach unterscheide; daß die militärischen Streitkräfte des Staates unter den wildesten und kriegslustigsten Stämmen des Landes angeworben würden und diese Soldaten in ihrer Zuchtlosigkeit die Bevölkerung willkürlich und schlecht behandelten. Die Note unterscheidet zwischen vereinzelten Grausamkeiten, die von Staatsdienern oder andern begangen werden, und dem Verwaltungssystem, das notwendig Druck und Grausamkeiten hervorbringe.

17. September. Die Kongoregierung antwortet auf vorstehende Note:

Sie stellt die Behauptung auf, daß sich die Bewegung gegen den Kongostaat erst dann fühlbar gemacht habe, als dessen Handel große Fortschritte machte. Weiter verteidigt sie die Verwaltungsmaßnahmen im Kongogebiet gegen jene Beschuldigungen und vergleicht dabei das kongolesische Abgaben- und Steuersystem mit dem in den englischen Kolonien eingeführten Verfahren. Die Note schließt mit folgenden Bemerkungen:

Wenn der Kongostaat jetzt von englischer Seite angegriffen wird, so wolle England sich erinnern, daß es selbst mehr als irgend eine andre Nation der Gegenstand von Angriffen und Beschuldigungen dieser Art gewesen ist, und daß die Liste der Anklagen, die zu verschiednen Zeiten und noch ganz vor kurzem gegen die englische Kolonialverwaltung gerichtet wurden, eine sehr lange sein würde. England ist jedenfalls nicht der Kritik entgangen, die es sich durch seine zahlreichen und blutigen Kriege gegen eingeborne Völkerschaften zuzog, und auch nicht dem Vorwurfe, daß es gegen die Eingebornen Gewalt anwendete und ihre Freiheit beeinträchtige. Da alle diese Angriffe England selbst kalt ließen, muß man sich darüber wundern, daß es den Angriffen gegen den Kongostaat eine so ganz andre Bedeutung beimißt.

Maskat.

18. November. Der Sultan erhält den Besuch des Vizekönigs von Indien, des Lord Curzon, der auf einer Rundreise im Persischen Meerbusen den Anwohnern die Macht des indischen Kaiserreichs zum Bewußtsein zu bringen sucht. Der Sultan begrüßt mit seinen Würdenträgern Lord Curzon auf dessen Schiffe und spricht in einer Begrüßungsschrift seinen und der kommenden Generationen Dank für die Verdienste Englands um sein Reich aus. Lord Curzon wird bei seiner Landung mit großen Festlichkeiten empfangen, verleiht dem Sultan die goldne Kette des Großkreuzes des Ordens Indiens und versichert ihm, daß England nach wie vor den Frieden des Sultanats zu erhalten bestrebt sein werde.

Persien.

Ende Juni. In Südpersien entsteht eine heftige Volksbewegung gegen die mohammedanische Sekte der Babi. — Der seit Beginn der Regierung des Schahs leitende Minister tritt zurück.

Im Oktober. Infolge der Verschiebung des Hilmendflußbettes entstehn ernstliche Streitigkeiten mit Afghanistan.

4. Dezember. In Buschir trifft der Vizekönig von Indien ein und betont hier in einer Rede das Uebergewicht des britischen und indischen Handels im Persischen Golf und die friedlichen Einflüsse der geschäftlichen Beziehungen mit England.

China.

19. Januar. Auf eine die Kriegsentschädigung betreffende Note der großen Mächte antwortet die chinesische Regierung.

Sie sagt, sie sei eifrig bedacht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und würde gern den Forderungen der Mächte entgegenkommen, wenn sie dazu imstande wäre; es sei ihr aber unmöglich, die geforderten Zahlungen zu machen. Sie beruft sich dabei auf die Berichte der Vizekönige, die bestätigen, daß es unmöglich sei, durch eine erhöhte Besteuerung mehr Geld einzutreiben, da das Land verarmt sei. China bittet die fremden Mächte, für eine Erleichterung einzutreten, und erneut das Ersuchen, den Zolltarif auf die Goldbasis zu stellen, mit dem Vorschlage, der mittlere Wechselkurs jeden Monats solle den Kurs für die Zollabgaben im folgenden Monat abgeben.

20. Januar. Einweihung des Ketteler-Denkmals in Peking. Es kostet der chinesischen Regierung eine halbe Million Mark und trägt die Inschrift:

Dieses Denkmal ist auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers von China errichtet worden für den an dieser Stätte durch ruchlose Mörderhand am 20. Juni 1900 gefallnen Kaiserlich Deutschen Gesandten Freiherrn Clemens von Ketteler zum ewigen Gedächtnis an seinen Namen, zum bleibenden Beweise für den Zorn des Kaisers ob dieser Freveltat. — Zur Warnung für alle.

Der kaiserliche Prinz Chun (der bekannte Sühneprinz) hält dabei eine Ansprache an den deutschen Legationssekretär v. d. Goltz.

28. Januar. Die Gesandten der Mächte in Peking richten an die chinesische Regierung eine Note, in der sie ihre Befriedigung ausdrücken, daß China zugibt, daß die Kriegsentschädigungsschuld in Gold zu zahlen ist. Die Note lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, daß die interessierten Mächte binnen kurzem, entsprechend den auf sie entfallenden Anteilen an der Kriegsentschädigung, Obligationen ausgeben an Stelle der einen Obligation, die nach Unterzeichnung der Friedensprotokolle ausgegeben wurde.

Im Februar. Langdauernder Aufruhr in Südchina.

8. Oktober. Handelsvertrag mit Nordamerika.

5. Dezember. Durch kaiserlichen Erlaß wird eine Kommission eingesetzt behufs Neubildung der Truppenkörper aller Provinzen auf nationaler Grundlage mit ähnlichen Waffen und ähnlicher Ausrüstung und Organisation.

Japan.

5. Juni. Das Parlament wird geschlossen, nachdem es die von der Regierung verlangten erheblichen Kosten für den Neubau von Kriegsschiffen zum größten Teil bewilligt hat. Infolgedessen schreitet der Verfassungsstreit nicht weiter, der im Anfange des Jahres auszubrechen gedroht hatte, als die Regierung das am 9. Dezember 1902 zusammengetretene Parlament wegen Ablehnung derselben Forderungen schon Ende Dezembers aufgelöst hatte.

Anfang Juli. Die japanische Regierung erhebt Einspruch dagegen, daß russischerseits ein Kabel von Antung nach Yanghampho in Korea gelegt ist, ohne Korea zu befragen. Auch dringt Japan, trotz russischen Widerspruchs, auf die Öffnung des Hafens Wiju in Korea.

12. August. Die japanische Regierung legt der russischen Regierung folgenden Entwurf eines Vertrags vor:

1. Die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit des chinesischen und koreanischen Reichs.

2. Die gegenseitige Anerkennung des Prinzips der Gleichberechtigung aller Nationen betreffs Handels und der Industrie in diesen Gebieten.

3. Die gegenseitige Anerkennung einerseits der vorherrschenden Interessen Japans in Korea und andrerseits der speziellen Rechte Rußlands in bezug auf Eisenbahnen in der Mandschurei. Ferner die Anerkennung der respektiven Rechte beider Mächte, die zum Schutze obiger Interessen nötigen Maßregeln zu ergreifen, ohne Verletzung der in § 1 ausgesprochenen Prinzipien.

4. Russischerseits die Anerkennung, daß Japan ausschließlich berechtigt sei, der koreanischen Regierung die zu staatlichen Reformen und der Einrichtung einer geordneten Regierungsform nötigen Ratschläge und Unterstützung zu gewähren.

5. Russischerseits das Versprechen, einer Ausdehnung der koreanischen Eisenbahnen nach der südlichen Mandschurei, sowie einem Anschlusse an die ostchinesische Bahn und an die Linie Niutschwang-Schanhaikwan keine Hindernisse in den Weg zu legen.

3. Oktober. Die russische Regierung macht einen Gegenvorschlag:

Sie lehnt es ab, sich bezüglich der Souveränität und territorialen Integrität Chinas zu engagieren, und weigert sich, das Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationen bezüglich des Handels in der Mandschurei anzuerkennen. Sie fordert vielmehr Japan auf, zu erklären, daß die Mandschurei und deren Küsten zu der Interessensphäre Japans nicht gehöre. Es werden auch russischerseits verschiedne Einschränkungen der japanischen Aktionsfreiheit in Korea beantragt. Während dem Rechte Japans, Truppen zum Schutze seiner Interessen nach Korea nötigenfalls zu entsenden, Rußland zustimmt, wird daran die Bedingung geknüpft, daß Japan für strategische Zwecke von Gebietsteilen Koreas keinen Gebrauch machen dürfe. Schließlich schlägt Rußland vor, eine neutrale Zone innerhalb des koreanischen Gebietes, und zwar nördlich des 39. Breitegrades, zu schaffen.

8. Oktober. Handelsvertrag mit China. Er enthält das wichtige Versprechen der chinesischen Regierung, die Orte Mukden und Tatungkau in der von den Russen besetzten Mandschurei zu eröffnen, um dort zum Zwecke der internationalen Niederlassung und zum Handel gewisse Grundstücke zu bezeichnen.

13. Oktober. Antwort der japanischen an die russische Regierung. Sie legt Abänderungsvorschläge zu den russischen Entwürfen vor. Bezüglich der neutralen Zone spricht sie die Absicht aus, daß wenn überhaupt eine neutrale Zone adoptiert werden müßte, es besser sei, diese auf beiden Seiten der jetzigen Grenze Koreas zu verteilen und ihr eine Breite von etwa 40 Kilometern zu geben.

10. Dezember. Das Repräsentantenhaus des durch die Thronrede eröffneten Parlaments richtet an den Kaiser die Bitte, die gesamte politische Lage in Betracht zu ziehen. Später wird eine Anfrage eingebracht, worin erklärt wird, die Verzögerung eines Abschlusses der Verhandlungen mit Rußland sei eine Quelle des Bedauerns für die Nation und eine drohende Gefahr für den Frieden, und

worin eine Erklärung gefordert wird, daß ein Fortschritt in den Verhandlungen zu verzeichnen sei.

11. Dezember. Auf die Note vom 13. Oktober antwortet die russische Regierung. In dieser Note ist die Klausel in betreff der Mandschurei weggelassen. Die abzuschließende Konvention solle auf Korea allein beschränkt werden und bezüglich Koreas wird die Forderung aufrecht erhalten, daß die japanische Besetzung koreanischen Gebiets für strategische Zwecke ausgeschlossen sei, auch wird die neutrale Zone beibehalten.

12. Dezember. Infolge jener Haltung des Repräsentantenhauses wird es aufgelöst.

21. Dezember. In Tokio finden Verhandlungen über die Forderungen Japans mit einem russischen Bevollmächtigten statt.

28. Dezember. Verfügung, wonach der Regierung unumschränkter Kredit für die Zwecke der militärischen Verteidigung eingeräumt wird.

Nordamerikanische Union.

I.

Reden des Präsidenten Roosevelt.

23. Februar. In einer Rede bei der Grundsteinlegung zur neuen Kriegsschule in Washington führt der Präsident der Union aus, daß die Errichtung des Gebäudes einen großen Schritt zur Sicherstellung der Wehrkraft des Heeres bedeute und das Gesetz betreffend Schaffung eines Generalstabes ergänze. Der Lauf der Ereignisse habe die Nation in die Stellung einer Weltmacht getrieben. Die Nation habe Verpflichtungen im Westen und Osten, könne ihnen aber nicht gerecht werden, wenn ihre Stimme nicht machtvoll eintreten könne für die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit, und diese Stimme könne den Schutz für jene Verbindlichkeiten nicht auf sich nehmen, wenn nicht deutlich verstanden werde, daß die Vereinigten Staaten den Frieden wünschen, nicht in dem Sinne eines schwächlichen Feiglings, sondern mit dem sichern Selbstvertrauen eines gut gerüsteten Mannes.

2. April. In Chicago hält der Präsident Roosevelt eine Rede, in der er sich hauptsächlich mit der Monroe-Doktrin beschäftigt. Er sagt:

Die Vereinigten Staaten halten ihre Interessen in der diesseitigen Sphäre für größer, als die irgend einer europäischen Macht daselbst

überhaupt sein können. Ihre Pflicht gegenüber sich selbst und der schwächern Nachbarrepubliken verlangt von ihnen, darüber zu wachen, daß keine der großen militärischen Mächte jenseits der Meere in die Rechte dieser Republiken eingreife oder eine Kontrolle über sie erlange. Diese Politik verbietet daher nicht nur die Zustimmung zu einer Gebietserwerbung, sondern veranlaßt die Vereinigten Staaten auch, sich der Erlangung einer Kontrolle zu widersetzen, die in ihrer Wirkung einer territorialen Vergrößerung gleichkommt. Dies ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten an der Meinung festgehalten haben, daß der Bau des Isthmuskanals nicht durch eine ausländiche Nation, sondern durch die Vereinigen Staaten ausgeführt werden solle, die sich gewissenhaft und sorgfältig enthalten haben, den in Betracht kommenden Schwesterrepubliken irgendwelches Unrecht zuzufügen. Die Vereinigten Staaten wünschen nicht, in deren Rechte auch nur im geringsten einzugreifen, sondern unter deren sorgfältigen Wahrung den Kanal selbst nach Maßgabe von Bestimmungen zu bauen, nach denen der Kanal stets sowohl im Frieden als im Kriege von den Vereinigten Staaten benutzt werden kann. Mit Bezug auf Venezuela erklärt der Präsident, die Sorge der Vereinigten Staaten ist natürlich, sich nicht ohne Not in irgend einen Streit einzumischen, sofern dieser die Interessen und die Ehre nicht berührt, und eine Haltung anzunehmen, die irgend eine Macht vor dem Zwange schützt, wenn die Vereinigen Staaten nicht willens sind, die Streitsache zu der ihrigen zu machen, und aufmerksam Wache zu halten, daß keine Verletzung der Monroe-Doktrin stattfinde und keine Erwerbung territorialer Rechte durch eine europäische Macht auf Kosten einer schwachen Schwesterrepublik, möge die Erwerbung nun die Form einer offnen, eingestandnen Gebietswegnahme oder die der Ausübung einer Kontrolle annehmen, die in ihrer Wirkung der Besitznahme gleichkommt. Deutschland und England versicherten in ausdrücklichen Worten, daß sie nicht die leiseste Absicht haben, die Monroelehre zu verletzen, und diese Versicherung ist mit ehrenhafter Treue gehalten worden, die volle Anerkennung von unsrer Seite verdient. Prahlerei und Aufgeblasenheit sind unter Nationen ebenso tadelnswert wie unter Personen, aber wenn es auch schlecht ist, zu prahlen, und wenn es auch noch schlimmer ist, andre ohne Ursache zu insultieren, so ist es doch noch viel schlechter, sich der Prahlerei schuldig zu machen, ohne damit zu beleidigen, und wenn man vor den Beweis gestellt wird, das Behauptete nicht wahr machen zu können. Der Präsident schließt: Wir wünschen eine mächtige starke Marine, nicht für die Zwecke des Krieges, sondern als sicherste Garantie des Friedens. Wenn wir eine solche Flotte haben, wenn wir fortfahren, dieselbe auszubauen, können wir versichert bleiben, daß hinfort nur eine geringe Möglichkeit von Verwicklungen besteht, daß keine fremde Macht sich jemals mit uns über die Monroelehre auseinandersetzen wird.

18. April. In Waukesha, einem Vororte Milwaukees, betont Präsident Roosevelt in einer Rede seine Friedensliebe, aber auch sein festes Bestreben, der Union den ihr gebührenden Platz unter den Nationen zu wahren. Sodann fügt er, gegen die Deutschenhetze gerichtet, hinzu:

Aber ich möchte jeden Mann, der im öffentlichen Leben steht, jeden Mann der Presse mit besonderm Nachdrucke darauf hinweisen, daß Kraft und Stärke vereint sein sollten, daß wir nicht allein in Worten, sondern auch in Taten auf die Rechte und die Gefühle andrer Nationen die sorgfältigste Rücksicht zu nehmen haben. Ich gerate immer in Unruhe, wenn ich sehe, wie in

den Vereinigten Staaten über die uns befreundeten Nationen geredet wird. Die unliebenswürdigen, ungerechten und unüberlegten Dinge, die über irgend eine fremde Nation gesagt werden, bringen uns keinen Nutzen. Wir wollen Freundschaft, wir wollen Frieden mit allen. Wir wünschen allen Nationen das beste. Wir wünschen ihnen Erfolg und nichts Arges. Wir sehen mit Freude, wenn es ihnen gut geht. Laßt uns die freundlichen Versicherungen andrer Mächte entgegennehmen als die Beweise ihres aufrichtigen guten Willens und das Echo ihrer wirklichen Gesinnung, und laßt uns jedes Wort vermeiden, das diesen guten Willen in übeln Willen verkehren könnte.

5. Juli. In einer Rede in Huntington auf Long Island sagt Roosevelt, Amerika stehe in Beziehungen des Wohlwollens zu allen Völkern, und er glaube, daß diese Amerika gegenüber gute Gesinnungen hegten. Eine Flotte erster Klasse würde sie in dieser Gesinnung erhalten. Amerika brauche eine gute Flotte als billigste Friedensversicherung.

II.

Kongreß.

15. Januar. Das Repräsentantenhaus genehmigt den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Erlaß des Kohlenzolles mit Rücksicht auf die in der Union herrschende Kohlennot, und zwar unter Zustimmung zu dem vom Senate beschlossenen Zusatze, wonach das Auferlegen einer Steuer auf Anthrazit nach Ablauf der vom Gesetz bestimmten Zeit verhindert wird.

1. Februar. Dem Kongresse geht eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt zu, in der er ein Gesetz empfiehlt, das die Union in den Stand setze, Beistand zu leisten, damit ein von Mexiko und von China angeregtes Abkommen bezüglich des dortigen Währungs- und Münzwesens ausgeführt werden könne. Eine chinesische und eine mexikanische Note haben nämlich gesagt, die Schwankungen des Silberwertes drohten den Handel der Goldländer mit den Silberländern erheblich zu schädigen. Wenn die Stabilität des Wertverhältnisses der Metalle gesichert würde, so würde die Einfuhr der Silberländer erheblich wachsen. Ein bestimmtes Verhältnis zwischen Gold und Silber als Basis für den Wechselverkehr sollte festgesetzt und die Stabilität desselben könne durch das Zusammenwirken der Länder mit Gold- und der mit Silberwährung gesichert werden.

21. Februar. Das Repräsentantenhaus stimmt einem Gesetzentwurfe folgenden Inhalts zu:

Todesstrafe tritt ein für jeden, der vorsätzlich und böswillig den Präsidenten oder Vizepräsidenten oder irgend einen Beamten tötet, auf den die Pflichten des Präsidenten übergehen könnten; desgleichen, wenn der Mord an irgend einem Botschafter oder Gesandten verübt wird, der bei den Vereinigten Staaten beglaubigt ist. Jeder Mordanschlag auf die erwähnten

Personen wird mit dem Tode oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft. Jeder, der bei einem Mordanschlag auf die erwähnten Personen Hilfe leistet, Ratschläge erteilt oder ihn fördert, wird als Täter angesehen und als solcher bestraft. Die Einwanderung aller Personen, die gegen die Regierung feindselige Gesinnung hegen oder irgend einer Organisation angehören, die solche Gesinnung bekundet, in die Vereinigten Staaten ist verboten. Wenn solche Personen nach den Vereinigten Staaten einzuwandern versuchen, machen sie sich strafbar.

18. März. Der Senat genehmigt den Panamakanalvertrag.

Er sieht eine einmalige Zahlung von 10 Millionen Golddollars seitens der Unionsstaaten an Kolumbien, sowie die jährliche Zahlung von 250000 Dollars vor. Hierfür tritt Kolumbien einen sechs englische Meilen breiten Landstreifen an die Unionsstaaten ab, die berechtigt sind, Truppen zum Schutze des abgetretenen Gebiets zu entsenden, falls Kolumbien dazu nicht in der Lage sei. Der Vertrag ist auf 100 Jahre abgeschlossen und kann auf Wunsch der Unionsstaaten erneuert werden. Die Unionsstaaten erhalten die Gerichtsbarkeit über den Kanal mit den benachbarten Gewässern und alle Hafenabgaben für die durch den Kanal fahrenden Schiffe.

7. Dezember. Dem Kongresse geht eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt zu.

Darin beglückwünscht er das Land zu all dem, was im vergangnen Jahre auf dem Gebiete der auswärtigen wie der innern Politik erreicht wurde, besonders auch hinsichtlich einer Beaufsichtigung der großen Vereinigungen und Verschmelzungen von Gesellschaften, die an dem Handel der einzelnen amerikanischen Staaten untereinander beteiligt sind.

Der Präsident erwähnt dann die Bildung eines Departements für Handel und Arbeitsverhältnisse und des diesem unterstellten Bureaus für die Verhältnisse der Vereinigungen. Dieses Departement, heißt es in der Botschaft weiter, ist nicht dazu bestimmt, die Freiheit auf dem Gebiete der gesetzmäßigen Geschäftstätigkeit irgendwie einzuschränken oder zu kontrollieren, sondern es soll authentische Informationen beschaffen, die die Exekutive bei der Durchführung der bestehenden Gesetze unterstützen und den Kongreß in den Stand setzen sollen, weitere Gesetze zu schaffen, die nötig sind, um zu verhindern, daß einige wenige Vereinigungen Vorrechte erlangen auf Kosten verminderter Betätigungsgelegenheit für die vielen ehrlichen Vereinigungen, deren Geschäftsführer ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Aktionären anerkennen. Die Politik der Regierung sei darauf gerichtet, skrupellose Leute, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in Schach zu halten, aber eine Schwächung der Initiative des Einzelnen zurückzuweisen. Die Regierung erkenne das wohltätige Werk sowohl der Trusts wie der Arbeiterverbände an und werde beide gleichmäßig behandeln.

Auf die Einwanderungsfrage übergehend, dringt Präsident Roosevelt darauf, daß Mittel ausfindig gemacht werden, unerwünschte Elemente gänzlich auszuschließen und eine geeignete Verteilung erwünschter Einwandrer über das ganze Land zu sichern. Er empfiehlt sodann dem Kongreß, unverzüglich seine Aufmerksamkeit auf die Frage der Naturalisation von Verbrechern zu richten, und weist auf die schamlosen Fälschungen hin, die jetzt im ganzen Lande ins Werk gesetzt würden, wie z. B. die Unterschlagungen im Postdienste. Roosevelt befürwortet schleunige Einrichtung eines Flottenstützpunktes auf den Philippinen, weil ohne einen solchen die Flotte in Kriegszeiten hilflos sein würde, und legt die Notwendigkeit dar, einen Ab-

miralstab zu schaffen gemäß dem Vorbilde des Generalstabes des Heeres. — Im übrigen behandelt die Botschaft die Frage wegen Alaskas und die Angelegenheit Venezuelas.

8. Dezember. Dem Kongresse geht der Bericht des Schatzsekretärs zu, wonach sich die Gesamteinnahmen des Finanzjahres 1903 auf 694 621 117 Dollars, die Gesamtausgaben auf 640 323 450 Dollars belaufen und mithin ein Ueberschuß von 54 297 667 Dollars verbleibt.

III.

Philippineninseln.

21. Januar. Der frühere Führer der Eingebornen, Aguinaldo, richtet an den Kongreß eine Bittschrift, in der er die auf den Inseln herrschende Not graphisch darstellt und einen Plan zur Abhilfe entwirft. Danach sollen die Vereinigten Staaten den Filipinos eine Anleihe von 20 Millionen Dollars in Gold vorstrecken und ihnen einen Kredit von 80 Millionen Dollars gewähren; die Rückzahlung soll innerhalb zwanzig Jahren erfolgen.

26. März. Amerikanische Aufklärungstruppen erstürmen einen fünfzig englische Meilen südlich von Manila gelegnen, von den Eingebornen besetzten Hügel.

23. November. General Wood bringt einer Truppe von Eingebornen eine Niederlage bei.

IV.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Streit wegen Alaskas.

Anfang Februar. Die Regierung der Vereinigten Staaten schließt mit der englischen Regierung ein Abkommen wegen Schlichtung des Grenzstreits durch eine von beiden Teilen zu ernennende Kommission. Nach Genehmigung des Vertrags durch den Senat ernennt die Regierung drei als in diesem Streite ausgesprochne Parteigänger zu Mitgliedern der Kommission.

20. Oktober. Die am 3. September in London zusammengetretene Kommission fällt ihr Urteil, das oben, S. 254, unter Dominion of Canada näher angegeben ist.

2.

Verhältnis zum Deutschen Reiche.

3. April. Der deutsche Botschafter Baron Speck v. Sternburg ist in Newyork Ehrengast bei einem Bankett des Jachtklubs Hartfort im Staat Connecticut. Der Präsident des Klubs führt aus: „Es hat einen guten Grund, daß wir die Flaggen Deutschlands und der Vereinigten Staaten miteinander verschlungen sehen. Wir freuen uns, Deutschland ehren zu können, dessen Wachstum und Fortschritte denen Amerikas so ähneln, während die Deutschen unsre kühnen und fähigen Rivalen in Handel und Industrie sind. Wir glauben, daß der gegenseitige Wettbewerb friedlich und freundschaftlich ist und bleiben muß." Der Präsident kommt dann auf das Amerika vom deutschen Kaiser durch die Bestellung der Jacht Meteor zuteil gewordne Kompliment zu sprechen. Indem der Kaiser den Prinzen Heinrich nach Amerika entsandte, habe er einen Gast geschickt, dessen Bewillkommnung äußerst herzlich war. Wir hoffen, ihn wiederzusehen, und hoffen, daß die Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern sich noch herzlicher gestalten werden und die Freundschaft der beiden Völker fest und ewig sein wird. Redner bringt einen Toast auf Deutschland und seine männliche Nation aus, die groß und stark zu Wasser und zu Lande sei, und deren rasch aufblühende kräftige Marine ebenso wie die Armee Bewunderung und Achtung herausfordere, eine Nation, an deren Spitze der edelste Jachtmann der Welt stehe. Sternburg dankt und führt aus: „Der Kaiser und Prinz Heinrich selbst sagen, es sei der kühne Wettbewerb, der große Männer und große Rassen schaffe, und der auch den Völkern Deutschlands und der Vereinigten Staaten so viel gemeinsames gegeben, vor allem die Liebe zur See." Der Botschafter erwidert das Lob der deutschen Armee mit einem Lob der amerikanischen Marine. Er hoffe ebenfalls, daß die Beziehungen der beiden Länder enger und freundschaftlicher werden. Deutschland verlange nur Ehrlichkeit und guten Willen. Er hoffe, daß bei allen künftigen kommerziellen und industriellen Kämpfen dieselbe Liebe zum fair play wie bisher vorherrsche.

20. April. Zu Ehren des Grafen Oriola, Kommandanten der „Gazelle," die an der venezolanischen Blockade teilnahm, findet an Bord des Kreuzers „Westvirginia" in Newport ein Bankett statt, an dem zahlreiche höhere Seeoffiziere und Parlamentarier teilnehmen. Graf Oriola antwortet auf den dem Kaiser Wilhelm und Deutschland gewidmeten Trinkspruch: „Von gewissen Preßtreibereien abgesehen existiert wirklich nichts, was die innige Freundschaft zwischen den

Vereinigten Staaten und Deutschland zu stören vermöchte. Einen Wettstreit gibt es allerdings zwischen beiden Völkern, aber friedlich ist er, und er soll es bleiben."

22. April. Die Besitzer der „Newyorker Staatszeitung" geben zu Ehren des deutschen Botschafters ein glänzendes Festmahl. Der Mayor bringt ein begeistertes Hoch auf Deutschland aus. In seiner Erwiderung weist Frhr. v. Sternburg darauf hin, daß Reibungen zwischen Deutschland und der Union, wie in der Samoa- und Venezuela-Affäre, sich stets als Mißverständnisse herausgestellt hätten. Die Presse beider Länder solle ihren Lesern die guten Seiten der andern Nationen vorführen. Mit Stolz habe er in allen Erdteilen den Deutschen arbeiten gesehen; dieser sei gewiß überall der erste und schärfste Rivale, aber auch ein verträglicher Nachbar. Da beider Nationen Rivalität einem gemeinsamen Zivilisationsziel zuführe, könnten sie friedlich zusammengehn.

6. Oktober. Glänzende Feier des „Deutschen Tages" in Philadelphia, des Jahrestags der Landung der ersten von Penn eingeladnen deutschen Einwandrer, der Gründer von Germantown, das jetzt einen Teil der Stadt der Bruderliebe bildet. Der Gouverneur des Staats rühmt in einer Rede die Verdienste der Deutschen auf allen Gebieten.

10. November. Einweihung des Harvard-Germanischen Museums in Newyork. v. d. Bussche-Haddenhausen überreicht die Schenkung des deutschen Kaisers, wofür Präsident Elliot dankt. Prof. Francke und Karl Schurz halten Ansprachen. Prof. Coolidge schenkt 10000 deutsche geschichtliche Werke. Diese Sammlung wird zum Andenken an den Besuch des Prinzen Heinrich „Hohenzollernsammlung" genannt. Bei der Feierlichkeit hält Prof. v. Jagemann eine Ansprache, in der er sagt: Es ist der Zweck des Museums, unsern Studenten einen wahren Begriff davon zu geben, was Deutschland in der modernen Kultur vorstellt, was seine Ideale gewesen seien, was es zu den besten geistigen Besitztümern der Welt beigetragen hat. v. d. Bussche führt als Vertreter des deutschen Kaisers aus, es sei kein Zufall, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland Seite an Seite in der ersten Reihe stünden bei allen wichtigen Fragen moderner Gesittung und des Fortschritts. Die Deutschen und ein großer Teil der Amerikaner seien eng miteinander verknüpft durch die Bande gemeinsamen Ursprungs.

3.

Stellung zur Republik San Domingo.

18. September. Der nordamerikanische Geschäftsträger Powell setzt die dominikanische Regierung davon in Kenntnis, daß die Vereinigten Staaten die Einreichung eines Projekts an den Kongreß, nach dem Neutralität der dominikanischen Gewässer und gewisse Freihäfen geschaffen werden sollen, nicht in freundlichem Sinne auffassen könne. Die Vereinigten Staaten würden die Errichtung von Kohlenstationen in den Häfen von San Domingo oder eine Gebietsabtretung an irgend eine europäische Macht nicht zugeben. Auch würden sie keiner Nation die ausschließliche Benutzung der dominikanischen Gewässer in Friedenszeiten und viel weniger noch in Kriegszeiten gestatten oder sich damit einverstanden erklären, daß irgend ein Gebiet für neutral erklärt werde.

4.

Vertrag mit der Republik Kuba.

23. Mai. Abschluß eines Vertrags, der folgende Bestimmungen enthält:

Kuba darf keinen Vertrag mit einem auswärtigen Staate abschließen, der seine Unabhängigkeit beeinträchtigen würde, und keine öffentliche Schuld eingehn, zu der die gewöhnlichen Einnahmen in keinem Verhältnis stehn. Die Vereinigten Staaten sollen ermächtigt sein, zur Erhaltung der kubanischen Unabhängigkeit einzugreifen. Ferner wird den Vereinigten Staaten die Befugnis zur Errichtung einer Kohlenstation auf der Isla de Pinos erteilt.

5.

Stellung zur Republik Panama.

4. November. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhält ein Telegramm aus Panama, worin sie ersucht wird, die neue Regierung (S. 324) anzuerkennen.

6. November. Die Neuerung in Panama wird von der Union anerkannt.

13. November. Präsident Roosevelt empfängt Bunau-Varilla als außerordentlichen Gesandten der Republik Panama und spricht in der Unterredung mit ihm die Hoffnung aus, der neue Staat werde in Uebereinstimmung mit den Unionstaaten als Werkzeug der Vorsehung der zivilisierten Welt einen reichen Segen bringen dadurch, daß der Welthandel eine neue Straße eröffne.

19. November. Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Panama über die Erbauung des Panamakanals. Die wesentlichsten Punkte des Vertrags lauten:

1. Die Vereinigten Staaten verbürgen die Unabhängigkeit der Republik Panama und werden sie aufrechterhalten. 2. Panama gewährt den Vereinigten Staaten für immer den Gebrauch, die Besetzung und die Herrschaft über eine Zone von je acht Kilometer zu beiden Seiten der Mittellinie des Kanals für Bau, Betrieb, Sanierung und Schutz des Kanals, ebenso den Gebrauch und die Kontrolle irgend welcher andrer Ländereien, die für den Kanal, für Hilfskanäle und andre zum Bau und Schutz des Kanals erforderliche Werke und Anlagen notwendig und geeignet sind. (Unter dieser Bestimmung können also die Vereinigten Staaten die ganze Republik Panama in ein befestigtes Lager verwandeln.) Die Städte Panama und Colon und ihre Häfen werden in die Zone nicht eingeschlossen, dagegen geschieht dies mit den in der Bucht von Panama gelegnen kleinen Inseln Naos, Perico, Culebra und Flamenco. 3. In der genannten Zone genießen die Vereinigten Staaten alle Rechte und Vollmachten, als seien sie dort Souverän. 4. Die Vereinigten Staaten haben das Recht, alle Gewässer der Republik für Schiffahrt, Wasserentnahme usw. zu gebrauchen, soweit dies für die Zwecke des Kanalbaus und Unterhalts nötig und nützlich ist. 5. Die Vereinigten Staaten erhalten ein ewiges Monopol für Bau, Unterhalt und Betrieb von Kanal- und Eisenbahnwegen über den Isthmus von Meer zu Meer. Die Vereinigten Staaten zahlen nach Vollziehung des Vertrags 10000000 Dollar an Panama und vom zehnten Jahre an eine Jahresrente von 250000 Dollar. Dieser Vertrag bleibt in Kraft, auch wenn Panama künftig in einen andern Staat oder in einen Staatenbund eintritt. Die Republik Panama wird den Vereinigten Staaten Land an der pazifischen und an der atlantischen Küste für Flotten- und Kohlenstationen verkaufen oder verpachten.

Der nordamerikanische Gesandte in Bogota wird angewiesen, der Regierung der Vereinigten Staaten von Kolumbien die Mitteilung zu wiederholen, daß die Republik Panama von der Union als selbständig anerkannt werde, und der letztern gute Dienste zur Beilegung des zwischen Kolumbien und Panama entstandnen Streites anzubieten.

Mittelamerika.

Im Januar. In allen fünf Republiken kommt es zu Unruhen, die hauptsächlich durch die Anregung der Frage einer Wiederaufnahme der Union dieser Staaten hervorgerufen ist, die im Jahre 1898 sich aufgelöst hatte. Die Republiken San Salvador und Nicaragua stehen sich den Republiken Guatamala und Costarica feindlich gegenüber.

Im Februar. Der frühere Präsident der Republik Honduras erhebt den Aufstand im Interesse der Wiederherstellung der 1895 geschlossenen Republica Mayor de Centro-America. Bonilla wird zum Präsidenten von Honduras gewählt, Präsident Sierra weigert sich abzutreten, bis er endlich das Amt niederlegt. Präsident Diaz von Mexiko bietet hierauf den fünf Republiken seinen Dienst zur Beilegung der Schwierigkeiten an, da sie sich in Krieg verwickeln könnten.

San Domingo.

23. März. Die gegen den Präsidenten der Republik, Vasquez, Aufständischen erobern eins der die Hauptstadt beherrschenden Forts.

25. März. Ein auf seiten der Regierung stehender Kreuzer beschießt die Stadt San Domingo.

5. April. Die Truppen des Generals Vasquez greifen die Aufständischen an, werden aber nach heftigem Gefecht zurückgeschlagen. Deutsche, amerikanische, italienische und holländische Kriegsschiffe landen Mannschaften zum Schutze der Konsulate.

5. Mai. Die Aufständischen stürzen die Regierung Velasquezs und setzen eine provisorische Regierung ein.

24. Juli. General Vos y Gil wird zum Präsidenten gewählt.

26. Oktober. Gegen die neue Regierung bricht ein Aufstand aus zugunsten Ximenes, der im Jahre 1902 als Präsident gestürzt worden war.

8. November. Der deutsche Konsul in San Domingo erhebt Einspruch gegen die Schließung der Häfen im Norden der Insel.

9. November. Die Regierung von Nordamerika bricht die diplomatischen Beziehungen zur Republik ab.

10. November. Die deutschen Kriegsschiffe „Gazelle" und „Panther" setzen Marinesoldaten an Land zum Schutze des Konsulats. Ein Kriegsschiff der Aufständischen beschießt und zerstört San Pedro de Macoris an der Südküste.

22. November. Heftige Kämpfe um die Hauptstadt.

25. November. Die Aufständischen nehmen die Hauptstadt ein.

Columbia.

18. März. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Columbia schließt mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Vertrag, durch den der letztern gegen einmalige Zahlung von 10 Millionen Gold-Dollars und gegen jährliche Zahlung von 250000 Dollars auf 100 Jahre ein 6 englische Meilen breiter Landstreifen von Colon am Atlantischen und Panama am Stillen Ozean behufs Anlegung eines schiffbaren Kanals abgetreten wird (s. S. 317).

17. August. Der Senat von Kolumbien verweigert diesem Vertrage die Zustimmung, teils weil er eine stärkere Betonung der Oberhoheit Kolumbiens über jenes Kanalgebiet wünscht, teils aus Besorgnis vor einer zu großen Amerikanisierung der Städte Colon und Panama, sodann aber auch in der nicht verhehlten Absicht, die Forderung von 10 auf 25 Millionen und einen höhern Pachtschilling zu erlangen.

1. September. Infolge der Ablehnung des Panamakanalplans bricht im kolumbischen Staate Panama eine Revolution aus.

4. November. Nachdem ein Versuch der kolumbischen Regierung, die Aufständischen zu unterwerfen, mißlungen ist, reißt sich der größtenteils die Landenge zwischen den beiden Ozeanen bildende Staat Panama von den übrigen Staaten Kolumbiens los, bildet eine selbständige Republik Panama und ersucht die Regierung in Washington um Anerkennung.

6. November. Die Stadt Colon geht in die Gewalt der Aufständischen über. Ein nordamerikanisches Kriegsschiff erscheint zu ihrem Schutze.

8. November. Der französische Ingenieur Bunau-Varilla, früher Direktor des Panamakanalbaues, der mit französischem Gelde zu bauen begonnen wurde, trifft als Gesandter der neuen Republik Panama in Washington ein.

10. November. Der stellvertretende Präsident von Kolumbien, Jorge Holguin, erklärt, die kolumbische Regierung gebe den letzten Blutstropfen hin und wende den letzten Cent auf, um den Aufstand in Panama niederzuwerfen. Kolumbische Truppen brechen nach der Landenge auf.

14. November. Die Vertreter Panamas beschließen, die Wiedervereinigung mit Kolumbien abzulehnen und erklären einer kolumbischen Friedenskommission, daß deren Versicherung über Zugeständnisse Kolumbiens und eine erneute Erwägung des Kanalvertrags zu spät komme.

21. November. Der Präsident von Kolumbien Marroquin richtet an das amerikanische Volk eine Adresse, in der er erklärt, die Revolution in Panama sei eine militärische und keine politische. Die Regierung der Vereinigten Staaten hätte die Verträge verletzt, er sei sicher, daß das amerikanische Volk dies nicht zulassen werde. Ferner ersucht er den Präsidenten Castro von Venezuela um seine moralische Unterstützung, mit dem Bemerken, daß das Volk von Kolumbien mit ihm bereit sei, alles an Blut und Geld aufzuopfern, um den unversehrten Bestand Kolumbiens aufrecht zu erhalten. (Der Vertragsbruch soll darin liegen, daß Nordamerika 1846 sich verbürgt hat, die Souveränetäts- und Eigentumsrechte anzuerkennen, die die damalige Republik Neugranada, die Vorgängerin Columbias, über das fragliche Gebiet besaß.)

Venezuela.

3. Januar. Im fortgesetzten Streite europäischer Mächte mit der Republik Venezuela lassen die Befehlshaber der Flotten der verbündeten Mächte eine erhebliche Verschärfung der Blockade eintreten, indem sie zu weitern Beschlagnahmen feindlichen Eigentums

schreiten. Ein deutsches Kriegsschiff landet in Puerto Cabello Truppen, die das dortige Zollamt in Besitz nehmen. — 800 Aufständische werden von den Truppen geschlagen.

7. Januar. Präsident Castro in Caracas erhält die übereinstimmenden Noten Deutschlands, Englands und Italiens mit den Bedingungen, über die eine Verständigung zuwege gebracht werden muß, ehe der Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird.

17. Januar. Ein Versuch des Präsidenten Castro, durch Eröffnung eines Durchgangshafens an der kolumbischen Grenze (Puerto Villamisar) die Wirkungen der Küstenblockade abzuschwächen, veranlaßt das deutsche Kanonenboot „Panther," den Eingang zum See von Maracaibo zu erzwingen. Das Schiff wird beim Passieren der Barre vom Fort San Carlos unerwartet mit lebhaftem Feuer angegriffen.

21. Januar. Der „Panther" führt eine halbe Stunde lang den Geschützkampf durch, bricht ihn dann aber wegen navigativer Schwierigkeiten ab. Um sofort die Strafe für den Angriff folgen zu lassen, wird von ihm, zumal die venezolanische Regierung den Angriff als einen Erfolg ausgegeben hat, mit dem Kreuzer „Vineta" das Fort San Carlos bombardiert und zerstört. (Bd. 1, S. 224.)

2. Februar. In den zu Washington geführten Verhandlungen der Vertreter der gegen Venezuela verbündeten Mächte lehnt Bowen, der jetzt als Bevollmächtigter Venezuelas auftretende frühere nordamerikanische Gesandte in Caracas, den Vorschlag ab, daß den Verbündeten zwanzig, den andern Gläubigern zehn Prozent von den Zolleinnahmen Venezuelas gewährt werden sollten.

4. Februar. Mexiko tritt mit einer Forderung von 18000 Pfund Sterling gegen Venezuela auf.

7. Februar. Roosevelt, der Präsident der nordamerikanischen Union, lehnt den Vorschlag des englischen Botschafters Herbert ab, über die Forderung der verbündeten Mächte betreffend die Vorzugsbehandlung eine schiedsrichterliche Entscheidung zu fällen.

14. Februar. Friedensschluß der Mächte mit Venezuela. Es wird die sofortige Zahlung von 5500 Pfund (110000 Mark) an alle drei Blockademächte erfolgen, Deutschland erhält außerdem noch Vorzugszahlungen zur Tilgung von Ansprüchen, die als Forderungen erster Klasse anerkannt wurden. Es handelt sich hierbei um die im Anfang des Streits erhobne Forderung, nach der 1700000 Bolivares sofort gezahlt werden sollen. (Bd. 1, S. 138.) Die Frage der weiteren Vorzugsbehandlung von Forderungen gegen Venezuela soll dem Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet werden. (S. 336.) — Aufhebung der Blockade der Küsten Venezuelas.

Anfang März. Präsident Castro verhängt die Blockade über die Mündungen des Orinoko, um die Aufständischen in Ciudad Bolivar zu bedrängen. England erkennt diese Maßregel nicht an.

22. März. Vorübergehend legt Präsident Castro sein Amt nieder.

30. März. Der Kongreß ermächtigt Castro, als außerordentliche Maßnahme die Verpflichtungen aus den mit den verbündeten Mächten abgeschlossenen Protokollen zu erfüllen, ohne daß der Kongreß jedoch den Protokollen die gesetzliche Genehmigung erteilt.

20. Juli. Die Streitmacht der Aufständischen in Ciudad Bolivar wird von den Truppen der Regierung gefangen genommen.

Das übrige Südamerika.

In **Peru** tritt am 8. September ein neuer Präsident namens Candano das Amt an.

Zwischen **Bolivia** und **Brasilien** entbrannte der Streit um das Acregebiet aufs neue sehr lebhaft. Brasilien hatte Verwahrung erhoben gegen den Vertrag, den Bolivia wegen Verpachtung dieses gummireichen Gebiets mit einer nordamerikanischen Gesellschaft geschlossen hatte. Darauf erklärte Bolivia diesen Vertrag aus formellem Grunde für hingefallen. Damit habe Brasilien jeden Grund verloren, sich in die bolivianischen Angelegenheiten zu mischen, es bestehe also der brasilianisch-bolivianische Vertrag von 1867 fort, wonach als Grenze eine Linie gezogen war vom Rio Madeira nach Osten bis an den Rio Javary; sollten aber die Quellen dieses Flusses nördlicher von dieser Linie liegen, so sollte die Grenzlinie vom genannten Ausgangspunkt des Madeira bis an die Hauptquelle des Javary verlängert werden.

20. November. Der Streit wird erledigt durch einen Vertrag über den Austausch von Gebieten und die Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling seitens Brasiliens.

Uruguay betreffend, so eröffnet am 16. Februar Präsident Cuestas in Montevideo die Abgeordnetenkammer mit einer Botschaft, in der er einen Ueberblick über die Tätigkeit der Regierung seit August 1897 gibt. Er weist besonders auf die gesunde finanzielle Lage hin, die dem allgemeinen administrativen Fortschritte folgte. — Im März kommt es zu erheblichen Unruhen. In die Kämpfe der weißen mit der roten Partei mischt sich der nächst angrenzende brasilianische Staat.

In einer Botschaft zur Eröffnung des Kongresses von **Argentinien** sagt der Präsident General Roca am 4. Mai: Die Republik hat gegenwärtig keinerlei Mißverständnisse und Verwicklungen und keine Gefahren nach innen oder außen zu befürchten und entwickelt sich rüstig. In seinem glücklichen blühenden Zustande ist das Land voll Vertrauen auf seine eigne Kraft. — Am 28. Mai wird in Buenos Aires eine chilenische Gesandtschaft empfangen, deren Führer Montt die Versicherung einer unwandelbaren, treuen Freundschaft des chilenischen Volks und der chilenischen Regierung für Argentinien ausspricht. Präsident Roca erwidert, daß die Friedens- und Schiedsgerichtsverträge einen bedeutenden Fortschritt in den politischen Beziehungen der südamerikanischen Staaten darstellten. — Am 25. August geht dem Kongreß eine Botschaft des Präsidenten zu, in der er die günstige Lage der Finanzen hervorhebt. Es

handelt sich ferner um den Entwurf eines Gesetzes wegen Kolonisation auf enteignetem Großgrundbesitze.

In Chile wird als Folge des am 1. März eingetretnen Wahlsiegs der Klerikalen über die Liberalen die Regierungspolitik geändert. In Valparaiso wird am 18. Mai infolge eines Aufstands der Belagerungszustand verkündigt. Das Abgeordnetenhaus in Santiago de Chile nimmt den Entwurf eines Gesetzes an, durch das fremden Versicherungsgesellschaften Lasten und Beschränkungen auferlegt werden. Ende September werden im Budget Ersparungen in Höhe von fünf Millionen Pesos durchgeführt.

Politische und sozialpolitische Kongresse.

I.

Internationaler Kongreß gegen den Alkoholismus.

14. April. Der neunte internationale Kongreß gegen den Alkoholismus wird in Bremen eröffnet. Zum Vorsitzenden wird Direktor Delbrück aus Bremen gewählt. Namens des Reiches begrüßt Staatssekretär Graf Posadowsky die Teilnehmer und führt in längerer aus, daß die Entwicklung der modernen Kultur, in der das Leben sich vorwiegend nicht mehr in Gottes freier Natur, sondern in geschlossenen Räumen vollziehe und an die geistige und körperliche Spannkraft jedes Einzelnen erhöhte Anforderungen stelle, die Gefahr des übermäßigen Alkoholgenusses erhöhe, und daß deshalb eine Bekämpfung der Alkoholgefahr um so notwendiger sei. Die Art dieser Bekämpfung, ihr Umfang und ihre Ziele würden nach der Eigenart eines Volkes, nach seinen allgemeinen Lebensgewohnheiten und nach den klimatischen Verhältnissen des Landes wesentlich verschieden sein müssen. Freude an körperlicher Uebung in frischer, freier Luft und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der ärmern Volksklassen würden aber allerwärts ein geeignetes Mittel sein, um den Feind zu bekämpfen. Die Gesetzgebung würde stets nur äußerlich, gewissermaßen mechanisch, eine gewisse Hilfsaktion leisten können, die innere Heilung des Uebels müsse ohne Beschränkung jeglichen Lebensgenusses aus einer veredelten Volkssitte hervorgehen. Und hier erwachse, namentlich den höher gebildeten Gesellschaftsklassen, die ernste Pflicht, Führer der Mission zu sein. Die Jugendkraft schöpfe ein Volk nur aus der Verfolgung idealer Ziele, und deshalb sei es mit Freude zu begrüßen, wenn sich warmherzige Vertreter der Wissenschaft und Praxis zusammenfänden, um solche Ziele zu einer Lebensaufgabe zu machen. Alle gebildeten Völker stünden in diesem Kampfe für die geistige und körperliche Gesundheit der Menschheit zusammen. Möchte deshalb der Kongreß ein Markstein sein auf dem Wege des Fortschritts menschlicher Gesittung. (S. 17.)

[illegible]

[illegible] Dr. Legrain, [illegible] in der [illegible] [illegible] der Tuberkulose [illegible]

[illegible] als [illegible] ein, als [illegible] Der Alkohol [illegible] erstickende Wirkung, [illegible] dadurch in seiner [illegible] der Parasiten ge- [illegible] Verteidigungs- [illegible] des Nerven- [illegible] des allgemeinen Ernährungs- [illegible] Ernährung, Autophagie,

Dystrophie. Indem der Alkohol angeborne Schwächezustände hervorruft, prädisponiert er die Alkohol-Hereditaries zur Tuberkulose der Kinderzeit. Diese ist viel häufiger als die angeborne Tuberkulose, deren tatsächliches Vorkommen sogar bestritten wird. Endlich beschleunigt der Alkohol durch weitere Einwirkung auf den schon von der Tuberkulose befallnen Organismus deren Entwicklung und verhindert die an sich immer mögliche Heilung der Krankheit. Man kann daher, ungeachtet der kürzlich von einigen italienischen Gelehrten, so von Marigliano, aufgestellten Behauptung, sagen, daß die systematische Behandlung der chronischen Tuberkulose mit Alkohol eine vollständige physiologische Verkehrtheit bedeutet. Auf sozialem Gebiete sind nicht die Ansteckungsträger die wahren Ursachen der Tuberkulose, vielmehr jene Faktoren, die geeignet sind, die Macht der Bazillen zu steigern und deren Giftigkeit zur vollen Wirkung zu bringen: schwere Krankheiten, Exzesse, Schlemmerei, unnütze Ermüdung, Ueberanstrengung, physisches, moralisches und pekuniäres Elend, Mangel an Hygiene; lauter Ursachen, die größtenteils direkt aus dem gewohnheitsmäßig betriebnen Alkoholmißbrauch hervorgehen. Dr. Legrain behauptet, daß die Lösung der Frage unendlich weit und ohne wirklichen Nutzen hinausgeschoben wird, wenn man gegen die eigentliche Ursache der Krankheit zu Felde zieht, obschon feststehe, daß die sogenannten beihelfenden Ursachen die Hauptrolle spielten. Die Ansteckungsgefahr werde sehr übertrieben. Sie dürfe von den Hygienikern nicht höher als bei allen andern Infektionskrankheiten eingeschätzt werden. In sozialem Sinne bedeute die Sanatoriumbehandlung einen Irrweg, so lange nicht als Gegengewicht eine gleichsinnige Entwicklung von Werken allgemeiner Vorbeugungsmaßregeln stattfinde, deren wichtigstes der Kampf gegen den Alkohol sei. Ueber den Alkoholismus triumphieren, heiße annähernd auch über die Tuberkulose triumphieren. Deshalb erfordere das antituberkulöse Sanatorium neben sich das antialkoholische Sanatorium. Solidarität in antialkoholischem Wirken vermöge mehr gegen die Tuberkulose auszurichten als die Sanatorien, die für die Tage nach der Heilung nichts gewährleisten. Daher müsse die antituberkulose Werktätigkeit zugleich antialkoholische Werktätigkeit sein. Die Aerzte der antituberkulosen Dispensatorien (Organisationen, die nach dem Referenten den Sanatorien erheblich überlegen sind) haben sich abstinent zu halten und ihre Kranken zur Abstinenz zu erziehen. Jedenfalls müßten die Sanatorien Mittelpunkte für antialkoholische Erziehung durch Lehre und Beispiel sein. Die Behandlung müsse eine methodische, fortschreitende und vernünftige Erziehung zur Praxis der Abstinenz umfassen.

15. April. Professor Martius aus Rostock führt aus, daß nicht Gesetzgebung und Polizeistrafe, sondern die Beseitigung der sozialen Misere, gute Wohnungen, gute Ernährung und Aufklärung imstande seien, der Trunksucht den Nährboden zu entziehen. Die Erkenntnis, daß der Frühschoppen und überhaupt der Genuß geistiger Getränke während geistiger Arbeit schädlich wirke, und ebenso, daß von der im Wachsen begriffnen Menschheit jeder Genuß von alkoholischen Getränken und narkotischen Mitteln vollständig fernzuhalten sei, dringe immer mehr in alle Volkskreise. Es gebe wohl heute keinen Arzt mehr, der schwere Weine oder starke Biere zu Stärkungszwecken verordne. Wo dies dennoch vorkommen sollte, müsse es scharf gebrandmarkt werden. Wenn man auch den mäßigen Genuß von Alkohol nicht grundsätzlich verdammen könne, so sollte doch jeder-

Professor Hüppe aus Prag tritt als Vertreter Oesterreichs auf und spricht sich, statt für Abstinenz, für Mäßigkeit also aus:

Zur Zeit sind wir viel zu wenig über die schädlichen Wirkungen des Alkohols unterrichtet, als daß wir ihn ohne weiteres als Gift bezeichnen könnten. Wir müssen auch berücksichtigen den Wert der einzelnen Reizmittel für die verschiednen Völker seit fünf bis sechs Jahrtausenden. Bezeichnet man den Alkohol als Gift, so könnte man mit gleicher Sicherheit den Kaffee als ein gleich schlimmes Gift bezeichnen. Zu weit getriebne Tugendhaftigkeit kann auch abstoßend wirken. Ich glaube, daß wir in den Mäßigkeitsbestrebungen eine sehr gute und gesunde Grundlage in der Bekämpfung des Alkoholismus haben. Die Arbeiten des Kongresses werden dann von Erfolg gekrönt sein, wenn er sich in seinen Aufgaben in weiser Form den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anpaßt.

Für Rußland spricht Dr. v. Scarzynski, für Schweden Dr. Waldenström, der die Temperenzfrage als die größte sozialpolitische Frage der Gegenwart bezeichnet. Es sprechen noch Vertreter Ungarns und der Niederlande. Dr. Delbrück teilt mit, daß das deutsche Reichsamt des Innern, das preußische Handelsministerium, das Kultusministerium, das preußische Ministerium des Innern, die Großherzogtümer Oldenburg und Braunschweig, der Hamburger Senat und die Reichslande im Kongresse amtlich vertreten sind.

Es folgt ein Festvortrag von Dr. Bergmann aus Stockholm über moderne Kultur und den Kampf gegen den Alkohol.

Der Alkoholismus ist nach ihm als internationales Volksübel eine Erscheinung der modernen Kultur. Es ist daher auch Aufgabe unsrer heutigen Zeit, durch Entfernung des Alkoholismus die Kultur zu heben. Verlangt wird deshalb eine radikale Reaktion gegen die kulturverderbenden Trinksitten, nicht nur gegen die sog. Trunksucht. Es habe sich diese radikale Methode der Abstinenz in der Geschichte der Bewegung völlig bewährt, wie die Beispiele aus Skandinavien und den angelsächsischen Ländern zeigten. Niemand verliere etwas durch die Abstinenz, auch nicht Lebensfreude und geistige Anregung. In normalen Fällen ist es wesentlich nicht der Alkohol, der heitere Gesellschaft veranlaßt, sondern die begleitenden Umstände, unter denen der Alkohol gewöhnlich genossen wird.

Der französische Forscher Dr. Legrain, Oberarzt in der Irrenanstalt Evrard und Präsident der „Union Française Antialcoholique," hält einen Vortrag über die Beziehungen der Tuberkulose zum Alkoholismus.

Er räumt dem Alkohol in seiner Wirkung als vorausbestimmender Faktor gegenüber der Tuberkulose keine andre Stellung ein, als gegenüber andern infektiösen und ansteckenden Krankheiten. Der Alkohol prädisponiert das Individuum durch die lähmende und erstickende Wirkung, die er auf das Zellprotoplasma ausübt. Dieses wird dadurch in seiner Widerstandsfähigkeit gegen das Eindringen der Parasiten geschwächt. Der Alkohol prädisponiert, indem er alle Verteidigungsmittel des Organismus zerstört, namentlich die Gesundheit des Nervensystems angreift. Er veranlaßt Störungen des allgemeinen Ernährungszustandes: Anorexie, unregelmäßige und ungenügende Ernährung, Antophagie,

Dystrophie. Indem der Alkohol angeborne Schwächezustände hervorruft, prädisponiert er die Alkohol-Hereditaries zur Tuberkulose der Kinderzeit. Diese ist viel häufiger als die angeborne Tuberkulose, deren tatsächliches Vorkommen sogar bestritten wird. Endlich beschleunigt der Alkohol durch weitere Einwirkung auf den schon von der Tuberkulose befallnen Organismus deren Entwicklung und verhindert die an sich immer mögliche Heilung der Krankheit. Man kann daher, ungeachtet der kürzlich von einigen italienischen Gelehrten, so von Marigliano, aufgestellten Behauptung, sagen, daß die systematische Behandlung der chronischen Tuberkulose mit Alkohol eine vollständige physiologische Verkehrtheit bedeutet. Auf sozialem Gebiete sind nicht die Ansteckungsträger die wahren Ursachen der Tuberkulose, vielmehr jene Faktoren, die geeignet sind, die Macht der Bazillen zu steigern und deren Giftigkeit zur vollen Wirkung zu bringen: schwere Krankheiten, Exzesse, Schlemmerei, unnütze Ermüdung, Ueberanstrengung, physisches, moralisches und pekuniäres Elend, Mangel an Hygiene; lauter Ursachen, die größtenteils direkt aus dem gewohnheitsmäßig betriebnen Alkoholmißbrauch hervorgehen. Dr. Legrain behauptet, daß die Lösung der Frage unendlich weit und ohne wirklichen Nutzen hinausgeschoben wird, wenn man gegen die eigentliche Ursache der Krankheit zu Felde zieht, obschon feststehe, daß die sogenannten beihelfenden Ursachen die Hauptrolle spielten. Die Ansteckungsgefahr werde sehr übertrieben. Sie dürfe von den Hygienikern nicht höher als bei allen andern Infektionskrankheiten eingeschätzt werden. In sozialem Sinne bedeute die Sanatoriumbehandlung einen Irrweg, so lange nicht als Gegengewicht eine gleichsinnige Entwicklung von Werken allgemeiner Vorbeugungsmaßregeln stattfinde, deren wichtigstes der Kampf gegen den Alkohol sei. Ueber den Alkoholismus triumphieren, heiße annähernd auch über die Tuberkulose triumphieren. Deshalb erfordere das antituberkulöse Sanatorium neben sich das antialkoholische Sanatorium. Solidarität in antialkoholischem Wirken vermöge mehr gegen die Tuberkulose auszurichten als die Sanatorien, die für die Tage nach der Heilung nichts gewährleisten. Daher müsse die antituberkulose Werktätigkeit zugleich antialkoholische Werktätigkeit sein. Die Aerzte der antituberkulosen Dispensatorien (Organisationen, die nach dem Referenten den Sanatorien erheblich überlegen sind) haben sich abstinent zu halten und ihre Kranken zur Abstinenz zu erziehen. Jedenfalls müßten die Sanatorien Mittelpunkte für antialkoholische Erziehung durch Lehre und Beispiel sein. Die Behandlung müsse eine methodische, fortschreitende und vernünftige Erziehung zur Praxis der Abstinenz umfassen.

15. April. Professor Martius aus Rostock führt aus, daß nicht Gesetzgebung und Polizeistrafe, sondern die Beseitigung der sozialen Misere, gute Wohnungen, gute Ernährung und Aufklärung imstande seien, der Trunksucht den Nährboden zu entziehen. Die Erkenntnis, daß der Frühschoppen und überhaupt der Genuß geistiger Getränke während geistiger Arbeit schädlich wirke, und ebenso, daß von der im Wachsen begriffnen Menschheit jeder Genuß von alkoholischen Getränken und narkotischen Mitteln vollständig fernzuhalten sei, dringe immer mehr in alle Volkskreise. Es gebe wohl heute keinen Arzt mehr, der schwere Weine oder starke Biere zu Stärkungszwecken verordne. Wo dies dennoch vorkommen sollte, müsse es scharf gebrandmarkt werden. Wenn man auch den mäßigen Genuß von Alkohol nicht grundsätzlich verdammen könne, so sollte doch jeder-

mann alle Kraft anwenden, des Alkoholgenusses vollständig entbehren zu können. In der Nüchternheit liege das Wohl des Volkes und das Heil der Menschheit.

Professor Forel aus Lausanne hält einen Vortrag über „Der Mensch und die Narkose." Er sagt u. a.:

Das Gehirn ist der Mensch. Seine Struktur ist außerordentlich fein, und jede Störung derselben, viel mehr noch jede bleibende Schädigung seines Gewebes, schädigt den Menschen im innersten Kern seines Charakters. Wenn das Kind zur Welt kommt, ist sein Gehirn noch unbeschrieben und für fertige Abstraktionen völlig ohne Verständnis, um so empfänglicher dagegen für alle konkreten Sinneseindrücke, sowie für deren Assoziation und Kombination. Harmonisch sollen daher alle Haupttätigkeiten des Gehirns, Intellekt, Gefühl und Wille durch das, was wir Erziehung nennen, entwickelt werden. Bedenken wir diese Tatsachen, so müssen wir anerkennen, daß die soziale Frage nicht nur eine Magenfrage, sondern auch sehr eine Gehirnfrage ist; denn was der Mensch ist, ist er durch sein Gehirn; der Magen füttert und heizt nur das Tier in uns. Es ist falsch, daß die Kulturmenschheit oder die Naturmenschheit irgend eine Narkose nötig hätte. Die Menschen trinken und narkotisieren sich nur deshalb, weil ihnen die bezüglichen Mittel unter die Nase gebracht werden, weil eine gedankenlose Gewohnheit das Alkoholtrinken zur sogenannten Sitte gemacht hat, und weil die Geldgier des Kapitals diese leichte Erwerbsquelle aufgreift und das Gift gewissenlos allen Menschen aufdrängt. Ueberall da, wo ein Volk die Kraft hatte, in seiner Mehrheit sich zur Abstinenz zu bekehren, gab es einen gewaltigen Aufschwung, eine herzerfrischende und hoffnungsvolle Aufwärtsreform des Körpers und des Geistes der Einzelnen wie der ganzen Gesellschaft.

Der Vortragende zeigt dann, wie die Narkose auf die verschiednen Arten der Menschen wirkt, und schließt: „Die Narkotika, der Alkohol bei uns, das Opium bei den Chinesen, sind die größten Erlahmer und Totengräber der Gesundheit und der Arbeit in der Gesellschaft und dadurch die größten Feinde des Lebensglücks der Menschen." — Ein Redner führt aus, verhältnismäßig seien viel mehr Leute in den untern Volksschichten, die zu sozialer Mitarbeit geneigt seien, als in den höhern. — Dr. Bonne wendet sich besonders an die sozialdemokratischen Führer, sowie an die Geistlichen, Lehrer usw., mitzuarbeiten bei der Tätigkeit, die Ideen, die die Wissenschaft gebe, in die Praxis umzusetzen. „Gift ist Gift und bleibt Gift. Wir wollen unser Vaterland glücklich, frei und reich sehen."

Der Arbeiterführer Fröhlich aus Wien leitet die Besprechungen auf das politische Gebiet: Man müsse die Meinung entfernen, als ob im Alkohol die alleinige oder auch nur die Hauptursache des allgemeinen sozialen Elends zu suchen sei. Oft sei auch der Alkoholismus umgekehrt eine Folge des sozialen Elends. „Es muß daher dafür gesorgt werden, daß alle sozialen Faktoren, die dem Alkoholismus Vorschub leisten, an der Wurzel bekämpft werden. Wir müssen darauf bedacht sein, die Arbeiterschaft aus eigner

Kraft zu bessern Lebensverhältnissen zu führen. Das Mittel, das dem Alkoholismus die Wurzel abzuschneiden imstande ist, ist die Koalitionsfreiheit. Wir wollen nicht Wohltaten von oben, sondern müssen das fördern, was aus eigner Kraft herauskommt. Wie schlimm es mit den Einkommenverhältnissen der Arbeiter steht, erhellt daraus, daß im vergangnen Jahr in Berlin 98 000 fähige Arbeiter ohne Beschäftigung waren."

Professor Forel verweist auf die enorme Rolle, die die Erblichkeit spiele. — Dr. Bonne aus Klein-Flottbeck: Von den Münchner Brauern gehen 29,9 Prozent an Tuberkulose zugrunde. Auch die Wirte und Kellner weisen eine Sterblichkeit von großer Höhe an Tuberkulose auf. Dr. Meinert aus Dresden: In Elsaß-Lothringen und in Berlin sterben 40 Prozent der Gastwirte an Tuberkulose. „Der Alkohol im Lebensprozeß der Rasse" wird von Dr. Plötz aus Berlin erörtert. Er resümiert sich dahin, daß der degenerierende Einfluß des Alkohols schwerer in die Wagschale falle als sein ausleihender, der ersetzbar ist. Rassenhygienisch müsse vor allem eine Beseitigung des mittelmäßigen Trinkens erstrebt werden, in zweiter Linie die des unmäßigen. Die Ausjätung, die durch den Alkohol bewirkt wird, werde z. T. selbsttätig durch andre ausmerzende Faktoren übernommen, könnte zu einem andern Teil ersetzt werden durch Hindernisse, die man den Ehen Minderwertiger in den Weg legt, und zu einem dritten Teil überflüssig gemacht werden durch Aufbesserung der allgemeinen Verhältnisse der Vererbung und Variabilität.

16. April. Ueber „Die Rolle des Alkohols im Haushalt der Kulturvölker" redet Dr. Helenius aus Helsingfors:

Der Alkoholverbrauch nimmt in Deutschland gegenüber andern Ländern eine Mittelstellung ein. Das deutsche Volk verbraucht jährlich gegen 2500000 Hektoliter Alkohol in destilierten Getränken und gegen 70 Millionen Hektoliter Bier, den Wein nicht mitgezählt. Die direkte Ausgabe für alkoholhaltige Getränke dürfte mindestens zu drei Milliarden Mark jährlich geschätzt werden müssen. Dem Budget gemäß ist der Etat des Deutschen Reiches für 1902/03 auf 2 Milliarden 304483115 Mark veranschlagt, sodaß die gesamten Ausgaben des Deutschen Reiches nicht so hoch steigen wie die Summe, die das Volk für Alkohol ausgibt. Die direkte Alkoholrechnung des deutschen Volkes ist drei- bis viermal so groß wie die Ausgaben für Armee und Flotte. Wenn man für diese 3 Milliarden Mark, die für Alkohol ausgegeben werden, Roggen kaufte und ihn nach einem niedrigen Börsenpreise mit 140 Mark pro 1000 Kilogramm bezahlen würde, so erhielte man 21428571000 Kilogramm Roggen. Die ganze deutsche Handelsflotte müßte zum Fortschaffen dieser Roggenmenge elf verschiedne Reisen mit voller Ladung machen, und die mächtige Handelsflotte der Freien Stadt Bremen hätte zu dem Zwecke 37 Reisen nötig. Die Ausgaben der Vereinigten Staaten von Nordamerika für geistige Getränke betrugen 1867 rund 600 Millionen Dollars, womit man 100 Millionen Barrels feines Weizenmehl hätte kaufen können. Um dieses wegzufahren, hätte man 10 Millionen

Karren nötig, und der Zug der Fuhrleute wäre so lang geworden, daß er fast zweimal um den Erdball hätte reichen können. In den Erfahrungen der Lebensversicherungsgesellschaften in England, Kanada usw. haben wir einen statistischen Beweis dafür, daß die Lebenserwartung der Abstinenten unleugbar eine längre ist, als die der Alkoholkonsumenten. Mit den erwähnten 3 Milliarden Mark, die das deutsche Volk direkt für den Alkoholgenuß aufbringt, ist die Sache indessen noch nicht getan. Berechnet man auch die indirekten Ausgaben d. h. all den Schaden, den die geistigen Getränke anrichten, so steigt diese Summe sehr beträchtlich. Es frage sich, ob der Staat die Wein- und Biersteuer entbehren könne. In England sei die Branntweinsteuer sehr hoch. Die gesamte Alkoholsteuer habe in den letzten Jahre 36 Millionen Pfd. Sterl. eingebracht, und es hätten die größten Staatsmänner klar eingesehen, daß es ein Glück für das Land wäre, wenn es nüchtern werden könnte! Es frage sich, ob die große Rolle, die die Ausgaben für den Alkohol im Haushalt der Kulturvölker spielen, sich mit dem Kulturstandpunkt vertrage, auf dem wir im zwanzigsten Jahrhundert stehen.

II.

Internationale Währungskommission.

16. Juli. Die Kommission tagt in Berlin. Auf Anregung des mexikanischen Finanzministers Limantour und mit Unterstützung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Roosevelt, der dabei hauptsächlich Handelsinteressen im Auge hatte, hat sich eine „Commission of international exchange“ gebildet, deren Aufgabe es ist, mit den Goldwährungsländern Beratungen darüber zu pflegen, wie den Ländern mit reiner Silberwährung ein bestimmtes Verhältnis ihres gemünzten Silbers zum gemünzten Golde geschaffen werden kann. Die Folgen des Rückganges des Silberpreises haben sich ganz besonders in Mexiko, das eine bedeutende Silberproduktion aufweist, und in China nachteilig fühlbar gemacht. Daher die Bestrebungen zu einer gewissen Festlegung des Silberpreises. Nachdem die Kommission in London, Paris und dem Haag mit den in Betracht kommenden Vertretern der betreffenden Regierungen und der Finanz unterhandelt hat, ist sie in Berlin eingetroffen, um auch da ein Urteil der maßgebenden Persönlichkeiten über ihre Vorschläge zu hören. Nach Begrüßung der ausländischen Abgesandten durch den Vorsitzenden, Präsidenten Koch, wird von den Mitgliedern der amerikanischen und der mexikanischen Kommission eine Darlegung der Beweggründe gegeben, die ihre Regierungen zur Einleitung der Beratungen bestimmt haben. Im Anschluß daran werden die Vorteile, die den europäischen und den amerikanischen Staaten aus einer Stabilisierung der chinesischen Valuta erwachsen würden, erörtert.

23. Juli. Die Kommission beschließt: 1. Die Einführung eines Goldvalutasystems in den Ländern mit Silberumlauf, bestehend

aus Silbermünzen von unbeschränkter Zahlungskraft, aber mit einem festen Goldkurs soll angestrebt werden. 2. Die Einführung eines einheitlichen, aus Silbermünzen mit voller gesetzlicher Zahlungskraft bestehenden Geldumlaufs ist dringend erwünscht. 3. In China und den übrigen Ländern mit Silberumlauf ist die Einführung eines einheitlichen Ausmünzverhältnisses von Gold- und Silbermünzen wünschenswert. Dieses Verhältnis ist auf etwa 32 zu 1 festzusetzen. 4. Die Schwankungen des Silberpreises würden durch eine verständige Regelmäßigkeit in den Silberkäufen der Regierungen zu Münzzwecken in gewissem Umfange eingeschränkt werden können.

Von den Vertretern der deutschen Regierung wird folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

„Deutschland wird zunächst nicht in der Lage sein, einen Silberbedarf für monetäre Zwecke durch Ankauf von Silberbarren zu befriedigen, da es nach seiner Münzgesetzgebung das zur Neuprägung von Reichssilbermünzen erforderliche Material dem vorhandnen Talervorrat entnimmt, der für diesen Zweck noch für Jahre hinaus ausreicht, und da ferner der deutsche Silbergeldbestand zurzeit den tatsächlichen Verkehrsbedarf um etwa hundert Millionen übersteigt. In den deutschen Schutzgebieten besteht die Reichsmarkrechnung, außer in Ostafrika und Kiautschou. Wenn die in den Resolutionen 1 bis 3 enthaltnen Vorschläge zur Ausführung gelangen, so dürfte es ratsam sein, bei den für diese Schutzgebiete etwa vorzunehmenden Silberankäufen tunlichst nach den in Resolution 4 festgestellten Grundsätzen zu verfahren."

III.

Zionisten-Kongreß.

23. August. In Basel tritt der von mehr als 600 Vertretern besuchte Zionisten-Kongreß zusammen, an dem auch Besucher aus Amerika, den englischen Kolonien in Südafrika, der asiatischen Türkei und dem asiatischen Rußland teilnehmen. — Der Führer der Bewegung, Herzl, betont in der Bewillkommnungsrede, daß die bedrohte Lage des jüdischen Volkes sich seit dem letzten Kongresse nicht nur nicht verbessert habe, sondern im Gegenteil immer besorgniserregender werde. Nicht nur die Greuel von Kischinew (S. 225) seien hierfür ein Beweis, selbst in den bis dahin vom Antisemitismus am wenigsten betroffnen Ländern, vor allem in England, seien Bestrebungen wach geworden, die nominell gegen die Fremden überhaupt gerichtet, tatsächlich auf Beschränkung oder Verhütung der Einwanderung osteuropäischer Juden hinzielten, und eine immer wachsende Volkserregung begünstige diese Bestrebungen in allen ihren

Folgen. Gegenüber den nur Symptome bekämpfenden Maßregeln sei der Zionismus das einzige wirkliche Heilmittel, wie er zugleich die Erfüllung einer jahrtausendealten Sehnsucht in Aussicht stelle. Auch die Regierungen begännen mehr und mehr einzusehen, aus welchen Schwierigkeiten sie die zionistische Bewegung befreien könnte, und stünden dieser ausnahmslos in hohem Maße freundlich gegenüber. So habe der Zionismus sich seit Jahren des wohlwollenden Interesses des deutschen Kaisers zu rühmen, und so seien seine, Herzls, Besprechungen mit dem türkischen Sultan voller Beweise von dessen warmen Sympathien für das jüdische Volk gewesen. Freilich habe die Bewegung aus diesen Sympathien noch keine wirkliche Förderung gewinnen können, denn ihr eigentliches Ziel, die Erlangung eines Freibriefes zur autonomen Besiedlung Palästinas durch die Juden, hätten die Zionisten noch nicht erreicht. „So trat denn das zionistische Aktionskomitee auf der Suche nach geeigneten und von dem eigentlichen Ziele räumlich nicht zu weit entfernten Einwanderungsgebieten mit der englischen und durch deren Vermittlung mit der ägyptischen Regierung in Beziehung, um die Erlaubnis zur Besiedlung geeigneter Striche der Sinaihalbinsel und besonders des südlichen Palästinas zu erhalten, das, El-Arisch genannt, geographisch und geschichtlich zu Palästina gehört. Die ägyptische Regierung war bereit, nicht nur diese Erlaubnis zu erteilen, sondern auch den sich bildenden Judenansiedlungen Selbstverwaltung und alle Munizipalitätsrechte zu gewähren, sobald eine sachverständige Kommission über diese Striche entschieden habe. Diese Kommission aus jüdischen und christlichen Fachleuten ist nun leider nach eingehender Prüfung der Verhältnisse zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bewässerungsschwierigkeiten diesem Plan vorläufig unüberwindbare Hindernisse in den Weg stellen, und so muß das Projekt als gescheitert betrachtet werden." Dagegen habe sich die englische Regierung bereit erklärt, ein Gebiet in Ostafrika der jüdischen Einwanderung zu eröffnen, und sie will den Ansiedlern volle Selbständigkeit unter englischer Oberhoheit gewährleisten. Diesen Vorschlag hält Herzl wegen der ungeheuern Judennot wie auch wegen der durch ihn bewiesenen Gesinnung Großbritanniens für höchst bedeutsam. Auch gewisse Erleichterungen in der drückenden Lage der russisch-jüdischen Bevölkerung sind dem Redner in Aussicht gestellt worden. Rußland will, was in letzter Zeit sehr fraglich geworden war, der zionistischen Bewegung, so lange sie sich in gesetzlichen Bahnen bewege, keine Hindernisse in den Weg legen, ja sogar durch seine Vertreter bei der türkischen Regierung die zionistischen Bestrebungen tatkräftig befürworten.

Seit dem ersten Kongreß, der das sogenannte Basler Programm festsetzte, lautete die Grundlehre des Zionismus, daß jüdische Landbesiedelung auf nationaler Basis nur in Palästina denkbar sei; höchstens machte man zugunsten der nächstgelegnen Nachbargebiete als durchaus innerhalb der semitischen Lebenssphäre befindlich eine Ausnahme. Auf dieses Programm sind die Delegierten auch diesmal gewählt, und die Frage über das Anerbieten der englischen Regierung bezüglich autonomer Besiedlung eines hierfür geeigneten Teils ihrer ostafrikanischen Kolonien zu behandeln liegt nicht in der Zuständigkeit des Kongresses.

24. und 25. August. Aufs äußerste strengt sich das gesamte Aktionskomitee mit Herzl an der Spitze an, die Verweisung des englischen Angebots an die Kommission durchzubringen. Die verschiedensten Gründe werden geltend gemacht, vor allem der, daß die Kommissionsberatungen ja unvorgreiflich seien, daß die Rücksicht auf England eine direkte Ablehnung des Anerbietens nicht gestatte, daß auf den Kongreß der Zionisten nicht nur dessen Wähler, sondern das gesamte jüdische Volk mit Spannung blicke, und daß man doch zur Leitung Vertrauen haben möge. Nach zehnstündigen Erörterungen beschließt die Versammlung, daß hierüber nur noch 8 der 120, die sich ferner gemeldet haben, sollen reden dürfen.

26. August. Schließlich wird mit 295 gegen 177 Stimmen die Verweisung des englischen Vorschlags an die Kommission beschlossen, worauf die Minderheit, namentlich die Russen, sich entfernt. In einer Versammlung der Minderheit legt darauf Herzl, unter starker Berufung auf seine zionistische Vergangenheit, seine Zweifel bezüglich der Möglichkeit, Palästina in absehbarer Zeit erlangen zu können, offen dar. Damit ist der Zionismus an einem Wendepunkt angelangt.

27. August. Der Kongreß beschließt hinsichtlich des Nationalfonds:

Zweck des Fonds soll sein: in Palästina und den Nachbarlanden Bau-, Acker- und Gartenland, auch Waldungen und Grundstücke jeder Art anzukaufen, das gekaufte Land zu bebauen oder bearbeiten zu lassen, oder auch an Juden mit Ausschluß der Afterpacht zu verpachten; alle möglichen oder denkbaren Unternehmungen, die diesem Zwecke dienen, zu begründen oder zu fördern; zur Erhaltung oder Erwerbung des Besitzstandes Verträge jeder Art zu schließen, sowie zur Entwicklung dieses Zweckes mit industriellen oder finanziellen Unternehmungen sowie mit Regierungen oder Behörden in Verbindung zu treten. Von dem Nationalfonds sollen $^3/_4$ zum Landankauf dienen, $^1/_4$ unantastbar bleiben und fruchtbringend angelegt werden.

IV.

Die Venezuela-Frage vor dem internationalen Schiedsgerichtshofe.

1. Oktober. Der Schiedsgerichtshof in der Streitfrage der Republik Venezuela (Bd. 2 v. 1902, S. 309) tritt im Haag zusammen. Die Frage, die er in Gemäßheit des am 14. Februar zwischen den Blockademächten und Venezuela geschlossenen Friedens (S. 325) zu entscheiden hat, ist die, ob Deutschland, England und Italien für ihre Schadenersatzansprüche, für die Venezuela dreißig vom Hundert seiner Zolleinnahmen abgetreten hat, ein Vorzugsrecht vor den Ansprüchen der andern geschädigten Staaten genießen sollen oder nicht. Der den Vorsitz führende russische Justizminister Murawiew betont die Bedeutung des Schiedsgerichts, an dem zum erstenmal die meisten Nationen des alten Europas teilnähmen, und das den Schrecken des Krieges durch das Recht Einhalt tue, durch das Recht, das stärker sei als die Gewalt der dröhnenden Geschütze. Hierauf tritt man in eine Erörterung darüber ein, in welcher Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Deutschland, England und Italien verlangen, daß die Schriftsätze in englischer Sprache verfaßt würden, während für die Reden mit Einwilligung des Schiedshofs auch die Anwendung andrer Sprachen zu gestatten wäre. Venezuela will Frankreich zugestehen, in französischer Sprache zu verhandeln; Frankreich aber fordert, daß der Gerichtshof diese Frage entscheide; dem schließt sich Spanien an, das seine Schriftstücke in spanischer Sprache einreichen, sich aber für die mündliche Verhandlung der französischen Sprache bedienen will.

3. Oktober. Die Entscheidung geht dahin, daß Englisch die offizielle Sprache für das Verfahren sein soll und die französische hilfsweise zugelassen wird. — Der Vertreter Venezuelas, Mac Veigh, führt aus, die völkerrechtliche Frage sei nur die, ob starke Mächte, die in einem egoistischen Angriffskriege einer schwachen Macht Geld auspressen, ein Vorzugsrecht haben sollten als Belohnung ihrer Verdienste, oder ob alle Gläubigernationen gleichen Anteil haben sollten. Im Geiste der Haager Konvention liege es, die Schwachen gegen die Starken zu schützen. Weiter erklärt der Redner bei Prüfung der Gründe für die Meinungsverschiedenheiten zwischen Venezuela und England, Trinidad habe den Aufstand durch Einführung von Kriegskonterbande in Venezuela begünstigt. Venezuela habe sich darüber beklagt, daß es unter den Schiedsrichtern zur Regelung der Grenzangelegenheiten gegen englisches Gebiet hier keinen Vertreter gehabt habe. England habe Krieg begonnen, Häfen blockiert, Schiffe genommen und aus nichtigen Gründen und auf schlechtbegründete Be-

schwerden hin venezolanische Festungen beschossen. Die blockierenden Mächte hätten versucht, Venezuela zur Zahlung übertriebner und unbegründeter Forderungen zu zwingen. In dem Sinne der Haager Konvention habe eine stärkere Macht nicht das Recht, seine Macht gegen eine schwächere zu mißbrauchen, um Schulden einzutreiben. Die Haltung der Blockademächte verdiene also nicht die Belohnung der Vorzugsbehandlung.

5. Oktober. Mac Veigh setzt seine Rede fort:

Die dem Gerichtshofe unterbreitete Frage sei eine Frage ethischer Natur, nämlich ob der Krieg gegen Venezuela gerecht und notwendig war oder nicht. Die Beschwerden Englands bildeten nur einen Vorwand für den Krieg. Venezuela habe sich mit viel mehr Grund über die Abfahrt des englischen Kriegsschiffes von London nach dem Karaibischen Meere beklagt, da dieses dem Führer der Aufständischen, Matos, dienen sollte, sowie über die Lieferung von Waffen an die Aufständischen durch die Einwohner Trinidads, aber England habe es stets abgelehnt, die Beschwerden in Erwägung zu ziehen. Zum Zweck, die Interessen der Eisenbahngesellschaft in Venezuela und die Inhaber von Bonds zu schützen, die sich über die Wertverringerung der venezolanischen Wertpapiere beklagten, und angesichts der Beschwerden der Diskontogesellschaft in Berlin sei eine gemeinsame Aktion Englands und Deutschlands unternommen worden. In der Weltgeschichte finde sich aus früherer Zeit kein Fall für einen gleichen Krieg, der ein rein finanzieller gewesen sei.

Der Redner erinnert an die Alabamaangelegenheit, die der Angelegenheit betreffend das englische Schiff im Dienste der Aufständischen, worüber Venezuela Klage geführt habe, analog gewesen sei, und in der sich England mit dem schiedsrichterlichen Verfahren einverstanden erklärt habe. In der jetzt vorliegenden Angelegenheit aber hätten England und seine Verbündeten, anstatt sie gütlich zu regeln, ein Ultimatum an Venezuela gerichtet, innerhalb vierundzwanzig Stunden 380000 Dollars zu zahlen und die Ansprüche zu regeln, die aus dem Bürgerkriege, aus der den deutschen Gläubigern für das Schlachthaus gewährten Garantie und aus der den Eisenbahngesellschaften gewährten Garantie entstanden seien, Mac Veigh spricht sich sodann absprechend über die Einmischung zugunsten von Privatinteressen aus, für die die venezolanischen Gerichte zuständig gewesen wären, und sucht nachzuweisen, wie wichtig es für Amerika sei, zu wissen, wann eine europäische Einmischung gerechtfertigt sei. Die Blockademächte hätten kein Recht auf eine Vorzugsbehandlung, da sie die Blockade, nachdem die 380000 Dollars bezahlt worden seien, ohne die Bedingung der Vorzugsbehandlung aufgehoben und den Vorschlag Venezuelas angenommen hätten, daß die übrigen Forderungen nach dem Grundsatze absoluter Gleichberechtigung geregelt werden würden. Nach dem internationalen Rechte seien alle Völker bis zum Beweise des Gegenteils gleich berechtigt. Die Blockademächte seien, da sie ihre Macht mißbraucht hätten, ohne von Venezuela zu verlangen, sich einem Schiedsgerichte zu unterwerfen, des Rechtes auf Vorzugsbehandlung verlustig gegangen. Der Schiedsgerichtshof sei ein Gericht des Friedens, nicht des Krieges.

4. November. Nach längerer Vertagung nimmt das Schiedsgericht die Sitzungen wieder auf. Der Vertreter Belgiens äußert sich über die Zuständigkeit des Schiedsgerichtshofes, der nur über die Verteilung der dreißig Prozent der Zolleinnahmen entscheiden solle. Die Ver-

teilung müsse auf der Grundlage der Gleichberechtigung erfolgen, da die Blockademächte einen Anspruch auf Vorzugsrechte nicht nachgewiesen hätten. Der Einwand, daß Venezuela erst infolge der kriegerischen Maßnahmen in eine diplomatische Regelung der Ansprüche der Mächte gewilligt habe, sei unbegründet, denn schon vor der Beendigung der Feindseligkeiten habe Belgien ein Einvernehmen wegen der Forderungen der Wassergesellschaft in Caracas erzielt. Redner bestreitet, daß der Zollertrag ein ausschließliches Pfandobjekt für die Forderungen der Blockademächte bilde, und daß die Ausgaben für die kriegerischen Maßnahmen diesen Mächten ein Vorrecht verliehen, da diese Ausgaben von Venezuela bereits bezahlt seien. Redner begründet ausführlich die Forderung von 10565149 Bolivares der Wassergesellschaft in Caracas.

Sodann beantragt der französische Vertreter Clunet, der Gerichtshof wolle erklären, daß England, Deutschland und Italien kein Recht auf eine Vorzugsbehandlung wegen der Eingangszölle hätten, folglich diese Einnahmen im Verhältnis der Beträge der von den Mächten anerkannten strittigen Forderungen zu verteilen seien. Clunet beantragt ferner, die Blockademächte in die Kosten des Schiedsgerichtsverfahrens zu verurteilen, und erklärt, die Blockademächte hätten auf ihre Gefahr und ohne Auftrag andrer Mächte gehandelt.

5. November. Vor dem Schiedsgerichtshof tritt der deutsche Vertreter, Generalkonsul Bünz, auf. Nachdem er hervorgehoben hat, daß das Schiedsgericht nicht über die Berechtigung des kriegerischen Vorgehens gegen Venezuela zu entscheiden habe, führt er aus, die Forderung der vorzugsweisen Befriedigung der Blockademächte gründe sich auf die vom Präsidenten Castro vor der Aufhebung der Blockade abgegebne Erklärung, daß die Blockademächte befriedigt werden würden, und er die Zolleingänge als Sicherheit geben werde. Auf dieser Grundlage seien Verhandlungen über den Betrag und die Sicherheit eingeleitet worden, doch habe Deutschland gegen die gleiche Behandlung aller Mächte Einspruch erhoben. Schon am 16. Juli 1901 habe Deutschland eine schiedsrichterliche Entscheidung durch eine gemischte Kommission vorgeschlagen, Venezuela habe aber nicht geantwortet. Ohne Krieg würde nichts bewilligt worden sein, Gleichheit würde daher Ungerechtigkeit sein; die Blockademächte hätten ein Recht auf Bevorzugung nach Recht und Billigkeit.

6. November. Der englische Vertreter formuliert seine Ausführungen folgendermaßen: Die Garantie von dreißig Prozent der Zölle sei lediglich durch die Blockade erlangt, die allein auf Gefahr und Kosten der Blockademächte unternommen sei. Der Krieg sei völlig gerecht und notwendig gewesen; aber das Schiedsgericht habe nicht zu prüfen, ob der Krieg gerecht gewesen ist. Durch die

Dokumente sei erwiesen, daß Venezuela nur unter dem Druck der Blockade eingewilligt habe, den Blockademächten eine ausreichende Garantie zu gewähren. Diese Vorzugsbehandlung werde keineswegs maßgebend für die Rechte der übrigen Mächte sein.

7. November. Der italienische Vertreter erklärt, die Protokolle zwischen Venezuela und Mächten, die nicht an der Blockade teilgenommen, seien nicht giltig, weil sie vom Kongreß Venezuelas nicht ratifiziert worden seien. Der mexikanische Vertreter bekämpft diese Auffassung. Der Vertreter der Niederlande und Schweden-Norwegens bestreitet, daß alle Mächte von der Blockade Vorteil gehabt hätten, besonders der Handel Curaçaos habe darunter gelitten. Eine Vorzugsbehandlung der Blockademächte sei in den Protokollen nicht festgesetzt und nach internationalem Recht unbegründet.

11. November. Der nordamerikanische Vertreter führt aus: Die Blockademächte hätten sich mit dem Protokolle zufrieden gegeben, in dem keine Vorzugsbehandlungen enthalten seien; ebenso spreche das Übereinkommen vom 7. Mai nicht von einer besondern Behandlung.

12. November. Bünz protestiert im Namen des Deutschen Reichs nochmals gegen die Zweiteilung in Friedens- und Gewaltmächte. Auch erstere hätten oft die Gewalt angerufen. Man dürfe nicht tausendjährige Anschauungen mit einem Schlage über Bord werfen.

14. November. Vertagung des Schiedsgerichtshofs bis in 1904.

V.

Interparlamentarische Friedenskonferenz.

7. September. Zur Eröffnung dieser unter dem Vorsitze des Dr. Plener tagenden Konferenz in Wien führt der österreichische Ministerpräsident v. Körber in längerer Rede aus, die Kriege, die nur auf Eroberung fremder Länder abzielten, würden in unsrer Zeit nicht mehr gutgeheißen. In der zivilisierten Welt seien die Staatsoberhäupter die besten Anwälte des Friedens, wie ja von einem großherzigen Monarchen jene Konferenz vorgeschlagen sei, die das Friedensgericht für alle Staaten errichten wollte. Allein die Keime einer Kriegsdrohung lägen auf dem Grunde des Völkerlebens. Nicht mehr das Geschick der Einzelnen, aber die Ehre eines ganzen Volkes sei imstande, alle Leidenschaften aufzustacheln. Aufgabe der Machthaber sei es, nicht nur die Ehre des eignen Stammes zu hüten, sondern auch die Ehre eines andern Volkes nicht anzutasten. Alsdann seien auch andre Interessen imstande, Konflikte herbeizuführen. Doch die fortschreitende Kultur mildere dies. Selbst die Sorge unsers Jahrhunderts, die soziale Frage, verliere ihren konvulsivischen Charakter und werde zu

einem friedlichen Streit. Eine lange Reihe von Anlässen zum Kriege, die aus der Eigenart der Völker, der Verschiedenheit der Interessen der Staaten usw. abgeleitet seien, verminderten sich immer mehr. Wir brauchen Frieden für die auf Sturmesflügeln dahineilende menschliche Kultur. Ihre Gesellschaft will den Frieden. Ich beglückwünsche Sie dazu. Der Minister schließt: „Ich will hinzufügen, daß diese Monarchie stets ein Reich des Friedens gewesen ist. Sie zog nie das Schwert, wenn sie nicht herausgefordert wurde. Sie begann nie einen Krieg aus Ländergier oder Eroberungslust. Alle ihre Völker liebten immer den Frieden. Beurteilen Sie das Reich nicht nach seinen häuslichen Zwistigkeiten, die sich aus seiner innern Struktur ergeben, aber seine Macht nicht zu erschüttern vermögen. Beurteilen Sie es vielmehr nach seiner Friedensliebe, und Sie werden ihm den ersten Preis unter den Friedensnationen einräumen. Erheben Sie den Blick zu unserm allergnädigsten Herrn, und Sie werden die Friedenskrone über seinem Haupte erstrahlen sehen, werden ihn den Friedenskaiser nennen. Ich heiße Sie im Namen der österreichischen Regierung herzlich willkommen."

Der italienische Botschafter Graf Nigra bezeichnet in seiner Ansprache die Haager Konferenz als das größte Friedensereignis des abgelaufnen Jahrhunderts und betont das große Interesse Italiens, das als erstes Land die Haager Gerichtsklausel in die internationalen Verträge aufgenommen habe, für die Arbeiten der Konferenz.

Der Berichterstatter der böhmischen Gruppe, Bajer, spricht über die Auslegung des Artikels 27 der Haager Konferenzbeschlüsse, der den Signatarmächten die Pflicht auferlegt, im Falle eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten diese daran zu erinnern, daß ihnen das Schiedsgericht im Haag offen steht. Er wünscht, daß die Signatarmächte so viel wie möglich sich ins Einvernehmen setzen, um gemeinsam und in der praktischsten Weise diese Pflicht zu erfüllen. — Gobat (Schweiz) berichtet über die Einführung der Schiedsgerichtsklausel in alle Handelsverträge, ferner über die Auslegung der Artikel 2 und 3 der Haager Konvention, über die friedliche Beilegung internationaler Konflikte. Er wünscht, daß die guten Dienste eines Staates niemals als unfreundlicher Akt angesehen oder zurückgewiesen werden dürfen.

9. September. Bei einem zu Ehren des Kongresses stattfindenden Mahle hält der Ministerpräsident v. Körber eine Rede, in der er, anschließend an den Ausspruch des Nationalökonomen Carey, sagt, daß von allen Lebensbedürfnissen die Arbeitskraft am schwersten zu übertragen und am vergänglichsten sei, und dann weiter ausführt, die Menschheit sei zu der Erkenntnis gelangt, daß es notwendig sei, die Arbeitskraft zur rechten Zeit auszunützen, und je kostbarer uns

der Schatz der Arbeitskraft an jedem Tage erscheint, um so genauer lasse sich der Hort des Friedens erkennen. Der Minister schließt mit den Worten: „Das Bedürfnis nach Frieden zu betätigen und zu wecken, durch sämtliche Kräfte den Eroberungszug des Friedens vorzubereiten, ist die Hauptmission Ihrer Gesellschaft, die immer mehr die Welt umspannt und darin tiefere Wurzeln schlägt. Kämpfen Sie unermüdlich im Frieden für den Frieden, daß er ein unerschütterliches Postament des Zusammenlebens der Völker werde und der Krieg entfliehe, wie der Dämon vor der leuchtenden Fackel der himmlischen Scharen. Auf die Sache der Friedensgesellschaft erhebe ich mein Glas, ihr sei der Triumph beschieden."

VI.

Versammlung des Vereins für Sozialpolitik.

14. September. Die Versammlung tagt in Hamburg. Professor Schmoller aus Berlin eröffnet sie mit einer kurzen Darstellung der Entstehung und der Entwicklung des Vereins, der sich bemühe, die objektiven Tatsachen der sozialen Politik zu behandeln und sie in diesem Sinne zur Durchführung zu bringen. Seit dreißig Jahren so tätig, scheine es, daß sich gegenwärtig die Verhältnisse schroffer entwickelt hätten, als es anfänglich geschehen sei; die Sozialdemokratie wolle sich den bestehenden Gesetzen nicht unterwerfen und, ohne sich an die Verfassung zu halten, im Wege des Umsturzes das Bestehende ändern; andrerseits habe sich auch die Reaktion stärker gezeigt als zuvor, indem sie sich namentlich gegen das allgemeine direkte Wahlrecht nötigenfalls auch im Wege des Staatsstreichs wende. — „Keiner Klasse, keiner Partei dienend, will der Verein für Sozialpolitik nur die Wahrheit und die Erkenntnis fördern." Wenn die Gegensätze uns verschärft erscheinen, wenn den heftigen Gegnern der Gewerkschaften, den Bekämpfern des allgemeinen gleichen Stimmrechts, die heute wieder mehr in den Vordergrund treten, auch die Sozialdemokratie als Macht gegenübertritt, dann dürfe man nicht vergessen, daß diese Kämpfe nur dann ein Unglück sind, wenn in dem Volke nicht die moralische Kraft sei, die Gegensätze zu überwinden. In dem ganzen Volke müsse die Erkenntnis wachsen, daß es ein großes Gebiet des „sozialen Gottesfriedens" geben, daß erst das Gefühl des Gemeinsamen gepflegt werden muß, wenn die Völker ihre Blüte erreichen sollen. Gerade die Entwicklung der letzten zehn Jahre sei ihm ein Zeichen, daß die günstigen Momente im Fortschreiten seien. An zwei Toten aber, die der Verein jetzt beklage, könne man sehen, wie das soziale Verständnis in den letzten Jahren seinen Weg

ins Beamtentum und die Kreise der Unternehmer genommen habe. Geheimrat Wörishofer und Richard Roesicke seien nachahmenswerte Beispiele. Der Verein lasse die Hoffnung nicht sinken, daß es Deutschland an solchen Männern nicht fehlen werde, daß Deutschland immer bessern Zuständen entgegengehe.

Der Präsident des Hamburger Senats, Bürgermeister Burchard, begrüßt den Verein mit Worten voller Anerkennung für die bisherige Tätigkeit des Vereins, der zuerst die Forderung vertreten habe, daß ein Eingreifen der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben zum Schutze der Schwachen notwendig sei. Gewiß müsse die soziale Arbeit noch mehr Herzenssache werden, aber das soziale Pflichtgefühl sei in erfreulicher Weise gewachsen, und die Erkenntnis heute allgemein, daß man dem arbeitenden Volke weitere Kulturgüter zugänglich machen müsse.

Ueber die Lage der in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter berichten Professor Franke aus Berlin und der Inspektor der Amerikalinie Pohlis aus Hamburg.

Professor Franke gibt zunächst eine Darstellung der Entwicklung, die das Seeleben in den letzten Jahren erfahren hat. Aus den frühern kleinen Segelschiffen habe sich das System großer Schiffe entwickelt und die Dampfer, die immer größer zu werden bestrebt sind, verdrängten auch diese immer mehr und mit diesen die Poesie, die das Seeleben den Beteiligten geboten habe. Redner geht sodann auf die Zusammensetzung der Seefahrenden ein: auf den die Meere befahrenden Schiffen seien im Jahre 1902 auf deutschen Segelschiffen 3000 Offiziere und 6900 Mannschaften, auf den deutschen Dampfern dagegen seien 4000 Offiziere und 12000 Mannschaften, im Maschinenwesen derselben 3400 Offiziere und 12700 Mannschaften, endlich in der Verwaltung 800 Offiziere und 7000 Mannschaften beschäftigt. Außerdem seien mehr als 10000 Deutsche im ausländischen Dienste beschäftigt. In eingehender Weise schildert der Vortragende dann die in Deutschland zum Schutz der Seeleute getroffnen Maßregeln, die besser seien als in irgend einem andern Staate. Die neue Seemannsordnung, das Gesetz über die Stellenvermittlung, die Fürsorge in Erkrankungsfällen, Versorgung der Witwen und Waisen der Seefahrer treten an erster Stelle hervor, und die Arbeiten der Seeberufsgenossenschaft haben sich dabei von größter Bedeutung erwiesen. Die Behandlung der Seeleute auf dem Meere sei seit den letzten Jahren erheblich besser geworden. Redner geht sodann die Seemannsordnung eingehend durch und kommt dann auf das Koalitionsrecht zu sprechen, das von den Arbeitnehmern verlangt wird, dessen Spitze, die Arbeit event. niederlegen zu dürfen, den Seeleuten an Bord nicht gestattet werden könne, während sie es am Lande tatsächlich bereits besitzen. Die Heuerverhältnisse der Seeleute gibt der Redner an, schildert die Schwankungen, die die Löhne seit einem Vierteljahrhundert durchgemacht haben, die jetzt eine erhebliche Steigerung erfahren haben und in Hamburg von allen Häfen am höchsten seien. Die Arbeitszeit der Seeleute auf See sei gleichfalls wesentlich zum bessern der Seeleute geändert worden, namentlich die Maschinenmannschaft sei hierbei erheblich gebessert worden; Redner erwähnt dabei die Beschäftigung farbiger Arbeiter, die er nur für Tropengegenden zulässig hält. Die Speisung der Mannschaft sei gleichfalls wesentlich gebessert, für das Volkslogis werde der Bundesrat

in nächster Zeit Verordnungen erlassen. Bezüglich der Unfälle sei zu bemerken, daß sich die Zahl der Meldungen vermehrt, daß aber im ganzen die Vorsorge gegen dieselben erheblich umfassender geworden sei. Bezüglich des Baus und der Einrichtung der Schiffe sei staatlicherseits eine sorgfältige Kontrolle eingeführt. — Inspektor Pohlis geht auf die Bildung der Mannschaften für die Schiffe ein. Er schildert die verschiednen Klassen dieser Mannschaft, die sich aus dem eigentlichen Matrosen-, dem Maschinen- und dem Bedienungspersonal zusammensetzen, und die Art und Weise, wie die Ausbildung derselben herbeigeführt werde. Sodann geht er auf die von den großen Reedereien in jüngster Zeit errichteten „Heuerbureaus" über, die sich ebenso wohltätig für die Mannschaft wie auch für die Reedereien erwiesen haben. Auf den innern Schiffsdienst übergehend bespricht Referent sodann die Arbeitsverhältnisse der Offiziere und Mannschaft, deren Aenderung nach den Wünschen derselben in absehbarer Zeit kaum zu erwarten sei, da dieselbe allzu tief gehende Veränderungen verlangen würde. Die Untersuchung der Seeleute auf Sehkraft und auf Farbenblindheit sei neuerdings eingeführt worden, dieselbe sei für viele Seeleute schädigend, da viele seit längerer Zeit zur See fahrende Leute durch sie an der Fortführung ihrer Beschäftigung gehindert werden. Redner geht sodann auf die Einrichtungen ein, die neuerdings zur Erleichterung des Dienstes des Maschinenpersonals namentlich von den großen Dampfergesellschaften eingeführt worden sind, die wesentlich zur Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Besatzung beitragen. Für die Beibehaltung farbiger Heizer und Trimmer in tropischen Gegenden tritt Redner im Interesse des Maschinenpersonals ein.

An diese Berichte knüpft sich eine längere Besprechung.

Hierauf erstattet Professor Sombart Bericht über „die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 und folgende." Professor Sombart führt folgendes aus:

Die Preishausse, die den wirtschaftlichen Aufschwung bilde, habe seit dem Jahre 1895 bestanden und in der Steigerung der Goldproduktion die Ursache gefunden, die nur in den 1850er Jahren übertroffen worden sei. Mit den Steigerungen der Preise sei die Steigerung der Nachfrage verbunden gewesen, die namentlich zunächst von England ausgegangen. Damit sei aber auch gleich die Vermehrung der allgemeinen Produktion verbunden, die durch die Leichtigkeit, die erforderlichen Mittel durch Anleihen zu erhalten, sehr gefördert worden sei. Solche Anleihen seien in den betreffenden Jahren in großem Maßstabe geschaffen worden. In dem Maße, wie sich die Preise steigern, steige auch die Neigung des Privatpublikums, sich an solchen Anleihen zu beteiligen. Deutschland habe seine öffentlichen Anleihen konvertiert, Amerika begonnen, seine Schulden zurückzuzahlen, und reiche Geldbeträge flossen in Privatbesitz. Zu gleicher Zeit entwickelten sich auch die Kreditangelegenheiten, die von Banken und Geldinstituten in großem Maße gepflogen wurden. Damit sei zugleich auch die Spekulation lebhafter geworden, die gleichfalls für den Aufschwung der Preise von Wichtigkeit bleibe. Sei die Steigerung der Goldproduktion nicht vorhanden, so sei noch niemals ein wirtschaftlicher Aufschwung eingetreten. Zu diesem gehöre aber auch eine Zunahme der Arbeitskräfte, die im wesentlichen aus dem Zustrom neuer Arbeiter vom Lande sich bilden; nach der Statistik seien in den letzten Jahren etwa zwei Millionen Landarbeiter zur Industrie übergegangen. Dazu kam die Zuwanderung von auswärts, die Einwanderung habe in der Zeit von 1896 bis 1900 um 94000 die Auswanderung übertroffen, während sonst das Gegenteil der Fall zu sein pflegte. Als

einziger Grund einer Krise sei das Aufhören der Preissteigerung zu bezeichnen, die die Einschränkung der Produktion, des Kredits, der Beschäftigung der Arbeiter zur Folge habe und damit dann die allgemeine Bewegung zum Zusammenbruch bringe. Aus Geldknappheit und Arbeitsknappheit entwickle sich die Krisis. Tatsächlich habe die Goldproduktion zu Ende des Jahrhunderts mit dem Bedürfnis der Industrie nicht Schritt halten können, und eine Geldknappheit sei eingetreten, sodaß die Banken ihr Bedürfnis nicht decken konnten und der Diskont auf sieben Prozent gestiegen sei. Seiner Ansicht nach habe die Krise ihren Grund in der Ueberproduktion gefunden, in der Anhäufung von Waren, die von andrer Seite aus Mangel an entsprechender Abnahmefähigkeit nicht konsumiert werden konnten. Disproportionalität der Arbeitskräfte, die ein russischer Gelehrter aufgestellt hat, sei als Hauptgrund der Krisen zu betrachten, doch sei dies auch nur bedingt zutreffend. Dabei seien die anorganischen und die organischen Industrien in einem gewissen Gegenüberstehen. Die organischen Industrien fanden die Grenze ihres Aufschwungs in der Verteuerung der Rohstoffe, während die anorganischen in der Ernte diese Grenze finden. Den Grund der Krisen im allgemeinen findet er darin, daß das Tempo und der Rhythmus der Produktion der organischen Industrie nicht Schritt gehalten habe mit denen der anorganischen, die dann das größere Kapital verschlungen habe. Bezüglich der Entwicklung der Kartelle und ihrer Bedeutung findet er, daß die Wirkung derselben sowohl nach der günstigen als auch nach der ungünstigen wesentlich überschätzt werden.

Ueber „Geldmarkt und Bankwesen" spricht Geheimer Hofrat Hecht. Hiernach berichtet der Privatdozent Dr. Jastrow aus Berlin über die Lage des Arbeitsmarktes. — An alle erstatteten Berichte knüpfen sich längere Verhandlungen.

VII.

Alldeutscher Verbandstag.

12. September. Der Verband tagt unter Vorsitz des Professors Hasse aus Leipzig in Plauen. — Der Geschäftsführer Geiser aus Berlin erstattet den Jahresbericht.

Mit Bedauern stellt er fest, daß die Mitgliederzahl um einige hundert zurückgegangen sei, nämlich auf 20504. Das sei eine ernste Tatsache, nicht aber hervorgerufen etwa dadurch, daß der Verband sich überlebt habe, sondern vielmehr durch mehr äußere Umstände, wie z. B. die starke Konkurrenz des Flottenvereins, durch eine gewisse Ermüdung nach den Wahlkämpfen, mit der sich auch infolge des ungünstigen Ergebnisses etwas wie Mutlosigkeit verbinde. Das sei freilich sehr bedauerlich; es gelte nun aber, die Zeit durch eine rege Einzelagitation in den nationalen Vereinen, die auf breiterer Grundlage arbeiten, als die eigentlichen Wahlvereine, gut auszunützen. Der Anfang dazu sei bereits gemacht. Eine erfreuliche Erscheinung sei es auch, daß in Süddeutschland liberale Vereine beginnen, den alldeutschen Bestrebungen ihre Tore zu öffnen. — Der Bericht gibt dann einen umfassenden Ueberblick über die Arbeiten des Verbandes und über die Lage des Deutschtums. Im Vordergrunde stand die Arbeit für die Buren. Zehn Burenredner haben in 340 Orten gesprochen. Im Jahre 1902 wurden 229 deutsche Burenkämpfer mit 46178 Mark unterstützt, 26 wurden nach Deutsch-Südwest-

afrika geschickt, wo sie Erwerb fanden; der Verband hat sich mit 40000 Mark an der Neuen Südwestafrikanischen Siedlungsgesellschaft beteiligt. Der Entwicklung der verschiednen deutschen Kolonien hat der Vorstand besondre Aufmerksamkeit geschenkt. Gegen das Konzessionsunwesen in Südwestafrika machte der Verband durch Erheben Front, klärte auch das Publikum über die Otavibahn auf. Lebhafte Teilnahme erweckten die Verhältnisse des europäischen Deutschtums außerhalb des Deutschen Reichs. Die Ausblicke nach Oesterreich bieten wenig erfreuliches. Die Befürchtungen, die man an die Verwendung des alldeutschen Namens als Parteibezeichnung knüpfte, sind leider überreich in Erfüllung gegangen. Die Organisation der Deutschen in Oesterreich hat ununterbrochne Fortschritte gemacht. Erstaunlich ist das Erwachen des deutschen Bewußtseins bei den Deutschen Ungarns, besonders im Banat. — Auf die Entrüstungsbewegung in der Schweiz gegen den Professor Vetter in Bern hat der Verband die Antwort dadurch gegeben, daß er dem Angegriffnen Gelegenheit gab, mehrfach in öffentlichen Versammlungen in Deutschland seine Stellung darzulegen. Er mahnte die deutschen Reisenden, durch zielbewußten Gebrauch der deutschen Sprache in den von der Verwelschung bedrohten Gebieten der Schweiz ein wichtiges Stück nationaler Kleinarbeit zu leisten. Während im Reiche selbst das Deutschtum in der Nordmark gegen das Dänentum dank der zielbewußten Festsetzung der Köllerschen Politik stetig und ruhig Fortschritte macht, und während in der Westmark das Protestlertum immer mehr verschwindet, wächst die Polengefahr im Osten täglich bedrohlicher an. Der Verband drängt daher auf eine energische Polenpolitik und auf Aufhebung der Parität des Polentums mit dem Deutschtum in der Frage des Bodenerwerbs. Von den Forderungen, die der Alldeutsche Verband im Interesse des Deutschtums über See aufstellt, sind zwei der wichtigsten: eine amtliche Auskunftsstelle für deutsche Auswandrer und die Möglichkeit des Militärdienstes bei den Schutztruppen für außerhalb Deutschlands wohnende deutsche Militärpflichtige, der Lösung näher gebracht worden. Eine Abänderung des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit dagegen ist nicht erreicht worden.

Es wird beschlossen, einen Aufruf an die Mitglieder zu erlassen zur Gründung eines deutschen Wehrschatzes, der aufgebracht werden soll durch Selbstbesteuerung: $^1/_2$ Prozent des Einkommens, 1 Prozent von Erbschaften, 1 Prozent bei Todesfall durch letztwillige Verfügung. — Es beginnt sodann eine Reihe längerer Vorträge über alldeutsch-politische Fragen. Rechtsanwalt Cloß aus Mainz spricht über die Wandlungen in Deutschlands Stellung seit 1890. An der Hand von Tatsachen prüft er die Behauptung des Grafen Bülow: eine pessimistische Betrachtung der deutschen Zustände sei grotesk. Daß diese Stimmung mindestens weit verbreitet ist, sei Tatsache. Als Bismarck aus dem Amte schied, war die äußere Stellung des Deutschen Reiches glänzend: England und Frankreich vereinsamt, Rußland durch den Rückversicherungsvertrag, ein Meisterstück Bismarckischer Staatskunst, ungefährlich gemacht. Die Politik nach dem Rücktritt Bismarck ist durch die Voraussage des großen Kanzlers gekennzeichnet, daß der Kaiser sein eigner Kanzler sein werde. Die Art und Weise, wie hierdurch vielfach die Person des Kaisers in den Tageskampf gezogen wurde, erfüllt die getreusten Anhänger des Kaisertums mit Besorgnis.

Redner will aber daran festhalten, daß nur der Reichskanzler, wie dies der Verfassung entspricht, für die Politik des Deutschen Reiches verantwortlich sei, und macht einen langen Gang durch die deutsche äußere Politik von Bismarcks Rücktritt. Das Vertrauen der Alldeutschen, dessen sich der jetzige Reichskanzler zuerst erfreute, habe durch den Delagoavertrag den ersten schweren Stoß erlitten und sei heute, wenn nicht alle Zeichen trügten, bis auf den letzten Rest geschwunden. Nach einer Kritik der Bülowschen Politik weist der Redner darauf hin, daß das Zentrum Regierungspartei sei und die Sozialdemokratie alle Enttäuschten aufnehme und zum Kampf gegen die Regierung benutze. Eine solche Staatskunst werde als realpolitisch bezeichnet, und dabei stoße sie alle vor den Kopf, die, in ihrem Gewissen getrieben, warnend ihre Stimme erheben. Vor 1890 hieß es: Wir laufen niemand nach. Heute schmeicheln wir allen und machen uns alle zu Feinden. Es ist im Grunde nichts geschehen, um das Deutsche Reich zu einem Nationalstaat auszugestalten, weil man sich von Zentrum und Sozialdemokratie regieren lasse. Der Reichstag habe die Achtung verloren, und das Amt des Reichskanzlers habe seinen besten Inhalt eingebüßt. Wirklich große Ziele seien eigentlich unbekannt oder würden uns vorgetäuscht. Bei dieser Sachlage dürfe es uns freilich nicht wundern, wenn eintrete, was wir jetzt sehen, daß weite Kreise der Gebildeten der Pessimismus ergreife. Das sei eben das Gesamtergebnis der amtlichen deutschen Politik seit Bismarcks Entlassung. Was sollen wir nun tun? Wir sollen unsre politische Mannespflicht erfüllen und unbeirrt durch Spott von oben oder Unverstand von unten die Wiedergeburt des Volkes vorbereiten und ihm die Augen öffnen für die Gefahren der Gegenwart und die nationalen Aufgaben der Zukunft. Wir sollen einer zukunftsfrohen nationalen Weltanschauung zur Herrschaft verhelfen und unser Volk mit der Ueberzeugung füllen: für den rechten Mann gibt es nichts heiligeres, als den Dienst fürs Vaterland, nichts kläglicheres, als die Hände in den Schoß zu legen. Unerbittliche Wahrhaftigkeit müssen wir nach oben und unten beweisen. Wir müssen den nationalen Willen aufrufen und ihm zeigen, wie verkehrt es ist, alles Heil von oben zu erwarten, und wie es im Volksleben gelte: Selbst ist der Mann! Das Verantwortlichkeitsgefühl müssen wir zur treibenden Kraft im Volksleben erheben. Wir denken dabei an Bismarck, der im Geiste unser Herzog ist, und der uns zum Siege führen wird. Alle Zaghaftigkeit muß dann schwinden, und wir rufen mit seinem großen Geistesverwandten: Arbeiten und nicht verzweifeln!

Ueber die Polenfrage in Schlesien redet hierauf der Regierungsrat Schöhl aus Ratibor.

Er gibt zuerst ein Bild der Zustände, die durch die Vorgänge bei den letzten Reichstagswahlen in Schlesien recht eigenartig beleuchtet seien. Der Germanisation, die sich bisher ganz friedlich vollzog, habe sich ein zweifaches Hindernis in den Weg gestellt, das ein weiteres Fortschreiten leider nicht erwarten lasse, die großpolnische Agitation und die Zuwandrung polnischer Arbeiter aus Galizien und Russisch-Polen. Dieser zielbewußten und energischen Agitationsarbeit gegenüber müsse die Regierung und die deutsche staatstreue Bevölkerung zur Abwehr schreiten. Eine Beschränkung der polnischen Presse dürfte leider nicht durchzuführen sein, da sich ein entsprechendes Gesetz vom Reichstage nicht erhoffen lasse. Durch preußisches Landesgesetz, so schlägt der Redner vor, sollte der ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache für polnische Versammlungen vorgeschrieben werden, eine Maßregel, die im Interesse der Autorität des preußisch-deutschen Nationalstaates dringend nötig, von der jedoch eine wesentliche Einschränkung der polnischen Vereinstätigkeit kaum zu erwarten sei. Eine Hauptwaffe der Regierung wäre eine gut deutsche und zielbewußte nationalgesinnte Beamtenschaft. In dieser Richtung sei gesündigt worden, da an den leitenden Stellen an der Ansicht festgehalten wäre, daß es in Oberschlesien eine großpolnische Bewegung nicht gäbe und diese erst durch deutsch-nationale Gegenmaßregeln ins Leben gerufen werde, ein den Tatsachen völlig widersprechender Standpunkt. Die deutsche Beamtenschaft müsse in nachdrücklicher und aufklärender Weise den Kampf gegen die polnischen Agitatoren aufnehmen. Diese Aufgabe erfordere freilich eine sorgfältige Auswahl der Beamten, die jedoch aus der ganzen Monarchie ausgewählt werden könnten. Der Standpunkt, daß die Beamten in Oberschlesien Polnisch lernen, sei zu verwerfen, da dadurch dem polnischen Bauern der Anreiz, Deutsch zu lernen, genommen werde. Eine Hauptvoraussetzung einer wirksamen Bekämpfung einer großpolnischen Agitation sei die Schließung der Grenzen gegen den Zuzug ausländischer Polen. Solange diese nicht durchgeführt ist, sei jede Arbeit zur Förderung des Deutschtums und Schwächung des Polentums Danaidenarbeit. Die Schließung der Grenze tue jetzt noch viel mehr not als vor zwanzig Jahren, wo Bismarck sie durchführte. Auch die Sommerarbeiter wirkten national schädlich, sie gäben der Gegend einen ausgeprägt polnischen Charakter und stärkten das polnische Nationalbewußtsein der ansässigen Bevölkerung. Die Landarbeiterfrage sei der Kernpunkt der Polenfrage, und ihre Lösung müsse energisch in Angriff genommen werden.

Zur Lage des Deutschtums in Ungarn wird, auf Empfehlung durch Prof. Samasse aus Berlin, folgende Erklärung beschlossen:

„Die Versammlung gibt ihrer unverbrüchlichen Treue zu den so schwer aus eigner Kraft um die Behauptung ihres Volkstums kämpfenden Volksgenossen in Ungarn Ausdruck; sie hofft, daß die neuerdings mit besondrer Härte einsetzende Verfolgung der Vorkämpfer des ungarischen Deutschtums, die zweifellos im ursächlichen Zusammenhange mit der Erklärung des Grafen Bülow im deutschen Reichstage steht, nur zur Stählung und Stärkung des nationalen Empfindens des ungarischen Deutschtums führt. Diese ist nicht nur eine selbstverständliche Forderung alldeutscher Gesinnung, sondern auch ein realpolitisches Interesse der reichsdeutschen Politik, da die jüngsten

Ereignisse wohl zur Genüge bewiesen haben, daß die Magyaren, die die Wehrkraft und Großmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie untergraben, als Stützen des Dreibundes nicht betrachtet werden können."

VIII.

Arbeiter-Wohlfahrts-Konferenz.

20. September. Die von der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen in Mannheim veranstaltete zwölfte Konferenz, auf deren Tagesordnung die Frage der „Museen als Volksbildungsstätten" gesetzt worden ist, wird von dem badischen Minister des Innern Schenkel eröffnet.

Der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Professor Lichtwark, spricht über die „Museen als Bildungsstätten." Er beleuchtet die Bedeutung, die die Museen im 19. Jahrhundert für die Volksbildung gewonnen haben, und die Stellung, die sie im Kulturkreise einzunehmen berufen sind, wobei er gleichzeitig seiner Genugtuung darüber Ausdruck gibt, daß durch die Konferenz den Praktikern und Gelehrten des Museumswesens zum erstenmal in so bedeutendem Umfange Gelegenheit zur Aussprache gegeben sei.

Ueber die „Geschichte der Museen im 19. Jahrhundert" spricht der Direktor des Berliner Kunstgewerbemuseums Dr. Jessen; ihn ergänzt der Mitberichterstatter Oberstudienrat Professor Lampert aus Stuttgart für das Gebiet der naturhistorischen Museen, der besonders für diese die Forderung einer Trennung der wissenschaftlichen Sammlung von der Schausammlung aufstellt.

Die folgenden Vorträge geben eine Darstellung einiger bisher gemachten Versuche, die Schätze der Museen weitern Schichten des Volkes zugänglich zu machen. Zunächst gibt Professor Schauinsland eine Schilderung des städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde in Bremen. Ueber das Provinzialmuseum in Altona berichtet Direktor Lehmann, der das Prinzip vertritt, dem Publikum müsse, namentlich in kleinen Städten, in erster Linie eine lebensvolle Darstellung der Gegenstände gegeben werden, die ihm aus seinen nächsten Beziehungen zur Natur oder zu seinen Haupterwerbsgebieten bekannt und vertraut seien. Dr. Bomann, Vorsitzender des Vaterländischen Museums in Celle, schildert die Ergebnisse der auf die Sammlung von historischen Erinnerungsstücken gerichteten Bestrebungen. Die Wirksamkeit des von der Familie Römer in Hildesheim ins Leben gerufnen Römermuseums erläutert dessen Direktor, Professor Andreae, dessen Ausführungen in dem Satze gipfeln, ein Provinzialmuseum müsse weniger auf Vollständigkeit als auf Abwechslung bedacht

sein; es müsse fortwährend arbeiten, um das Interesse des Publikums nicht einschlafen zu lassen. Professor Jaekel gibt eine Schilderung der Einrichtung des Geologischen Museums in Berlin, wobei er besonders auf die Bedeutung hinweist, die eine schöne Auswahl und zweckmäßige Anordnung der Gegenstände für die Anziehung der Besucher besitzt. Ueber die Bestrebungen und Erfolge des Folkwangmuseums in Hagen berichtet Osthaus, der betont, daß die Museen einen wichtigen Einfluß auf die besitzenden Klassen und die leitenden Kreise ausüben könnten und müßten. Für ihre Wirksamkeit müsse der Satz maßgebend sein: Nicht alle zur Kunst, sondern die Kunst zu allen. Die Einrichtung von Schulmuseen entwickelt Stadtschulrat Wehrhahn aus Hannover. Der Regierungsrat Leisching, Direktor des Oesterreichischen Museums für Kunst und Industrie, gibt eine Darstellung der Leistungen Oesterreichs auf dem Gebiete der Museen und schildert besonders die Bestrebungen, durch Hochschulvorträge und Wanderausstellungen Interesse und Verständnis für Kunst in weitere Kreise zu tragen. Ferner sprechen noch: Geheimer Regierungsrat Professor Lessing, Direktor der Berliner Kunstgewerbemuseums, dann Dr. Wandolleck vom Geologischen Museum in Dresden, der über Versuche, die amerikanischen Kindermuseen in Deutschland nachzubilden, berichtet, und Pauli, Direktor der Bremer Kunsthalle, der die gegen die Popularisierung der Kunst gerichteten Angriffe zu widerlegen sucht.

IX.

Kongreß für innere Mission.

21. September. In Braunschweig tritt eine ansehnliche Versammlung zusammen, um der innern Mission der evangelischen Kirche, namentlich in Deutschland, Wege, Mittel und Kräfte zu gewinnen. Vorsitzender ist Präsident Gaebel. Professor Mayer aus Straßburg i. E. hält einen Vortrag über das Thema: „Die Aufgaben der innern Mission gegenüber der gegenwärtigen Gefährdung der christlichen Lebensanschauung durch antichristliche Geistesströmungen.“ Der Gedankengang ist folgender:

Der Widerspruch nicht bloß gegen die Kirche, sondern gegen das Christentum überhaupt, der sich gegenwärtig in auffallender Weise bemerkbar macht, hat seine letzten Gründe auf praktischem Gebiet, d. h. im Bereich des Gefühls- und Willenslebens. Neben andern Gemütsverfassungen spielt da die Hauptrolle eine durchaus einseitige Schätzung und Ueberschätzung der rein zeitlichen und irdischen Güter und Erfolge. Diese praktische Opposition findet aber Halt und Stütze in gewissen theoretischen Systemen, die ihr zur Rechtfertigung dienen und in schroffem Gegensatz zur christlichen Welt- und Lebensanschauung stehn. Als besonders wichtige Typen, nicht als die einzigen, lassen sich erwähnen: 1. Der moderne theoretische Skeptizismus (bestimmte

Formen des Positivismus und Agnostizismus); 2. der theoretische Materialismus oder Pseudomonismus; 3. die Nietzschesche Philosophie. All diesen antichristlichen Welt- und Lebensanschauungen ist es gemeinsam, daß sie im Namen der Wissenschaft auftreten, daß sie mit mehr oder weniger wissenschaftlichen Argumenten operieren und sich als das letzte Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnis gebaren. Das ist mit einer der Hauptgründe, warum sie auf die Geister Einfluß ausüben in einem Zeitalter, das für den Wert wissenschaftlicher Forschung die lebhafteste Empfindung hat. Wenn der antichristlichen Praxis gegenüber die Aufgaben der innern Mission wesentlich dieselben bleiben, die sie von jeher gewesen sind, so erfordert die theoretische Opposition besondre Gegenmaßregeln. Es gilt mit einer antichristlichen Philosophie die öffentliche Erörterung aufzunehmen und die unzureichende wissenschaftliche Grundlage aufzudecken, darauf sie ruht. Es gilt speziell Publikationen und Vorträge anzuregen und zu verbreiten, in denen jene antichristlichen Welt- und Lebensanschauungen nicht nur einer religiösen, sondern auch einer wissenschaftlichen Kritik unterzogen werden, in denen der Beweis geführt wird, daß mit allen gesicherten Ergebnissen wissenschaftlichen Erkennens das Christentum durchaus vereinbar sei. Solche Arbeit müßte freilich, um heutzutage zu wirken, in gründlichster Sachkenntnis unternommen werden und auch da, wo sie popularisierte, streng wissenschaftlichen Charakter tragen. Selbstverständlich vermag durch die geforderte theoretische Einwirkung, durch wissenschaftliche und philosophische Diskussion, noch kein Christentum begründet zu werden, das ja seinerseits in letzter Instanz Herzens- und Willenssache ist. Wohl aber können einzelne intellektuelle Bollwerke einer antichristlichen Praxis hinweggeräumt und so der christlichen Predigt der Zugang zu den Gemütern in etwas erleichtert werden.

Hierzu spricht sich Professor Weiß aus Berlin aus:

Die innere Mission hat immer nur eine Waffe gehabt, nämlich Gottes Wort. Darum können auch wir nichts andres tun, als zu sagen: „Es steht geschrieben.“ Nicht jeder, auch nicht der Gelehrteste und Gebildetste, hat jederzeit das Rüstzeug gegen Zweifel, die durch jene antichristlichen Geistesströme angeregt werden, zur Hand. Unsre Jugend, unser Volk sind davon bezaubert. Wir müssen eine unantastbare Autorität haben. Seit den Zeiten der gesegneten Reformatoren haben wir sie, die Heilige Schrift. Leider steht sie in unserm Volke nicht mehr unerschüttert da. Warum? Die innere Mission ist nicht der Priester und Levit, sondern der barmherzige Samariter, der sich fragt: Was ist zu tun? Der Babel- und Bibelstreit hat das ganze evangelische Deutschland bewegt und in Zweifel über die Autorität der Bibel gestürzt. Ueber die Eingebung der Heiligen Schrift streiten die Theologen selbst untereinander. Wollen wir unsere christliche Lebensanschauung begründen, so müssen wir die Autorität der Heiligen Schrift feststellen, und zwar durch die persönliche, christliche Heilserfahrung. Dann ergibt sich, daß wir das Wesen der göttlichen Offenbarung etwas anders lehren müssen, als es gewöhnlich geschieht. Die lebendige Heilserfahrung kann nur gewonnen werden durch fleißiges Lesen der Heiligen Schrift und das Verständnis derselben. Aber da kommen wir auf einen sehr wunden Punkt. Wird die Bibel gelesen und verstanden? Die innere Mission kann nur die schwankenden, suchenden und sehnenden Menschen wieder zurechtbringen. Dazu kann sie Handreichung tun. Dazu soll der Kongreß alle Professoren und Pastoren anregen.

Sodann nimmt der Hofprediger a. D. Stöcker aus Berlin das Wort:

Der Referent hat das praktische Christentum an die Spitze gestellt und das theoretische mehr als eine Hilfskraft angesehen. Aber unser deutsches

Volksgemüt ist durch theoretische Irrtümer der Wissenschaft in die Irre geführt. Gerade unser deutsches Volk hat ein offnes Gewissen für die ewigen Dinge. Man hat vom deutschen Gott, deutschen Gewissen, deutscher Treue auch bei andern Völkern gesprochen. Eine falsche Auffassung und Schätzung der Wissenschaft hat weite Kreise unsers Volkes verdorben. Die Wissenschaft hat uns nicht in die christlichen Dinge hineinzureden. Wo sie und die Naturwissenschaft zu Ende sind, da fängt das Christentum an. Hundeshagen sagte schon vor sechzig Jahren, wenn bei uns weiter Religion und Politik vermischt werden, so müsse er schwere Zeiten voraussehen. Wer jetzt in Deutschland einen großen Eindruck bei uns machen will, der muß mit der Bekämpfung des Christentums anfangen. Das ist deutsches Verhängnis. Wer ein Surrogat für das Christentum anbietet, der ist als ein Prophet angesehen. Wir haben leider im vorigen Jahrhundert einen Orthodoxismus gehabt, der mit dem lebendigen Glauben nichts zu tun hatte, sondern nur mit der Annahme von so und so vielen Dogmen. Die Kirche hat sich mit der Reaktion identifiziert; das hätte sie nicht tun sollen. Unsre Kirche und unser Christentum hat den sozialen Verhältnissen gegenüber viele Mißgriffe begangen. Reiche und Arme sind nicht immer in gleicher Weise behandelt worden. In einer süddeutschen Stadt gab es sieben Arten von Begräbnissen. Von theoretischen Vorträgen hält Redner nicht viel; sie kommen an viele Kreise und Schichten gar nicht. Arbeit ist das eine, aber Kampf ist das andre. Wichern wollte auch, wir sollten mehr kämpfen für die christliche Weltanschauung. Dazu müssen die christlichen Philosophen und Naturforscher helfen. Wir haben den deutschen Radikalismus und Sozialismus mit dem Haß gegen das Christentum gehen lassen. Warum kämpfen wir nicht dagegen? Es ist noch nicht zu spät. Wenn wir an hervorragender Stelle eine antichristliche Theologie haben, wie sollen wir dagegen aufkommen? Nötig ist eine innere Mission nicht nur an den untern Schichten, sondern auch an den Gebildeten, Besitzenden und Gelehrten. Dafür kämpfen müssen wir bis zum letzten Blutstropfen.

Nachdem noch Pastor Stock aus Braunschweig, Dibelius aus Dresden, Professor Lemme aus Heidelberg, Konsistorialpräsident Balan aus Posen und Hofprediger Schubert aus Ballenstädt das Wort ergriffen haben, wird einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

„Der Kongreß erklärt es als eine wichtige Aufgabe der innern Mission, die modernen antichristlichen Geistesströmungen zu bekämpfen. Er erwartet von den Vereinen für innere Mission wie von jedem evangelischen Christen, daß sie in diesem Kampfe ihre Pflicht erfüllen, und ersucht den Zentralausschuß für innere Mission, die von dem Referenten hierfür vorgeschlagnen Mittel in geeigneter Weise zur Ausführung zu bringen."

X.

Internationaler Statistischer Kongreß.

20. September. Der aus den hauptsächlichsten Staaten stark besuchte Kongreß in Berlin wird vom preußischen Minister des Innern, Frhrn. v. Hammerstein, also begrüßt:

Meine Herren! Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, die hier versammelten Mitglieder des Internationalen Statistischen Instituts und die Teilnehmer der Versammlung in Sr. Majestät Namen zu begrüßen und willkommen zu heißen. Dieser kaiserliche Willkommengruß zeigt Ihnen, welch hohen Wert die kaiserliche Majestät Ihrer Tätigkeit und der gegenwärtigen Versammlung beimißt. Ich gebe deshalb auch namens der preußischen Staatsregierung der lebhaften Freude Ausdruck, daß Sie der ergangnen Einladung gemäß sich zu der diesjährigen neunten Tagung des Instituts hier versammelt haben. Noch im Laufe des letzten Jahrhunderts stritt man darüber, ob die Statistik überhaupt eine Wissenschaft oder nicht vielmehr eine mechanische Tätigkeit, eine Methode oder höchstens eine Hilfswissenschaft sei. Heute ist die gebildete Welt darüber außer Zweifel, daß die Statistik eine selbständige und sehr ernste Wissenschaft ist, die allen andern Wissenschaften und ebenso der Gesetzgebung und Verwaltung stets neuen Nährstoff zuführt und für das öffentliche Leben und den geistigen Fortschritt der Menschheit unentbehrlich geworden ist. Mit der erhöhten Bedeutung der Statistik sind aber auch die Aufgaben derselben in gleichem Maße gewachsen, sind die Anforderungen an Genauigkeit der Beobachtungen, an deren Sammlung und Sichtung gestiegen, und die Richtigkeit der aus den Beobachtungen gezognen Schlüsse und ewigen Gesetze muß der schärfsten Kritik standhalten. Dazu genügten Einzelbeobachtungen nicht mehr. Die fortschreitende Entwicklung forderte vielmehr die Ausdehnung der Forschungen auf immer weitere Gebiete und die Vergleichung und Zusammenstellung der in verschiednen Ländern erzielten Ergebnisse. Hierfür ist wiederum eine Einheitlichkeit aller Länder in der Art der Erhebungen und Sammlungen Voraussetzung. Das Internationale Statistische Institut, das Sie, meine Herren, hier vertreten, hat es sich zur Aufgabe gestellt, diese Einheitlichkeit zu schaffen und zu fördern und durch den Austausch der Erfahrungen und die wissenschaftliche Beleuchtung der Forschungsergebnisse der Gesamtheit — nicht nur der statistischen Wissenschaft, sondern aller Länder und Staaten — zu dienen. Die Statistik knüpft an die Schilderung des Zustandes der irdischen Natur und der menschlichen Gemeinschaften und Einrichtungen die Darlegung der ununterbrochen vor sich gehenden Veränderungen und gewinnt daraus die Grundlagen für die weitere Erkenntnis des Werdeganges der gesamten Menschheit. Meine Herren! Ich darf es mir wohl versagen, in dieser erlauchten Versammlung, die die hervorragendsten Vertreter der statistischen Wissenschaft in ihrer Mitte sieht, diese Gedanken noch weiter auszuführen; ich wollte nur zum Ausdruck bringen, wie sehr ich von der Bedeutung Ihrer Aufgaben

durchdrungen bin. Ein Blick auf die Tagesordnung Ihrer diesjährigen Verhandlungen bestätigt meine Auffassung. Schon die ersten Vorträge der rühmlichst bekannten Herren Levasseur und Bodio und nicht minder zahlreiche andre Gegenstände Ihrer Beratungen sind geradezu von universeller Bedeutung und werden — des bin ich gewiß — in allen Landen mit der lebhaftesten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Gestatten Sie mir deshalb, meine Herren, dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß Ihre Verhandlungen von dem besten Erfolge begleitet sein mögen, und daß Ihre hiesige Tagung — den Zielen Ihres Instituts entsprechend — die gesamte wissenschaftliche und praktische Statistik weiter fördern möge zu dem Endziel alles wissenschaftlichen Forschens, einer immer größern Erkenntnis der gesamten sichtbaren Welt.

Den Vorsitz führt Professor v. Inama-Sternegg aus Wien. Zur Verhandlung steht das Thema: „Fläche und Bevölkerung der Erde.“ Berichterstatter sind Levasseur und Bodio aus Paris.

Die Erörterung wendet sich der Feststellung der Fläche und Bevölkerung Europas zu. Die Angaben über die Fläche Europas gehen nicht unbeträchtlich auseinander. Die Höchstangabe lautet, daß die Fläche Europas 10085234 Quadratkilometer beträgt. Die geringsten Bemessungen sagen, daß Europa 9690483 Quadratkilometer groß ist. Die bis zu 345000 Quadratkilometern betragenden Differenzen sind eine Folge davon, daß die einen Europa als einen geographischen Begriff, die andern als einen Verwaltungsbegriff darstellen. Aber auch der geographische Begriff Europas kann verschieden aufgefaßt werden. Man begreift unter dem geographischen Europa am besten das durch natürliche Grenzen abgegrenzte Europa und unter dem politischen Europa die Summe des Besitzstandes der europäischen Staaten, abgesehen von den getrennt verwalteten Außenbesitzungen. Eine solche Scheidung der Begriffe befürwortet insbesondre Juraschek. Er verlangt weiter, daß in allen statistischen Werken der Flächenraum nach seiner politischen Begrenzung angegeben werde. Man soll auch nach ihm dafür wirken, daß sich der geographische Begriff von Europa, soweit irgend möglich, an die politische Begrenzung annähert. Z. B. soll man Novaja-Semlja, Island und die Azoren zu Europa rechnen. Aber nicht nur die Angaben über den Gesamtflächeninhalt, sondern auch die Angaben über den Flächeninhalt eines und desselben Landes schwanken. Es fehlt an einer Einheitlichkeit der Nachweisungen, je nachdem Straßen, Wege, Flüsse, Seen und sonstige Binnengewässer, die Küstengewässer, Dünen und Flutwasserfluten ganz oder teilweise mit aufgenommen werden oder nicht. Hermann Wagner erinnert an die wichtigen einschlägigen Arbeiten des russischen Generals Strelbitsky und verweist darauf, daß eine Gegensätzlichkeit in dem einzelnen Lande darin vorliegt, daß die Katasterverwaltung und die topographische Aufnahme jede für sich ohne Beziehung zueinander arbeiten. Es sei zu verlangen, daß die Katasterverwaltung angewiesen wird, sich in ihren Arbeiten an die topographische Aufnahme anzulehnen. Levasseur legt den Gang seiner und Bodios Arbeiten und die von ihnen eingehaltene Technik dar und stellt einige Grundsätze fest, nach denen bei der internationalen Arbeit der Flächenaufnahme verfahren werden soll. Kurz vermerkt sei noch ein geographisches Kuriosum. Seit Jahr und Tag wird, wie Wagner mitteilt, der Gebietsumfang von Monaco viel zu

groß angegeben, und zwar um mehr als das Zwanzigfache, und das ist geschehen, weil sich der Geograph, der die gelaufigste Zusammenstellung der Ländergrößen gefertigt hat, beim Ablesen des Maßstabes irrte.

Sodann nehmen die einzelnen Abteilungen des Instituts, deren es drei gibt, ihre Arbeiten auf. Die erste Abteilung beschäftigt sich unter v. Mayrs Leitung mit der Statistik der Wanderungen.

Der Vorsitzende ist zugleich Hauptberichterstatter. Mayr betont, daß die Art der bisherigen statistischen Aufnahmen z. B. bei Volkszählungen nicht weit genug geht, als daß man daraus Aufschlüsse über die Wanderungen gewinnen kann. Er will deswegen, daß man genauere Individualkarten für die Eingewanderten anlegt. Weiter verlangt er einen internationalen Austausch der Schlußzahlen über Eingewanderte. Dabei ist es ihm um folgendes zu tun: Erhält ein einzelner Staat von allen andern Staaten, in die die Auswanderung seiner Staatsangehörigen gerichtet ist, Auskunft, so hat er damit einen Nachweis über den Grad der Auswanderung und die Verteilung der Auswandrer. Genaue Unterscheidungen trifft Mayr dabei zwischen zeitweiliger Auswanderung und dauernder mit Niederlassung in der Fremde, „qualifizierte Auswanderung," ferner zwischen Auswanderung innerhalb des Festlandgebiets und über See, „trockene und nasse Auswanderung" nach Mayr. Wesentlich gilt Mayrs Untersuchung den äußern Wanderungen, den Wanderungen ins Ausland, er berücksichtigt aber auch die Binnenwanderung, z. B. von der Art der Sachsengängerei. Um genauere Aufschlüsse über alle diese Wanderungen zu erhalten, schlägt Mayr neue Anordnungen vor, die er in Leitsätzen kennzeichnet.

In der zweiten Abteilung beschäftigt man sich mit der Steuerbelastung der einzelnen Handels- und Industriezweige.

Es handelt sich dabei um einen noch wenig ausgebauten Zweig der vergleichenden Statistik, der für die internationalen Handelsbeziehungen von Bedeutung ist. Denn es ist von Interesse, zu wissen, welche Steuern in dem einzelnen Lande, wohin der Export geht, der Kaufmann und der Industrielle zu tragen haben. Einmal handelt es sich dabei um Steuern, die der Kaufmann und Industrielle, gleich allen andern, die eine gewinnbringende Beschäftigung betreiben, zu tragen haben, dann aber um Steuerlasten, die gerade insbesondre dem Kaufmann und dem Industriellen auferlegt sind, dann aber um Abgaben, die auf Produkte, die Gegenstand des Handels sind, gelegt werden. In Betracht kommen weiter Grund- und Gebäudesteuern und andrerseits Prämien für Produzenten. Auf frühern Tagungen hat das Internationale Statistische Institut beschlossen, auf dem Wege einer Umfrage neues Material zu einer vergleichenden Uebersicht zu beschaffen. Mit der Sammlung und Sichtung werden Neymarck und Moron betraut. Die Ergebnisse ihrer Umfrage haben sie in einem Berichte zusammengefaßt, worin die einschlägigen Verhältnisse in den folgenden Staaten berücksichtigt sind: Ungarn, Italien, Norwegen, den Niederlanden, Rumänien, Frankreich, England, Deutschland, Rußland, den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die dritte Abteilung beschäftigt sich mit der Methodik der Armenstatistik. Dazu liegt ein Bericht Mischlers vor.

Mischler geht darin zuerst auf die Frage ein, ob die heutige Armenstatistik einen Aufschluß über die Zahl der Armen gibt. Er verneint diese Frage. Unsre Armenverwaltungen haben als Verwaltungsbehörden nur Kennt-

nis von den Armen, die zur Zeit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten; die Armenstatistik kennt nur die Unterstützten, nicht aber die Unterstützungsbedürftigen, und doch gehören beide Gruppen zu den Armen. Dazu kommt eine Zersplitterung der Unterstützten, je nach der Quelle, aus der die Unterstützung fließt, z. B. aus privater Quelle, aus kirchlicher Quelle, aus Vereinen. Dann hat die Armenstatistik sehr oft noch einen Mangel; sie berücksichtigt zu wenig das individuelle Moment, z. B. das persönliche, insoweit es der Grund zum Eintritt in die Armenpflege ist. Mischler verlangt die Einführung von Individualkarten, auf denen die persönlichen Angaben, Beschäftigung vor Eintritt in die Armenpflege, Art und Ort der Unterstützung, Ursache der Unterstützungsbedürftigkeit vermerkt werden sollen. Besondre Karten, Katasterblätter, werden für Kreise, Pfründner, Findlinge angelegt werden. Diese Einzelkataster sollen zu örtlichen, Spezial- und schließlich zu Zentralkatastern vereinigt werden.

21. September. Die dritte Abteilung befaßt sich auch mit Brandstatistik. Präsident Blenck aus Berlin legt eine Denkschrift hierüber vor, die in folgenden Beschlüssen gipfelt:

1. Der Kongreß erachtet es als Angelegenheit von höchster Wichtigkeit, daß über alle Brände eine amtliche Nachforschung stattfinde; 2. der Kongreß hält es für wichtig, daß bei jedem Brandfalle sofort eine Untersuchung über die Ursache und die mit dem Brande zusammenhängenden Umstände von einem dazu gehörig befähigten und ermächtigten Beamten vorgenommen werde, und daß das Ergebnis dieser Untersuchung an ein öffentliches Amt zur Verzeichnung und Veröffentlichung gelange; 3. der Kongreß meint, daß die Kosten dieser Untersuchung ganz oder teilweise dem Besitzer des Grundstückes, in dem das Feuer ausgebrochen war, auferlegt werden sollten, soweit das unter den Umständen jedes Falles wünschenswert erscheint.

22. September. In der ersten Abteilung berichtet Dr. Ballod aus Charlottenburg über die Sterblichkeit in den Großstädten.

Erst in der allerneusten Zeit habe sich in allen Ländern eine ausgesprochne Tendenz zur Großstadtbildung herausgestellt, am frühesten zuerst in dem Industriestaat England, der aber jetzt von Deutschland eingeholt sei. Hier sei die Stadtbevölkerung von 1871 bis 1900 von 14,73 auf 30,63 Millionen gestiegen und seither um weitere $2^1/_2$ Millionen. Die städtische Bevölkerung im allgemeinen sei um 107,1 Prozent gestiegen, die großstädtische um 128,5 Prozent, 1871 lebten erst 8 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches in Großstädten, 1900 bereits 16 Prozent. Da sei es denn von keiner geringen Bedeutung, die Sterblichkeit der Stadt-, insbesondre der Großstadtbevölkerung genauer zu kennen. Nach längern statistischen Ausführungen kommt Redner zu dem Schluß, daß die Großstädte eine eklatante Ueberfüllung der kräftigen Altersklassen, ein starkes Defizit an den jüngsten und ältesten Altersklassen, die relativ und absolut die meisten Todesfälle liefern, aufweisen. Eine genauere Einteilung nach den Altersklassen biete, abgesehen vom schul- und militärpflichtigen Alter, noch größere Differenzen zu ungunsten der Großstädte. Betrachtet man die Sterbekoeffizienten für Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt und Land im preußischen Staat, so ist für das schulpflichtige Alter, vom 6. bis 15. Lebensjahr und auch noch höher, bis zum 25. Lebensjahr, die Großstadt begünstigt gegenüber dem platten Lande, den Mittel- und Kleinstädten. Die ungünstigste Sterblichkeit für beide Geschlechter haben überhaupt die Mittelstädte, alsdann erst folgen die Großstädte, darauf die Kleinstädte und endlich das platte Land. Das männliche Geschlecht ist in der Großstadt etwas benachteiligt gegenüber den

Kleinstädten vom 25. Lebensjahr an, jedoch stark benachteiligt gegenüber dem platten Lande. Das weibliche Geschlecht hatte dagegen in der Großstadt meist eine günstigere Sterblichkeit als in den Kleinstädten und dem platten Lande, namentlich ist die Großstadt begünstigt für das gebärfähige Alter, dem 15. bis 50. Lebensjahr. Die ungünstige Stellung der Mittelstädte dürfte sich wohl am besten daraus erklären, daß die sanitären Verbesserungen in erster Linie den Großstädten zugute gekommen sind, während die Mittelstädte darin im allgemeinen noch stark zurückgeblieben sind. Die Einwirkung der Städte als solcher muß sich ganz naturgemäß am stärksten bei der stadtgebornen Bevölkerung zeigen; andrerseits muß bei der zugewanderten Bevölkerung mit der Dauer des Aufenthalts eine immer stärkere Anpassung an das städtische Milieu und damit auch eine immer stärkere Annäherung an die Sterblichkeit der stadtgebornen Bevölkerung erfolgen. Wir besitzen nun hierfür vollständige Ausweise lediglich für die Berliner Bevölkerung.

Es ergibt sich daraus als unhaltbar die Hypothese, die Freiherr von Fircks und später Kuczynski mit großem Eifer verfochten haben, daß nämlich wahrscheinlicherweise die Sterblichkeit der Stadtbevölkerung nur deswegen zum Teil ungünstig erscheine, weil die Zugewanderten auf sie drücken. Die zugewanderte Bevölkerung ist vielmehr die lebenskräftigere. Nunmehr wird auch als ein Grund, weshalb die Pariser und Londoner Bevölkerung eine geringere Lebensdauer hat als die Berliner, mit großer Wahrscheinlichkeit zu nennen sein der Umstand, daß die Pariser und Londoner Bevölkerung in höherm Grade aus Einheimischen besteht. Die Pariser und Londoner Bevölkerung hat sich seit 1850 gerade nur verdoppelt, die Berliner mehr als vervierfacht. Im allgemeinen dürfte sich ergeben, daß auch die Großstädte weitere sanitäre Verbesserungen dringend anzustreben haben, daß vor allem eine bessere Lösung der Wohnungsfrage, mehr Luft und Licht durchaus erwünscht sind.

XI.

Naturforscherversammlung.

21. September. In Kassel wird unter außerordentlicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches, aus Holland, Belgien, England, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz die Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte in feierlicher Weise durch eine erste allgemeine Versammlung eingeleitet. — Der erste Geschäftsführer, Professor Hornstein aus Kassel, eröffnet die Versammlung. Der Vorsitzende, Geheimer Rat Professor van t'Hoff, geht auf die Geschichte des Kongresses ein. Die letzten fünfundzwanzig Jahre seien für die ganze Organisation der Versammlung von der allereinschneidendsten Bedeutung, da in diesen Zeitabschnitt die völlige Neuorganisation der Gesellschaft falle, mit der die Erwerbung der Rechte einer juridischen Person einherging. Die Gesellschaft stehe heute mit etwa 22150 Mitgliedern fester als je.

Den ersten Vortrag hält Professor Ladenburg aus Breslau über den Einfluß der Naturwissenschaften auf die Weltanschauung: Erst nach Ueberwindung der Scholastik durch den Humanismus konnte von einem Wiedererwachen der Wissenschaft, wie

sie schon bei den Griechen zu hoher Blüte gelangt, durch das finstre Mittelalter aber wieder vernichtet worden war, die Rede sein und damit von einer Rückwirkung der Wissenschaft auf die Weltanschauung. Namen wie Petrarca, Boccaccio, Aeneas Silvius, Erasmus von Rotterdam bezeichnen diese Wende der Dinge. Das Erwachen der nationalen Kunst Italiens, das großartige Experiment des Kolumbus, Indien in der Richtung nach Westen aufzusuchen, die Lehren von Kopernikus, Kepler, Newton und Galiläi gaben zunächst ein berichtigtes Bild von dem Baue des Weltalls und damit eine berichtigte Vorstellung von der Stellung des Menschen in der Welt. Die Entdeckung, daß unsre Erde nicht der Mittelpunkt des Weltalls, sondern nur ein winziges Pünktchen in dem Gewimmel von Millionen von Weltkörpern ist, mußte die hochmütige Anschauung erschüttern, als sei die Welt nur des Menschen wegen da, und zur Erkenntnis bringen, daß die nahe Beziehung des Menschen zum Weltenschöpfer: „Und er schuf den Menschen nach seinem Ebenbilde" nichts war als ein vermessener Traum. Diese neuen Anschauungen konnten die Bewunderung für die Schöpfung erhöhen, den Dank für die, denen man die Kenntnis dieser ungeahnten Dinge verdankte, aber sie mußten die Wahrheit des Goethischen Wortes ins hellste Licht stellen: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir." Und sie mußten rasch klar legen, daß die Bibel ebensowenig wie irgend ein andres geschriebnes Buch göttliche Offenbarung sein kann, daß das Alte Testament das Werk phantasiereicher, aber kenntnisarmer Menschen ist, und daß das Neue Testament ebensowenig auf göttlichen Ursprung zurückzuführen ist. Die Kirche empfand sehr bald, daß durch die neuen Aufschlüsse die Stellung des Menschen zum Schöpfer entscheidend verändert werden müsse; sie empfand die Gefahren, die darin für sie selbst liegen; es wäre sonst die grausame Verfolgung der Neuerer, die sie in Szene setzte, weder nötig noch verständlich gewesen. Und nicht nur die katholische Kirche ging so vor; die protestantische machte es kaum besser. Der bornierte Dogmatismus der Theologen feierte hier wie dort seine Orgien. Die Wissenschaft schritt trotzdem weiter vor, Physik, Chemie, Biologie entwickelten sich. Aus dem Demokritischen Wort: „Aus nichts wird nichts, und kein Ding kann aus der Welt verschwinden," wurde die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung des Stoffes durch Lavoisier, ein Gesetz, das noch durch jede der seitdem gemachten, nach Millionen zählenden Analysen bestätigt ist. Es wurde ergänzt durch das von Robert Mayer und Helmholtz begründete Gesetz von der Erhaltung der Energie, das Gesetz, dem die heutige weltbeherrschende Elektrotechnik erst ihre Berechtigung verdankt. An diese Gesetze schlossen sich die zahlreichen andern, die wir Ohm, Faraday, Kirchhoff,

Clausius und vielen andern verdanken, und die den gesetzmäßigen Verlauf aller Erscheinungen dartun. Bedenkt man, daß von einer Naturwissenschaft eigentlich erst seit 400 Jahren die Rede sein kann, daß Newton das Gesetz der Gravitation erst vor 220 Jahren fand, so dürfen wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß die nächsten Jahrhunderte noch große weitere Aufschlüsse bringen werden. Aber schon jetzt sind wir darüber im reinen, daß der Wunderglaube in nichts zerfallen muß, daß niemals ein Wunder geschehen ist und niemals geschehen wird. Alles in der Natur geht natürlich zu; jede andre Vorstellung ist Phantasterei oder Unwissenheit. Ein allmächtiger Gott, der über den Naturgesetzen stünde, müßte doch irgendwo, irgendwann in die Erscheinung treten, und wenn auch unsre Vorstellungen über die Entstehung des Weltalls nur dunkel und unklar sind, so steht das eine doch fest, daß die Vorstellung eines bestimmten Urhebers, der unabhängig von der Welt selbst stünde, durch nichts zu stützen ist. Damit stimmen selbst aufgeklärte Theologen, wie Strauß, überein. Und doch dient das Phantasiegebilde, in bestimmte Schemata gebracht, bei uns als Grundlage der Erziehung; jeder wird schon in der Jugend gezwungen, sich für ein bestimmtes derartiges Schema zu entscheiden, und es ist wahrlich auch hohe Zeit, mit der überlieferten Schablone der sogenannten allgemeinen Bildung zu brechen und an Stelle des Studiums der toten Sprachen die Beschäftigung mit der lebendigen Natur und ihrer Gesetze zu stellen. Diese Schablone ist ein verhängnisvolles Erbstück aus der Zeit des reinen Humanismus, von dem man zu viel, sozusagen alles erwartet. Die Biologie und namentlich die Darwinistische Lehre haben die frühere Anschauung, der Mensch sei Endzweck der Schöpfung, und alle andern Wesen seien nur für ihn, zu seinem Nutzen da, vollends beseitigt; man führt sogar Mensch oder Tier auf dieselbe Stammform zurück. Und wenn auch der Mensch auf viel höherer Stufe der Intelligenz und des Seelenlebens steht, so läßt sich doch auch dem Tiere nicht alles absprechen, was in dies Gebiet gehört. Das Tier besitzt Mittel der Verständigung, und manche seiner Handlungen deuten auf seelische Vorgänge. Diese Tatsachen kommen nicht minder in Betracht bei der Beurteilung der Unsterblichkeitslehre. Denn wenn für den Menschen Unsterblichkeitslehre verlangt wird, so wird man sie auch dem Tiere nicht vorenthalten dürfen. Wir kennen kein Substrat der Seele und können uns keine Vorstellung davon machen, wie eine Fortdauer der Seele zustande kommen könnte. Ueberall stößt man auf Widerspruch. Wie soll man es sich beispielsweise denken, daß die Seele selbst eines bedeutenden Menschen fortlebt, wenn dieser Mensch durch Krankheit oder Alter schwachsinnig geworden ist, also eine Seele, um die es lohnen würde, gar nicht mehr besitzt. Hier ist wohl, wie so oft,

der Wunsch der Vater des Gedankens. Keine einzige wissenschaftlich erhärtete Tatsache ist da, um den Glauben an die Unsterblichkeit zu begründen, und was die „felsenfeste Ueberzeugung" von der Fortdauer der Seele betrifft, die bei vielen vorhanden ist, so reicht sie ohne tatsächliche Unterlagen zur Begründung des Glaubens nicht aus. Nun heißt es wohl, unsre Ideale würden durch den Umsturz des Unsterblichkeitsglaubens zerstört, der Himmel werde entvölkert, die Phantasie vernichtet, und wir hätten nichts dafür einzutauschen als Eisenbahnen, Telegraphen und dergleichen, das Glück der Menschheit werde geopfert für Fabriken und soziales Elend. Aber man möge doch nicht vergessen, daß alle humanen Bestrebungen der letzten Jahrhunderte auf die Aufklärung durch die Naturwissenschaft zurückzuführen sind. Gerade wenn wir den Glauben an ein Jenseits aufgeben, so müssen wir das Diesseits befriedigend zu gestalten suchen, und das ist denn auch geschehen. Die Habeas Corpus-Akte in England und die noch weit folgenschwerere Erklärung der Menschenrechte 1789 in Frankreich haben nebst ihrer Folge, der Aufhebung der Sklaverei und der Leibeigenschaft, das Volk von einem ungeheuerlichen Drucke befreit, einem Drucke, den das Christentum nicht beseitigte, sie haben Millionen von Menschen dem Menschentum zurückgegeben, und man kann deshalb sagen, das viele Blut der großen französischen Revolution ist nicht umsonst geflossen. Der Geist der Toleranz, Brüderlichkeit, Friedensliebe hat sich ausgebreitet, und wenn wir auch noch lange nicht am Ziele der Bewegung stehen, so können wir doch sagen, es ist schon jetzt das Schicksal eines großen Teils der Menschheit erleichtert dadurch, daß an Stelle der Vertröstungen auf ein ungewisses Jenseits die humanitären Bestrebungen zur Besserung der Zustände auf Erden eintraten. Und so sei auch ferner die werktätige Menschenliebe unser Wahlspruch.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung der ersten allgemeinen Sitzung bildet ein Vortrag des Professors Ziehen aus Utrecht über „Physiologische Psychologie der Gefühle und Affekte." Er führt aus, daß sich die Psychologie durch Jahrhunderte damit begnügt hätte, Definitionen aufzustellen. Diese seien aber keine Untersuchungs- sondern nur Lehrmittel. Nirgends habe sich das aber mehr gerächt wie auf dem Gebiete der Affekte. Redner stellt den Grundsatz auf, daß alles, was existiert, uns in dreifacher Weise entgegentritt, nämlich als Reiz, Hirnrindenerregung, sichtbarer bezw. vornehmlicher Affekt. Damit sind drei psychische Reihen gegeben. Das Gebiet der Reizerregung ist schon in fruchtbringender Weise bearbeitet, schwierig aber ist es, die Frage über den gefühlserregenden Prozeß zu beantworten. Redner geht die einzelnen einschlägigen Theorien durch und beschäftigt sich besonders mit der sogenannten Bilanztheorie

auf Darwinischer Grundlage, der er im allgemeinen zustimmt, und mit der Balancierung der Ausgabe und Einnahme der Hirnkraft. Alle Affekte seien an die Gehirnwände gebunden. Nirgends begegnen uns die Affekte losgelöst von Empfindungen und Vorstellungen, sie seien also keine selbständigen Prozesse. Bisher sei es noch nicht gelungen, für die Affekte physiologisch ein Hirnzentrum ausfindig zu machen. Redner schildert die Ergebnisse seiner psychologischen Experimente, die natürlich auf keine mathematische Genauigkeit Anspruch machen. Aus seinen Experimenten geht hervor, daß das Wesen der Affekte nicht auf dem Grad der Entladungsbereitschaft beruhe. Das zeige sich besonders an dem psychischen Bild der Melancholie, bei der durch Schmerz, Trauer usw. hervorgerufne Zirkulationsveränderungen auch mitspielen. Nur die Entladung, nicht die Reizbarkeit sei der Hauptfaktor. Die negativen Affekte seien bei weitem zahlreicher als die positiven, wie ja leider auch unsre deutsche Sprache mehr Worte für Unglücksfälle als für freudige Erregungen habe. Wie weit alle diese Untersuchungen mit der Beschaffenheit der Hirnzelle zusammenhängen, liege außerhalb unsrer Untersuchungen.

22. September. Was die Verhandlungen der Abteilungen betrifft, so bespricht in der Abteilung für Neurologie und Psychiatrie Professor Aschaffenburg aus Halle den Strafvollzug an Geisteskranken und kommt zu dem Schluß:

Der Strafvollzug an Geisteskranken ist nicht zulässig. Sie selbst leiden mehr darunter, als ihrer Gesundheit zuträglich, und was die Strafverhängung beabsichtigte, der Strafvollzug ist vom Standpunkt aller gangbaren Theorien (als Sühne, Abschreckung, Besserung, sittliche Mißbilligung) zwecklos; endlich stört der Kranke die Anstaltsdisziplin in unerträglicher Weise. Deshalb muß er abgesondert werden. Der unheilbare Kranke darf und kann nie Objekt der Rechtspflege sein. Damit sind auch rechtlich die vielfach gewünschten Abnexe an Strafanstalten zur Dauerbewahrung unzulässig, gegen die Vortragender auch sonst noch viele Bedenken geltend macht. Die Ueberweisung an Irrenanstalten ist zurzeit nicht geregelt. Provinzial- und städtische Behörden suchen sich oder dem Staate die Kosten zuzuschieben. Aerztlich bedenklich ist, daß bei einer etwaigen Entlassung der Staatsanwalt sofort wieder die Einziehung zur Abbüßung des Strafrestes verlangt und dadurch die Genesung sofort wieder gefährdet. Zu verlangen ist, daß auch die in einer Irrenanstalt in unmittelbarem Anschluß an die Strafe verbrachte Zeit auf die Strafdauer eingerechnet wird, und daß die Strafverbüßung nicht ohne ärztliche Begutachtung fortgesetzt werden darf.

In der Abteilung für Neurologie spricht Dr. Wichmann, Nervenarzt in Harzburg, über die Nervosität der Lehrer und Lehrerinnen.

Der Vortrag stützt sich auf die Ergebnisse einer Umfrage, die Wichmann vor zwei Jahren bei den Lehrern und Lehrerinnen ganz Deutschlands anstellte. Sie ergab, daß sämtliche Lehrer und Lehrerinnen, die während ihres Examens an nervösen Beschwerden gelitten haben, später dauernd nervenkrank geworden sind. Es klagen diese nervenkranken Lehrer und Lehrerinnen: über Kopfdruck die Lehrer zu 60 Prozent, Lehrerinnen 65 Prozent, über Herzklopfen die Lehrer

zu 50 Prozent, Lehrerinnen 78 Prozent, über Angstzustände die Lehrer zu 49 Prozent, Lehrerinnen 37 Prozent, über Zwangsgedanken die Lehrer zu 37 Prozent, Lehrerinnen 24 Prozent. Sehr oft leidet der Unterricht durch die Nervosität. Ferner ergab sich, daß die nervöse Belastung und die Sorge für die Angehörigen eine gewisse Rolle bei der Entwicklung der Nervosität spielt. Die Sorge für die Angehörigen spielt bei den Lehrern, weil sie verheiratet sind, eine größere Rolle als bei den ledigen Lehrerinnen. Interessant ist, daß die nervösen Lehrer etwas schneller abgenutzt werden als die nervösen Lehrerinnen. So unterrichteten z. B. die nervösen Lehrer einer Gruppe im Durchschnitt 13,8, die nervösen Lehrerinnen der entsprechenden Gruppe 14,8 Jahre. Dagegen sind nervöse Lehrer doch tagsüber geistig etwas leistungsfähiger als nervöse Lehrerinnen, denn die nervösen Lehrer vermögen täglich einige Stunden mehr zu unterrichten, ohne zu ermüden, als nervöse Lehrerinnen.

In der Abteilung für innere Medizin, Pharmakologie, Balneologie und Hydrotherapie hält Dr. Katz (Berlin) einen Vortrag über Deutsch-Südwestafrika als klimatischer Aufenthalt für Tuberkulöse. Der Redner führt u. a. aus:

Wenn allseitig und ausnahmslos bei der Therapie der Phthise trockne, staubfreie Luft, Abwesenheit von Winden und naßkalten oder nebligen Tagen, möglichst intensive und lang dauernde Sonnenstrahlung gefordert wird, so zeichnet sich Deutsch-Südwestafrika durch eine auf Erden nicht übertroffne Vereinigung aller in der Phthisetherapie wichtigen klimatischen Eigenschaften aus. Die Durchschnittstemperatur während des kältesten Monats beträgt elf Grad gleich der von Kairo. Neblige und naßkalte Tage fehlen vollkommen; monatelang ist andauernd blauer Himmel und Sonnenschein; die Luft ist von einer Trockenheit, wie man sie nur etwa in Oberägypten wiederfindet. Hierdurch wird auch die Hitze während des Sommers, der sich stets durch erfrischende Nächte auszeichnet, viel besser vertragen als bei uns in Europa und jede lästige Schweißbildung verhindert. Die Bodenerhebung von meist über 1500 Meter, die Deutschsüdwestafrika aufweist, stellt es auch in dieser Beziehung auf eine Stufe mit den Höhenkurorten der Schweiz.

In einer Sitzung der vereinigten Abteilungen für Geophysik, Meteorologie, Erdmagnetismus, Geographie, Hydrographie und Kartographie werden die Hochwasserkatastrophen des letzten Jahres einer eingehenden Erörterung unterzogen. — Der Direktor der Hydrologischen Landesanstalt, Geh. Rat Keller aus Berlin vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, redet über die Hochwassererscheinungen in den deutschen Strömen.

Von geringer Bedeutung sind ihm die Talsperren und Sammelbecken für die Verhütung der Hochwassergefahren der großen Ströme. Zum Schutze der Gebirgstäler bei Wolkenbrüchen oder schneller Schneeschmelze seien sie nicht zu unterschätzen, für die großen Ströme kommen sie kaum in Betracht. Ausgehend von dem letzten verheerenden Hochwasser der Oder schildert Redner den allgemeinen Verlauf der Hochwässer der einzelnen deutschen Ströme. Er unterscheidet zwischen Sommerfluten und Winterfluten. Maßgebend für den Verlauf der Flutwellen ist die Form der Wellen, ihre Dehnung und Verflachung nach den untern Strecken nebst der Veränderung der Scheitelhöhe, der sekundlich größten Abflußmenge, der Ueberschwemmungsdauer, der Fortschrittsgeschwindigkeit, der Einwirkung der Nebenflüsse. Die verschiedenartige Herkunft der Nebenflüsse, aus dem Gebirge oder aus dem Flachlande, ist für den Verlauf der Hochwässer von größter Bedeutung. Besondre Aufmerksamkeit erfordern

nach der Katastrophe des letzten Sommers die Flutwellen der Oder. Die Oder ist ein im Flachlande verlaufender Gebirgsfluß; bis zur Warthemündung wird sie von den Gebirgsflüssen der Sudeten und Beskiden beherrscht. In der Oder sind 46 Prozent aller Flutwellen in den letzten sechzig Jahren sommerliche und 54 winterliche Hochfluten. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei allen östlichen deutschen Strömen. Je weiter wir aber nach Westen kommen, desto mehr überwiegen die Winterfluten. Das häufige Vorkommen der sommerlichen Hochwassererscheinungen in den östlichen Strömungen ist auf weitausgedehnte Regengüsse in unsern östlichen Grenzmarken gegen Ungarn und Polen zu suchen, auf Regengüsse von einer Ausbreitung und Dauer, wie sie im Westen sehr selten vorkommen. Die Sammelbecken seien ja ganz gut, aber sie könnten eine Verbesserung der jetzigen Zustände des Hochwasserbettes nicht entbehrlich machen. Man unterschätzt häufig die Größe der Hochfluten der Ströme. Um die Herrschaft über die sommerlichen Hochwassererscheinungen bei einem Strom, der großen Sommerfluten unterworfen ist, z. B. der Oder, zu gewinnen, würde ein ausgedehntes Netz von zahlreichen Sammelbecken der Nebenflüsse nötig sein, das unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde. Meistens kann man aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Becken nicht dort anlegen, wo sie mit Rücksicht auf die Abflußverhältnisse am nötigsten wären. Welche Wassermassen dabei in Betracht kommen, wird gewöhnlich unterschätzt. Die Donauhochflut vom September 1899 hat fast 6,5 Milliarden Kubikmeter, also 6,5 Kubikkilometer Hochwasser zum Abfluß gebracht. Der Oberrhein zeigt häufig Hochfluten, obgleich die Natur sein Zuflußgebiet mit einer Fülle großer Sammelbecken ausgestattet hat, die an einem einzigen Tage bis zu 340 Millionen Kubikmeter Wasser aufzuspeichern vermögen. Der Bodensee allein hat bei der größten bekannten Ansteigung seines Spiegels während 24 Stunden 183 Millionen Kubikmeter Hochwasser aufgenommen. Was ist hiergegen Menschenwerk!

Wir werden daher auf eine Beherrschung der Hochwassererscheinungen durch Zurückhaltung des Hochwassers in Nähe seines Ursprungsortes verzichten müssen. Verhindern können wir ihre Entstehung und Ausbildung nicht, wohl aber ihren Verlauf einigermaßen erleichtern und ihren Verheerungen mildernd entgegenwirken. Namentlich kann dies geschehen durch Freilegung des Hochwasserbettes und durch Weiterführung des Ausbaues der nichtschiffbaren Hochwasserflüsse nach den Grundsätzen, die sich bei unsern schiffbaren Strömen gut bewährt und einen Teil der Gefahren des Hochwassers, besonders die Eisgefahren, schon erheblich abgeschwächt haben.

In der Abteilung für Zahnheilkunde redet Dr. Sickinger aus Brünn über Schul- und Armenzahnpflege.

Die Fachleute seien längst darüber einig, daß der Mensch von Kindheit an einer geordneten fachmännischen Zahnpflege bedürfe, im Publikum aber breche sich diese Erkenntnis nur langsam Bahn. Würde eine solche Zahnpflege aber erst einmal in der Schule und bei den Armen durchgeführt, dann würde sie schneller auch im Volke Eingang finden, was einen gewaltigen Fortschritt in der allgemeinen Volkshygiene bedeuten werde. Nach bei Schulkindern vorgenommenen Untersuchungen haben nur 45 Prozent derselben ein gesundes Gebiß. In Straßburg i. E. wurden bei 10000 untersuchten Kindern 102456 kranke Zähne festgestellt, und nur 192 dieser Zähne waren plombiert.

In der Abteilung für angewandte Mathematik und Physik, Elektrotechnik und Ingenieurwissenschaften erörtert Dr. Thilo aus Riga: Die Bedeutung der technischen Wissenschaften für den Naturforscher. — Ueber die Druck- oder Schmerzpunkte als Ursache der sogenannten funktionellen Nervenerkrankungen

ihre Entstehung und Behandlung verbreitet sich Stabsarzt Cornelius aus Meiningen in der militärischen Abteilung. — Ueber Fahnenflucht und unerlaubte Entfernung vom Truppenteil spricht Dr. Stier aus Köln.

23. September. Ueber erbliche Entartung infolge sozialer Einflüsse verbreitet sich Sanitätsrat Alsberg aus Kassel. Als wichtigstes ursprüngliches Moment der erblichen Entartung bezeichnet Redner den Umstand, daß die Auslese, die bei den Naturvölkern durch Ausmerzung aller minderwertigen Elemente die Rasse stark und kräftig erhält, bei den Kulturvölkern fast gänzlich in Wegfall kommt. Während bei den Naturvölkern die fortwährenden Kriege und Fehden insofern günstig einwirken, als durch diese die minderwertigen Volkselemente ausgesondert werden und nur die am meisten widerstandsfähigen Individuen am Leben bleiben, wird in den Kriegen der Kulturnationen das aus der Blüte der Bevölkerung zusammengestellte Heer dezimiert. Während in den meisten europäischen Staaten der schwächliche Mann von seiner militärischen Verpflichtung befreit im allgemeinen frühzeitig sich verheiratet und eine größere Anzahl von Kindern zeugt, wird der kräftige Mann durch die Wehrpflicht daran gehindert, frühzeitig in den Ehestand zu treten. Ebenso wie die Wehrpflicht dazu beiträgt, den minderwertigen Volkselementen bei der Fortpflanzung der Rasse das Uebergewicht zu verleihen, gibt es eine ganze Anzahl von anderweitigen Umständen, die in der gleichen Richtung wirken. So ist es zum Beispiel allgemein bekannt, daß in den Kulturländern nicht die körperlichen und geistigen Vorzüge, sondern vielmehr der Besitz sowie die Lebensstellung bei der Gattenwahl den Ausschlag geben. Ein weiterer Faktor, der zur Rassenverschlechterung nicht unerheblich beiträgt, ist in dem Umstande zu erblicken, daß die Angehörigen gewisser Berufe entweder gar nicht oder erst verhältnismäßig spät zur Ehe schreiten, daß durch das den katholischen Geistlichen und Ordensbrüdern auferlegte Cölibat Jahr für Jahr Tausende von kräftigen Männern von der Fortpflanzung ferngehalten werden, daß von unserm Offizierstand durchschnittlich 80 bis 85 Prozent unverheiratet bleiben, sowie vor allem in dem Umstande, daß in der Mehrzahl der europäischen Länder eine fortwährende Einwanderung der Landbevölkerung nach den städtischen Industriemittelpunkten stattfindet, und daß die vom Lande nach den Städten verziehenden Männer nachweislich entweder gar nicht oder erst in relativ fortgeschrittenem Lebensalter sich verheiraten und dementsprechend eine weniger zahlreiche Nachkommenschaft haben. Wenn auch dank der bedeutenden Prolefikation der arbeitenden Klasse in den Industriezentren die Zunahme der Gesamtbevölkerung im deutschen Reiche gegenwärtig noch eine recht bedeutende ist, so machen sich doch bereits gewisse Erscheinungen be-

merkbar, die für die Zukunft auch in unserm Vaterlande eine fortschreitende Abnahme der Geburtenziffer, wie solche in Frankreich schon seit einer Reihe von Jahrzehnten im Gange ist, befürchten lassen. An der erblichen Entartung wesentlich beteiligt ist der Alkoholismus; das schreckenerregende Anwachsen der Nerven- und Geisteskrankheiten ist hauptsächlich darauf wie auf geschlechtliche Ausschweifungen zurückzuführen. Die zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen, steht im engsten Zusammenhange mit Alkoholmißbrauch dadurch, daß die Gesundheitsschädigung und konstitutionelle Schwäche, die der Vater durch unmäßigen Alkoholgenuß sich zugezogen hat, häufig bei der Tochter in Form von Unfähigkeit zum Stillen wieder auftritt.

Professor Conwentz, Direktor des westpreußischen Provinzialmuseums in Danzig, hält einen Vortrag über die Erhaltung der Naturdenkmäler. Der Vortragende gibt zunächst einen Hinweis auf die Verwüstungen, die das Bild der ursprünglichen Natur allenthalben durch die Einflüsse der Kultur erleidet. Zur Erhaltung der Naturdenkmäler gibt es drei Wege. Zunächst können Privatleute, Gesellschaften und Vereinigungen sich für bestimmte Gebiete die Erhaltung des ursprünglichen Landschaftsbildes wie seiner Flora und Fauna zur Aufgabe machen. Bekannt ist ja das rühmliche Vorgehen des Fürsten von Schwarzenberg, der in Böhmen ein Gebiet von 115 Hektar als Urwald reserviert hat. In ähnlichem Sinne hat der Fürst von Puttbus auf Rügen ein kleineres Waldgebiet bereit gestellt. Ein andres Beispiel gab der norwegische Touristenverein, der unter der grundbuchlich eingetragnen Bedingung des Ausschlusses jeglicher industrieller Anlagen einen der schönsten Wasserfälle in Hardanger durch Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel dauernd geschützt hat. Der zweite Weg ist durch Maßnahmen der Verwaltung gegeben. So kann z. B. die Gemeinde verbieten, daß bestimmte Gewächse auf den Markt gebracht werden, und dergleichen mehr. Der letzte und sicherste Weg freilich ist der der Gesetzgebung. In Dänemark ist man schon in dieser Weise vorgegangen. Unter anderm sind daselbst Mittel bereit gestellt worden, um die größte Düne Jütlands unaufgeforstet und nicht festgelegt, so, wie die Natur sie gebildet hat, zu erhalten.

Im Anschluß an diesen Vortrag begrüßt die Versammlung freudig und dankbar die bezüglichen Bestrebungen des preußischen Kultusministers.

Dr. Jensen hält einen Vortrag über „die physiologischen Wirkungen des Lichts:"

Wirkungen des Lichts auf Mensch und höhere Tiere betreffen Haut und Augen. Die Haut wird durch starkes Licht entzündet, wie der Sonnenausschlag und Gletscherbrand beweisen. Mäßige Belichtung aber fördert den Stoffwechsel der Haut, kräftigt so deren Widerstand, und diese Steigerung des Stoffwechsels pflanzt sich mittelst Nervenleitung auch wohl auf den übrigen Körper fort,

wenn auch nicht gerade in erheblichem Maße. Diese Einwirkungen werden hauptsächlich durch die Strahlen des blau-violetten Teils des Sonnenspektrums bedingt. · Auch die Lichtreaktion des Auges besteht in Aenderung des Stoffwechsels. Intensive Belichtung schädigt, während mäßige ja die mannigfaltigsten Wirkungen erzielt, von denen besonders die subjektiven bekannt sind. Von den belichteten Augen werden dem Zentralnervensystem dauernd gelinde Reize erteilt, die dem ganzen Organismus zugute kommen. Die Bedeutung des Lichts für Lebewesen betreffend sehen wir, daß viele niedrigen und manche höhern Tiere mit verkümmerten Augen normalerweise dauernd im Dunkeln leben, und daß bei zahlreichen andern Haarpelz und Federkleid die Lichtzufuhr zur Haut sehr beschränken. Daraus folgt, daß jene jegliches Licht und diese eine Belichtung der Haut ohne Schaden dauernd entbehren können. Wollte man Tiere mit normaler Augenfunktion durch Generationen vom Lichte ausschließen, so würden deren Augen nach biologischen Erfahrungen wohl allmählich verkümmern, während sich ihr Stoffwechsel etwa gleich dem des Maulwurfs dem Lichtmangel anpassen würde. Die Bedeutung des Lichts für den Menschen und sein körperliches Leben dürfte ähnlich der für die höhern Tiere zu veranschlagen sein; das wird bestätigt durch die völlig blinden Menschen und die vielen in dichte Kleidung gehüllten. Dennoch wird man den Wert, den gleich andern nicht eben bedeutenden Faktoren eine mäßige Lichtzufuhr zu den Augen und der Haut für den menschlichen Körper besitzt, nicht verkennen. Ungleich bedeutsamer aber für Menschen und Tiere sind die Lichtreaktionen ihrer Umgebung. Bekanntlich können die grünen Pflanzen ohne Licht, besonders die roten Strahlen, nicht existieren, und von dem Vorhandensein der Pflanzen hängt wiederum die Daseinsmöglichkeit für Mensch und Tier ab. Zu dieser hohen Bedeutung des Lichts gesellt sich weiter die wertvolle Fähigkeit intensiver Strahlung, Bakterien in ihrer Entwicklung zu hemmen oder direkt zu töten. Schließlich hat man sich der hohen Bedeutung zu erinnern, die das Licht für unser geistiges Leben besitzt; ohne Licht keine Kunst, ohne Licht überhaupt keine Kultur.

Es folgt ein Vortrag des Professors Rieder aus München über „die bisherigen Erfolge der Lichttherapie."

XII.

Internationale Sanitätskonvention.

3. Dezember. In Paris wird von den Vertretern von zwanzig Regierungen ein Vertrag folgenden Inhalts unterzeichnet: Titel 1 enthält Vorschriften, die sogleich beim Auftreten der Pest zu beobachten sind, und Abwehrmaßnahmen gegen verseuchte Gebiete; mit Bezug auf Schiffe ist die Ansteckungsfrist von zwölf auf sieben Tage herabgesetzt. Unter die Desinfizierungsmaßnahmen ist die Vernichtung der Ratten aufgenommen; Titel 2 enthält Bestimmungen, die vornehmlich das Rote Meer, den Suezkanal und den Persischen Golf angehen, Titel 3 enthält Vorschriften auf über die Wallfahrten nach Mekka, Titel 4 besagt, daß die Regierungen, die die Konvention unterzeichneten, übereinkommen, bei der Türkei dahin vorstellig zu werden, daß diese den getroffnen Vereinbarungen über das Gesundheitswesen beitrete, da die Beschlüsse der Konferenz sonst unwirksam bleiben.

Personen-Verzeichnis

Adickes, Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. 32.
Alexander, König v. Serbien 297—300.
Alfons XIII., König von Spanien 268. 272.
Andrassy, Graf, ung. Abg. 207.
Apponyi, Graf, Präs. des ungar. Abgeordnetenhauses 202. 209. 211.
v. Asch, bayr. Kriegsminister 157.
Asquith, brit. Abg. 244. 248.
Auer, d. R.-T.-Abg. 71.
Awakumowitsch, Präs. der serb. provisorischen Regierung 301; Minister des Königs Peter 306.

Balfour, brit. Premierminister 244. 246. 248. 249.
Ballestrem, Graf, Präs. des deutschen Reichstags 10. 124.
v. Balz, württemb. Staatsrat 171.
Barth, pr. Abg. 36. 37.
Bebel, d. R.-T.-Abg. 61. 62. 63. 66. 75. 82. 128. 134.
Behrens, Vorsitzender des deutschen Arbeiterkongresses 88. 92.
v. Berlichingen, kath. Priester 142.
Bernstein, Schriftsteller 73.
v. Bernstorf-Wehingen, Graf 60.
v. Bismarck, Fürst H. 28.
Blehr, norweg. Minister 281.
Blenck, Präsident des pr. Statistischen Amtes 355.
Boehtlingk, Prof. in München 146.
Botha, General 256.
Bowles, brit. Abg. 242.
v. Breitling, württemb. Ministerpräsident 168.
Brodrick, brit. Kriegsminister 241.
Buchenberger, badischer Finanzminister 176.
v. Bülow, Graf, deutscher Reichskanzler 15. 20. 22. 93. 121. 129. 135. 136.
Bürklin, Dr. 27.
Buhl, Hofrat, Prof. in Heidelberg 175.
Bu-Hamara, Thronprätendent in Marokko 310.

Campbell-Bannerman, brit. Abg. 244.
Casselmann, bayr. Abg. 155. 156.
Chamberlain, brit. Kolonialminister 243. 246. 247. 249. 250. 251.
Christian IX., König von Dänemark 181.
Combes, französischer Ministerpräsident 228—233.
v. Crailsheim, Graf, bayr. Ministerpräsident 148. 151. 154. 157. 158.
Cranborne, Viscount, brit. Unterstaatssekretär 242.
Custodis, Justizrat 88.

v. Daller, Prälat 150.
v. Dallwitz, Minister in Anhalt 184.
Danew, bulgar. Ministerpräs. 292.
Delbrück, Direktor in Bremen 327.
Delpech, französischer Senator 233.
Delyannis, griech. Ministerpräs. 309.
Deschanel, französischer Abg. 233. 234. 235. 236.
Devonshire, Herzog v., Präs. des Geheimen brit. Rats 247.
Dilke, brit. Abg. 241.
Dumoulin-Eckart, Graf, Professor in München 145. 146.

Eduard VII., König von Großbritannien und Irland 215. 216. 236. 237. 241. 252. 271.
v. Einem, pr. Kriegsminister 138.
Ernst, Herzog von S.-Altenburg 183.
Ernst, Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg 94. 95.
Etienne, französ. Abg. 235.
v. Eyschen, luxemb. Minister 280.

v. Feilitzsch, bayr. Minister 158.
Ferdinand, Fürst von Bulgarien 293.
Fischer, Kardinal-Erzbischof von Köln 37. 41. 106.
Forel, Prof. in Lausanne 330. 331.
Forster brit. Unterstaatssekr. 245. 247.
Franke, Prof. in Berlin 342.
Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich 7. 204. 205. 215. 216. 218. 304.
Friedrich, Großherzog von Baden 176.
Friedrich Franz IV., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 181.
Friedrich Wilhelm, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 182.

Georg, König von Sachsen 4. 6. 160. 161. 165. 173.
Georg, Prinz von Griechenland, türk. Oberkommissar für Kreta 295.
v. Geß, württemb. Abg. 171.
Giolitti, italien. Ministerpräsident 258. 259. 260.